

Ute Daniel

Beziehungsgeschichten

Politik und Medien im 20. Jahrhundert

Hamburger Edition



Der Text dieser Publikation erscheint unter einer Creative-Commons-Lizenz: CC BY-ND 4.0. Diese Lizenz erlaubt unter dem Vorbehalt der Namensnennung des Urhebers die Vervielfältigung und Verbreitung des Materials, gestattet aber keine Bearbeitung.

Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für das Originalmaterial.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© 2018 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-317-9
<https://doi.org/10.38070/9783868549294>

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras, unter Verwendung von Ausschnitten aus »Overlooking the 18th hole at St. Andrews. The Open golf championship-BBC television, scottish regions cameraman in action«. © ullstein bild – mirropix; undatiertes Archivbild – Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein und der CSU-Politiker Franz Josef Strauß. ©picture-alliance/AP/Der Spiegel
Satz und E-Book Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

Inhalt

Einleitung	9
I Die Presse des 19. Jahrhunderts im Ersten Weltkrieg	41
Politik im Krieg. Politiker, Militärs und Journalisten in Großbritannien 1914 – 1918	46
Die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern	48
Zeitungen alten und neuen Typs im Umfeld des Regierungswechsels 1916	60
Presse, Politik und Militär 1917/18	65
Ende eines Experiments	77
Politik des Krieges. Militärs, Politiker und Journalisten in Deutschland 1914 – 1918	81
Presse, Politik und Zensur 1914–1916	89
Das Beispiel <i>Berliner Tageblatt</i>	94
Die »Freigabe« der Kriegszieldebatte und ihre Grenzen	102
Zensur und Propaganda bis zum Kriegsende	112
Fazit	122
II Pressezaren in der Politik der Zwischenkriegszeit	127
Alfred Hugenberg, Kuno Graf von Westarp und die Deutschnationale Volkspartei	130
Dilemmata der Anti-Republikaner	131
Hugenberg, sein Konzern und die DNVP	136
Eine kleine »Machtergreifung« und ihre Folgen	143
Die »Bösen Onkel«, Stanley Baldwin und die britischen Konservativen	152
Baldwin und seine Partei	155
Die Pressezaren und die Führungskrise der Konservativen	161
Fazit	177

III Die Medienlogik des »Dritten Reichs« und Goebbels' Sportpalastrede vom 18. Februar 1943	181
Propaganda im »Führerstaat«	184
Die Sportpalastrede vom Februar 1943 als Medienevent	194
Fazit	203
IV Vierte Gewalt hinter Gittern. Presse und Politik im Skandal (1962/63)	205
Das Schweigen im Walde. Warum der Profumo-Skandal kein Presseskandal war	208
Der Spion und das Tribunal	212
Der Minister und die Presse	225
Nachspiele	233
Das Rauschen im Walde. Warum die <i>Spiegel</i> -Affäre ein Presseskandal war	237
Erste Phase: Von der Aktion gegen den <i>Spiegel</i> bis zu den Fragestunden im Bundestag (26. Oktober bis 7. November 1962)	248
Zweite Phase: Von den Fragestunden bis Dezember 1962	255
Die Frage nach den Wirkungen	271
Fazit	283
V Fernsehpolitik. Die Dezentrierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	287
Ende eines Fernsehmonopols. Die BBC in der britischen Politik Anfang der 1950er Jahre	292
Rundfunk und Politik nach dem Zweiten Weltkrieg	301
Der Streit um das Monopol	308
Von der Eskalation ins ruhige Fahrwasser	316
Das Ende des Aktualitätsverbots	320
»Cuius regio, eius radio«. Die christdemokratische Politik und der Norddeutsche Rundfunk um 1980	326
Staatsvertragskündigung: Die Hintergründe	335
Der medienpolitische Kulturkampf	344
Jenseits des Kulturkampfes	352
Der Verhandlungsmarathon	356
Das unerwartete Ende	365
Eine kleine Kirchengeschichte	368
Fazit	376

Vergleichendes zum Schluss	379
Das Vertraulichkeitskartell	380
Die starke Stellung der Politik	384
Quellen und Literatur	393
Dank	457
Personenregister	459
Zur Autorin	465

Einleitung

Ein britischer Premierminister, David Lloyd George, machte während des Ersten Weltkriegs zwei Pressechefs zu Ministern und verlieh einer Vielzahl von Presseleuten Adelswürden. Ein anderer britischer Premierminister, Clement Attlee, ernannte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen Journalisten zu seinem Presseverbindungsmann – allerdings nicht, um Verbindungen zur Presse aufzubauen oder auszubauen, sondern um sie zu unterbinden. Er sei nämlich, wie Attlee dem betreffenden Journalisten, Francis Williams, erklärte, »allergic to the press«.¹ Für den nationalsozialistischen Propagandaminister Joseph Goebbels waren nur gelenkte Medien gute Medien. Er musste jedoch feststellen, dass die kontrollierte deutsche Medienlandschaft wenig hilfreich war, als er in Zeiten innenpolitischer Friktionen innerhalb der nationalsozialistischen Führungselite die öffentliche Meinung ins Feld führen wollte. Denn die öffentliche Meinung war genau das, was sein Medienlenkungssystem ad absurdum geführt hatte. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt fand, die Medien und allen voran das Fernsehen hätten einen negativen Einfluss auf Familie und Gesellschaft, und plädierte für die Einführung eines fernsehfreien Wochentags. Doch gleichzeitig nutzte er gekonnt und kontinuierlich seine Begabung zu medialem Repräsentieren, vor allem in eben diesem Fernsehen. Die Einführung des kommerziellen Fernsehens in Großbritannien durch die Konservative Partei und in der Bundesrepublik durch die CDU geschah weder hier noch dort allein aus medienbezo-

1 Williams, *Nothing so Strange*, S. 215. Das hieß allerdings nicht, dass Attlee regierungsamtliche PR ablehnte – er wollte nur keine vertraulichen Beziehungen zu Journalisten. Vgl. zur Institutionalisierung der – vorher in informeller Art betriebenen – Kommunikationspolitik der britischen Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg: Crofts, *Coercion or Persuasion?*; Grant, *Towards a Central Office of Information*; Maartens, *From Propaganda to »Information«*; Moore, *Origins of Modern Spin*; Seymour-Ure, *Rise of the Downing Street Press Secretary*; Tulloch, *Policing the Public Sphere*.

genen, sondern aus mit der jeweiligen politischen Konfliktlage in beiden Ländern erklärbaren Gründen. Hinsichtlich des Wertes oder Unwertes von werbungsfinanziertem Fernsehen waren nämlich die Konservativen in beiden Ländern keineswegs einig. Und, als letzte Facette dieses kleinen Kaleidoskops der Einstellung von Politikern des 20. und 21. Jahrhunderts gegenüber den Medien: Zu den ersten Verlautbarungen des amerikanischen Präsidenten Donald Trump im Januar 2017 gehörte die Erklärung, er befinde sich im Krieg mit den Medien. Kein namhafter Politiker eines demokratischen Landes hat jemals zuvor mit diesem Schlachtruf seine Amtszeit begonnen.

In der umgekehrten Blickrichtung ist das Kaleidoskop nicht weniger bunt. Doch vollziehen sich die Aufs und Abs journalistischer Politik- und Politikerbewertung zwischen scharfer Kritik, neutralem Beobachten und innigem Einvernehmen täglich vor unser aller Augen. Sie brauchen nicht in Erinnerung gerufen zu werden, auch wenn un schwer viele Seiten mit Beispielen für das 20. und 21. Jahrhundert gefüllt werden könnten. Warum beginne ich ein Buch, das die Geschichte der Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten² zum Thema hat, mit dieser Vielfalt von Wahrnehmungsweisen und Bewertungen, die noch dazu nicht selten in sich widersprüchlich sind und es nicht einmal erlauben, in Deckung zu bringen, was die politischen und journalistischen Akteure sagen und was sie tun?

Dieser Befund, lautet die Antwort, ist gleichzeitig erhellend und erkenntnisverstellend, wenn man sich wie ich für die Frage interessiert, wie man eine Beziehungsgeschichte zwischen Politik und Medien schreiben und damit zum Verständnis der heutigen Bedeutung dieser Wechselbeziehung beitragen könnte. Dass sie für moderne Gesellschaften hoch bedeutsam ist, ist unbestritten. Es ist auch kein Zufall, dass seit einigen Jahren nicht nur in Deutschland darüber gestritten wird, wie unabhängig die Medien von der Politik sind oder sein sollten,

2 Politikerinnen und über Politik berichtende beziehungsweise diese kommentierende Journalistinnen waren in der Zeit der klassischen Massenmedien selten. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen sie praktisch nicht vor; in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg tauchten Journalistinnen sehr vereinzelt auf; Politikerinnen waren Mangelware. Deswegen verwende ich überwiegend die männlichen Bezeichnungen, ergänze diese für die Zeit nach 1945 jedoch dort, wo in allgemeinerer Form auf die im Journalismus Tätigen verwiesen wird, durch die weiblichen Bezeichnungen.

wie legitim die real existierenden Beziehungen zwischen beiden Seiten sind und ob diese Beziehungen das Problem oder die Lösung sind.³ Historische Beiträge zu diesem Thema sind jedoch rar. Es gibt einige sehr aufschlussreiche Studien zu Medienskandalen, einem charakteristischen Bestandteil der medial-politischen Beziehungen seit der Wende zum 20. Jahrhundert.⁴ Doch was ist mit den Umgangsweisen zwischen Journalisten und Politikern jenseits der Skandale?

Es fehlt an einschlägigen historischen Untersuchungen, die einen längeren Zeitraum in den Blick nehmen und Fragen danach, was sich im Lauf der Zeit verändert und was sich gleich bleibt, oder danach, was an den politisch-medialen Beziehungen strukturell und was kontext- und kulturabhängig ist, überhaupt erst formulierbar und beantwortbar machen.⁵ An dieser Stelle wird allerdings die chaotische Vielfalt wechselseitiger Wahrnehmungen zum Problem. Denn sie lässt auf den ersten Blick erkennen – insofern ist sie gleichermaßen erkenntnisfördernd und -verstellend –, dass die Selbstdeutungen und Verhaltensweisen der

3 Wie schon in früheren Zeiten vollzieht sich ein besonders lautstarker Teil der aktuellen Medienkritik in verschwörungstheoretischen Formen; vgl. zur Geschichte medienbezogener Verschwörungstheorien Seidler, *Verschwörung der Massenmedien*. Ein Beispiel für fundiertere Polemik bietet Krüger, *Mainstream*.

4 Siehe hierzu die Literaturhinweise zu Kapitel IV: Vierte Gewalt hinter Gittern. *Presse und Politik im Skandal*.

5 Die mediengeschichtliche Forschung bietet mittlerweile zahlreiche gute Überblicke zur Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts, aus denen viel Umfeldwissen für meine Fragestellung gewonnen werden kann, die jedoch die Beziehungsgeschichte zwischen Politik und Medien nicht im Fokus haben; vgl. u. a. Arnold u. a. (Hg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen?*; Bösch/Frei (Hg.), *Medialisierung und Demokratie*; Bösch, *Medienumbrüche und politische Zäsuren*; ders., *Mediengeschichte der Moderne*; Bösch/Hoeres (Hg.), *Außenpolitik im Medienzeitalter*; Daniel/Schildt (Hg.), *Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts*; Schildt, *Das Jahrhundert der Massenmedien*. Einen interessanten Versuch der Modellierung von Mediensystemen unter der Frage nach dem Verhältnis von Politik und Medien liefern mit Schwerpunkt auf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Hallin/Mancini, *Comparing Media Systems*; und dies., *Drei Modelle von Medien, Journalismus und politischer Kultur*. Eine hervorragende empirisch basierte Momentaufnahme der aktuellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern bieten Baugut/Grundler, *Politische (Nicht-)Öffentlichkeit*. Für das 19. und frühe 20. Jahrhundert liegt die Studie von Daniel Gossel zu *Medien und Politik in Deutschland und den USA* vor, die jedoch nicht tief genug schürft, um zu grundsätzlicheren Fragen vorzustoßen.

historischen Akteure, ein zentraler Quellenbestand für historische Erklärungsweisen, in diesem Fall wenig Aufschluss versprechen, wenn sie isoliert betrachtet werden. Von David Lloyd George bis Donald Trump gilt, dass ihr Verhalten gegenüber den Medien erst aus der jeweiligen Situation heraus verständlich und erklärbar wird, in der sie stehen oder sich sehen. Und dasselbe gilt umgekehrt für die Pressezaren, die sich von Lloyd George zu Ministern machen ließen, und für die amerikanischen Medien in ihrem Umgang mit dem Präsidentschaftskandidaten und Präsidenten Trump. Zwar ist die Einbeziehung der jeweiligen zeitgenössischen Kontexte nicht nur für dieses, sondern für jedes historische Thema unerlässlicher Bestandteil des historischen Arbeitens. Geht es jedoch, wie hier, um eine Wechselwirkungsgeschichte von gesellschaftlichen Akteursgruppen, die jeweils ihrerseits komplexe Binnenstrukturen aufweisen und eigenen Dynamiken unterliegen, welche jederzeit unvorhergesehene Folgen auf die Art und Weise haben können, in der diese Gruppen miteinander umgehen, wofür sie sich brauchen und worum sie miteinander konkurrieren, dann vervielfältigen, überlagern und widersprechen sich die kontextuellen Bedingungen.

Die Angelegenheit wird noch komplizierter – man könnte auch sagen: interessanter –, weil auch ein systematischer Zugang, der weniger auf Wahrnehmungen und Deutungen als auf strukturelle Zusammenhänge achtet, angesichts der Vielfalt historisch vorfindlicher Beziehungsformen zwischen Politikern und Journalisten versagt: Es ist noch niemandem gelungen, die Ausgestaltung dieser Beziehungen von strukturellen Faktoren, wie etwa dem Typus des Mediensystems, parteipolitischen Unterschieden, der Zunahme des Public-Relations-Personals in Politik und Journalismus oder von Veränderungen des medialen Ensembles – beginnend mit der reinen Presselandschaft über deren Erweiterungen durch Radio, Film und Fernsehen bis hin zu den internetbasierten elektronischen Medien –, herzuleiten.

Nachdem ich dieses Buch recherchiert und geschrieben habe, möchte ich behaupten: Das wird auch nie gelingen. Über die Aussage hinaus, dass Politik und Medien einander brauchen, allerdings nicht unbedingt auf Augenhöhe – die insofern struktureller Art ist, als sie von Zeit, Ort und Personen unabhängig zutrifft –, wird sie nicht hinausführen können. Diese Aussage, die sich so oder ähnlich formuliert in vielen Studien der Kommunikations- und Politikwissenschaft findet, halte ich für ebenso richtig wie unbefriedigend. Was ich als Histo-

rikerin wissen will, ist nämlich, unter welchen Bedingungen die beiden Akteursgruppen sich in welchen Formen wechselseitig brauchen, unter welchen Bedingungen also diese wechselseitige Abhängigkeit sich in kongenialen Formen der Kooperation, Vertrautheit und Aktionsgemeinschaft äußert und wann darin, dass Konflikte miteinander ausgetragen werden und der jeweilige Andere abgewertet wird. Um meinen Gegenstand so intensiv wie nötig in seine Kontexte zu stellen und gleichzeitig die Möglichkeit, strukturelle Momente der politisch-medialen Beziehungsgeschichte identifizieren zu können, die unabhängig von Kontextbedingungen am Werk sind, nicht auszuschließen, habe ich eine etwas ungewöhnliche Analyse- und Darstellungsweise gewählt. Am Anfang stand der (noch nicht so ungewöhnliche) Entschluss, die Untersuchung vergleichend anzulegen. Denn die Gegenüberstellung unterschiedlicher Medienlandschaften und politischer Strukturen ist sehr hilfreich, wenn man zwischen Faktoren und Sachverhalten unterscheiden will, die landes- oder kulturspezifisch sind oder die erkennbar von Personen und Situationen abhängen, und solchen, die eher struktureller Art sind. Die Wahl fiel auf Deutschland und Großbritannien, zwei Länder mit Politik- und Mediensystemen, die unterschiedlich genug sind, um Kontraste auszuleuchten, und ähnlich genug, um den Facettenreichtum der Kontextualisierungen nicht zu weit auseinanderdriften zu lassen. Das kontrastierende Gegenüberstellen deutscher und britischer Episoden der Politik-Medien-Beziehungen dient mir als heuristisches Instrument, um breit aufgefächerte und in ihren jeweiligen historischen Kontexten situierte ähnliche Problemkonstellationen nebeneinander stellen zu können, ohne sie aus ihren kontingenten Bezügen herauszulösen.⁶

Daraufhin habe ich unterschiedliche historische Situationen recherchiert, in denen Journalisten und Politiker aus verschiedenen Gründen intensiv miteinander zu tun hatten; sie wurden auf ihren Erkenntnisgewinn für die Geschichte der politisch-medialen Beziehungen befragt und daraufhin überprüft, wie aussagekräftig die Quellenbestände sind, in denen sie sich niedergeschlagen haben. Ein weiteres Auswahlkriterium war, Episoden zu finden, in welchen Politiker und Medienleute beider Länder sich in ähnlichen Situationen fanden oder

6 Die historische Komparatistik bezeichnet dieses Verfahren als individualisierenden Vergleich; siehe Kaelble, *Historischer Vergleich*.

über dieselben Dinge stritten, so dass sich britisch-deutsche Parallelgeschichten erzählen lassen.

Und schließlich sollten die Kapitel sich nicht über einen zu langen Zeitraum mit zu heterogenen Mediensystemen und politischen Strukturen verteilen. Ich habe mich für die Periode der klassischen Massenmedien entschieden, den Zeitraum vom beginnenden 20. Jahrhundert bis in die 1980er Jahre. Er stellt sowohl medien- als auch politikgeschichtlich eine sinnvolle Einheit dar und war durch spezifische Charakteristika der Beziehungen zwischen Politik und Medien gekennzeichnet.⁷ Was die Medienseite betrifft, so steht an seinem Anfang um 1900 eine entscheidende Veränderung, die auch die im Fokus dieses Buches stehenden politischen Nachrichtenmedien – damals ausschließlich Presseerzeugnisse – betrifft: nämlich das Aufkommen der sogenannten Massenpresse. Die ersten kapitalintensiven Zeitungsunternehmen entstanden, in Großbritannien früher als in Deutschland. Ihre schnelleren Druckverfahren ermöglichten höhere Auflagen, was die Zeitungen verbilligte und dadurch den Absatz in bis dahin unbekannte Größenordnungen ansteigen ließ. Die Auflage der britischen *Daily Mail* changierte im Vorfeld des Ersten Weltkriegs um die Millionen-grenze. Mit einer optimierten Auslieferungslogistik und schnelleren Verbreitungstechniken von Nachrichten und Zeitungen via Telegrafie und Eisenbahn wurde es möglich, die Ausgaben zeitgleich landesweit in den Verkauf zu bringen. Für neue Leserkreise wurden die Blätter visuell attraktiver gemacht: Sie begannen auf der ersten Seite nicht mehr mit eng gesetzten Bleiwüsten, sondern wurden optisch durch Schlagzeilen gegliedert. Flankiert und verstärkt wurden diese Veränderungen durch neue Drucktechniken, die es erlaubten, Fotos in Zeitungen abzubilden, sowie durch das Aufkommen der Fotoillustrierten.

7 Vgl. zur Fundierung dieser mediengeschichtlichen Periode v. a. Bösch, Medienumbrüche und politische Zäsuren, S. 195 und passim, der unter mediengeschichtlicher Perspektive eine Einheit der Phase der klassischen Massenmedien zwischen den 1890er und den 1990er Jahren konstatiert; kongeniale allgemeinere, nicht auf Medien fokussierte Epochencharakterisierungen finden sich bei Döring-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom; Herbert, Europe in High Modernity; und Raphael, »Ordnungsmuster der Hochmoderne«?. Literaturhinweise zur vorausgehenden Periode, der Mediengeschichte vor 1914, finden sich in den Literaturhinweisen zu Kapitel I: Die Presse des 19. Jahrhunderts im Ersten Weltkrieg.

Nicht die Politik stand im Zentrum der Berichterstattung, sondern Unterhaltung, Sport und Skandalträchtiges aller Art, wie etwa pikante Scheidungsprozesse. Je nach dem Grad, in dem die Besitzer dieser Massenblätter politische Ambitionen entwickelten, wurden jedoch Innen- und Außenpolitik, Militär- und Kolonialpolitik zum Thema, vorzugsweise in skandalisierter Form. Diese Besitzer waren selbst ein wichtiger Bestandteil des neuen Medienphänomens. Ihr Aufstieg zu Reichtum und Einfluss, in der ersten Generation stammten sie nicht selten aus einfachen Verhältnissen, war Teil ihres Nimbus, aus dem diejenigen unter ihnen schöpfen konnten, die den Ehrgeiz hatten, über Politik nicht nur zu berichten, sondern diese mitzugestalten. Die Bezeichnungen für diese gesellschaftlich und politisch um Aufmerksamkeit und Einfluss konkurrierenden Zeitungsunternehmer – im Englischen *press barons*, im Deutschen Pressezaren – drücken diese neuartige Verbindung von Zeitungsbesitz einerseits und sozialem Statuszuwachs mit Anklängen an Herrschaftsanspruch andererseits sehr gut aus.

Für die traditionellen Zeitungen, auch für diejenigen, die sich auf Politikberichterstattung spezialisiert hatten, wurde der neue Zeitungstyp ebenso zum Problem wie für Politiker und Parteien. Um zu verstehen, wie einschneidend diese Neuerung war, muss man sich klar machen, dass im 19. Jahrhundert weder das Profitmotiv noch die Steigerung des Absatzes zu den primären Motiven der Besitzer und Redaktionen politischer Blätter gehörte. Sie verstanden sich zuallererst als politische Akteure und standen in der Regel einer politischen Partei nahe. Teils gehörten die Zeitungen Mitgliedern einer Partei, teils entsprachen ihre politischen Vorstellungen ebenso wie die der Herausgeber und Redakteure denjenigen bestimmter Politiker. Die Leserschaft, die sie erreichen wollten, war wiederum aus Anhängern einer parteipolitischen Richtung zusammengesetzt und erwartete, in ihrem Blatt die entsprechenden Meinungen wiederzufinden. Dass das die Zahl der Leser überschaubar hielt und nicht selten die Zeitung zu einem Zuschussbetrieb machte, war akzeptiert. Wer eine politische Zeitung finanzierte, war nicht primär vom Profitmotiv geleitet.

Vor diesem Hintergrund wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts allein die schiere Masse der Leserschaft, die der neue Zeitungstyp erreichte, ein Phänomen, das wegen des politischen Einflusses, der von ihm ausgehen konnte, Aufmerksamkeit und Besorgnis erregte, sei es

unter Journalisten, sei es unter Politikern. Der politische Journalismus bekam die ökonomischen Folgen nach dem Ersten Weltkrieg zu spüren, als mehr und mehr politische Zeitungen durch den erhöhten Konkurrenzdruck, den die Pressekonzerne und ihre technisch überlegenen Produkte ausübten, aus dem Markt gedrängt wurden. Die gesellschaftliche und politische Bedeutung der neuen Eigenschaft der Medien, Massenpublika generieren zu können, zeigte sich, als ab den 1920/30er Jahren der Rundfunk und nach dem Zweiten Weltkrieg das Fernsehen ein noch größeres, mitunter annähernd landesweites Publikum versammelten. Für eine Wechselwirkungsgeschichte von Medien und Politik stellt diese Eigenschaft des medialen Ensembles ein wichtiges Charakteristikum der Periode dar, die ich die klassische Zeit der Massenmedien nenne. Sie endet um 1980, als das mediale Ensemble angereichert und die Publika wieder verkleinert werden: durch die stetige Vermehrung der Radio- und Fernsehprogramme sowie der Rundfunksender durch Zulassung kommerzieller Anbieter und in der Folgezeit durch die digitalen Medien.

Was die Seite der Politik betrifft, stellten die um 1900 aufkommenden großen Pressebesitzer und ihre Massenblätter eine einschneidende Veränderung der Beziehungen zwischen Politik und Presse dar. Die Pressezaren waren, anders als bei den Besitzern politischer Zeitungen bislang üblich, parteipolitisch fluide. Sie unterstützten und bekämpften Parteien oder innerparteiliche Strömungen je nach ihren eigenen politischen Ideen oder den Zielen ihrer Pressekampagnen. Zwar hatte es immer schon Konflikte zwischen Parteien oder Parteiführungen einerseits und den Besitzern und Herausgebern der ihnen nahestehenden Blätter gegeben. Diese Auseinandersetzungen waren jedoch in der Regel solche über die als richtig empfundene Linie der Partei oder politischen Strömung, der sich die Kontrahenten verpflichtet fühlten. Demgegenüber war für die Pressebesitzer neuen Typs Parteiloyalität kein Höchstwert. Das brachte erhebliche Unruhe in das politisch-mediale Gefüge, nicht nur, aber besonders augenfällig dann, wenn offene politische Konflikte entbrannten. Die Zeit des Ersten Weltkriegs und die 1920er Jahre demonstrierten Letzteres eindrücklich, aber keineswegs zum letzten Mal in der Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Die Medienmogule, wie sie heute häufig bezeichnet werden, sollten in der Periode der klassischen Massenmedien und darüber hinaus in regelmäßigen Abständen auf dem Feld des Politischen auftauchen.

Ihre Fähigkeit, ein großes Publikum zu erreichen, machte die Massenblätter sowohl für die politischen Akteure als auch für die Zeitungsmacher zu Konkurrenten. Allerdings nicht in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern repräsentationspolitisch. In Großbritannien wurde von Parteien und Regierungen allein das Parlament als legitime Arena des politischen Streits über nationale Angelegenheiten betrachtet. Dieser Anspruch wurde durch die elektronischen Massenmedien, insbesondere durch das Fernsehen, sehr viel stärker infrage gestellt – vor allem in den angebotsarmen Anfangszeiten, als die geringe Auswahl an Fernsehprogrammen sogar für politische Sendungen zweistellige Millionenzahlen von Zuschauern und Zuschauerinnen vor den Bildschirm brachte. Allerdings unterschied sich die Beziehung zwischen Politik und elektronischen Medien in zwei entscheidenden Hinsichten von derjenigen zwischen Politik und Presse: Die Zeitungen wurden, auch wenn die reinen Parteizeitungen zunehmend von der Bildfläche verschwanden, weiterhin für ein parteipolitisch eingefärbtes Meinungsspektrum gemacht; Radio und Fernsehen produzierten ihr Programm für das ganze Land. Und während schon allein die technische Infrastruktur der elektronischen Medien von ihren Anfängen an ein bestimmtes Maß an staatlicher Aufsicht rechtfertigte, die den Regierungen Hebel zur Einflussnahme auf ihre Berichterstattung an die Hand gab, waren dem Einfluss der Exekutive auf die Printmedien unter demokratischen Bedingungen stärkere Grenzen gesetzt. Da Regierungen in der Regel von Parteien getragen und beschickt werden, widersprechen sich Regierungs- und Parteieinfluss auf den Rundfunk nicht prinzipiell. Doch beide Aspekte zusammen – der unterschiedliche Adressatenkreis und der Grad der Staats- und Regierungsnähe – modifizierten die Interaktions- und Wahrnehmungsweisen von Politikern und Journalisten im Umgang miteinander deutlich. Das zeigte sich etwa an den Versuchen der frühen Rundfunkpolitik, politische Berichterstattung auf die Nachrichtengebung zu beschränken, also politisches Kommentieren aus den Studios der Rundfunkanstalten zu verbannen; und später insbesondere in der Bundesrepublik an einem Fernsehjournalismus, der im Gegensatz dazu zeitweise das politische Kommentieren und Werten zu seiner legitimen Aufgabe machte. Bezüglich der Printmedien traten solche Friktionen in Demokratien nicht auf. Das zweite wichtige Charakteristikum der Phase der klassischen Massenmedien ist also die Ausdifferenzierung der po-

litisch-medialen Beziehungen nach Aufkommen der elektronischen Medien.

Ein drittes und letztes Merkmal, das meinen Untersuchungszeitraum unter den Fragestellungen dieses Buches prägt, ist die Tatsache, dass er die beiden Weltkriege und das »Dritte Reich« einschließt; nicht, um an dieser Stelle den Propagandabegriff einzuführen, obwohl er ein zentraler Begriff der damaligen Zeit und als solcher bedeutungsvoll ist. Als untersuchungsleitende Kategorie jedoch hat seine Verwendung eher erkenntnisverstellend gewirkt. Denn er privilegiert die Vorstellung einer top-down organisierten Medienlandschaft und lässt in den Hintergrund rücken, dass sowohl in den Weltkriegen als auch unter der nationalsozialistischen Regierung die Journalisten keineswegs nur auf Zwang und Kontrolle reagierten, sondern auch aus eigenen Antrieben politischer oder individueller Art handelten. Außerdem steht, wenn von Propaganda die Rede ist, oft eine starke Medienwirkungsannahme im Hintergrund, die impliziert, dass von propagandistisch gesteuerten Medien unmittelbare Wirkungen ausgehen – sei es auf die Durchhaltebereitschaft im Krieg, sei es auf die Akzeptanz des politischen Systems. Zweifellos gab es Propaganda, wenn man darunter behördliche oder militärische Institutionen und Maßnahmen versteht, die ein bestimmtes Meinungsklima befördern sollten, sowohl in den Weltkriegen als auch im nationalsozialistischen Deutschland in besonders großem Umfang. Doch war in beiden Weltkriegen die effizienteste Maßnahme der Meinungsbeeinflussung mit großer Sicherheit nicht die Propaganda, sondern die Zensur und Medienkontrolle (in Deutschland) beziehungsweise Selbstzensur (in Großbritannien). Und die nationalsozialistischen Obrigkeiten schufen sich willfährige Redaktionen, indem sie, nachdem politisch links stehende und »nichtarische« Journalisten entlassen, verfolgt und vertrieben worden waren, die verbleibende zeitungschreibende Zunft ohne jede Vorzensur durch Zuckerbrot und Peitsche, also Teilhabe an vertraulichen Informationen und Aussicht auf beruflichen Aufstieg einerseits und zahllose Presseanweisungen andererseits, kontrollierten.

Was die Presse im Ersten Weltkrieg betrifft, muss man zwischen jeweils einheimischer und ausländischer Presse differenzieren: Denn die zahlreichen Einrichtungen, die zur Verbreitung propagandistischen Materials dienten, waren 1914–1918 überwiegend auf ausländische Adressaten ausgerichtet. Die jeweils eigenen Zeitungen konnte

man seitens der zivilen und militärischen Obrigkeiten schon allein deswegen nicht mit vorfabriziertem propagandistischen Material versorgen, weil sie, wie bereits gesagt, für unterschiedliche Adressatenkreise schrieben, die erwarteten, ein bestimmtes politisches Vokabular und Meinungsspektrum wiedererkennen zu können. Das hätte erfordert, die propagandistischen Botschaften oder Richtlinien gewissermaßen multilingual zu verfassen, was keine in den Jahren 1914–1918 tätige Einrichtung hätte leisten können. Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien waren es andere Mittel, die die Zeitungen auf dem von Regierungen und Militärs im Sinne der Kriegführung erwünschten Kurs hielten. Das deutsche Militär führte in Berlin eine zentrale Pressekonferenz für die politisch besonders bedeutsamen Hauptstadtjournalisten ein, auf der sie mitgeteilt bekamen, worüber berichtet werden sollte – und worüber nicht. Der Anteil der internen, nicht für die Veröffentlichung bestimmten Mitteilungen überstieg denjenigen der zu publizierenden bei Weitem. Im Gegensatz zum heutigen Verständnis des Terminus Pressekonferenz diente diese Veranstaltung also weniger der Verlautbarung als der Schaffung eines eingeweihten und dadurch zur Kooperation geneigten Journalistenstamms. In der britischen Tradition der Beziehungen zwischen Politikern und Zeitungsleuten, die durch persönlichen Umgang geprägt war, hätte der deutsche Weg der Institutionalisierung einen Fremdkörper dargestellt. Und er war auch nicht erforderlich. Die traditionelle Nähe, die die Beziehungen zwischen politisch ähnlich denkenden oder derselben Partei zuneigenden Herausgebern und Besitzern von Zeitungen und politischen Akteuren charakterisierte, leistete gemeinsam mit der Bereitschaft zur Selbstzensur aus patriotischen Gründen denselben Dienst.

Es ist also nicht eine intensive propagandistische Überformung der medial-politischen Beziehungen, die die Weltkriege und die Diktatur des »Dritten Reichs« zu einem Charakteristikum meines Untersuchungszeitraums macht. Diese Auswirkung der Propagandaversessenheit der Kriegs- und Diktaturzeiten wird, wie ich finde, zu stark gemacht, wenn es um die Beziehung zwischen politischen (und militärischen) Akteuren und solchen der politischen Presse, des wichtigsten Mediums für Politikberichterstattung, geht. Das gilt insbesondere für den Ersten Weltkrieg, bis zu einem gewissen Grad jedoch auch für den Zweiten und für die Zeit des Nationalsozialismus. Es gibt allerdings einen anderen Grund, der erfordert, das in dieser Form neue Phäno-

men der Propaganda mitsamt seinen Folgen als kennzeichnendes Merkmal der klassischen Periode der Massenmedien zu betrachten: Denn es veränderte die Wahrnehmungsweisen von Journalisten, Politikern und ganzen Gesellschaften davon, was die Presse – und später Radio und Fernsehen – gesellschaftlich-politisch sein sollte und was nicht. Aus diesem neuen Problembewusstsein – keineswegs homogener Art – entstanden unterschiedlichste Konsequenzen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Medienpolitik etablierte sich nach und nach als selbstverständlicher Bestandteil des politischen Handelns. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Presse, Rundfunk und Propaganda ließ neue Disziplinen wie Propagandaforschung und Zeitungswissenschaft beziehungsweise Kommunikationswissenschaft entstehen und war auch ein wichtiger Gegenstand der ebenfalls nach dem Ersten Weltkrieg an den Universitäten Einzug haltenden Politikwissenschaft. Regierungen und Parteien, Behörden und das Militär begannen, die Zahl der Pressestellen, die es in ersten Ansätzen schon vorher gegeben hatte, in ungeahnte Höhen zu treiben.⁸ Und nach dem Zweiten Weltkrieg war es die Kontrastfolie des NS-Propagandaapparats, die die Umgestaltung des deutschen Mediensystems seitens der Westalliierten leitete.

Anfang des 20. Jahrhunderts war es jedoch die Erfahrung der Jahre 1914–1918, die dazu Anlass gab, unter dem Stichwort Propaganda kritisch über die politische Rolle der Presse zu rasonieren. Im Deutschland der Nachkriegszeit wurde Propaganda zu einem Fahnenwort von Nationalisten, Völkischen und Revanchisten, die das deutsche Heer für »im Felde unbesiegt« hielten und die Kriegsniederlage auf die propagandistische Unterwanderung der deutschen Heimatfront durch innere Feinde – Linke und Juden – und die Feindpropaganda der Entente schoben. Das hieß nichts anderes, als dass Zensur und Kontrollen nicht zuletzt der Presse versagt haben mussten. Seit Januar 1933 sollte die nationalsozialistische Politik ihre Schlussfolgerungen aus diesem Befund umsetzen, indem sie Linke und Juden aus den Redaktionen vertrieb und für Presse und Rundfunk ein System scharfer Kontrollen schuf. In Großbritannien herrschte demgegenüber journalistische (Selbst)-

8 Vgl. hierzu Bieler, *Public Relations und Massenkommunikation*, für die kommunalen Pressestellen in der Zeit vor 1914, und Bonte, *Werben für Weimar?*; Grant, *Propaganda and the Role of the State*; und Lau, *Pressepolitik als Chance*, für die Zeit nach 1914/18.

Kritik vor. Berühmte Kriegsberichterstatter wie Philip Gibbs beschrieben rückblickend reuevoll, wie weitgehend sie sich auf die Beschönigungsstrategien und Zensurpraktiken der Militärs und Regierungen eingelassen hatten.⁹ Und der britische Politiker und Kriegsgegner Arthur Ponsonby publizierte eine Sammlung von kriegstreiberischen *fake news*, die es zwischen 1914 und 1918 in die Spalten britischer Zeitungen geschafft hatten.¹⁰

Nie wieder würden die Beziehungen zwischen Politik und Medien in den Zustand vergleichsweiser Unschuld zurückkehren, in dem sie sich angesichts ihrer unbefragten Selbstverständlichkeit vor 1914 befunden hatten.

Alle Entscheidungen, aus denen sich Inhalt und Aufbau der folgenden Darstellung ergeben, hätten auch anders ausfallen können. Es hätten andere Vergleichsländer gewählt oder nur ein Land untersucht werden können. Der Untersuchungszeitraum hätte ein anderer sein können. Und statt der ausgewählten Situationen und Themen hätten ganz andere zum Gegenstand der Kapitel gemacht werden können. Dann wäre eine abweichende Darstellung herausgekommen, aus der vielleicht auch andere Schlussfolgerungen und Erkenntnisse ableitbar gewesen wären, denn vor allem ist es die Auswahl der exemplarischen Fälle von Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern, die das Ergebnis beeinflusst. Das gilt besonders für übergreifende Schlussfolgerungen hinsichtlich der Frage nach dem Kräfteverhältnis von Politik und Medien, wie sie im Schlusskapitel erörtert werden. Unter den ausgewählten Themen sind solche wie die im III. Kapitel im Mittelpunkt stehende Stalingrad-Rede von Propagandaminister Joseph Goebbels und die im V. Kapitel dargestellte Einführung des kommerziellen Fernsehens. Sie werden überwiegend aus der Perspektive der politischen Akteure erzählt, was dazu verleiten könnte, den Einfluss dieser Akteure für entscheidender zu halten als die Rolle der Medien. Allerdings zeigen gerade diese Kapitel besonders deutlich, wie groß die Bedeutung ist, die die Medienlandschaften für die politischen Akteure jeweils gehabt haben – beziehungsweise im Fall des »Dritten Reichs« gehabt hätten, wenn die plurale Medienlandschaft nicht abgeschafft worden wäre.

9 Gibbs, *Now It Can Be Told*.

10 Ponsonby, *Falsehood in Wartime*.

Zum anderen ist es die erzählende, kontextreiche Darstellungsweise selbst, die in gewisser Hinsicht Schlussfolgerungen präformiert. Denn wenn der hohe Abstraktionsgrad der Redeweise von den Beziehungen zwischen Politik und Medien verlassen wird und stattdessen Individuen in konkreten Situationen, mit Wünschen, Abneigungen und Problemen aller Art auftauchen, Querverbindungen sichtbar gemacht werden, die für die historischen Akteure von zentraler Bedeutung waren, heute jedoch vergessen sind, und Situationsdeutungen miteinander kollidieren und unbeabsichtigte Folgen hervorbringen, kurzum: wenn eine Geschichte erzählt wird, deren Eigenlogik erhalten bleibt – dann gewinnt sie eine narrative Überzeugungskraft eigener Art. Eine andere Geschichte zu erzählen, bedeutet also, auch eine andere Art von Überzeugungskraft zu erzeugen, aus der sich möglicherweise andere oder weitere übergreifende Schlussfolgerungen ableiten ließen. Das spricht allerdings, wie ich meine, nicht gegen dieses Buch, sondern für mehr solcher Bücher.

Welche Situationen und Themen sind es nun, die aus den oben genannten Gründen Eingang in die Darstellung gefunden haben? Im ersten britisch-deutschen Doppelkapitel sind die Beziehungen zwischen Presse und Politik im Ersten Weltkrieg das Thema. Die Jahre 1914–1918 dürfen wegen der Folgewirkungen nicht fehlen, die von ihnen für die Periode der klassischen Massenmedien ausgingen. Ihre Darstellung zeigt, wie sehr die Interaktionsweisen von Politikern und Presseleuten noch dem herkömmlichen Modus folgten, der für das 19. Jahrhundert kennzeichnend war: Es waren die Parteilinien, die Besitzer und Herausgeber politischer Zeitungen und einzelne Führungspersonen verbanden. Das galt in besonders ausgeprägtem Maß für Großbritannien, genauer gesagt für London, wo die meisten politischen Blätter ihre Redaktionen hatten. Eine wichtige Ausnahme stellte in dieser Hinsicht der liberale *Manchester Guardian* dar, von dessen Sitz in Manchester aus dessen Herausgeber, C. P. Scott, regelmäßig in die Hauptstadt pendelte, um seinen Kontakt zum liberalen Politiker David Lloyd George zu pflegen. Es war nicht zuletzt diese Kontinuität parteipolitisch strukturierter Presse-Politik-Beziehungen, die auch in der Kriegszeit Innenpolitik ermöglichte, unter anderem in Gestalt einer teilweise in der Presse vorbereiteten Auseinandersetzung über die Auswechslung der Regierungsführung. In dieses eingespielte Beziehungsgefüge brachten allerdings die politisch ambitionierten *press barons*, allen voran Lord

Northcliffe, der Besitzer der *Daily Mail*, ein neues, irrlichterndes Element.

In Deutschland, wo die Parteien und Fraktionen sehr viel weniger Möglichkeiten hatten, Einfluss auf die Bildung und politische Ausrichtung der Regierung zu nehmen, und wo insgesamt die Interaktionen zwischen Politikern und Presseleuten noch sehr viel weniger dicht waren, gab es – nicht nur, aber auch – aus diesem Grund in der Kriegszeit keine parteipolitisch strukturierte Innenpolitik. Ein weiterer Unterschied war die überaus starke Stellung, die das deutsche Militär in der Innenpolitik und auch in der Pressepolitik hatte, denn ihm unterstand die Zensur. Eine Auswechselung der Regierungsführung fand auch hier statt, sie wurde jedoch nicht politisch ausgehandelt, sondern durch Kaiser Wilhelm II. entschieden.

Ein Spezifikum der deutschen Situation, das sich in einer anderen Schwerpunktsetzung des deutschen Kapitels als derjenigen seines britischen Pendant widerspiegelt, war die tiefe Zerrissenheit der deutschen Gesellschaft in der zweiten Kriegshälfte. In den Städten, wo die Lebensverhältnisse immer schwieriger wurden, demonstrierten Frauen und Jugendliche in der zweiten Kriegshälfte gegen die schlechte Versorgung mit Nahrungsmitteln. In den Augen militärischer und ziviler Obrigkeiten zeigte sich daran eine bedrohliche Verschlechterung dessen, was man damals die Stimmung nannte. Diese inneren Verhältnisse an der deutschen Heimatfront sind historisch gut untersucht. Doch deren Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Politik und Militär – Letzteres war spätestens seit 1916 zentraler innenpolitischer Akteur – einerseits und der Presse andererseits sind in der Weltkriegsdarstellung bislang unterrepräsentiert. Zum Dreh- und Angelpunkt des inneren Konflikts wurde die Frage, ob der Krieg so lange geführt werden sollte, bis Deutschland militärisch gesiegt hatte und damit die – bekanntlich nicht unerheblichen – Kriegsziele gesichert waren, die seitens der Militärs, der bürgerlichen Parteien, der nationalen Rechten und vieler Vertreter der Wirtschaft aufgestellt worden waren. Oder ob politisch auf einen Friedensschluss hingewirkt werden sollte, der dem Krieg früher ein Ende machen, aber keine Aussichten bieten konnte, territoriale oder wirtschaftliche Kriegsziele einzulösen. Es war diese Frage, die die SPD spaltete, deren Mehrheit die weitere Verlängerung des Krieges unterstützte und deren Minderheit, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), für eine sofortige Been-

digung des Krieges eintrat. Die Antikriegsrevolution in Russland im Frühjahr 1917 spitzte diese Frage weiter zu. Neben diesen im engeren Sinn politischen Entwicklungen war es allerdings wohl nicht zuletzt schlicht der Blick auf die Landkarte, der unter den kriegsmüden Deutschen den Verdacht aufkommen ließ, der Krieg werde ausschließlich für Ziele geführt, die sie nicht teilten. Denn nach den anfänglichen Siegen an der Ost- wie an der Westfront standen Deutschland und Österreich als bisherige Gewinner da, die erhebliche Teile des Kontinents unter ihre Herrschaft gebracht hatten. Der Verdacht, darum sei es eigentlich gegangen und diese Eroberungen sollten durch eine Verlängerung des Krieges gesichert und erweitert werden, verstärkte die Antikriegsstimmung. Das wiederum machte die Kriegszielfrage zum zentralen Politikum und zum Kern der militärisch geprägten Pressepolitik. Diese bestand aus Zensur, Zensur und noch einmal Zensur, um die öffentliche Erörterung der Kriegszielfrage zu unterbinden – mit deutlichem Schwerpunkt darauf, die Gegner annexionistisch motivierter Kriegsverlängerung nicht zu Wort kommen zu lassen. Das änderte sich auch dann nicht wirklich, als dieses Thema Ende 1916, wie es hieß, freigegeben wurde. Erst wenn diese Zusammenhänge in den Blick kommen, wird die Zensurfixiertheit der politisch-militärischen Akteure deutlich, die nicht so sehr Ausdruck grundsätzlicher autokratischer Tendenzen im deutschen Kaiserreich als vielmehr Antwort auf die spezifische Konfliktsituation der Kriegszeit war, in der es als geeigneter Weg erschien, der Presse jegliche (kritische) Teilhabe an der Kriegszieldebatte zu untersagen.

Im zweiten deutsch-britischen Doppelkapitel geht es um eine höchst interessante Parallelgeschichte aus den 1920er Jahren, die sich für eine vergleichende Perspektive geradezu aufdrängt. Mehr oder weniger zeitgleich wurde in Großbritannien und in Deutschland ein regelrechter Machtkampf zwischen Politikern und Pressebesitzern ausgetragen, der in seiner Art und Schärfe beispiellos war. In beiden Ländern waren die Kontrahenten auf der einen Seite Pressezaren, auf der anderen Seite die Führungspersonlichkeiten der jeweiligen größten Partei des konservativen Spektrums: in Großbritannien der Konservativen Partei, in Deutschland der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Gemeinsam war den Auseinandersetzungen in beiden Ländern auch, dass sie sich vor einem ähnlichen Hintergrund vollzogen. Denn nicht nur in Deutschland, auch in Großbritannien standen die

Konservativen bei allen Unterschieden der beiden Parteien – die so ausgeprägt sind, dass sich aus nachvollziehbaren Gründen die Geschichtswissenschaft darüber streitet, ob man die DNVP angesichts der Tatsache, dass viele Konservative ihr fernblieben, als konservativ einschätzen kann – vor einem gemeinsamen Problem: Sie fanden sich in den neuen Verhältnissen einer parlamentarischen Demokratie mit allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht für alle, was im Gegensatz zur Vorkriegszeit eine Regierungsbildung durch die SPD beziehungsweise die Labour-Partei möglich machte, nicht leicht zurecht. Beide konservativen Parteien waren durch innere Friktionen zwischen unterschiedlichen politischen Antworten auf diese Situation charakterisiert, die einen wichtigen Hintergrund für die Konflikte darstellten, die sich zwischen den Pressezaren und den Parteien ergaben.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass es in beiden Fällen um die politische Ausrichtung und das Führungspersonal der jeweiligen Partei ging: Die Pressebesitzer – Lord Beaverbrook und Lord Rothermere in Großbritannien und Alfred Hugenberg in Deutschland – setzten ihre Zeitungen und ihre politischen Verbindungen ins konservative Milieu, das ihnen als Unternehmer nahestand, ein, um die jeweilige Partei auf einen dezidiert rechtskonservativen Kurs zu bringen. Das mündete hier wie dort in einen Machtkampf gegen die Parteiführer der Tories und der DNVP mit, und dies ist der interessante Unterschied neben allen ebenso interessanten Parallelen, völlig unterschiedlichem Ausgang. Stanley Baldwin, Parteiführer der Tories und langjähriger Premierminister, stand jahrelang unter starkem Beschuss einerseits der *press barons*, andererseits eines erheblichen Teils seiner Partei, der die Kritik der Presseorgane Beaverbrooks und Rothermeres am moderat-konservativen innen- wie außenpolitischen Kurs des Parteiführers teilte. Der Ausgang des Führungskampfes war offen – bis es Baldwin gelang, diese Auseinandersetzung auf eine andere Ebene jenseits der konservativen Richtungskämpfe zu verlagern, um die es eigentlich ging. Er eröffnete einen offensiv geführten Kampf um die angemessenen und legitimen Formen, die die Beziehungen zwischen Politik und Presse auszeichnen sollten – und um die Rolle der Pressezaren, die in unangemessener und illegitimer Weise in die Parteipolitik hineinzuregieren beanspruchten. Diese Neudefinition der Situation machte es Baldwins innerparteilichen Gegnern sehr viel schwerer, sich seiner zu entledigen, denn dem Vorwurf, die traditionsreiche Konservative Par-

tei in einer so wichtigen Frage dem Einfluss von letztlich auch in ihren Augen etwas halbseidenen Emporkömmlingen auszuliefern, deren Massenblätter nicht die bevorzugte Frühstückslektüre der meisten Tories darstellten, wollte sich niemand aussetzen. Baldwin ging demzufolge gestärkt aus der Konfrontation hervor – aus Gründen, die mehr von der Einstellung der Konservativen zur Massenpresse und ihren Besitzern als von derjenigen zu ihm abhingen.

Hugenberg gelang es in Deutschland demgegenüber, seinen Kontrahenten Kuno Graf von Westarp aus dem Feld zu schlagen und dessen Nachfolge als Parteivorsitzender der DNVP anzutreten. Das lag jedoch, wie ich es sehe, weniger an der Stärke Hugenbergs oder dem Einfluss seines Medienimperiums als an der Schwäche Westarps, der bei der entscheidenden Abstimmung gar nicht erst antrat. Er verkörperte nämlich den zentralen Widerspruch, in dem sich die bisherige politische Linie seiner sehr heterogen zusammengesetzten Partei verfangen hatte: Sie versammelte Monarchisten und Nichtmonarchisten, Konservative alten Schlags und deren Gegner aus der organisierten Angestelltenschaft, völkisch-nationalistisch gesonnene Gegner der Republik und der Industrie nahestehende Politiker, die ungeachtet ihrer Ablehnung der nach dem Ersten Weltkrieg eingeführten parlamentarischen Demokratie darauf aus waren, unter den nun einmal gegebenen Verhältnissen industrielle Interessen im Reichstag und gegebenenfalls auch durch Regierungsbeteiligungen zur Geltung zu bringen. Kurzum, in dieser Partei wurden fast alle politischen Richtungen vertreten außer der demokratischen. Nicht zuletzt angesichts ihrer finanziell prekären Lage beteiligte sich die DNVP-Fraktion im Reichstag an der parlamentarischen Arbeit und phasenweise an Regierungen, denn ihre wichtigste Geldquelle waren Zuwendungen aus industriellen Kreisen, denen an der politischen Mitgestaltung gelegen war. Dass es Hugenberg war, der über den industriellen Fonds verfügte, aus dem die Partei unterstützt wurde, war im innerparteilichen Machtkampf nicht sein Schaden. Westarp, der auch Fraktionsvorsitzender war, verkörperte diesen Widerspruch, denn er selbst war gegen das parlamentarische System. Seine politischen Ansichten unterschieden sich nur unwesentlich von denjenigen Hugenbergs. Für ihn gab es keine Plattform, von der aus er den Konflikt auf eine andere Ebene verlagern konnte. Es war also auch die sehr unterschiedliche Struktur und Stabilität der jeweiligen Partei, die über den Ausgang des Konflikts mit den Pressezaren entschied.

Das Kapitel über die Beziehungen zwischen Politik und Medien im »Dritten Reich« ist ein Solitär ohne britisches Pendant. Ein Vergleich mit Großbritannien etwa am Beispiel des Rundfunks wäre ohne Weiteres möglich, jedoch inhaltlich wenig ergiebig gewesen. Die Unterschiede zwischen der strikt top-down organisierten deutschen Medienlandschaft und ihrem pluralen britischen Gegenstück sind bekannt und so groß, dass die vergleichende Perspektive notwendigerweise die groben Züge privilegieren muss, ohne in die Feinstrukturen vordringen zu können. Deswegen habe ich es vorgezogen, ins andere Extrem zu verfallen, auf den Vergleich zu verzichten und stattdessen die deutsche Diktatur und deren medial-politische Strukturen aus dem Blickwinkel des Propagandaministers Goebbels zu zeigen. Bei der ebenso energiegeladeneren wie aufschlussreichen Lektüre der Gesamtausgabe von dessen Tagebüchern bin ich über die Art und Weise gestolpert, in der hier die berühmt-berüchtigte Sportpalastrede vom 18. Februar 1943 vorkommt. Genauer gesagt sind es Goebbels' Motive und Medienstrategien im Vorfeld der Rede und deren Folgen, wiederum aus der Goebbels'schen Perspektive, aus denen sich Zusammenhänge für die Wechselwirkungsgeschichte von Politik und Medien erschließen, die weit über das »Dritte Reich« hinausgehen. Auch wenn der Propagandaminister selbst die Wirkung dieser und aller anderen Reden, die er hielt, notorisch zu überschätzen pflegte, auch wenn der geradezu emblematische Charakter, den diese Rede in Wort und Bild mittlerweile für die Erinnerung an das »Dritte Reich« als propagandistisch durchherrschtes System gewonnen hat, einen ähnlichen Fehlschluss nahelegt – bei dieser Rede ging es aus Goebbels' Perspektive gerade nicht allein darum, ein Publikum rhetorisch einzufangen und zu mobilisieren. Vielmehr ging es ihm darum, ein Defizit zu beheben, das ihm zu diesem Zeitpunkt bewusst geworden war: dass nämlich eine Medienlandschaft, die so stark von oben kontrolliert war wie die nationalsozialistische, nicht dafür taugte, Konflikte innerhalb der NS-Führungsriege auszutragen. Denn jeder Zeitungsleser, jede Rundfunkhörerin wusste, dass das Gelesene und Gehörte die offiziell approbierte Sichtweise des Propagandaministeriums wiedergab.

Diese Zurechenbarkeit machte die Medien untauglich dafür, in Situationen eingesetzt zu werden, wo die Sichtweisen der herrschenden Politiker miteinander in Widerstreit lagen. Denn Konflikte an der Systemspitze waren nicht vorgesehen, war es doch die zentrale Fiktion der

deutschen Diktatur, dass nur ein einziger Wille alles regierte: der des »Führers« Adolf Hitler. Tatsächlich war Goebbels nicht erst seit der Kapitulation vor Stalingrad überzeugt davon, dass sich ein Grundkonflikt innerhalb der nationalsozialistischen Führungsriege zuspitzte, weil die braune Version des Duodezfürstentums, die Gauleiter, es an der nachhaltigen Unterstützung der totalisierten Kriegführung fehlen ließen. Auch die Tendenz der zeithistorischen Forschung geht dahin, die Konflikte innerhalb der NS-Führung als spezifisches Merkmal der Diktatur herauszuarbeiten. Goebbels' Rolle wird in der wissenschaftlichen Analyse etwas anders beschrieben, als er sie selbst sah – nämlich als diejenige eines an eigenem Machtzuwachs und neuen politischen Funktionen interessierten Politikers von bislang begrenztem Einfluss. Doch ob es mehr um Ämterschacher oder, wie Goebbels es sah, um die Optimierung der Kriegsanstrengungen ging – weder für das eine noch für das andere konnte er die Medien, seine einzige Quelle für Einflussnahme, einsetzen. Ex negativo macht diese Situation deutlich, wie unersetzlich eine mediale Öffentlichkeit für das Austragen politischer Konflikte ist, ja, dass Politik ohne eine mehrstimmige Öffentlichkeit kaum möglich ist. Goebbels versuchte im Frühjahr 1943, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. Er verfiel dabei auf ein Mittel, für das der heute gängige Ausdruck noch nicht zur Verfügung stand: Er organisierte ein Medienevent, dessen eigentliches Publikum nicht das anwesende war, damit es eine publizistische Eigendynamik entfaltete, die diejenigen Wirkungen erzielte, um die es ihm ging. Er war damit auch erfolgreich, über die Art des Erfolges allerdings nicht glücklich. Denn so wie heute war es auch damals: Die Inszenierung von Medienevents lässt sich kontrollieren, ihre Wirkungen jedoch nicht immer und im Fall der Sportpalastrede im Februar 1943 nicht einmal in einer Diktatur.

Skandale, eine besonders spektakuläre Seite der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern, dürfen in diesem Buch nicht fehlen. Ausgewählt wurden für das folgende Doppelkapitel zwei nahezu zeitgleiche berühmte Skandale, die aufschlussreiche Einblicke in die wechselseitige Wahrnehmung beider Gruppen und in die Dynamiken ermöglichen, die in ihrem jeweiligen Verlauf wirksam waren. Für die Bundesrepublik wird die *Spiegel*-Affäre von 1962 untersucht, die durch das Vorgehen der Bundesregierung und der Bundesanwaltschaft gegen das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* ausgelöst wurde. Anlass war der Artikel »Bedingt abwehrbereit« über das jüngst abgehaltene NATO-

Manöver und die Rüstungspolitik des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauß, der attestiert wurde, völlig verfehlt zu sein. Die polizeiliche Besetzung der Redaktionsräume des *Spiegel*, die Beschlagnahmung der Druckfahnen für die kommende Ausgabe des Magazins und die Verhaftung des Herausgebers Rudolf Augstein und anderer Journalisten führten zu studentischen Demonstrationen, zahlreichen öffentlichen Diskussionen auch im – was die politische Berichterstattung betrifft – neuen Medium Fernsehen sowie einer überaus regen Berichterstattung und Kommentierung in der Presse. Letztere steht im Fokus des Kapitels. Als für die Politikberichterstattung nach wie vor wichtigstes Medium sind die bisher nur selektiv als Quellen genutzten meinungsführenden Blätter aus verschiedenen Gründen eine besonders ergiebige Quelle. Das gilt ganz besonders für die bisher weitgehend unbeachteten konservativen Zeitungen, die der christdemokratisch geführten Regierung nahestanden. Sie stimmten in den kritischen Chor der sozialdemokratischen und liberalen Blätter, deren Kommentatoren die Pressefreiheit und die Demokratie in Gefahr sahen, anfangs nicht ein, teilweise befürworteten sie das Vorgehen gegen den *Spiegel*.

Je mehr sich der Verteidigungsminister und der Bundeskanzler Konrad Adenauer im weiteren Verlauf der Affäre durch ihr eigenes Verhalten desavouierten, umso deutlicher wurden jedoch die Anzeichen dafür, dass auch die Kommentatoren des konservativen Spektrums auf kritische Distanz zur Regierung und zu Adenauer gingen. Sie taten dies jedoch mit gänzlich anderen Begründungen, als die linksliberale journalistische Kritik sie formulierte. Aus ihrer Perspektive war nicht ein starker Staat, der die kritische Presse mundtot machen wollte, das Problem, sondern ein schwacher Staat, an dessen Spitze ein alternder Bundeskanzler stand, dem die Zügel aus der Hand glitten, der die Kontrolle über sein Kabinett und über sich selbst verloren hatte. Aus derart konträren Deutungsweisen setzte sich also die anschwellende Woge von Kritik zusammen, die aus der *Spiegel*-Affäre den ersten großen Presseskandal der Bundesrepublik machte, den die linksliberalen Zeitungen und Leserbriefschreiber, Demonstrantinnen und Diskutanten allein nie hätten lostreten können. Erst die geballte Empörung von buchstäblich allen Seiten zwang Adenauer, dem öffentlichen Druck nachzugeben, Strauß fallen zu lassen und seinen eigenen Rücktritt für das kommende Jahr zu versprechen.

Man versteht jedoch nicht nur die *Spiegel*-Affäre besser, wenn man

die Berichterstattung in den CDU-nahen Zeitungen als Quelle nutzt, sondern auch den politischen Journalismus in der Bundesrepublik der frühen 1960er Jahre. Seine Spitzenpositionen waren von Redakteuren besetzt, die im »Dritten Reich« Karriere gemacht hatten und in deren Lebensspanne die parlamentarische Demokratie einen vergleichsweise kurzen Zeitabschnitt einnahm. Viele konservative und auch liberale Journalisten waren sich, ebenso wie viele Politiker ihrer *Couleur*, der Regierbarkeit eines demokratischen Staatswesens keineswegs sicher. So wie Linksliberale damals die Rückkehr autokratischer Tendenzen befürchteten, weil sie die Bundesrepublik für nicht besonders stabil hielten, fürchteten sie aus demselben Grund die Folgen, die es haben würde, wenn kein starker Mann an der Spitze des Staates stand. Dass die Kommentare aus den Monaten der *Spiegel*-Affäre diese politischen Wahrnehmungsmuster an die Oberfläche brachten, macht sie zu einer einzigartigen Quelle für eine Momentaufnahme des die politische Berichterstattung dominierenden konservativen Journalismus. Das gilt nicht nur für die Staats- und Politikwahrnehmung, sondern auch für das Gesellschaftsbild – etwa für die erkennbaren Schwierigkeiten, die dieses journalistische Milieu mit Menschen(massen) hatte, die sich selbst mobilisierten und demonstrierten. Als in den 1950er Jahren über Massendemonstrationen gegen die Einführung der Wehrpflicht und die atomare Bewaffnung zu berichten war, häuften sich in den Zeitungsspalten Warnungen vor den Massen in der Politik und Anspielungen auf das »Dritte Reich«. Diese Angst vor den Massen, ein in der Bundesrepublik lange verbreitetes Deutungsmuster, findet sich auch in den konservativen Kommentaren zu den studentischen Demonstrationen gegen Strauß und für die Pressefreiheit wieder. Allerdings zeichnet sich in einigen Kommentaren konservativ orientierter Zeitungen eine (vorübergehend) positive Umdeutung ab, die darauf verweist, dass auch die konservativ denkenden politischen Journalisten aus dem Tumult der ganzen Affäre um positive Erfahrungen bereichert hervorgehen konnten.

In der britischen Parallelgeschichte geht es um den Profumo-Skandal von 1963, der nicht zu einem Presseskandal wurde, obwohl es sich um eine mit *sex and crime* gesättigte Geschichte handelte, in der Kriegsminister John Profumo das Unterhaus belog, indem er leugnete, eine Affäre mit dem Callgirl Christine Keeler gehabt zu haben, die ihrerseits eine Affäre mit einem sowjetischen Spion gehabt hatte. Und es

kommt ein Osteopath und Porträtist der Londoner High Society vor, Stephen Ward, der enge Kontakte zu Keeler hatte, als Zuhälter angeklagt und kurz vor der Urteilsverkündung tot aufgefunden wurde. Todesursache: eine Überdosis Tabletten. Diese Mixtur aus allem, was als Sensation wirken kann, machte den Profumo-Skandal zu einem internationalen Medienereignis – allerdings erst, nachdem der Kriegsminister gestanden hatte, dass er das Unterhaus belogen hatte. Warum nahm sich die britische Presse der Angelegenheit, die so zur Skandalisierung einlud, nicht an? Eine Überraschung war Profumos Geständnis nämlich nicht; das ganze politische London, die Zeitungsredaktionen eingerechnet, wusste monatelang Bescheid. Um zu verstehen, warum der Profumo-Skandal kein Presseskandal war, muss man auf einen Skandal im Herbst 1962 zurückblicken, als die Kubakrise beendet war, in der Bundesrepublik die *Spiegel*-Affäre für Schlagzeilen sorgte und in Großbritannien ein sowjetischer Spion namens John Vassall enttarnt wurde. Nachdem bekannt geworden war, dass Vassall homosexuell war, begann ein mediales Kesseltreiben, als die Londoner Journalisten im Marineministerium, der Admiralty, nach hochrangigen Bettgenossen des Spions zu suchen begannen, die womöglich eine schützende Hand über ihn gehalten hatten. Der konservative Ministerpräsident Harold Macmillan bemühte sich um Eingrenzung des Treibens und fand einen Weg, den Journalisten die Instrumente zu zeigen. Er ließ ein – damals auch so genanntes – Tribunal zusammentreten, das im englischen Rechtswesen insofern einzigartig war, als in seinen Verhandlungen auch die Wiedergabe von Gerüchten und Informationen aus dritter Hand statthaft war und bei der Urteilsfindung verwendet werden konnte. Vor diesem Tribunal ließ man über 40 Journalisten antreten und unter Eid Auskunft darüber geben, woher sie ihre Informationen bezogen hatten, wer also ihre Quellen gewesen waren für Artikel, in denen einzelne Mitarbeiter des Marineministeriums angeklagt oder sonstige für die Regierung unbequeme Verdachtsmomente geäußert wurden. Für die Presse wurde das Schauspiel – die Verhandlungen waren teilweise öffentlich – zum Debakel. Mussten doch viele Journalisten zugeben, ihre Informationen aus anderen Zeitungen abgeschrieben oder frei erfunden zu haben. Zwei Journalisten erhielten eine Gefängnisstrafe für ihre Weigerung, ihre Quellen aufzudecken. Im Gegensatz zum bundesdeutschen Parallelskandal blieb eine kritische öffentliche Reaktion auf diese Inhaftierungen ebenso aus wie auf das

zwar legale, aber doch problematische Tribunal – mit einer interessanten Ausnahme, nämlich ausgerechnet dem Chefredakteur der Londoner *Times*, normalerweise ein eher regierungsnahes Organ. Als im Frühjahr 1963 das Vassall-Tribunal endete und Profumo vor dem Unterhaus erklärte, keine sexuelle Beziehung mit Christine Keeler gehabt zu haben, war die britische Presse nicht in der Verfassung, erneuten Verfolgungseifer an den Tag zu legen.

Ein zweiter Grund dafür, dass die Profumo-Affäre kein Presseskandal war, lag in der britischen Gesetzgebung betreffend Verleumdung. Sie hing als Damoklesschwert über den Redaktionen der Fleet Street, denn wenn eine Klage wegen *libel* («Verleumdung») erfolgreich war, konnten Strafen in beliebiger Höhe festgesetzt werden. Und Profumo hatte seine unwahre Erklärung vor dem Unterhaus durch den Hinweis ergänzt, dass er gegen jede Zeitung, die seine Aussage anzweifelte, Klage erheben würde. Erst als er im Sommer zugab, gelogen zu haben, brach der Mediensturm los. Während also in der Bundesrepublik, einem Land, von dem man allseits mit guten Gründen überzeugt war, dass seine Demokratie erst noch laufen lernen musste, die Medien und andere Akteure die Regierung erfolgreich vor sich hertrieben, verfügten im Mutterland der Demokratie die Regierung und die Rechtsprechung über sehr starke Instrumente gegen ihre Presse und setzten sie auch ein – ohne Bedenken und ohne dass sich gesellschaftlicher Widerstand regte.

Im letzten Doppelkapitel geht es um das Fernsehen, das in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg für die politische Berichterstattung immer wichtiger wurde. Anfangs war es wie das Radio ausschließlich in öffentlich-rechtlicher Form organisiert, bis daneben auf Initiative von politischer Seite private Betreiber von Fernsehprogrammen zugelassen wurden, die sich über Werbung finanzierten. Diese grundlegende Umgestaltung der Rundfunklandschaft war sowohl in Großbritannien, wo sie Anfang der 1950er Jahre debattiert wurde, als auch in der Bundesrepublik um 1980 heftig umstritten. In den Kontroversen wurden grundsätzliche Fragen der Beziehung zwischen Politik und Fernsehen ebenso deutlich wie die Motivlagen von Politikern, Parteien und Rundfunkjournalisten, sich für oder gegen das kommerzielle Fernsehen zu positionieren. Deswegen habe ich dieses Thema ausgewählt, obwohl der zeitliche Unterschied die kontrastierende Gegenüberstellung der beiden Länder komplexer macht. Denn in den etwa 30 Jahren, die zwischen beiden Zeitpunkten vergingen, veränderte sich

so viel, dass weder der Rundfunk noch die Politik dieselben waren. So steckte das Fernsehen um 1950 herum noch in den Kinderschuhen, was Programmgestaltung und Zuschauerzahlen betraf, während es um 1980 zum Leitmedium geworden war. Und Politik und Gesellschaft waren wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch durch die Kriegsfolgen und einen niedrigen Lebensstandard geprägt, während 30 Jahre später die Konsumgesellschaften voll ausgeprägt waren und nicht mehr die Kriegsfolgen, sondern andere politisch-gesellschaftliche Problemlagen im Vordergrund standen – in der Bundesrepublik vor allem die Auseinandersetzungen über Atomkraftwerke und Abrüstung, in denen sich auch viele Rundfunkjournalisten politisierten.

Doch hat der zeitliche Spagat auch einen großen Vorteil: Er zeigt nämlich, dass eine öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt schon zu einer Zeit in die Schusslinie konservativer Kritiker geraten konnte, als sie, wie die British Broadcasting Corporation (BBC) nach dem Zweiten Weltkrieg, noch gar keine Rolle für die politische Berichterstattung über parteipolitisch kontroverse Themen spielte; dass also der parteipolitische Kampf um die Rundfunkhäuser, der die bundesdeutschen Auseinandersetzungen so stark prägte, nicht der einzige Grund für die Einführung des kommerziellen Fernsehens war. Es war auch nicht der Druck wirtschaftlicher Interessen aus der Elektronikindustrie oder seitens der großen Zeitungsbesitzer. Vielmehr ging es sowohl den Tories kurz nach Kriegsende als auch den Politikern der CDU/CSU Jahrzehnte später auf einer ganz prinzipiellen Ebene darum, die monopolartige Stellung zu relativieren, die das öffentlich-rechtliche Fernsehen innehatte, bevor es konkurrierende Programmträger gab. Sie waren als Konservative grundsätzlich gegen Monopole und gegen solche des Fernsehens im Besonderen, weil sie ihm eine starke Wirkung zusprachen und es enorm große Publika waren, die dieser unterstellten Wirkung ausgesetzt waren. Dass die in programmarmen Zeiten sehr hohen Einschaltquoten reduziert werden würden, sobald die Programmangebote zahlreicher wurden, war ein wichtiges Motiv für Befürworter des kommerziellen Fernsehens. Die konservativen Parteien, aus deren Reihen in beiden Ländern die Befürworter des werbungsfinanzierten Fernsehens kamen, wollten allerdings abgesehen von diesem gemeinsamen Hintergrund die Dezentrierung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens aus völlig unterschiedlichen Gründen. Bei den Tories, die seit Oktober 1951 die Regierung stellten, entbrannte ein heftiger Streit zwi-

schen einem zunächst kleinen, dann jedoch immer größer werdenden Teil der Unterhausfraktion einerseits und der Parteiführung beziehungsweise der Regierung andererseits über die einzuschlagende Richtung der Regierungspolitik. Die Abgeordneten revoltierten gegen eine Politik, die sich – entsprechend den Prioritäten des an Innenpolitik wenig interessierten Premierministers Winston Churchill – ihrer Meinung nach nicht genügend von der Labour-geführten Vorgängerregierung abhob, indem sie etwa deren Verstaatlichung von Schlüsselindustrien wenigstens in Teilen zurücknahm. Was die Abgeordneten brauchten, um wiedergewählt zu werden, war ein profiliert konservatives Regierungshandeln.

In dieser Situation geriet das Rundfunkmonopol der BBC in die Schusslinie, nicht wegen ihres Fernsehprogramms, sondern wegen der Verwerflichkeit des Monopols an sich. In gewisser Weise war es also eine Übersprungshandlung, als erst eine kleine Gruppe und dann die Fraktionsabgeordneten in ihrer Mehrheit von Regierung und Parteiführung verlangten, die Einführung des kommerziellen Fernsehens unter dem Stichwort der Monopolbekämpfung voranzutreiben. Denn die wirtschaftlichen Monopolbetriebe, die die Labour-Regierung durch ihre Verstaatlichungen geschaffen hatte, waren noch sakrosankt. Churchill und sein Kabinett, in dem auch Tories saßen, die dem werbungsfinanzierten Fernsehen nicht das Geringste abgewinnen konnten, standen alsbald von zwei Seiten unter Beschuss: Gegen die Bestrebungen aus der Fraktion mobilisierte sich ein Teil der Konservativen Partei, der gegen jegliche rundfunkpolitische Veränderung war, weil sonst ein kultureller Niedergang in Rundfunk und Gesellschaft zu befürchten sei. Diesen Bedenken schlossen sich die Labour-Partei und viele Einzelpersonen an, so dass die Regierung, in deren Reihen der Zwiespalt zwischen Befürwortern und Gegnern schließlich ebenfalls Einzug hielt, in Bedrängnis geriet. Eingehegt wurde der Konflikt im Lauf mehrerer Jahre durch die Regierungsstrategie des Verzögerns plus Verhandeln, wobei als Kompromiss ein Duopol herauskam, das weder die enragierten Abgeordneten noch die ebenso engagierten Verteidiger des BBC-Monopols zufriedenstellte, aber insofern einen echten Kompromiss darstellte und nach einigen Anfangsschwierigkeiten gut funktionierte. Die BBC blieb in ihrem Gesamtumfang erhalten, neben sie trat eine quasi ebenfalls öffentlich-rechtliche Dachorganisation, unter deren Kontrolle private Fernsehanbieter Programm machen

konnten. Als echten Kollateralnutzen der ganzen Auseinandersetzungen – so kann man es rückblickend bezeichnen – verlor die hinsichtlich ihrer Berichterstattung über politische Angelegenheiten buchstäblich geknebelte BBC einige ihrer Knebel. Denn je länger über die Fernsehfrage gestritten wurde, umso unhaltbarer erschienen die bisherigen Verbote und Einhegungen der politischen Berichterstattung des Rundfunks, die das traditionell sehr auf seine Prärogative als einziges Forum der politischen Auseinandersetzung bedachte Parlament bislang befürwortet hatte.

In der Bundesrepublik ist der Rundfunk Ländersache. Deswegen wird die Konfliktgeschichte zwischen christdemokratischen und sozialdemokratischen Politikern um die Einführung des kommerziellen Fernsehens auf der Ebene der Bundesländer dargestellt. Im Mittelpunkt stehen die Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, deren christdemokratische Ministerpräsidenten, Ernst Albrecht und Gerhard Stoltenberg, mit dem sozialdemokratischen Hamburger Ersten Bürgermeister Hans-Ulrich Klose einen jahrelangen Streit über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) ausfochten, dessen Sendegebiet alle drei Bundesländer umfasste. In diesen Auseinandersetzungen ging es um den Einfluss auf die öffentlich-rechtliche Dreiländeranstalt NDR und die Dezentrierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks generell durch die Zulassung privater Anbieter von Fernsehprogrammen. Der Fokus liegt auf den konservativen Landesregierungen, weil sie die treibenden Kräfte des Konflikts waren. Die sozialdemokratische Position war die des unveränderten Bewahrens der Rundfunkordnung. Ihre Argumente und Deutungsmuster gehen aus den ausgewerteten Landtagsdebatten in Kiel und Hannover und den Verhandlungen zwischen den drei Regierungschefs in aller wünschenswerten Deutlichkeit hervor.

Der Konkurrenzkampf der beiden Volksparteien CDU (in Bayern der CSU) und SPD um Einfluss auf die Landesrundfunkanstalten ist so alt wie die Bundesrepublik selbst. Die föderale Struktur des Rundfunks, die die westlichen Alliierten dem neuen Staatsgebilde verordnet hatten, um einem politischen Zugriff auf die elektronischen Medien wie im »Dritten Reich« vorzubeugen, hatte das Problem nicht beseitigt, sondern unterhalb der nationalstaatlichen Ebene vervielfältigt. Nur dass es die Landesregierungen, ihre Staatskanzleien sowie die sie tragenden Landtagsfraktionen waren, die, welche Partei auch immer

die Regierung stellte, »ihren« jeweiligen Sender personell und anderweitig auf Linie zu bringen trachteten. Daraus resultierte im Lauf der Zeit eine bi-parteiliche Durchdringung der Rundfunkanstalten, von der immer fraglicher wurde, ob sie dem verfassungsrechtlichen Gebot der Staatsferne des Rundfunks noch entsprach. In einigen Bundesländern, wo die Zahl der staatsnahen Politiker in den Rundfunkgremien erkennbar über die in den Landesrundfunkgesetzen gezogenen Grenzen hinausging, war dies schon nicht mehr fraglich. Insofern war der Kampf um den NDR nur eine – wenn auch besonders konvulsivische – Episode einer längeren Geschichte. Auch die konservativen Bemühungen um die Einführung werbungsfinanzierten Rundfunks beziehungsweise Fernsehens als Gegengewicht zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk hatten eine lange Tradition und wurden nicht erstmals im deutschen Norden der 1970er Jahre manifest. Ebenso wenig zeigte der NDR-Konflikt erstmals, welche neue Schärfe der Kampf um die Rundfunkhäuser nach dem Regierungswechsel von 1969 angenommen hatte, der als Novum in der Geschichte der Bundesrepublik eine sozialliberale Koalition an die Regierung brachte, die ihre politischen Gegner nicht nur dadurch, sondern auch durch ihre Ostpolitik aufs Äußerste reizte. Bereits Anfang der 1970er Jahre hatte diese neue Eskalationsstufe des politischen Klimas in Bayern Folgen für die Rundfunkpolitik gehabt, als die CSU im Landtag ein neues Rundfunkgesetz einbrachte, das die Zahl der CSU- beziehungsweise Regierungsvertreter in den Gremien des Bayerischen Rundfunks deutlich heraufsetzte. Gegen diese kleine Machtergreifung protestierten nicht nur die Opposition und ihr nahestehende Gruppen, sondern auch der Senat, Kirchenvertreter und viele CSU-Mitglieder. Die Bevölkerung nahm so regen Anteil an den Auseinandersetzungen, dass genügend Unterschriften für einen Volksentscheid über das Rundfunkgesetz zusammenkamen, in dessen Folge die Zahl der der CSU vorbehaltenen Rundfunkratssitze wieder reduziert wurde und die öffentlich-rechtliche Trägerschaft des Rundfunks Verfassungsrang erhielt.

Spezifisch für die norddeutsche rundfunkpolitische Kampfzone einige Jahre später war etwas anderes, nämlich das Unbehagen der Landesherren Albrecht und Stoltenberg an einem Rundfunksender, den sich drei Landesregierungen gewissermaßen teilen mussten. Wie Stoltenberg hatte feststellen müssen, reduzierte das seinen rundfunkpolitischen Einfluss auf ein Minimum, wenn, wie es über Jahre hinweg ge-

wesen war, sowohl in Hamburg als auch in Hannover Sozialdemokraten regierten. Es ist dieses Dreiecksverhältnis der norddeutschen Rundfunklandschaft, das Quellen generiert hat, in denen sich spiegelt, was ansonsten eher unausgesprochen bleibt: nämlich die landesherrlichen Begehrlichkeiten in Sachen Rundfunkkontrolle. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident erhielt konservative Schützenhilfe, als in Niedersachsen mit Albrecht ein Christdemokrat an die Regierung kam. Mit der Kündigung des NDR-Staatsvertrags begann die heiße Phase eines politischen Kampfes, in dem es gleichermaßen um die CDU-gerechte Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Anstalt und deren Einhegung durch private Anbieter ging. Und, wenn es nach Albrecht gegangen wäre, möglicherweise um den Bestand des NDR überhaupt.

Die zahlreichen einschlägigen Landtagsdebatten in Kiel und Hannover sind eine Fundgrube für die Vorstellungen der Abgeordneten und Regierungsvertreter über das Fernsehen, über dessen angemessene Ordnung und über die gesellschaftliche Rolle des Journalismus. Die internen Papiere der beiden Staatskanzleien wiederum sind außerordentlich erhellend für die Sichtweisen der Staatsvertreter in diesen Fragen. Was die Journalisten betraf, insbesondere diejenigen des Fernsehens, so waren sie seitens der CDU Anlass für helle Empörung, beanspruchten sie doch, wie es die Konservativen sahen, selbst Politik treiben zu können. Der Eindruck war insofern nicht ganz falsch, weil in den Rundfunkhäusern der damaligen Zeit viele Vertreter einer Journalistengeneration saßen, die sich in der Tat als politische Akteure einer linksliberalen Umgestaltung der Gesellschaft sahen, wie es unter anderen politischen Vorzeichen für namhafte Herausgeber und Redakteure der politischen Zeitungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts durchaus üblich gewesen war. Nachgerade zur Hassfigur wurde Peter Merseburger, der mehrere Jahre NDR-Redakteur und Leiter des ebenso erfolgreichen wie umstrittenen Fernsehmagazins *Panorama* war. Dass diese politisch engagierten Fernsehredakteure Gelegenheit hatten, ihre aus konservativer Sicht illegitime Einmischung in das Gestaltungsmonopol der Politiker vor einem Millionenpublikum zu betreiben, stärkte die Befürworter des Privatfernsehens in der CDU, das den Zeiten so hoher Einschaltquoten ein Ende machen sollte.

Unter das Verdikt unzulässiger politischer Meinungsbekundungen konnten Journalisten allerdings auch deswegen fallen, weil sie von aktuellen norddeutschen Kampfplätzen wie dem Bauplatz des Atom-

kraftwerks Brokdorf in der schleswig-holsteinischen Wilstermarsch berichteten. Die Reporter und Redakteure bewegten sich bei diesem Thema in einer Art Grauzone. Denn aus der damaligen konservativen Sicht gab es keine Legitimation für Bürgerbewegungen, Widerstand gegen parlamentarisch legitimierte politische Maßnahmen wie den Bau eines Atomkraftwerks zu leisten. Mitte der 1980er Jahre sollte zwar das Bundesverfassungsgericht dieser Sichtweise den Boden entziehen. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war sie jedoch dort, wo Konservative regierten, herrschende Meinung. Das setzte Journalisten, die mit dem Thema Brokdorf befasst waren, regelmäßig scharfer Kritik seitens der schleswig-holsteinischen CDU aus. Diese Grauzone ist ein weiteres Spezifikum der politisch-medialen Beziehungen, das der NDR-Streit in den Blick rückt.

Schließlich taucht im Zusammenhang mit der NDR-Frage auch ein Akteur auf, der nicht fehlen darf, wenn es um bundesdeutsche Rundfunkpolitik geht: die Rechtsprechung. Was den Rundfunk betrifft, sind die Beziehungen zwischen Medien und Politik in (West-)Deutschland eine Dreiecksbeziehung, weil wesentliche Aspekte der Rundfunkordnung durch Gerichtsurteile strukturiert wurden. So war es auch in diesem Fall. Das Berliner Oberverwaltungsgericht erklärte die Kündigung des NDR-Staatsvertrags für ungültig, was die drei Kontrahenten Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg zwang, in aller Eile doch noch einen neuen Dreiländerstaatsvertrag zustande zu bringen, der den NDR in seinem Bestand erhielt, die Einführung des kommerziellen Fernsehens jedoch ermöglichte. Insofern ging die Geschichte aus wie das Hornberger Schießen. Sie gibt jedoch überaus interessante Einblicke in die Beziehungs- und Wahrnehmungsgeschichte von Politik und Medien in der Spätphase der alten Bundesrepublik.

• • •

Wer nach diesen Zusammenfassungen der Kapitel glaubt, das Wichtigste zu wissen, möge die Probe aufs Exempel machen und in die Kapitel selbst hineinschauen. Denn dort findet sich, was sich der Zusammenfassung, die auf die rahmensetzenden Zusammenhänge beschränkt bleiben muss, entzieht. Das sind alle individuellen Verkörperungen und konkreten Details der einzelnen Ereignisse, die erst plausibel machen, wie alles zusammenhängt oder eben nicht alles. Das sind die kontingenten Auswirkungen von Sachverhalten, Personen

oder Erfahrungen, die nur deswegen Wirkung ausüben, weil sie zeitgleich da sind, aber eminent folgenreich sein können. Das sind die unerwarteten Folgen von Handlungen oder Prozessen, die eintreten, oder die erwarteten Folgen, die ausbleiben. Das ist die Ungewissheit der Akteure über die Zukunft und ihre Prägung durch Erfahrungen, die ihnen andere Deutungen ihrer Gegenwart nahelegen, als wir sie rückblickend erwarten. Kurzum: Nur die detaillierten Darstellungen sind wirklich reich an zeitgenössischen Kontexten, die es zwar auch nicht erlauben, uns in die Menschen früherer Zeiten hineinzusetzen. Das ist und bleibt eine Illusion. Sie erlauben jedoch, Zusammenhänge, die wir selbst stiften, indem wir Selbstverständlichkeiten, Ansichten und Wertungen unserer eigenen Gegenwart in die Vergangenheit exportieren, leichter zu erkennen und einzuklammern, weil sie mit Selbstverständlichkeiten, Ansichten und Wertungen der Zeitgenossen kollidieren. Einen solchen kulturgeschichtlichen und akteurszentrierten Ansatz zu vertreten bedeutet, nicht daran zu glauben, dass es Entitäten wie »die Medien« oder »die Politik« gibt. Wenn diese Ausdrücke dennoch in der Darstellung vorkommen, dann nur, um abzukürzen und Wiederholungen zu vermeiden.

Allen vier Doppelkapiteln und dem Solitär in ihrer Mitte wird ein Vorspann vorausgeschickt, der in das jeweilige Thema einführt und Thesen aufstellt, die, wie ich hoffe, hilfreich dafür sind, den narrativ strukturierten Kapiteln meine Deutungsabsichten gegenüberzustellen – sei es in nachvollziehender, sei es in kritischer Absicht. Am Ende der (Doppel-)Kapitel folgt jeweils ein Fazit, in dem wichtige Aspekte resümiert und über das Erzählte hinausgehende Zusammenhänge angesprochen werden. Um die Zahl der Buchseiten nicht zu sehr aufzublähen – die Literatur zur Politik- und Mediengeschichte und zu den verschiedenen Themen geht ins Uferlose –, beschränken sich die Fußnoten weitgehend auf den Nachweis wörtlicher Zitate. Deren Schreibweisen wurden punktuell angeglichen, so wurde z.B. überall »dass« statt »daß« verwendet. Hinweise zur für mich wichtigsten Sekundärliteratur und herangezogenen Quellenbasis sowie gegebenenfalls zum Forschungsstand finden sich für jedes Kapitel am Ende des Buches. Die Schlussbemerkungen fassen zusammen, was mir im Überblick über alle Kapitel hinweg an Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern in Deutschland und Großbritannien bemerkenswert erscheint.

I Die Presse des 19. Jahrhunderts im Ersten Weltkrieg

Dem Blick auf die Beziehungen zwischen Presse und Politik im Ersten Weltkrieg wird durch ein Hindernis die Sicht verstellt. Es besteht in der Überschätzung der Propaganda im Sinn einer obrigkeitlichen Kontrolle und Lenkung der Medien und ihrer Inhalte. Zwar war es in der Tat so, dass in den Jahren 1914–1918 alle am Krieg beteiligten Länder Propagandainstitutionen einrichteten, Experten für Propaganda beschäftigten und propagandistische Mittel und Strategien in ihre Kriegführung integrierten. Doch waren die Adressaten in der Regel Länder des neutralen oder feindlichen Auslands beziehungsweise gegnerische Soldaten an den Fronten. Als in der zweiten Kriegshälfte dann auch die jeweils eigene Bevölkerung zum Ziel obrigkeitlicher Propagandamaßnahmen gemacht wurde, ging es weniger um Kontrolle und Lenkung von Zeitungsinhalten als darum, bestimmte Ziele zu erreichen: Plakate und Vorträge sollten die Bevölkerung motivieren, Kriegsanleihen zu zeichnen. Soldaten sollten durch Vortragsveranstaltungen gegen pazifistische und sozialistische Gedanken immunisiert und durch Theater Vorstellungen unterhalten werden. Oder aber der Ruf nach verstärkter Propaganda – wie ihn besonders die deutsche Militärführung 1917/18 erhob – wurde zu einer Art Übersprungshandlung, als militärisches Handeln nicht die erwarteten Früchte trug.

Die britischen und deutschen Zeitungen, ihre Besitzer und Journalisten waren also keine Adressaten propagandistischer Lenkung, wie sie im Zweiten Weltkrieg in Deutschland gängig wurde. Für eine nationale Presselenkung fehlten in beiden Ländern die Institutionen – in Deutschland wegen der territorialen und administrativen Vielfalt, in Großbritannien wegen seiner politischen Kultur, in welcher nicht vorgesehen war, dass die Exekutive über Instrumente der politischen Meinungsbildung verfügte. Das einzige legitime Forum für politische Erörterungen war hier das Parlament; und es waren dessen Fraktionen

und Abgeordnete, die durch ihre Pressebeziehungen und gemeinsam mit ihnen nahestehenden Journalisten die Nachrichtenlage bestimmten. Die politische Presse stellte ihrerseits ein weiteres Hindernis für eine nationale Propaganda dar. Denn sie war, was die landesweit gelesenen Zeitungen betraf, die die politische Berichterstattung dominierten, stark parteipolitisch gefärbt. Das galt für Großbritannien und Deutschland gleichermaßen. Teils gehörten die Zeitungen einzelnen Parteien oder Parteiführern; teils vertraten Zeitungsbesitzer und -herausgeber dezidierte parteipolitische Positionen. Namhafte Presseleute verstanden sich durchweg selbst als Politiker, die mit ihrem Blatt aktiv an den tagespolitischen Auseinandersetzungen teilnahmen. Das war ihr primäres Ziel, nicht die – durchaus willkommene – Steigerung der Auflage. Und sie schrieben für eine Leserschaft, die ihre Ansichten im Großen und Ganzen teilte. Einer solchen Presse hätten, selbst wenn es die entsprechenden zentralen Institutionen gegeben hätte, keine Positionen oder Inhalte vorgegeben werden können. Dafür fehlte es schon an einer gemeinsamen Sprache, die die parteipolitischen Unterschiede überwölben konnte.

Was, wenn nicht Propaganda, charakterisierte also die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern während des Ersten Weltkriegs in Deutschland und Großbritannien? Das war zum einen die Zensur. Sie wurde in beiden Ländern sehr unterschiedlich gehandhabt: in Großbritannien relativ zurückhaltend und in der Regel auf Fälle militärisch relevanter Informationen beschränkt; in Deutschland so extensiv und chaotisch, dass das Schreiben von Zeitungsartikeln zum Drahtseilakt wurde. Hier gaben die das Reich flächendeckend überziehenden Militärdienststellen durch ihre restriktive Zensurpraxis die Grenzen des Publizierbaren vor: Erscheinen durften nur Artikel, die die politischen Linien der Militärführung – die selbst zum wichtigen politischen Akteur wurde – bekräftigten oder zumindest nicht infrage stellten. Die wichtigste dieser militärisch-politischen Leitlinien war, dass der Krieg so lange fortgesetzt werden müsse, bis die deutschen Truppen siegreich waren. Denn nur ein Siegfrieden konnte die exorbitanten Kriegsziele territorialer und ökonomischer Art erreichen, die die Militärführung und ein erheblicher Teil der deutschen Ober- und Mittelschichten für unerlässlich hielten. Politische Erörterungen über Kriegsziele hatten nur stattzufinden, soweit sie dieser Maßgabe folgten. Auch in Großbritannien wurden Kriegsziele aufgestellt, verfolgt und

debattiert. Hier spaltete jedoch diese Frage Politik, Medien und Gesellschaft nicht annähernd so scharf, wie es in Deutschland in der zweiten Kriegshälfte der Fall war.

Die erste These des folgenden Kapitels ist, dass diese unterschiedliche Handhabung der Zensur sehr folgenreich war – und zwar nicht nur für die Beziehungen zwischen Politik und Presse. In Großbritannien, wo eine politische Berichterstattung weiter möglich war, konnten wichtige Fragen der Kriegs- oder der Innenpolitik in den Zeitungsspalten zum Thema gemacht werden. Das steigerte die politische Bedeutung der Presse in einer Zeit, in der die Auseinandersetzung im Parlament ausgesetzt war, um den Burgfrieden zu erhalten. In Deutschland hingegen fielen die Zeitungen als Foren politischer Diskussion ebenso aus wie der Reichstag. Politische Divergenzen, sei es über die Kriegführung oder darüber, welche Personen oder Parteien die Regierung führen sollten, konnten unter den deutschen Bedingungen nicht öffentlich ausgetragen werden, was politische Aushandlungsprozesse erschwerte und illusionistische Nachrichtenlagen förderte. Die britischen Verhältnisse machten es demgegenüber möglich, einen zwischen den Parteien ausgehandelten Regierungswechsel herbeizuführen, wozu die Presse beitrug. Politisches Handeln war hier noch diskutierbar. Das galt sogar für Auseinandersetzungen über genuin militärische Belange.

Zum anderen war das Verhältnis zwischen Politikern, Militärs und Presseleuten ähnlicher parteipolitischer Ausrichtung im Krieg, so meine zweite These, durch einen sehr engen und vertrauensvollen Umgang gekennzeichnet. Das entsprach in Großbritannien den Gepflogenheiten, wie sie sich im 19. Jahrhundert eingebürgert hatten. In Deutschland waren die Kriegsjahre in dieser Hinsicht demgegenüber eine Art Inkubationsphase: Zwar hatte es hier bereits vor 1914 erste Ansätze des Auswärtigen Amtes gegeben, solche Vertrauensverhältnisse zu einzelnen Journalisten herzustellen. Die Kriegszeit vermehrte und intensiverte dann jedoch die Beziehungen zwischen Presseleuten einerseits und Politikern und Militärs andererseits. Sie trafen sich jetzt regelmäßig in den seit Kriegsbeginn aus dem Boden schießenden geselligen Kreisen, etwa der Deutschen Gesellschaft 1914. Und die Einrichtung der Berliner Kriegspressekonferenz nach Kriegsbeginn institutionalisierte einen Umgang zwischen Pressevertretern und Militär, der ebenso intensiv wie vertraulich war – waren doch die meisten der dort den Journalisten übermittelten Informationen nicht zur Ver-

öffentlichung bestimmt. Eine Art Vertraulichkeitskartell¹ gab es also in beiden Ländern, wenn auch in unterschiedlichen Formen: in London auf individueller und Parteibasis als Beziehung unter Gleichgestellten, die sich als Gentlemen und als politische Akteure begegneten. Hier verfügten auch die Regierungsmitglieder über beste Pressekontakte, weil die Regierungen aus dem Parlament gebildet wurden und die Abgeordneten ihre Netzwerke mitnahmen, wenn sie in die Ministerbank aufrückten. In Berlin waren die persönlichen Netzwerke, die Journalisten und Politiker verbanden, vor 1914 geringer ausgeprägt. Sie wurden im Krieg in institutionalisierter Form verstärkt. Kaum jemals waren sie jedoch Beziehungen unter Gleichen. Und was die Regierung betraf, so verfügten ihre Mitglieder oft über keine eigenen Pressebeziehungen: Die deutschen Regierungen wurden nicht aus dem Reichstag heraus gebildet, sondern vom Kaiser ernannt, und viele Minister stammten aus der – pressepolitisch in der Regel weniger gut vernetzten – Administration.

Die britische Version des Vertraulichkeitskartells erfuhr allerdings in der Kriegszeit, so die dritte These, eine folgenreiche Modifikation. Mit den Pressezaren, damals verkörpert vor allem durch Lord Northcliffe, meldete sich ein neuer Typus von Pressebesitzer auf der politischen Bühne zu Wort, der keiner Partei und keiner Person dauerhaft verbunden war. Das brachte ein neues Element in die überkommenen Beziehungsformen zwischen Presse und Politik. Denn auch wenn Northcliffe bereits vor 1914 eine ganz eigene Rolle in der politisch-medialen Landschaft gespielt hatte, wuchs ihm in der zweiten Kriegshälfte eine neue Bedeutung zu. Die Kriegsverhältnisse hatten nämlich mit David Lloyd George einen Politiker an die Spitze der Regierung gebracht, der seinerseits ein Novum war: weil er Premierminister war, ohne über eine Partei mitsamt deren Pressebeziehungen verfügen zu können. Der parteipolitisch frei flottierende Pressezar stellte für den Premierminister einen möglichen Ausweg aus dieser schwierigen Lage dar, bescherte ihm jedoch gleichzeitig neue Probleme, weil Vertraulichkeit in diesem Fall kein praktikierbarer Beziehungsmodus war.

• • •

1 Die Klärung und Begründung dieses Begriffs findet sich im Kapitel »Vergleichendes zum Schluss«.

Aus den Unterschieden, die die drei Thesen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Presse und Politik in den untersuchten Ländern ins Zentrum stellen, ergeben sich unterschiedliche Schwerpunkte der Darstellung: Der britische Teil stellt die Vielfalt der Interaktionen zwischen Politikern und Journalisten und deren Folgen in den Mittelpunkt. Im deutschen Teil geht es um die Auswirkungen, die die verordnete Einheit auf Politik und Journalismus in der Kriegszeit hatte.

Politik im Krieg. Politiker, Militärs und Journalisten in Großbritannien 1914–1918

Robert Donald, der Herausgeber des *Daily Chronicle* und zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer der angesehensten Londoner Presseleute, war ein Mann mit Fantasie. In einer Rede, die er 1913 als Präsident des Institute of Journalists hielt, wagte er eine vor dem Rundfunkzeitalter kühne Prognose, die ihm allerhand Spott von seinen journalistischen Kollegen eintrug: dass nämlich in nicht allzu ferner Zukunft die Nachrichten, statt mit den Zeitungen zu kommen, in die britischen Haushalte geliefert werden könnten wie Gas und Strom.² Was aber jenseits seines Vorstellungsvermögens lag, war, dass fünf Jahre später, wenige Wochen vor dem Ende des Weltkriegs, seine Karriere als Herausgeber einer der maßgebenden Londoner Tageszeitungen auf denkwürdige Weise abrupt beendet werden würde. Von einem Tag auf den anderen würde er seinen Posten verlieren, weil der *Daily Chronicle* ohne sein Wissen verkauft worden war. Und zwar an den amtierenden Premierminister Großbritanniens, David Lloyd George – ein unerhörtes Ereignis in der britischen Pressegeschichte. Umso unerhörter, weil damit eine Zeitung in den Privatbesitz eines Regierungschefs kam, die in den Monaten zuvor eben diesen Regierungschef scharf angegriffen hatte.

Auf den ersten Blick passt diese Episode gut in das wohlbekanntes Bild des Ersten Weltkriegs als erster Höhepunkt staatlicher Medienkontrolle und Propaganda. Tatsächlich war der staatliche Aufgabenzuwachs in den Jahren 1914–1918 enorm. So wie der Krieg völlig neue Dimensionen aufwies, sprengten auch deren Bewältigungsversuche die bisherigen Begrenzungen staatlichen Handelns – unter anderem auf dem Gebiet der Medienkontrolle und -lenkung. In Großbritannien wurden ebenso wie in anderen kriegführenden Ländern im großen Stil Instrumente der Medienkontrolle und -beeinflussung geschaffen. Die

2 New Forces in Journalism. Address by Robert Donald, President of the Institute of Journalists, Annual Conference, York, 18. August 1913, abgedruckt in: Taylor, Robert Donald, S. 265–270.

Zensur war vorrangig. In London wurde gleich zu Beginn des Krieges das Press Bureau eingerichtet, das Pressetelegramme zensierte, die aus dem Ausland eingingen oder in andere Länder abgingen. Hier konnten die Zeitungsredaktionen Artikel vorlegen, wenn sie im Zweifel waren, ob für den Feind nützliche Informationen enthalten waren; sie mussten das allerdings nicht tun. Im weiteren Kriegsverlauf gab das Press Bureau mitunter auch Nachrichten an die Redaktionen heraus, die nach Bedarf verwendet werden konnten, und verschickte an dieselben Adressen um die 700 Instruktionen darüber, welche Gegenstände geheim zu halten waren.³ Zensiert wurde daneben unter Leitung des War Office und der Admiralty nach militärischen Sicherheitskriterien. Die Nachrichtenagentur *Reuters* wurde in der zweiten Kriegshälfte für die Dauer des Krieges unter staatlichen Einfluss gestellt und ihre Meldungen damit potenziell zensierbar. Das Militär zensierte die Berichte der Kriegsberichterstatter, die seit 1915 Reportagen von den Fronten lieferten.

Für die aktive Propaganda ins neutrale und feindliche Ausland wurden im Lauf der Kriegsjahre diverse Organisationen geschaffen. Sie unterstanden bis 1917 mehrheitlich dem Foreign Office. Dieses hatte auch auf die erste Einrichtung, die diese nebeneinander bestehenden Einrichtungen koordinieren sollte – das im Februar 1917 gegründete Department of Information –, entscheidenden Einfluss. Im März 1918 wurde ein Ministry of Information eingerichtet, in dem das Department of Information und das War Office Cinematographic Committee aufgingen. Es sollte die Kooperations- und Kompetenzprobleme lösen, die bislang zwischen den verschiedenen propagandistisch aktiven Institutionen bestanden hatten. Neben dem Ministry of Information bestand seit Februar 1918 eine separate Abteilung für Propaganda ins feindliche Ausland.

Im Inland wurde ebenfalls aktive Propaganda betrieben. Plakate, Vorträge und Großveranstaltungen warben um Rekruten; das federführende Parliamentary Recruiting Committee war allerdings, wie der Name schon sagt, keine Einrichtung der Regierung, sondern unterstand den im Parlament vertretenen Parteien. Das Innenministerium propagierte eine sparsame Haushaltsführung. Die Kriegsanleihen wurden flächendeckend beworben. Der König bereiste das Land und sprach vor Versammlungen. In den Kinos wurden die von der Filmab-

3 Cook, *The Press in War-Time*, S. 57f.

teilung des War Office gedrehten Filme von den Kriegsschauplätzen und Wochenschauen gezeigt. Topical Budget, die einzige rein britische Wochenschau-Produktionsfirma, wurde Ende 1917 vom War Office Cinematographic Committee angekauft und damit offizielle Propagandaquelle. Und als sich im Lauf des Jahres 1917 Befürchtungen verstärkten, dass die Bevölkerung der Beeinflussung durch inländische Pazifisten, ausländische Propagandisten und russische Revolutionäre erliegen und kriegsmüde werden könnte, wurde das National War Aims Committee gegründet. Es führte bis Kriegsende landesweit Veranstaltungen durch, auf denen Redner das Publikum zum weiteren Durchhalten zu ermuntern und Arbeitern die Streikwilligkeit auszutreiben suchten. In einem Fall wurde dafür auch in besonders spektakulärer Weise das zufällige Publikum von Kinovorstellungen genutzt: Gleichzeitig in etwa 5000 Kinos und Music Halls im ganzen Land wurde am 4. August 1918 eine versiegelte Botschaft des Premierministers Lloyd George geöffnet und geschätzten zweieinhalb Millionen Menschen dessen Aufruf zum Durchhalten verlesen.⁴

Die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern

Staatliche Propaganda spielte also zweifellos in den Jahren 1914–1918 eine völlig neue Rolle. Doch lohnt ein zweiter Blick auf die Mediengeschichte dieser Zeit. Denn im Bild der starken Exekutive, die die Medien lenkt und kontrolliert und das In- und Ausland mit Propaganda eindeckt, gibt es eine auffällige Anomalie. Und das ist die heimische Presse. Sie war mit Abstand das wichtigste Medium der Kriegszeit, denn sie war – vor den Zeiten des Radios – konkurrenzlos als Vermittlerin und Kommentatorin politischer und militärischer Informationen. Nur wer Zeitungen las, erfuhr, was politisch geplant oder entschieden wurde, wer welche politischen oder militärischen Positionen innehatte, was sich im neutralen oder im feindlichen Ausland tat und wie die Situation an den Fronten war. Allerdings waren die Informationen, die die Zeitungsleser erhielten, alles andere als vollständig und unverfälscht. Dafür sorgten die Zensur und ihr weniger sichtbarer Zwilling, die Selbstzensur. Von der Schlacht von Passchendaele, der dritten Ypernschlacht, etwa, die rückblickend zum Sinnbild der extre-

⁴ Horne, *Remobilizing*, S. 206.

men Härte und der Sinnlosigkeit des Ersten Weltkriegs geworden ist, konnte sich anhand der Zeitungsberichte kein Leser ein auch nur annähernd realistisches Bild machen. Und keine einzige Zeitungsredaktion vermittelte ihrer Leserschaft einen Einblick in die zutiefst pessimistischen Ansichten, wie sie sich in Londoner politischen Kreisen nach der Sommeschlacht 1916 hinsichtlich der Chancen eines britischen Sieges über die deutschen Truppen breitmachten. Nicht etwa, dass die hauptstädtischen Journalisten sich darüber im Unklaren waren; dank ihrer hervorragenden Kontakte zu Politikern und Abgeordneten waren sie bestens über diese vorherrschende Stimmungslage im Bilde. Sie selbst entschieden hier, wie in vielen anderen Zusammenhängen, nichts darüber zu bringen, weil es die eigene Bevölkerung entmutigen, diejenige der Feindländer ermutigen und in neutralen Staaten die Position Großbritanniens schwächen könnte.

Die Bedeutung der Presse lag also nicht darin, dass sie ein klares Bild der politisch-militärischen Situation und der britischen Politik vermittelte, sondern vielmehr darin, dass es das einzige verfügbare Bild war – in einer Situation, in der jede neue Nachricht überlebenswichtig sein konnte: weil sie die drohende Einberufung, Schwierigkeiten der Nahrungsmittelbeschaffung, das Abspringen von Alliierten, militärische Niederlagen oder Führungsprobleme der Regierung ankündigen konnte. In einer Situation zudem, in der die wichtigste weitere Quelle für politische Informationen, das Parlament, ausgefallen war. Die Parteien hatten einen Burgfrieden geschlossen; der Informationsgehalt der Unterhausdebatten war dementsprechend gering; Wahlkämpfe fanden in den Kriegsjahren nicht statt. Sogar die Hinterbänkler unter den Abgeordneten waren, da meist selbst nicht auf dem Laufenden, auf die Lektüre der Zeitungen angewiesen – was den Einfluss der Presse auf das Parlament verstärkte.⁵ Doch auch in den Führungszirkeln der Parteien und unter den Regierungsmitgliedern wurden Zeitungen wichtiger als je zuvor; ihre Seiten boten den einzigen verbliebenen Platz, auf dem – mehr oder weniger offen – innerparteiliche Konflikte, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, Attacken auf die Regierung oder Auseinandersetzungen über die Strategien der militärischen und der politischen Kriegführung ausgetragen werden konnten. Es war und blieb zwar das Parlament, das über Wohl und Wehe von Re-

5 Turner, *British Politics*, S. 196.

gierungen und Regierungsmitgliedern entschied; doch die Funktion, Austragungsort politisch bedeutsamer Konflikte zu sein, war bis zu einem gewissen Grad an die Zeitungen übergegangen. Das verschaffte diesen Konflikten innerhalb der politischen Klasse ausgerechnet in Zeiten des Krieges eine Publizität, die weit über die Leserschaft hinausging, die bislang die Protokolle der Parlamentsdebatten oder Wahlkampfreden zu ihrer Lektüre gemacht hatte.⁶ Zeitungsleute wie George Allardice Riddell, den Besitzer der auflagenstarken Sonntagszeitung *News of the World*, stimmte diese neue Rolle der Presse bedenklich, weil sie gegen die ungeschriebene englische Verfassung verstieß;⁷ Lord Northcliffe, der nicht zu solcher Selbstbeschränkung neigende Besitzer des größten zeitgenössischen Pressetrusts, leitete demgegenüber aus diesem Bedeutungszuwachs den Anspruch ab, einen Platz in der politischen Kommandozentrale einzunehmen.

Nicht zuletzt waren Zeitungen für die politische Klasse demnach wichtiger geworden als zuvor. Dafür gab es noch einen weiteren Grund: Journalisten waren ihre wichtigsten Informanten über die Stimmungen in der Bevölkerung⁸ und die Interna politischer Situationen, in die sie selbst keinen Einblick hatte. Das hatte bereits vor Kriegsbeginn gegolten, nahm danach jedoch an Bedeutung zu. So fragte beispielsweise Lloyd George 1911 den Herausgeber des *Manchester Guardian*, C. P. Scott, wie er sich gegenüber den militanten Frauenrechtlerinnen verhalten sollte.⁹ Im Jahr 1916 wurde Scott seinerseits aktiv und übersandte Lloyd George ein langes Telegramm des amerikanischen Kolumnisten Walter Lippmann, den Scott gebeten hatte, eine Äußerung des amerikanischen Präsidenten auf ihre Hintergründe hin abzuklopfen.¹⁰ Als Informanten über die Situationen im Ausland verfügte die Regierung zwar über das Foreign Office und sein Netz von Diplomaten. Doch

6 Ebd., S. 111.

7 McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 228 (Eintrag vom 17. Juni 1918).

8 Über die Stimmung in der Bevölkerung informierte sich, um nur ein Beispiel unter vielen zu nennen, Schatzkanzler und Tory-Führer Andrew Bonar Law in einem Gespräch mit C. P. Scott im August 1917; Wilson (Hg.), Political Diaries of C. P. Scott, S. 302 (Eintrag vom 29. August 1917).

9 David Lloyd George an C. P. Scott, 30. November 1911; Parliamentary Archives, London, Lloyd George Papers, LG C/8/1/1.

10 C. P. Scott an David Lloyd George, 24. Dezember 1916; Parliamentary Archives, London, Lloyd George Papers, LG F/45/2/2.

dessen Gesichtspunkte waren oft nicht diejenigen, die parteipolitisch gerade interessierten.

Es waren also kriegsbedingte Veränderungen ihres Umfelds, die den Zeitungen eine neue Bedeutung zuwachsen ließen – verbunden mit der Tatsache, dass in einer entscheidenden Hinsicht dieses Umfeld dasselbe blieb wie vor dem Krieg. Die Exekutive als solche, also der Premierminister, sein Kabinett und die der Regierung zuarbeitende Administration, war nicht legitimiert, in die Presseberichterstattung einzugreifen. Das hätte dem herkömmlichen britischen Verfassungsdenken diametral widersprochen: zum einen, weil die Errichtung eines regierungsamtlichen Presseapparats als Versuch gegolten hätte, ein Meinungsmonopol zu errichten und die Freiheit der Presse zu gefährden; zum anderen, weil unter den Bedingungen des Zweiparteiensystems jede Regierung quasi eine Partei-an-der-Regierung und die Opposition immer gleichzeitig die nächste Partei-an-der-Regierung war. Jede Partei brachte ihre jeweiligen Pressekontakte zum Tragen, sei es von den Oppositions- oder von den Regierungsbänken aus; insofern fehlte es auch an jedem Bedürfnis einer parteiunabhängigen, verstetigten Pressarbeit, die anzustreben einer Regierungspartei nur die Kritik eingebracht hätte, auf eine Meinungsdictatur aus zu sein. Gegenüber den Pressestellen der einzelnen Ministerien und Behörden, die in den Jahren 1914–1918 immer zahlreicher wurden, bestanden solche Bedenken nicht: Sie dienten überwiegend den partei- und personenbezogenen Bedürfnissen des jeweiligen Ministers, nicht zuletzt dessen Eigenreklame. William Sutherland, der Pressereferent Lloyd Georges, laut Riddell ein »amusing cynical dog«,¹¹ erwarb sich für sein *spin-doctoring* eine leicht sinistre Berühmtheit. Als er 1917 eine Presseveröffentlichung über die Beilegung eines Streiks dergestalt redigierte, dass Lloyd George und nicht der verantwortliche Minister das Verdienst zugesprochen bekam, musste sein Chef sich vor dem Unterhaus dafür entschuldigen.¹²

Die Exekutive als solche war also ohne Legitimation und ohne Instrumente, wenn es um die Einflussnahme auf die innenpolitische Berichterstattung der britischen Zeitungen ging. Das galt auch für die Koalitionsregierungen seit Mitte 1915, die das System alternierender

11 McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 233 (Eintrag vom 15. August 1918).

12 Addison, Politics from Within, S. 145 ff.; McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 190 (Eintrag vom 23. Mai 1917).

Parteien zeitweilig außer Kraft setzten. Auch der Propaganda- und Kontrollapparat, der für die Jahre 1914–1918 kennzeichnend war, änderte nichts daran: Das Ausland und nur das Ausland war der Adressat dieser Propagandabemühungen – mit Ausnahme der Filme, die auch in Großbritannien gezeigt wurden. Nur diese Tatsache machte diese Apparate zur Meinungslenkung in Großbritannien akzeptabel, und auch das nur mit Mühe – galt doch selbst die Auslandspropaganda als im Prinzip anrühige Angelegenheit, die besser nicht von Kabinettsmitgliedern, sondern unbemerkt von anonymen Funktionären gehandhabt werden sollte.¹³ Die wichtigste Institution, die als Propagandaeinrichtung gegenüber der eigenen Bevölkerung tätig war, das National War Aims Committee, wurde bezeichnenderweise nicht von der Regierung, sondern von den Koalitionsparteien der Regierung Lloyd Georges gegründet und richtete sich nicht an die Presse. Bevor Gelder aus amtlichen Töpfen flossen, wurde es auch mehrere Monate von den Parteien finanziert. Und was die Zensur betraf, so waren für sie Militärs und – im Fall des Press Bureau – außerdem Journalisten verantwortlich, keinesfalls aber die Regierung unmittelbar. Die politische Berichterstattung war ohnehin von der Zensur ausdrücklich ausgenommen. Nur in einigen Ausnahmefällen sprachen die Londoner Regierungen der Kriegszeit Zeitungsverbote aus, meist gegenüber linken oder pazifistischen Blättern, denen es an journalistischer und politischer Solidarität seitens der tonangebenden Kreise fehlte, und nur für kurze Zeiträume. Überschritten wurde die Grenze zur politischen Gängelung in der zweiten Kriegshälfte auf Betreiben der Regierung bei zwei heiklen Themen: Streiks der eigenen Arbeiterschaft und Erörterungen eines Kompromissfriedens.

In ihrer innenpolitischen Berichterstattung und Kommentierung war die Presse jedoch frei – und zwar frei von systematischen Regierungseinflüssen. In der Praxis der damaligen britischen politischen Kultur und Presselandschaft hieß dies, die Zeitungen und Zeitschriften waren frei, ihre jeweilige politische Ausrichtung oder ihre eigenen politischen Missionen zu wählen und sich einer Partei oder einem Politiker zu attachieren. Darüber entschieden die Besitzer, idealiter nicht durch direkte Intervention in den redaktionellen Bereich, sondern

¹³ Williamson (Hg.), *The Modernisation of Conservative Politics*, S. 128f. (Eintrag vom 28. Februar 1918, im Rückblick formuliert).

durch die Einstellung und gegebenenfalls durch die Entlassung eines verantwortlichen Herausgebers, der dem jeweiligen Blatt die politische Linie vorgab. Eine ganze Reihe von Besitzern und die weit überwiegende Mehrheit der Herausgeber standen in enger Beziehung zu einer Partei oder einem Politiker. Manch einer hatte sich einer spezifischen politischen oder moralischen Mission, etwa dem Temperenzlerium, verschrieben. Die sogenannte Freiheit der Presse war also die Freiheit *zu* entschiedener (partei-)politischer Stellungnahme und oft auch Berichterstattung, nicht die Freiheit *von* einer solchen.

Zugespitzt lief dies darauf hinaus, dass es so etwas wie »die Presse« – als eine »der Politik«, »der Regierung« oder »den Parteien« gegenüberstehende gesellschaftliche Instanz – nicht gab. Vielmehr verteilten sich die überwiegend in London ansässigen, landesweit tonangebenden politischen Organe auf das jeweilige politische Parteienspektrum. Das führte zu einer entsprechend partei- oder personenorientierten Berichterstattung und Kommentierung. Ein Widerspruch zum Verhalten einer qualitätsvollen und »freien« Presse wurde von den Zeitgenossen darin nicht gesehen. Die Pressevertreter, allen voran die Londoner Herausgeber, galten zwar auch, aber nicht ausschließlich als Beobachter des politischen Geschehens. Sie verstanden sich selbst als politisch handelnde Personen und wurden auch von anderen so aufgefasst: als Mitgestalter der Politik entsprechend ihrer jeweiligen politisch-ideologischen Einstellung. In dieser Rolle waren sie alles andere als Befehlsempfänger. Keinem Politiker und keiner Partei blieb die Erfahrung erspart, von ihnen nahestehenden Zeitungen und Herausgebern kritisiert zu werden, wenn ihre Positionen in den Redaktionen nicht geteilt wurden. Manchmal führte dies dazu, dass der Umgang miteinander distanzierter wurde: keine gemeinsamen Golfspiele mehr, keine Wochenendbesuche im Landhaus des Politikers, keine Besuche des Herausgebers in der Downing Street, weniger freundlicher Austausch von Briefen. Selten jedoch kam es zum völligen Bruch. Man war zu sehr aufeinander angewiesen: Journalisten brauchten die informellen Kontakte, um zu wissen, was hinter den Kulissen los war, und um (mit ihren gedruckten Stellungnahmen oder jenseits davon) Einfluss nehmen zu können. Politiker wiederum hatten ohne publizistische Unterstützung einen sehr schweren Stand gegenüber Kollegen und Konkurrenten, deren Positionen eine bessere Presse hatten; außerdem waren sie ohne die Hintergrundinformationen, die ihnen von den

Journalisten zugetragen wurden, selbst über das Geschehen in der eigenen Partei unzureichend informiert.

Am Beispiel Robert Donalds und des *Daily Chronicle* lässt sich ein Eindruck davon gewinnen, wie solche Kontakte auf der liberalen Seite des politischen Spektrums aussahen – und wie sie komplizierter wurden, als der Krieg neue Entscheidungen erforderte, über welche die Meinungen zwischen politischen Akteuren ebenso wie zwischen Journalisten auseinandergingen. Die daraus entstehenden Konfliktlinien verliefen teils zwischen den Parteien, teils innerhalb der parteilichen Gruppierungen. Vor allem im liberalen Lager und seiner Presse tauchten innere Verwerfungen auf, da in diesem politischen Milieu eine kriegskritische Einstellung Tradition hatte. Schon während des Burenkriegs 1899–1902 hatte sich ein liberales Antikriegslager von denjenigen Liberalen getrennt, die den Krieg in Südafrika im Besonderen und militärische Interventionen innerhalb des Empire im Allgemeinen befürworteten. Auch damals hatte es, wie später 1918 beim *Daily Chronicle*, eine Art feindlicher Übernahme einer Zeitung gegeben, als Ende des Jahres 1900 eine von Lloyd George und anderen zusammengebrachte Gruppe von Finanziers, angeführt vom Schokoladenfabrikanten George Cadbury, die *Daily News* übernahm, ihren kriegsbefürwortenden Herausgeber Edward T. Cook entließ und durch Alfred G. Gardiner ersetzte, der die Zeitung auf Antikriegskurs brachte. Cook schrieb danach Leitartikel für den *Daily Chronicle*, bis dessen Herausgeber Donald ihn dann auf Drängen Lloyd Georges hin, dem Cook nicht kämpferisch genug war, von dieser Tätigkeit entband.¹⁴ Im Weltkrieg vervielfältigten sich die tektonischen Verwerfungen, die das liberale Lager zu einer seismisch aktiven Zone machten: Liberale Politiker und Journalisten mussten sich mit dem Kriegseintritt Großbritanniens abfinden, was einigen unter ihnen, etwa C.P. Scott vom *Manchester Guardian*, dem Flaggschiff des liberalen Qualitätsjournalismus, schwerfiel. Sie mussten sich entscheiden, ob sie die Einführung der Wehrpflicht tolerierten, die für viele Liberale schwer zu schlucken war. Sie waren hin- und hergerissen, ob sie der Regierung nachgeben sollten, wenn diese – wie später unter Lloyd George – von ihnen forderte, auf die Erörterung von politischen Bedingungen für einen Friedensschluss zu verzichten, der das Massentöten an den Fronten hätte beenden kön-

¹⁴ McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 355 (Eintrag vom 31. Oktober 1921).

nen. Vor allem aber war da das Erdbeben, das 1916 im liberalen Lager durch den erzwungenen Rücktritt des bisherigen liberalen Kriegspremiers, Herbert Henry Asquith, und seine Ersetzung durch den Liberalen Lloyd George, der eine Koalitionsregierung mit den Konservativen bildete, hervorgerufen wurde. Es spaltete die Liberalen zutiefst und war der Anfang vom Ende der liberalen Partei und auch – ein kleines Erdbeben im großen – der Anfang vom Ende des *Daily Chronicle*. Denn Lloyd George kaperte später dieses Blatt, weil er, ein Unikum in der Geschichte Großbritanniens, Premier ohne Partei und ohne verlässliche journalistische Unterstützer war. Die Liberale Partei war ihm 1918 bis auf eine Minderheit ihn unterstützender Liberaler abhandengekommen. Das galt auch für die Mehrheit der liberalen Blätter, von denen er, was die politisch tonangebenden betraf, gegen Ende des Krieges nur noch auf den *Manchester Guardian* rechnen konnte. Dessen Herausgeber Scott hatte jedoch dezidiert eigene Vorstellungen von liberaler Politik und war nicht wirklich lenkbar.

Der Schotte Robert Donald war Mitte 40, als er 1904 Herausgeber des *Daily Chronicle* wurde. Das Blatt war, ebenso wie sein Herausgeber und der Besitzer Frank Lloyd, liberal ausgerichtet und erfreute sich der neuen Zugänglichkeit der liberalen Regierung für die Journalisten; sie zeigte sich insbesondere im seit der Faschodakrise des ausgehenden 19. Jahrhunderts pressepolitisch aktiver gewordenen Foreign Office.¹⁵ Auch Donald, der seine Zeitung vor dem Krieg neben politischen Nachrichten und Kommentaren schwerpunktmäßig mit literarischen Texten und Themen füllte, frühstückte hin und wieder mit Außenminister Edward Grey¹⁶ und war Gast des First Lord of the Admiralty Winston Churchill auf der *Enchantress*, der Yacht der Admiralität.¹⁷ Es war jedoch der Schatzkanzler, David Lloyd George, zu dem Donald die intensivste Verbindung hielt. Donald versorgte ihn mit Informationen, die er von seinen Korrespondenten erhielt – beispielsweise über die die britische Vorkriegspolitik nahezu völlig okkupierende Situation in Irland.¹⁸ Er entschuldigte sich für Artikel seines Blattes, die dem Schatz-

15 Jones, Fleet Street & Downing Street, S. 96 f.

16 McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 21.

17 Ebd., S. 47.

18 Robert Donald an David Lloyd George, 19. Februar 1912 (mit Anlagen); Parliamentary Archives, London, Lloyd George Papers, LG C/4/8/1; Robert Donald an

kanzler missfielen.¹⁹ Er gab an ihn weiter, was er an kritischen Stimmen über Lloyd George zugetragen bekam.²⁰ Er unterstützte Lloyd George während der Marconi-Affäre 1913, als Vorwürfe wegen Insidergeschäften mit Anteilen der Marconi-Gesellschaft den Politiker aus dem Verkehr zu ziehen drohten – auch wenn es Donald zwischenzeitlich schwergefallen zu sein schien. Und er spielte regelmäßig Golf mit Lloyd George auf dem Golfplatz von Walton Heath südlich von London. Dessen Eigentümer war wiederum Riddell, der vermögende Besitzer der *News of the World*. Riddell war ein wichtiger Verbündeter des kommenden starken Mannes in der liberalen Partei, was sich auch materiell niederschlug: Er überließ Lloyd George, der als Aufsteiger aus einfachen walisischen Verhältnissen ohne nennenswertes Vermögen war, über Jahre hinweg ein Haus in Walton Heath und bei Gelegenheit auch ein Ferienhaus für den Sommerurlaub.²¹ Riddell war so etwas wie die Spinne im Netz von Lloyd Georges Pressebeziehungen. Seine *News of the World* war zwar kein politisches, sondern ein Sensations- und Unterhaltungsblatt, in dem Scheidungsfälle und Sport eine wichtigere Rolle spielten als politische Nachrichten. Aber er kannte, nicht zuletzt in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender, später als Vorsitzender des Interessenverbandes der Zeitungsbesitzer, der Newspaper Proprietors' Association, alles, was in der nationalen Zeitungslandschaft Rang und Namen hatte.

Da Lloyd George auch beim Golfspielen kein anderes Thema kannte als Politik, wurde während der Wochenenden in Walton Heath zum Thema, was jeweils in der liberalen politischen Szene und für die Regierung von Bedeutung war. Ebenso wie bei Riddell konnte sich Lloyd George bei Donald sicher sein, dass kein Gebrauch von Informationen gemacht wurde, wenn er es nicht wollte. Das Vertraulichkeitskartell zwischen Politikern und ihnen nahestehenden Journalisten

David Lloyd George, 24. September 1913 (mit Anlagen); Parliamentary Archives, London, Lloyd George Papers, LG/C/4/8/4; Robert Donald an David Lloyd George, 5. Oktober 1913; Parliamentary Archives, London, Lloyd George Papers, LG/C/4/8/5; Robert Donald an David Lloyd George, 30. August 1914; Parliamentary Archives, London, Lloyd George Papers, LG/C/4/8/8.

19 Robert Donald an David Lloyd George, 23. Juni 1913; Parliamentary Archives, London, Lloyd George Papers, LG C/4/8/3.

20 Siehe z.B. McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 33 (Eintrag vom 17. Februar 1912).

21 Ebd., S. 230 (Eintrag vom 30. Juni 1918).

funktionierte zuverlässig. Lloyd George erzählte beispielsweise Riddell 1915 von einer geplanten Offensive an der Westfront.²² In seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Newspaper Proprietors' Association erhielt Riddell ab Mitte Mai 1915 vom Kriegsministerium für die private Information der Herausgeber die Verlustzahlen; keiner gab diese jemals an die Leser weiter.²³ C. P. Scott erfuhr von Lloyd George im Februar 1916, dass die Regierung für die kommende Frühjahrsoffensive immer noch keinen Plan habe.²⁴ Andrew Bonar Law, konservatives Mitglied der Koalitionsregierung und Führer der Tories, verriet Robert Donald unmittelbar vor Asquiths Sturz personelle Interna der kommenden Administration.²⁵ Und von Lloyd George, zu diesem Zeitpunkt bereits Premierminister, wurde Donald einige Monate später in Überlegungen einbezogen, noch während der Kriegszeit Wahlen abzuhalten.²⁶ Alle diese Informationen hätten Schlagzeilen machen können, wenn sie jemals veröffentlicht worden wären. Das Vertraulichkeitskartell funktionierte sogar in Zeiten heftiger innenpolitischer Kämpfe. So publizierte keine Zeitung das, was alle wussten, aber nicht einmal die Lloyd George gegenüber feindlichsten Blätter ausposaunen wollten, auch wenn sie ihn für einen Verderber der britischen Politik hielten: dass der verheiratete Politiker ein langjähriges Verhältnis mit seiner Sekretärin Frances Stevenson unterhielt. Die wichtigste britische Institutionalisierung des Vertraulichkeitskartells, das sogenannte Admiralty, War Office and Press Committee, bestand bereits seit 1912 und diente auch in den Jahren 1914–1918 als Verbindungsstelle zwischen Presse, Militär und Regierung; hier erhielten die Pressebesitzer viele, insbesondere militärisch relevante Informationen, die dem allgemeinen Publikum vorenthalten blieben.²⁷

Im Juni 1915 – Lloyd George war seit einigen Wochen Munitionsminister – war der Herausgeber des *Daily Chronicle* noch unter denjenigen, an die Lloyd George vertrauliche Mitteilungen oder ebenso

22 Ebd., S. 129 (Eintrag vom 22. August 1915).

23 Marquis, *Words as Weapons*, S. 477.

24 Wilson (Hg.), *Political Diaries of C. P. Scott*, S. 184 (Eintrag vom 23. Februar 1916).

25 Taylor, Donald, S. 115. Das Gespräch zwischen Donald und Bonar Law fand am 1. Dezember 1916 statt.

26 Addison, *Four and a Half Years*, S. 352 (Eintrag vom 12. April 1917).

27 Vgl. zu diesem Komitee Wilkinson, *Secrecy and the Media*.

vertrauliche Bitten um Kooperation richtete. Der Minister bat den Presseemann, in seiner Zeitung eine Kampagne gegen das War Office loszutreten. Offensichtlich wagte es der normalerweise keinem Kampf ausweichende Politiker nicht, die administrative Spitze des Militärs direkt anzugehen. Der kluge Beobachter Riddell, dessen überaus aufschlussreiches Tagebuch diese Episode verzeichnet, schloss daraus, dass die Regierung ziemlich schwach sein musste, womit er, soweit es um die Durchschlagskraft ziviler Politik gegenüber dem Militär ging, völlig recht hatte. Donald sagte erst zu, bekam dann aber kalte Füße, weil er fürchtete, von einer Attacke auf das War Office könnten negative Folgen für das Land und die Kriegführung ausgehen.²⁸ Die Einstellung gegenüber dem Militär sollte sich im Folgenden als eine der Sollbruchstellen im Verhältnis zwischen Lloyd George und Donald erweisen. Eine zweite war Lord Northcliffe, die sprichwörtliche *loose cannon* der britischen Zeitungslandschaft. Er war ein publizistisches Schwergewicht – sein Presse trust umfasste mit der *Daily Mail* das auflagenstärkste Massenblatt und mit der *Times* das seriöse Flaggschiff des britischen Zeitungsmarkts und hielt 1914 ungeschlagene knapp 29 Prozent der Auflage aller Londoner Morgen- und Abendblätter mit nationaler Verbreitung.²⁹ Entgegen der üblichen Praxis verpflichtete sich Northcliffe nie einer Partei; sein Pressekonzern folgte ausschließlich den sprunghaften Vorstellungen seines Besitzers. Das war ein Novum in der politisch-medialen Landschaft Londons, die überwiegend negativ darauf reagierte. Konservativen war er darüber hinaus als Aufsteiger und erfolgreicher Populist suspekt, der auch vor Attacken auf das Establishment nicht zurückschreckte. Liberale verabscheuten ihn wegen seiner antiliberalen Positionen, als antideutschen Kriegshetzer der Vorkriegsjahre und als Besitzer der *Daily Mail*. Sie war die erste Londoner Morgenzeitung, deren Auflage bis 1914 die Schallmauer der Millionengrenze erreicht und zeitweilig überschritten hatte. Dieser Vorstoß in völlig neue quantitative Dimensionen war Northcliffe gelungen, weil er mit der *Daily Mail* einen in Großbritannien neuen Zeitungstyp heimisch gemacht hatte: eine Zeitung, die einen niedrigen Preis und ein ansprechenderes Layout hatte, das die eng gesetzten Bleiwüsten durch Schlagzeilen und Bilder auflockerte und optisch gefälli-

28 McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 123f. (Eintrag vom 26. Juni 1915).

29 McEwen, The National Press During the First World War, S. 471.

ger strukturierte, und die eine Sprache pflegte, deren Verständnis kein akademisches Studium voraussetzte. Bislang hatten sich die Besitzer und Herausgeber von Tageszeitungen nur insoweit für die Auflagenhöhe interessiert, als sie gegenüber zahlungskräftigen Inserenten als Lockmittel nutzbar war. Da für die Mehrzahl der Besitzer und Herausgeber dieser Blätter jedoch der politische Zweck der Zeitung im Vordergrund stand, hatte sich außer Northcliffe niemand um die Erschließung der breiteren Leserschichten bemüht, denen die *Daily Mail* ihren Aufstieg verdankte; denn diese Bevölkerungskreise waren vor den Zeiten des Massenwahlrechts für die politische Klasse von geringer Bedeutung. Dementsprechend groß war der Abstand der anderen meinungsstarken Zeitungen gegenüber der *Daily Mail*, die um die Zeit des Kriegsbeginns 1914 eine Auflage von geschätzt 950 000 Exemplaren hatte.³⁰ Um 1914 lag etwa die Auflage der liberalen Morgenzeitungen *Daily Chronicle* und *Daily News* bei 400 000 beziehungsweise 550 000 Exemplaren, noch geringer waren diejenigen der konservativen Morgenzeitungen zu diesem Zeitpunkt: Der *Daily Express* führte mit 300 000 Exemplaren, gefolgt vom *Daily Telegraph* mit 190 000, der *Times* mit 150 000 und der *Morning Post* und dem *Standard* mit jeweils um die 80 000. Noch niedrigere Auflagen hatten einige der politisch relevanten Abendblätter: die liberale *Westminster Gazette* und der konservative *Globe* jeweils 20 000, die ebenfalls konservative *Pall Mall Gazette* 10 000. Deutlich mehr verkauften demgegenüber der liberale *Star* (um die 500 000) und Northcliffes *Evening News* (etwa 600 000).

Alle diese Zahlen stellen nur Annäherungswerte dar, da die Auflagenhöhe ein streng gehütetes Geheimnis der Vertriebsabteilungen war; doch geben sie das große Gefälle zwischen den quantitativen Reichweiten der Zeitungen wohl einigermaßen realistisch wieder. Die Northcliffe-Presse war unter diesen Bedingungen aus liberaler Sicht nicht nur deswegen bedrohlich, weil sie mehr Absatz hatte. Sie unterhöhle vielmehr einen Zeitungsmarkt, der bislang weniger als Markt verstanden worden war denn als publizistische Plattform, auf der die Vielfalt des politischen Spektrums zwischen und innerhalb der beiden großen Parteien widergespiegelt wurde. Die Zeitungen dieses traditionellen Typs konnten in London insgesamt auf nicht mehr als höchstens

30 Hier und im Folgenden stammen die Angaben zu geschätzten Auflagenhöhen aus ebd., S. 468, 471.

100 000 Käufer rechnen, wie John Alfred Spender, der Herausgeber der *Westminster Gazette*, rückblickend schätzte.³¹ Dieser elitäre Adressatenkreis – beziehungsweise dessen jeweiliger parteipolitischer Sektor – war es, auf den die politischen Zeitungen des alten Typs abzielten. Zu ihm gehörten allen voran die Journalisten selbst, die ihre Artikel auf der Grundlage dessen schrieben, was sie in anderen Blättern gelesen hatten. Die Massenpresse mit ihrem viel breiteren Leserkreis drohte diesen Adressatenkreis zur Bedeutungslosigkeit zu verdammen – und mit ihm die Zeitungen, die auf ihn ausgerichtet waren. Das würde der Verdrängungswettbewerb der Nachkriegszeit wenig später erweisen.

Zeitungen alten und neuen Typs im Umfeld des Regierungswechsels 1916

Im Mai 1915 lösten Northcliffe und der militärische Korrespondent seiner *Times*, Colonel Charles à Court Repington, die erste größere Krise der britischen Kriegspolitik aus. Sie machten sich zum Sprachrohr der Klagen über ungenügenden Munitionsnachschub, die in den Führungsstäben der britischen Truppen an der Westfront verbreitet waren, und scherten damit aus dem Vertraulichkeitskartell aus. Der britische Oberkommandierende, Field Marshal John French, in dessen Hauptquartier Northcliffe und Repington zu Gast waren, verdächtigte Kriegsminister Herbert Kitchener, die Westfront zugunsten des britischen Angriffs auf die Dardanellen zu vernachlässigen und generell der Aufgabe, den Nachschub zu maximieren, nicht gewachsen zu sein. Zwar führten die Attacken der *Daily Mail* auf Kitchener, ein nationales Idol, zu wütenden Leserbriefen, Verbrennungen von Zeitungsexemplaren vor der Börse und einem vorübergehenden Auflagenrückgang der *Daily Mail*. Doch gleichzeitig lieferte die *shell crisis* dem Pressezaren Northcliffe einen fulminanten Einstieg in die Sphäre der Londoner Politik, trug diese Krise doch mit dazu bei, dass Asquiths liberale Regierung in eine Koalitionsregierung mit den Konservativen umgebildet und der energische Lloyd George mit dem neu geschaffenen Munitionsministerium betraut wurde. Der Premier reagierte damit aber weniger auf Northcliffe als auf Kritik an seiner unentschiedenen und zögerlichen Führungsrolle aus politischen Kreisen. Auf die Presse gab

31 Spender, *Life, Journalism and Politics*, Bd. 2, S. 135 f.

Asquith wenig, nahm sie auch nur selektiv zur Kenntnis, was später zu seinem Sturz beigetragen haben dürfte, weil er, wie Robert Donald Ende 1916 feststellte, weder über die Schärfe der Kritik an seiner Person im Bilde war, noch darum bemüht, ihr durch eigene Pressekontakte entgegenzuwirken.³² Northcliffe allerdings betrachtete auch noch den Sturz Asquiths als sein höchstes Verdienst und war ab dann mehr denn je überzeugt davon, Premierminister machen und verschwinden lassen zu können. Seine linksliberalen Kritiker teilten diese Überzeugung. Ihre immer schrilleren Warnrufe drückten die Panik gegenüber Northcliffes gefühlter Pressemacht ebenso aus wie die Befürchtung vieler Liberaler, dass eben diese neue Macht der Massenpresse mit der neuen Macht des Staates fusionieren und eine illiberale Gesellschaft hervorbringen würde.

Northcliffe war für Robert Donald ebenso wie für die anderen profilierten liberalen Herausgeber, Gardiner und Scott, also ohnehin schon ein rotes Tuch. Skandalös wurde er in ihren Augen, als er in unübersehbare Nähe zum starken Mann der liberalen Partei, Lloyd George, rückte. Northcliffe war für eine Unterstützung aller, die seiner Meinung nach für eine entschiedene Kriegführung bis zum militärischen Sieg über Deutschland standen. Zu ihnen zählte für Northcliffe wie für viele andere Lloyd George. Der Munitionsminister seinerseits umwarb den Pressezaun damals aus demselben Grund und wunderte sich sehr, als er feststellen musste, dass er damit seine liberalen journalistischen Unterstützer gegen sich aufbrachte. Donald war Mitte 1915 ebenso wie die liberale Partei entsetzt über diese (vorübergehende) Verbindung.³³ Lloyd George brauchte jedoch offensichtlich eine ganze Weile, bis ihm klar wurde, dass Northcliffes Unterstützung für einen Liberalen ein fragwürdiger Aktivposten war. Sein Eckermann Riddell, der dem Gegenstand seiner Aufzeichnungen mit größerer Kritikfähigkeit gegenüberstand als sein Vorgänger rund hundert Jahre früher dem Geheimrat Goethe, fand im Oktober 1916 diese späte Erkenntnis naiv und stellte fest: »LG has a wonderful faculty for believing what he wants to believe, or what it suits him to believe for the time being.«³⁴ Zu diesem Zeitpunkt konnte sich der walisische Politiker aber, was die heftigen Reaktionen

32 Taylor, Donald, S. 123.

33 McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 126f. (Eintrag vom 10. Juli 1915).

34 Ebd., S. 172 (Eintrag vom 29. Oktober 1916).

der liberalen Presse an der neuen Rolle des Pressezaren in der Politik be-
traf, keiner Täuschung mehr hingeben. Gardiner griff Lloyd George im
April 1916 explizit wegen seiner Verbindung zu Lord Northcliffe an.³⁵
Nachdem Asquith am 5. Dezember 1916 zurückgetreten war, kulmi-
nierte die liberale Pressekritik am Pressezaren in einem wilden Cre-
scendo. Gardiner veröffentlichte unter der Überschrift »(Newspaper)
Placards or Parliament« eine Diagnose des Geschehens, die Northcliffes
Pressekampagne als Ursache für den Sturz der Regierung Asquith iden-
tifizierte und noch Schlimmeres vorhersagte, sollte das Land nicht
rechtzeitig für das Parlament und gegen die Macht Northcliffes votie-
ren: Die gestürzte Regierung, so Gardiner, »became the target [...] of a
ruthless [...] press campaign which appealed directly to the passions of
the mob against the authority of Parliament«. Was das für die Zukunft
bedeute, sei klar: »It means that having destroyed one Government
Lord Northcliffe is going to exercise the powers of a dictator over its suc-
cessor. Let that threat be dealt with at once. If it is not, if the real power
is not in the Cabinet, but in Carmelite House [dem Sitz der *Daily Mail*,
U. D.], this country is lost.«³⁶ Robert Donalds *Daily Chronicle* war nicht
weniger alarmistisch und verglich die Bedrohung durch die Massen-
presse mit derjenigen durch die deutschen U-Boote: Unter der Über-
schrift »The Press Vendetta. Tyranny and Torture« hieß es dort mit
deutlichem Hinweis auf Northcliffe, ein Teil der Presse sei zu destruk-
tiver Kritik übergegangen, die in einigen Fällen unpatrische Formen
angenommen und hysterische Züge entwickelt habe. Jede neue Regie-
rung »will have to deal with the Press menace as well as the submarine
menace; otherwise Ministers will be subject to tyranny and torture by
daily attacks impugning their patriotism and earnestness to win the
war«. ³⁷

Das einzige Erklärungsbedürftige am Sturz der Asquith-Regierung
war allerdings, dass er so spät kam. Seit 1915 war die Unzufriedenheit
führender politischer Kreise mit seiner Regierung gestiegen. Sie be-
klagten »the present system of governing by 22 gabblers round a table

35 Ebd., S. 153 (Eintrag vom 24. April 1916).

36 *Daily News*, 9. 12. 1916, zit. nach Thompson, *Politicians, the Press, and Propaganda*, S. 118.

37 *Daily Chronicle*, 7. 12. 1916, S. 4.

with an old procrastinator in the chair«. ³⁸ Was die Zeitungen widerspiegelten beziehungsweise teilten, war die Kritik vor allem aus konservativen und militärischen, aber auch aus liberalen Kreisen an Asquith, dessen Begabung, nämlich das geduldige Moderieren von politischen Aushandlungsprozessen, unter Kriegsbedingungen zur Schwäche geworden war. Der in politischen Kreisen nach der Sommeschlacht um sich greifende Pessimismus, was die Aussichten Großbritanniens betraf, die deutschen Truppen in absehbarer Zeit militärisch niederzuzwingen, dürfte das Seinige dazu beigetragen haben, dass sich die Dinge zum Jahresende 1916 zuspitzten. Erst jetzt gelang es, den zögerlichen Vorsitzenden der Konservativen Partei, Andrew Bonar Law, zum Jagen zu tragen. Er hatte bislang gezaudert, dem Premier der Koalitionsregierung, an der er selbst beteiligt war, effizientere Maßnahmen der Kabinettsorganisation aufzuzwingen. Hinter den Kulissen war es Bonar Laws Vertrauter, der Pressebesitzer Max Aitken (seit 1916/17 Lord Beaverbrook), dem – weniger durch seine Veröffentlichungen, sondern durch Vermittlerdienste, die er unter strikter Wahrung der Vertraulichkeit leistete – die Mobilisierung Bonar Laws zu verdanken gewesen sein dürfte.

Konservative Presseorgane, die sich gegen Asquith engagierten, waren in einigen Fällen eng mit führenden Tories der Anti-Asquith-Front verbunden: so der Herausgeber der *Morning Post*, H. A. Gwynne, mit Edward Carson, der Führungsfigur der Konservativen im Unterhaus, und Geoffrey Robinson (später Umbenennung in Geoffrey Dawson), Herausgeber der *Times*, mit dem im Burenkrieg berühmt gewordenen imperialistischen Politiker Alfred Milner. Neben den Konservativen waren es die Militärs, die Druck machten. Auch ihre Geduld mit Asquiths umständlichem Führungsstil war erschöpft. Und auch sie hatten ihre Drähte zu Presseleuten, um ihre Ansichten öffentlich zu machen. Dazu gehörte Robert Donald, der gut mit William Robertson, dem Chief of the Imperial General Staff und wichtigsten militärischen Berater der Regierung, bekannt war und nach einem längeren Gespräch mit Robertson am 29. November einen Artikel veröffentlichte, in dem er das Asquith-Kabinett wegen seiner Unfähigkeit kritisierte,

38 So der führende konservative Unterhausabgeordnete Edward Carson im Gespräch mit Leo Amery; Barnes/Nicholson (Hg.), *Leo Amery Diaries*, Bd. 1: 1896–1929, S. 123 (Brief Amerys an seine Mutter vom 21. Juli 1915).

Entscheidungen zu fällen.³⁹ Die liberale *Westminster Gazette* von John Alfred Spender folgte mit ähnlicher Tendenz am selben Nachmittag, da selbst dieser enge Verbündete des Premiers – allem Anschein nach ohne von irgendeiner Seite inspiriert worden zu sein – auf eine Effektivierung der Kriegspolitik drängte.

Dass sich somit zwei maßgebliche liberale Zeitungen in den Chor der Kritiker einreihen, drückte die schwindende Unterstützung für Asquiths Regierung dramatischer aus als alles andere. Es war der Name Lloyd Georges, der in den Kreisen der Kritiker intern und in den ihnen nahestehenden Blättern am häufigsten als der des kommenden starken Mannes gehandelt wurde. Der tatendurstige Waliser teilte diese Meinung, war jedoch ebenso wie viele andere keineswegs sicher, ob er gegebenenfalls in der Lage wäre, eine eigene Regierung auf die Beine zu stellen. Deswegen ging es bei den internen wie den öffentlichen Debatten bis zuletzt nicht um den Sturz der Regierung Asquith, sondern um ihre Einhegung und Umgehung durch ein kleines, ausschließlich auf die Fragen der Kriegführung fokussiertes Gremium, dem die wichtigsten Entscheidungen vorbehalten sein sollten und in dem Lloyd George eine starke Rolle einnahm. Auf ihn lief es nicht etwa deswegen zu, weil er allseits beliebt oder auch nur akzeptiert war. Ganz im Gegenteil schieden sich an ihm schon lange die Geister: Für die konservative politische Elite war er ein misstrauisch beäugter Eindringling in die Sphäre des Londoner Politikbetriebs, dem erkennbar Traditionen nicht heilig waren; der keine der Eliteschulen und Universitäten durchlaufen hatte, auf denen andere Aufsteiger in politische und gesellschaftliche Netzwerke eingebunden wurden; und dessen Ehrgeiz, Energie und Eloquenz gern als Indizien für seine Herkunft aus dem *Celtic fringe* klassifiziert wurden, die ihn den englischen Führungskreisen nicht empfahl.

Viele Liberale wiederum hatten aus anderen Gründen ihre Schwierigkeiten mit Lloyd George. Zwar war er in der Vorkriegszeit zur Führungsfigur der linksliberalen politischen Szene aufgestiegen. Er hatte sozial- und gesellschaftspolitische Reformen, wie die Einführung neuer Steuern zur Finanzierung von Krankenversicherung und Rentenzuschüssen, vorangetrieben und sich für die Etablierung einer iri-

39 Trials of the Coalition. Firmer Methods Needed, *Daily Chronicle*, 29. 11. 1916, S. 6; Taylor, Donald, S. 109–112.

schen Home Rule («Selbstregierung») eingesetzt. Außerdem hatte er zu den Kritikern des Burenkriegs und der britischen Empirepolitik gehört. Nun jedoch erwies sich Lloyd George als Vertreter einer kompromisslosen Ausrichtung des Landes auf einen entschiedenen Kriegskurs, beginnend mit der Zustimmung zum britischen Kriegseintritt Anfang August 1914. Für den *Manchester Guardian* und die *Daily News*, beide vertraten dezidiert das linksliberale Spektrum der Liberalen, war schon das ein Problem. Für den *Daily Chronicle*, dessen Herausgeber Donald mehr der Mitte des liberalen Spektrums zuzuordnen war, begannen die Schwierigkeiten, Lloyd Georges Politik zu unterstützen – abgesehen von der zeitweiligen Verbindung ihres Protagonisten mit Northcliffe –, mit der heftigen innenpolitischen Debatte für und gegen die Einführung der Wehrpflicht: Lloyd George war dafür, Donald dagegen.⁴⁰ Doch hielt Donald weiterhin Lloyd George für »the biggest man in English politics«.⁴¹

Presse, Politik und Militär 1917/18

Folgenreicher für die Beziehungen zwischen dem Herausgeber des *Daily Chronicle* und Lloyd George war jedoch eine ganz andere Frage, nämlich diejenige, die während Lloyd Georges Amtszeit als Kriegspremier die innenpolitischen Konflikte prägen sollte wie keine andere: Wer, so lautete sie, bestimmt über die Strategie der Kriegführung – die Regierung oder die Generalität? Drängend wurde das Problem, als im Lauf des Jahres 1916 alle bisherigen Illusionen über ein baldiges Ende des Krieges zerstoßen und mit ihnen das Vertrauen auf einen militärischen Sieg gegen Deutschland. Was war unter diesen Bedingungen zu tun? Sollte man an der Westfront den entscheidenden Durchbruch versuchen? Oder sollte man, statt weiter gegen die deutschen Schützengräben anzustürmen und dabei ungeheuerliche Verluste an Soldaten und Material zu riskieren, lieber andere Fronten aufmachen? Etwa gegen die Türkei, um diesen Verbündeten des Deutschen Reichs aus der gegnerischen Front zu nehmen?

40 McEwen (Hg.), *Riddell Diaries*, S. 129 (Eintrag vom 12./14. August 1915).

41 Wilson (Hg.), *Political Diaries of C. P. Scott*, S. 162 (Eintrag vom 11.–15. Dezember 1915).

Nicht nur diese und weitere existenzielle Entscheidungen mussten gefällt werden, sondern gleichzeitig musste auch entschieden werden, wer es sein sollte, der entschied. Es gab keine Vorerfahrungen darüber, wie Entscheidungsstrukturen in einem mehrjährigen Krieg von solchen Dimensionen aussehen könnten. Das galt schon für die rein militärische Führung: Sie blieb bis 1917 ohne ein alliiertes Oberkommando. An der Westfront war der britische Oberkommandierende seiner Regierung und seinem Monarchen unterstellt und der französische der Regierung in Paris. Wer aber unter den Generälen durfte dem anderen befehlen, was er mit seinen Truppen zu tun hatte? Das war ein ganz heißes Eisen. Die Befehlsgewalt über die eigenen Truppen war bis dahin eine Frage der nationalen Ehre und unter keinen Umständen an Ausländer abzutreten. Erst Premierminister Lloyd George richtete ein interalliiertes Oberkommando – allerdings mit nur beratender Funktion – an der Westfront ein. Dass er dabei auf erhebliche Schwierigkeiten stieß, lag daran, dass es auch an Vorerfahrungen darüber fehlte, wer befugt war, solche Entscheidungen zu fällen. Durfte der Premierminister, ein Zivilist, den Generälen die wechselseitige Unterordnung oder ein interalliiertes Oberkommando aufzwingen? Durfte er in die große Strategie eingreifen und den Kampf an andere Fronten, etwa im Südosten, verlagern? War es legitim, wenn er die hoffnungslos unvereinbaren Bedürfnisse der Front und der heimischen Wirtschaft an Soldaten beziehungsweise an Arbeitskräften zugunsten der Kriegswirtschaft entschied? Theoretisch unterstanden die Generäle der Londoner Regierung. Diese hatte das Recht, die militärische Führung umzubesetzen, wenn ihr dies als richtig erschien. In der Praxis allerdings musste der Premierminister, wollte er dieses Recht ausüben, sein Kabinett hinter sich haben. Und Lloyd Georges Kabinett bestand überwiegend aus Konservativen, die sich nachhaltig gegen jeden Versuch zur Wehr setzen, Druck auf den Oberkommandierenden an der Westfront, Field Marshal Douglas Haig, auszuüben oder personelle Veränderungen in den militärischen Führungsstäben zu erzwingen.

Lloyd George hatte bereits vor seinem Amtsantritt als Premierminister zu deutlich erkennen lassen, dass es ihm an Respekt gegenüber der britischen Militärführung fehlte – das fanden jedenfalls die Militärs selbst und ihre zahlreichen Unterstützer insbesondere in den Reihen der konservativen Politiker und Presseleute. Northcliffes *Daily Mail* fand dafür in ihrem Artikel »Politicians and Casualties. Hands off

the Army!«, der im Oktober 1916 deutlich erkennbar auf Lloyd George abzielte, die einprägsame Alliteration: »Ministerial meddling means military muddling.«⁴²

Tatsächlich teilte Lloyd George die Ansicht des französischen Premierministers Aristide Briand, dass dieser Krieg zu wichtig sei, um ihn den Militärs zu überlassen, und bedauerte nur, dass diese Formulierung nicht von ihm selbst stammte.⁴³ Mehr litt er allerdings unter dem geringen Einfluss, den er 1916 als zwischenzeitiger Kriegsminister hatte: »I am the butcher's boy who leads in the animals to be slaughtered – when I have delivered the men my task in the war is over.«⁴⁴

Auch als Premierminister sah er es als seine Aufgabe an, Sachwalter der Soldaten zu sein und so viele Soldaten wie möglich lebend zurückzubringen.⁴⁵ Nach einem Vortrag des Kriegsberichterstatters Philip Gibbs – er schrieb für den *Daily Chronicle* und den *Daily Telegraph* – vor einem kleinen geladenen Kreis von Politikern und Presseleuten meinte Lloyd George Ende 1917 zu C. P. Scott, das sei eine sehr beeindruckende Beschreibung dessen gewesen, was der Krieg an der Westfront tatsächlich bedeute: »Even an audience of hardened politicians and journalists was strongly affected. [If people really knew the war would be stopped tomorrow – But of course they don't know & can't know. The correspondents don't write & the censorship wouldn't pass the truth – What they do send is not the war, but just a pretty picture of the war with everybody doing gallant deeds.] The thing is horrible and beyond human nature to bear and ›I feel I can't go on with this bloody business: I would rather resign‹. The generals are absolutely callous as to the gigantic casualties and order men to certain death like cattle to the slaughter.«⁴⁶

42 *Daily Mail*, 13. 10.1916, zit. nach McEwen, Northcliffe and Lloyd George At War, S. 661f.

43 Taylor (Hg.), Lloyd George. A Diary by Frances Stevenson, S. 118 (Eintrag vom 23. Oktober 1916).

44 Zit. nach Woodward, Lloyd George and the Generals, S. 113.

45 Taylor (Hg.), Lloyd George. A Diary by Frances Stevenson, S. 139 (Eintrag vom 15. Januar 1917).

46 Wilson (Hg.), Political Diaries of C. P. Scott, S. 324 (Eintrag vom 28. Dezember 1917). In eckigen Klammern steht ein Passus, der in der gedruckten Ausgabe der Tagebücher ausgelassen und von mir nach der maschinenschriftlichen Kopie in der John Rylands Library, Manchester University, ergänzt worden ist. Scott pa-

Die menschenverschlingende Westfront war für den walisischen Politiker auch deswegen ein Gräuel, weil für ihn als Politiker, der die Bevölkerung zum weiteren Durchhalten zu motivieren hatte, klar war, dass diese menschliche Katastrophe in eine politische umschlagen konnte. Er hatte das Douglas Haig nach der Sommeschlacht während eines Lunchs vorsichtig zu vermitteln versucht: »We have been using up all our splendid men and our hoarded munitions, & what has it resulted in: six miles at the most. The people know that this is not victory. [...] The people here feel that with us there is no ingenuity. They would like to see a little more imagination, a little inventiveness, a little originality. They feel that at present there is none of this, and they are getting a little impatient.«⁴⁷

Doch für Generäle waren solche Argumente nicht handlungsleitend. Lloyd George beließ es auch nicht beim Argumentieren, sondern er tat das, was die *Daily Mail* als »ministerial meddling« bezeichnete. Schon 1916 war die Northcliffe-Zeitung mit ihrer Kritik nicht allein gewesen. H. A. Gwynne erklärte in der *Morning Post* anlässlich von Lloyd Georges Übernahme des War Office im Juni, er müsse lernen, den Militärs freie Hand zur Führung des Krieges nach ihren Vorstellungen zu geben.⁴⁸ Im September warnte Gwynne den Kriegsminister, er müsse sich militärfreundlicher verhalten.⁴⁹ Northcliffe wurde im Oktober 1916 höchstpersönlich im War Office vorstellig und warnte Lloyd Georges Sekretär, er werde wegen Lloyd Georges Übergriffen in die Belange des Militärs an die Öffentlichkeit gehen.⁵⁰ Auch Donalds *Daily Chronicle* machte keine Ausnahme: Unter der Überschrift »The New Secretary for War« wurde im Juni 1916 davor gewarnt, dieses Ministerium reorganisieren oder in die Befugnisse des Chief of the Imperial General Staff, Robertson, eingreifen zu wollen.⁵¹ Lloyd George empfand das als

raphrasiert Lloyd George hier in der Ich-Form und markiert mit Anführungszeichen wörtliche Wiedergaben.

47 Taylor (Hg.), Lloyd George. A Diary by Frances Stevenson, S. 127f. (Eintrag vom 23. November 1916).

48 *Morning Post*, 19. 6. 1916, zit. nach Woodward, Lloyd George and the Generals, S. 100.

49 *Morning Post*, 28. 9. 1916, zit. nach ebd., S. 108.

50 Taylor (Hg.), Lloyd George. A Diary by Frances Stevenson, S. 115 (Eintrag vom 12. Oktober 1916).

51 *Daily Chronicle*, 17. 6. 1916, S. 4.

Verrat und war über den »blundering fool« Donald sehr erbost. Da er sich ohnehin mit dem Gedanken trug, eine liberale Zeitung zu erwerben, um nicht von dem unberechenbaren Northcliffe abhängig zu sein, richtete sich sein Kaufinteresse ab jetzt auf den *Daily Chronicle*. Die Vorstellung, den Herausgeber mit der Nachricht überraschen zu können, dass ihm, Lloyd George, die Zeitung nun gehöre, bereitete ihm offensichtliches Vergnügen.⁵² Doch so schnell würde der walisische Politiker seine Rache nicht genießen können.

Zur allgemeinen Überraschung, nicht zuletzt seiner eigenen, war Lloyd George ein halbes Jahr später Regierungschef. Der Rücktritt Asquiths hatte den Weg für einen Kriegspremier freigemacht, der ab jetzt seinen persönlichen Zweifrontenkrieg führte: nach außen gegen Deutschland und seine Verbündeten, nach innen gegen die Militärführung und deren Fixierung auf die Westfront. Im Krieg nach außen hatte er Politik und Presse geschlossen hinter sich. Im inneren Kampfgeschehen, welches sich teils hinter den Kulissen, teils in den Spalten der Zeitungen abspielte, war der Kreis seiner Unterstützer sehr überschaubar. Sogar sein eigenes Kabinett war in dieser Frage mehrheitlich gegen seine Attacken auf die Militärs und seine Versuche, Truppen und Material zugunsten anderer Kriegsschauplätze von der Westfront abzuziehen. Er war der mächtigste britische Premierminister, den es bis dahin gegeben hatte; keiner seiner Vorgänger hatte über einen so starken Staatsapparat verfügt. Und er war gleichzeitig der ohnmächtigste, konnte er doch nicht einmal auf die Unterstützung einer eigenen Partei und deren Presseorgane rechnen. Frontale Attacken auf Haig und andere führende Militärs verbatেন sich unter diesen Umständen von selbst. Lloyd George verlegte sich also auf Angriffsarten, die über Bande spielten. Er versuchte, die britische und die französische Militärführung gegeneinander auszuspielen und die dringend erforderliche Einrichtung eines alliierten Oberkommandos mit der Entmachtung der britischen Militärführung zu verbinden. Und immer wieder machte er Rückzüge und beugte sich den Entscheidungen der Generäle.

Um seine Positionen publizistisch zur Geltung zu bringen, bemühte sich Lloyd George um Herausgeber und Besitzer von nationalen

52 McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 161, 172 (Einträge vom 18., 19., 21. und 22. Juni und 29. Oktober 1916); Zitat S. 161 (18. Juni 1916).

Zeitungen. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Premier zog er Robert Donald wieder an sich: Er beauftragte ihn Anfang Januar 1917 damit, die für die Auslandspropaganda zuständigen Stellen zu evaluieren und Vorschläge zu ihrer Koordination zu machen. Donalds Bericht lag eine Woche später vor und diente als Grundlage für die Einrichtung des Department of Information im Februar 1917. Der Herausgeber des *Daily Chronicle* verkehrte seitdem wieder regelmäßiger in Lloyd Georges Haus in Walton Heath und diente dem Premierminister, wie C. P. Scott, der verlässlichste Unterstützer des Walisers, meinte, als eine Art Scout durch die potenziell gefährliche Presselandschaft.⁵³ Er hielt ihn über die Beziehungen der wichtigsten Presseleute zu Politikern auf dem Laufenden. Und er bemühte sich darum, in seinem Blatt Lloyd Georges Verdienste um die Kriegführung hervorzuheben.⁵⁴ Gegen Ende des Jahres 1917 verfasste Donald für Lloyd George einen zweiten Bericht über die nach wie vor mangelhafte Zusammenarbeit der Auslandspropagandisten.

Sehr elegant aus dem Weg geräumt wurde der unberechenbare und militärnahe Lord Northcliffe: Lloyd George schickte ihn von Juni bis November 1917 mit dem Auftrag in die Vereinigten Staaten, als Chef der British War Mission für gute Presse und Kontakte in das Washingtoner politische Milieu zu sorgen. Allerdings drohte diese Ernennung Lloyd Georges Pressebeziehungen am anderen Ende des politischen Spektrums, nämlich zum *Manchester Guardian*, zu gefährden: Dessen Herausgeber Scott war der wichtigste Unterstützer in Lloyd Georges Kampf gegen die Generalität und wurde durch die plötzliche Nähe des Pressezaren zum Premierminister stark irritiert. Wie er von Lloyd George erfuhr, steckte dahinter die Absicht, Northcliffe kaltzustellen: Dieser sei so »jumpy« geworden, dass eine Art Blitzableiter für seine überflüssigen Energien habe gefunden werden

53 Wilson (Hg.), *Political Diaries of C. P. Scott*, S. 258 (Eintrag vom 28. Januar 1917), 309 (Eintrag vom 21. Oktober 1917, hier das Zitat).

54 Robert Donald an William Sutherland, 18. Mai 1917; *Parliamentary Archives*, London: Lloyd George Papers, LG F/15/3/1. Donald erbittet in diesem Schreiben an Lloyd Georges Sekretär Informationen, die es ihm, Donald, erlauben sollen, Lloyd Georges Verdienste um die Versorgung der Armee mit Munition und Waffen zu dokumentieren, um den Behauptungen der *Times* entgegenzutreten, sie sei es, die in dieser Hinsicht ausschließlich aktiv geworden sei.

müssen, um eine öffentliche Auseinandersetzung mit ihm zu vermeiden.⁵⁵

Der Premierminister musste nicht nur bei Scott damit rechnen, dass solche taktischen Schachzüge zur Befriedung der für ihn extrem schwierigen Presselage Kollateralschäden erzeugten, indem sie ihm die Kritik eintrugen, sich mit »that strange creature«⁵⁶ Northcliffe und anderen schlecht beleumundeten Presseleuten – unter ihnen auch Beaverbrook – einzulassen. Es blieb ihm jedoch wenig anderes übrig. Denn die Mehrheit der Presseorgane verweigerte ihm die Unterstützung immer dann, wenn seine Kritik am britischen Oberkommando unüberhörbar wurde, und ließ sich nicht auf irgendwelchen Missionen ins Ausland kaltstellen. Neben anderen attackierte Gwynne in der *Morning Post* in seinem Leitartikel »The Amateur and the Soldiers«⁵⁷ die Einmischung von Zivilisten in die militärischen Führungsfragen; und der Herausgeber Leo Maxse forderte in der *National Review* – einem kleinen, aber viel zitierten Blatt am rechten Ende des konservativen Spektrums –, die oberste Kriegführung ausschließlich den Generälen zu überlassen.⁵⁸ Nur der treue C. P. Scott kommentierte im Sinne Lloyd Georges, indem er auf den Punkt brachte, worauf es hinauslaufen würde, wenn die Zivilisten in Sachen Kriegführung nichts zu sagen hätten: »[T]hen the nation is being wagged from its least intelligent end, and that surely is not conducive to success.«⁵⁹

Zu einem Höhepunkt interner wie öffentlicher Kritik an Lloyd George kam es im Herbst 1917. Anlass war die Rede, die er am 12. November in Paris über die Einrichtung des in Versailles angesiedelten alliierten Supreme War Council gehalten hatte. Sie war unschwer als Kritik an der bisherigen militärischen Strategie der britischen Generalität

-
- 55 Wilson (Hg.), *Political Diaries of C. P. Scott*, S. 296 (Eintrag vom 27.–28. Juni 1917). Der Ausdruck »jumpy« ist im Tagebuch durch Anführungszeichen als wörtliche Aussage Lloyd Georges markiert.
- 56 So Lloyd George über Northcliffe; Wilson (Hg.), *Political Diaries of C.P. Scott*, S. 297 (Eintrag vom 9.–11. August 1917). Der Ausdruck »that strange creature« ist im Tagebuch durch Anführungszeichen als wörtliche Aussage Lloyd Georges markiert.
- 57 *Morning Post*, 5. 9. 1917, zit. nach Woodward, *Lloyd George and the Generals*, S. 223.
- 58 Sir William Robertson, *National Review*, 70, September 1917, S. 41–52, zit. nach ebd., S. 223.
- 59 *Manchester Guardian*, 1. 11. 1917, zit. nach ebd., S. 224.

zu erkennen. Das Presseecho ließ mitunter jede Rücksicht auf den innenpolitischen Burgfrieden vermissen: Die *Daily News* warf Lloyd George vor, er wolle sich zum »military dictator« machen; »Hands off the British Army!« hieß es im *Star*.⁶⁰ Andere Blätter waren nicht weniger deutlich. Die *Times* und die *Daily Mail* hielten sich zurück: Weder Geoffrey Dawson, der Herausgeber der *Times*, noch Northcliffe wollten Lloyd Georges Führungsrolle gefährden; sie war ihrer Meinung nach unersetzlich für die britischen Siegesaussichten. Northcliffe, der Mitte November aus den Vereinigten Staaten zurückkehrte, ging noch weiter. Er wechselte die Seiten: Nach der Schlacht von Cambrai Ende November und Anfang Dezember 1917, die ein weiteres Mal unter sehr hohen Verlusten sehr wenig Geländegewinn gebracht hatte, übte er erstmals öffentlich Kritik am britischen Oberkommando und forderte eine Untersuchungskommission wegen militärischen Versagens.⁶¹ Für den Premierminister war dieser unerwartete Alliierte alles andere als eine Erleichterung. Denn Lloyd George ging gerade zur Attacke auf den zweitwichtigsten Mann der militärischen Einheitsfront gegen ihn, William Robertson, über. Dass ihm nun ausgerechnet Northcliffe dabei sekundierte, indem er in der *Daily Mail* die Ermattungsstrategie als »strategy of the Stone Age« attackieren ließ,⁶² war alles andere als hilfreich.⁶³ Wollte er nicht als Kreatur des Pressezaren erscheinen, als die man ihn ohnehin bereits schmähte, musste er Northcliffe erneut aus dem Weg schaffen. Noch einmal über den Atlantik konnte er ihn nicht schicken, eine attraktivere Position musste gefunden werden. Also bezog Lloyd George Northcliffe und Beaverbrook, den Besitzer des *Daily Express*, in die Regierung ein, indem er im Frühjahr 1918 Beaverbrook zum Minister of Information und Northcliffe zum Leiter der Propaganda für das feindliche Ausland machte. Damit gab es drei Pressezaren in der Regierung, denn Lord Rothermere, der Bruder Northcliffes, war schon seit Herbst 1917 Leiter des Air Council, des Vor-

60 *Daily News*, 14. 11. 1917; *Star*, 15. 11. 1917, zit. nach Woodward, *Lloyd George and the Generals*, S. 225.

61 Leitartikel »A Case for Inquiry«, *Times* [London, England] 12. 12. 1917, S. 9; *The Times Digital Archive*. Web [28. 3. 2017].

62 *Daily Mail*, 21. 1. 1918, zit. nach Woodward, *Lloyd George and the Generals*, S. 246.

63 Barnes/Nicholson (Hg.), *Leo Amery Diaries*, Bd. 1, S. 201 (Eintrag vom 23. Januar 1918).

läufers des Luftfahrtministeriums. Der politische und mediale Schaden für Lloyd George war nicht unerheblich und wurde von seinen politischen Gegnern auch umgehend ausgenutzt: Der konservative Unterhausabgeordnete Austen Chamberlain hielt Mitte Februar 1918 eine viel beachtete Rede, in der er Lloyd George vorwarf, Regierungs- und Pressefunktionen zu vermischen.⁶⁴

William Robertson aus seiner wichtigen Position als Chief of the Imperial General Staff zu vertreiben, war Lloyd George Mitte Februar 1918 tatsächlich gelungen. Der innenpolitische Machtkampf stockte dann jedoch vorübergehend, als die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff am 21. März 1918 ihre Offensive an der Westfront startete. Ludendorff entschied die Frage, die in London seit 1915 die Gemüter erhitzt und in der sich Lloyd George mit wenig Erfolg exponiert hatte: die Frage nämlich, ob der kriegsentscheidende Durchbruch an der Westfront möglich oder besser in einem anderen Kriegstheater zu suchen sei. Ludendorffs Offensive demonstrierte, dass – unter den angespannten Bedingungen, wie sie nach dreieinhalbjähriger Kriegsdauer in Deutschland wie in Großbritannien herrschten – eine offensive Aktion im großen Maßstab für beide Seiten gleichermaßen gefährlich werden konnte. Die ersten Erfolge waren so beeindruckend, dass sich in Deutschland Sieges euphorie und in Großbritannien die schlimmsten Befürchtungen breitmachten. Im Juli geriet die Offensive jedoch ins Stocken. Der unmittelbar folgende alliierte Gegenangriff läutete die deutsche Niederlage ein. Die deutsche Militärführung hatte alles auf eine Karte gesetzt, um schließlich erst die Nerven und dann den Krieg zu verlieren. Kein lästiger Politiker hatte Hindenburgs und Ludendorffs Sehnsucht nach einer Offensive *à outrance* genügend Stolpersteine in den Weg gelegt.

Zuvor jedoch, noch während der Zeit größter britischer Bedrängnis, spielte sich in London der letzte Akt des innenpolitischen Machtkampfes ab: die Maurice-Debatte im Unterhaus. Sie endete mit dem Sieg des Premierministers über die Militärpartei und deren mediale Unterstützer. Denn von den Unterhausabgeordneten wurde darüber entschieden, ob Lloyd George eine politische Mehrheit hinter sich hatte – nicht in den Spalten der Zeitungen. Und diese Entscheidung fiel

64 Austen Chamberlain im Unterhaus am 19. Februar 1918, Hansard, Bd. 103, Unterhaussitzung vom 19. Februar 1918, Sp. 654–658.

eindeutig aus. Fern jeder Öffentlichkeit wurde es gleichzeitig ernst mit den Verhandlungen, die Frank Lloyd als Besitzer des *Daily Chronicle* über den Verkauf der Zeitung führte. Er war krank und wollte mit dem höchstmöglichen Ertrag aus dem Zeitungsgeschäft aussteigen. Das wiederum zwang wahrscheinlich Robert Donald dazu, im Nachgang zur Maurice-Debatte einen riskanten Kurs einzuschlagen, der ihn wenig später seinen Herausgeberposten kosten würde.

Die Maurice-Debatte wurde am 7. Mai von einer aufsehenerregenden Stellungnahme ausgelöst, die in mehreren Zeitungen gleichzeitig erschien. Ihr Verfasser war Generalmajor Frederick Maurice; er war bis kurz zuvor im War Office als Director of Military Operations beschäftigt gewesen und ein guter Bekannter des gerade kaltgestellten William Robertson. In seiner Stellungnahme warf er dem Premierminister vor, in einer Rede vor dem Unterhaus falsche Zahlenangaben über die Stärke der britischen Truppen an der Westfront gemacht zu haben. Diese Kritik lief darauf hinaus, Lloyd George für die Erfolge der laufenden deutschen Offensive verantwortlich zu machen, weil er Truppenkontingente an andere Kriegsschauplätze beordert hatte. Eine schärfere Attacke ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt höchster militärischer Bedrängnis war kaum denkbar. Maurice wusste, dass er seine militärische Karriere aufs Spiel setzte; tatsächlich wurde er unmittelbar danach vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Es war ihm als Soldat nicht erlaubt, jenseits des Dienstweges und dann auch noch in aller Öffentlichkeit mit derart schwerwiegenden Anklagen hervorzutreten. Er tat es dennoch, weil er davon überzeugt war, dass der Premierminister sich zum Schaden des Landes in militärische Belange eingemischt hatte. Außerdem wollte er selbst für die variierenden Angaben zur Truppenstärke, die seine Abteilung des War Office an das Büro Lloyd Georges gegeben hatte und die in dessen Rede in der für Lloyd George selbst günstigeren Version Verwendung gefunden hatten, nicht verantwortlich gemacht werden.

Dieser unvermutete Frontalangriff war für den Premierminister nicht ungefährlich. Angesichts der weit verbreiteten Kritik, die er seit 1916 mit seinen Versuchen auf sich gezogen hatte, in Fragen der großen Strategie des Krieges mitzuentcheiden, konnte er als Auftakt für einen Generalangriff seiner politischen Gegner dienen. Deren liberale Führungsfigur, Asquith, würde eine Gelegenheit, seinen Nachfolger zu beschädigen oder gar zu stürzen, womöglich zu nutzen wissen. Der

Showdown im Unterhaus am 9. Mai beantwortete dann allerdings erneut die rhetorische Frage, die die *Daily Mail* bereits im Februar gestellt hatte – »Which would you go tiger hunting with? Asquith or Lloyd George?«⁶⁵ – zugunsten Lloyd Georges. Nie besser als in einer offenen Kampfsituation, hielt er eine Rede, die Maurices Glaubwürdigkeit in Zweifel zog und von den Abgeordneten, deren Mehrheit keinen Regierungswechsel wollte, mit einem klaren (wenn auch nicht überwältigenden) Abstimmungsergebnis von 293:106 gegen die Einrichtung einer Untersuchungskommission belohnt wurde.⁶⁶

Maurice war nach Veröffentlichung seines Artikels für eine Woche abgetaucht. Als er nach London zurückkehrte, war einer seiner ersten Besucher der Herausgeber des *Daily Chronicle*. Donald lud den nunmehr Beschäftigungslosen ein, militärischer Korrespondent seiner Zeitung zu werden, und der Ex-General nahm die Einladung an. Darüber, was Donald zu diesem Schritt bewog, kann mangels Quellen nur spekuliert werden. Vielleicht hatte George Riddell mit seiner Vermutung recht, dass Donald diesen Schritt tat, um unter Lloyd Georges liberalen Gegnern Geldgeber für den Erwerb seiner Zeitung zu finden⁶⁷ – die eben nicht seine Zeitung war, sondern diejenige des zum Verkauf entschlossenen Frank Lloyd. Donald hatte zwischenzeitlich vergeblich versucht, selbst eine Gruppe von Geldgebern zusammenzubekommen. Das war nicht zuletzt an dem hohen Kaufpreis gescheitert, den Frank Lloyd verlangte und der alle aus finanziellen Gründen Interessierten abschreckte. Es blieben also nur mehr politische Interessenten übrig, denen es weniger um den finanziellen als um den politischen Ertrag der Zeitung ging. Den wechselnden Käufergruppen, die im Interesse Lloyd Georges verhandelten, wollte Donald ganz offenkundig die Zeitung nicht überlassen. Ihm dürfte klar gewesen sein, dass Lloyd George dringend eine Zeitung benötigte, um sich publizistische Unterstützung für die Gründung einer eigenen Partei zu sichern.⁶⁸ Das hätte das Ende seiner Unabhängigkeit als Herausgeber bedeutet. Von dem Posten als

65 *Daily Mail*, 14. 2. 1918, zit. nach Woodward, *Lloyd George and the Generals*, S. 274.

66 Premierminister David Lloyd George im Unterhaus am 9. Mai 1918, Hansard, Bd. 105, Unterhaussitzung vom 9. Mai 1918, Sp. 2355–2405.

67 McEwen (Hg.), *Riddell Diaries*, S. 226 (Eintrag vom 11. Mai 1918).

68 Ebd., S. 229 (Eintrag vom 23. Juni 1918).

Leiter der Abteilung für Propaganda im neutralen Ausland, den Robert Donald seit Februar im neuen Informationsministerium innegehabt hatte, trat er Ende Juni zurück⁶⁹ und löste damit seine Verbindung zu Lloyd George quasi offiziell.

Die Kerbe, in die Maurice mit seinen Beiträgen für den *Daily Chronicle* schlagen konnte, war bald gefunden. »Why has our Government expressed no recognition of Sir Douglas Haig's leadership and of the valour of his men?«⁷⁰ Mit einem Artikel von Maurice, der in dieser Frage gipfelte, wurde der *Daily Chronicle* Anfang September 1918 aufgemacht. Damit es auch niemand übersah, wurde in der Notiz auf Seite 2 derselben Ausgabe: »Well Done, Haig!« eigens auf diesen Vorwurf hingewiesen. Unter den späteren Wiederaufnahmen dieses Themas stach besonders ein Leitartikel vom 13. September hervor, der berichtete, dass Lloyd George in einer Rede in Manchester seine Anerkennung für den französischen Marschall Ferdinand Foch, den Oberkommandierenden der alliierten Truppen seit Frühjahr 1918, ausgesprochen habe. Und dass eine vergleichbare Anerkennung für Haig nach wie vor ausstand, wurde mit dem Satz kommentiert: »It is a small mind that petulantly refuses to acknowledge the great services of a great soldier.«⁷¹ Ein letztes Mal wurde diese Klage am 3. Oktober 1918 angestimmt.⁷²

Am selben Tag erfuhr ein Redaktionsmitglied des *Daily Chronicle* vom wie immer bestens informierten George Riddell, dass das Blatt verkauft worden sei. Robert Donald hielt das zuerst für völlig ausgeschlossen, erfuhr jedoch dann von Frank Lloyd, dass es damit seine Richtigkeit hatte und die Gruppe der neuen Besitzer den Betrieb der Zeitung umgehend übernehmen wollte. Dass hinter dieser Gruppe Lloyd George stand, war Donald klar. Im Dezember stand die Wahl zum Unterhaus an, die über das weitere politische Schicksal Lloyd Georges entscheiden würde; Lloyd George hatte nicht mehr viel Zeit, sich die lang ersehnte eigene Zeitung zu besorgen. Donald konnte un-

69 Beaverbrook an Robert Donald, 28. Juni 1918; Parliamentary Archives, Robert Donald Papers, DON D/2/8.

70 The Aftermath of Victory. Great Effect of Sir D. Haig's Blow, *Daily Chronicle*, 7. 9. 1918, S. 1.

71 Mr Lloyd George's Speech, *Daily Chronicle*, 13. 9. 1918, S. 2.

72 Sir D. Haig's Achievements, *Daily Chronicle*, 3. 10. 1918, S. 2.

ter diesen Umständen nur kündigen, was er auch tat. Er rettete damit sein hohes Ansehen als integrierter Journalist. Aber von einem Tag auf den anderen war der 58-Jährige am Ende seiner Karriere. Es gelang ihm in den folgenden Jahren nicht, in eine auch nur annähernd so bedeutende Stellung zu kommen, wie er sie als Herausgeber des *Daily Chronicle* innegehabt hatte.

Ende eines Experiments

Seinen Posten übernahm Henry Dalziel, der Sprecher des neuen Besitzerkonsortiums. Ihm gehörte die *Reynolds News*, eine der auf Unterhaltung spezialisierten und weitgehend unpolitischen Sonntagszeitungen des liberalen Spektrums. Die politischen Leitlinien für den *Daily Chronicle* erhielt er von Lloyd George. Riddell bezeichnete diese radikale Abkehr von der editorischen Autonomie, wie sie bei Meinungsblättern bis dahin üblich gewesen war, mit deutlichem Understatement als interessantes Experiment.⁷³ Ein Experiment war es zweifellos: allerdings nicht eines der Übernahme einer Zeitung in Regierungsverantwortung. Lloyd George hatte das Blatt als Parteipolitiker gekauft, nicht als Regierungschef. Als Politiker zudem, der diesen Wahlkampf unter schwierigen Bedingungen zu führen hatte: Zum einen galt erstmals das neue Wahlrecht, das viele Frauen und bislang nicht wahlberechtigte Männer einschloss und die Zahl der Stimmberechtigten annähernd verdreifachte. Außerdem lag die letzte Wahl von 1910 nun schon acht Jahre zurück; es fehlte an Erfahrungen mit dem politischen Verhalten einer Bevölkerung, die über vier Jahre lang die Lasten eines ungeheuerlichen Krieges getragen und die russische Revolution von 1917 miterlebt hatte. Niemand konnte wissen, welches kriegs- und regierungskritische Grundrauschen sich im Lande abzeichnete. Zum anderen ging Lloyd George zwar als der Mann, der den Krieg gewonnen hatte, in die Wahl; doch war gleichzeitig seine strukturelle Schwäche als Liberaler ohne Partei und ohne eigene Presse unübersehbar. Seine bisherige Amtszeit als Premierminister hatte ihm reichlich Anschauungsmaterial dafür geboten, wie angreifbar er war, wie eng die Grenzen seines politischen Handlungsspielraums gezogen waren und in welche riskanten Fahrwasser er geraten konnte, wenn er versuchte, seinen man-

73 McEwen (Hg.), Riddell Diaries, S. 240 (Eintrag vom 1. Oktober 1918).

gelnden Rückhalt mithilfe von (mehr oder weniger eigenwilligen) Pressemagnaten und Herausgebern zu kompensieren. Eine Zeitung zu besitzen, die ihm aufs Wort gehorchte, schien die Lösung zu sein.

Das Experiment schlug schließlich fehl. Zwar gewannen Lloyd George und die Konservativen sowie eine kleine Gruppe Lloyd-George-naher liberaler Koalitionspartner die Wahlen im Dezember 1918 haushoch. Das war allerdings weniger auf den *Daily Chronicle* zurückzuführen, der den Wahlkampf der Koalition bedingungslos unterstützte und keine Gelegenheit ausließ, die Verdienste Lloyd Georges hervorzuheben. Vielmehr gelang es der populistischen Mobilisierungsstrategie der Konservativen und der ihnen nahestehenden Zeitungen, mit ihren antideutschen Parolen – »We want the Kaiser!, Make Germany pay!«⁷⁴ – die anfängliche Apathie der Wählerschaft zu überwinden. Das Experiment misslang aus einem völlig unvorhersehbaren Grund: weil es zu einem Zeitpunkt begann, an dem die Ära der partei- und elitenorientierten Meinungspresse durch einen medialen Ermattungskrieg beendet wurde. Dieser war in der Pressewelt ebenso ohne Vorläufer wie der eben beendete Ermattungskrieg 1914–1918 in der großen Welt. Unter seinen zahlreichen papierernen Opfern würde auch der *Daily Chronicle* sein.

Anfang der 1920er Jahre gab es beim *Daily Chronicle* einen Ertragsrückgang.⁷⁵ Man kann vermuten, dass die alte Leserschaft dem Blatt nicht durchweg treu geblieben war, weil das Blatt jetzt Sprachrohr für den amtierenden Premierminister, den Spalter der liberalen Partei, war. Neue Leser waren nicht leicht zu binden. Dafür gab es nicht nur politische Gründe. Anfang der 1920er Jahre entbrannte auf dem britischen Zeitungsmarkt der Kampf um bedingungslose Auflagensteigerung. Gänzlich inhaltsferne Mittel kamen in Schwang, um die Verkaufszahlen in die Höhe zu treiben. Ein besonderer Renner waren Versicherungen: Wer sich durch den Kauf einer Zeitung über einen bestimmten Zeitraum hinweg dafür qualifizierte, konnte eine günstige Versicherungspolice etwa bei einer Lebensversicherung erwerben. Die

74 *Daily Mail*, 5. 12. 1918; ebd., 4. 12. 1918; beides zit. nach Wittek, Auf ewig Feind?, S. 224, Fußnote 116.

75 Notiz vom 3. November 1926 zur Ertragslage von United Newspapers (1918) Ltd.: Übersicht über die Erträge vor Abzug einmaliger Ausgaben; Parliamentary Archives, London, Lloyd George Papers, LG G/15/7/3.

Kosten für die entsprechenden Verträge mit den Versicherungsgesellschaften trieben manches Blatt in den Ruin. Auch Lloyd Georges *Daily Chronicle* nahm an diesem Vernichtungswettbewerb teil. Mitte der 1920er Jahre zog dann der Waliser, der seit 1922 nicht mehr Premierminister war, die Reißleine. Die Realitäten des Zeitungsmarkts und der Zweck, den die Zeitung einmal für ihn gehabt hatte, vertrugen sich nicht mehr miteinander. Die hemmungslose Konkurrenz um Auflagensteigerung erlaubte keine redaktionelle Linie, die nur einen kleinen Teil der Zeitungsleser ansprach. Um den *Daily Chronicle* über Wasser zu halten, hätte die Redaktion weitgehend darauf verzichten müssen, über die liberale Partei, die in der Wählergunst absank, überhaupt zu berichten.⁷⁶ Lloyd George verkaufte sein Blatt 1926, um nicht noch einmal viel Geld in ein politisch sinnlos gewordenes Unternehmen stecken zu müssen.⁷⁷ Außerdem brauchte er Mittel für politische Kampagnen, mit denen er wieder ins politische Geschäft kommen wollte. Er erzielte einen guten Preis. Einige weitere Runden im Auflagenwettbewerb später gab das neue Besizersyndikat auf. Der *Daily Chronicle* fusionierte mit dem liberalen Schwesterblatt, der *Daily News*, zum *News Chronicle*. Damit verschwand sein Name vom britischen Zeitungsmarkt – wie zuvor schon derjenige seines berühmtesten Herausgebers.

Nicht Robert Donalds Name würde es sein, den die Zeitgenossen und die Nachlebenden erinnerten, wenn es um die Beziehungen zwischen Presse und Politik im Ersten Weltkrieg ging, sondern der Lord Northcliffes. Beide, Lloyd George und den Pressezaren, verband in den Augen des politischen und Presse-Establishments der Makel des Außenseiters, der im Fall Lloyd Georges um so schwerer wog, als man auf diesen selbstbewussten walisischen Aufsteiger einige Zeit hindurch so bitter angewiesen gewesen war. Beider Verbindung wurde zum Sinnbild der verantwortungslosen Auslieferung der politischen Macht an einen mental unausgeglichenen *press baron*. Ein in der Nachkriegszeit

76 Memorandum des Sekretärs und Chief Accountant von United Newspapers (1918), Ltd, vom 13. Januar 1926, Anlage: Stellungnahme des *Daily-Chronicle*-Vertreters in Leicester (Kopie); Parliamentary Archives, London, Beaverbrook Papers, BBK G/14/13.

77 Entwurf vom 1. November 1926 ohne Unterschrift (vermutlich H. L. Nathan) an Lloyd George; Parliamentary Archives, London, Lloyd George Papers, LG G/15/7/2.

kursierender Witz bringt es auf den Punkt. Er spielt mit der Umkehrung der britischen Tradition, dass der König die Bildung einer neuen Regierung einleitet, indem er nach einem geeigneten Nachfolger des bisherigen Premierministers schickt. Auf einem Diner des amerikanischen Botschafters im Oktober 1923 erzählte ihm der Duke of York, der zweitälteste Sohn des Königs (und spätere König George VI.), dem neben ihm sitzenden C. P. Scott: »Latest news: Lloyd George has resigned: Lord Northcliffe has sent for the King.«⁷⁸ Beide fanden den Witz gut. Warum, erklärt Scott, der diese Episode in seinem Tagebuch vermerkte, leider nicht. Vielleicht, weil er die zeitgenössische Kritik an der Northcliffe'schen Neigung zum Größenwahn ebenso zum Ausdruck brachte wie diejenige an Lloyd Georges vorgeblicher Unterwerfung unter dessen Machtansprüche. Historisch aufschlussreich sind diese Vorwürfe, weil sie die Widerstände demonstrieren, die Lloyd Georges Pressepolitik auf den Plan rief. Sie belegen jedoch weniger den Erfolg als die Grenzen dieser Pressepolitik. Am wichtigsten ist, was der Witz verschweigt: Lloyd Georges Nähe zur Presse – beziehungsweise zu Teilen von ihr – war nicht größer als diejenige anderer Politiker. Sie drückte sich nur in anderen Formen aus, weil Lloyd George nicht auf die eingebürgerten personellen und parteipolitischen Verflechtungen zwischen Journalismus und Politik zurückgreifen konnte, sondern die Presseleute auf andere Weise an sich ziehen musste – sei es durch Einbindung von Pressezaren, durch den Ankauf einer Zeitung, deren Kritik lästig geworden war, oder durch die Erhebung von Pressebesitzern in den Adelsstand. Lloyd George hatte das eingebürgerte System der Parteifinanzierung qua Nobilitierung von Spendern systematisch ausgebaut; die Vertreter der Presse kamen dabei nicht zu kurz: Beaverbrook war 1916/17 der erste, George Riddell 1920 nicht der letzte auf Vorschlag von Lloyd George nobilitierte Pressezar; Northcliffe wurde 1918 in den Rang eines Viscounts erhoben. Für Lloyd Georges Kritiker bestätigte das ihr Bild des ehemaligen Kriegspremiers als einer durch und durch machiavellistischen Figur.

78 Wilson (Hg.), *Political Diaries of C. P. Scott*, S. 446 (Eintrag vom 26.–27. Oktober 1923). Im Tagebuch ist das Zitat durch Anführungszeichen als wörtliche Wiedergabe gekennzeichnet.

Politik des Krieges. Militärs, Politiker und Journalisten in Deutschland 1914–1918

Es sind ein paar Tage im September 1914, die wie in einem Brennglas bündeln, was die folgenden vier Kriegsjahre im Deutschen Reich politisch und medial prägen wird. In Offenbach notierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard David am 10. September unter dem Eindruck des erfolgreichen deutschen Durchmarsches durch Belgien und Nordfrankreich in seinem Tagebuch: »Mit diesem Krieg ist das realistische Deutschland auf der Weltbühne erschienen. Seine wirtschaftliche Kraft, sein technisches Können offenbart sich auch in der Leistungsfähigkeit seiner grandiosen Kriegsmaschine. Die organisatorische Tüchtigkeit schlägt jeden Rekord.« Am Tag zuvor hatte David seinen Genossen in der SPD erklärt, »dass wir die Rüstung bewilligen müssen, um unsere demokratischen Ziele zu erreichen«.⁷⁹ Das war das Programm, das die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion bis 1918 verfolgen würde: die Unterstützung der Kriegsanstrengungen, solange sie der Verteidigung dienten – eine Einschränkung, die sich als sehr dehnbar erweisen würde –, um ihre Stellung im politischen System des Reichs zu festigen. Ihre zentrale Forderung: die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, das die Begüterten privilegierte und der SPD den ihrer Wählerzahl angemessenen Zugang zum preußischen Abgeordnetenhaus versperrte. Je länger der Krieg dauerte, umso stärker wurde eine linke Minderheit innerhalb der SPD, die für einen Verständigungsfrieden eintrat. Aus ihr gingen 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und der Spartakusbund hervor, die Keimzelle der späteren Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Seitdem tobte der politische Kampf zwischen den Befürwortern einer Kriegsverlängerung und denjenigen, die Frieden schließen wollten, innerhalb der Arbeiterbewegung ebenso sichtbar wie innerhalb der deutschen Gesellschaft als ganzer. Die Zensur

79 Miller (Bearb.), Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David, S. 37f. (Einträge vom 9. und 10. September 1914).

sorgte bis kurz vor Kriegsende dafür, dass das veröffentlichte Meinungsspektrum nur bis zur Mehrheits-Sozialdemokratie reichte und alles links davon ausgeblendet wurde.

Aus dem Großen Hauptquartier schickte der Reichskanzler, Theobald von Bethmann Hollweg, am 9. September ein Kriegszielprogramm an seinen Stellvertreter in Berlin: Belgien, hieß es dort unter anderem, solle zu einem Vasallenstaat herabsinken und wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden. Frankreich seien Kriegsentschädigungen aufzuerlegen, die es auf 15 bis 20 Jahre daran hindern sollten aufzurüsten. Außerdem müsse es das Erzbecken von Briey abtreten. Luxemburg solle deutscher Bundesstaat und ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverband solle gegründet werden, der Deutschlands wirtschaftliche Vorherrschaft garantiere. Ein zusammenhängendes mittelafrikanisches Kolonialreich sei zu verlangen. Über Forderungen an Russland könne man später nachdenken. So in etwa stellte sich der Reichskanzler damals einen Friedensschluss vor. Ihm erschien dieses Septemberprogramm, wie es später genannt werden würde, als gemäßigt – gab es doch stimmkräftige Interessengruppen, die im Überschwang der ersten deutschen Siege kein Halten mehr kannten und – wie der Schwerindustrielle August Thyssen – Belgien und Teile Frankreichs und Russlands annektieren und eine deutsche Landbrücke von Südrussland bis Persien besitzen wollten. Ebenso eroberungslustig äußerten sich die führenden Mitglieder des Alldeutschen Verbandes, eines kleinen, aber publizistisch sehr präsenten Honoratiorenvereins, der seit der Jahrhundertwende die Reichsspitze von rechts außen attackierte. Diese Kritik radikalisierte und verallgemeinerte sich im Kriegsverlauf. Denn in sie stimmten auch weniger annexionsversessene Kreise ein: Ihre »grandiose Kriegsmaschine«, die nicht nur Eduard David so bewunderte, bescherte der deutschen Seite mit Belgien (und später im Osten) Eroberungen, welche die deutschen Fürsten und preußischen Adligen, die militärischen und zivilen Führungsschichten bis weit in den Mittelstand hinein und auch einige führende Politiker der Mehrheits-SPD nicht wieder herausgeben wollten. Nur der totale militärische Sieg konnte das gewährleisten. Denn ein verhandelter Friedensschluss, der dem Deutschen Reich Belgien belassen hätte, war nicht denkbar. Eine militärisch noch handlungsfähige britische Regierung hätte sich niemals darauf eingelassen. Der Streit zwischen denjenigen, für die der Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, Theodor

Wolff, neben »Kriegszielschwätzer«⁸⁰ noch viele andere Beinamen erfand, und ihren innenpolitischen Gegnern wurde seit 1915 ausgetragen – in Veröffentlichungen ebenso wie hinter geschlossenen Türen. Er spaltete zunehmend Politik und Gesellschaft von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie bis zur Philosophischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität. Was den Streit so erbittert werden ließ, war die Tatsache, dass er gleichzeitig der Kampf darum war, wie lange der Krieg dauern würde. Was die »Gebietserweiterer«⁸¹ betraf, so war für sie jeder laut werdende Zweifel am Siegfrieden Verrat. Sie setzten alle Hoffnungen auf das Militär, hielten Außenpolitik für weitgehend überflüssig und schlossen die Augen fest zu, wenn sich, was im Verlauf des Krieges häufiger geschah, die militärische Option als unrealistische Erwartung erwies. Sogar Kaiser Wilhelm II. leitete im Frühjahr 1916 seine Erkenntnis, die er angesichts der verlustreichen, aber erfolglosen Kämpfe um Verdun wohl erstmals aussprach, dass dieser Krieg nicht mit einem Sieg, sondern mit einem Verständigungsfrieden enden werde, mit der Bemerkung ein: »Man darf es ja eigentlich nicht aussprechen.«⁸² Auf den habituellen Optimismus, der aus diesem selbstauferlegten Redeverbot resultierte, stieß der Abgeordnete der dänischen Minderheit im Reichstag, Hans Peter Hanssen, in vielen Gesprächen mit Politikerkollegen. Nach einer dieser Erfahrungen notierte er in seinem Tagebuch über die Stimmung im politischen Berlin: »This badly constructed and poorly motivated optimism is often encountered here, even among intelligent and experienced politicians. It gives the impression that the majority, without exercising a trace of critical judgement, believe that which they wish to believe.«⁸³

Niemand hat das Wunschdenken, das in den deutschen Führungskreisen zum Programm wurde, besser auf den Punkt gebracht als der konservative Reichstagsabgeordnete Kuno Graf von Westarp, als er – Jahre nach Kriegsende – feststellte, dass der Siegfrieden »erkämpft werden konnte, weil er erkämpft werden musste«.⁸⁴ Westarp lieferte

80 Wolff, Tagebücher, Teil 1, S. 229 (Eintrag vom 30. Mai 1915).

81 Der konservative Reichstagsabgeordnete Georg Oertel im Reichstag am 18. Januar 1916; Reichstagsprotokolle, 13. Legislaturperiode, 32. Sitzung, 18. Januar 1916, S. 744.

82 Görlitz (Hg.), Regierte der Kaiser?, S. 165 (Eintrag vom 10. März 1916).

83 Hanssen, *Diary of a Dying Empire*, S. 130 (Eintrag vom 16. März 1916).

84 Westarp, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Bd. 2, S. 191.

den logischen Schluss aus dieser alles andere als logischen Prämisse gleich mit: Es bedürfe einer starken regierungsamtlichen Propaganda in die eigene Bevölkerung hinein.⁸⁵ Diese Forderung, die aus den Reihen der Siegfriedensbefürworter immer wieder erhoben wurde, war insofern folgerichtig, als es eine vergleichsweise leichte Operation ist, Wunschdenken durch Texte und Bilder in imaginierte Wirklichkeit zu überführen. Die wirkliche Wirklichkeit folgt dann – wenn tatsächlich möglich werden kann, was möglich werden muss – auf dem Fuße. Besonders in Deutschland stieg unter dem Einfluss dieses illusionistischen Credo die Bereitschaft, an die Wirkmächtigkeit von Propaganda und Medienarbeit zu glauben, während des Krieges stetig an. Diese starke Medienwirkungsannahme war vielleicht die realistischste Reaktion, die den Siegfriedensanhängern, wenn es militärisch schlecht lief, möglich war. Denn Alternativen konnten nur so ähnlich aussehen wie die Fantasien, die Anfang des Jahres 1915 ein Stabsoffizier an der Ostfront hatte: dass, wenn der Krieg nie durch einen Frieden (nach deutschen Vorstellungen) beendet werden könne, »wir die von uns occupierten Teile von Belgien, Frankreich, Russland durch eine Art von ›limes‹ befestigen und uns innerhalb dieser neuen Grenzen neu einrichten werden müssen, ohne Frieden zu schließen. Eine ganz neue Wirtschaft, neue Ansiedlungen und Städte, neue Lebensformen würden entstehen.«⁸⁶

Weder dem Tagebuchschreiber Eduard David noch dem Reichskanzler, der seine Kriegsziele nach Berlin übermittelte, war zum jeweiligen Zeitpunkt bekannt, dass sich an der Westfront gerade die Hoffnungen auf einen schnellen deutschen Sieg erledigten. Der Vormarsch auf Paris geriet an der Marne ins Stocken; die deutschen Truppen zogen sich auf den Höhenzug bei Reims zurück. Der offizielle deutsche Heeresbericht ließ zwar diesen Rückzug erkennen, nicht aber seine Bedeutung: dass nämlich die deutsche Kriegsstrategie gescheitert war und niemand wusste, wie es weitergehen sollte. Im deutschen Hauptquartier war man deprimiert und mit den Nerven am Ende. Letzteres

85 Ebd.

86 Kessler, Tagebuch 1914–1916, S. 208 (Eintrag vom 1. Januar 1915). Ganz ähnliche Vorstellungen eines mitsamt seinen Eroberungen hinter einem Limes verschanzten Deutschlands formulierte im Juli 1916 Georg Bernhard, der Chefredakteur der liberalen *Vossischen Zeitung*, ebd., S. 562 (Eintrag vom 14. Juli 1916).

galt vor allem für Generalstabschef Helmuth von Moltke, der nach diesem Fehlschlag inoffiziell seines Amtes enthoben und durch den preußischen Kriegsminister Erich von Falkenhayn ersetzt wurde. Auch das wurde den Zeitungslesern vorenthalten, um das Ausmaß des Debakels im Dunkeln zu lassen; offiziell blieb Moltke bis zum Jahresende im Amt. Auf den militärisch geleiteten Pressekonferenzen, die seit Kriegsbeginn regelmäßig im Reichstag stattfanden (später kamen dezentrale Pressekonferenzen in anderen Städten hinzu), wurde den anwesenden Journalisten mitgeteilt, »dass die Lage nach wie vor zu den besten Hoffnungen berechtigt«. ⁸⁷ Als Ende September der deutsche Generalstab in einem Kriegsbericht erstmals Rückschläge an der Westfront eingestehen wollte, verbot Reichskanzler Bethmann Hollweg die Veröffentlichung. ⁸⁸

Nicht nur das Militär, sondern auch die zivile Reichsleitung setzte also auf Verdunkelungsmaßnahmen. Im von der Zensur geschaffenen Dämmerlicht verschwand nicht nur die Bedeutung der Marneschlacht, sondern in den folgenden Jahren mehr oder weniger jede Information, die den überbordenden Siegeshoffnungen den Boden hätte entziehen können. Denn Bethmann Hollweg blieb bei seiner einmal eingeschlagenen Linie und ließ zwei Jahre lang beide Extreme des Nachrichten- und Meinungsspektrums aus den Zeitungen fernhalten: jeden »Exzess der Begehrlichkeit« und jeden »Exzess der Abstinenz«. ⁸⁹ Was zwischen beidem übrig blieb, war der perfekte Ausdruck dessen, was der Kanzler »Politik der Diagonale« nannte – ein zum Prinzip gemachtes Weder-Noch. Das war es, was ihn 1917 schließlich zu Fall bringen sollte; hinter einer zweifachen Verneinung war keine Mehrheit zu versammeln, die den Kanzler gegen die Militärführung stark gemacht hätte.

Gestärkt wurden durch das Verbot, Kriegsziele und Friedensvorschläge öffentlich zu erörtern, nur diejenigen, die auf die militärische Option setzten. Zu ihnen gehörte (ganz ohne propagandistische Bearbeitung) die Mehrheit des Militärs, der Politiker und der Schwerindustrie sowie der oberen bürgerlichen Schichten inklusive der diesen zu-

87 Mühsam, *Wie wir belogen wurden*, S. 65.

88 Afflerbach, *Falkenhayn*, S. 190.

89 So bezeichnete der Reichstagsabgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei, Conrad Haußmann, die beiden Extreme; Reichstagsprotokolle, 13. Legislaturperiode, 8. Sitzung, 20. März 1915, S. 108.

zurechnenden Zeitungsbesitzer und Journalisten und bis Juli 1917 auch die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten. Bis zu seinem Sturz konnte Bethmann Hollweg sich nicht entscheiden, was er mehr fürchtete: den Illusionismus der radikalen, meist als »alldeutsch« bezeichneten Fraktion der Siegfriedsbewegung – oder dessen Enttäuschung. Dass zwischen Euphorie und Enttäuschung so etwas wie Realismus Platz greifen könnte, hielt er, wie es scheint, nicht für möglich. Dies sagt über den Illusionismus seiner Angstgegner ebenso viel aus wie über ihn selbst – der, wie es einmal ein erfahrener Parlamentarier ausdrückte, »vor der Öffentlichen Meinung zuviel Angst und zu wenig Respekt« hatte⁹⁰ und sich nur selten dazu durchringen konnte, weit genug aus sich herauszugehen, um die veröffentlichte Meinung nachhaltig zu beeinflussen.

Noch einmal zurück zu den Tagen des Septembers 1914. Im deutschen Hauptquartier sickerten nach und nach die Informationen über den deutschen Rückzug von Paris durch. Kaiser Wilhelm II. war deprimiert. Mitglieder seiner Entourage befürchteten, was die Westfront betraf, eine Katastrophe. »Und nun denke man sich die Lage«, entsetzte sich der Chef des Militärkabinetts, Moriz von Lyncker, »wenn der glänzende Sieg von Hindenburg nicht gekommen wäre.«⁹¹ An der Ostfront hatten zwischen dem 5. und 13. September die deutschen Truppen unter dem Oberbefehlshaber Hindenburg und dessen Stabschef Ludendorff den russischen Einmarsch nach Ostpreußen zurückgeschlagen. In der Tat erwies es sich stimmungspolitisch nicht nur bei Lyncker als entscheidend, dass die Marneschlacht von zwei zeitnahen Siegen an der Ostfront überlagert wurde. Rückblickend ist man versucht zu sagen: als fatal entscheidend, was die Chancen betraf, illusionäre Erwartungshaltungen zu entkräften. Sie wurden nämlich damals durch die Tücke der Gleichzeitigkeit verspielt. Und langfristig, bis zum Kriegsende, wurden sie ein weiteres Mal verspielt, weil insbesondere die Ende August gewonnene Schlacht bei Tannenberg den folgenreichsten Mythos der Kriegszeit hervorbrachte: den Mythos Hindenburg/Luden-

90 Der Reichstagsabgeordnete der Nationalliberalen Partei Eugen Schiffer am 19. Juli 1916 im Gespräch mit dem Chef des Kriegspresseamts, Erhard Deutelmoser; Erhard Deutelmoser, Politisches Tagebuch, Heft 4, S. 3f.; Institut für Zeitungsforschung, Dortmund, F 13373.

91 Görlitz (Hg.), Regierte der Kaiser?, S. 59 (Eintrag vom 14. September 1914).

dorff. Ludendorff hatte sich bereits bei der Eroberung Lüttichs einen Namen gemacht. Den 66-jährigen Hindenburg, der bis dahin nach einer unspektakulären militärischen Laufbahn bei Hannover seine Pension verzehrt hatte, kannte zuvor kaum jemand. Das änderte sich jetzt schlagartig. Die Zeitungen füllten sich mit Artikeln unter Überschriften wie »Generaloberst v. Hindenburg als Feldherr und Mensch«, »Hindenburg über die Russen«, »Hindenburgs Tischgespräche«, »Hindenburg über unsere Freunde und Feinde« oder »Hindenburgs Siegeszuversicht«. ⁹² Zahllose Broschüren mit dem Konterfei des Tannenberg-Siegers füllten die Schaufenster der Buchhandlungen. Und die Konsumindustrie zog nach, mit – wie ein Kriegsdichter reimte: ⁹³

»Hindenburg-Honig – Hindenburg-Schmiere,
Hindenburg-Kognak – Hindenburg-Biere,
Hindenburg-Schnitzel – Hindenburg-Speis',
Hindenburg-Kaffe und Hindenburg-Eis.«

Eine Propagandazentrale, die solche Ergüsse hätte motivieren und steuern können, gab es nicht. Die Journalisten und Broschürenschrreiber mobilisierten sich selbst. »Mit so wenig eigener geistiger und körperlicher Anstrengung ist noch nie ein Mann berühmt geworden«, ⁹⁴ würde später der scharfzüngige Max Hoffmann lästern, der unter dem Duo Hindenburg/Ludendorff als Chef der Operationsabteilung an den beiden ostpreußischen Siegen beteiligt gewesen war. Tatsächlich dürfte das, was Hindenburg auszeichnete, weniger sein Tun gewesen sein – das übernahm weitgehend Ludendorff – als sein in Zeiten des Krieges offensichtlich unwiderstehliches gutgelauntes Phlegma, »jene heitere Ruhe, die jedermann mit Zuversicht erfüllen muss«. ⁹⁵

Aus journalistischer Verehrung und Speiseeis allein erklärt sich allerdings nicht, wie Hindenburg und mit ihm Ludendorff zum Mythos wurden und wie ihre Autorität gegenüber anderen, inklusive der politischen Reichsleitung, zwingend wurde. Denn allen voran waren es die

92 Zit. nach Hoegen, Held von Tannenberg, S. 90 f., Fußnoten 202, 203.

93 Ernst Döring, Vater Hindenburg. Unser Führer im Weltkriege, Berlin 1917, S. 32; zit. nach Hoegen, Held von Tannenberg, S. 84.

94 Aus einem Brief Max Hoffmanns an seine Frau, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 7, 10. 1. 1955; zit. nach Janssen, Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung 1916, S. 348.

95 Hindenburgs Tischgespräche, *Vossische Zeitung*, Nr. 591, 20. 11. 1914 (Abendausgabe), S. 1f., Zitat S. 1; zit. nach Hoegen, Held von Tannenberg, S. 91.

preußisch-deutschen Führungsschichten, die mehr und mehr dazu tendierten, die beiden Militärs zur Projektionsfläche für ihre Wünsche nach Siegfrieden und Systemerhalt zu machen. Der »in die Politik geratene miles furiosus« wurde, wie der Berater Bethmann Hollwegs, Kurt Riezler, feststellte, zum »Götze[n] der öffentlichen Meinung – nicht des unteren Volkes, was begreiflich wäre, sondern der Gebildeten, was unbegreiflich ist«. ⁹⁶ In der Masse der Bevölkerung wurde mit zunehmender Dauer des Krieges anderes viel wichtiger: die immer schlechtere Ernährungslage und das Massensterben an den Fronten. Von Schnitzel und Bier, Kaffee und Eis konnten Normalverdiener ab 1915/16 nur mehr träumen. Demonstrierenden Arbeiterfrauen, streikenden Arbeitern und meuternden Matrosen aber, die seit dem zweiten Kriegsjahr immer wieder die im Deutschen und im Habsburgerreich gärende Proteststimmung in Erinnerung riefen, war mit dem Hindenburg-Mythos nicht beizukommen. Auf diese Karte setzten Gruppierungen, die ansonsten eher gegeneinander politisierten: die preußischen Konservativen, weil sie eine Führungsfigur suchten, die sich für den totalen Sieg und den Erhalt ihrer Machtstellung tatkräftiger einsetzte als der Reichskanzler und der Kaiser. Bethmann Hollweg war ihnen zu sehr geneigt, auf die Sozialdemokratie im Reichstag Rücksicht zu nehmen und dafür auch die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts ins Auge zu fassen; und was die Kriegsziele betraf, so schwankte er. Der Kaiser zog es vor, im Hauptquartier Holz zu hacken, statt in seiner Hauptstadt die Konservativen bei der Stange zu halten. Als monarchische Spitze war er in den Kriegsjahren quasi inexistent. Das daraus entstehende Vakuum sorgte dafür, dass die patriotischen Gefühle allgemein und der Konservativen im Besonderen »einen unnatürlichen Weg nach dem östlichen Hauptquartier«, ⁹⁷ also Richtung Hindenburg und Ludendorff, einschlugen. Bethmann Hollweg seinerseits fühlte sich nicht stark genug, um möglicherweise einen Frieden verantworten zu müssen, über den entweder die Sozialdemokraten oder aber die »Annexionswüteriche« ⁹⁸ enttäuscht wären. Er

96 Riezler, Tagebücher, S. 398 (Eintrag vom 12. Januar 1917).

97 So der Hamburger Reeder Albert Ballin in seinem Brief an den Chef des Marinekabinetts von Müller vom 10. Mai 1916; Görlitz (Hg.), *Regierte der Kaiser?*, S. 177.

98 Miller (Bearb.), *Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David*, S. 111 (Eintrag vom 17. März 1915).

glaubte, nicht als Einziger, dass sich die Monarchie nur hinter Hindenburgs starkem Rücken über Desillusionierungen hinweg erhalten könne. Als Projektionsfläche dieser Erwartungen und fleischgewordene Siegfriedenshoffnung stellte Hindenburg den Kaiser und preußischen König buchstäblich in den Schatten. Wilhelm in seinem »Wolkenkuckucksheim«⁹⁹ merkte das sehr wohl und war dem Tannenberg-Sieger nicht allzu geneigt. Unter dem Schock des rumänischen Kriegseintritts an der Seite der Gegner tat er Ende August 1916 dann doch, was er vorher als Quasi-Abdankung abgelehnt hatte; er ermöglichte es Hindenburg, »als Volkstribun an seine Stelle« zu treten, indem er ihm und Ludendorff den militärischen Oberbefehl über das Heer übertrug.¹⁰⁰ Da weder er noch die zivile Reichsleitung oder der Reichstag bis kurz vor Kriegsende imstande waren, der einmal etablierten 3. OHL Widerstand entgegenzusetzen, wurden ab jetzt auch die politischen Entscheidungen im Großen Hauptquartier gefällt. Das Deutsche Reich wurde nicht zur Militärdiktatur – aber seine Führungskreise verhielten sich, als gäbe es sie.

Presse, Politik und Zensur 1914 – 1916

So weit die politisch-militärischen Rahmenbedingungen und Konfliktlinien der Jahre 1914–1918, wie sie der Blick durch das Brennglas der Septembertage 1914 erhellt. Wie passt nun die Presse ins Bild? War sie ein willfähriges, durch Zensur und Propaganda auf Linie gebrachtes Instrument? Wenn ja, für welche der widerstreitenden Kräfte? Als reines Objekt, als gegängelt Medium, wirkt sie in Darstellungen, die von der Vielzahl der für die Presseregulierung geschaffenen Institutio-

99 Ballin gegenüber dem Chef des Marinekabinetts von Müller am 20. Juni 1917; Görlitz (Hg.), *Regierte der Kaiser?*, S. 295 (Eintrag vom 20. Juni 1917).

100 Der Chef des Marinekabinetts von Müller notierte bereits Anfang Juli 1916 Wilhelms II. unwillige Reaktion darauf, Hindenburgs Rang als Oberbefehlshaber Ost zu erhöhen, indem ihm an der Ostfront auch die österreichischen Truppen oder zumindest sämtliche deutschen Truppen unterstellt würden, mit des Kaisers Anmerkung, das bedeute, »Hindenburg sei damit als Volkstribun an seine Stelle getreten«. Damals ging es also noch um sehr viel weniger als darum, Hindenburg zum Generalstabschef des gesamten Feldheeres zu machen, als welcher er seit dem 29. August dann fungieren würde; Görlitz (Hg.), *Regierte der Kaiser?*, S. 200f., Zitat S. 200 (Einträge vom 3. und 4. Juli 1916).

nen ausgehen. An solchen herrschte in der Tat kein Mangel. Allein für die Zensur gab es über 60. So viele Zensurstellen zählte im April 1917 der wichtigste Pressekontrolleur der Kriegszeit, Major Walter Nicolai vom Generalstab.¹⁰¹ Dass das ein paar zu viele waren, war nicht nur ihm klar. Grund dafür war das anachronistische preußische Gesetz über den Belagerungszustand, das zu Kriegsbeginn in Kraft getreten und nun die Grundlage für die Zensur im Reich war. Es stammte aus dem Jahr 1851, als ein Krieg noch eine ebenso überschaubare Sache war wie die Berichterstattung über ihn. Damals mochte es noch sinnvoll gewesen sein, dass zur wichtigsten Verwaltungseinheit des Heimatgebiets die stellvertretenden Generalkommandos wurden, die jeweils für einen Truppenteil Mannschaftersatz und Material zu liefern hatten. 1914 machte diese Vorgabe das Deutsche Reich als Verwaltungseinheit schlagartig zu Makulatur. Ab jetzt zerfiel das Reich in 25 große (und zusätzlich einige kleinere) von Militärs geleitete Bezirke, in denen neben der Aufgabe, den Nachschub für den jeweiligen Armeeteil zu organisieren, nun auch die Zeitungen zu zensieren waren. Darauf waren weder die Militärs noch die zivilen Mitarbeiter vorbereitet, die man mancherorts heranzog. Und die Zensurrichtlinien, die zu Kriegsbeginn formuliert wurden, waren keine große Hilfe. Sie richteten sich auf die klassische Aufgabe der militärischen Zensur: zu verhindern, dass Truppenverschiebungen, Details der Bewaffnung oder anderes publik gemacht wurde, was dem Gegner nützen konnte. In den folgenden gut vier Jahren rechneten die Zensoren sehr viel mehr Informationen zu den militärisch relevanten: solche über Nahrungsmittelknappheit, über Nachschubprobleme, über Schwankungen in der Stimmung oder über die Ausbreitung der Tuberkulose. Und das größte Problem war, dass jeder Zensor seine eigenen Vorstellungen umsetzte. Dass an einem Ort gedruckt werden durfte, was im nächsten verboten wurde, die Journalisten also nicht vorhersehen konnten, was sie und ihre Zeitung in die Gefahr eines Verbots bringen konnte, ließ die Klagen über die Zensur bis zum Kriegsende nicht abbrechen. Dass diese Klagen häufig im Reichstag und in den Abgeordnetenhäusern der deutschen Einzelstaaten vorgebracht und von dort aus publizistisch verbreitet wurden,

101 Auszüge aus den Aufzeichnungen über die Besprechung der Leiter der Zensurstellen vom 4. April 1917; Deist (Bearb.), *Militär und Innenpolitik*, Teil 1, S. 158–169, hier S. 160 (Dokument Nr. 70).

machte nicht nur viele zensierte Inhalte, sondern auch den alltäglichen Widersinn der Zensur bekannter, als den militärischen und zivilen Obrigkeiten lieb sein konnte. Zwar wurden mit der Oberzensurstelle und dem Kriegspresseamt 1914/15 neue, übergreifende Institutionen unter militärischer Führung geschaffen, um die chaotischen Verhältnisse zu ordnen. Diese konnten jedoch nur Empfehlungen aussprechen, keine eigenen Anordnungen treffen: Die kommandierenden Generäle waren, wie es das preußische Gesetz vorsah, nur dem Kaiser (in Bayern dem bayerischen König), nicht aber anderen Militärs unterstellt. Und der Kaiser kümmerte sich um die Zensurprobleme ebenso wenig wie um andere, noch drängendere.

Die Vielzahl der zensierenden und kontrollierenden Institutionen ist also kein guter Gradmesser für Ausmaß und Effizienz der Presselenkung – ebenso wenig der unaufhörliche Ausstoß an Erlassen und Verfügungen aller Art, die von ihnen ausgingen. Ein weiterer, noch wichtiger Grund dafür, Institutionelles nicht überzubewerten, kommt hinzu: Die deutschen Journalisten und die Zeitungen, für die sie schrieben, standen in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl wie schon in der Vorkriegszeit Parteien oder politisch agierenden Verbänden nahe. Von den 2911 im Jahr 1917 erscheinenden Tageszeitungen waren 493 (16,9 %) liberal ausgerichtet, 489 (16,8 %) konservativ beziehungsweise national; 400 (13,8 %) standen der katholischen Zentrumspartei nahe oder gehörten ihr, 79 (2,7 %) waren SPD-Zeitungen. Die verbleibenden 1450 (49,8 %) galten als parteilos, tendierten aber mehrheitlich zu einem konservativ-nationalen Blickwinkel.¹⁰² Die Auflagen der parteinahen Zeitungen waren in der Regel nicht hoch. Die folgenden, als Annäherungswerte zu verstehenden Angaben gelten, wenn nicht anders vermerkt, für das Jahr 1914.¹⁰³ Das linksliberale *Berliner Tageblatt* des Mosse-Verlags hatte eine Auflage von 230 000, die ebenfalls linksliberale *Frankfurter Zeitung* eine von 170 000 (1917); die liberale, im Weltkrieg annexionistische *Vossische Zeitung* des Ullstein-Verlags verkaufte 43 000 Exemplare. Die konservative *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, die der Regierung als offizielles Blatt diente, wenn sie bestimmte Mel-

102 Groth, *Die Zeitung*, S. 468.

103 Alle Angaben für 1914 nach Guratzsch, *Macht durch Organisation*, S. 399f.; die übrigen Angaben nach Stöber, *Deutsche Pressegeschichte*, S. 237, 239, 244; und nach Guratzsch, *Macht durch Organisation*, S. 304.

dungen lancieren wollte, hatte eine Auflage von 6000 (1917); die radikal-annexionistische *Deutsche Tageszeitung* des nationalen Bundes der Landwirte, für die der Alldeutsche Ernst von Reventlow viel zitierte Artikel schrieb, verkaufte 55000 Exemplare. Dem ebenfalls radikal-annexionistischen Alldeutschen Verband verhalf 1917 Alfred Hugenberg, der Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Krupp-AG, zu einer eigenen Tageszeitung, der *Deutschen Zeitung*; sie soll 1918 über 35000 Exemplare verkauft haben. Die *Kölnische Volkszeitung*, die der Zentrums-*partei* zuzurechnen ist, hatte 1918 eine Auflage von 40000. Der *Vorwärts*, das Zentralorgan der SPD, setzte um die 155000 Exemplare ab. In der ersten Kriegshälfte hatte um das Blatt ein parteiinterner Kampf stattgefunden, weil seine Redaktion die Linie der kriegskritischen Minderheit verfolgte; 1916 hatte dann die Mehrheits-SPD mithilfe der Berliner Militärzensur Redaktion und Ausrichtung des *Vorwärts* übernommen. Unter den sogenannten parteilosen Zeitungen nahmen die *Berliner Morgenpost* aus dem Ullstein-Verlag mit einer Auflage von 396000, die *Berliner Illustrierte Zeitung* (ebenfalls Ullstein) mit etwa einer Million verkauften Exemplaren und der *Berliner Lokal-Anzeiger* des Scherl-Verlags mit einer Auflage von 224000 Spitzenpositionen ein. Neben dem sogenannten *Vorwärts*-Raub durch die Mehrheits-SPD vollzog sich 1914–1918 nur ein weiterer politisch bedeutsamer Richtungswechsel in der Zeitungslandschaft. Er war die Folge eines missglückten Versuchs der Reichsregierung, den Scherl-Verlag durch eine Gruppe von Finanziers übernehmen und in ihrem Sinn führen zu lassen; sie wollte verhindern, dass dieser Verlag und seine Massenpresse – neben dem *Berliner Lokal-Anzeiger* unter anderem die *Gartenlaube* und die *Berliner Illustrierte Nachtausgabe* – von den liberalen jüdischen Verlagen Ullstein oder Mosse gekauft wurden. Die Finanzkraft der neuen Besitzergruppe war jedoch zu schwach, und 1916 schoss Alfred Hugenberg aus dem Fonds, den er für die rheinisch-westfälische Schwerindustrie verwaltete, genügend Mittel zu, um ab jetzt den Kurs des Verlags bestimmen zu können. Die politischen Auswirkungen würden sich erst in der Weimarer Republik nachhaltig bemerkbar machen.

Die Netzwerke zwischen Journalisten und den ihnen nahestehenden Parteipolitikern waren ebenso wie in Großbritannien und anderen Ländern sehr eng. Man traf sich, tauschte Informationen aus, und man half sich. Politiker wussten, wen sie anrufen mussten, um Meldungen

zu lancieren oder ihre letzte Reichstagsrede gedruckt zu sehen. Für sie wurden Journalisten darüber hinaus zu wichtigen Informanten über die Stimmungslage, die in den zensierten Zeitungen nicht mehr zum Ausdruck kam. Journalisten wiederum wussten, bei welcher politischen Stelle sie inoffiziell Informationen erhielten und wer sich für sie einsetzen würde, wenn sie Probleme mit der Zensur bekamen. Besonders eng waren diese Netzwerke in Berlin, dem Zentrum des politischen Journalismus. Hier wurden sie während des Krieges noch intensiviert durch neue Formen der Geselligkeit, die die politische Klasse – unter Einschluss des Militärs – mit den Presseleuten in regelmäßigen Kontakt und Austausch brachten. Mittwochs traf sich beispielsweise regelmäßig ein Kreis von etwa 50 Abgeordneten und Journalisten verschiedener Parteirichtungen des rechten Spektrums im Continental-Hotel, wo man aß und Referate gehalten wurden.¹⁰⁴ Ebenfalls am Mittwochabend traf sich ein Kreis moderat konservativer Ausrichtung um den Militärgeschichtler Hans Delbrück.¹⁰⁵ An allen Tagen der Woche war ab 1915 Gelegenheit, in der von allen politischen Richtungen frequentierten Deutschen Gesellschaft 1914 zu speisen, dort Politiker, Journalisten oder Männer der Wirtschaft zu treffen und Vorträge anzuhören. In institutionalisierter Form intensivierten sich die Kontakte zwischen Politik und Presse durch die regelmäßigen Zusammenkünfte, zu welchen der Reichskanzler, andere Beamte und viele Ämter die Chefredakteure und Journalisten einluden. Sie wurden so gängig, dass ihre Termine miteinander und mit denjenigen der regelmäßigen Pressekonferenzen zu kollidieren begannen, die seit Kriegsbeginn im Reichstag stattfanden. Auf diesen wurden die Journalisten der hauptstädtischen Zeitungen, größerer Zeitungen außerhalb Berlins und der halbamtlichen Nachrichtenagentur Wolffs Telegraphisches Bureau von Militärs und Behördenvertretern laufend informiert und mit Tendenzanweisungen versehen. Diese im Krieg etablierten Zusammenkünfte stellten eine völlig neue Art der Vertrautheit und der Vertraulichkeit zwischen Presse, Politik und Militär her. Sie bezogen die Journalisten in einen Bereich geteilten Wissens ein, das zwar gezielt für die Weitergabe an die Pressevertreter ausgewählt und beschönigt wurde, aber deutlich umfassender war als das, was die Zeitungsleser erfuhren.

104 Kessler, Tagebuch 1914–1916, S. 569 (Eintrag vom 19. Juli 1916).

105 Meinecke, Straßburg/Freiburg/Berlin, S. 166f.

Denn die Informationen, welche die anwesenden Journalisten erhielten, waren weitgehend vertraulicher Art. Auf den Pressekonferenzen galt dies für über 80 bis nahezu 100 Prozent der Mitteilungen, mit steigender Tendenz im Kriegsverlauf.¹⁰⁶ Gegen Ende des Krieges erfuhren die Journalisten hier praktisch gar nichts mehr, was zur Veröffentlichung bestimmt war. Nicht viel anders dürfte es bei den anderen Pressebesprechungen gewesen sein, die gleichfalls mehr dazu dienten, ein Vertraulichkeitsverhältnis herzustellen, als dazu, die Inhalte der Zeitungen festzulegen oder aktiv Nachrichten zu lancieren.

Das Beispiel *Berliner Tageblatt*

An einem gut dokumentierten Berliner Fall lässt sich verfolgen, wie sich Zensur unter den Bedingungen der Kriegszeit und in diesem engen Beziehungsgeflecht zwischen Politikern und Journalisten vollzog. Er betraf das *Berliner Tageblatt* und seinen Chefredakteur, Theodor Wolff. Wolff stand der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei nahe, ohne sich in jeder Hinsicht an deren jeweilige Parteilinie gebunden zu fühlen. Seine montäglichen Leitartikel, die im politischen Berlin aufmerksam gelesen wurden, gaben dem Blatt eine profilierte politische Prägung. Gute Kontakte zu Reichskanzler Bethmann Hollweg trugen der Zeitung die Bezeichnung »Kanzlerschutzblatt« und ihrem Chefredakteur, dem »Schutzmann«, den frommen Wunsch seitens der »Allerweltseroberer« ein, man möge ihn hängen.¹⁰⁷ Tatsächlich brachte das *Berliner Tageblatt* immer wieder Meldungen, die Wolff aus der Reichskanzlei durchgegeben wurden. Bedingungslos war Wolffs Unterstützung allerdings nicht. Wenn er Bethmann Hollweg als »trostlosen Schwächling« empfand, der sich von den »Dividendeninteressen der rhein[isch] westfäl[ischen] Großindustriellen« treiben ließ,¹⁰⁸ musste der Kanzler am nächsten Montag auch kritische Kommentare über sich im *Berliner Tageblatt* lesen. Wolff unterstützte die deutschen Kriegs-

106 Wilke, Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert, S. 58.

107 Den Ausdruck »Allerweltseroberer« verwendete Theodor Wolff in einem Artikel des *Berliner Tageblatt* vom 9. Dezember 1915 (Abendausgabe); zit. nach Wolff, Tagebücher, 1, S. 319, Fußnote 7. Rest des Zitats: Der Generalstabsoffizier Hans von Seeckt in einem Brief an seine Frau vom 6. August 1916, zit. nach ebd., S. 272, Fußnote 3 zum Eintrag vom 9. August 1915.

108 Wolff, Tagebücher, Teil 1, S. 228f. (Eintrag vom 30. Mai 1915).

anstrengungen, jedoch wiederum nicht bedingungslos: Er wollte den Krieg nicht verlängern, um Schnäppchen für die erobungslustigen Siegfriedensbefürworter zu erwerben; die Schlüsselstellung Belgiens war ihm bewusst, und er setzte sich – im Rahmen des angesichts der Zensur Möglichen – dafür ein, weder hier noch im Osten Besitzwünsche zum Hindernis für Friedensverhandlungen werden zu lassen. Innenpolitisch unterstützte er Bethmanns – eher zaghafte – Ansätze, der Masse der Soldaten und der Bevölkerung, die die weitaus größten Lasten des Krieges trugen, durch eine Wahlrechtsreform in Preußen entgegenzukommen.

Am Abend des 1. August 1916 saß Wolff in der Deutschen Gesellschaft 1914 mit Baron von Rummel beim Abendessen. Der bayerische Adlige war Vertreter seines Bundesstaats beim Kriegspresseamt und machte dem Chefredakteur, wie dieser in seinem Tagebuch vermerkte, »viele Komplimente«¹⁰⁹ über dessen Leitartikel vom Vortag. Wolff hatte den zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns zum Anlass genommen, das sogenannte Augusterlebnis zu entmystifizieren und die »Annexionsbarden« zu attackieren. Es waren nur wenige, so Wolff, die sich aus Begeisterung über den »frisch fröhlichen Krieg« damals »heiser schrien«.¹¹⁰ Das Volk habe den Krieg »mit gepresstem Herzen« empfangen, aber dennoch seine Pflicht getan. Zwei Jahre später scheine immer noch niemand imstande zu sein, »dieser ›großen Zeit‹ ein Ende zu machen – in der wirklich groß der entsagungsvolle Opfermut und die nicht wankende Tatkraft des Volksheeres sind«. So mancher »Über-Annexionist in seinem Heldenlehnstuhl« greife nach dem »Beruhigungspulver« zukünftiger Sicherheitsschranken für Deutschland. Einer von ihnen, Otto Fürst zu Salm-Horstmar, ein Mitglied des preußischen Herrenhauses, hatte zwei Tage zuvor in der konservativen Zeitung *Der Tag* die Herrschaft über die flandrische Küste gefordert. »Man erschrickt, man fällt vom Stuhl, wenn man solche Worte liest.« Solche und andere Kriegszielproklamationen der »Annexionsbarden« seien ebenso »bedenklich« wie in eine ähnliche Richtung zielende »rhetorische Unklarheiten des Herrn Reichskanzlers« – erlaubten sie es doch

109 Ebd., S. 406 (Eintrag vom 1. August 1916). Das Folgende, soweit nicht anders angegeben, nach dieser Quelle.

110 T[heodor] W[olff], Leitartikel, *Berliner Tageblatt*, Nr. 387, 31. 7. 1916, S. 1 (Anführungszeichen im Original).

dem Ausland, später zu behaupten, Deutschland habe den Krieg nicht gewonnen, weil es dies und jenes nicht erreicht habe. Der »Anspruch der deutschen Heere auf den Siegeslorbeer« hänge jedoch, so Wolff, nicht davon ab, »ob dieser oder jener Annexionistentraum sich erfüllt«. Der Artikel schließt mit der Mahnung: »Und nachdem die Furchtbarkeit der Ereignisse für immer die Poesie von der Frischfröhlichkeit der Kriege beseitigt hat, ist vor allem notwendig, dass man der bequemen Theorie von der Unvermeidlichkeit der Kriege ein Ende macht.«

Erörterungen über Kriegsziele waren von der Zensur verboten. Doch Europa führte nun schon zwei Jahre lang Krieg, ohne dass ein Ende des Massenschlachtens in Sicht kam; es wurde nur immer schlimmer: Im Frühjahr und Sommer 1916 hatten die Kämpfe bei Verdun und an der Somme ungeheuerliche Verlustlisten produziert. Die gezielte Vernichtung von Menschen und Material des Gegners war längst vom Mittel zum Zweck einer Kriegsstrategie geworden, für die sich der beschönigende Ausdruck des Ermattungskriegs eingebürgert hat. Da Durchbrüche durch die gegnerischen Schützengrabenlinien kaum noch möglich waren, ging es darum, wem zuerst Menschen und Geld, Munition und Material ausging. Für ganz Europa stand die Frage im Vordergrund, »wie man aus diesem steigenden Blut- u. Schulden-sumpf wieder herauskomme«. ¹¹¹ Gegen die zahlreichen Broschüren und Eingaben, in denen deutsche Großmächtsadepten darlegten, welche Gebietserweiterungen sie von einem Friedensschluss erwarteten, konnten Zensoren nicht vorgehen; sie unterlagen der Zensur nicht. Gegen das Aufgreifen der Kriegszielerörterungen in der Presse schritten die Zensoren regelmäßig ein; und zwar derart, dass, wie Otto Fischbeck von der Fortschrittlichen Volkspartei es charakterisierte und wie es auch im Fall des *Berliner Tageblatts* war, »am besten immer das Karnickel wegkam, das angefangen hatte, und unterbunden wurde die Fortsetzung der Diskussion demjenigen, der dem anderen antworten wollte«. ¹¹²

Als Wolff nach dem Essen in die Redaktion kam, erfuhr er, dass ein Unteroffizier mit einem Brief des Oberkommandos in den Marken –

¹¹¹ Kessler, Tagebuch 1914–1916, S. 592 (Eintrag vom 16. August 1916).

¹¹² Der Abgeordnete Otto Fischbeck (Fortschrittliche Volkspartei) in der Reichstags-sitzung am 18. Januar 1916; Reichstagsprotokolle, 13. Legislaturperiode, 32. Sitzung, 18. Januar 1916, S. 729.

das war die Bezeichnung der für Berlin zuständigen Militärverwaltung – da gewesen war. Auf telefonische Anfrage im Oberkommando wurde er an den stellvertretenden Stabschef, Major von Lettow, verwiesen, der sich dort befand, wo Wolff gerade herkam: in der Deutschen Gesellschaft 1914. Wolff ließ ihn ans Telefon holen und erfuhr, dass der Brief das Verbot des *Berliner Tageblatts* ankündigte; die Begründung werde folgen. Wolff ließ Bekanntmachungen an Abonnenten und Straßenhandel drucken, die über das Verbot informierten; wie bei einem ersten Verbot 1915 würden die Abonnenten ersatzweise die ebenfalls im Mosse-Verlag erscheinende *Berliner Volkszeitung* zugestellt bekommen. Währenddessen ging ein Telegramm des Oberkommandos ein, welches das Verbot der Zeitung »bis auf weiteres«¹¹³ enthielt. Am folgenden Tag ging Wolff zum Reichskanzlerpalais und zeigte Unterstaatssekretär Arnold Wahnschaffe das inzwischen eingegangene Schreiben mit der Begründung des Verbots. Diese lautete: Wolff habe »den nationalen Aufschwung u. die Begeisterung bei Kriegsbeginn verhöhnt«, indem er »von einem Haufen heiserer Schreier sprach«, er habe »die große Zeit verhöhnt«, indem er sie in Führungszeichen gesetzt habe, und er habe »die für die auswärtige Politik verantwortlichen Männer u. die Reichsleitung geschmäht u. vor dem In- und Ausland herabgesetzt«. Wahnschaffe nahm den letztgenannten Grund »mit einiger Heiterkeit auf – Reventlow u. Genossen [gemeint sind die Alideutschen, U. D.] schreiben über die Reichsleitung täglich, was sie wollen – und verspricht, sein Möglichstes zu tun.«¹¹⁴ Aber Wolff solle erst mit Lettow sprechen, mit dem Bethmanns Mitarbeiter umgehend einen Termin am selben Tag vermittelte. Wolff kündigte an, er müsse, wenn er beim Oberkommando nicht durchdringe, den Reichskanzler sprechen; Wahnschaffe versprach, das gegebenenfalls zu organisieren. Auf jeden Fall werde sich der Kanzler freuen, den Chefredakteur zu sehen.

Als Nächstes fuhr Wolff ins Kriegspresseamt, wo ein leitender Militär, Alfred von Olberg, meinte, »er und alle, die er gesprochen, seien über meinen Artikel ›entsetzt‹ gewesen«. Das Verbot werde 14 Tage bestehen bleiben. »Und dann wird man Garantien von Ihnen verlangen. Aber hoffentlich kommen Sie billiger davon.« Wolff erklärte, 14 Tage seien »eine Unmöglichkeit«; und Garantien in Form einer »demüti-

113 Wolff, Tagebücher, Teil 1, S. 407 (Eintrag vom 1. August 1916).

114 Ebd., S. 407f. (Eintrag vom 2. August 1916).

genden Erklärung« werde er ablehnen. Er fuhr zur Redaktion und traf dort Rudolf Mosse, den Besitzer des *Berliner Tageblatts*, »äußerlich ziemlich ruhig, innerlich nervös«, wie Wolff befand.¹¹⁵ Der Chefredakteur sagte vorsichtshalber nichts davon, dass ein Verbot für 14 Tage drohte. Nach dem Essen ging er zum Oberkommando, wo ihm Lettow mitteilte, es gehe nicht nur um einen Artikel, sondern um den »Geist, von dem das Blatt träuft«, der »geeignet sei, die Stimmung der Bevölkerung zu verderben«. Das Verbot bleibe bestehen.¹¹⁶ Am folgenden Tag, dem 3. August, sprach Wolff bei Paul Marx, dem Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, vor und traf sich dann mit einem guten Bekannten, Hermann Fürst von Hatzfeldt. Dieser war empört über das Verbot und versprach, den Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, einzuschalten. Zurück in der Redaktion, fand Wolff eine Mitteilung von Wahnschaffe, dass der Reichskanzler ihn nachmittags erwarte. Bethmann kam ihm »sehr vergnügt, lachend« entgegen und sagte: »Nun, Sie sind gemäßregelt worden. Ehrlich gesagt – manche Sätze, die Sie da geschrieben haben, gingen etwas zu weit. Ein wenig sind Sie doch entgleist.« Man sprach dann über Bülow's neues Buch und die politische Lage.¹¹⁷ Dann lenkte Wolff das Gespräch, in dessen Verlauf beide Männer viele Zigaretten rauchten, wieder auf das Verbot des *Berliner Tageblatts* zurück. Der Reichskanzler erklärte, ein Verbot von 14 Tagen komme nicht infrage, und versprach, »immer sehr heiter, das Seinige zu tun«. Wolff erklärte ihm, er werde sich nicht entschuldigen, sei jedoch von sich aus zu dem Entschluss gekommen, »vorläufig nicht zu schreiben – unter den gegenwärtigen Umständen sei mir das Schreiben eine Qual, gegen meine Überzeugung könnte ich nicht schreiben«. Über einen Bekannten ließ er in der Reichskanzlei anfragen, wie seine Sache stehe. Der teilte ihm telefonisch mit, Wahnschaffe sei »definitiv optimistisch«, dass das Verbot »schnellstens« aufgehoben werde.¹¹⁸

115 Ebd., S. 408.

116 Ebd., S. 409.

117 Ebd., S. 410 (Eintrag vom 3. August 1916).

118 Ebd., S. 411. »[D]efinitiv optimistisch« ist im Tagebucheintrag in Anführungszeichen gesetzt, wobei nicht ganz klar ist, ob es sich um eine wörtliche Wiedergabe Wahnschaffes oder eine wörtliche Wiedergabe des Eindrucks handelt, den Wolffs Bekannter, der ehemalige Staatssekretär im Reichskolonialamt Bernhard Dernburg, von Wahnschaffes Einstellung gewonnen hatte.

Tags darauf besuchte Wolff Arndt von Holtzendorff, die rechte Hand des Hamburger Reeders Albert Ballin. Der versprach ihm, mit Ballin zu telefonieren, damit er an General Gustav von Kessel, den Oberkommandierenden von Berlin, schreibe, mit dem er befreundet sei. Holtzendorff rief anschließend Wolff an und sagte ihm, Ballin habe den Brief an Kessel geschrieben und ihn, Holtzendorff, schon einmal zu Kessel geschickt. Der General sei noch sehr scharf gewesen, habe dann aber gesagt, er verhandle mit Marx, dem Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, über Dauer und Garantien.¹¹⁹ Bei Marx erfuhr Wolff am folgenden Tag, dem 5. August, dass dieser den kommandierenden General noch nicht gesehen habe. Marx rief in Wolffs Gegenwart im Oberkommando an und erfuhr von Lettow, dass Kessel verreist sei und das 14-tägige Verbot bestehen bleibe. Wolff ging daraufhin zum Reichskanzlerpalais und traf dort Bethmann Hollwegs Schwiegersohn und rechte Hand, Julius Graf von Zech, an. Ihm erzählte der Chefredakteur von der weiter bestehenden Drohung, seine Zeitung für 14 Tage zu verbieten, was »absolut Bethmanns mir gegebener Zusicherung widerspreche. Es müsse nun energisch etwas geschehen. Der Kanzler müsse zeigen, ob er existiere.«¹²⁰ Zech versprach, sofort mit Bethmann und Wahnschaffe zu sprechen. Abends rief ein Geheimer Rat aus der Reichskanzlei an, der Lettow zu erreichen versuchte und wissen wollte, ob Wolff tatsächlich vorläufig nichts schreiben wolle? Wolff bejahte das. Das könnte ein Ausweg sein, meinte der Beamte.

Am 6. August, einem Sonntag, rief Wahnschaffe Wolff in der Frühe an und sagte ihm, nun werde »alles in's Reine kommen«.¹²¹ Bethmann habe am Abend zuvor ein langes Telegramm an Kessel geschickt; und nun, noch am Sonntag, werde Lettow mit Marx in Verbindung treten. Das Gespräch zwischen Lettow und Marx fand mittags statt und brachte die Lösung. Wie Marx anschließend Wolff mitteilte, war Wolffs Vorschlag, vorläufig freiwillig nicht zu schreiben, die Brücke gewesen. Der Chefredakteur solle nun Lettow anrufen. Das tat Wolff und erhielt einen Gesprächstermin für den Abend. Wolff musste abends Lettow gegenüber erneut erklären, dass sein Schreibverzicht völlig freiwillig

119 Ebd., S. 411 (Eintrag vom 4. August 1916).

120 Ebd., S. 412 (Eintrag vom 5. August 1916).

121 Ebd., S. 413 (Eintrag vom 6. August 1916).

erfolge, woraufhin er erfuhr, dass seine Zeitung am nächsten Tag wieder erscheinen könne, wenn Wolff ein Gesuch auf Aufhebung des Verbots einreiche. Die Odyssee des Chefredakteurs war vorbei; sein »freiwilliger« Verzicht auf das Schreiben von Leitartikeln endete mit der Aufhebung des Schreibverbots Mitte November 1916.

Die Geschichte verdeutlicht dreierlei. Zum einen, dass Eingriffe der Zensur von den gut vernetzten Hauptstadtjournalisten nicht als Schicksal hingenommen zu werden brauchten. Sie konnten Parteifreunde und Bekannte in Administration und Parlament für sich mobilisieren – in Wolffs Fall auch die Reichskanzlei. Auf eine allgemeine Solidarität konnten sie allerdings angesichts der parteipolitischen Gräben, die die deutsche Presselandschaft durchzogen, nicht rechnen. Wie das Berliner Polizeipräsidium festhielt, wurde das Verbot des *Berliner Tageblatts* von Konservativen, Alldeutschen und Antisemiten begrüßt, weil diese das gute Verhältnis des Blattes zur Regierung »längst mit Argwohn betrachteten«. Die Liberalen billigten das Verbot »weniger, Kleinbürger und Arbeiterkreise stehen ihm gleichgültig gegenüber; die Geschäftswelt bedauert es wegen des durch das Nichterscheinen verursachten geschäftlichen Schadens. Die Juden sind entrüstet, die Konkurrenzpresse freut sich über das Verbot, die radikalen Sozialdemokraten sehen in ihm einen Akt roher Gewalt der herrschenden Klasse.«¹²²

Zweitens macht die Geschichte deutlich, dass selbst der von den »Gebietserweiterern« als »Obermiesmacher«¹²³ empfundene Chefredakteur und seine Zeitung nicht gänzlich mundtot gemacht wurden – dass also die moderaten Stimmen nicht völlig aus dem veröffentlichten Meinungsspektrum eliminiert wurden. Drittens zeigen sich jedoch an Wolffs Beispiel auch die Grenzen politischen und journalistischen Einwirkens auf die Militärs und die von ihnen durchgeführte Zensur: Auch ein einwöchiges Verbot war für eine Tageszeitung ein herber Verlust; und der nicht wirklich freiwillige Schreibverzicht des Chefredakteurs reduzierte das veröffentlichte Meinungsspektrum um eine wichtige Stimme des ohnehin schwachen realistischeren Flügels. Das wurde auch dadurch nicht wettgemacht, dass, wie Wolff später erfuhr, seine vorübergehende Kaltstellung durch eine ebensolche seines politisch-

122 71. Stimmungsbericht des Berliner Polizeipräsidiums vom 5. August 1916; Matera/Schreckenbach (Bearb.), Berichte des Berliner Polizeipräsidenten, S. 155.

123 Kessler, Tagebuch 1914–1916, S. 571 (Eintrag vom 20. Juli 1916).

publizistischen Widerparts, des Alldeutschen Ernst von Reventlow, flankiert wurde. Es scheint eine Art Deal zwischen ziviler Reichsleitung und Oberkommando gegeben zu haben nach dem Motto: *Haust du meinen Redakteur, haue ich deinen Redakteur.*¹²⁴ Reventlows Stimme war jedoch nur eine, wenn auch besonders schrille unter vielen, die die Siegfriedensszene anheizten – und außerdem für betulichere konservative und andere Politiker, die im Prinzip auf Ähnliches hinauswollten, ohnehin oft eher peinlich.

Das *Berliner Tageblatt* erschien also ab dem 7. August wieder, vorerst ohne die montäglichen Leitartikel seines Chefredakteurs. Dabei gingen die publizistisch-politischen Kämpfe um die Kriegsziele und damit die Dauer des Krieges jetzt erst richtig los. Der wichtigste Grund dafür war, wie Erhard Deutelmoser, der Chef des Kriegspresseamts, tags zuvor in seinem Tagebuch notiert hatte, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung kriegsmüde war. »Die steigende Kriegsmüdigkeit führte zu immer lebhafterem Drängen nach Freigabe der Kriegszieldebatten. Die Einen wollten sie, damit der Krieg nicht zu lange währe, die anderen, damit kein fauler Frieden käme.«¹²⁵ Seiner Meinung nach wollte zwar auch die kriegsmüde Mehrheit keinen Frieden »um jeden Preis. Ob freilich die Mehrheit große Gebietserweiterungen wünscht, ist mir sehr die Frage.«¹²⁶ Dass die Annexionsgegner, wie nicht nur Deutelmoser meinte, sehr an Boden gewannen,¹²⁷ befürchteten auch die Siegfriedens- und Gebietserweiterungsbefürworter und intensivierten ihre Agitation für die Fortsetzung des Krieges. Ihre Broschüren und Flugblätter unterlagen der Pressezensur nicht, waren also nicht einzudämmen. Die Kriegszieldiskussion jetzt freizugeben, war für den Presseamtschef jedoch auch keine Lösung. Das würde den inneren Zwist nur verschärfen und den Burgfrieden gefährden, weil es keine offiziell festgestellten Kriegsziele gebe. Dafür fehlten immer noch die Voraussetzungen: zum einen das Wissen darum, welches Mindestergebnis militärisch eigentlich erreichbar sei; zum anderen die politi-

124 Wolff, Tagebücher, Teil 1, S. 449 (Eintrag vom 29. Oktober 1916).

125 Erhard Deutelmoser, Zusammenarbeit mit der Presse, in: ders., Politisches Tagebuch, Heft 5, 6. August 1916, S. 40–65, hier S. 54; Institut für Zeitungsfor-

126 Ebd., S. 60 (Hervorhebung im Original).

127 Ebd.

sche Entscheidung, ob ein Friedensschluss mit Großbritannien die Kriegsziele im Osten zu Lasten Russlands ermöglichen sollte oder ein Friedensschluss mit Russland die Kriegsziele zu Lasten Großbritanniens im Westen. Denn nicht einmal die Anhänger alldeutschen »Maulheldentums«¹²⁸ glaubten nach zwei Kriegsjahren noch daran, den Frieden an allen Fronten gleichzeitig diktieren zu können.

Die »Freigabe« der Kriegszieldebatte und ihre Grenzen

Ende November 1916 wurde die Kriegszieldebatte dann doch »freigegeben« – so der offizielle Ausdruck für die Kursänderung hinsichtlich des wichtigsten Gegenstands der politischen Zensur. Es war die im Sommer neu installierte 3. OHL Hindenburg/Ludendorff, die das veranlasste. Ihr zufolge verfügte man nun über die bislang fehlenden Voraussetzungen dafür, klare Leitlinien für die Kriegszieldebatte geben zu können: Die U-Boote waren ihr das militärische Mittel, um England zum Friedensschluss zwingen zu können; die größten anzunehmenden Gebietserweiterungen in West und Ost schienen demzufolge durchsetzbar. Nachdem sich die katholische Zentrumspartei am 7. Oktober 1916 dafür ausgesprochen hatte, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu führen, sobald die OHL ihn verlange, gab es – zusammen mit den Konservativen und der Mehrheit der Nationalliberalen – auch eine entsprechende parlamentarische Basis für die »Alles-Torpedierer« und ihre »Torpedojournalisten«.¹²⁹ Aus der Reichskanzlei kam kein nennenswerter Widerstand gegen die »Freigabe« der Kriegszieldiskussion. Hier saßen die Hauptleidtragenden des geballten Unmuts über die Zensur, in dem sich die Siegfriedsbewegung und ihre Gegner zusammenfanden – was die Regierung zum Ziel des konzentrischen Feuers beider Seiten machte und ihre Legitimation immer weiter unterhöhlte. Das sichtbarste Forum für diese Attacken gaben die Plenumsdebatten des Reichstags ab; ihre Protokolle wurden – abgesehen von einigen Übergriffen besonders eifriger Zensoren, die wiederum von den Abgeordneten umgehend zitiert und angeprangert wurden –

128 Erhard Deutelmoser, Kriegszielerörterungen, in: ders., Politisches Tagebuch, Heft 2, S. 1–18, Zitat S. 7; Institut für Zeitungsforschung, Dortmund, F 13373.

129 Wolff, Tagebücher, Teil 1, S. 345 (Eintrag vom 3. Februar 1916), S. 375 (Eintrag vom 5. Mai 1916).

unzensuriert veröffentlicht. Im Oktober 1917 zählte der Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei Ernst Müller-Meinigen an die 25 kleinere und große Reichstagsdebatten über »die unglückselige Zensur, dieses ungeratene Kind von Angst und Misstrauen«, seit Kriegsbeginn.¹³⁰ Gefordert wurde von allen Seiten des Hauses, dass die politische Zensur und insbesondere die Unterdrückung der Kriegszieldebatte beendet oder wenigstens abgemildert werden sollte. Die sozialdemokratische Minderheit forderte die Beendigung des Belagerungszustands und die Wiederherstellung des Rechtsstaats ganz allgemein; sie wollte sich also mit kleineren Reformen der Zensur nicht zufriedengeben, sondern verlangte auch die Abschaffung anderer rechtsstaatlich unhaltbarer Zustände, wie unter anderem der häufigen Verhängung der sogenannten Schutzhaft für Redakteure und andere sowie der Briefzensur und der Überwachung von öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen. Alle diese Forderungen und Debatten blieben folgenlos, was ihren eigentlichen Gegenstand betraf. Die bedrängten Regierungsvertreter versprachen immer wieder Besserung, die jedoch nie eintrat. Die Zensur war für sie, wie es Ministerialdirektor Theodor Lewald vom Reichsamt des Innern ausdrückte, die »Brotkarte der öffentlichen Meinung«.¹³¹ »Große Heiterkeit« verzeichnete das Protokoll an dieser Stelle, so wie überhaupt die Zensurdebatten wegen der genüsslichen Ausbreitung absurder Fälle – dass etwa der Zensor eingeschritten war, als ein Zeitungsartikel erwähnte, Goethes Mutter habe Bethmann Hollwegs Urgroßmutter einen Hasenfuß genannt¹³² – häufig Anlass zu fraktionsübergreifendem Gelächter gaben. Dass das Gelächter letztlich auf ihre Kosten ging, war der Reichsleitung durchaus bewusst, ohne dass sie eine Alternative zur Bewirtschaftung

130 Der Abgeordnete Ernst Müller-Meinigen in der Reichstagssitzung am 11. Oktober 1917; Reichstagsprotokolle, 13. Legislaturperiode, 126. Sitzung, 11. Oktober 1917, S. 3885 f., Zitat S. 3886. Inklusiv der letzten großen Zensurdebatte im Juni 1918 waren es schließlich gut 25, so der Abgeordnete der Mehrheits-SPD Johannes Meerfeld am 6. Juni 1918; Reichstagsprotokolle, 13. Legislaturperiode, 168. Sitzung, 6. Juni 1918, S. 5242.

131 Ministerialdirektor Theodor Lewald in der Reichstagssitzung vom 18. Januar 1916; Reichstagsprotokolle, 13. Legislaturperiode, 32. Sitzung, 18. Januar 1916, S. 758.

132 Arthur Stadthagen von der sozialdemokratischen Minderheit am 31. Oktober 1916; Reichstagsprotokolle, 13. Legislaturperiode, 71. Sitzung, 31. Oktober 1916, S. 1948.

der veröffentlichten Meinung sah. Von der »Freigabe« der Kriegsziel-diskussion dürfte sie sich deswegen eine gewisse Erleichterung versprochen haben.

Die internen Anweisungen, die im Zusammenhang mit der sogenannten Freigabe der Kriegszielerörterungen ergingen, sind der perfekte Ausdruck des illusionistischen Credo, die Wirklichkeit durch ihre Darstellung zu ändern. »Die sachliche Erörterung der Kriegsziele ist vom 28. 11. an frei«,¹³³ hieß es in der entscheidenden Verordnung. Verboten, hieß es weiter, bleibe erstens die »verhetzende« Bekämpfung Andersdenkender, zweitens jede Betrachtungsweise, »die auf eine Beeinflussung der militärischen Kriegführung hinausläuft«, und drittens die Störung des Verhältnisses zu Verbündeten und Neutralen. Verboten war darüber hinaus die Veröffentlichung dieser Verordnung. In einer Besprechung vom 26. November 1916¹³⁴ erläuterte der oberste Leiter der militärischen Zensur, Major Nicolai vom Generalstab, den Zensuroffizieren, was der zweite Punkt eigentlich besagte: dass nämlich »der Ruf nach sofortigem Frieden um jeden Preis« ebenso weiter untersagt sei wie die Forderung, bisher nicht eroberte Gebiete zu besetzen. Wie bisher also sollten die beiden Extreme des Meinungsspektrums – »Annexionismus« und »Defaitismus«, wie sie von Bethmann Hollweg genannt wurden¹³⁵ – ausgeblendet werden; notfalls konnte gegen sie weiterhin die Vorzensur verhängt werden, wie sie bisher schon insbesondere gegen pazifistische und links-sozialdemokratische Blätter verhängt worden war. Es blieb also eigentlich, wie Nicolai zugab, alles beim Alten. Seine Begründung dafür, warum dennoch durch die »Freigabe« der Erörterungen alles anders werde, verdient ein längeres Zitat: »Die Kriegszielerörterungen werden jetzt freigegeben in der Absicht, wie alle übrigen für den Krieg verfügbaren Kräfte im deutschen Volke, so auch die in der deutschen Presse ruhenden Kräfte zur siegreichen Beendigung des Krieges nutzbar zu machen. [...] Das Kriegsziel ist klar: Dauernder Friede. Zwischen Krieg und dauerndem Frie-

133 Telegramm der Oberzensurstelle an das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts vom 25. November 1916: Freigabe der Kriegszielerörterung in der Öffentlichkeit; Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik, 1, S. 450 (Dokument 181).

134 Zensurbesprechung vom 26. November 1916; auszugsweise wiedergegeben bei Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik, Teil 1, S. 451f., Anmerkung 5.

135 Bethmann Hollweg, Betrachtungen, 2, S. 29.

den liegt der Sieg. Deswegen ist das nächste Kriegsziel der Sieg. Bisher ist uns der Sieg beschieden [...]. Der Feind gibt aber noch nicht zu, dass er besiegt ist, deshalb muss er zu der Überzeugung gebracht werden, dass er auf keinem Gebiete und durch kein Mittel den Sieg erringen kann [...], dass das deutsche Volk, wenn auch Verluste und Ernährungsschwierigkeiten die Stimmung drücken, trotzdem durchhalten wird. Die Presse muss da zureden können. Die Aufrechterhaltung des bisherigen Verbotes bei milder Handhabung hat sich als eine Maßnahme erwiesen, bei der Missgriffe vorkamen. Durch die Freigabe der Kriegsziele wird und muss eine Besserung erzielt werden, wenn auch in dem tatsächlichen Zustand kaum eine Änderung eintreten wird.«

Da die Praxis gleich blieb, konnte die erzielte »Besserung« nur in der jetzt offiziell abgesehenen Feinsteuerung der Kriegszielerörterungen Richtung Siegfrieden liegen, die in Form einer »Erläuterung« für die Berliner Presse zeitgleich allen Zensurstellen zugeht.¹³⁶ Diese »taktischen Ratschläge« an die Presse erläuterten, welche Positionen die Militärzensur vom erwünschten »freien Meinungs Austausch« erwartete. Diese lauteten, zusammengefasst: Deutschland führe einen reinen Verteidigungskrieg, doch könne auch »der reine Verteidigungs- und Selbsterhaltungswille den Anspruch auf Gebietserweiterungen rechtfertigen«. Schädlich seien allerdings Aufsätze, »die in dieser Hinsicht an lückenhafter Begründung kranken«. Eine Ausnahme von dem Verbot, bislang nicht eroberte Gebiete zu fordern, mache die Forderung nach Kolonialbesitz. Die Forderung nach »völliger Einverleibung« bislang schon eroberten Gebiete sei nicht erfolgversprechend, da man solche Gebiete später vielleicht im Tausch gegen andere Konzessionen benutzen müsse. Andererseits stellten bestimmte besetzte Gebiete, würden sie dem Feind zurückerstattet, eine potenzielle Kriegswaffe gegen das Deutsche Reich dar (gemeint ist Belgien); wer es richtig finde, »dass man einem Wilddiebe sein Gewehr konfisziert und einem Räuber seinen Revolver abnimmt«, der müsse akzeptieren, wenn diese

136 Schreiben der Oberzensurstelle an sämtliche Zensurstellen betr. die der Berliner Presse gegebene Erläuterung zur Freigabe der Kriegszielerörterungen in der Öffentlichkeit vom 25. November 1916; Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik, Teil 1, S. 451–456 (Dokument Nr. 182).

Landesteile annektiert werden. Und schließlich verlange das Wohl des Reiches »unbedingt, dass auch die grundsätzlichen Feinde jeder Gebietserweiterung sich geschlossen auf den Standpunkt stellen, von dem feindlichen Lande, das mit deutschem Blute erobert ist, nicht einen Fußbreit wieder herauszugeben, sofern der Feind dafür nicht so oder so volle Gegenleistung gewährt«.

Die »Freigabe« der Kriegszieldebatte lief also darauf hinaus, dass Kolonien gefordert werden durften, die bedingungslose Freigabe besetzten Bodens dagegen nicht; und dass Annexionisten sich mit ihren Forderungen auf das Territorium Belgiens beschränken sollten, wogegen niemand Einspruch erheben dürfe. Und dass das alles zusammen Verteidigungskrieg genannt werden müsse.

Nachdem die OHL die Presse darauf festgelegt hatte, von einem deutschen Diktatfrieden auszugehen, setzte sie im Januar 1917 den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch, der einen solchen Frieden ermöglichen sollte. Der Reichskanzler, der immer davor gewarnt hatte, dass so der Kriegseintritt der USA herbeigeführt werde, fügte sich wider besseres Wissen – ohne mit seinem Rücktritt zu drohen oder ihn gar zu vollziehen. Das Zeitung lesende Deutschland erhielt also kein Signal, das einen anderen Akzent gesetzt hätte, als es die fortlaufenden Meldungen von erfolgreichen Versenkungen durch deutsche U-Boote taten. Ebenso passiv reagierte Bethmann Hollweg, als in Kreuznach am 23. April – gut zwei Wochen nach dem Kriegseintritt der USA – die OHL ihre Kriegsziele von Kaiser und Reichsleitung absegnen ließ. Sie gingen über das Minimalprogramm, auf das die Zeitungen verpflichtet worden waren, weit hinaus. Litauen und Kurland sollten einverleibt, Teile Livlands und Lettlands erobert werden; ein scheinselfständiges Polen sollte gegründet und wie das ebenfalls nur scheinselfständig gemachte Belgien unter deutsche Kontrolle gestellt werden. Die Festung Lüttich und die flandrische Küste müsse Belgien abtreten. Das französische Gebiet von Longwy-Briey sollte annektiert und Luxemburg deutscher Bundesstaat werden. Ein eventueller Waffenstillstand dürfe sich nur auf das Heer beziehen, der U-Boot-Krieg gegen England müsse weitergeführt werden. »Völlige Maßlosigkeit im Osten wie im Westen«, kommentierte der anwesende Chef des Marinekabinetts, Georg Alexander von Müller, in seinem Tagebuch. Der ebenfalls anwesende Chef des Zivilkabinetts, Valentini, fand das alles nur noch »kindisch«. Bethmann Hollweg, so Müller weiter, »konnte

man den Gedanken an den Augen ablesen: Es schadet ja nichts, dass wir Maximalziele festsetzen. Es kommt ja doch anders.«¹³⁷

Bethmann unterschrieb das Protokoll. Wie er in einer Aktennotiz, die die Reichskanzlei nie verlassen würde, erklärte, deswegen, »weil mein Abgang über Phantastereien lächerlich wäre«. Er werde sich durch dieses Protokoll nicht auf einen Diktatfrieden verpflichten lassen und Friedensmöglichkeiten verfolgen, wenn sie sich bieten sollten. »Was ich hiermit aktenmäßig festgestellt haben will.«¹³⁸ Ein Vierteljahr später würden sich diejenigen, die ihn loswerden wollten, weil er diesen »Phantastereien« nicht anhing – OHL und politische Sieggrieger –, zusammen mit denjenigen, die ihn loswerden wollten, weil er den Fantasten nicht entgegentrat – die verständigungswilligen Reichstagsabgeordneten –, seiner entledigen. Die ihm folgenden Reichskanzler der Kriegszeit, Georg Michaelis und Georg Graf von Hertling, würden nicht einmal für die Akten andere Friedensvorstellungen formulieren als Ludendorff und Hindenburg.

Das ultimative Kriegszielprogramm der Militärführung war selbstredend *off the record*, fand also seinen Weg nicht in die Spalten der Zeitungen. Dort waren stattdessen drei Tage vor dem Kreuznacher Treffen die Zauberworte erschienen, die eigentlich durch die Sprachregelungen von Ende 1916 aus der Presse ferngehalten werden sollten: Frieden »ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen« und »Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik« forderte eine Resolution des erweiterten Parteiausschusses der SPD.¹³⁹ Die Sozialdemokratie griff damit eine Parole auf, die im revolutionär gärenden Russland vom Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat am 14. März 1917 in die Welt gesetzt worden war. Mit diesen neuen Tönen reagierte die SPD-Führung darauf, dass ihr die zahlreichen kriegsunlustigen Mitglieder davonlaufen begonnen hatten. Und dass es seit wenigen Wochen eine Konkurrenzpartei links von der SPD gab: die USPD, wo sich die mit dem kriegsunterstützenden Kurs der Partei unzufriedenen Mitglieder seitdem sammeln konnten.

137 Görlitz (Hg.), *Regierte der Kaiser?*, S. 278 f. (Eintrag vom 23. April 1917).

138 Zit. nach Ritter, *Tragödie der Staatskunst*, S. 381.

139 Resolution des erweiterten Parteiausschusses der SPD vom 17./18. April 1917; Miller (Bearb.), *Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David*, S. 225, Fußnote 1 zum Eintrag vom 21. April 1917.

Die Spaltung der Sozialdemokratie in Unabhängige und Mehrheits-SPD, wie es ab jetzt heißen sollte, hatte sich schon seit Längerem angekündigt; ebenso wie die Bedeutung, die die Frage der Kriegsziele für die Radikalisierung des Protestes hatte. Seit 1915 hatte die kriegskritische Minderheit der Sozialdemokraten den begründeten Verdacht, dass der Krieg nicht nur der Verteidigung, sondern auch dem Landerwerb diene und deswegen immer weiter andauerte. In zahlreichen Denkschriften und Eingaben hatten im Frühjahr und Sommer 1915 die Interessenverbände der Industrie, der Landwirtschaft, des Mittelstands und der Akademiker aufgezählt, welche Gebiete im Osten, im Westen und in Afrika sie für ihre jeweiligen wirtschaftlichen Interessen und völkischen Großraumideen erworben sehen wollten. Der Berliner Polizeipräsident machte das Oberkommando in den Marken darauf aufmerksam, dass in einer Berliner Mitgliederversammlung der SPD eine dieser Eingaben, die Kriegszielen Denkschrift der sechs großen deutschen Wirtschaftsverbände vom Mai 1915 mit ihren Forderungen nach umfassenden Gebietserweiterungen in Ost und West, als Beleg dafür diskutiert worden war, dass es die deutschen Kriegszielforderungen seien, die einen Friedensschluss verhinderten.¹⁴⁰

Nicht nur sozialdemokratische, sondern mehr und mehr auch bisher politisch nicht organisierte Teile der Bevölkerung hatten für diese Kritik offene Ohren. Das lag daran, dass die eigenen Erfahrungen vielen Stadtbewohnern nahelegten, den Krieg als Klassenkampf von oben zu interpretieren. Dem Kriegsbeginn folgte nämlich ein steiler Preisanstieg der Lebensmittel. Die Bewirtschaftungsmaßnahmen, die die Militär- und Zivilbehörden einführten, brachten keine wirkliche Verbesserung: Die eingeführten Höchstpreise froren das Preisniveau an seinem oberen Ende ein; und nachdem ein Höchstpreis festgesetzt worden war, pflegte das betreffende Produkt vom Markt zu verschwinden und konnte nur noch von Besserverdienenden zu Schwarzmarktpreisen erworben werden. Dass dieser Wucher auf ihrem Rücken ausgetragen wurde, machte die städtische Bevölkerung und vor allem die Arbeiterfrauen, die ihre Familien nicht mehr satt bekamen, renitent. Bereits Ende 1915 beobachtete Theodor Wolff, dass die »Volksstim-

¹⁴⁰ Bericht des Polizeipräsidenten Berlin an das Oberkommando in den Marken vom 18. Juni 1915; Materna/Schreckenbach (Bearb.), Berichte des Berliner Polizeipräsidenten, S. 65.

mung [...] immer dringender den Frieden wünscht. [...] Besonders die Frauen werden rabiati. [...] Es haben auch wieder Manifestationen stattgefunden; die Frauen rufen: ›Gebt uns zu essen!‹ und ›wir wollen unsere Männer!‹¹⁴¹ Die Bevölkerung verfügte über eigene Kommunikationskanäle jenseits der Presse: Briefe, Gespräche in den Warteschlangen vor den Lebensmittelgeschäften und vor allem die Gerüchteküche, die an die Stelle der unglaublich gewordenen Zeitungen trat. Als nach dem extrem kalten Winter 1916/17 die ärmere städtische Bevölkerung zu hungern begann, wurde die Stimmung explosiv. Das Vaterland »ist für solche wo es von ungefähr kommt«, hieß es im Brief einer Münchnerin vom März 1917; sie werde kein Geld für die neue Kriegsanleihe geben. »Sollen diese zeichnen, welche Butter und Fleisch genug haben, [...] die können ja 6 M[ark] bezahlen für das Pfund, darum glaube ich an keinen Gott auch nicht mehr, weil man sieht wie es zugeht und der Geldbeutel als Herrgott angesehen wird.«¹⁴² Falls sich diese Schichten überhaupt jemals für deutsche Gebietserweiterungen interessiert hatten – was eher zu bezweifeln ist –, so war es damit 1917 schon lange vorbei: »Die Frage der Kriegsziele«, hieß es Mitte 1917 in einem Stimmungsbericht des Berliner Polizeipräsidiums, »beschäftigt nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil der Bevölkerung. Der weitaus größten Mehrzahl erscheint allein die Frage wichtig, wann der Krieg sein Ende finden wird.«¹⁴³ Der Feind stand für viele längst im Land, und zwar an dessen Spitze. In Wirklichkeit, erzählten sich im Juli 1917 Eisenbahnreisende, sei der Krieg schon längst verloren; »die Großen wollen nur noch massenhaft Leute hinmachen, damit sie hernach keine Revolution bekommen.«¹⁴⁴

Da sich dies alles vor den Haustüren der hauptstädtischen Politiker, Parlamentarier und Beamten vollzog, konnte im politischen Berlin niemand mehr im Zweifel über die Stimmungslage sein. Auch nicht darüber, dass es noch schlimmer werden würde, wenn die U-Boote die Erwartungen, die auf sie gesetzt wurden, nicht erfüllten.

141 Wolff, Tagebücher, Teil 1, S. 315 (Eintrag vom 28. November 1915).

142 Brief einer Münchnerin vom 19. März 1917, zit. nach Daniel, Arbeiterfrauen, S. 233 f.

143 85. Stimmungsbericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 18. Juni 1917; Matera/Schreckenbach (Bearb.), Berichte des Berliner Polizeipräsidenten, S. 208.

144 Bericht über Eisenbahngerüchte vom 5. Juli 1917, zit. nach Daniel, Arbeiterfrauen, S. 244.

Denn nicht nur für die »wilden Ukrieger«,¹⁴⁵ sondern auch für die Friedenswilligen schien eine Zeit lang der U-Boot-Krieg eine Antwort zu sein, versprachen seine Befürworter doch ein schnelles Einlenken Englands. Seit dem Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges Anfang Februar war davon jedoch nichts zu merken. Jetzt begann auch unter denen, für die bislang das Kämpfen bis zum siegreichen Ende selbstverständlich gewesen war, mancher seine Ansicht zu ändern. Dem konservativen Reichstagsabgeordneten Viktor Bredt hatte ein Besuch beim österreichischen Außenminister Ottokar Graf Czernin im Mai 1917 einen Realitätsschock verpasst. Czernin hatte ihm plausibel machen können, dass der Krieg nach einem Eintritt amerikanischer Truppen in die Kampfhandlungen verloren sein werde. Zurück in Deutschland, bestätigte sich die Warnung des Wiener Außenministers an Bredt, dass die deutsche politische Klasse das nicht wissen wolle: »Als ich in der Fraktion meine Erlebnisse mitteilte, traf ich nur auf entrüsteten Widerspruch oder geringschätziges Lächeln. Graf Czernin wurde einfach abgetan als widerlicher Flaumacher, wenn nicht Landesverräter. Die rechtsgerichteten Kreise schwelgten in dem Bewusstsein, dass es endlich gelungen sei, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aufzunehmen, denn damit war nach ihrer Ansicht der Siegfrieden sicher. Die Drohung der Amerikaner, sie würden in den Krieg eingreifen, wurde einfach in den Wind geschlagen.«¹⁴⁶

Folgenreicher war die Abkehr eines anderen bisherigen Annexionslustigen vom Glauben. Matthias Erzberger, ein führender Mann der Zentrumsfraktion im Reichstag, war seit Kriegsbeginn eine zentrale Figur im Netz der deutschen Auslandspropaganda. Das konfrontierte ihn regelmäßig mit außerdeutschen Wahrnehmungen der Kriegssituation, die schlecht zu dem Siegfriedensszenario passen wollten, wie es deutschen Zeitungslesern verordnet und in den nach wie vor gut ernährten oberen Schichten geglaubt wurde. Außerdem wurde ihm von militärischer Seite verdeutlicht, wie prekär die Aussichten auf einen deutschen Sieg waren; und er kannte auch die Denkschrift Czernins, mit der dieser im Frühjahr 1917 vergeblich versucht hatte, der deutschen Außen-

145 Riezler, Tagebücher, S. 364 (Eintrag vom 4. Juli 1916).

146 Bredt, Erinnerungen, S. 120.

politik eine realistischere Wende zu geben. Zum Handeln trieben ihn dann die zerstobenen Hoffnungen auf den U-Boot-Krieg. Vor dem Hauptausschuss des Reichstags, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagte, hielt er am 6. Juli 1917 eine Brandrede. Sie zielte, wie im nächsten Weltkrieg die Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede des englischen Premierministers Churchill, darauf ab zu alarmieren, um das Parlament in einer Situation höchster Gefahr hinter sich zu bringen. Diese Gefahr bestand für Erzberger im illusionistischen Kurs der »Hyperanexionisten«,¹⁴⁷ während gleichzeitig die letzte Grundlage für einen solchen Kurs, die Hoffnung auf die U-Boote, abhandengekommen war. Er rechnete den Abgeordneten vor, dass die deutschen U-Boote auch nicht annähernd zahlreich genug seien, um England auszuhungern; und er erklärte es für abwegig zu fordern, dass der Krieg nicht »umsonst«¹⁴⁸ gewesen sein dürfe. Den Krieg weiterzuführen, könne den Ruin bedeuten. Der Reichstag müsse mit großer Mehrheit verkünden, dass er einen Frieden des Ausgleichs wolle. Am erwartbaren Widerstand solle man sich nicht stören: »Man möge sich dabei gar nicht um die 25000 Alldeutschen kümmern, sondern die Leute ruhig verrückt werden lassen. Sanatorien für sie zu bauen, sei viel billiger, als den Krieg noch ein Jahr lang fortzuführen.«¹⁴⁸

Viele der anwesenden Parlamentarier waren geschockt. Vielleicht weniger, weil ihnen alle Tatsachen neu waren, als vielmehr, weil hier erstmals jemand massiv den verordneten und zum Habitus gewordenen Zwangsoptimismus durchbrach. Kein Mitglied der Berliner politischen Klasse (abgesehen von den Sozialdemokraten) hatte das bisher getan. Die Schocktherapie wirkte. Es fand sich eine neue Reichstagsmehrheit aus Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und SPD zusammen, die knapp zwei Wochen später, am 19. Juli, die Friedensresolution des Reichstags verabschiedete. Zwar war diese Resolution rein deklamatorisch, indem sie den Friedenswillen des Parlaments bekundete, ohne sich auf Details eines Weges zum Verständigungsfrieden einzulassen. Außenpolitisch war sie deswegen folgenlos. Aber sie erteilte eine

147 Der Reichstagsabgeordnete der sozialdemokratischen Minderheit Wilhelm Dittmann über einen Zensor entsprechender Gesinnung; Reichstagsprotokolle, 13. Legislaturperiode, 32. Sitzung, 18. Januar 1916, S. 722.

148 Schiffers/Koch (Bearb.), Hauptausschuss des Deutschen Reichstags, Bd. 3: Sitzung vom 6. Juli 1917, S. 1527f.

allgemeine Absage an »erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen«. ¹⁴⁹

Erzberger dehnte seine Versuche, einen realistischeren Grundton in die deutsche Politik zu bringen, auch auf außerparlamentarische Versammlungen aus. Nachdem die Türen fest verrammelt worden waren, las er am 23. Juli dem Reichsausschuss der Zentrumsparlei in Frankfurt am Main Auszüge aus Czernins Denkschrift vor. Die Versammelten stimmten daraufhin der Friedensresolution einstimmig zu. In einer Rede, die Erzberger Mitte September in seinem Wahlkreis Biberach hielt, attackierte er ein weiteres Mal die Annexionisten und ihren Illusionismus. Die Militärzensur verbot die Veröffentlichung der Rede und beschlagnahmte wenige Tage später die Ausgabe der Zentrumszeitung *Germania*, die Auszüge aus der Rede enthielt.

Zensur und Propaganda bis zum Kriegsende

Die Zensur blieb bis zum Kriegsende das wichtigste Instrument, um den verordneten optimistischen Grundton der Presseberichterstattung von skeptischeren oder realistischeren Beimengungen frei zu halten. Amtliche Propagandaeinrichtungen, die darüber hinaus der Presse aktiv Vorgaben machten, was sie zu schreiben habe und wie sie dies tun solle, gab es nicht. Denn es war undenkbar, dass dieselben Texte in parteipolitisch und richtungsmäßig so verschiedenen Zeitungen erschienen wie etwa dem *Berliner Tageblatt* und der konservativen *Neuen Preussischen Zeitung (Kreuzzeitung)*. Das hätte deren Leser verstört und die Zeitungsleute samt den ihnen nahestehenden Parteien auf die Barrikaden gebracht. Nur in Preußen verfügte der Innenminister über Zensurrechte und – in Gestalt der Landräte – über Instanzen, um Auflagennachrichten aktiv in der Provinzpresse zu lancieren. Auch jenseits der Pressepolitik konnte in den ersten drei Kriegsjahren von einer amtlichen Propagandatätigkeit in die eigene Bevölkerung hinein keine Rede sein. Reichskanzler Bethmann Hollweg wollte sie nicht, weil sie nicht zu seiner Politik der Diagonale passte; deswegen liefen Anläufe der Militärführung und anderer, ihn zu einer aktiven Siegfriedens-Propaganda zu überreden, ins Leere. Es blieb bei militärischen oder halb-

¹⁴⁹ Resolutionsantrag der Mehrheitsparteien vom 17. Juli 1917; Bihl (Hg.), *Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges*, S. 296f. (Dokument 150).

offiziellen politischen Maßnahmen. Die Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes, die seit Anfang 1917 der OHL unterstellt war, verfertigte und druckte Propagandatekste und -plakate, die auch ins Inland und nicht nur ins Ausland gingen. Einige stellvertretende Generalkommandos entsandten Wanderredner, die Durchhaltevorträge hielten oder die deutsche Kultur priesen, und bauten ihre Presseabteilungen aus. Und die Reichskanzlei beteiligte sich 1916 an dem Versuch, einen auf der mittleren Linie Bethmann Hollwegs liegenden Ausschuss ins Leben zu rufen, dessen Vorträge und Publikationen ein Gegengewicht gegen die Befürworter extremer Kriegsziele schaffen sollten. Der Deutsche Nationalausschuss für einen ehrenvollen Frieden, der daraufhin gegründet wurde, war jedoch, wie einer seiner Initiatoren meinte, »totgeboren«.¹⁵⁰ Dem Personenkreis, der ihn tragen sollte, fehlte es an politischer Einheitlichkeit. Und die Kriegsziele, die er formulierte, sahen schließlich diejenigen, die die extrem Eroberungslustigen im Unabhängigen Ausschuss für einen deutschen Frieden aufstellten, zum Verwechseln ähnlich. Aktive Propaganda wurde also nahezu ausschließlich nach außen betrieben: vom Auswärtigen Amt gegenüber den neutralen Staaten und von der Militärführung gegenüber feindlichen Truppen, besonders massiv an der Ostfront 1917. Die einzige Ausnahme gezielter amtlicher Propaganda auf Reichsebene waren die von der Reichsbank organisierten Werbeaktionen für die Kriegsanleihen, deren Höhepunkt ebenfalls in den Jahren 1917/18 lag. Sie erfolgten vor allem durch Plakate, Bildpostkarten und Flugblätter und wurden in der Presse unterstützt.

Die sichtbarsten Folgen der Friedensresolution des Reichstags bestanden darin, dass ab jetzt die propagandistische Bearbeitung der eigenen Bevölkerung, die von den stellvertretenden Generalkommandos verschiedentlich begonnen worden war, verstärkt und systematisiert wurde und dass die Fronttruppen als Adressaten der Propaganda einbezogen wurden. Alarmiert davon, dass sich im Deutschen Reich die Friedenssehnsucht immer bemerkbarer machte, erließ das Große Hauptquartier Ende Juli »Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen«.¹⁵¹ Die »Aufklärung« – einige Wochen später in »Vater-

150 Ludwig Stein im Gespräch mit Harry Graf Kessler; Kessler, Tagebuch 1914–1916, S. 562 (Eintrag vom 14. Juli 1916).

151 Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die höheren Kommando-behörden des Feldheeres, 29. Juli 1917: Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit un-

ländischer Unterricht« umbenannt – sollte die Truppen immunisieren, falls »fortgefahren würde, hinter der Front flau zu machen«. ¹⁵² Die Soldaten wurden zu Vorträgen oder Mannschaftslesestunden kommandiert, die ihnen den Sinn des Krieges und seiner Fortsetzung bis zum Siegfrieden nahebringen sollten. Viktor Bredt, der als Unterrichtsoffizier mit der Durchführung des »Vaterländischen Unterrichts« an der Ostfront beauftragt war, hatte, wie er rückblickend formulierte, nicht den Eindruck, dass die Propaganda verfiel: »Es war mir [...] bald klar, dass man mit solchem Unternehmen nichts erreichte, denn die Stimmung der Leute war nicht mehr so, dass man ihnen auf solche Weise beikommen konnte [...]. Einmal war ich vorne bei einem Truppenteil und aß mit den jungen Reserveoffizieren zu Mittag. Da hörte ich zu meinem Staunen Ansichten, die militärisch ganz unmöglich waren und darin gipfelten, man habe gar keine Lust, sich noch weiter ›für die Leute in Berlin‹ zu schlagen.« ¹⁵³

Eine weitere Folge der Friedensresolution war, dass sich die »Über-Annexionisten« ¹⁵⁴ im September zur Deutschen Vaterlandspartei zusammenschlossen, um Anhänger für die Siegfriedsbewegung zu werben und gegen den Reichstag zu polemisieren. Das war nichts anderes als die Aufkündigung des Burgfriedens. Die Ziele der Vaterlandspartei entsprachen weitgehend denjenigen, die der »Vaterländische Unterricht« den Soldaten in etwas unpolitischerem Gewand nahebringen sollte: Rücknahme der Reichstagsresolution, Siegfrieden, Kriegsziele und Anti-Parlamentarismus. Außerdem attackierten ihre Vertreter Kaiser Wilhelm II.; sie wollten einen echten Führer und hatten ihren Kandidaten für diesen Posten an die Spitze der Partei gestellt – den 1916 entlassenen Großadmiral Alfred von Tirpitz. Die entscheidende Figur der Vaterlandspartei war allerdings nicht Tirpitz, sondern der zweite Vorsitzende Wolfgang Kapp, der Generaldirektor der Ostpreußischen Landschaft, eines für den adligen Großgrundbesitz wichtigen Kredit-

ter den Truppen; Deist (Bearb.), *Militär und Innenpolitik*, 2, S. 841–846 (Dokument Nr. 331).

152 Generalstabsoffizier Walter Nicolai in einer Besprechung vom 27. August 1917; Deist (Bearb.), *Militär und Innenpolitik*, Teil 2, S. 861, Fußnote 7.

153 Bredt, *Erinnerungen*, S. 120.

154 Dieser Ausdruck stammt aus Theodor Wolffs inkriminiertem Leitartikel vom Juli 1916; T[heodor] W[olff], Leitartikel, *Berliner Tageblatt*, Nr. 387, 31. 7. 1916, S. 1.

instituts. Seine Vorstellung war, Parteimitglieder aus der Arbeiterschaft zu rekrutieren und so eine Massenbasis zu gewinnen. Tatsächlich wurden imponierende Mitgliederzahlen genannt: für Anfang Februar 1918 gut 293 000 und für Herbst 1918 etwa 800 000.¹⁵⁵ Doch entfiel um die Hälfte dieses Höchststands auf die Mitgliedschaft der angeschlossenen Verbände, und unter den verbleibenden rund 400 000 gab es zahlreiche Karteileichen, die durch Mehrfachzählungen von Mitgliedern entstanden. Was es kaum gab, waren Mitglieder aus der Arbeiterschaft. Es fehlte auch an Geld, um die – zu rund 85 Prozent östlich der Elbe gelegenen – Ortsvereine handlungs- und publikationsfähig zu machen. Und schließlich fehlte es an Mobilisierungskonzepten. Die Werbetätigkeit der Partei entstammte den Gepflogenheiten der Honoratiorenpolitik des Kaiserreichs, die den Erfahrungshintergrund des knapp 60-jährigen Kapp bildete. Eine typische Werbeveranstaltung sah folgendermaßen aus: Zuerst wurde eine Botschaft des Vorstands verlesen, gefolgt von einer etwa zehnminütigen Rede. Abschließend wurde eine EntschlieÙung angenommen, für die es jeweils Anregungen des Vorstands gab. Für die Reichsgründungsfeiern am 20. Januar 1918 lauteten diese beispielsweise: »Wir Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei sind versammelt, [...] um Kund zu tun, dass wir wollen es möge der zu Lande und zu Wasser erkämpfte Sieg politisch ausgewertet werden zum Heil und zur Macht des Deutschen Reiches, zum Glück und Wohlstand aller Deutschen.« Anschließend wurde die erste Strophe des Deutschlandlieds gesungen, und neue Mitglieder, so vorhanden, konnten sich in vorbereitete Listen eintragen.¹⁵⁶ Erreicht wurden so nur die ohnehin Überzeugten. Eine Massenbewegung wurde, wie Theodor Wolff anlässlich der Gründung der Vaterlandspartei feststellte, nur »inszeniert«.¹⁵⁷ Um die Mitte des Jahres 1918 waren die Aktivitäten der Ortsvereine schon wieder weitgehend erlahmt.

Dass Propaganda kein Wundermittel zur Erzeugung einer gewollten Stimmung, sondern »immer nur eine Beihülfe sein« könne, »die ohnehin vorhandene Stimmungen verstärke«, wussten erfahrene Propagandisten wie der in Bern für deutsche Auslandspropaganda zustän-

155 Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei, S. 180f.

156 Ebd., S. 177.

157 Wolff, Tagebücher, Teil 1, S. 545, über die erste Veranstaltung der Vaterlandspartei in Berlin (Eintrag vom 24. September 1917).

dige Harry Graf Kessler.¹⁵⁸ Doch Ludendorff und Hindenburg machten in der zweiten Kriegshälfte die Propaganda zu ihrem Anliegen und gingen zum Leidwesen der zivilen Reichsleitung »von einer starken Überschätzung der Möglichkeiten der Einwirkung einer offiziellen Propagandatätigkeit aus.«¹⁵⁹ Vizekanzler Friedrich von Payer erinnert sich rückblickend an einen Brief, den er im Sommer 1918 an Reichskanzler Hertling über die Stimmung in Süddeutschland schrieb: »Die Leute lachen nur noch, wenn sie das ewig wiederkehrende ›Harret aus!‹ hören. Ich hätte noch hinzufügen können, besonders wenn es den Berliner Stempel trage oder gar, wenn es ihnen amtsseitig geboten werde.«¹⁶⁰ Eines von Ludendorffs Lieblingsprojekten war die Filmpropaganda. Das neutrale Ausland sollte durch Kinoproduktionen von Deutschlands militärischer Stärke überzeugt werden. Auch für die inländischen Kinobesucher produzierte das militärische Bild- und Filmamt (BuFa) Wochenschauen und andere Filme, von deren Vorführung vor Soldaten Aufklärungsoffiziere wegen der sentimentalen und nachgestellten Szenen »von der Front« abrieten.¹⁶¹ Ein altes Anliegen der OHL war die Errichtung einer reichsweiten Propagandazentrale. Während Bethmann Hollwegs Kanzlerschaft war sie damit nicht durchgedrungen. Im Frühjahr 1918 unternahm sie einen weiteren Anlauf; sie wollte es den Briten nachtun, die mit der Errichtung des Northcliffe-Ministeriums ihrer – unzutreffenden – Ansicht nach eine innenpolitische Propagandazentrale geschaffen hätten. In Berlin wurde diese ungeliebte Angelegenheit dem Stellvertreter von Reichskanzler Michaelis, Friedrich von Payer, übertragen. Der Vizekanzler hielt nichts von der Errichtung eines neuen Ministeriums, von der er realistischerweise nur ein Mehr an Kompetenzkonflikten, nicht aber an Nutzeffekt erwartete. Payer und Erhard Deutelmoser, der inzwischen Pressechef in der Reichskanzlei war und ihn beriet, begnügten sich demzufolge mit der Schaffung einer Zentralstelle, die die gut 20 verschiedenen Berliner Pressestellen ziviler und militärischer Behörden besser koordinieren sollte. Aus ihr würde unmittelbar vor dem deutschen Zusammenbruch die

158 Kessler, Tagebuch 1916–1918, S. 322 (Eintrag vom 10. März 1918).

159 Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 254.

160 Ebd., S. 255f.

161 Daniel, Arbeiterfrauen, S. 254.

Zentralstelle für Heimatdienst hervorgehen, deren Tätigkeit erst in der Nachkriegszeit relevant wurde.

Von Payers Zentralstelle war die OHL enttäuscht. Was sie sich unter einer guten Propaganda-Aktion vorstellte, übermittelte sie der Reichsleitung im Juni 1918. Zu diesem Zeitpunkt war die Westoffensive, die den Anfang vom Ende des deutschen Kaiserreichs markierte, ins Stocken gekommen. Das dürfte Ludendorff dazu bewogen haben, ein anderes, letztes Mittel zu suchen, den Feind wenn schon nicht militärisch, dann doch propagandistisch niederzuringen. Sein Szenario sah vor, eine Gruppe von ebenso gesinnungs- wie redestarken Männern zusammenzustellen – Reichsfürsten, Adlige, Diplomaten und Vertreter von Industrie und Finanzen –, die nach Vorgaben, deren amtliche Herkunft nicht erkennbar sein dürfe, Vorträge halten sollten. Deren Adressaten seien gesellschaftliche Gruppierungen in Großbritannien, die von Deutschlands Bereitschaft überzeugt werden sollten, Frieden zu schließen. Dadurch werde jenseits des Kanals der friedenswillige Teil der britischen Gesellschaft mobilisiert, das Land ins Chaos zu stürzen. Damit es nicht Deutschland selbst war, das dadurch ins Chaos gestürzt wurde, habe eine geschickte Presselenkung dafür zu sorgen, dass man in Deutschland von diesen Reden nichts erfuhr.¹⁶²

In Berlin legte man diesen Plan kopfschüttelnd zu den Akten. Das Kriegsende wurde bekanntlich anders herbeigeführt: durch das Scheitern der Westoffensive 1918, welches zur Folge hatte, dass die deutschen Verbündeten absprangen und die Westfront zu bröckeln begann. Und durch Ludendorffs Panikreaktion Ende September, als er die Reichsleitung dazu drängte, bei den Gegnern um einen Waffenstillstand nachzusuchen. Reagierten schon die Berliner Politiker fassungslos, so war die Schockwirkung des deutschen Waffenstillstandsgesuchs auf das allgemeine zeitunglesende Publikum beispiellos. Seit dem Zwangsfrieden von Brest-Litowsk mit Russland und der deutschen Offensive an der Westfront war es ausschließlich mit guten Nachrichten gefüttert worden. Die Folge war, dass sich erneut exaltierte Erwartungshaltungen breitgemacht hatten, die ein deutsches Imperium in greifbarer Nähe sahen. Die abgekämpften deutschen Soldaten waren nach Bekanntwerden des deutschen Waffenstillstandsgesuchs nicht mehr zu halten. Sie wollten nach Hause und ließen sich von ihren Offizieren nur noch

162 Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 257ff.

in eine Richtung führen: zurück. Dort begann Anfang November mit der Matrosenrevolte in Kiel und Wilhelmshaven die Revolution.

• • •

Im November 1918 meinte ein deutscher Gesandter bitter, »die Marine habe uns erst den Krieg, dann den U. Boot Krieg [sic] und jetzt die Revolution gebracht«. ¹⁶³ Man könnte hinzufügen: Das Heer wiederum hat mit seinen anfänglichen Siegen den eroberungslustigen Illusionismus gebracht, von dem das Militär, die Oberschichten, die Mehrheit der Mitte-Rechts-Parteien und stimmkräftige Teile des Bürgertums bis zum Schluss nicht lassen wollten und den die teils politisch gleichgesinnten, teils von der Zensur ausgerichteten Zeitungen unterstützten. Und es hat mit seiner Offensive von 1918 das Kriegsende angebahnt. Die geschichtsmächtigste Deutung des Kriegsendes hat dann die OHL gebracht: die Dolchstoßlegende, die die Schuld am verlorenen Krieg Juden, Linken und feindlichen Propagandisten zuschrieb, von denen die sogenannte Heimatfront zersetzt worden sei.

Die Umdeutung von einem militärischen in einen moralischen Zusammenbruch lag in den letzten Wochen vor dem Waffenstillstand in der deutschen Luft. Der Historiker Friedrich Meinecke zitierte in einem Artikel, der Ende Oktober und Anfang November in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* erschien, empört eine vaterlandsparteiliche Lokalzeitung, in der es geheißen habe, dass der deutschen Nation »urplötzlich der Wille, trotz alledem und alledem zu triumphieren«, abhandengekommen sei. ¹⁶⁴ Eine solche Deutung, so Meinecke, sei ebenso ungerecht wie lächerlich. Sie entspreche dem »illusionäre(n) Geist«, der im Krieg unter den gebildeten Siegfriedensbefürwortern um sich gegriffen habe: »Jeder Zweifel am endgültigen Siege war ihnen immer wie eine verhängnisvolle Schwächung des Siegeswillens erschienen und Siegeswillen haben und endgültig und niederzwingend siegen erschien ihnen als gleichbedeutend.« Tatsächlich war der Glaube an den Siegfrieden, den Meinecke unter die »narkotischen Mittel« rech-

163 Der Gesandte Alfred von Oberndorff am 6. November 1918; Kessler, Tagebuch 1916–1918, S. 617 (Eintrag vom 6. November 1918).

164 Friedrich Meinecke, Zur nationalen Selbstkritik, *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, 27. 10. und 3. 11. 1918, 58. Jahrgang, Nr. 550 und 563; abgedruckt in: ders., Politische Schriften und Reden, S. 254–263, Zitate: 257f., 260.

nete, der Boden, auf dem die Dolchstoßlegende als frustrierte Version dieses Wunschdenkens in den folgenden Jahren Wurzeln schlagen würde. In ihrer späteren Fassung, die den Gegnern der Weimarer Republik und den Nationalsozialisten dazu diente, gegen den inneren Feind zu mobilisieren und Propaganda zu einem kriegsentscheidenden Mittel zu stilisieren, war die Dolchstoßlegende 1918/19 nicht einmal Hindenburg und Ludendorff gegenwärtig. Dafür gibt es zwei interessante journalistische Zeugnisse. Vier Mitglieder des Pressekorps der amerikanischen Truppen hatten sich wenige Tage nach Abschluss des Waffenstillstandes auf abenteuerlichen Wegen von Luxemburg bis nach Wilhelmshöhe bei Kassel durchgeschlagen, wo sie den Generalfeldmarschall interviewten. Hindenburg sagte ihnen, dass Deutschland den Krieg militärisch und wegen der britischen Blockade verloren habe. Die US-Pressenzensur verhinderte, dass die Journalisten mit diesem Interview einen Scoop landen konnten; es erschien erst 1929 in einem Buch von George Seldes, der einer der vier gewesen war.¹⁶⁵ Ludendorff war 1919 nach seiner Rückkehr aus Schweden Gesprächspartner von Theodor Wolff, der den ehemaligen Generalquartiermeister nachts in der Wohnung einer gemeinsamen Berliner Bekannten traf. Ludendorff schimpfte zwar ausgiebig über Bethmann Hollweg und viele andere; doch war ihm nicht geläufig, dass etwa den Juden – zu denen auch Wolff rechnete – eine besondere Verantwortung für den Kriegsausgang zugeschoben werden könne.¹⁶⁶

Zur Kampfansage nach innen, gegenüber Arbeiterbewegung und Juden, Pazifisten und Demokraten, sollte die Legende vom Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres erst in den folgenden Jahren eskalieren. Republikgegner, Rechtsradikale und Nostalgiker fanden in ihr eine gemeinsame Plattform gegen die parlamentarische Demokratie und die Demokratisierung Preußens, gegen die SPD und die sozial- und wirtschaftspolitischen Errungenschaften der Novemberrevolution. Im zweiten militärischen Zusammenbruch Deutschlands 1945 würde neben vielem anderen auch die Dolchstoßlegende untergehen. Die Nationalsozialisten, die ihre Neuauflage des Weltkriegs mit einem deutschen Sieg enden lassen wollten, indem sie die vorgeblichen inneren Feinde vertrieben, unterdrückten oder umbrachten und einen gi-

165 Seldes, *You Can't Print That!*, S. 24–40.

166 Wolff, *Wilhelminische Epoche*, S. 206–217.

gantischen Medienkontrollapparat errichteten, falsifizierten sie durch ihre Niederlage endgültig.

Was sich in Darstellungen des Ersten Weltkriegs bis heute hält, ist allerdings eine Art Schwundform der Dolchstoßthese unter umgekehrten ideologischen Vorzeichen. Sie taucht dort auf, wo – insbesondere in mediengeschichtlichen Analysen – der Glaube an die Wirkmacht der Propaganda implizit oder explizit bekräftigt wird: indem die Vielzahl von Medienkontroll- und Zensurpraktiken als Beleg für die Bedeutung, wenn nicht gar für die Wirkung von Propaganda betrachtet wird, ohne danach zu fragen, ob diese Praktiken nicht ganz anderen Faktoren geschuldet sind. Ob sie nicht vielmehr auf jenseits ihrer selbst liegende Einflüsse zurückgingen, wie die antiquierte Ausgestaltung des Belagerungszustands und vor allem die erbitterten politischen Auseinandersetzungen um das Ziel und die Dauer des Krieges, für welche die Maßnahmen und Diskussionen betreffend Propaganda und Zensur nur die Ausdrucksformen waren.

Erst wenn Antworten auf diese Fragen gesucht werden, wird nicht mehr unterstellt, dass die Adressaten der Zensur- und Propagandapolitik mehr oder weniger passiv rezipierten, was ihnen vermittelt wurde. Erst dann wird wieder erkennbar, dass die deutsche Kriegsgesellschaft tief gespalten war entlang einer Linie, die seit der Vorkriegszeit angelegt war. Wie es Friedrich Meinecke, Vertreter eines nicht-illusionären Konservatismus, Mitte 1918 formulierte, gab es an der Spitze der Gesellschaft »die neuen Kapitäne der schweren Industrie«, die sich »mit den alten Kapitänen des preußischen Militärstaates« vereinigten, »um mit ihrer Hilfe ihre eigene Herrenstellung gegenüber den Arbeitermassen zu behaupten, und um den Hebel der Machtpolitik für die Ziele ihrer wirtschaftlichen Expansion zu gewinnen«. ¹⁶⁷ Das Credo dieser Gruppen – in Ludendorffs Formulierung: »Wenn Deutschland ohne Profit Frieden macht, so hat es den Krieg verloren« ¹⁶⁸ – wurde von Zeitungen und propagandistischen Maßnahmen ausgedrückt, aber nicht hervorgerufen. Am unteren Ende gab es die Mehrheit derjenigen, die

167 Friedrich Meinecke, Grundfragen deutscher Nationalpolitik, *Die neue Rundschau*, 29. Jg. der *Freien Bühne*, H. 6., Berlin, Juni 1918, S. 721–737; abgedruckt in: ders., *Politische Schriften und Reden*, S. 227–246, Zitat S. 228.

168 Ludendorff im Gespräch mit dem österreichischen Außenminister Ottokar von Czernin am 5. Februar 1918; Czernin, *Im Weltkriege*, S. 334.

den Krieg auf keinen Fall länger führen wollten als zur Selbstverteidigung (an die sie anfangs glaubten) unbedingt nötig. Für Artikel der zensierten Presse und Propagandamaßnahmen war dieser überwiegende Teil der Bevölkerung gar nicht beziehungsweise mit ungewollten Konsequenzen erreichbar. Hier nährte nicht zuletzt die Medienarbeit der Siegfriedensbefürworter den zunehmenden Verdacht, der Krieg habe sich von einem Verteidigungs- in einen Eroberungskrieg verwandelt.

Dass der Krieg so lange andauern konnte, war also nicht der propagandistischen Einflussnahme – die entweder nicht nötig oder aber nicht möglich war – und auch nicht der Zensur geschuldet, wie effizient auch immer sie allgemein zugängliche Informationen verknappte und öffentliche politische Auseinandersetzungen unterband. Die Befürworter und die Gegner einer Fortsetzung des Krieges, die sich in der zweiten Kriegshälfte in Deutschland gegenüberstanden, wussten trotz Zensur und versuchter Meinungslenkung ganz genau, worum es ging: nämlich um die Frage, ob Kriegsziele – seien sie territorialer, politischer oder ökonomischer Art – weitere Tote, weiteres Hungern und noch größere Zerstörung wert seien.

Fazit

Im Jahr 1922 veröffentlichte Ferdinand Tönnies seine *Kritik der öffentlichen Meinung*. Tönnies, einer der Begründer der deutschen Sozialwissenschaften, versucht sich in dieser seitenstarken Studie an der Einordnung des Phänomens der öffentlichen Meinung in das soziale Gefüge und das politische Leben. Für ihn ist die öffentliche Meinung »das gemeinsame Urteil des gebildeten, insbesondere des politisch denkenden Publikums«. Sie ist die »Gelehrtenrepublik«,¹⁶⁹ geführt von Akademikern und Gebildeten, die durch ihr Raisonement in der Presse oder an anderer Stelle teil am politischen Geschehen, ja an der Regierung hat und das soziale Leben mit formt.

Wenn man vom bildungsbürgerlichen Führungsanspruch einmal absieht, verweist diese Elitentheorie der öffentlichen Meinung in der Tat auf ein Spezifikum der wichtigsten Organe politischer öffentlicher Meinung, nämlich der Zeitungen, Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Der politische Journalismus schrieb – jeweils in einem bestimmten Ausschnitt des parteipolitischen Spektrums – für eine zahlenmäßig nicht sehr große Leserschaft politisch Interessierter. Der Londoner Herausgeber John Alfred Spender schätzte in den 1920er Jahren die Abonnenten dieser politischen Blätter alten Typs insgesamt auf um die 100 000.¹⁷⁰ Diese Hunderttausend waren das Publikum, für das sich die Zeitungsmacher und -schreiber und die politischen Parteien interessierten: und zwar für jeweils den Teil davon, der sich ihrer politischen Richtung zurechnen ließ. Dieses segregierte Publikum wollten Journalisten und Politiker – teils im Einklang miteinander, teils in Konkurrenz zueinander – erreichen und überzeugen (oder bei der Stange halten). Rechnen tat sich das nicht. Deswegen waren diese politisch profilierten Blätter oft Zuschussbetriebe. Aber solange es nicht um die Erträge, sondern um die politischen Positionierungen der Zeitungen ging, war das kein Nachteil. Diese multiplen Echoräume, die

169 Tönnies, *Kritik der öffentlichen Meinung*, S. 184, 244–252, Zitat S. 184.

170 Spender, *Life, Journalism and Politics*, Bd. 2, S. 135 f.

die politischen Zeitungen und ihre Journalisten eröffneten, waren es, in die Politiker und Parteien hineinwirken und auf deren Zuspruch sie sich stützen – oder anhand von deren kritischen Reaktionen sie sich feinjustieren – wollten und mussten. Nur so war politisches Handeln möglich. Insofern kann man durchaus sagen, dass sich aus der Addition dieser verschiedenen Echoräume und der an ihnen beteiligten Journalisten, Politiker und Abonnenten der adlig-bürgerlichen Oberschichten eine öffentliche Sphäre, die öffentliche Meinung, ergab, die an Politik und Regierung beteiligt war.

Das Beispiel des *Daily Chronicle* wirft ein Schlaglicht darauf, dass nach dem Ersten Weltkrieg in Großbritannien und andernorts das langsame Absterben dieses Genres und damit der Elitenversion der öffentlichen Meinung begann. Die bisher politisch meinungsführenden überregionalen Blätter konnten und wollten in der Absatzkonkurrenz nicht mithalten. Sie wurden für ihre Besitzer, Einzelpersonen oder Parteien, zu teuer. Sie fielen auch technisch und optisch mehr und mehr hinter den kapitalstarken Massenblättern der Pressemagnaten, die attraktivere Layouts zu geringeren Preisen boten, zurück. Allerdings zog sich dieser Schwundprozess der exklusiv für einen klar umrissenen Leserkreis konzipierten politischen Blätter über mehrere Jahrzehnte hin. In den 1920er Jahren war die parteipolitische Färbung vieler deutscher Zeitungen noch so stark, dass die nach 1918 aus dem Boden schießenden Pressestellen von Regierungen und Behörden keine Sprache fanden, die geeignet war, gleichermaßen linke wie konservative Blätter zu erreichen.¹⁷¹ Auch in Großbritannien vermehrten sich die im und seit dem Weltkrieg gängiger gewordenen Pressestellen und dürften ähnliche Probleme gehabt haben. Zum großen Vereinheitlicher der politischen Sprache wurde der Rundfunk. Gerade weil es ihm in Deutschland wie in Großbritannien verboten war, in die parteipolitischen Kontroversen einzugreifen, mussten seine Redakteure eine politische Sprache jenseits dieser Unterschiede finden. Die wenigen verbliebenen überregionalen Zeitungen für politische Berichterstattung sind demgegenüber noch heute jeweils bestimmten politischen Milieus verbunden.

Der Schwundprozess der politischen Zeitungen traditionellen Typs war keine Folge des Ersten Weltkriegs. Sehr wohl allerdings die

171 Lau, *Pressepolitik als Chance*, S. 257.

flächendeckende Ausbreitung der Pressestellen von Regierungen, Ministerien und Verwaltungseinrichtungen.¹⁷² In Deutschland ging noch eine weitere Innovation der Kriegsjahre in die Nachkriegszeit über: die Pressekonferenz. In Berlin war sie eine direkte Fortsetzung der Kriegspressekonferenz, allerdings ohne militärische Leitung. Die meisten Regierungen der einzelnen deutschen Staaten richteten in den Kriegs- oder Nachkriegsjahren ebenfalls Pressekonferenzen ein. Wie schon während des Krieges dienten diese regelmäßigen Treffen von Journalisten und Politikern nur bedingt zur Vermittlung von Informationen an die Zeitungsleser. Ihr Hauptzweck blieb es, eine institutionalisierte Version des Vertraulichkeitskartells zu sein. Die anwesenden Pressevertreter wurden in Überlegungen einbezogen und über Sachverhalte informiert, über die sie oft gar nicht oder höchstens ohne Quellenangabe berichten sollten. Das galt besonders für die sogenannte »Nachbörse«, die Einzelgespräche nach Ende der Pressekonferenz.¹⁷³ Die nationalsozialistische Regierung übernahm sowohl die Berliner Pressekonferenz als auch die Nachbörse in ihr Repertoire der Presselenkung, in welches sich diese Form des Vertraulichkeitskartells bestens fügte. Vor 1933 war die NSDAP allerdings ebenso wie die KPD von den Pressekonferenzen ausgeschlossen. Der nationalsozialistischen Parteiführung war jedoch erkennbar viel daran gelegen, an die vertraulichen Informationen zu kommen, die während der Pressekonferenzen ausgegeben wurden. Als Informant diente ihr Walther Funk, der später Reichswirtschaftsminister unter Hitler wurde und in den 1920er Jahren Chefredakteur der *Berliner Börsenzeitung* war. Als Funk Anfang der 1930er Jahre aus der Redaktion ausschied, versuchte er seinen Redaktionskollegen Walter Schwerdtfeger zu überreden, den Nationalsozialisten als Informant über die Berliner Pressekonferenz zu dienen. Schwerdtfeger lehnte dieses und ein weiteres Angebot, als Gegenleistung für eine versprochene Parteikarriere in der NSDAP Informationen zu liefern, ab.¹⁷⁴ Im nationalsozialistischen Deutschland wurde er

172 Vgl. hierzu ebd., passim; sowie Bonte, Werben für Weimar?; und Grant, Propaganda and the Role of the State.

173 Althaus, Berliner Pressekonferenz 1918–1933, S. 518.

174 Walter Schwerdtfeger, Zuchthausjahre 1935–1945; Institut für Zeitgeschichte, Manuskript 361, S. 9. Siehe zu Schwerdtfeger auch Toepser-Ziegert, NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, 3/I: 1935, S. 38 ff.*

1935 verhaftet und zum Tode verurteilt (was später in eine lebenslange Zuchthausstrafe abgemildert wurde), weil er ausländische Journalisten über die Presseanweisungen informiert hatte, die auf der Berliner Pressekonferenz – die jetzt unter Leitung des Propagandaministeriums stattfand – ausgegeben wurden. Er war der einzige Journalist, der in der Vorkriegszeit wegen eines solchen Vergehens verurteilt wurde – mit anderen Worten: außer ihm scheint es keinen Journalisten gegeben zu haben, der erkennbar die Regeln des Vertraulichkeitskartells brach.

II Pressezaren in der Politik der Zwischenkriegszeit

Pressezaren sind ein Charakteristikum der Medienlandschaften, seit im ausgehenden 19. Jahrhundert Zeitungen für ein Massenpublikum aufkamen. In England und den Vereinigten Staaten war dies zuerst der Fall, ihnen folgten in einem zeitlichen Abstand Deutschland und andere Länder. Die Pressezaren waren die Großunternehmer unter den Zeitungsbesitzern, die bis dahin eher mittelständische Unternehmungen betrieben, ja, sich in vielen Fällen weniger als Unternehmer denn als Politiker verstanden hatten. Jetzt jedoch ging es finanziell um sehr viel mehr: Eine Massenzeitung konnte zu Beginn des 20. Jahrhunderts schon ein Millionenpublikum erreichen und bot dementsprechend attraktiven Anzeigenraum. Das machte diese Zeitungen lukrativ und ihre Besitzer oft reich. Die ersten Pressezaren des Jahrhunderts – in Großbritannien vor allem Lord Northcliffe, dessen Bruder Lord Rothermere und Lord Beaverbrook – blieben in ihrer ökonomischen und technischen Spitzenstellung lange Zeit unangefochten: Je komplexer und teurer die Drucktechnik und der Vertrieb wurden, umso schwieriger war es, neue Presseunternehmungen zu gründen. Wer aber schon eines hatte, konnte leicht Geld aufbringen, um kleinere Konkurrenten aufzukaufen und ein Medienimperium zu begründen.

Dass für diese Großunternehmer schon damals Herrschaftsbezeichnungen wie »Pressezar«, »Pressemagnat« oder, in England, »press baron« oder »press lord« aufkamen, ist kein Zufall. Einige unter ihnen, wieder nicht zufälligerweise die bis heute berühmtesten, testeten hartnäckig und unter Einsatz erheblicher Mittel aus, was mich hier interessiert: ob sich nämlich Medienmacht in politische Macht umsetzen lässt – oder, etwas tiefer gehängt, ob Einfluss auf die veröffentlichte Meinung auch Einfluss auf die Politik bedeutet.

Die Pressezaren selbst neigten allerdings kaum zur Bescheidenheit. Sie hatten nicht selten Aufsteigerkarrieren hingelegt, die ihresgleichen

suchten; sie konnten reicher werden als viele, die schon immer zur Oberschicht gehört hatten; und auf ihren Befehl erschien schwarz auf weiß, was Millionen Menschen am Frühstückstisch oder im Abendzug lasen. Der Quereinstieg in die Politik oder die gezielte Einflussnahme auf politische Parteien und Regierungen war vor diesem Hintergrund kein allzu hoch gestecktes Ziel. Es war auch ein naheliegendes Ziel: Politische Rahmenbedingungen konnten das Presseunternehmen und seine Erträge beeinträchtigen, etwa durch höhere Lohnkosten; das Drucken von Zeitungen war bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ein personalintensives Gewerbe. Oder Kriegs- und Krisenzeiten machten die Frage, wie die veröffentlichte Meinung über die Welt berichtete und sie kommentierte, selbst zu einer politischen – und Presseunternehmer mehr oder weniger automatisch zu Mitakteuren auf der politischen Bühne. Immer wieder setzten außerdem Pressezaren ihren Einfluss ein, um politische Parteien auf einen bestimmten Weg zu bringen. Die konservativen Parteien, die ihnen als Unternehmer besonders nahestanden, waren das häufigste Ziel ihrer Interventionsversuche. Sie veränderten dadurch das Verhältnis zwischen Politik und Presse nachhaltig. Es verlor den berechenbaren Charakter, der es bis dahin aus Sicht von Parteien und Regierungen ausgezeichnet hatte.

Eine deutsch-britische Parallelgeschichte aus den 1920er und frühen 1930er Jahren soll das verdeutlichen. Ihre Thesen sind erstens, dass die Verfügung über Medien hilfreich, aber nicht entscheidend war, um politischen Einfluss ausüben zu können; und zweitens, dass die Tatsache, ein Pressezar zu sein, für politische Quereinsteiger gleichermaßen eine Stärke wie eine Schwäche sein konnte. Denn die vielstimmige Kritik, die ihren Aufstieg zur beherrschenden Stellung im Pressemarkt begleitete, erwies sich als Schranke für ihre Möglichkeiten, politischen Nutzen aus dieser Stellung zu ziehen. Im britischen Fall war es auch die umstrittene Rolle Lord Northcliffes und anderer Pressezaren im Ersten Weltkrieg,¹ die nach 1918 den Blick auf große Pressebesitzer mit politischen Ambitionen negativ einfärbte.

Der unterschiedliche Ausgang dieser Kämpfe in Großbritannien und in Deutschland, wo Alfred Hugenberg im Kampf um die Führung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) sein breit gefächertes Medienimperium einsetzte, war, so eine weitere These, vor allem der Ver-

1 Siehe hierzu Kapitel I: Die Presse des 19. Jahrhunderts im Ersten Weltkrieg.

schiedenartigkeit der beiden konservativen Parteien (und ihres politisch-gesellschaftlichen Umfelds) geschuldet sowie dem Verhalten der konservativen Parteiführer, die sich den Attacken der *press barons* ausgesetzt sahen: des Führers der DNVP bis 1928, Kuno Graf von Westarp, und des Tory-Parteichefs Stanley Baldwin. Gemeinsam war allerdings beiden ebenso wie den Mitgliedern ihrer jeweiligen Partei, dass sie unter Umständen agierten, auf die sie durch ihre bisherigen politischen Erfahrungen nicht vorbereitet waren. Nach 1918 sah die politische Welt für Konservative der Vorkriegszeit oft fremd, nicht selten feindlich aus. Das lag daran, dass die Erweiterung des Wahlrechts auf alle erwachsenen Männer und (in Großbritannien erst ab 1928 alle erwachsenen) Frauen die politische Landschaft unübersichtlicher machte – und gefährlicher, gab es doch seit 1917 mit der Sowjetunion einen Staat, der ein alternatives Gesellschaftsmodell bot, das für die neue Massenerschaft attraktiv sein könnte. Am drastischsten war der deutsche Szenenwechsel, denn hier verloren die Konservativen im Tumult der Niederlage gleichzeitig ihren primären Bezugspunkt – die Monarchie.

Alfred Hugenberg, Kuno Graf von Westarp und die Deutschnationale Volkspartei

Im Sommer 1918, wenige Monate bevor der Erste Weltkrieg einen für die deutsche Seite niederschmetternden Ausgang nahm, hatte der Konservative Johann Viktor Bredt ein Erlebnis der besonderen Art. Zu Besuch bei Forstrat Georg Escherich, der als Chef der militärischen Forstverwaltung im deutschen Okkupationsgebiet hinter der Ostfront das riesige Waldgebiet von Bialowieża bewirtschaftete, bestaunte Bredt die technische Erschließung des Waldes. Eine Eisenbahn führte direkt zu dem ehemaligen Zarenschloss, in dem Escherich residierte, und erlaubte den effizienten Abtransport des geschlagenen Holzes. Wie Bredt erfuhr, war das nur der Anfang. Der ganze Wald, setzte ihm Escherich auseinander, müsse erst systematisch durch Eisenbahnen erschlossen werden, bevor er »nach forstwirtschaftlichen Methoden« geschlagen werde. »Mit unendlicher Geduld also baute Escherich Feldbahnen durch das ungeheure Waldgebiet und geschlagen wurde einstweilen wenig.« Angesichts des akuten Holz Mangels an der Westfront war das schwer zu verstehen. Eines Abends warf der Besucher »vorsichtig die Frage auf, ob man denn auch sicher sei, das Gebiet bei Friedensschluss zu bekommen?« Da wurde er vom Hausherrn belehrt, »das sei ganz sicher, aber darum handele es sich kaum. Deutschland werde sich bei Friedensschluss von Belgien den Kongo abtreten lassen, und deshalb würden jetzt im Walde von Bialowieża Versuche gemacht, wie man einen so gewaltigen Wald am besten erschließe.« Bredt, der schon seit längerem den Glauben an den deutschen Sieg verloren hatte, sagte »nichts mehr, reiste aber mit sehr eigenen Gedanken ab«.²

Für Escherich wie für die meisten anderen Angehörigen der preußisch-deutschen Oberschicht war die Fallhöhe von der Position an der Spitze der Sozialpyramide, von wo aus der Sieg und der Kongo in Griffweite zu sein schienen, in die Niederungen der Realitäten des Kriegsendes extrem. Extrem waren vielfach auch die Reaktionen darauf – zerstö-

2 Bredt, Erinnerungen, S. 136.

ben doch nicht nur die Hoffnungen auf ein deutsches Kolonialreich. Quasi über Nacht löste sich die bislang festgefügte Sozial- und Machtpyramide selbst auf. Die Fundamente der konservativen Vorherrschaft wurden mit der Monarchie und dem preußischen Dreiklassenwahlrecht abgeschafft, und ein parlamentarisches System wurde etabliert, das den Sozialdemokraten dieselben Rechte zur Machtteilhabe einräumte wie den bisherigen Eliten. Georg Escherich gehörte zu denen, die extrem reagierten. Er figurierte als Reichshauptmann der im Mai 1920 in Bayern gegründeten Organisation Escherich (Orgesch). Die Orgesch umfasste als reichsweiter Dachverband Einwohnerwehren und paramilitärische Selbstschutzverbände, deren an die 2 Millionen Mitglieder bis zu ihrer Auflösung durch die Reichsregierung im Juni 1921 gewaltsam gegen die ihrer Auffassung nach illegitime Republik vorgingen.

Dilemmata der Anti-Republikaner

In ihrer Mehrzahl reagierten die Angehörigen der alten Eliten in legalen Formen. Sie gründeten Parteien, darunter die DNVP. Diese war das Sammelbecken für die Anhänger der Monarchie und damit für die gefühlte Mehrheit unter den Republikgegnern. Der Unterschied gegenüber den extremistischen Bewegungen lag in den Mitteln, nicht aber im Verhältnis zum neuen Staat. Für die weit überwiegende Mehrheit der DNVP-Mitglieder war die Republik nicht minder illegitim als für Escherich und andere Radikale des rechten Spektrums. Nur eine verschwindend geringe Zahl von ihnen schloss im Laufe der 1920er Jahre ihren Frieden mit dem neuen Staat. Ganz im Gegenteil erfolgte diese Parteigründung unter einer Zielsetzung, die man mehrere Jahrzehnte später als »Marsch durch die Institutionen« bezeichnete. Der junge DNVP-Politiker Hans Schlange-Schöninggen formulierte es 1924 in einem internen Memorandum: »Wir müssen den parlamentarischen Weg missbrauchen, um in die Machtstellungen des Staates zu kommen mit der festen Absicht, eines Tages von diesen Machtstellungen aus das Parlament zu vernichten.« Ziel sei »die Diktatur, von der man möglichst nur wenig sprechen soll, die man aber wollen muss«.³

Gewollt wurde eine Diktatur – was auch immer jeweils darunter verstanden wurde – von den meisten Gegnern der Republik innerhalb

3 Denkschrift vom 19. Mai 1924, zit. nach Trittel, Hans Schlange-Schöninggen, S. 28.

wie außerhalb der DNVP. Sie sollte die Republik beenden; danach würde man weitersehen. Wie sich an Kuno Graf Westarp, dem späteren Fraktions- und Parteivorsitzenden, zeigte, schloss der Kampf gegen das parlamentarische System auch für einen normalerweise gesetzestreuen Konservativen wie ihn gewaltsame Mittel nicht prinzipiell aus. Westarp hatte zu den führenden Köpfen der Deutschkonservativen Partei des Kaiserreichs gehört. Er war einer der Mitbegründer der DNVP. Seinem politischen Naturell widersprach allerdings bereits der erste Akt der politischen Neugründung, die Namensgebung, die – zumindest verbal – den neuen Verhältnissen Tribut zollte. Als der 54-jährige Westarp Ende November 1918 in Berlin, von der Gründungsversammlung der DNVP kommend, in der U-Bahn Eugen Schiffer traf, einen Bekannten aus guten alten Tagen, der gerade dabei war, die Deutsche Demokratische Partei mitzugründen, meinte er »mit schmerzlich-ironischem Lächeln«, auch er käme eben von der Gründung einer neuen Partei; sie dürfe sich allerdings nicht als konservativ bezeichnen, »da es ja ohne einen Zusatz von ›Volk‹ nicht mehr abgehe«. ⁴ Als knapp ein- einhalb Jahre später, im März 1920, einige Unentwegte unter der Führung des hohen preußischen Beamten Wolfgang Kapp und des Reichswehrgenerals Walther von Lüttwitz versuchten, die Regierung durch eine Militäraktion zu stürzen, war Westarp zwar nicht beteiligt, jedoch informiert. Obwohl er das Unternehmen in dieser Form und zu diesem Zeitpunkt für verfehlt hielt, ging er, wie er rückblickend feststellte, im Prinzip mit den Zielen ebenso wie mit den Mitteln konform: »Kapps Grundauffassung, über die ich verschiedene Unterredungen mit ihm gehabt habe, waren [sic] auch die meinen. Mit ihr teilte ich die unbedingte Gegnerschaft gegen die Mächte des Umsturzes, besonders gegen die Sozialdemokratie. Sein Wunsch, ihnen die Macht schneller zu entreißen als durch eine unabsehbar lange, vielleicht aussichtslose Entwicklung ›auf verfassungsmäßigem Wege‹, war auch der meine. Er sprach zu einem Überzeugten, wenn er mir die drohenden Schrecken des einbrechenden Bolschewismus ausmalte [...]. Gewalt gegen die Hochverräter von 1918 konnte ich nicht als Unrecht oder gar Verbrechen [...] ansehen.« ⁵

4 Schiffer, Ein Leben, S. 217.

5 Westarp, Konservative Politik, S. 211 f.

Diese »unbedingte Gegnerschaft gegen die Mächte des Umsturzes«, die »Hochverräter von 1918«, denen der Systemwechsel angelastet wurde, einte die sehr heterogen zusammengesetzte Partei. Darüber hinaus gab es außer der Zugehörigkeit zur protestantischen Konfession nicht viel, was adlige Großagrarier aus dem preußischen Osten und Schwerindustrielle aus dem Ruhrgebiet, Arbeitgeber und Vertreter christlicher Arbeitnehmerverbände sowie nationaler Angestelltenverbände, Landarbeiter, Bauern, Beamte und protestantische Pfarrer sowie deutsch-völkische, antisemitische und dem Alldeutschen Verband nahestehende radikale Nationalisten verband. Nicht einmal der programmatische Wille zur Wiedereinführung der Monarchie konnte verlässliche Bindekraft schaffen. Das lag auch daran, dass ein repräsentabler Thronkandidat schwer zu finden und die ganze Frage deswegen eher theoretischer Natur war.

Nur sehr selten wurde positiv, als Werthaltung, gefasst, woraus sich die unbedingte konservative Ablehnung der Sozialdemokratie und »ihrer« Republik speiste. Vielleicht standen dem bereits damals die Regeln des Sagbaren – also das, was man heute »politische Korrektheit« nennen würde – entgegen. Eine der wenigen Selbstbeschreibungen, die die konservative Werthaltung auf den Punkt zu bringen versuchten, stammt vom Präsidenten des Reichsgrundbesitzerverbandes, Walther von Miquel. Er nannte 1929 in einem Schreiben an Paul Reusch, den Vorstandsvorsitzenden der Gutehoffnungshütte, das, was Agrarier und Schwerindustrielle – zwei sich seit Jahrzehnten befehdende Interessengruppen – verband, die »Eigentumskultur«. Deren »festgeschlossene Front« müsse, so Miquel, den Sieg der »spiessbürgerlichen [sic] Versorgungsdemokratie«, auf welchen die Sozialdemokratie aus sei, verhindern.⁶ Versteht man unter »Eigentumskultur« mehr als die selbstverständlich mitgemeinten rein materiellen wirtschaftlichen Interessen, die durch den »Kollektivismus«⁷ der Sozialdemokratie und der Republik bedroht seien, dann hat das Gegenbild, das Andere des »Kollektivismus«, einen Namen. Was er bezeichnet, erschließt sich jedoch erst, wenn man die Grundlage benennt, auf der die Werthaltung der »Eigen-

6 Walther von Miquel im Namen des Reichsgrundbesitzer-Verbands e.V. an Paul Reusch, 18. Juli 1929, S. 3, 5 (Gesamtfaszikel ohne Paginierung); Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln, RWWA 130-40010124/2.

7 Ebd., S. 5.

tumskultur« beruht. Der Konservative Ewald von Kleist-Schmenzin, der DNVP-Mitglied war, tat dies in einer Rede vor dem Hauptverein der Konservativen im Dezember 1929: Der Konservatismus, so Kleist-Schmenzin vor diesem Restbestand der ehemaligen Deutschkonservativen Partei, sei eine Weltanschauung, die »die Ungleichheit unter den Menschen und in der Besitzverteilung als göttliche und darum gerechte Weltordnung betrachtet«. ⁸

In der DNVP waren die Konservativen allerdings, wie gesagt, nur eine Gruppe unter anderen. Ihr anti-egalitärer Grundkonsens, die »Eigentumskultur«, erstreckte sich weder auf die völkisch-antisemitischen Parteimitglieder noch auf diejenigen des Arbeitnehmerflügels oder der Bauernschaft. Diese Gruppen verließen die DNVP teils bereits Anfang der 1920er Jahre, teils nach 1926/27. Die entscheidende Sollbruchstelle verlief jedoch zwischen Reichstagsfraktion und Parteiorganisation der Deutschnationalen. Die bedingungslose Ablehnung der Republik und des »Kollektivismus« vertrug sich, wie sich zeigte, schlecht mit der parlamentarischen Mitwirkung im Kernbereich der Weimarer Demokratie, dem Parlament. Und noch schlechter mit den Regierungsbeteiligungen der Deutschnationalen 1925 und 1927/28. Dass die Fraktion sich dennoch sowohl für die parlamentarische Arbeit als auch für die Beteiligung an zwei Regierungen entschied, lag nicht daran, dass unter ihren Mitgliedern der antiparlamentarische und antirepublikanische Effekt nicht zum Tragen gekommen wäre. Die Reichstagsabgeordneten waren in der weit überwiegenden Mehrheit »anti-parlamentarische Mussrepublikaner« – eine Bezeichnung, die Harry Graf Kessler 1926 für in der Politik der Weimarer Republik aktive, aber dennoch dem Parlamentarismus prinzipiell feindlich gegenüberstehende Politiker geprägt hat. ⁹ Sie fanden es allerdings sinn-

8 Ewald von Kleist-Schmenzin, Grundsätze und Aufgaben konservativer Arbeit (Rede auf der Mitglieder-Versammlung des Hauptvereins der Konservativen am 10. Dezember 1929), abgedruckt in: Scheurig, Ewald von Kleist-Schmenzin, S. 245–254, Zitat S. 249. Siehe hierzu auch die Einordnung des Kleist-Schmenzin'schen Weltbildes durch seinen Biografen Scheurig ebd., S. 55, 61 und passim.

9 Harry Graf Kessler charakterisierte 1926 in seinem Tagebuch den konservativen Politiker und ehemaligen preußischen Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell als »Mussrepublikaner, aber Antiparlamentarier«. Ich habe diese Bezeichnung für die Reichstagsabgeordneten der DNVP übernommen, da sie

voll, an der praktischen Politik entweder durch kritische Opposition oder, wo es ihnen geboten schien, durch konstruktive Mitarbeit teilzuhaben und dadurch den Widerstand gegen politische Entscheidungen zu stärken beziehungsweise einige Teilziele der Partei zu erreichen. Für dieses Verhalten sprach, dass ein nicht erkennbar näher rückendes Maximalziel wie der »Systemsturz« eine zunehmend desillusionierte Mitglied- und Wählerschaft nicht jahrelang zusammenhalten konnte. Für die Mitwirkung an der parlamentarischen Arbeit sprach darüber hinaus auch ein entscheidender materieller Gesichtspunkt. Die Partei litt während der gesamten Zeit der Weimarer Republik an empfindlichem Geldmangel. Die Mitgliedsbeiträge reichten – auch wegen der schlechten Zahlungsmoral vieler Mitglieder und Landesverbände – bei Weitem nicht aus, um die Wahlkämpfe und die Kosten des Parteiapparats und seiner Publikationen zu bestreiten. Nur finanzielle Zuwendungen, die aus Industrie, Landwirtschaft und Handel kamen, konnten die großen Löcher im Etat immer wieder stopfen. Diese Zuwendungen waren aber jeweils an Bedingungen geknüpft. Mit ihnen wurden Listenplätze für Kandidaten finanziert, die die Interessen der Geber zu vertreten versprachen oder den spendenden Organisationen angehörten. Mit anderen Worten: Nur für die Mitwirkung am parlamentarischen Betrieb im interessenpolitischen Sinn der Finanziere war das Geld zu haben, ohne welches die Partei keine Wahlkämpfe mehr hätte führen können. Das blieb nicht ohne inhaltliche Folgen, was sich erstmals 1924 in aller Schärfe zeigte, als im Reichstag der Dawes-Plan zur Abstimmung anstand. Diese vertragliche Regelung der Reparationsfrage wurde von vielen industriellen Geldgebern der DNVP gewünscht. Sie setzten darauf, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem die Exportchancen der deutschen Industrie, davon profitieren würden. Von vielen Landesverbänden der Partei, insbesondere denjenigen des konservativen deutschen Ostens, wurde der Dawes-Plan dagegen als »zweites Versailles« vehement abgelehnt. Bei der entscheidenden Reichstags Sitzung am 29. August 1924 hing die Annahme der Vorlagen von den Stimmen der oppositionellen DNVP ab, da eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erforderlich war. Zur Überras-

mir sehr viel passender erscheint als die in der Literatur gängige Charakterisierung als »Moderate«; Kessler, Tagebuch 1923–1926, S. 720 (Eintrag vom 4. 2. 1926).

schung der Nichteingeweihten – in den informierten Berliner Kreisen waren bereits Wetten entgegengenommen worden, welche Fraktionsmitglieder umfallen würden¹⁰ – spaltete sich die Fraktion der Deutschnationalen. Rund die Hälfte der Abgeordneten stimmte für die Vorlagen. Der Dawes-Plan war angenommen und die DNVP in Aufruhr. Oskar Hergt, der Partei- und Fraktionsvorsitzende, musste seinen Hut nehmen.

Hugenberg, sein Konzern und die DNVP

Westarp hatte gegen den Dawes-Plan gestimmt, was eine nicht unwesentliche Voraussetzung dafür gewesen sein dürfte, dass er 1925 zum Fraktionsvorsitzenden und 1926 zusätzlich zum Parteivorsitzenden der Partei gewählt wurde. Als krank entschuldigt war ein Fraktionsmitglied der Abstimmung ferngeblieben, das am einhelligen Nein der parteinahen Presse im Vorfeld der Entscheidung nicht ganz unbeteiligt war: Alfred Hugenberg. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Krupp-AG war seit 1919 Abgeordneter der DNVP, erst in der Nationalversammlung, dann im Reichstag. In dieser Funktion allerdings blieb er vor und nach 1924 nahezu unsichtbar. Zehn Jahre lang hielt er keine einzige Rede im Reichstag, und die Dawes-Abstimmung war nicht die einzige für die Partei wichtige, bei der er fehlte. Dennoch war er in Partei und Fraktion eine Schlüsselfigur. Er hatte das größte Medienkonglomerat aufgebaut, das es bis dahin in Deutschland gegeben hatte. Und er kanalisierte einen erheblichen Teil der Gelder, die von der Schwerindustrie kamen; insofern war er so etwas wie der »Säckelmeister« der Partei.¹¹ Beides hing eng zusammen.

Der promovierte Jurist Hugenberg war, was man heute einen begnadeten Netzwerker nennen würde. Als er 1919 für die Deutschnationalen in die Nationalversammlung gewählt wurde, verfügte der 54-jährige Hugenberg über exquisite Kontakte in der westdeutschen Schwerindustrie und über ein durch sie erworbenes Mediennetzwerk. Außerdem war er eng mit den alldeutschen Kreisen verbunden, die seit den 1890er Jahren auf der extremen Rechten eine Art Stammplatz hat-

10 Ebd., S. 410 (Eintrag vom 28. August 1924).

11 Ossietzky, Carl von, Ehrhardt, Hugenberg, Severing, *Die Weltbühne* 22 (1926), Nr. 34 (24. August 1926), S. 279 ff., Zitat S. 279.

ten. Hugenberg war Anfang der 1890er Jahre einer der Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes gewesen, der sich, mit einem zunehmenden antisemitischen Einschlag, für ein deutsches Kolonialreich, gegen die Sozialdemokratie und gegen »Wilhelm den Friedlichen«,¹² den zögerlichen Kaiser, starkmachte. Hugenberg prägte dem Verband seine Netzwerkphilosophie auf: Der Verband solle, so Hugenberg 1904 zu dessen Vorsitzendem Ernst Hasse, ein »Doppelgesicht« haben. Ein »kleiner Kreis« von Funktionären solle programmatische »Kuckuckseier« legen; die Organisation selbst sei ausschließlich dazu da, für Geld zu sorgen, Netzwerke zu bilden und als »Brocken« zu dienen, »der den Mitläufern hingeworfen werde«.¹³ Mit moderner Massenagitation hatte diese Vorgehensweise nichts zu tun. Dementsprechend blieb der Alldeutsche Verband ein zahlenmäßig überschaubarer Honoratiorenverband, der regelmäßige Ortsvereinsitzungen abhielt, Beschlüsse fasste, netzwerkte, bei Wahlen durchfiel und, als im und nach dem Weltkrieg die von ihm identifizierten inneren und äußeren Feinde zahlreicher wurden, ein Faible für Diktaturpläne entwickelte. Der »Gewohnheits-Konspirator«¹⁴ Heinrich Claß, Vorsitzender der Alldeutschen seit 1908 und langjähriger Weggefährte Hugenbergs, diente im Oktober 1917 Generalquartiermeister Erich Ludendorff, dem starken Mann der Obersten Heeresleitung, eine Generalsdiktatur an und empfahl Hugenberg als Wirtschaftsminister und andere Alldeutsche für weitere Posten.¹⁵ Ludendorff lehnte dankend ab. Ob Hugenberg von diesen Plänen gewusst hat, ist unklar, ebenso wie im berühmten späteren Fall Anfang 1926, als Claß über Mittelsmänner beim Reichspräsidenten Paul von Hindenburg die Idee einer Diktatorialregierung anbrachte. Hugenberg sollte dieses Mal Finanzminister werden, der alldeutsche Lübecker Bürgermeister Johann Neumann Kanzler.¹⁶ Hindenburg wollte damit nichts zu tun haben. Zwar gehörte auch er zu den »anti-parlamentari-

12 Harden, Maximilian, Wilhelm der Friedliche, *Die Zukunft* 27 (6. April 1906), S. 1–12.

13 Alfred Hugenberg auf eine Rundfrage Ernst Hasses 1904, zit. nach Griesmer, Massenverbände, S. 124. (im Original ist von »Kuckucksei« im Singular die Rede).

14 Ossietzky, Carl von, Ehrhardt, Hugenberg, Severing, *Die Weltbühne* 22 (1926), Nr. 34 (24. August 1926), S. 279 ff., Zitat S. 279.

15 Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei, S. 279.

16 Leopold, Alfred Hugenberg, S. 31f.

schen Mussrepublikanern«, doch war er gerade erst in seinem neuen Amt vereidigt worden und verhielt sich konsequent verfassungskonform. Dass Claß nicht auf Hugenberg allein festgelegt war, zeigte sich Anfang 1927. Die DNVP-Fraktion verhandelte gerade über ihren zweiten Regierungseintritt, und Claß drängte den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Westarp dazu, sich als Kanzler zu etablieren und Deutschland durch den ersehnten Staatsstreich von oben zu retten.¹⁷ Zu diesem Zeitpunkt allerdings hatte Hugenberg, mittlerweile die führende Person des Parteiwiderstands gegen weitere Regierungsbeteiligungen, bereits beschlossen, den Kampf gegen Westarp und die Fraktion aufzunehmen.¹⁸ Claß schwenkte schnell auf diesen neuen Kurs ein, der Hugenberg gut eineinhalb Jahre später zum Parteivorsitzenden der Deutschnationalen machen würde. Welche Rolle spielte dabei die Tatsache, dass Hugenberg über ein Medienimperium verfügte? Und wie sah dieses Medienimperium aus?

Es war kein Zufall, dass 1927/28, während sich Hugenberg anschickte, die deutschnationale Reichstagsfraktion auf Parteilinie und sich selbst an die Spitze der DNVP zu bringen, zwei Publikationen erschienen, die dem lesenden Publikum den »Hugenberg-Konzern«¹⁹ nahebrachten. Die Führungszeichen, die eine von ihnen im Titel führte, sind bedeutsam. Denn beiden Autoren ging es um die offensichtlich für nötig gehaltene Arbeit an Hugenbergs Image: Schwerindustrielle Interessenvertreter und Presse magnaten hatten generell keine gute Presse, erst recht nicht im konservativen Milieu. Adolf Stein, der redaktionelle Leiter von Hugenbergs Deutschem Pressedienst, bemühte sich in *Hugenberg und die Anderen*²⁰ um den Nachweis, dass Hugenberg nicht das war, was damals »Inflationsgewinnler« hieß. Dieses Schimpfwort war in der Weimarer Republik ebenso gängig wie sein Vorläufer der »Kriegsgewinnler« und zehrte von dessen Anrüchigkeit. Stein betonte, dass die Zeitungsaufkäufe, die Hugenberg nach dem Krieg getätigt hatte, nationalen Zwecken und nicht dem Profit dienten. Hugenberg sei damit dem anderen, wirklich verwerflichen jüdischen Pressekonzern, nämlich Ullstein, zuvorgekommen.

17 Grathwol, Stresemann and the DNVP, S. 215.

18 Jones, Kuno Graf von Westarp und die Krise, S. 126.

19 Bernhard, »Hugenberg-Konzern«.

20 Stein, Hugenberg und die Anderen, S. 5f. und passim.

Der andere Autor, Ludwig Bernhard, Professor der Staatswissenschaften in Berlin, war ein enger Vertrauter Hugenbergs und hatte einen Sitz in der Dachgesellschaft des Hugenberg-Konzerns, der Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte Deutschlands. Er wusste also, wovon er sprach. Seine faktenreiche Darstellung des »Hugenberg-Konzerns« ist angesichts der schlechten Überlieferungslage bis heute eine der wichtigsten Quellen für dessen Geschichte. Folgt man Bernhards Erzählung, erhält man nicht nur einen Eindruck der Hugenberg'schen Unternehmungen, sondern im Umkehrschluss gleichzeitig ein ziemlich vollständiges Bild von den Imageproblemen des Pressezaren. Denn gegen diese argumentiert Bernhard an. Seine Erzählung ist zusammengefasst die folgende: Alles beginnt mit einem kleinen Kreis guter Freunde in der preußischen Staatsbürokratie, in der Hugenberg seit den 1890er Jahren, vor seiner Tätigkeit bei Krupp, tätig war. Dieser vertraute Männerbund bemühte sich im nationalen Interesse um die Ansiedlung Deutscher in Posen, um diese preußische Provinz, in der rund zwei Drittel der Bevölkerung polnisch sprachen, zu germanisieren. Da es dieser Freundeskreis war, der später auch die Führungsränge der Hugenberg'schen Unternehmen besetzte, war der Konzern »vom unpersönlichen Charakter industrieller Kapitalorganisationen [...] weit entfernt; er ist vielmehr in seiner Leitung überwiegend persönliche Gemeinschaft«. ²¹ Das immer wieder herangezogene Vorbild sind die landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaften, die der Sozialreformer Friedrich Wilhelm Raiffeisen im 19. Jahrhundert begründet hat. In ihre Nähe gerückt, verwandelt sich, was andere einen kapitalistischen Großkonzern nennen würden, in eine Einrichtung der gegenseitigen Hilfeleistung. Wem nun wird geholfen? Dem unbeweglichen Eigentum, wie Bernhard ausführt, das dem nationalen Interesse verpflichtet ist. Ganz anders sein Gegenspieler, das bewegliche Eigentum der Banken und der Exportindustrie; dessen Macht erstreckt sich über Landesgrenzen, ist potenziell immer international – was für damalige Konservative einem Schimpfwort gleichkam und außerdem auf jüdische Hintergründe anspielte. Hugenbergs »Blick war nicht auf die geschäftlichen Interessen der Industrie, sondern auf die allgemeinen Aufgaben, auf die Pflichten der Industrie gerichtet. Die bodenständige Industrie habe, weil sie über finanzielle

21 Bernhard, »Hugenberg-Konzern«, S. VI.

Mittel verfüge, die Pflicht, dafür zu sorgen, dass nicht die gesamte Organisation der öffentlichen Meinung unter den direkten oder indirekten Einfluss internationaler Tendenzen gerate.«²²

An dieser Stelle spart die Erzählung ein interessantes Moment der Konzernbildung aus, nämlich die wichtige Rolle, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg der Konkurrenzkampf der beiden Kapitalformen um politischen Einfluss für Hugenberg's ursprüngliche Kapitalakkumulation gespielt hatte. Die Interessenvertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie sammelten, organisiert durch Hugenberg, der seit 1909 Vorsitzender im Direktorium des Krupp-Konzerns war, einen gut bestückten Fonds an, der zur politischen Landschaftspflege bestimmt war. Es galt, den Vorsprung wettzumachen, den der bewegliche Besitz, also Banken und exportorientierte Industrie, bei der interessenpolitischen Einflussnahme auf die Parteien hatte. Die Gelder gingen an die Nationalliberalen und die konservativen Parteien, die so zur Aufstellung von Kandidaten der Schwerindustrie motiviert wurden. Gleichzeitig bildete dieser Fonds den Grundstock des Vermögens, aus dem im Folgenden Anteile an Presseorganen finanziert wurden. Das Filetstück dieser Einkäufe war in den Jahren um 1914 der Scherl-Verlag, der unter anderem über den viel gelesenen *Berliner Lokalanzeiger* verfügte; dessen Auflage betrug im Jahr 1932 gut 200 000 Exemplare – für deutsche Verhältnisse damals eine beachtliche Größenordnung.²³ Auch dieser Ankauf, so Bernhard, war nicht primär wirtschaftlich, sondern national motiviert; er habe die Übernahme des Scherl-Konzerns durch den Ullstein-Verlag verhindert. Hugenberg sei also keineswegs ein vulgärer Interessenvertreter von Kohle und Eisen, sondern ein Vertreter des Gemeinwohls, der das Odium auf sich nahm, das dem Hineinwirken wirtschaftlicher Belange in die öffentliche Sphäre traditionell anhafte: Es seien »gerade die ethisch hochstehenden Persönlichkeiten [...], die sich getrieben fühlen, die Interessen ihres Gewerbes auch in der Politik geltend zu machen und den Makel eines ›Interessenten‹ zu tragen«.²⁴

Tatsächlich war Hugenberg kein klassischer Interessenvertreter mehr. Er hatte erkannt, dass die bisherigen Usancen industrieller

22 Ebd., S. 58.

23 Stöber, *Deutsche Pressegeschichte*, S. 257.

24 Bernhard, »Hugenberg-Konzern«, S. 29.

Pressepolitik – Zeitungen zu kaufen, die Redakteure auf den Interessenstandpunkt ihrer Besitzer zu verpflichten und dann der mehr oder weniger rasch einsetzenden Flucht der Leserschaft zuzuschauen – keine Zukunft hatten. Aussicht auf Erfolg hatte nur die indirektere und dauerhaftere Presselenkung, wie sein Konzern sie praktizieren würde: den Redaktionen genügend Freiraum zu gestatten, um professionelle und kommerziell erfolgreiche Blätter zu machen. Und auch minderwertige Journale ohne politischen Mehrwert zu betreiben, aus deren Umsätzen die hochwertigeren oder politisch gewollten querfinanziert werden konnten. Mit seinem Hinweis auf diese modernere und effizientere Version der Pressebeeinflussung konnte Bernhard auch gleich ein weiteres Imageproblem Hugenbergs ansprechen, ohne es auszusprechen: Für kirchlich aktive Protestanten, von denen es in der DNVP sehr viele gab, war Hugenbergs Presseimperium einigermaßen anrühlich. Stein des Anstoßes war insbesondere die *Berliner Illustrierte Nachtausgabe*, deren Kontaktanzeigen die linksliberale *Weltbühne* unter der Überschrift »Freie Liebe bei Hugenberg« genüsslich nachdruckte.²⁵

Auch weitere Akquisitionen des entstehenden Konzerns schildert Bernhard korrekt, etwa die Gründung des Annoncenbüros Allgemeine Anzeigen (Ala) AG, das den Einfluss der Werbetreibenden auf die Blätter, in denen sie annoncierten, koordinierte und bündelte. Hier fehlt nur der Hinweis darauf, dass diese Praxis keineswegs nur im Ausland, sondern auch bei deutschen Zeitungen angewandt wurde. Geadelt wurde sie laut Bernhard wiederum durch die ethische Grundhaltung des unbeweglichen Besitzes, ebenso wie die Hugenberg'sche Nachrichtenagentur Telegraphen-Union – ein Konkurrenzunternehmen zum halbamtlichen Wolffs Telegraphischen Büro – und der Materndienst für die Provinzpresse. Letzteres war ein Service, der den notorisch personell unterbesetzten und finanzschwachen Lokalblättern nicht nur die Nachrichtenauswahl, sondern auch den Satz abnahm, indem für relativ geringes Geld Stehsatzartikel auf vorgefertigten Pappmatern abonniert werden konnten. Der Nachrichtenvielfalt war dies nicht zuträglich. Allerdings war Nachrichtenvielfalt auch kein Ideal der deut-

25 Freie Liebe bei Hugenberg, *Die Weltbühne* 23 (1927), Nr. 23 (7. Juni 1927), S. 923. Die Quelle ist nicht angegeben, war vermutlich aber die *Berliner Illustrierte Nachtausgabe*, in der diese Annoncen üblich waren.

schen Presselandschaft vor 1945. Das von heute aus Exotische der Presse im Kaiserreich wie in der Weimarer Republik liegt – neben dem teilweise sehr rüden Ton der politischen Auseinandersetzung – an dem schmalen Ausschnitt politischer Wirklichkeit, den sie jeweils zeigte. Die Blätter, ob sie nun zum Hugenberg-Konzern gehörten oder nicht, ob sie offizielle Parteiblätter oder aber sogenannte »unabhängige« Generalanzeiger waren, vermittelten ihren Lesern vorwiegend das, was ihrer eigenen Parteinahme entsprach. So enthielt beispielsweise ein Teil der nationalen Presse den Lesern vor, dass der neue Reichspräsident Hindenburg nicht nur den Eid auf die Verfassung geleistet, sondern darüber hinaus von sich aus proklamiert hatte, er werde in seiner Amtsführung die Volkssouveränität anerkennen.²⁶

Der Ankauf des größten deutschen Filmunternehmens, der Universum Film-AG (Ufa), wurde schließlich von Bernhard als Rettung vor dem Griff der »kommunistischen Propagandazentrale« gerechtfertigt. Zwar bringt er keinen Beleg dafür, dass die Weltorganisation der kommunistischen Parteien, die Dritte Internationale, 1926/27 ein entsprechendes Angebot gemacht hatte. Er verweist stattdessen etwas unvermittelt auf Sergei Eisensteins Film *Panzerkreuzer Potemkin*, der 1926 weltweit Furore gemacht hatte, und auf die kulturellen und politischen Gefahren, die von einer Macht ausgingen, deren Filmkunst so »eine sensationelle Wirkung« ausüben konnte.²⁷

Zweifellos ballte sich in Hugenbergs Konzern, wie er in Bernhards Weichzeichnung als ethisch fundiertes, nationales Unternehmen aufscheint, eine erhebliche Medienmacht zusammen. Sie trug dazu bei, das ohnehin von Ressentiments gegen die Republik, die Demokratie und die Sozialdemokratie geprägte bürgerliche Meinungsklima aufzuheizen. Sie verfolgte den Außenminister Gustav Stresemann wegen seiner verständigungsbereiten Außenpolitik mit einer Feindseligkeit, die ihn zu dem privaten Geständnis veranlasste, er hasse Hugenberg.²⁸ Und sie hetzte gegen die Regierungsbeteiligungen und parlamentarischen Aktivitäten der DNVP-Fraktion, so dass Journalisten des linksliberalen Spektrums 1927, als die Fraktion vier Minister stellte, witzeln konnten,

26 Bericht Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Stiftung vom Mai 1925, in: Holl/Wild (Hg.), *Ein Demokrat kommentiert Weimar*, S. 140.

27 Bernhard, »Hugenberg-Konzern«, S. 31, 92.

28 Kessler, *Tagebuch 1923–1926*, S. 714 (Eintrag vom 24. Januar 1926).

in Deutschland vollziehe sich gerade »das in der Weltgeschichte unerhörte Ereignis [...], dass die herrschenden Schichten gleichzeitig die Regierung und die Opposition bilden«. ²⁹

Aber diese mediale Macht hatte ihre Grenzen: Sie erreichte weitgehend die schon Überzeugten. Deswegen konnte ihr Einfluss nicht verhindern, dass den Deutschnationalen die Wählerinnen und Wähler, die von dem Bild der Partei nicht mehr überzeugt waren, bei der Reichstagswahl von 1928 in Scharen davonliefen. Wegen der indirekten Methoden der Pressebeeinflussung, auf denen der Hugenberg-Konzern beruhte, konnten seine Redaktionen darüber hinaus nicht punktgenau gelenkt werden. Ob Hugenbergs Medienmacht ihm bei der Übernahme der DNVP also mehr helfen konnte, als ihr Besitz ihm in den Augen vieler Konservativer schadete, ist durchaus ungewiss. Gewiss ist allerdings, dass es für Hugenbergs großen Einfluss innerhalb der Partei evidentere und unabweisliche Gründe gab: nämlich die Tatsache, dass sich hinter Hugenberg die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre stärker werdende innerparteiliche Opposition gegen eine Beteiligung der DNVP an Regierungsbildungen formierte; und außerdem die finanzielle Abhängigkeit der Partei von den Geldern, deren Zufluss und Einsatz für bestimmte Zwecke Hugenberg, etwa für ihm genehme Abgeordnete, kanalisieren konnte. Dennoch war der Pressezar die längste Zeit, tatsächlich noch kurz vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden im Oktober 1928, nicht der konsensfähige Wunschkandidat derjenigen Deutschnationalen, die die Reichstagsfraktion auf bedingungslosen Oppositionskurs und die Partei unter eine neue Führung bringen wollten. ³⁰ Doch gab es für diese Rolle niemand anderen; es fehlte schlicht an Alternativen.

Eine kleine »Machtergreifung« und ihre Folgen

Der Regierungseintritt der DNVP-Fraktion in das Kabinett unter dem Kanzler Wilhelm Marx (Zentrum) vollzog sich im Januar 1927. Hugenberg sah sich jetzt veranlasst, den innerparteilichen Machtkampf zu forcieren. Marx hatte sich in den Koalitionsverhandlungen von den

²⁹ Alexander Bloch, Die Erfüllungspolitik der deutschen Rechten, *Die Weltbühne* 23 (1927), Nr. 36 (6. September 1927), S. 359–362, Zitat S. 361.

³⁰ Freytagh-Loringhoven, Deutschnationale Volkspartei, S. 54.

deutschnationalen Abgeordneten schriftlich geben lassen, dass sie sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stellten. Wenig später, im Mai 1927, vollzog sich dann das aufsehenerregende Schauspiel, dass die Partei des Monarchismus selbst ein Gesetz einzubringen half und einstimmig verabschiedete, das der Regierung erlaubte, dem ehemaligen Kaiser und preußischen König Wilhelm II. die Einreise nach Deutschland zu verbieten. Und dieses Gesetz war ausgerechnet das Republikschutzgesetz von 1922, dessen Verlängerung anstand und das diesen Paragraphen enthielt. Das Republikschutzgesetz war den Deutschnationalen verhasst, da sie es nicht zu Unrecht als gegen die Rechte gerichtet empfanden. Dass ein Teil der Abgeordneten bei der entscheidenden Abstimmung am 17. Mai fehlte, unter ihnen wieder einmal Hugenberg, änderte nichts am Ergebnis. Westarp und seine Fraktionskollegen hatten aus ihrer Sicht einen guten Grund, sich so zu verhalten: Mit der Regierungsbeteiligung wäre es ansonsten vorbei gewesen. Westarp unterstrich unfreiwillig die Bedeutung dieses pragmatischen Motivs, indem er erklärte, die Deutschnationalen lehnten selbstverständlich das Gesetz weiter ab.³¹

Die Außenwirkung ihres Verhaltens hatte die Fraktion vermutlich nicht vorhergesehen. Der parlamentarische Arm der monarchistischen Bewegung bewirkte etwas noch nie Dagewesenes: Anhänger wie Gegner der DNVP wurden (vorübergehend) geeint im Chor der Kritik am und im Hohn über den blanken Opportunismus, der allseits als Grund für diese Handlungsweise diagnostiziert wurde. Die Fraktion hatte sich nicht nur unglaublich gemacht. Es war schlimmer, sie hatte sich lächerlich gemacht. Im Reichstag ätzte der Sozialdemokrat Hermann Müller, die Deutschnationalen würden »am Kyffhäuser die Republik schützen, während sich Wilhelm II. in Dorn [sic] den Bart bei lebendigem Leibe durch den Tisch wachsen lassen kann«.³² Der Publizist Hellmut von Gerlach sprach in seinen Berichten, mit denen er die Carnegie-Stiftung über die politische Entwicklung in Deutschland informierte, davon, dass die Verlängerung des Republikschutzgesetzes mit dem Einreiseverbot für den Ex-Kaiser ein Schlag für die Monarchisten gewesen sei, die das Vertrauen in ihre parlamentarischen Vertreter ver-

31 Ohnezeit, Zwischen »schärfster Opposition« und dem »Willen zur Macht«, S. 377.

32 Zit. nach ebd., S. 378.

loren hätten. »Und diese Parlamentarier«, fuhr er fort, »sind in der öffentlichen Meinung in höchstem Maß diskreditiert wegen ihrer rein egoistischen Haltung.«³³

Der konservative Hauptverein, der der DNVP in kritischer Distanz nahestand, drohte mit der Abspaltung. Deutschnationale Ortsvereine schickten Protestbriefe. Parteiaustritte wurden mit dem »ehrlosen« Verhalten der Reichstagsfraktion begründet. Aus Doorn meldete sich der Ex-Kaiser, der allen Personen, Verbänden und Gruppen aus seinem Umfeld befahl, die DNVP zu verlassen.³⁴ Verlassen wurde die Partei in der Folgezeit aber nicht nur von Monarchisten, sondern auch von anderen Gruppen, die sich in der DNVP nicht mehr aufgehoben fühlten. Teile der landwirtschaftlichen Interessenvertreter etwa gründeten im Februar 1928 die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, die bei den Wahlen 1928 mit eigenen Listen antrat. Das Reichstagswahlergebnis vom Mai 1928 demonstrierte die schwindende Integrationskraft der DNVP vor aller Augen: Ihr Stimmenanteil sank von 20,4 auf 14,2 Prozent, die Reichstagsfraktion schrumpfte von 103 auf 73 Mandate.³⁵

Nach dieser Wahniederlage ging es in der Partei hoch her. Eine ideologische Auseinandersetzung startete Walter Lambach, der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, über den Programmpunkt des Monarchismus. Die gut organisierte und finanzstarke Interessenorganisation der rechtsstehenden männlichen Angestelltenschaft, der er vorstand, war neben dem Reichs-Landbund und dem Stahlhelm eine der wichtigen Basisorganisationen der Partei. Diese Verbände führten der DNVP Wähler aus den Reihen der Angestellten, der Landbevölkerung, der Veteranen und anderer national-militärischer Soldatenbünde zu. Außerdem waren sie unersetzliche Wahlkampfhelfer vor Ort, da vielerorts die DNVP ohne organisatorischen Unterleib war. Lambach war also im Parteizusammenhang eine maßgebliche Figur. Mit seinem Artikel »Monarchismus«³⁶ vom Juni

33 Bericht Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Stiftung vom Mai 1927, in: Holl/Wild (Hg.), *Ein Demokrat kommentiert Weimar*, S. 186f.

34 Ohnezeit, *Zwischen »schärfster Opposition« und dem »Willen zur Macht«*, S. 379f.

35 Dederke, *Reich und Republik*, S. 285.

36 Lambach, Walter, *Monarchismus*, in: *Politische Wochenschrift*, Nr. IV/24, 14. Juni 1928, abgedruckt in: Dörr, *Deutschnationale Volkspartei*, S. 554ff.

1928 zog er seine Konsequenzen aus den vorangegangenen Monaten und dem Ergebnis der Reichstagswahl. Sie liefen darauf hinaus, die für jüngere Wähler nicht mehr attraktive monarchistische Ausrichtung der DNVP zu relativieren und auch Republikaner in der Partei willkommen zu heißen. Dagegen trat erstmals Hugenberg mit einem programmatischen Artikel an die Öffentlichkeit: »Block oder Brei« lautete der Titel des im August 1928 erschienenen Beitrags in Hugenbergs politischem Kampfblatt *Der Tag*. »Brei« – das war laut Hugenberg der zu befürchtende Aggregatzustand einer DNVP, die ihre weltanschauliche Geschlossenheit aufgab: »Wir werden ein Block sein, wenn die eiserne Klammer der Weltanschauung uns zusammenschließt und in ihrer Umarmung alles, was weich und flüssig ist, zum Felsen gerinnen und zusammenwachsen lässt.«³⁷ Schon der ideologisch indifferente Titel des Artikels lässt erkennen, dass es Hugenberg nicht primär um Grundsatzeinstellungen, etwa die Stellung des Monarchismus für die Deutschnationalen, ging. Hugenbergs eiserne Umarmung all dessen, »was weich und flüssig ist« – die Metapher wäre eine Freude für jeden Psychoanalytiker –, lief auf die Umwandlung der Partei zu dem hinaus, was die Kommunisten Kaderpartei genannt hätten und Hugenberg, wie bereits gesagt, schon für den Alldeutschen Verband vorformuliert hatte: auf einen kleinen Kreis von Funktionären, der programmatische »Kuckuckseier« legte und das Sagen hatte; und auf einen organisatorischen Unterbau, der Geld beschaffen und Netzwerke bilden sollte und ansonsten nur der »Brocken« war, »der den Mitläufern hingeworfen« wurde. Das bedeutete allen voran die Kampfansage an die Fraktion, die ihre Entscheidungen – etwa für einen Regierungseintritt – nicht mehr selbst treffen sollte. Sie wäre fortan ausführendes Organ des obersten Führungskreises der Partei, gewissermaßen des Zentralkomitees.

Seit die Führungsfrage gestellt war, vollzogen sich die Auseinandersetzungen in den Landesverbänden. Sie mussten sich für oder gegen Hugenberg, für oder gegen mögliche andere Kandidaten entscheiden. In den Monaten bis zum 20. Oktober 1928, dem Termin der entscheidenden Parteivertretertagung, wurden diverse Varianten einer Neugestaltung der Führung diskutiert und verworfen, auch die einer Art Kollegialführung, die es erlaubt hätte, sowohl Westarp als auch

37 Hugenberg, Alfred: Block oder Brei, *Der Tag*, Nr. 207, 28. 8. 1928, abgedruckt in: Dörr, Deutschnationale Volkspartei, S. 587ff., Zitat S. 589.

Hugenberg an die Parteispitze zu setzen. Es lief schließlich auf eine Entscheidung für oder gegen Hugenberg und damit für oder gegen die bedingungslose Obstruktionspolitik der Partei hinaus. Im Vorfeld positionierten sich die 45 Landesverbände: 17 sprachen sich für Hugenberg und die Fundamentalopposition aus, 16 für den Westarp-Kurs, der Regierungsbeteiligungen nicht ausschloss; für Westarp selbst konnten sie nicht votieren, weil er nicht gegen Hugenberg antrat, sondern sich auf den Fraktionsvorsitz zurückzog. Zwölf Landesverbände blieben bis zum letzten Moment unentschieden.³⁸ Das Meinungsbild war also alles andere als eindeutig. Es spiegelte eher die gewohnte Zerrissenheit der DNVP wider als einen Ruck nach rechts. Sollte es zugunsten Hugenbergs gezielte Meinungsmache durch seine Zeitungen oder die Alldeutschen vor Ort gegeben haben, dann hatte sich deren Wirkung in überschaubaren Grenzen gehalten.

Am 20. Oktober fand dann die entscheidende Sitzung statt. Sie verlief einigermaßen ungeordnet. Als Gegenkandidat gegen Hugenberg wurde plötzlich Oskar Hergt aus dem Hut gezogen – ausgerechnet der Mann also, der als Partei- und Fraktionsführer nach der gespaltenen Abstimmung über den Dawes-Plan hatte zurücktreten müssen. Verblüffenderweise erhielt er bei einer geheimen Probeabstimmung fast so viele Stimmen wie Hugenberg. Die anschließend durchgeführte geheime Abstimmung fand über Hugenberg als einzigen Kandidaten statt. Er erhielt eine knappe Stimmenmehrheit; wie knapp, blieb selbst in Parteikreisen geheim. Doch scheint seine Mehrheit höchstens fünf Stimmen, wenn nicht weniger betragen zu haben.

Ein überwältigender Sieg hätte anders ausgesehen, vor allem da es keine Alternative gab. Hugenberg war und blieb offensichtlich ein Verlegenheitskandidat. Ebenso offensichtlich war der neue Parteiführer nicht wirklich von einer massenhaften ideologischen Mobilisierung der Parteimitgliedschaft an die Spitze getragen worden. Westarp selbst fand es, aus den 1930er Jahren zurückblickend,³⁹ »paradox«, dass »Hu-

38 Ohnezeit, Zwischen »schärfster Opposition« und dem »Willen zur Macht«, S. 57, 442f.

39 Westarp, Konservative Politik, S. 179. Das Manuskript der Westarp'schen Erinnerungen, aus dem dieser Passus stammt, war nicht zur Veröffentlichung im »Dritten Reich« bestimmt. Seine Formulierungen dürften also kaum durch den Gedanken an die Zensur beeinflusst gewesen sein.

genberg und seine Gruppe schließlich auch gegen mich ins Feld geführt« hatten, der Machtwechsel an der Spitze der Partei sei unter der »Parole ›Kampf dem System‹« erfolgt. Er, Westarp, habe doch selbst diese Parole gleich nach 1918 ausgegeben und damit den Kampf »gegen die republikanische Verfassung als solche« und gegen die durch sie an die Macht gekommene Sozialdemokratie verkündet und durchgesetzt. Zwischen Westarps und Hugenbergs politischen Grundpositionen waren in der Tat keine prinzipiellen Unterschiede auszumachen. Das dürfte Westarp auch daran gehindert haben, Hugenbergs Parteiübernahme entgegenzutreten. Ihm blieb nur sein Mantra, die Partei müsse zusammengehalten und der Fraktion ermöglicht werden, sich an Regierungen zu beteiligen, um aktive Interessenpolitik betreiben zu können. Davon war ein Teil der Partei und der Fraktion ohnehin überzeugt. Der andere Teil war jedoch unter keinen Umständen dazu bereit. Diese Spaltung existierte seit Beginn der Weimarer Republik und drückte sich im Beinahe-Patt des Führungswechsels von 1928 erneut aus. Westarp und die Anhänger seines Kurses hätten, um das Patt zu ihren Gunsten überwinden zu können, eine Sprache finden und Botschaften mobilisieren müssen, die den Konflikt auf eine andere Ebene gehoben hätten. Eine solche Sprache stand ihnen jedoch nicht zur Verfügung, denn hinsichtlich der Einstellungen zur Demokratie passte zwischen die beiden Teile der Partei kein Blatt.

Nachzulesen ist das in einer Broschüre Westarps von 1932, in welcher er verkündete, man stehe *Am Grabe der Parteiherrschaft*⁴⁰ und das sei gut so. Er war inzwischen aus der Partei ausgetreten. Nicht weil sie hugenbergisch geworden war, wie hier deutlich wird, sondern weil es Westarp zufolge endlich so weit sei, dass das »Parteiregiment« an sein verdientes Ende gekommen sei. Dessen Grundübel sei gewesen, dass die Parteien, »zur alleinigen Führung des Staates berufen, vor eine Aufgabe gestellt waren, die sie nicht lösen können, weil sie in ihrem Bestand und in ihrer Stärke auf das Massenwahlrecht angewiesen sind«.⁴¹ Darum ging es: um die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und damit der Abhängigkeit der Regierungen und Parteien von der Masse der Wähler und Wählerinnen. Das war der Kernsatz der anti-egalitären »Eigentumskultur«, der Westarp wie Hugenberg angehörten. In

40 Westarp, *Am Grabe der Parteiherrschaft*.

41 Ebd., S. 87.

völliger Übereinstimmung mit Hugenberg war darüber hinaus auch Westarp dafür, dass es statt einer vom Parlament abhängigen Regierung eine starke Spitze des Staates geben sollte, die durch das Parlament weder getragen werden musste noch gestürzt werden konnte.⁴²

Was sie allerdings in den letzten Jahren der Republik unterschied, war die Haltung gegenüber den Nationalsozialisten. Westarp würdigte den Anteil, den die Wahlerfolge der NSDAP an der »Götterdämmerung der Parteien«⁴³ hatten. Doch sah er genau darin auch den Schwachpunkt, habe die Partei sich doch »von Kopf bis zu Fuß [sic] auf Parlamentarismus eingestellt [...]. Durch Massenagitation kann man die Massenherrschaft nicht überwinden. Der Stimmzettel gleicht nicht dem Speere Parsivals, der die Wunden heilt, die er geschlagen hat.«⁴⁴

Westarp hatte in gewisser Weise recht: Nicht durch Wahlerfolge als solche wurde Adolf Hitler Anfang 1933 Reichskanzler, sondern durch den starken Mann an der Spitze, Hindenburg, der ihn berief, als die Wahlerfolge in der zweiten Reichstagswahl von 1932 abzuflachen begannen und die Nationalsozialisten finanziell am Ende waren. Und auch Hugenberg, der sich bereitfand, in das Kabinett Hitler einzutreten, hatte seinen Anteil an Hitlers Ermächtigung. Zwar war auch Hugenberg kein Anhänger Hitlers. Für ihn wie für die meisten anderen Vertreter der »Eigentumskultur« waren die egalitären Töne, welchen die Nationalsozialisten einen erheblichen Anteil ihres Zuspruchs verdankten, ein Gräuel. Doch machte Hugenberg die Wahlerfolge der NSDAP überhaupt erst möglich, indem er die ohnehin nachlassende Integrationskraft der DNVP auf der rechten Seite des Wählerspektrums weiter schwächte. Sein bedingungsloser Obstruktionskurs ließ binnen Kurzem die Deutschnationalen auf der Führungs-, Mitglieder- und Wählerebene »durch Reinheit zur Kleinheit«⁴⁵ schrumpfen. Ihr Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen sank von gut 20 Prozent der Stimmen im Dezember 1924 auf gut 14 Prozent 1928 und gut sieben Prozent bei der letzten freien Reichstagswahl im November 1932.⁴⁶ Die heimatlos

42 Ebd., S. 126 ff.

43 Ebd., S. 98.

44 Ebd., S. 105.

45 Max Habermann in der *Deutschen Handelswacht*, dem Zentralorgan des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes, Nr. 14 (874) vom 25. Juli 1928, zit. nach Ohnezeit, Zwischen »schärfster Opposition« und dem »Willen zur Macht«, S. 441.

46 Dederke, Reich und Republik, S. 285.

gewordenen Wählerinnen und Wähler fanden sich, teilweise über Zwischenstationen bei diversen Splitterparteien, schließlich massenhaft bei den Nationalsozialisten wieder. Die Presseunterstützung des Hugenberg-Konzerns für die Nationalsozialisten war im Vergleich dazu weit weniger durchschlagend, wenn auch nicht unwichtig: Das von Hugenbergs DNVP zusammen mit anderen rechten Parteien und Verbänden inklusive der NSDAP im Jahr 1929 betriebene Volksbegehren gegen den Young-Plan verschaffte Hitler und seiner Gefolgschaft erstmals flächendeckende Aufmerksamkeit in der rechtsbürgerlichen Presse. Diese hatte die NSDAP bis dahin weitgehend ignoriert und ihr so einen Status jenseits des nationalistischen Mainstreams zugewiesen. Ab 1929 war es mit dieser Ausgrenzung vorbei.

Als wirtschafts-, agrar- und arbeitsmarktpolitischer Superminister im Kabinett Hitler verschwand Hugenberg Anfang 1933 für einige Monate hinter seinen ministeriellen Aktenbergen, hinter denen er auch dann nicht hervorkam, als – neben den hauptsächlich attackierten Juden, Linken und anderen Oppositionellen – auch einige Deutschnationale Opfer der »spontanen« Aggressionen von SA-Trupps und NS-Parteigliederungen wurden oder unter ungeklärten Umständen »Selbstmord« begingen. Er verabschiedete die kleine Gruppe des DNVP-Führungspersonals, die ihm bis zur Auflösung der DNVP Mitte 1933 noch Gefolgschaft leistete, mit den Worten: »Wenn in einiger Zeit die Mitteilung verbreitet werden sollte, ich hätte Selbstmord begangen, dann bitte ich davon überzeugt zu sein, dass dies nicht der Wahrheit entspricht.«⁴⁷

Er würde das Ende des »Dritten Reichs« bei guter Gesundheit erleben. Die unermesslich furchtbaren Folgen, zu welchen unter anderem sein Verhalten führte, sollten nicht dazu verleiten, das Entscheidende an der Geschichte seiner kleinen »Machtergreifung« von 1928 zu übersehen, die in gewisser Weise das Vorspiel zur großen »Machtergreifung« von 1933 darstellte: Es war keine Geschichte eines starken Mannes von rechts, der mithilfe seines Pressekonzerns und alldeutscher Fanatiker eine Partei im Sturm kaperte. Es war die Geschichte einer ohnehin bereits in starker Schräglage befindlichen unmöglichen Partei, deren Bedeutungsverlust seit 1928 durch den Parteivorsitzenden Hugenberg beschleunigt wurde. Unmöglich, weil die an Interessenpo-

47 Schmidt-Hannover, Umdenken oder Anarchie, S. 354.

litik interessierten Mitglieder und Finanziere der Partei zwar eine Massenbasis brauchten, um ins Parlament zu kommen – aber keine Massenbasis, die nichts mit den Regierungsbildungen zu tun haben wollte. Und weil die bedingungslosen Gegner der Republik zwar auch in die Regierung wollten, aber nur eine solche, in der sie auf einen Systemwechsel hinarbeiten konnten. Gefangen in der Binnendynamik ihrer beiden gegenläufigen Bewegungsrichtungen, erging es der Partei wie einem Nachtwandler, der auf der Mittelplanke einer Autobahn balanciert: Es genügte ein Stups, und sie kam unter die Räder.

Die Tatsache, dass ihr letzter Vorsitzender über einen Medienkonzern verfügte, war demgegenüber für den folgenreichen Niedergang der Partei weit weniger bedeutsam. Seinem knappen Sieg bei der Wahl zum Parteivorsitzenden war eine innerparteiliche Mobilisierung vorausgegangen, die möglicherweise auch durch Hugenbergs Zeitungen und deren Kritik an Westarp und der Reichstagsfraktion befördert worden war. Einen solchen Zusammenhang kann man weder ausschließen noch belegen. Allerdings war das Wahlergebnis so entschieden unentschieden, dass sehr fraglich ist, ob sich im Vorfeld der Parteivertretertagung vom Oktober 1928 überhaupt viel an den innerparteilichen Mehrheitsverhältnissen geändert hatte. Oder ob sich in Hugenbergs Wahlergebnis schlicht die Spaltung der DNVP abbildete, wie es sie seit 1918/19 gegeben hatte. Denn dass in den vorangegangenen Jahren die Fraktionskritiker innerhalb der Partei keine Minderheitenposition vertreten hatten, kann als sicher gelten; ihren Stimmenanteil auf etwa die Hälfte zu bringen, erforderte keinen größeren Mobilisierungsaufwand.

War also für den parteipolitischen Machtantritt Hugenbergs seine Eigenschaft, Lenker eines Medienkonzerns zu sein, kaum entscheidend, so galt dies auch für die Folgen seiner Parteiführerschaft: Den Absturz in der Wählergunst hat Hugenbergs Medienimperium offenkundig nicht verhindern können.

Die »Bösen Onkel«, Stanley Baldwin und die britischen Konservativen

Anfang Februar 1919 saß der britische Ökonom John Maynard Keynes im Londoner Finanzministerium beim Tee. Es war der Tag, an dem das neu gewählte Unterhaus zusammentrat. Da steckte Stanley Baldwin, ein Mitglied der Konservativen Partei und ebenso wie Keynes während des Kriegs Mitarbeiter des Finanzministeriums, seine Nase durch die Tür. Keynes fragte Baldwin, was für einen Eindruck die neuen Abgeordneten machten.⁴⁸ Baldwin gab daraufhin den Kommentar, den Keynes in seinem berühmten, 1919 erschienenen Buch *The Economic Consequences of the Peace* als Aussage eines Anonymus unsterblich gemacht hat: »Es sind Leute mit harten Gesichtern [...], die aussehen, als hätten sie im Kriege sehr gute Geschäfte gemacht.«⁴⁹

Der damals 51-jährige Baldwin würde in den 1920/30er Jahren zu einem der umstrittensten konservativen Parteiführer und zum Premierminister Großbritanniens werden. In den historischen Zitatenschatz eingegangen ist er ein weiteres Mal, diesmal namentlich, mit einer Passage der Wahlkampfrede, die er 1931 gegen die politischen Aspirationen der *press barons*, der Besitzer großer Presseunternehmen, hielt. Baldwin prangerte die Macht ohne Verantwortung (»power without responsibility«) an, auf welche die Presse magnaten Beaverbrook und Rothermere aus seien und die nichts anderes sei als das historische Vorrecht der Hure (»the prerogative of the harlot throughout the ages«). Vorausgegangen war dieser Rede während einer Nachwahl im Londoner Wahlkreis St. George's eine jahrelange, nicht nur publizistisch ausgetragene Fehde zwischen dem konservativen Parteiführer und den Pressezaren, in der es um die Führung und die politische Ausrichtung der Konservativen Partei ging.

Diese Fehde war schon seit Beginn der 1920er Jahre ein Running Gag in der politisch interessierten britischen Öffentlichkeit. Das lag

48 Williamson/Baldwin (Hg.), Baldwin Papers, S. 40.

49 Keynes, Krieg und Frieden, S. 92.

nicht zuletzt an dem neuseeländischen Karikaturisten David Low, der damals gerade seine Karriere in Großbritannien startete. Er war während des Wahlkampfes vor den Unterhauswahlen 1924 beim liberalen *Star* tätig und versinnbildlichte die Attacken Beaverbrooks und Rothermeres auf den Spitzenkandidaten der Konservativen, Baldwin, in seiner Karikatur *The Babe in the Wood*.



The Star, 4. Dezember 1923 © David Low / Solo Syndication

Das Baby ist Baldwin, der sich im Gestrüpp seines auf protektionistische Zollpolitik begründeten Wahlkampfes verheddert hat; die Schur-

ken, die ihn im Wald ausgesetzt haben, sind Rothermere und Beaverbrook. Jeder in England kannte die Märchenerzählung vom bösen Onkel, auf dessen Geheiß die Kinder seines verstorbenen Bruders im Wald ausgesetzt werden, weil der Onkel ihr Erbe für sich behalten will. Seither haftete den beiden *press barons* der Spitzname *wicked uncles* an.

Low verarbeitete die sich entwickelnde Fehde der *wicked uncles* gegen Baldwin und die Berichterstattung anderer Zeitungen über diese Fehde weiter, indem er das Motiv der *plot press* kreierte: die schlapphuthbewehrten *press barons*, beobachtet bei allerhand verschwörerischem Tun. Als Baldwin dann nach der verlorenen Wahl 1924 in einem Interview von *The People* mit der Aussage zitiert wurde, Beaverbrook und Rothermere seien »men that I would not have in my house. I do not respect them«,⁵⁰ war das öffentliche Bild der voll entbrannten Fehde zwischen Baldwin und den beiden Presse magnaten komplett. Von ihm lässt sich leicht der Bogen bis zu Baldwins Rede über »power without responsibility« von 1931 schlagen, die dann, nach einem Kampf zwischen den *press barons* und dem Parteivorsitzenden Baldwin um die Führung und die politische Richtung der Konservativen Partei seit deren schlechtem Wahlergebnis von 1929, den Sieg des Politikers über die Presse gebracht habe. So wird die Geschichte gern erzählt. Diese Erzählung aus primär mediengeschichtlicher Perspektive ist jedoch unvollständig und, wenn sie nicht in die politische und Parteiengeschichte der britischen Zwischenkriegszeit eingebunden wird, erkenntnisverstellend. Denn sie lässt im Dunkeln, dass die Geschichte gleichzeitig und vor allem eine der Richtungskämpfe in der Konservativen Partei war und dass Baldwin dank der unfreiwilligen Mithilfe der *press barons* wider Erwarten in diesen parteiinternen Kämpfen siegen konnte.

Baldwin bestritt damals die Authentizität des *People*-Interviews. Nach Meinung derjenigen, die mit Baldwins Ansichten vertraut waren, hatte es jedoch durchaus Wiedererkennungswert. Das galt auch für die harschen Äußerungen über führende konservative und liberale Politiker, mit denen Baldwin zitiert wurde. Sie betrafen die Mitglieder der Koalitionsregierung, die nach den Wahlen im Dezember 1918 bis 1922

50 *The People*, 18. 5. 1924, abgedruckt in: Williamson/Baldwin (Hg.), *Baldwin Papers*, S. 489–493, Zitat S. 492.

regiert und dann durch eine konservative Palastrevolution, an der Baldwin wesentlich beteiligt gewesen war, ihr Ende gefunden hatte. Für Baldwin war diese Koalition des Liberalen David Lloyd George mit den Konservativen (in der er selbst ab April 1921 als President of the Board of Trade Kabinettsrang haben würde) eine durch und durch »sinister and cynical combination«.⁵¹ Sie wurde von den Leuten mit harten Gesichtern, die aussahen, als hätten sie im Krieg sehr gute Geschäfte gemacht, getragen und gestützt, die er Anfang 1919 ins Unterhaus einziehen gesehen hatte. Und in diesen Personen und ihrer Politik war für Baldwin verkörpert, was er verabscheute: eine Politik ohne ethisches Fundament, motiviert durch Partei- oder andere Interessen; eine Politik, die Menschen und ihr Leben als Mittel zum Zweck einsetzte; eine Politik, die die quälende Frage, ob die Toten des Weltkriegs umsonst gestorben seien, im Raum stehen ließ. Denn, so Baldwin in einer Rede von 1928, umsonst gestorben seien die Weltkriegstoten, »if you and I live in vain«,⁵² wenn also die Nachlebenden nur für sich selbst statt für die Gemeinschaft aller lebten.

Baldwin und seine Partei

Über Stanley Baldwin ist, wie sein Biograf Philip Williamson feststellt, mehr Unsinn geschrieben worden als über jeden anderen modernen Premierminister.⁵³ Das liegt daran, dass Baldwin in mehrerlei Hinsicht als ein unmöglicher Parteiführer der Konservativen erschien. Mit ihm tauchte ein bis dahin völlig unauffälliger Parlamentarier abrupt auf der politischen Vorderbühne auf, dessen plötzlicher Aufstieg für ihn selbst ebenso unvermutet kam wie für seine Umgebung und der dieser Überraschung dann so viele weitere hinzufügte, dass sein Bild in der Geschichte in allen Farbschattierungen schillert. Doch Baldwin war keine schillernde Persönlichkeit: Er präsentierte sich nicht nur als einfacher Engländer vom Land, der von den Karikaturisten mit Vorliebe als pfeifenrauchender Landmann mit dem selbstgezogenen Schwein unter dem Sessel dargestellt wurde. Der leidenschaftliche Wanderer Baldwin

51 Ebd., S. 492.

52 Stanley Baldwin in einer Rede in Welbeck Abbey, 28. Mai 1928, zit. nach Williamson, Stanley Baldwin, S. 215.

53 Williamson, Stanley Baldwin, S. 1.

drückte sein eigenes Gefühl der Deplatziertheit auf höchstem Posten einmal so aus: »I was meant for a tramp and Fate took me by the dusty seat of the breeches and dumped me in the seats of the mighty.«⁵⁴

Ein nicht unerheblicher Teil des Zuspruchs, den Baldwin bei breiten Wählerschichten fand und der ihn für seine oft mit ihm hadernde Partei zu einem unersetzlichen Trumpf in Wahlkämpfen machte, beruhte auf dieser Präsentation seines politischen Selbst. Sie hätte zu vielen seiner Fehler gepasst, die man auf Naivität, Ungeschicklichkeit oder Mangel an Raffinesse zurückführen könnte, stünde dem nicht entgegen, wie souverän Baldwin bei anderen Gelegenheiten taktierte, Handlungsfolgen vorausberechnete und Gegner ausmanövrierte. Da er sich weigerte, der Nachwelt Memoiren zu hinterlassen – er hielt sich für schriftstellerisch zu wenig begabt –, steht die Geschichtsschreibung seiner Person kaum schlauer gegenüber als es die Zeitgenossen taten. Sicher ist nur, dass diese politische Persona Baldwins als pfeiferauchender Landmann der britischen Politik der Zwischenkriegszeit eine Führungspersönlichkeit verschaffte, die von denjenigen, die bis dahin an der Spitze des Landes und der Tories gestanden hatten, ebenso weit entfernt war wie von den Nachkriegsführern neuen Typs, wie sie allen voran vom italienischen Diktator Benito Mussolini verkörpert wurden. Das Vereinigte Königreich war, so sahen es viele in der eigenen Partei, mit einem zur Führung unfähigen Spitzenmann geschlagen. Rückblickend erscheint es eher so, als ob Baldwins Verkörperung des Anti-Führers, der die harte Hand vermissen ließ, der ein Meister im Aufschieben schwieriger Entscheidungen war, der sich eher als Erzieher denn als Politiker zu verstehen schien, dessen moralische Integrität über jeden Zweifel erhaben war und der den von vielen Konservativen ersehnten harten Kurs gegen die Labour-Partei und die Gewerkschaften verweigerte, nicht das Schlechteste war, was dem Land und der Partei passieren konnte.

Baldwin selbst war auf hohe Ämter gar nicht aus, als er 1922 den Schritt tat, der ihn zur Macht katapultierte. Er war nicht Abgeordneter geworden, um eine Karriere zu starten, sondern um eine solche abzurunden: Als Erbe eines metallverarbeitenden Unternehmens in Worcestershire hatte er in einer Tätigkeit im Unterhaus mehr eine tradi-

54 Brief Stanley Baldwins an Kathleen Hilton Young vom 3. September 1924, zit. nach Williamson/Baldwin (Hg.), Baldwin Papers, S. 154.

tionelle Vervollständigung des Lebenslaufs gesehen. Nach neun eher unauffälligen Jahren als Hinterbänkler hatte er 1917 einen Posten mittlerer Bedeutung im Finanzministerium inne, bevor er 1921 als Vorsitzender des Board of Trade Mitglied von Lloyd Georges zweitem Koalitionskabinett wurde. Er teilte nach Kriegsende mit vielen seiner Parteigenossen den zunehmenden Widerwillen dagegen, sich parteipolitisch dem starken liberalen Premier unterzuordnen, was die Formulierung genuin konservativer Politik unmöglich machte. Die Kritik an Lloyd George eskalierte, als dieser 1922 plötzlich auf einen harten Konfrontationskurs gegenüber der türkischen Regierung ging, die drohte, militärisch gegen die alliierte Besetzung von Teilen des türkischen Territoriums vorzugehen. Baldwin und andere befürchteten, der Premier sei auf einen Krieg gegen die Türkei aus, um unter seinem Eindruck Wahlen durchführen und mit dem Bonus des Kriegspremiers erneut gewinnen zu können. Hier zog Baldwin den Schlusstrich. Auf der entscheidenden Parteisitzung im Carlton Club im Oktober 1922 erklärte er, wegen Lloyd Georges Politik von seinem Amt zurückzutreten. Zum eigentlichen Beginn seiner Karriere wurde diese Äußerung eines in der Parteihierarchie unmaßgeblichen Mannes dadurch, dass sich maßgeblichere Parteimitglieder, insbesondere der Parteiführer Andrew Bonar Law, Baldwins Kritik anschlossen und damit das Ende der Koalition besiegelt war.

Da die oberen Ränge der Parteihierarchie, soweit sie in der Koalitionsregierung Ämter und Würden gehabt hatten, politisch erst einmal »verbrannt« waren, zog »David with a sling« – so rückblickend Baldwin über seine Rolle 1922⁵⁵ – auf der Überholspur an der Spitze der Partei vorbei und wurde nach dem gesundheitlich bedingten Rückzug Bonar Laws 1923 selbst Parteiführer und Premierminister. Konnten ihm schon viele der vorübergehend Ausgebooteten seinen ungewöhnlichen Aufstieg lange nicht verzeihen, erschien er ihnen und anderen in seinen neuen Rollen als noch unmöglicher, weil er sie umgehend wieder aufs Spiel setzte. Er wollte, als genuin konservative Antwort auf die aktuellen wirtschaftlichen Probleme des Landes und die hohe Arbeitslosigkeit, Schutzzölle einführen. Doch fühlte er sich verpflichtet, das von

55 Tagebuch des kanadischen Politikers William Mackenzie King, 8./9. September 1928 über ein Gespräch mit Stanley Baldwin, zit. nach Williamson/Baldwin (Hg.), Baldwin Papers, S. 210.

seinem Vorgänger Bonar Law gegebene Versprechen einzuhalten, einen Wechsel vom Freihandel zum Protektionismus nicht ohne vorherige Befragung der Wählerinnen und Wähler durchzuführen. Diese sagten in der Wahl Ende 1923 mehrheitlich Nein, was nicht verwunderlich war: Seit annähernd hundert Jahren war zwischen Freihändlern und Protektionisten erbittert gestritten worden; die Frage hatte quasireligiöse Dimensionen angenommen und rief bei den Industriellen Ängste vor Lohnerhöhungen und bei den Lohnabhängigen Ängste vor der Verteuerung der Lebenshaltung auf den Plan, die wie Wahlgeschenke an die liberale und die Labour-Partei wirkten.

Baldwin überließ das Feld den anderen, statt um den Machterhalt zu kämpfen, indem er die Bildung einer Minderheitenregierung versuchte. Er fand, die Labour-Partei sollte sich ruhig einmal in der Regierungsrolle erproben. Diese Probe fiel aus verschiedenen Gründen so kurz aus, dass im Jahr 1924 erneut gewählt werden musste. Diesmal fuhren die Konservativen, mangels Alternativen erneut mit dem Spitzenkandidaten Baldwin, einen glänzenden Sieg an den Wahlurnen ein. Baldwin kehrte in die Downing Street Nr. 10 zurück, mit einem Kabinett, in das er einige Mitglieder der 1922 gestürzten Koalitionsregierung aufnahm, um innerparteilich Frieden zu stiften. Baldwin war jetzt vorerst unangreifbar, erschien aber nach allem, was geschehen war, seinen innerparteilichen Gegnern nicht weniger unmöglich als zuvor.

Es gibt allerdings noch einen weiteren Grund dafür, dass Baldwins historische Rolle als Parteiführer und als Premier so schwierig zu bemessen ist: Er hatte diese Positionen in völlig neuartigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und innen- wie außenpolitischen Situationen inne. Sie stellten Anforderungen, denen sich keiner seiner Vorgänger ausgesetzt gesehen hatte. Was unter diesen neuen Bedingungen ein guter Parteiführer oder Regierungschef war, musste gewissermaßen erst erfunden werden, was Baldwin dann auch auf seine unerwartete und individuelle Weise, oft zur Verzweiflung seiner Partei, tat. Er war der erste Premierminister, der die Unwägbarkeiten des Massenwahlrechts voll zu spüren bekam. Die Zustimmung zur Wahlrechtsreform von 1918, die der Mehrheit der über 21-jährigen Männer und einem Teil der über 30-jährigen Frauen das Wahlrecht gab und die Zahl der Wahlberechtigten von etwa 7,7 Millionen auf 21,4 Millionen ansteigen ließ, war den Konservativen während des Krieges von den Liberalen abgerungen worden. Damals hatte die Tory-Partei aus patriotischen Gründen zu-

gestimmt, dass den Soldaten die politische Mitbestimmung nicht vor-
 enthalten werden konnte. Doch mit den Veränderungen der vertrauten
 politischen Landschaft durch die neue Massenwählerschaft kamen
 nach 1918 viele Konservative nicht zurecht. Das galt nicht nur für die
 sogenannten *die-hards*, die am liebsten gesehen hätten, wenn dieser
 Wandel wenigstens partiell wieder rückgängig gemacht worden wäre.
 Das galt auch für viele andere, die sich in der neuen Unübersichtlich-
 keit und Unberechenbarkeit unwohl fühlten. Etwa für Austen Cham-
 berlain – in den 1920er Jahren Finanz- beziehungsweise Außenminister
 und Halbbruder des späteren Premierministers Neville Chamberlain –,
 der sich vor den weiblichen Wählern fürchtete.⁵⁶ Und für den der pu-
 blizitätsträchtige Wahlkampfstil Randolph Churchills 1935 – als der
 Journalist und Sohn Winston Churchills für das Unterhaus kandi-
 dierte – Ausdruck einer strukturellen Schwäche der auf dem Massen-
 wahlrecht beruhenden Demokratie war: »[H]e [Randolph Churchill,
 U. D.] took advantage of the desire for change, the seeking after the
 same new thing, the love of a stunt which is one of the chief elements in
 the life of the mass of electors today, of whom so few are definitely at-
 tached to any party or any political creed. A film star could win almost
 any seat in the country.«⁵⁷ Oder für Leopold Amery, Kolonialminister
 in Baldwins zweiter Regierung 1924–1929, der – ausgerechnet ange-
 sichts eines erdrutschartigen Wahlsiegs der eigenen Partei 1931 – ernst-
 haft besorgt über die Volatilität der Wählerschaft und ihre, wie er
 meinte, extrem starke Beeinflussbarkeit durch die Massenmedien, vor
 allem das neue Medium Radio, war.⁵⁸

Auch für Baldwin war die neue Massenwählerschaft eine Gefahr:
 »Democracy has arrived at a gallop in England, and I feel all the time
 that it is a race for life: can we educate them before the crash comes?«⁵⁹

56 Austen Chamberlain in einem Familienbrief vom 20. Oktober 1923, in: Self (Hg.), *Austen Chamberlain Diary Letters*, S. 233.

57 Ebd., S. 475 (Eintrag vom 9. Februar 1935). Es handelte sich um die Nachwahl in Liverpool-Wavertree, bei der Randolph Churchill gegen den offiziellen konservativen Kandidaten angetreten und der Labour-Kandidat der lachende Dritte war, der den Wahlkreis gewann.

58 Barnes/Nicholson (Hg.), *The Empire at Bay. The Leo Amery Diaries*, S. 212 (Eintrag vom 27. Oktober 1931).

59 Stanley Baldwin in einem Briefentwurf (nicht abgesandt) an Lord Irwin vom 26. Juni 1927, zit. nach Williamson/Baldwin (Hg.), *Baldwin Papers*, S. 196.

Wie diese Bemerkung bereits andeutet, reagierte er darauf allerdings als Erzieher. Die Menschen müssten zur Demokratie erzogen werden, denn: »[T]his post-War world is full of pre-War minds.«⁶⁰ Den berühmten Appell aus der Rede Präsident Woodrow Wilsons vor dem Kongress am 2. April 1917 – »The world must be made safe for democracy« – wandelte er dementsprechend ab in die Aufgabe, »to make democracy safe for the world«.⁶¹ Über ein entsprechend positives Menschenbild, das diese Entwicklung als möglich erscheinen ließ, verfügte Baldwin im Gegensatz zu vielen seiner Parteigenossen. Seine zahlreichen Reden, für die er gern regelmäßig das Londoner Regierungsviertel verließ, dienten nicht zuletzt diesem Zweck. Sein Bekanntheitsgrad und offensichtlich auch seine Beliebtheit im Land stiegen insbesondere durch seine Radioansprachen, in denen er sich (wie der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt jenseits des Atlantiks) als Meister der privatisierenden Ansprache erwies, die dieses neue Medium möglich machte. In ihnen vertrat Baldwin eine paternalistische Auffassung der demokratischen Gesellschaft, die der konservativen »Eigentumskultur« und ihrem anti-egalitären Weltbild verpflichtet blieb. Doch entwarf der Premierminister mit seiner Betonung der Pflichten aller Bürgerinnen und Bürger, seien sie reich oder arm, eine inklusive Gesellschaft, die niemanden ausschloss und den Kampf der Klassen von oben wie von unten überflüssig zu machen versprach. Mit den wirtschaftlichen und sozialen Realitäten und Widersprüchen der britischen Gesellschaft, an denen Baldwins Politik auch nichts ändern würde, hatte das wenig zu tun. Er formulierte jedoch so etwas wie eine konservative Utopie, die dazu beitrug, die Integrationskraft der konservativen Partei weit über die einkommensstarken Gruppen hinaus sogar unter den extremen Bedingungen der Weltwirtschaftskrise zu erhalten, statt, wie die harte Fraktion der konservativen britischen »Eigentumskultur« es vorgezogen hätte, auf Konfrontationskurs gegen die Linke zu gehen. Auch die Tories galt es seiner Meinung nach zu erziehen: Die Aufgabe sei es gewesen, wie er nach seinem Rückzug aus dem politischen Leben formulierte, die Tory-Partei auf eine nationale

60 Stanley Baldwin im Unterhaus, 29. März 1933, zit. nach ebd., S. 143f.

61 Zit. nach ebd., S. 205.

statt auf eine parteipolitische Orientierung hin auszurichten.⁶² Also behandelte er die Labour-Partei wie einen selbstverständlichen Bestandteil der Parteienlandschaft und verhandelte mit den Gewerkschaften auch zur Zeit des Generalstreiks von 1926, als andere Konservative wie Winston Churchill gewaltsam mit den Organisationen der Arbeiter aufräumen wollten. Auch diese politischen und wirtschaftlichen Gegner hielt Baldwin für erziehbar – und war damit auf seine Weise erfolgreich: Ohne Baldwins Einhegung der Labour-Führung hätte es wohl kaum die Spaltung dieser Partei 1931 gegeben, die den Konservativen das politische Geschäft enorm erleichterte und zur Baldwin'schen Version einer Koalitionsregierung führte, dem National Government von 1931–1935, das die Folgen der Weltwirtschaftskrise aussitzen konnte. Diejenigen Konservativen, denen eine scharfe Bekämpfung Labours und der Gewerkschaften am Herzen lag, kamen neben Baldwin nicht zum Zuge, verstärkten jedoch die innerparteiliche Animosität.

Letzteres galt auch für die einflussreichen Empire-Politiker der Partei, die die ersten Schritte in Richtung auf die vertragliche Fixierung der indischen Selbstregierung stark missbilligten. Sie würden – zusammen mit den *die-hards*, den von der neuen Form der Demokratie Entnervten und allen, die lieber einen Führer à la Mussolini am Werk gesehen hätten statt den versöhnlichen, etwas erratischen, in längeren Zeiträumen denkenden und unangenehme Entscheidungen verschiebenden »queer little man«⁶³ Baldwin – die anwachsende Gruppe bilden, die mit Baldwins Führung zutiefst unzufrieden war und, nach der verlorenen Wahl von 1929 zeitweise in der Mehrheit, vor der Revolte stand.

Die Pressezaren und die Führungskrise der Konservativen

Neben der Massendemokratie, der Labour-Partei und Gewerkschaftsbewegung, dem Generalstreik, der heiklen Indienfrage und der Weltwirtschaftskrise sowie später dem Aufkommen der kontinentalen Diktaturen gehörte zu den neuen Bedingungen, unter denen sich Politik

62 Stanley Baldwin an Pepys-Whiteley, 15. Februar 1941, zit. nach Williamson, Stanley Baldwin, S. 219.

63 So der konservative Unterhausabgeordnete Cuthbert Headlam über Baldwin in einem Tagebucheintrag vom 30. März 1928; Ball (Hg.), Parliament and Politics, S. 144.

nach 1918 vollzog, noch etwas Weiteres: nämlich die grundstürzende Umbildung der Presselandschaft durch die neuen Pressekonzerne mit ihren auflagenstarken Blättern und ihren politisch mitunter hyperaktiven Besitzern. Diese hatten sich bereits vor 1914 und während des Krieges bemerkbar gemacht. Lord Northcliffe und seine *Daily Mail*, George Riddell und seine *News of the World* und andere hatten die Struktur der Presselandschaft nachhaltig verändert: Neben den eingebürgerten politischen Presseorganen, die traditionell so eng an den Parteien ausgerichtet waren, dass ihre Nachrichtengebung und Kommentierung vorhersehbar blieb, standen nunmehr nationale Zeitungen und ganze Pressekonglomerate, deren politische Ausrichtung je nach den Wünschen der Besitzer wechseln konnte. Das brachte für die Politik eine neue Unwägbarkeit ins Spiel, die die Presse der Zwischenkriegszeit nachhaltig prägte. Lloyd George hatte als Premierminister darauf reagiert, indem er einzelne Pressemagnaten zu seinen Verbündeten machte. Er zog sie, wie Riddell, in seine nächste Umgebung, gab ihnen, wie Northcliffe oder Beaverbrook, politische Posten und Aufträge oder verlieh ihnen Titel und Oberhaussitze. Während Lloyd Georges Zeit als Premierminister schnellte die Zahl von Pressebesitzern unter den Nobilitierten empor, was als Gegenleistung publizistisches Wohlverhalten erbrachte und außerdem viel Geld in Lloyd Georges Kassen spülte. Während zur Zeit von Lloyd Georges Vorgänger Herbert Henry Asquith pro Jahr durchschnittlich 29 Geschäftsleute und ein Zeitungsbesitzer die Peerswürde erhalten hatten, waren es zur Zeit Lloyd Georges 106 Geschäftsleute und 8 Zeitungsbesitzer im Jahresdurchschnitt.⁶⁴ Der *honours scandal*, der seither schwelte und in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre publik wurde, wurde zum sinnfälligen Beleg korrupter Politik, die Titel gegen Geld vergab, und verlieh der Redeweise von den *press barons* eine spezielle Note.

Baldwins Parteikollegen rieten ihm immer wieder, sich den Pressemagnaten gegenüber zugänglicher zu zeigen. Das galt ganz besonders für Lord Beaverbrook, der es übelnahm, dass Baldwin seinen privilegierten Zugang zu politischen Internas abrupt beendet hatte, als er Parteiführer und Premierminister wurde. Baldwin reagierte als der Moralist, der er war. Er wollte sie nicht in seinem Haus haben, weil er sie nicht respektierte. In seinen ärgerlicheren Momenten befand er im pri-

64 Walker, *The Queen Has Been Pleased*, S. 56.

vaten Gespräch schon einmal: »[D]emocracy will rise some day & hang a journalist or two [...]. Then when a Rothermere or Hearst [gemeint ist der amerikanische Pressemagnat William Randolph Hearst, U. D.] is strung to a lamp post we will get decent journalism.«⁶⁵ Mehr als ab und zu ein Treffen mit Beaverbrook in Downing Street Nr. 10 war für ihn nicht drin, und mit Rothermere nicht einmal das.

Beaverbrook, mit bürgerlichem Namen Max Aitken, war auf Vorschlag David Lloyd Georges 1917 in den erblichen Adelsstand versetzt worden. Er hatte in Kanada, seinem Geburtsland, ein Vermögen mit Industriefusionen gemacht. Als er 1910 nach Großbritannien übersiedelte, war er bereits Millionär, hatte jedoch bislang mehr mit Zement als mit Zeitungen zu tun gehabt. Sein lebenslanges politisches Thema wurde die Empire-Politik (sein spezielles Empire betraf allerdings überwiegend Kanada), vor allem die Einführung von Präferenzzöllen für den Handel zwischen den Dominions und dem britischen Mutterland. Die gegebene Partei dafür waren die Tories, für die er sich 1910 aufstellen ließ und erfolgreich einen Sitz im Unterhaus erkämpfte. Im kommenden Jahr erwarb er seinen ersten Anteil an einer Zeitung, aus den herkömmlichen Gründen, aus denen reiche, an einer politischen Karriere interessierte Männer Einfluss auf Zeitungen zu kaufen pflegten. Bonar Law empfahl ihn dem Herausgeber des finanziell schlingenden *Daily Express*: »Max Aitken is enormously rich. He knows nothing about newspapers and is not interested in them. But he wants to have a big political career, and he'll be glad of a paper which will back him.«⁶⁶ Dieses bis dahin weit verbreitete Beziehungsmuster zwischen Presse und Politik würde Beaverbrook zusammen mit den anderen Pressemagnaten im Lauf der kommenden Jahrzehnte, als ihm der zum auflagenstarken Erfolgsblatt gewordene *Daily Express* bereits mehrheitlich gehören würde, außer Kurs setzen. In der Konkurrenz gegen die neuen, drucktechnisch ausgereifteren Massenblätter der Pressemagnaten konnten kleinere Blätter immer seltener mithalten. Ihr Besitz wurde für die meisten aktiven Politiker damit nutzlos und zu teuer. Vor dem Krieg war das Interesse von Politikern und Parteien am Besitz beziehungsweise an der Kontrolle von Zeitungen jedoch noch unge-

65 Tagebuch Mackenzie Kings, Eintrag vom 8./9. September 1928, zit. nach Williamson/Baldwin (Hg.), Baldwin Papers, S. 209.

66 Taylor, Beaverbrook, S. 53.

brochen. Aitken etwa zeigte sich der Konservativen Partei, die ihm 1911 die Nobilitierung verschafft hatte, dadurch dankbar, dass er zusammen mit weiteren Konservativen im selben Jahr einen Anteil an einem Blatt, dem *Globe*, erwarb, das dadurch in Parteinähe gebracht wurde, ohne ihr direkt zu gehören.

In den folgenden Jahren gehörte Beaverbrook zum engsten Kreis um Bonar Law und zu den Vermittlern, die 1916 den Wechsel zur Koalitionsregierung zwischen Konservativen und Liberalen unter David Lloyd George anbahnten. Mit nur drei Zeitungen – dem *Daily Express*, dem *Sunday Express* und dem *Evening Standard* – war Beaverbrooks 1923 komplettierter Pressekonzern einer der kleineren der Zwischenkriegszeit. Mit einer Gesamtauflage von um die 3,5 Millionen Exemplaren⁶⁷ hatten diese Blätter jedoch ein nicht unerhebliches publizistisches Gewicht. Es wurde 1923 gegen Baldwins protektionistische Wahlplattform ins Feld geführt, weil Beaverbrook ungeachtet seiner eigenen konservativen Ausrichtung die Errichtung von Schutzzöllen als schädlich für die Dominions betrachtete. Denn deren Produkte würden sich auf dem britischen Markt verteuern. Beaverbrook wurde, wie gesagt, im Zuge dieser Kampagne durch Lows Karikaturen als *wicked uncle* und Mitglied der *plot press* selbst zum Gegenstand des Medieninteresses. Der Pressebesitzer nahm das nicht übel, denn er hatte einen ausgeprägten Sinn für die auflagensteigernde Wirkung beliebter Karikaturisten. David Low wurde nicht viel später Hauskarikaturist bei Beaverbrooks *Evening Standard*.

Es spricht Bände, dass es dem Zeitungsbesitzer nichts ausmachte, wenn die Leser seines Qualitätsblatts über Cartoons lachten, die entsprechend der linksliberalen Einstellung des Zeichners schon einmal verspotteten, was einem Konservativen heilig war. Die Steigerung der Auflage war Beaverbrook allemal wichtiger als die Bekräftigung politischer Dogmen. Die Auflage war es auch, mit der er sich – abgesehen von allerhand Finanztransaktionen innerhalb und außerhalb des Pressebereichs – nach 1924 vor allem beschäftigte.

Das änderte sich allerdings schlagartig, als die Konservativen bei den Wahlen Ende Mai 1929 ihre Mehrheit verloren und eine von den Liberalen gestützte Labour-Regierung ans Ruder kam. Nicht nur Beaverbrook sah jetzt den Zeitpunkt gekommen, an dem man den un-

67 Grünbeck, Die Presse Großbritanniens, S. 151.

möglichen Parteivorsitzenden Baldwin loswerden konnte und musste: »In my opinion the Conservative party will have no success in the future unless there is a change of leadership.«⁶⁸ Vier Wochen später, am 30. Juni 1929, brachte der *Sunday Express* einen Artikel seines Besitzers, der die Freunde des britischen Empire dazu aufrief, sich in einem »crusading spirit« für die fiskalische Einheit des Empire einzusetzen.⁶⁹ Das war so etwas wie das Gründungsmanifest der Empire Crusade (auch: Empire Free Trade Crusade), einer Kampagne, die 1930/31 bei Unterhauswahlen antrat und Baldwin knapp zwei Jahre lang das Leben schwermachen sollte.

Es war nicht nur der *press baron*, der die Führungsfrage stellte. Die verlorene Wahl steigerte den in Parteikreisen ohnehin latent vorhandenen Unmut über den Vorsitzenden. Baldwin selbst war es allerdings, der diesen Unmut immer weiter anfachte, bis die Rebellion gegen ihn kaum noch vermeidbar schien. Baldwin erwies sich nämlich, wie ihm auch selbst klar war, als verheerender Oppositionsführer nicht für die Regierung, sondern für die eigenen Reihen. Er zeigte keinerlei Talent dafür, die Stimmung seiner Leute auf den Oppositionsbänken durch Attacken auf die Regierung zu heben – es sei denn, dass er selbst politische Anliegen sah, die er vertretungswürdig fand. Wie es scheint, war ihm die konfrontative Seite des politischen Habitus als solche einfach nicht verfügbar. Das brachte Baldwins innerparteiliche Gegner ganz besonders auf, weil sich, während die Konservative Partei auf den Oppositionsbänken saß, wesentliche Schritte des Premierministers Ramsay MacDonald und des indischen Vizekönigs, Lord Irwin, in Richtung auf eine erweiterte indische Selbstregierung abzeichneten. Der Widerstand gegen diesen partiellen Rückbau des britischen Empire ausgerechnet im Fall des Herzlandes Indien war unter den Tories nachhaltig. Diejenigen, die unter diesen Umständen vergeblich auf einen harten Oppositionskurs ihres Chefs warteten, reagierten aufgebracht und verständnislos: »It is terrible in such a critical situation to have a leader who is afraid to say even Bo to a goose.«⁷⁰

68 Beaverbrook in einem Brief an Sir E. H. Vestey vom 5. Juni 1929, zit. nach Taylor, Beaverbrook, S. 260.

69 Zit. nach ebd., S. 262.

70 Self (Hg.), Austen Chamberlain Diary Letters, S. 349 (Eintrag vom 26. Juni 1930).

Beaverbrook schwankte um den Jahreswechsel 1929/30 herum noch, ob er durch die Empire Crusade, die von seinen Blättern vorangetrieben wurde, weiterhin nur publizistischen Druck aufbauen sollte, um den Wechsel in der Parteiführung zu erreichen, oder ob er seinen Kreuzzug durch die Gründung einer Single-Issue-Partei krönen sollte (wie sie 1930/31 als United Empire Party kurzfristig Gestalt annahm). Er entschloss sich zu zwei Maßnahmen, die zu beiden Strategien passen und sich längerfristig beide als Fehler erweisen sollten: Er suchte sich einen Bundesgenossen, mit dem er eine bei Unterhauswahlen in einzelnen Wahlkreisen antretende Partei gründete, und ging dazu über, die Wahlchancen konservativer Abgeordneter und von Bewerbern um ein Unterhausmandat durch die Aufstellung von Gegenkandidaten zu verschlechtern.

Der Bündnispartner war Lord Rothermere, Beaverbrooks größter Konkurrent auf dem Pressemarkt, mit dem Beaverbrook 1930 ein Wahlbündnis einging und die kurzlebige United Empire Party gründete. Rothermere, mit bürgerlichem Namen Harold Harmsworth, war der Bruder Northcliffes. Er war schlecht auf Baldwin zu sprechen, den er für den Übergang der Regierungsmacht auf die Labour-Partei verantwortlich machte. 1914 war er in den erblichen Adelsstand erhoben und auf Lloyd Georges Vorschlag 1919 zum Viscount ernannt worden. Er verfügte nach Northcliffes Tod 1922 über einen enormen Presse trust, zu dem insbesondere die nationalen Morgenblätter *Daily Mail* und *Daily Mirror* (sie allein hatten 1930 eine Auflage von zusammen knapp 3 Millionen Exemplaren⁷¹), das nationale Abendblatt *Evening News* und die ebenfalls landesweit vertriebenen Sonntagszeitungen *Sunday Dispatch* und *Sunday Pictorial* gehörten. Daneben waren zahlreiche Provinz- und Wochenzeitungen in seinem Besitz. Das Filetstück seines Presseimperiums war die 1896 von ihm und seinem Bruder gegründete *Daily Mail*, deren Auflage als Erste die Schallmauer der Millionengrenze durchbrochen hatte. Sie verlor in der Zwischenkriegszeit dann allerdings, ebenso wie ihr Besitzer, zunehmend den Draht zur neuen Zeit. In den 1930er Jahren sank ihre Auflage, bis sie 1939 in etwa wieder auf dem Stand von 1921 angekommen war. Beaverbrooks *Daily Express* lief ihr in diesem Zeitraum den Rang als meistverkaufte Lon-

71 Seymour-Ure, *The Press and the Party System*, S. 237.

doner Morgenzeitung ab und übertrumpfte mit gut 2,5 Millionen Exemplaren alle bisherigen Auflagenrekorde.⁷²

Rothermere stand politisch am rechten Rand des britischen politischen Spektrums. Sein Beitrag zur Stärkung der »Eigentumskultur«, die kurzlebige Anti-Waste League vom Anfang der 1920er Jahre, agitierte gegen erhöhte Staatsausgaben für Soziales. Sein Engagement für den Kampf der ungarischen Regierung gegen die Bestimmungen des Friedensvertrags von Trianon von 1920 trug ihm 1927 seitens der ungarischen Presse das Angebot des vakanten ungarischen Königsthrons, einen Ehrendoktorgrad der Universität Szeged und in London jede Menge Spott ein. Schon bevor ihn seine Bewunderung für die britischen Faschisten der Mosley-Partei und für den deutschen Reichskanzler Adolf Hitler in der politischen Landschaft des Vereinigten Königreichs zunehmend isolieren würde, war er für die Konservative Partei kein wirklich überzeugendes Zugpferd einer Kampagne gegen den eigenen Parteivorsitzenden, auch wenn viele Parteimitglieder und Abgeordnete seinen flagranten Anti-Labour- und Anti-Gewerkschaftskurs mit Sympathie sahen. Wie sich nämlich zeigte, war sein Stil der Einmischung in die Parteiquerelen kein glücklicher. Es war ein Brief Rothermeres, der Baldwin Mitte 1930 den ersten Punktsieg verschaffte. In diesem Brief an einen ihm nahestehenden Tory drückte Rothermere seinen Anspruch aus, darüber informiert zu werden, wen der Parteiführer künftig in sein Schattenkabinett aufnehmen würde. Die harschen Formulierungen dieses Anspruches ließen sich unschwer so deuten, dass sich der *press baron* für seine mediale Unterstützung der Konservativen Partei eine Art Vetorecht bei der Besetzung ihrer führenden Posten anmaßte.

Baldwin beschaffte sich diesen Brief im Vorfeld eines Parteitreffens am 24. Juni 1930. Es fand in der in Westminster gelegenen Caxton Hall statt und wurde von einem zur Abwechslung einmal angriffsfreudigen Parteiführer dominiert, der in seiner Rede eine neue, ihm kongeniale Ebene fand, um die medialen Wortführer der innerparteilichen Opposition vorzuführen: Zu den merkwürdigsten Erscheinungen des modernen Lebens gehörten, so Baldwin, die Auswirkungen eines großen, schnell erworbenen Vermögens und die Kontrolle über Zeitungen im eigenen Besitz. Diese Art von Macht steige zu

72 Ebd.

Kopf wie Wein und verleite große Pressebesitzer wie Beaverbrook und Rothermere dazu, außerhalb ihres eigenen journalistischen Bereichs diktieren, dominieren und erpressen zu wollen. Keinesfalls dürfe man sich seine Politik von solchen Männern machen lassen. Verachtungsvoll, schloss Baldwin, weise er Rothermeres Anspruch zurück.⁷³

Die anschließende Ansprache Sir Robert Hornes, eines einflussreichen Konservativen und Unterstützers von Beaverbrooks Empire Crusade, brachte auf den Punkt, was unversehens die anwesenden Gegner und Anhänger Baldwins einigte: Unter keinen Umständen wolle man den Anschein erwecken, sich die Politik von den *press barons* diktieren zu lassen. Zwar würde sich mit der Versammlung in Westminster alsbald auch diese Einigung auflösen und der Streit um Baldwins Führung und die Einführung von Schutzzöllen in den folgenden Monaten weiter eskalieren, wozu die immer spürbarer werdenden Folgen der Weltwirtschaftskrise auf die britische Wirtschaft und die steigende Erwerbslosigkeit beitrugen. Wie es ein konservativer Papierfabrikant aus Lincolnshire im September 1930 formulierte: »What we want is guts and common sense [...]; it is about time our Party did something for us and said damn the foreigner.«⁷⁴ Doch äußerte sich in Parteikreisen gleichzeitig eine fühlbare, von Baldwin in der Caxton Hall geschickt mobilisierte Abneigung gegen die »un-English methods«⁷⁵ der *press barons*. Vorderhand allerdings dominierte weiterhin die Kritik an der Parteiführung Baldwins, die sich zur ernstesten Krise der Tories nach dem Weltkrieg auswuchs. Im Herbst 1930 attackierten gleich mehrere lokale Parteiorganisationen die Parteispitze – ein unerhörter Vorgang in einer Partei, die sich normalerweise nicht durch eine kritische basisdemokratische Kultur auszeichnete. Im Oktober meinte der zum konservativen Führungspersonal zählende Samuel Hoare, die innerparteiliche Unzufriedenheit steige derartig schnell, »that unless something happens quickly, everything and everybody will collapse like a pack of cards«.⁷⁶

In dieser aufgeheizten Situation fand am 31. Oktober 1930 eine Nachwahl in South Paddington statt, in der ein von Beaverbrook fi-

73 Ball, Baldwin and the Conservative Party, S. 91.

74 Zit. nach ebd., S. 96.

75 Waldron Smithers an Salisbury, 19. August 1930, zit. nach ebd., S. 89.

76 Samuel Hoare an Neville Chamberlain, 8. Oktober 1930, zit. nach ebd., S. 98.

nanziell und medial unterstützter Gegenkandidat gegen den offiziellen Tory-Kandidaten antrat. Die konservativen Unterhausabgeordneten waren wegen Beaverbrooks Kreuzzüglern in Panik und, wie es ein konservativer Unterhausabgeordneter formulierte, »only too ready to throw Baldwin to the wolves in order to avoid having rival Conservative candidates in their divisions«.77 Der Crusade-Kandidat gewann den Wahlkreis. Daraufhin beschloss »the Beaver«, wie Beaverbrook gern genannt wurde, im Januar 1931, sich auf diese Mobilisierungsstrategie zu konzentrieren – aus Gründen, die ganz der medialen Logik geschuldet waren, auf die sich der Zeitungsbesitzer verstand: »I am going out entirely for by-elections this year, and shall exclude all other forms of propaganda. I shall make the by-elections the occasions for my propaganda. It then becomes more human and far less boring to the people.«78 Dass es neben dieser auch noch eine andere, nicht medien-, sondern parteipolitische Logik gab, versuchte Robert Horne Beaverbrook zu vermitteln, als er ihn vergeblich warnte: »As to Baldwin, the attack which you project upon him will only have the effect of riveting him in his seat more firmly than ever.«79

Der innerparteiliche Unmut, der sich auch darin manifestierte, dass die konservativen Unterhausabgeordneten mehr und mehr durch Abwesenheit während der Sitzungen auffielen und, wenn sie teilnahmen, eher apathisch wirkten,⁸⁰ stand jetzt kurz vor dem Umschlag in die Revolte. Der Parteiführer trug wiederum das Seine dazu bei: Ende Januar 1931 hielt er eine Rede zu den laufenden Verhandlungen der Labour-Regierung über die Neuregelung der Beziehungen Indiens zum Mutterland. Sie waren seiner Überzeugung nach auf dem richtigen Weg, er hielt es für nicht mehr zeitgemäß, eine weitergehende Selbstregierung zu verweigern. Also erlebte das Unterhaus am 26. Januar das ungewöhnliche Schauspiel, dass auf die Rede Winstons Churchills, der die konservative Totalopposition gegen diese Entwicklung zu Protokoll gab, die Rede des Oppositionsführers folgte, die so »links« war, dass sie dem Redner Beifall von den Labour-Bänken eintrug. Von Beifall der

77 So der konservative Unterhausabgeordnete Cuthbert Headlam in seinem Tagebuch; Ball (Hg.), *Parliament and Politics*, S. 195 (Eintrag vom 26. Oktober 1930).

78 Zit. nach Taylor, *Beaverbrook*, S. 302.

79 Zit. nach ebd., S. 303.

80 Ball, *Baldwin and the Conservative Party*, S. 134.

Konservativen zu dieser Rede konnte weder während noch nach der Sitzung die Rede sein; ganz im Gegenteil war ihre Empörung groß. Gut drei Wochen später fand dann die nächste Nachwahl zum Unterhaus statt, auf der ein Crusade-Kandidat antrat, diesmal gegen eine der wenigen Kandidatinnen der Partei, Thelma Cazalet. Der Wahlkampf im Londoner Wahlbezirk East Islington wurde außerordentlich hart ausgefochten, es kam zu Faustkämpfen zwischen den Anhängern beider Seiten in Versammlungssälen und auf der Straße. Angesichts der Spaltung der konservativen Stimmen gewann der Labour-Kandidat (der allerdings in der Unterhauswahl vom Oktober desselben Jahres, die den Konservativen unter Baldwins Führung einen erdrutschartigen Sieg eintragen würde, seinen Wahlkreis wieder an die konservative Feministin Cazalet verlor).

Baldwins Position war jetzt schwer angeschlagen. Wie der Baldwins Indienpolitik kritisch gegenüberstehende, aber loyale Leopold Amery Anfang März 1931 vermerkte, wurde der Parteiführer zwar in einer zum Teil unfairen Weise attackiert, doch lasse er die nötige Führungsstärke vermissen und sei wohl nicht viel länger zu halten: »Only the absence of an obvious successor and the dislike of being coerced by the Press has prevented things collapsing before now.«⁸¹ Ein internes Memorandum an den Parteisekretär Neville Chamberlain von Ende Februar stellte fest, in der Partei gebe es das definitive Gefühl, Baldwin sei nicht stark genug, um die Partei zum Sieg zu führen.⁸² Chamberlain übersandte dieses Memo dem Parteichef und regte an, Baldwin solle über seinen Inhalt doch einmal mit Freunden sprechen. Baldwin tat das und erhielt den Rat, zurückzutreten, und den Rat, es durchzufechten – beispielsweise in der nächsten anstehenden Nachwahl, im Londoner Wahlkreis St. George's, die am 19. März anstand. Gelänge es ihm, dort ein großes Thema zu finden, mit dem er die Partei wieder hinter sich versammeln könne, etwa Indien oder die *press barons*, könne sich das Blatt noch wenden.⁸³ Baldwin, der zuerst mit ernsthaften Rück-

81 Barnes/Nicholson (Hg.), *The Empire at Bay. The Leo Amery Diaries*, S. 151 (Eintrag vom 2. März 1931).

82 Memorandum Robert Toppings, des Principal Agent der Tories, an Neville Chamberlain vom 25. Februar 1931, zit. nach Ball, *Baldwin and the Conservative Party*, S. 137.

83 Ball, *Baldwin and the Conservative Party*, S. 139.

trittsabsichten auf das Memorandum reagiert hatte, hörte auf diesen Rat und bekam gleich beide Themen von den *press barons* geliefert: Sie mobilisierten in den folgenden Wochen des Wahlkampfes um das Abgeordnetenmandat für St. George's, einen der nobleren Londoner Stadtteile, der unter anderem Mayfair und Belgravia umfasste, mit dem Indienthema und explizit mit der Führungsfrage der Konservativen Partei. Der Kandidat der *press barons*, Sir Ernest Petter, verkündete in seiner ersten Presseerklärung, seine Kandidatur sei als Kampfansage gegen Baldwins Parteiführerschaft zu verstehen.⁸⁴ So wurde die Wahl zu einer Art Duell zwischen den Pressezaren und dem Parteiführer, ausgetragen von Petter und Duff Cooper als offiziellem Parteikandidaten. Dies war Beaverbrooks dritter entscheidender Fehler. Offensichtlich fehlte nicht nur Rothermere, sondern auch Beaverbrook das politische Gespür dafür, wie sich seine Strategie auf die innerparteiliche Dynamik auswirken würde. Baldwin nahm den Kampf auf, den er nur noch gewinnen konnte: Selbst wenn sein Kandidat unterlegen wäre, hätte die Partei ihren Chef nun unter keinen Umständen mehr absetzen können, ohne dass dies wie eine Unterwerfung unter den Willen der Pressemagnaten ausgesehen hätte.

Am 12. März hielt Baldwin im Unterhaus eine Rede zur Indienpolitik, in der er zu der großen rhetorischen Form auflief, die ihm zur Verfügung stand, wenn es um ein Thema ging, dem er Bedeutung über die Parteipolitik hinaus zumaß. Diese stark akklamierte Rede brachte die Abgeordneten aller Parteien, auch seiner eigenen, hinter den Oppositionsführer – was den Gepflogenheiten der britischen politischen Kultur entsprechend so viel bedeutete wie eine gewonnene Abstimmung, wenn nicht sogar mehr. In dieser Rede erteilte Baldwin den intransigenten Empire-Enthusiasten der eigenen Fraktion eine Lektion in Sachen historischer Wandel. Er sprach die innerparteilichen Differenzen über die Zukunft Indiens offen an: »There are a large number of people in this country who are genuinely apprehensive of all that is going on, and it so happens that they all belong to our party.« Doch es helfe nichts, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, dass die Welt sich ändere, und Indien mit ihr, was die englische Politik selbst mit hervorgebracht habe. »We have impregnated India ourselves with Wes-

84 Peele, *St. George's and the Empire Crusade*, S. 80.

tern ideas, and, for good or for ill, we are reaping the fruits of our own work.« Der angeblich ewig gleiche Osten habe sich gewandelt.

»Not only has it changed, but it is changing with alarming rapidity, and there are many people in the country who are blind not to see it. You cannot today, however much you may desire it, however much you may regret the course of recent history, however much you may believe it to be wrong, however much you may believe it to be dangerous – you cannot reverse the engines without breaking up the whole machine.« Deshalb gebe es keine gewaltsame Lösung, sondern nur eine solche, die auf gutem Willen, Sympathie und Verständnis zwischen Indien und Großbritannien beruhe.⁸⁵

Zwei Tage vor der Wahl in St. George's, am 17. März, folgte dann eine Rede Baldwins in der Queen's Hall, vor der Sandwich-Männer mit der Inschrift paradierten: »A vote for Duff Cooper is a vote for Gandhi.« Mahatma Gandhi, das weltbekannte Gesicht der indischen Unabhängigkeitsbewegung, war eine Hassfigur für diejenigen Konservativen, die, wie Beaverbrook und Rothermere, die britische Herrschaft über Indien ungeschmälert aufrechterhalten wollten. Die Schlagzeile des Rothermere-Truists lautete an diesem Abend: »Gandhi is watching St. George's.«⁸⁶ Diese Rede galt dem zweiten Thema des Duells, nämlich dem Anspruch der *press barons* darauf, in Führungsfragen der Partei mitbestimmen zu wollen. Baldwin legte Wert darauf, Beaverbrook und Rothermere nicht mit der Presse als solcher in einen Topf zu werfen, sondern sie als kriegsbedingte Entartung zu charakterisieren: Die britische Presse werde in der ganzen Welt wegen ihrer Fairness und ihrer Qualität bewundert. Doch die Zeit der Kriegspropaganda, »a poison gas that poisoned men's souls«, habe in einem spezifischen Sektor der britischen Presse ihre Spuren hinterlassen. »The papers conducted by Lord Rothermere and Lord Beaverbrook are not newspapers in the ordinary acceptance of the term. They are engines of propaganda for the constantly changing policies, desires, personal wishes, personal likes and dislikes of two men. [...] These are methods hated alike by the public, by the whole of the rest of the Press.« Es folgten mehrere Beispiele für das, was der Redner als unredliche Berichterstattung geißelte, und dann die berühmt gewordenen Sätze: »What the proprietorship of

85 Zit. nach Middlemas/Barnes, Baldwin, S. 593–597, Zitate S. 594, 596.

86 Zit. nach ebd., S. 599.

these papers is aiming at is power, and power without responsibility – the prerogative of the harlot throughout the ages.« Mit diesen Formulierungen lieferte Baldwin der Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts eines ihrer Kernzitate.⁸⁷ Sei es nun der Wirkung dieser Rede oder anderen Gründen geschuldet – auf jeden Fall schlug Duff Cooper am 19. März 1931 den Kandidaten der Pressemagnaten mit einer satten Mehrheit. Und Baldwin genoss seinen rhetorischen Sieg: »I thoroughly enjoyed hitting those two rascals and it has done a lot of good.«⁸⁸

Würden Rothermere und Beaverbrook Baldwin nur in Ruhe lassen, dann würde er schon von alleine fallen, ärgerte sich nach der Abstimmung in St. George's einer von Baldwins Gegnern, Austen Chamberlain.⁸⁹ Das, was Chamberlain für ein Unglück hielt, war dank der schlecht beratenen Pressezaren nunmehr unabwendbar: die Parteiführerschaft eines Mannes, den er weiterhin für eine »öffentliche Gefahr« hielt. Baldwin sei »a shrewd domestic politician, very self-centred, very idle, very inert mentally but with qualities or a cleverness of apprehension which have given him a great hold over that great mass of left-centre opinion which decides our fate today«.⁹⁰ In dieser Beurteilung Baldwins aus den 1930er Jahren schwingt das fortgesetzte Unbehagen vieler Konservativer an den neuen Zeiten ebenso mit wie die weiter schwellende Kritik an dem Parteichef, dem es gelang, den Brückenschlag zwischen den Tories und der neuen Umgebung nicht nur zu machen, sondern geradezu zu verkörpern. Es würde sich allerdings zeigen, dass Baldwin nun bis zu seinem selbst bestimmten Rücktritt 1937 auch ohne weitere Angriffe der Pressemagnaten sicher im Sattel saß. Beaverbrook erkannte nach der Abstimmung in St. George's: »It was wrong to fight on India and the leadership of the Conservative Party«,⁹¹ und er schloss eine Art Stillhalteabkommen mit dem Parteisekretär Neville Chamberlain. Beide Pressemagnaten hatten ihre Lektion gelernt. Sie schätzten ihre Medienmacht jetzt realistischer ein, wie Rothermere im Rückblick

87 »A Vigorous Speech«, *Times* [London, England] 18. 3. 1931, S. 18, The Times Digital Archive [10. 4. 2017].

88 Baldwin an Edith MacDonald 26. März 1931, zit. nach Williamson/Baldwin, Baldwin Papers, S. 260.

89 Self (Hg.), Austen Chamberlain Diary Letters, S. 367 (Eintrag vom 21. März 1931).

90 Ebd., S. 509f. (Eintrag vom 4. Juli 1936).

91 Taylor, Beaverbrook, S. 305.

gegenüber einem seiner Herausgeber erklären würde: »[T]he amount of nonsense talked about the power of the newspaper proprietor is positively nauseating. All manner of people outside the newspaper business persist in crediting us with far more influence than we actually possess, and I have often been amused by the studied pose of those proprietorial colleagues of mine who cannot resist the temptation of subscribing to the fallacy. Of course, I have long since ceased to have any illusions on the point myself. [...] How could I have any illusions on this score, after the way Baldwin managed to survive years of the most bitter newspaper attacks on his [...] muddle-headed policies?«⁹²

Sie hatten allerdings ihre Macht nicht nur überschätzt, sondern in einer Weise eingesetzt, die gänzlich ungewollte Folgen zeitigte: Indem sie im März 1931 zum offenen Machtkampf um die Führung der Tories übergangen, hatten sie dazu beigetragen, diese Auseinandersetzungen zu deeskalieren, dadurch ihrem erklärten Gegner Baldwin den Parteivorsitz zu erhalten und ihn in die Lage zu versetzen, die Konservative Partei zusammen und so weit in der Mitte der Gesellschaft zu halten, dass sie ihre Integrationskraft auch während der sozialen Spannungen der Weltwirtschaftskrise behielt. Das National Government, das 1931 unter der nominellen Leitung des Labour-Führers Ramsay MacDonald gebildet wurde und in dem Konservative, ein Teil der Labour-Führung und einige Liberale bis 1935 koalierten, wäre ohne die Integrationsfigur Baldwin wohl kaum zustande gekommen.

Dass die Intervention der *press barons* dem Attackierten letztlich so nützlich war, weist auf eine spezifische Eigenschaft des Medieneinflusses im Bereich des Politischen hin, die Beaverbrook interessanterweise verborgen geblieben war. Tom Driberg, der viele Jahre als Journalist bei Beaverbrooks *Daily Express* tätig war, erzählt in seiner Mitte der 1950er Jahre erschienenen Studie über seinen früheren Chef eine aufschlussreiche Geschichte aus den Anfängen des kanadischen Newcomers in England.⁹³ Darüber belehrt, dass man als Mitglied der politischen Londoner Kreise ein Mindestmaß an klassischer Bildung demonstrieren und zitierend nutzen können sollte, verwandte der spätere Lord Beaverbrook ein wenig Zeit auf die Lektüre. Zu einem seiner Lieblingszitate wurde eine Stelle aus den Schriften Edmund Burkes, des Be-

92 Taylor, *Great Outsiders*, S. 274.

93 Driberg, *Beaverbrook*, S. 70.

gründers des englischen Konservatismus. Sie passte, wie nicht nur Beaverbrook selbst fand, gut zu seiner eigenen Rolle in der Tory-Partei, die während berühmt gewordener Weichenstellungen (wie etwa David Lloyd Georges Aufstieg zum Premierminister 1916) vor allem in seiner Funktion als Vermittler bestanden hatte: »As to leaders in parties, nothing is more common than to see them blindly led. The world is governed by go-betweens. These go-betweens influence the persons with whom they carry on the intercourse, by stating their own sense to each of them as the sense of the other; and thus they reciprocally master both sides.«⁹⁴ Als ein solcher »go-between« verstand sich Beaverbrook, soweit es um seine Rolle als Konservativer ging. Vielleicht hat er nicht weiter gelesen, sonst wäre ihm möglicherweise aufgefallen, dass Burke anhand der (partei-)politischen Rolle des »go-betweens« eine Funktion beschreibt, wie sie später die Zeitungen und andere Medien innehaben würden: »It is first buzzed about the ears of leaders, ›that their friends without doors [Parteifreunde ohne Amt, U.D.] are very eager for some measure, or very warm about some opinion [...]. They may be a little wrong, but [...] by the influence you obtain from some degree of concurrence with them at present, you may be enabled to set them right hereafter.« Thus the leaders are at first drawn to a connivance with sentiments and proceedings, often totally different from their serious and deliberate notions. But their acquiescence answers every purpose. With no better than such powers, the go-betweens assume a new representative character. What at best but an acquiescence, is magnified into an authority, and thence into a desire on the part of the leaders; and it is carried down as such to the subordinate members of parties. By this artifice they in their turn are led into measures which at first, perhaps, few of them wished at all, or at least did not desire vehemently or systematically.«⁹⁵

Präziser lässt sich kaum beschreiben, was Massenmedien als Vermittler zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft oder zwischen Regierung und Bevölkerung tun: Sie fungieren als Vermittler von Meinungen in der einen wie in der anderen Richtung: Meinungen, die ihre eigene Auswahl – und deswegen durch sie selbst geprägt – sind, die aber davon zehren, dass sie »oben« als Meinung der Mehrheit, »unten«

94 Burke, *An Appeal from the New to the Old Whigs*, S. 121.

95 Ebd., S. 121f.

als Ausdruck der Autorität von »oben« ankommen. Hätte Beaverbrook also das Burke-Zitat nicht nur auf sich, sondern auch auf seinen Einfluss als Medienmogul bezogen, hätte ihm bewusst werden können, dass dieser Einfluss dort endet, wo die Rolle des »go-between« verlassen wird, wo er und seine Zeitungen also selbst Partei – in diesem Fall in einem Machtkampf um Führungspositionen – wurden.

Fazit

Um 1930 ist meines Wissens nur ein zeitgenössischer Beobachter auf die zeitliche und inhaltliche Parallelität aufmerksam geworden, die zwischen den beiden hier analysierten Machtkämpfen besteht: nämlich der deutsche Politikwissenschaftler Sigmund Neumann.⁹⁶ Für ihn war das aber nur eine Beobachtung am Rande seines Forschungsinteresses, und auch später wurden die zeitgleich in Deutschland und Großbritannien ausgetragenen ersten Machtkämpfe zwischen den großen Pressebesitzern und politischen Parteien und einzelnen Politikern wissenschaftlich nicht zum Thema gemacht. Dabei liefern sie hervorragendes Anschauungsmaterial, um der Frage nachzugehen, wie das Aufkommen der Pressezaren sich auf die Beziehungen zwischen Presse und Politik ausgewirkt hat. Unverkennbar haben die Pressezaren mit ihrem Erscheinen auf der politischen Bühne ein neues Element in die Politik gebracht: eine neue Gruppe von Akteuren, die für die Politiker weniger berechenbar war als die traditionellen Besitzer von politischen Zeitungen. Diese Akteure waren, auch das war neu, nicht in eine Partei oder Interessengruppe eingebunden, sondern bezogen ihr politisches Standing daraus, dass ihre Blätter von Millionen gelesen wurden. In gewisser Weise machten sie, wie erstmals während des Ersten Weltkriegs in britischen politischen Kreisen festgestellt wurde, dem Parlament als bislang einzigem nationalen Forum für politische Debatten Konkurrenz.

Was lässt sich nun aus den geschilderten Auseinandersetzungen im Kontext der 1920er und frühen 1930er Jahre schlussfolgern? Was die Gemeinsamkeiten beider Fälle betrifft, allen voran, wie wichtig das allgemeine politische Klima in beiden Nachkriegsgesellschaften war. Nach dem Ersten Weltkrieg standen in beiden Ländern sehr grundsätzliche politische Fragen auf der Agenda, die unter den neuen Verhältnissen einer Demokratie mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht für Männer und Frauen unter neuen Bedingungen ausgetragen wurden.

96 Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 69f.

Im konservativen und rechten politischen Spektrum – wo die geschilderten Konflikte ausgetragen wurden – waren die Anpassungsschwierigkeiten an diese neue Situation erheblich. Hier ging es um die grundsätzliche Frage, wie in einer Zeit, in der das Massenwahlrecht auch linke Regierungen an die Macht bringen konnte, die Vorrechte von Besitz und Bildung und die Legitimität der gesellschaftlichen Ungleichheit – zusammengefasst: die »Eigentumskultur« – gewahrt werden konnten. Die Grundsätzlichkeit dieser Frage eskalierte das politische Klima und zog tiefe Gräben, nicht zuletzt innerhalb der konservativen Parteien. Erst die daraus resultierenden Grabenkämpfe boten den großen Pressebesitzern die Gelegenheit, sich aktiv in die Auseinandersetzungen einzuschalten. Sie wurden zu wichtigen Akteuren, was ihre neue Bedeutung erwies. Sie stießen allerdings auch an ihre Grenzen: In Großbritannien war es das Selbstbewusstsein der großen und traditionsreichen Konservativen Partei, die sich in Führungsfragen nicht von Außenseitern dominieren ließ. In Deutschland war es die Anrüchigkeit, die der Massenpresse anhaftete, die Hugenbergs Rolle in der DNVP jahrelang beschränkte.

Der Unterschied zwischen dem deutschen und dem britischen Fall liegt auf der Hand. In Großbritannien erlitten die *press barons* eine vollständige Niederlage; in Deutschland siegte demgegenüber Hugenberg 1928 im Kampf um die Parteiführung der DNVP. Diesen Kampf führte Hugenberg nicht als »go-between«, sondern als Abgeordneter und Parteimann, weil er erhebliche Geldmittel aus der Industrie kanalisierte und mit ihrer Hilfe ein Medienimperium aufbauen konnte. Ermöglicht hatte diesen Sieg allerdings nicht Hugenbergs Stärke, sondern die Schwäche einer Partei, die nicht wusste, ob sie Partei in der Republik oder Fundamentalopposition gegen die Republik sein wollte. Folgerichtig zerfiel sie unter ihrem neuen Vorsitzenden noch sichtbarer als zuvor und konnte auch von seiner Medienmacht nicht vor dem Absturz an den Wahlurnen bewahrt werden. Das verweist darauf, dass ein zentraler Unterschied in der Art und Weise bestand, in der die politischen Kulturen beider Länder durch die neuen Bedingungen der Nachkriegsgesellschaften geprägt wurden. In Deutschland waren die Parteienlandschaft, die bürgerlichen Parteien intern und die gesamte Gesellschaft tief gespalten, was die Akzeptanz der neuen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse betraf. Ganz besonders galt dies für die Akzeptanz der politischen Teilhabe und Regierungsfähigkeit der Sozi-

aldemokratie – und mit ihr des allgemeinen Wahlrechts. In Großbritannien steigerte sich das unübersehbare Unbehagen eines Teils der Konservativen Partei am allgemeinen Wahlrecht und an der neuen Rolle der Labour-Partei nie bis zu einem Punkt, der die parlamentarische Demokratie infrage gestellt hätte. Dass die britischen Pressezaren in der Auseinandersetzung um die Führung der Konservativen Partei unterlagen, während in Deutschland Hugenberg die DNVP kapern konnte, lag also nicht allein an den jeweiligen Führungspersonen. Der wichtigste Grund war, dass die britischen Konservativen vom festen Fundament der politischen Ordnung aus handelten, während für die Deutschen dieses gemeinsame Fundament nicht existierte.

Aus den Pressezaren sind in den letzten Jahrzehnten Medienmogule geworden, die neben Zeitungen über elektronische Medienimperien verfügen und, wie Rupert Murdoch, Axel Springer oder Silvio Berlusconi, national wie international erheblichen Medieneinfluss ausüben können – oder, wie im besonderen Fall Berlusconis, Medienmacht in direkte Regierungsmacht umsetzen konnten. Doch auch für diese großen Medienbesitzer gilt, was am Beispiel der Pressezaren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erkennbar wird, dass nämlich ihre Chance auf politischen Einfluss von der Umgebung abhängt, also von der Stabilität des jeweiligen politischen Systems, seiner Parteien und des Nervenkostüms des politischen Personals. Was die jüngste Form der Medienkonzerne wie Google oder Facebook betrifft, die ausschließlich elektronisch basiert sind und weltweit operieren, bleibt abzuwarten, ob ihre Besitzer politische Aspirationen entwickeln, die darüber hinausgehen, Steuerzahlungen zu vermeiden.

III Die Medienlogik des »Dritten Reichs« und Goebbels' Sportpalastrede vom 18. Februar 1943

Dieses Kapitel zum nationalsozialistischen Deutschland ist ein Solitär, ihm steht kein britisches Kapitel gegenüber. Das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten im »Dritten Reich« war so verschieden von dem in Großbritannien vorherrschenden, dass ein Vergleich nur wenig Erhellendes zutage fördern könnte. Kennzeichnend für Deutschland war in den Jahren zwischen 1933 und 1945 die extrem kurze Leine, an die die NS-Führung die Redaktionen von Presse und Rundfunk legte. Die Redakteure hatten täglich ausgegebenen minutiösen Sprach- beziehungsweise Schweigeregeln zu folgen. Zeitungen, die diesen Vorgaben bewusst oder aus Versehen zuwiderhandelten, drohten Sanktionen. Daneben baute die NSDAP-Parteiführung in den zwölf Jahren ihrer Herrschaft den weltweit größten Pressekonzern auf. Der Rundfunk war schon in sehr staatsnaher Form ins »Dritte Reich« übergegangen, was nach 1933 nur noch vervollständigt werden musste. Die rund 3400 Zeitungen, die es 1933 in Deutschland gab, wurden nach und nach aus dem Markt genommen, aufgekauft oder enteignet. Im Februar 1945 gab es noch um die 700 Zeitungen, deren Gesamtauflage zu 85 Prozent in Parteibesitz war.¹ Ein Spezifikum NS-Deutschlands war auch die Organisationsform des Journalismus. Ebenso wie Schriftsteller oder Schauspieler mussten Journalisten sich als Mitglieder einer berufsständischen Kammer, in ihrem Fall der Reichspressekammer, eintragen. Wer aus »rassischen« oder anderen politischen Gründen missliebig war, konnte das nicht und erhielt faktisch Berufsverbot. Diese dirigistische Medienpolitik war eine Konsequenz der Schlussfolgerungen, die die Nationalsozialisten aus der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg gezogen hatten. Die vollständige Subsumierung der

1 Toepser-Ziegert, Die Existenz der Journalisten, S. 85.

Medien unter politische Lenkung erwies sich allerdings spätestens im Lauf des Zweiten Weltkriegs, so meine erste These, als spezifisches Problem der deutschen Politik.

Spezifisch für die nationalsozialistische Medienlandschaft ist allerdings auch ein Charakteristikum, das sie mit nicht-dirigistischen Politik-Medien-Beziehungen gemeinsam hat, nämlich die Praxis, Journalisten durch vertrauliche Hintergrundinformationen in das politische Geschehen einzubinden. Im Alltag der Reichshauptstadt geschah die Einbeziehung der Medienleute in die inneren Angelegenheiten der Politik durch die regelmäßigen Pressekonferenzen im Berliner Propagandaministerium, in denen immer wieder auch zur Sprache kam, was nur für die Anwesenden, nicht jedoch für die zeitunglesende und radiohörende Bevölkerung bestimmt war. Nach Ende der offiziellen täglichen Pressekonferenz fand die sogenannte Nachbörse statt, regelmäßige Gespräche einiger Journalisten mit den Größen der NS-Presselenkung, die noch 20–30 Minuten zusammenstanden. Bei diesen Gelegenheiten wurde über vieles gesprochen, was ebenfalls nicht zur Veröffentlichung bestimmt war. Kaum jemals hat einer von ihnen das Gebot der Verschwiegenheit gebrochen. Dieses Vertraulichkeitsregime machte eine Vorzensur – die ohnehin kaum zu praktizieren gewesen wäre – überflüssig. Letztlich waren alle Journalisten im gesamten Reichsgebiet in diese Zone der Vertraulichkeit einbezogen, weil die Sprachregelungen, die ihnen tagtäglich zugingen, ihrerseits vertraulich waren.

Ausgewählte Journalisten und leitende Redakteure wurden von Fall zu Fall auch jenseits der alltäglichen Kooperation mit geheimem Wissen versorgt. So etwa nach der Reichspogromnacht vom 9. November 1938, als Adolf Hitler die Chefredakteure der großen deutschen Tageszeitungen, 15–20 an der Zahl, nach München ins Braune Haus berief. Sie erfuhren bei dieser Gelegenheit, dass der »Führer« vorhatte, in den nächsten Jahren Krieg zu führen, wenn er seine außenpolitischen Ziele anders nicht erreichen könne.²

Es waren also nicht nur Zwang, Kontrolle und Androhung von Berufsverbot, die den Journalismus prägten, sondern auch die Einbeziehung in die Interna der nationalsozialistischen Politik. Beides zu-

2 Sillex, Mit Kommentar, S. 200f. Sillex war Chefredakteur der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* und einer der Geladenen.

sammen führte dazu, dass nur sehr wenige Journalisten ihren Beruf »freiwillig« aufgaben oder politisch auffällig wurden.

Gegenstand des folgenden Kapitels ist die berühmte Rede von Propagandaminister Joseph Goebbels im Sportpalast vom 18. Februar 1943. Sie wird zu Unrecht, so meine zweite These, als Beispiel für die propagandistische Einwirkung auf die Bevölkerung und deren Kriegsbereitschaft betrachtet. Vielmehr war sie, wie ich plausibel zu machen versuche, Goebbels' Antwort auf das Strukturproblem der nationalsozialistischen Medienpolitik, nichts in die Öffentlichkeit bringen zu können, was nicht der Führung von Staat und Partei zugerechnet werden konnte.

. . .

Es gibt Bilder, die buchstäblich jeder kennt. Manche stehen für eine eindeutige Botschaft, die jederzeit und überall abrufbar ist. Ganz selten funktioniert diese Identität von Bild und Botschaft über lange Zeiträume und viele Ländergrenzen hinweg. Zu diesen raren Fällen gehören die Aufnahmen der Rede des Propagandaministers Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1943. Seit Jahrzehnten rufen diese Aufnahmen dieselben Assoziationen hervor – Assoziationen, die zu einem universalen Deutungsmuster für das »Dritte Reich« geworden sind. Die routinierten rhetorischen Gesten des uniformierten Redners und seine überschnappende Stimme stehen für den Führungsstil der Nationalsozialisten, der aus Suggestion, Verführung und Verdummung besteht. Das frenetische Klatschen und die in Begeisterung aufgerissenen Münder des Publikums stehen für die bedingungslose Zustimmung zum Regime. Und die lautstarke Bejahung der Frage, ob der »totale Krieg« gewollt sei, steht als Erklärung für die Tatsache, dass die deutsche Bevölkerung den Krieg bis zum Ende mitgemacht hat und Protest nur sehr vereinzelt laut geworden ist.

Die Aufnahmen von Goebbels und seinem Publikum sind also weit mehr als Momentaufnahmen. In ihnen steckt so etwas wie ein Modell, eine verkappte Theorie des NS-Herrschaftssystems: dass nämlich die Macht, auf der es beruhte, allen voran propagandistischer Art war, sich also auf medialem Wege der Menschen bemächtigte. Diese Theorie wird von der heutigen historischen Forschung nicht geteilt. Aber dennoch ist sie wichtig, will man verstehen, wie das »Dritte Reich« funktioniert hat und welche Rolle die Massenmedien – eines

der wichtigsten Transportmittel für Suggestion, Verführung und Verblödung – in ihm gespielt haben. Oder auch nicht gespielt haben. Denn die entscheidende Frage, die diese emblematischen Aufnahmen stellen, ist ja eben, *welche* Bedeutung die Propaganda – und in ihrem Zusammenhang die Medien – für den Machterhalt der Nationalsozialisten tatsächlich hatten.

Propaganda im »Führerstaat«

»Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt. Damit wird ihre rein geistige Höhe umso tiefer zu stellen sein, je größer die zu erfassende Masse der Menschen sein soll. [...] Gerade darin liegt die Kunst der Propaganda, dass sie, die gefühlsmäßige Vorstellungswelt der großen Masse begreifend, in psychologisch richtiger Form den Weg zur Aufmerksamkeit und weiter zum Herzen der breiten Masse findet. [...] Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig so lange zu verwenden, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag.«³ Was der spätere »Führer« Adolf Hitler hier über die seiner Meinung nach erfolgreiche Propaganda sagt, entspricht in etwa dem Bild, das heute über die mediale Menschenführung des »Dritten Reichs« verbreitet ist. Die Kernaussagen von Hitlers Sätzen sind unüberhörbar: Werden die Botschaften platt genug formuliert und häufig genug wiederholt, verfügt man über einen Schlüssel zur Lenkung der Menschen und ihrer Vorstellungen in jeder gewollten Richtung. Und: Die Menschen sind sehr suggestibel – also ziemlich naive Medienkonsumenten. Die Wirkung, die dem propagandistischen Einsatz von Medien (oder Reden und Aufmärschen) hier zugeschrieben wird, ist allem Anschein nach grenzenlos – Propaganda scheint eine Art Allzweckwaffe für jede Herrschaft zu sein, die sich ihrer bedient.

Woher stammen diese Verführungs-Allmachtsfantasien eines Mannes, der zwar damals schon wegen seiner rednerischen Begabung berühmt war, es aber mit ihrer Hilfe nur bis in das Landsberger Ge-

3 Hitler, Mein Kampf, S. 197f. (Originalausgabe 1925/26).

fängnis geschafft hatte? Kaum aus der erst Jahre später beginnenden innen- und außenpolitischen Erfolgsgeschichte, die ihm den Nimbus des großen »Führers« verschaffen würde. Diese Vorstellungen – die nicht nur Hitler hatte – von einer grenzenlosen Beeinflussbarkeit der Menschen durch Propaganda und Medien aller Art stammten aus dem Ersten Weltkrieg, der deutschen Niederlage und der Novemberrevolution, die 1918/19 die Herrschaftseliten des Kaiserreichs aus ihren Positionen vertrieb und durch eine sozialdemokratisch geführte Regierung ersetzte. Zwar war es nicht diese neue Regierung, die den Krieg beendet hatte; das hatte die deutsche Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff getan. Doch eben diese Militärs luden die Last der Verantwortung für den Kriegsausgang bei der neuen Regierung ab – und bei der feindlichen Propaganda der Kriegszeit, die angeblich von kriegsentscheidender Bedeutung gewesen war. In Ludendorffs *Kriegserinnerungen*, die 1919 veröffentlicht wurden, liest sich das so: »Das Heer fand keinen Bundesgenossen in einer starken, von der Heimat ausgehenden Propaganda. Deutschland versagte im Kampf gegen die Psyche der feindlichen Völker, während sein Heer auf den Schlachtfeldern siegreich war. [...] Während die Propaganda der Entente das deutsche Volk und die deutsche Armee und Marine immer machtvoller traf, wusste sie in den eigenen Landen und der eigenen Wehrmacht die Kriegsentschlossenheit hochzuhalten und in den neutralen Staaten gegen uns zu wirken.«⁴

Die Rede war bald von einem »Dolchstoß«, geführt von der feindlichen Propaganda und von den Kriegsgegnern innerhalb Deutschlands – vor allem Linken und Juden. Diese innen- wie außenpolitischen Feinde hätten, so hieß es, dem unentwegt siegreichen deutschen Heer verräterisch den Dolch in den Rücken gestoßen. Auch Hitler vertrat diese Verratstheorie. Er war nach Kriegsende zur Führungsfigur einer kleinen völkischen Vereinigung geworden, die vor allem in Bayern aktiv war und seit 1920 unter dem Namen NSDAP firmierte. Hitlers NSDAP unterschied sich von den anderen Gruppierungen und Parteien völkisch-rassistischer Art allerdings in einem sehr interessanten Punkt: Sie hing der Theorie vom innenpolitischen Verrat sehr viel konsequenter an. Der Einheitsfront gegen die Ruhrbesetzung und dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet schloss sich 1923 die NSDAP als

4 Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 303, 288.

einzigste Partei nicht an, was ihr damals erhebliche Kritik eintrug. Hitler begründete diese Haltung am Tag des französischen Einmarsches im Münchner Zirkus Krone: »Nicht Nieder mit Frankreich!, sondern Nieder mit den Novemberverschulern!«,⁵ rief er den im Zirkus versammelten 9000 Anhängern zu. Die »Novemberverschulern« – das waren für Hitler die Erfüllungsgehilfen des internationalen Judentums, das den Marxismus erfunden habe, um die Welt zu erobern. Diese Schurken hätten, wie Hitler zur Erklärung seiner Minderheitenposition zwei Wochen später in der Parteizeitung *Völkischer Beobachter* schrieb,⁶ »dem deutschen Volk die Waffen aus der Faust« gestohlen. Sie müssten mit einer »unerbittlichen Vergeltung« verfolgt werden, denn erst nach »einer notwendigen Reinigung des deutschen Blutes« könne Deutschland wieder stark genug werden, um die äußeren Feinde zu besiegen.

Das war die nationalsozialistische Parole während der gesamten Weimarer Republik, und die NSDAP-Führung folgte dieser Linie bis zur (vorerst) letzten Konsequenz, als sie 1932 ihren SA-Truppen einen Befehl übermittelte, der den Tatbestand des Landesverrats erfüllte. Die SA-Mitglieder, die gemeinsam mit anderen Wehrbänden und der Reichswehr an der deutschen Ostgrenze geheime Waffendepots und einen den Bestimmungen des Versailler Vertrags widersprechenden Grenzschutz unterhielten, wurden aufgefordert, im Fall eines polnischen Einmarsches nicht gegen die Eindringlinge zu kämpfen, sondern sich für Aktionen der NSDAP-Führung bereitzuhalten. Mit anderen Worten: Die geballte Macht der SA-Truppen war in einer solchen Krisensituation für den Kampf im Inneren, gegen die Republik, vorgesehen. Einige Hauptstadtjournalisten waren übrigens auch in diesem Fall, wie so oft, aus Regierungskreisen vertraulich über Hitlers Befehl an die SA informiert worden. Sie machten jedoch nichts daraus.⁷

5 *Münchener Post*, 12. 1. 1923, zit. nach Jäckel/Kuhn (Hg.), Adolf Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, S. 786.

6 *Völkischer Beobachter*, 27. 1. 1923, zit. nach ebd., S. 798–801, Zitat S. 800.

7 Es war der preußische Innenminister Carl Severing, der die Presse über den Befehl an die SA informiert hatte. Seine Polizeiaktion gegen preußische SA-Stellen hatte ihn zutage gefördert. Georg Bernhard, der ehemalige Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*, gab diese an die Presse gelangte Hintergrundinformation an Harry Graf Kessler weiter; Aretin, Krone und Ketten, S. 135–139, und Kessler, Tagebuch 1926–1937, S. 407 (Eintrag vom 6. April 1932). Vgl. hierzu auch Hürter, Wilhelm Groener, S. 328–353, und Bergien, Die bellizistische Republik, S. 380 ff.

Bekanntlich folgte Hitlers Regierung nach ihrem Machtantritt 1933 genau dem propagierten Muster. Sie »reinigte das deutsche Blut«, indem sie die vorgeblichen inneren Verräter verfolgte, vertrieb, einsperrte und umbrachte. Das war keine Angelegenheit der Propaganda, sondern der Gewalt und des Rechtsbruchs. Der Glaube an die sanfte, aber unerbittliche Macht der medialen Verführung wurde zwar weiterhin verkündet. Doch bei der Bekämpfung des inneren Feindes spielte er nur die Rolle, die Vorstellung plausibel zu machen, die feindlichen Mächte hätten 1914–1918 durch Medieneinsatz innerhalb Deutschlands eine Art trojanisches Pferd erwecken können.

Der Glaube an die Propagandawirkung und der Glaube an den Verrat, der Deutschland besiegt und die Republik errichtet hatte, waren also zwei Seiten derselben Medaille. Kriegsende und Revolution hielten für die Nationalsozialisten aber noch eine weitere Botschaft bereit, nämlich die Erkenntnis von der Fragilität der Macht. Nicht nur für sie kam 1918 die widerstandslose Aufgabe der Kaiserreichs-Eliten völlig unerwartet. Eben war da noch ein Staatswesen, das stabil und unerschütterlich wirkte, dessen Macht und Verwaltungsapparat auch in den vier Kriegsjahren bis in die lokalen Amtsstuben hinunter funktioniert hatten, das keinen feindlichen Einbruch hatte hinnehmen müssen und in dem die Straßenbahnen immer noch regelmäßig verkehrten. Plötzlich aber waren die Menschen, die gerade noch die Positionen dieses Staates besetzt hatten, verschwunden: der Kaiser nach Holland, Generalquartiermeister Ludendorff nach Schweden; die Thronessel der Könige und Fürsten waren leer. Standortkommandeure und Bürgermeister übergaben den Arbeiter- und Soldatenräten zuvorkommend Schlüssel und Waffen und gingen nach Hause. »Nie ist das ganze innere Gerüst einer Grossmacht in so kurzer Zeit so vollkommen zerstäubt«, stellte der klarsichtige Beobachter Harry Graf Kessler in seinem Tagebuch fest.⁸ Es muss für die Zeitgenossen eine buchstäblich betäubende Erfahrung gewesen sein. Evelyn Fürstin Blücher von Wahlstatt, eine Engländerin, die als Ehefrau des Fürsten Gebhard von Blücher den Ersten Weltkrieg in Berlin erlebt hatte, notierte während der turbulenten Novemberwochen 1918 in ihrem

Siehe für eine ausführlichere Darstellung dieser Episode Ute Daniel, Gegen »das System«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. 5. 2017, S. 6.

8 Kessler, Tagebuch 1916–1918, S. 628 (Eintrag vom 10. November 1918).

Tagebuch, wie sehr sie »das ruhige Phlegma der Menge, die außer Schußweite, wie bei einem Rennen die Vorgänge beobachtete«, verwunderte.⁹ Georg Bernhard, einer der profiliertesten politischen Journalisten während des Weltkriegs und der Weimarer Republik, erklärte die Plötzlichkeit des Umsturzes damit, dass es sich weniger um eine Revolution als um »die Flucht und die Abdankung der bis dahin Regierenden« handle.¹⁰ Die spätere Führungsriege des »Dritten Reichs« zog zumindest in einem, und zwar in einem besonders interessanten Fall andere Schlüsse. Es war der Propagandaminister Goebbels, der im September 1941 seinem Tagebuch – und nur diesem – eine Erkenntnis anvertraute, die er wohl ohne die Erfahrung der Novemberrevolution kaum gehabt hätte; nämlich »dass die Autorität nur eine Fiktion ist und dass man sie deshalb peinlichst behüten muss, damit sie nach Möglichkeit keiner ernststen Belastung ausgesetzt wird. [...] Es kommt mir manchmal vor, als stünden Autorität und Revolution einander immer in Kampfstellung gegenüber, und die Revolution versucht ununterbrochen, einen Schritt nach vorn zu treten, und wartet dann ab, was die Autorität tut. Man kann zwar gestatten, dass die Revolution einen Schritt näherkommt, um auszuprobieren, was sie will und wer eigentlich zu ihr gehört; man darf sie aber niemals so nahekommen lassen, dass man nicht mehr richtig zum Schlage ausholen kann.«¹¹

Es ist vielleicht kein Zufall, dass diese nachgerade postmodern anmutenden Einlassungen zum Autoritätsproblem nach Beginn des Russlandfeldzugs gemacht wurden. Goebbels' Glaube an den »Führer« war zu diesem Zeitpunkt zwar noch ungebrochen und der deutsche Vormarsch in Russland noch siegreich. Doch schwingen in seinen Tagebucheinträgen zu Beginn des »Unternehmens Barbarossa« bängliche Untertöne mit, die man nicht von einem nationalsozialistischen Minister erwarten sollte, der seit gut acht Jahren in der Öffentlichkeit verkündete, Autoritätsprobleme hätten nur die dekadenten »verjude-

9 Blücher von Wahlstatt, Tagebuch, S. 328.

10 So Georg Bernhard, von 1914 bis 1930 Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*, in seiner rückblickenden Darstellung der Weimarer Republik; Bernhard, *Die deutsche Tragödie*, S. 29 f.

11 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate, Bd. 1, S. 369, 459 (Einträge vom 6. bzw. 20. September 1941).

ten« Demokratien. Der auf dem »Führerprinzip« beruhende deutsche Staat, so Goebbels und alle anderen Repräsentanten des »Dritten Reichs«, sei die Antwort auf diese und andere Schwächen der westlichen Demokratien. Seine top-down ausgerichteten Machtstrukturen garantierten – im Namen des Volkes, wie regelmäßig versichert und durch Großaufmärsche usw. demonstriert wurde – Stabilität auf alle Zeit. Im Staat des »Führerprinzips« waren soziale Spannungen, Protest, Kritik oder gar Revolution nicht vorgesehen, die Bevölkerung hatte ausschließlich zu folgen. Wie es der Verfassungsjurist Ernst Rudolf Huber 1939 ganz im Sinne des Regimes formulierte: »Die Führungsgewalt ist umfassend und total; sie vereinigt in sich alle Mittel der politischen Gestaltung; sie erstreckt sich auf alle Sachgebiete des völkischen Lebens; sie erfasst alle Volksgenossen, die dem Führer zu Treue und Gehorsam verpflichtet sind.«¹²

Der Verpflichtung des Volkes zur Gefolgschaft entsprach allerdings die Verpflichtung der Führung zum Erfolg. Denn eine als umfassend definierte Macht ist auch umfassend verantwortlich. Ob der militärische Erfolg ausblieb oder das frische Gemüse – die Verantwortung lag immer bei ihr. Klappte etwas nicht, fiel es in den Aufgabenbereich des Propagandaministers, Misserfolge wegzuerklären oder ihr Bekanntwerden zu unterdrücken. Zu diesem Zweck konnte er die Massenmedien nutzen, die verpflichtet waren, im Sinne des Ministers (und anderer für die Medien Zuständiger) zu berichten und zu kommentieren oder aber das eine wie das andere zu unterlassen. Ohne allzu große Übertreibung könnte man behaupten, dass dies der Hauptzweck der NS-Propaganda und -Medienlenkung war: die Wirklichkeit so abzubilden, dass sie dem Anspruch nicht widersprach, dass das »Führerprinzip« funktioniere.

Auf dem Nürnberger Parteitagsgelände gelang das. Ansonsten erwiesen sich die unbeabsichtigten Folgen des »Führerprinzips« jedoch als Problem. Goebbels war sich der Tatsache, dass es in vielen Fällen nicht genügte, den medialen Anschein der Wirklichkeit zu steuern, durchaus bewusst. Als Gauleiter von Berlin etwa versuchte er gar nicht erst, Versorgungsengpässe oder Schwierigkeiten mit den Urlauberzügen von der Front wegzuerklären. Vielmehr bemühte er sich ganz klassisch darum, die Übelstände abzustellen. Oder er verbot Fußballspiele,

12 Huber, Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, S. 230.

wenn zu befürchten war, dass die deutsche Mannschaft verlieren könnte.¹³

Goebbels' Schwierigkeiten, weiterhin den Anschein aufrechtzuerhalten, dass der »totale Führerstaat« erfolgreich war, nahmen mit den häufiger werdenden Rückschlägen an der Front zu. Noch gefährlicher für den Glauben an den »Führerstaat« und sein Funktionieren war die Tatsache, dass – zunehmend für breite Bevölkerungskreise erkennbar – einer der obersten »Führer« des Reichs, Hermann Göring, als Chef der Luftwaffe versagte. Hier half keine Propaganda. Und die Menschen in Deutschland merkten am eigenen Leibe, dass die feindlichen Flieger erfolgreich ihre Städte bombardierten. Luftwaffe und Flugabwehr hatten dem offensichtlich nicht viel entgegenzusetzen. Als höchst bedenklich erschien es Goebbels auch, dass der »Führer« sich seit Beginn des Russlandfeldzugs mehr und mehr aus der deutschen Innenpolitik verabschiedet hatte. Er trat kaum noch öffentlich auf, ließ sich immer seltener im Radio vernehmen und überließ de facto die innere Politik den Gauleitern und anderen Amtsträgern der NS-Hierarchie. Von ihnen hing es ab, ob die sogenannte Heimatfront die Truppen unterstützte, indem sie den zivilen Verbrauch knapper Güter einschränkte und Männer für den Kriegsdienst freistellte. Diese materiellen und praktischen Fragen der Kriegführung beschäftigten Goebbels seit etwa Mitte 1942 immer mehr. Sie stellten für ihn das vorrangige Problem dar, wie seine Tagebücher und andere Quellen belegen, nicht die Stimmungslage der Bevölkerung.

Der Propagandaminister wollte im Grunde ein neues Amt: das eines Sub-Diktators, der alle Vollmachten auf sich vereinigte, um die Organisation der Kriegswirtschaft und den Menscheneinsatz für Fabriken und die Front effektiver gestalten zu können; und um die anderen Notabeln des NS-Staates, allen voran die Gauleiter, auf diese Linie bringen zu können. Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz wurde er tatsächlich 1944 nach dem Attentat vom 20. Juli. Zu diesem Zeitpunkt konnte Goebbels mit seinen Vollmachten aber kaum noch etwas anfangen – was nicht einmal ihm selbst, dem fanatischen Durchhalter, entging. Der militärische Sieg der Alliierten zeichnete

13 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil 1, Bd. 4, S. 601 (Eintrag vom 22. April 1941). Anlass war ein verlorenes Fußballspiel gegen die Schweiz.

sich immer deutlicher ab. Zwei Jahre zuvor aber schien es ihm sinnvoll, ohne jede formale Machtvollkommenheit das im »Dritten Reich« eigentlich nicht Vorgesehene zu wagen, nämlich den Angriff auf seine Standesgenossen, die Gauleiter, die, seit Hitler sich in sein Hauptquartier verabschiedet hatte, zu regelrechten Duodezfürsten aufgestiegen waren. In ihrem jeweiligen Gau waren sie die uneingeschränkten Herrscher und genossen mitsamt ihrer Entourage den entsprechenden Lebenszuschnitt. Ohne Hitlers Rückendeckung konnte sie niemand zwingen, sich einer »Totalisierung« der Kriegsanstrengungen unterzuordnen – oder sich gar eigene Entbehrungen aufzuerlegen. Goebbels war also auf sich selbst gestellt, wollte er den Gauleitern und der Bevölkerung abverlangen, was seiner Meinung nach unbedingt nötig war. Als unbedingt nötig erschien ihm seit der zweiten Jahreshälfte 1942 unter anderem die Einführung einer Dienstpflicht für Frauen. Goebbels sah nicht ein, warum der »totale Führerstaat« nicht können sollte, was man in England – unter einer angeblich verrotteten parlamentarischen Regierung – schaffte: die Ausschöpfung des weiblichen Arbeitskräftepotenzials. Zumindest glaubte Goebbels das, auch wenn ihn die deutschen Arbeitsmarktspezialisten eines Besseren hätten belehren können. Deutschland war mit einer stärkeren Beteiligung der Frauen an der Erwerbstätigkeit in den Krieg gegangen, was die Zuwächse geringer ausfallen ließ; und nicht nur die deutsche, sondern auch andere Kriegswirtschaften taten sich mit der Mobilisierung insbesondere derjenigen Frauen schwer, die noch nie erwerbstätig gewesen waren oder nur Teilzeitarbeit leisten konnten. Auch fehlten in Deutschland, obwohl Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene als Arbeitskräfte ausgebeutet wurden, viel zu viele Arbeitskräfte und Soldaten, als dass Frauen die Lücken hätten schließen können.

Auf jeden Fall sollte es Goebbels zufolge so etwas wie Dienstmädchen oder »Nur-Hausfrauen« eigentlich in Deutschland nicht mehr geben. Goebbels' eigene Frau Magda entsprach den Vorstellungen ihres Mannes, die wohl auch ihre eigenen waren, wenigstens andeutungsweise: Sie ließ sich medienwirksam regelmäßig als Rotkreuzschwester sehen. Die Ehefrauen anderer NS-Würdenträger und Politiker machten sich auch diese Mühe nicht flächendeckend. Und Dienstmädchen, Köchinnen und sonstiges Personal verschafften weiterhin den Gauleitern (sowie anderen hohen Amts- und Würdenträgern mitsamt ihren Ehefrauen) einen luxuriösen Lebensstil. Nun

dürfte es auch Goebbels klar gewesen sein, dass, selbst wenn sich alle NS-Potentaten mit einem Schlag all ihrer dienstbaren Geister entledigt hätten, keine wesentliche Vermehrung der kämpfenden Truppen zu erwarten war. Es ging also im Grunde um etwas anderes: nämlich um eine symbolische Geste, die der Bevölkerung demonstrieren würde, dass die »Volksgemeinschaft« tatsächlich existierte; dass wirklich alle Deutschen Opfer brachten. Die Legitimität des »Führerprinzips« würde so gestärkt und gleichzeitig verhindert werden, dass die immer wieder aufflackernden Ressentiments gegen »die da oben«, die es sich gut sein ließen, während »die da unten« die Last des Krieges zu tragen hatten, sich zu einer gefährlichen Stimmungslage verdichteten. Derartige Ressentiments hatten auch die immer wieder unternommenen halbherzigen Versuche laut werden lassen, Frauen zur Arbeit in der Fabrik zu verpflichten; denn sie beschränkten sich auf Frauen aus den Arbeiterschichten. Am 27. Januar 1943, als die Niederlage in Stalingrad bereits absehbar war, wurde dann die Meldepflicht für alle Frauen von 17 bis 45 Jahren (und Männer von 16 bis 65 Jahren) eingeführt, die die Basis dafür sein sollte, alle Einsatzfähigen zu identifizieren und einer kriegswichtigen Tätigkeit zuzuführen. Ihre beschäftigungspolitischen Effekte würden sich, wie der weitere Jahresverlauf zeigte, als gering erweisen. Die Widerstände, denen sich Goebbels gegenüber sah, wenn er die Heranziehung der Heimat zu größeren Kriegsanstrengungen forcieren wollte, waren wiederum alles andere als gering und begannen, was die Frauenarbeitspflicht betraf, bei Hitler selbst. Auch dieser wollte keine weibliche Arbeitspflicht, so dass nicht mehr als eine Meldepflicht herauskam, die darüber hinaus auch nicht, wie der Propagandaminister gewollt hatte, für alle Frauen bis zum 50., sondern nur bis zum 45. Lebensjahr galt.

Wäre Goebbels Minister eines nicht-totalitären Staates gewesen, hätte er die Massenmedien in ihrer Funktion als »Vierte Gewalt« einsetzen können, um in seinem Sinn auf die Führungsebene des NS-Regimes einzuwirken. Meinungsverschiedenheiten und Machtkämpfe innerhalb der politischen Klasse hatten das Aufkommen einer pluralisierten Presselandschaft seit dem 18. Jahrhundert befördert. Als Austragungsort für ihre Divergenzen dürfte den politischen Klassen allerorten die Presse (und später andere Massenmedien) ebenso wichtig gewesen sein wie als Verlautbarungsorgan, und das nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Weswegen Parteien und einzelne Politiker, die etwas wer-

den wollten, falls sie es sich leisten konnten, gern selbst eine Zeitung besaßen (die allerdings kein reines Verlautbarungsorgan sein durfte, weil das ihre Nützlichkeit beeinträchtigt hätte) oder zumindest entscheidenden Einfluss auf ein Blatt ausüben wollten.

Entscheidenden Einfluss auf Zeitungen hatte nun zwar zweifellos auch der Propagandaminister. Aber das war in seinem Fall nicht die Lösung, sondern das Problem: Massenmedien, die den funktionierenden »Führerstaat« widerzuspiegeln hatten, taugten nur dazu und zu nichts anderem – weil sie genau das und ausschließlich das enthielten, was von »oben« gewollt war. Was Goebbels gebraucht hätte, wäre das gewesen, was gemeinhin die »öffentliche Meinung« heißt, also eine vielstimmige Medienlandschaft, deren Berichterstattung nicht bis zum letzten Komma auf die oberste Führungsebene zurückgeführt werden konnte. Genau das aber hatte er selbst seit 1933 abgeschafft. Das einzige verbliebene Ausdrucksmittel für Machtkämpfe innerhalb der politischen Eliten war die Gewalt. Auf Gewalt hatte Hitler 1934 zurückgegriffen, als er die SA durch den Mord an ihrer Führung ausschaltete (und bei dieser Gelegenheit gleich noch eine Reihe weiterer ihm gefährlich erscheinender Personen umbringen ließ). Auf Gewalt würden im Sommer des folgenden Jahres die Attentäter des 20. Juli setzen, als sie Hitler zu töten versuchten. Goebbels stand dieses Mittel nicht zur Verfügung. Er fiel stattdessen auf ein anderes, seinem Kompetenzbereich als Propagandaminister eher entsprechendes Ausdrucksmittel, nämlich die Inszenierung eines Ereignisses, dessen symbolische Bedeutung über das Ereignis selbst hinausgeht. In dem Bedeutungsüberschuss, den eine solche Inszenierung hervorruft, konnte stecken, was direkt nicht gesagt werden konnte – weil so etwas wie Macht- und Konkurrenzkämpfe im System nicht vorgesehen und Medien, sie gewaltlos auszutragen, nicht vorhanden waren. Worauf Goebbels mit diesem Vorhaben reagierte, war – ohne dass er es so formuliert hätte – also nicht nur die bedrohliche militärische Situation und nicht nur der innere Machtkampf der NS-Eliten, sondern auch eine systemische Schwäche der Mediendiktatur. Mit der nationalsozialistisch regulierten Presse ließ sich nur gegen »Volks-« und andere Feinde vorgehen, aber nicht gegen andere Mächtige. Gegen sie konnte nur Druck aufgebaut werden, indem man eine unabhängige öffentliche Meinung gewissermaßen simulierte.

Mit anderen Worten, der Propagandaminister entdeckte das, was

man heute ein Medienevent nennen würde. Als ein solches Ereignis, das ausdrücklich zu dem Zweck inszeniert und medial übermittelt wird, eine bestimmte Zielgruppe (die nicht unbedingt anwesend sein muss) zu erreichen und zu beeinflussen, lässt sich die berühmte Sportpalastrede vom Februar 1943 beschreiben. Die Voraussetzung der folgenden Beschreibung ist, dass die tradierte Lesart dieser Rede suspendiert wird, der zufolge die Bevölkerung beziehungsweise deren Repräsentanten im Saal die wichtigsten Adressaten des Events waren. Goebbels' Zeitgenossen übrigens waren als erfahrene Mediennutzer und Adressaten jahrelanger Propagandaemission nur in wenigen Fällen in der Gefahr, den Augenschein der Veranstaltung für den Inhalt zu halten – auch wenn ihnen der Ausdruck Medienevent noch nicht bekannt war.

Die Sportpalastrede vom Februar 1943 als Medienevent

Der Eintrag im Goebbels'schen Tagebuch, der fünf Tage vor dem Ereignis gemacht wurde, gibt über die geplante Wirkung der Inszenierung Auskunft: »Möglichst viele Prominente sollen [...] eingeladen werden, und ich werde eine Rede halten, die an Radikalismus alles bisher Dagewesene übertrumpft. An der Reaktion aus dem Publikum können dann die Prominenten feststellen, wie eigentlich der Hase läuft. [...] Ich werde diese Versammlung wieder über alle Sender übertragen lassen, um damit auch auf die öffentliche Meinung in den einzelnen Gauen einen Druck auszuüben, so dass also ein Gauleiter, wenn er sich gegen diese oder jene harte Maßnahme bisher noch gesperrt hat, sich vielleicht doch bequemen wird, das bisher Versäumte nachzuholen, weil er sonst allzu stark unter den Druck der öffentlichen Meinung gerät.«¹⁴

Das Publikum im Saal und sein Verhalten sollte also die eigentliche Botschaft sein. Es hatte die öffentliche Meinung zu versinnbildlichen, von der Goebbels sonst wenig und wenn, dann meist in Anführungszeichen als publizistische Verschleierung der kapitalistischen Meinungsmache in Demokratien zu sprechen pflegte. Hier benutzte er den Ausdruck gleich zweimal und ohne jedes Anführungszeichen – als habe er selbst daran geglaubt, es gäbe so etwas in seinem Staat. Das

¹⁴ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate, Bd. 7, S. 336 (Eintrag vom 13. Februar 1943).

Wichtigste am Publikum war die wilde Zustimmung, die totale Akklamation als Kernaussage des Events. Rückblickend wird Goebbels einige Monate später feststellen, dass am 18. Februar »in Berlin Beifall gespielt«, dass »ein großes Beifallstheater« aufgeführt worden sei.¹⁵ Man muss sich also den ganzen Sportpalast quasi als Bühne eines imaginären größeren Theaters vorstellen, auf der das jubelnde Publikum der wichtigste Akteur ist, während vor dieser Bühne die »Prominenten«, also die Gauleiter und andere NS-Notabeln, das eigentliche Publikum abgeben. Man darf sich in diesem eigentlichen Goebbels'schen Publikum durchaus auch Hitler selbst vorstellen; der »Führer« sollte sich gezwungen sehen, dem Treiben seiner Gefolgsleute einen Riegel vorzuschieben.¹⁶

Jedes Medienevent braucht einen geeigneten Anlass. Der Minister hatte seit Herbst 1942 auf einen solchen gewartet. Als erfahrener Propagandist war ihm klar, dass ein aktueller Aufhänger nötig ist, soll eine Inszenierung starke Wirkungen entfalten. Das Ende der 6. Armee in Stalingrad lieferte ihm das. Der Schock war groß genug, um es ihm zu erlauben, seinem Idealbild gelungener Kriegspropaganda nahezu kommen: Winston Churchills Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede vom 13. Mai 1940 vor dem britischen Unterhaus. Ganz offensichtlich gehörte der deutsche Propagandaminister zu denjenigen, die unter der zwanghaften Schönfärberei der deutschen Medien litten – auch wenn er selbst für sie verantwortlich war. Jetzt hatte er Gelegenheit, seinerseits einen dramatischen Aufruf zu inszenieren, der die Menschen zu Höchstanstrengungen motivieren sollte; und der alle, denen es an Motivation gebrach, in Furcht und Schrecken versetzte. So jedenfalls die Theorie.

Die eigentlichen Stalingrad-Reden wurden am 30. Januar 1943 gehalten. Es war der 10. Jahrestag der Machtübernahme, ein Datum, zu dem ansonsten Hitler gesprochen hatte. Der »Führer« war jedoch erstmals nicht daran interessiert, diese Aufgabe wahrzunehmen. Statt seiner sprachen Hermann Göring – vor militärischem Publikum im Luftfahrtministerium – und Joseph Goebbels, im Sportpalast. Letzterer

15 Ebd., Bd. 8, S. 430 (Eintrag vom 6. Juni 1943).

16 Von dieser Absicht Goebbels', Hitler selbst durch die Rede unter Druck zu setzen, berichtet ein ehemaliger Mitarbeiter des Propagandaministeriums, Rudolf Semler (der als Autor unter dem Namen Semmler firmiert), Semmler, Goebbels, S. 67f.

verlas eine Proklamation Hitlers und schlug, diese kommentierend, Töne an, die er gut zwei Wochen später verstärken würde: Aus den Tiefen des Volkes, so der Redner, steige »der Schrei nach *totalster* Kriegsanstrengung [...] an unsere Ohren«. ¹⁷ Am 18. Februar brauchte Goebbels also auf Stalingrad selbst nicht mehr zurückzukommen, die Mythisierung dieser Niederlage war bereits in Worte gefasst, in die Zeitungen gebracht, über die Radiosender ausgestrahlt und im Kino in der Wochenschau gezeigt worden. Er konnte aber Versatzstücke aus seiner Rede vom 30. Januar in die vom 18. Februar übertragen. Etwa die bekannte nationalsozialistische Parole »Führer befiehl, wir folgen!« – eine Parole, die dann am 18. Februar vom Publikum intoniert wurde. In einem Trierer Kino hatte sie allerdings, als in der ersten Februarhälfte Görings und Goebbels' Reden vom 30. Januar in der Wochenschau gebracht wurden, zu einem Zwischenfall geführt, der zeigte, dass die Versuche der mythisierenden Sinnstiftung nicht überall ankamen. Und dass aufrührerische Bemerkungen sogar in der Öffentlichkeit eines Kinosaals fielen. Zwei Soldaten hatten nämlich die in dieser Wochenschau vom Sprecher intonierte Parole mit einem lautstarken »Aber nicht mehr lange!« kommentiert. ¹⁸ Am 18. Februar wäre so etwas nicht möglich gewesen. An diesem Tag war auf Goebbels' Anordnung hin das Publikum so zusammengesetzt, dass keine Unbotmäßigkeiten zu erwarten waren. Anwesend waren überwiegend Parteigenossen, Würden- und Amtsträger des Regimes, Prominente des Kulturbetriebs und Medienvertreter.

Die zweistündige Sportpalastrede vom 18. Februar, einem Donnerstag, schlug an verschiedenen Stellen die Töne an, die auf die impliziten eigentlichen Adressaten verwiesen: »Wir wollen nicht mehr im Interesse [...] der Aufrechterhaltung eines hohen, manchmal fast

17 Heiber (Hg.), Goebbels-Reden, Bd. 2, S. 158–171, hier S. 161 (Hervorhebung im Original).

18 Wantzen, Das Leben im Krieg, S. 1052 (Eintrag vom 16. Februar 1943). In Wantzens Darstellung kommt als Redner nur Göring vor, dessen Rede fälschlicherweise in den Sportpalast verlegt wird; und der Spruch »Führer befiehl, wir folgen!« wird als Aufschrift eines Spruchbandes bezeichnet. Er kommt jedoch in der entsprechenden Wochenschau als Sprecherkommentar vor; siehe Wochenschau 648/7/1943 im Bundesarchiv-Filmarchiv Berlin. Es geht aus Wantzens Tagebucheintrag nicht hervor, ob er selbst in dem Trierer Kino war oder von dritter Seite über das Verhalten der Soldaten Bericht erhielt.

friedensmäßigen inneren Lebensstandards für eine bestimmte Volksschicht das deutsche Potential schwächen und damit unsere Kriegführung gefährden«, lautete ein Satz, der den Zwischenruf »Lumpenluder!« hervorrief.¹⁹ Der Hinweis darauf, dass die Staatsführung nicht dulden dürfe, »dass der weitaus größte Teil des Volkes die ganze Bürde des Krieges trägt und ein kleiner passiver Teil sich an den Lasten und an der Verantwortung des Krieges vorbeizudrücken versucht«, provozierte Zurufe, die »Aufhängen!« verlangten.²⁰ Den deutschen Frauen – insbesondere den »bisher noch außerhalb des Arbeitsprozesses stehenden«²¹ – widmete die Rede lange Passagen. Drückebergerinnen wurde unverhohlen damit gedroht, man werde nach dem Krieg mit ihnen abrechnen; wer Dienstmädchen beschäftige, solle entweder diese freigeben oder sich selbst arbeitsfähig melden.²²

Abschließender rhetorischer Höhepunkt waren die berüchtigten zehn Fragen. Sie stellten die rednerische Umsetzung von Goebbels' Absicht dar, der Publikumsmasse (angeblich waren 15 000 Menschen versammelt,²³ die tatsächliche Zuschauerzahl dürfte deutlich darunter gelegen haben) und deren bedingungsloser Zustimmung die Hauptrolle zuzumessen. Denn die Anwesenden reagierten »spontan« auf jede der Fragen mit totaler Akklamation. Wie präpariert diese Spontaneität war, ob also das Publikum in irgendeiner Form eingewiesen oder durch eine entsprechend instruierte Claque angeleitet wurde, ist nicht eindeutig feststellbar – die dazu befragten oder darüber Bücher schreibenden ehemaligen Mitarbeiter des Propagandaministeriums hatten zu unterschiedliche Erinnerungen daran.²⁴ Ich rufe hier nur einige Ausschnitte der Rede in Erinnerung:

»Viertens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk wehrt sich gegen die totalen Kriegsmaßnahmen der Regierung [Rufe: ›Nein!‹]. Es will nicht den *totalen Krieg*, sagen die Engländer, sondern die *Kapitulation!* [Stürmische Rufe, u. a.: ›Nein!‹, ›Pfui!‹] Ich frage Euch: *Wollt Ihr den totalen Krieg?* [Stürmische Rufe: ›Ja!‹ Starker Beifall.] Wollt ihr ihn [Rufe:

19 Heiber (Hg.), Goebbels-Reden, Bd. 2, S. 172–208, hier S. 186.

20 Ebd., S. 187 (Hervorhebung im Original).

21 Ebd., S. 196.

22 Ebd., S. 197f.

23 *Völkischer Beobachter*, 20. 2. 1943; zit. nach Moltmann, Goebbels' Rede, S. 30.

24 Moltmann, Goebbels' Rede, S. 27f.

›Wir wollen ihn!‹], wenn nötig, *totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können?* [Stürmische Rufe: ›Ja!‹ Beifall.] [...]

Ich frage Euch achtens: Wollt Ihr, insbesondere Ihr Frauen selbst, dass die Regierung dafür sorgt, dass auch die *letzte Arbeitskraft auch* der Frau der Kriegführung zur *Verfügung* gestellt wird [Rufe weiblicher Stimmen: ›Ja!‹] und dass die Frau *überall* da, wo es nur *möglich* ist, *ein-springt*, um *Männer für die Front freizumachen?* Wollt Ihr das? [Stürmische Rufe, insbesondere weiblicher Stimmen: ›Ja!‹ Starker Beifall.]

Ich frage Euch neuntens: *Billigt Ihr*, wenn nötig, die *radikalsten* Maßnahmen gegen einen kleinen Kreis von *Drückebergern und Schiebern* [stürmische Rufe: ›Ja!‹ Starker Beifall, Zurufe], die mitten im Kriege *Frieden* spielen wollen und die Not des Volkes zu eigensüchtigen Zwecken ausnutzen? [Rufe: ›Aufhängen!‹ Geschrei.] *Seid Ihr damit einverstanden* [Rufe: ›Jawohl!‹], *dass, wer sich am Kriege vergeht, den Kopf verliert?* [Stürmische Rufe: ›Ja!‹ Starker Beifall.]«²⁵

Der Rundfunk übertrug die Rede im Anschluss an das Ereignis, also am Donnerstagabend, und wiederholte die Übertragung am folgenden Sonntagvormittag. Damit die Botschaft auch in diesem Medium klar herüberkam, wurde zusätzlicher Applaus eingespielt. Dennoch – oder deswegen? – musste Goebbels selbst feststellen, dass die Rede auf das Radio-Publikum nicht so gut gewirkt habe wie auf das Sportpalast-Publikum.²⁶ In den Zeitungen erschien der Text am Freitag. Die Redaktionen hatten den Redetext und die Sprachregelungen für seine Wiedergabe bereits Donnerstagmittag erhalten. Vorgeschrieben wurde ihnen, den zehn Fragen, die der Minister am Ende der Rede stellen würde, besondere Aufmerksamkeit zu widmen und bei den Fotos darauf zu achten, dass das Publikum und nicht der Minister im Bild sei.²⁷ In die Wochenschau und damit in die Kinos kamen die Filmaufnahmen aus dem Sportpalast am 24. Februar, also sechs Tage später. Da die Kameramänner angewiesen worden waren, den Publikumsreaktionen besondere Aufmerksamkeit zu schenken,²⁸ spielten die Aufnahmen der Zuhörer-

25 Heiber (Hg.), Goebbels-Reden, Bd. 2, S. 204ff. (Hervorhebungen im Original; die Einschübe in eckigen Klammern stammen vom Herausgeber).

26 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 8: April–Juni 1943, S. 442 (Eintrag vom 8. Juni 1943).

27 Moltmann, Goebbels's Rede, S. 41.

28 Ebd., S. 42.

innen und Zuhörer in der Wochenschau-Wiedergabe eine sehr wichtige Rolle – nicht zuletzt die begeisterten Reaktionen der Prominenten (etwa des Schauspielers Heinrich George) waren zu sehen.

Der Propagandaminister war, wie üblich, in den ersten Wochen danach von seiner rednerischen Leistung völlig überzeugt. Wieder einmal erwartete er, dass seine Worte die Welt verändern würden. In seinem Tagebuch ist unter dem 19. Februar vermerkt, es sei »eine Art von stillem Staatsstreich« erfolgt: »Der totale Krieg ist jetzt nicht mehr eine Sache weniger einsichtiger Männer, sondern er wird jetzt vom Volke getragen. In der Führung wird sich ihm niemand mehr entgegenstellen können.«²⁹ Doch musste er feststellen, dass der primäre Adressatenkreis, die Gauleiter, sich unbeeindruckt zeigte. Und dass die Bevölkerung die Rede nur zu gut verstanden hatte. Das zeigte die nationalsozialistische Version der Meinungsforschung, die Berichte des Sicherheitsdienstes (SD). Ihre »Ergebnisse« müssen zwar mit Vorsicht genossen werden, denn als Teil des Systems war der SD weniger auf Objektivität als auf Systemerhalt aus – und darauf, sich keinen Ärger in der obersten Führungsriege einzuhandeln. Wo Jubel und Zustimmung erhoben wurde, ist also Vorsicht angebracht; wo jedoch unbequeme Meinungsäußerungen übermittelt wurden, ist es eher unwahrscheinlich, dass diese übertrieben wurden. Im SD-Bericht vom 22. Februar heißt es: »Die Bevölkerung sei der Führung dankbar, dass sie endlich ganz offen gesprochen und ›reinen Wein eingeschenkt‹ habe. [...] Vereinzelt sei bemerkt worden, Dr. Goebbels habe die Lage ›schwärzer gemalt, als sie sei‹, um den *Totalisierungsmaßnahmen* Nachdruck zu verleihen. [...] Der letzte Teil der Rede sei uneinheitlich aufgenommen worden. Zwar sei allgemein die Schlagkraft der 10 Fragen hervorgehoben, jedoch von Volks- und Parteigenossen aus allen Kreisen zum Ausdruck gebracht worden, dass der propagandistische Zweck dieser Fragen und Antworten den Hörern und Lesern allzu sehr zum Bewusstsein gekommen sei.«³⁰

29 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate, Bd. 7, S. 375 (Eintrag vom 19. Februar 1943).

30 Meldungen aus dem Reich (Nr. 361) vom 22. Februar 1943, I. Allgemeines, in: Boberach (Hg.), Meldungen aus dem Reich, Bd. 12, S. 4831 (Hervorhebung im Original).

Es ist meines Wissens keine Reaktion Goebbels' auf diesen Bericht überliefert. Das ist schade, hätte man doch gern gewusst, ob ihm aufgefallen ist, dass die deutsche Bevölkerung mittlerweile ausgesprochen medien- und propagandakundig war. Dass sie also durchaus in der Lage war, Wirkungsabsichten und die Mittel zu deren Umsetzung zu identifizieren. Und manchmal auch zu kritisieren.

Es kam aber noch schlimmer. Unter dem Datum des 25. Februar 1943 hieß es in den SD-Berichten: »*Die Maßnahmen zur Totalisierung des Krieges, vorab der Frauenarbeitseinsatz, beschäftigen in unverminderter Stärke einen Großteil der Bevölkerung. Eine Reihe von Meldungen weist darauf hin, dass die Einstellung der werktätigen Bevölkerung zu der Heranziehung der bisher nicht oder nicht mehr berufstätigen Frauen [...] durch eine ›unverhohlene‹, ›oft geradezu gehässige Schadenfreude‹ und ›lauernde Beobachtung‹ der Angehörigen der Oberschichten und eine ›weitgehende Skepsis‹ gegenüber dem Willen und der Fähigkeit der Führung, die Maßnahmen wirklich scharf und gerecht durchzuführen, [charakterisiert werde].*«

»Neid, Bergewöhnung und Voreingenommenheit seien noch nie so deutlich zutage getreten wie vielfach jetzt. In zahlreichen Fällen hätten Frauen aus der Arbeiterbevölkerung oder aus dem Mittelstand erklärt, ihren Einsatz davon abhängig zu machen, dass die ›feinen Damen‹, bzw. bestimmte, namentlich benannte Frauen, z.B. Mitbewohnerinnen aus dem Hause, ebenfalls zur Fabrikarbeit oder dergleichen herangezogen würden. Aus dieser Einstellung heraus würden die Angehörigen der unteren Schichten zum eigenen Arbeitseinsatz solange nicht aus wirklicher Opferbereitschaft geneigt sein, sondern ihn als eine vom Staat verhängte Zwangsmaßnahme ansehen, bis sie hinsichtlich ihrer Befürchtungen über die *Haltung der begüterten und führenden Schichten durch das Beispiel eines besseren [sic] belehrt* worden seien.«³¹

Diese Wirkung hatte Goebbels so nicht beabsichtigt. Hinter solchen drastischen Unmutsäußerungen gegenüber der höheren Führung und den NS-Oberschichten lauerte sein Angstgegner: eine Arbeiterschaft, die wie im Jahr 1918 die Autorität als Fiktion erweisen könnte; die nach dem Ersten nun auch den Zweiten Weltkrieg gegen

31 Meldungen aus dem Reich (Nr. 362) vom 25. Februar 1943, I. Allgemeines, in: ebd., S. 4844 (Hervorhebungen im Original).

den Willen der Obrigkeiten revolutionär abbrechen könnte. Nicht zuletzt diese Reaktionen dürften den Ausschlag dafür gegeben haben, seine öffentlichen Attacken auf die Amtskollegen einzustellen. Seine nächste Sportpalastrede vom 5. Juni desselben Jahres verlief erfolgreicher. Denn in ihrem Fall entsprach die Wirkung den Absichten. Goebbels setzte diesmal auf ein einfaches (allerdings abnutzungsgefährdetes) Erfolgsrezept. Er sprach über das, was sehnlichst erwartet wurde: die militärische Vergeltung für die feindlichen Luftangriffe. Das ließ in Westdeutschland die Hoffnung steigen, bald nicht mehr die Nächte in den Kellern verbringen zu müssen. Paulheinz Wantzen, ein durch und durch systemtreuer Redakteur in Münster (im späteren Kriegsverlauf in Trier und Luxemburg), verzeichnete diese Reaktionen in seinem umfangreichen Kriegstagebuch.³² Knapp zwei Wochen später allerdings konstatierte Goebbels selbst, dass von dieser Sportpalastrede ebenso wenig wie von derjenigen vom 18. Februar eine anhaltende Wirkung ausgegangen sei.³³ Wantzen scheint übrigens von der Februarrede Goebbels' gar nichts mitbekommen zu haben. Jedenfalls nichts, was er der Aufzeichnung für wert befunden hätte. Angesichts der Tatsache, dass er die deutsche Propaganda und ihr Ministerium, quasi seinen Dienstherrn, ansonsten fest im Blick hatte, ist diese Auslassung bemerkenswert.

Dem Medienevent »Sportpalastrede« vom 18. Februar 1943 war also das Schicksal vieler solcher Events beschieden. Es rief alle möglichen Reaktionen hervor, intendierte wie nicht intendierte. Manche Menschen äußerten sich begeistert, weil sie mitgerissen wurden – unter ihnen angeblich auch Journalisten am Presetisch des Sportpalasts, die eigentlich hätten mitschreiben und nicht mitschreien sollen.³⁴ Andere anwesende Korrespondenten wiederum erinnern sich an so etwas nicht, dafür aber daran, dass die um den Presetisch herumstehenden »Goldfasane« – also die höheren Ränge der NS-Hierarchie – die schreibenden statt jubelnden Journalisten erbost fixierten.³⁵ Nicht wenige

32 Wantzen, *Das Leben im Krieg*, S. 1108f. (Eintrag vom 6. Juni 1943). Die Rede ist abgedruckt in: Heiber (Hg.), *Goebbels-Reden*, S. 218–239.

33 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil II, Bd. 8, S. 491 (Eintrag vom 18. Juni 1943).

34 Kardoff, *Berliner Aufzeichnungen*, S. 34.

35 Preuschoff, *Journalist im Dritten Reich*, S. 68.

Menschen, die nicht eingeladen gewesen waren und anschließend von den SD-Mitarbeitern belauscht wurden, verstanden die Botschaft nur zu gut und setzten sie in ressentimentgeladene Äußerungen um. Der eine oder andere bekam gar nichts mit. Manche Menschen distanzieren sich, der Schauspieler Bernhard Minetti beispielsweise mitten im Sportpalasttrubel, indem er abwehrend die Lippen zusammenpresste, statt mitzuschreien.³⁶ Goebbels' eigene Reaktion reichte von anfänglicher Begeisterung über sich selbst bis zur eher abfälligen Feststellung, da sei »Beifallstheater« betrieben worden – bis zu der Erkenntnis, dass die zentrale Botschaft ihre eigentlichen Adressaten nicht beeindruckt hatte.

Die eigentliche Wirkungsgeschichte der Rede vom 18. Februar begann erst lange nach Goebbels' Tod. Wahrscheinlich wäre er verblüfft gewesen, hätte er erfahren, dass die Nachlebenden seine Inszenierung viel eindeutiger rezipieren würden, als seine Zeitgenossen es getan haben, nämlich als genau diejenige Botschaft, die sein Medienevent den Gauleitern hatte vor Augen führen wollen.

36 Minetti, *Erinnerungen*, S. 143.

Fazit

In meiner Lesart steht die vielzitierte Sportpalastrede vom Februar 1943 nicht für die Stärke, sondern für eine spezifische Schwäche der totalen nationalsozialistischen Medienkontrolle. Diese Schwäche war gleichzeitig eine des nationalsozialistischen »Führerprinzips«. Und die Rede, wie ich sie auffasse, belegt ex negativo die große Bedeutung der politischen Medien jenseits von Diktaturen: nämlich die Bedeutung, die ihnen als Forum zukommt, auf welchem indirekt politische Konflikte und Machtkämpfe des jeweiligen politischen Personals ausgetragen werden können. Voraussetzung dafür, dass Medien diese zentrale Funktion wahrnehmen können, ist ein Mindestmaß medialer Eigenständigkeit. Wo dieses fehlt, fehlen auch die Möglichkeiten, etwa auf indirektem Weg durch lancierte Meldungen ohne Herkunftsangabe auszuloten, wie eine bestimmte Politik gegebenenfalls ankommen würde, oder mittels gezielter Indiskretionen politische Gegner zu beschädigen. Ohne eine mehr oder weniger freie Medienlandschaft sind die politischen Akteure wichtiger Handlungsoptionen beraubt.

Die deutsche Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 lässt also erkennen, dass auch in der Zeit der Einbahnstraßen-Medien – also der Medien, die wie Zeitungen und Rundfunk für ein weitgehend passives Publikum drucken und senden – totale Medienkontrolle dysfunktionale Züge hat. In sehr viel stärkerem Maß gilt dies für Zeiten interaktiver Medien, die dem Publikum mehr Rückmeldung erlauben als Leserbriefe oder Anrufe im Rundfunkstudio. Stattdessen bieten diese neuen Medienlandschaften andere Wege der politischen Einflussnahme: etwa den der totalen Unterhaltung – den schon die NS-Medienpolitik gegangen ist, wenn auch mit vergleichsweise bescheideneren Mitteln; oder den der gezielten Teilhabe am interaktiven Geschehen durch freiwillige oder bezahlte Akteure, wie sie weltweit in den verschiedensten politischen Systemen gängig geworden ist; oder schlicht den Weg der Abschaltung oder partiellen Eliminierung von Inhalten, der bei elektronischen Medien jederzeit offensteht, wenn es an rechtsstaatlichen Schranken fehlt.

IV Vierte Gewalt hinter Gittern. Presse und Politik im Skandal (1962/63)

Der politische Skandal gehört zum Alltagsgeschäft von Politikern und Journalisten und ist gängiger Bestandteil des Medienkonsums, seit gegen Ende des 19. Jahrhunderts die auflagenstarke und von Auflagensteigerung abhängige Massenpresse entstanden ist. Die historische Bedeutung von Skandalen bleibt zwar oft hinter dem zeitgenössischen Empörungslevel zurück, und sie belegen auch nicht immer die Wirksamkeit der sogenannten Vierten Gewalt, sondern vielfach das Wirken von miteinander konkurrierenden Kräften hinter den Kulissen, die mit Durchstechereien an die Medien arbeiten. Dennoch sind politische Skandale aller Art – ich verwende den Begriff des Skandals sehr allgemein und als Synonym zu dem der Affäre – medien- und politikgeschichtlich gleichermaßen interessant: Sie liefern Momentaufnahmen der Beziehungen zwischen Politik und Medien einerseits und der zeitgenössischen Wertesysteme – seien es politisch-gesellschaftliche oder allgemein moralische – andererseits.

Sucht man nach für den deutsch-britischen Vergleich geeigneten politischen Skandalen, wird man recht schnell fündig. Zu den bis heute bekanntesten Affären des 20. Jahrhunderts mit einem hohen zeitgenössischen Aufmerksamkeits- und Empörungslevel gehören nämlich zwei, die zeitnah in der Bundesrepublik und in Großbritannien stattfanden: die *Spiegel*-Affäre von 1962 und der Profumo-Skandal von 1963. Bei genauerer Betrachtung haben beide Skandale sogar zeitgleich begonnen, nämlich unmittelbar nach der Kubakrise in der zweiten Oktoberhälfte 1962. Denn der Verlauf des Skandals um den britischen Kriegsminister John Profumo und dessen Beziehung zu Christine Keeler, einem Callgirl, bleibt unverständlich, wenn man den unmittelbar vorausgegangenen Spionageskandal um John Vassall nicht mit einbezieht. Nicht, weil dieser Spion so wichtig war – unter

den zahlreichen gefühlten und echten Spionen dieser Hochzeit des Kalten Krieges nahm Vassall eher eine Statistenrolle ein. Doch die, um es milde auszudrücken, kreative Presseberichterstattung über diesen Spionagefall war für den damaligen britischen Premierminister Harold Macmillan der Anlass dafür, den Journalisten die Instrumente zu zeigen. Das tat er so erfolgreich, dass, so die erste These, die Profumo-Affäre kein Presseskandal wurde, da die Presse bei ihrer Aufdeckung keine Rolle spielte, während die deutsche *Spiegel*-Affäre in der Tat zu einem Medienskandal im vollen Wortsinn wurde, als die überregionalen politischen Leitmedien im Verlauf der öffentlichen Auseinandersetzungen nach und nach mit wenigen Ausnahmen in eine gemeinsame Regierungskritik einmündeten. Das war ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik, war doch bis dahin – und auch danach wieder – das gängige Muster politischer Presseberichterstattung, dass sich die Kommentierung des innenpolitischen Geschehens entlang (partei-)politischer Präferenzen vollzog. Das, was sozialdemokratisch oder liberal profilierte Blätter an der Regierung kritisierten, war in der Regel das, was konservative Redaktionen unterstützten (den umgekehrten Fall gab es noch nicht, weil die bundesdeutschen Regierungen bis dahin von Konservativen und Liberalen getragen worden waren).

Allerdings, so die zweite, auf den deutschen Fall bezogene These, lag diese ungewohnte Gemeinsamkeit in der Kritik nicht daran, dass die fulminanten Attacken der linksliberal oder sozialdemokratisch orientierten Presse – oder die Proteste demonstrierender Studenten und Studentinnen – plötzlich meinungsführend geworden wären. Die gemeinsame Kritik wurde nur durch ihre Adressaten – allen voran Bundeskanzler Konrad Adenauer und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß – geeint, nicht jedoch durch ihre Motive. Diese waren eher widersprüchlicher Art, insbesondere was das jeweilige Demokratieverständnis betraf. Kritisierte die linke und linksliberale Presse die Polizeiaktion gegen den *Spiegel* und die öffentliche Reaktion von Adenauer und Strauß auf diese Kritik, weil für sie beides Ausdruck einer noch ungesicherten und gefährdeten bundesdeutschen Demokratie war, so kritisierten konservative Blätter weniger das Vorgehen gegen den *Spiegel* als einen Kanzler, dessen Verhalten in ihren Augen eine Schwäche der Exekutive offenbarte, die die Staatsautorität gefährdete. War also das, was auf dem Spiel stand, für die einen Pressefreiheit und Rechts-

staatlichkeit als demokratische Kernbestände, so war es für die anderen eine starke Führungsperson an der Spitze, die die Demokratie regierbar machte.

Der schlechte Ruf der Massen- oder Skandalpresse war beiden Ländern gemeinsam und stellt, so die dritte These, einen für den Verlauf der Skandale wichtigen Hintergrund dar. Im britischen Fall dürfte er dazu beigetragen haben, dass nur wenige kritische Stimmen gegen den drakonischen Umgang des Premierministers mit Journalisten laut wurden. Das Wochenmagazin *Der Spiegel* war in der Bundesrepublik das politisch profilierteste Blatt mit hoher Auflage, skandalorientiertem Profil und ohne parteipolitische Anbindung und als solches sehr umstritten. Dass ihm dennoch eine überraschend große Solidarität zuteil wurde, lag sicherlich an der dramatischen Polizeiaktion, mit der seine Redaktionsräume besetzt wurden; sie weckte ungute Erinnerungen an die NS-Diktatur. Vor allem jedoch lag es daran, so die These weiter, dass der *Spiegel* seit Jahren eine heftige Kampagne gegen Verteidigungsminister Strauß führte, die für zeitunglesende ebenso wie -schreibende Zeitgenossen nahelegte, dass dieses harte Vorgehen gegen das Blatt nur von einem, nämlich Strauß, angestiftet worden sein konnte. Ohne diesen allgemein gehegten Verdacht, der den Vorwurf des Landesverrats als Vorwand für einen persönlichen Rachefeldzug des Ministers erscheinen ließ, wäre die Affäre möglicherweise niederschwelliger geblieben. Bis heute ist dieser Verdacht weder belegt noch widerlegt; aber historisch wirksam war er seinerzeit allemal.

Das Schweigen im Walde. Warum der Profumo-Skandal kein Presseskandal war

Am Abend des 21. März 1963 fand im britischen Parlament eine denkwürdige Debatte zum Verhältnis von Presse und Regierung statt. Anlass war ein in der britischen Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts einzigartiger Fall: Zwei Journalisten waren zu Gefängnisstrafen von drei beziehungsweise sechs Monaten verurteilt worden, weil sie sich geweigert hatten, die Quellen für von ihnen verfasste Artikel preiszugeben. Keiner von beiden war als Held eines heroischen Konflikts um Pressefreiheit mit klar verteilten Rollen in Gute und Böse so richtig geeignet. Reginald Foster vom *Daily Sketch* und Brendan Mulholland von der *Daily Mail* waren unter den 37 Journalisten gewesen, die zu Beginn des Jahres vor ein Tribunal zitiert worden waren, das nach einem Spionagefall Sicherheitslücken untersuchte. Die öffentlichen Anhörungen des Tribunals hatten sich als die demütigendste Prozedur erwiesen, der die englische Presse jemals unterzogen worden war. Unter Eid durchgeführte Kreuzverhöre förderten zutage, dass ein erheblicher Teil der Presseberichterstattung zum Fall des Spions John Vassall im Oktober und November 1962 auf als Tatsachen präsentierten Vermutungen, auf ungeprüft aus anderen Blättern übernommenen Behauptungen und, in einigen Fällen, auf reiner Erfindung beruhte.

Auch Foster und Mulholland machten da keine Ausnahme. Diejenigen Parlamentsabgeordneten, die in der Debatte vom 21. März für die beiden Journalisten eintraten, machten jedoch geltend, dass es hier um einen eklatanten Eingriff in die Freiheit der Presse ging. Ihre Argumente und diejenigen ihrer Gegner – die Lager trennten sich nicht sauberlich in Regierungs- und Oppositionspartei – liefern einen außerordentlich erhellenden Einblick in die Probleme der Pressefreiheit im postheroischen Medienzeitalter. In den parlamentarischen Demokratien des 20. Jahrhunderts steht der Goliath der Staatsmacht nicht mehr unbedingt dem David des prinzipienfesten Redakteurs gegenüber, sondern stattdessen oft der kommerziellen und publizistischen Großmacht der auflagenstarken sogenannten Sensationspresse.

Deren Stärke konnte sich allerdings, wie sich damals in Großbritannien zeigte, als für sie selbst und für die Pressefreiheit gravierende Schwäche erweisen. Für Zeitungen und Journalisten, die zwecks Auflagensteigerung über russische Spione in Frauenkleidern fabulierten oder Interviews der Einfachheit halber erfanden, mochte sich kaum jemand engagieren.

In die Mediengeschichtsschreibung ist die viereinhalbstündige Unterhausdebatte vom März 1963 bislang nur in sehr selektiver Form eingegangen. Drei Redebeiträge von Labour-Abgeordneten sind es, die immer wieder zitiert werden, aber nur begrenzt mit dem eigentlichen Debattenthema zu tun hatten. Sie wurden über den verbindenden Begriff des »Gerüchts« eingeschmuggelt und hatten zum Ziel, einen ganz anderen Fall aufzurollen, der seit Jahresanfang unter den Eingeweihten des Politik- und Medienbetriebs kolportiert wurde: den Fall Profumo. Auf diese Mutter aller britischen Skandale des 20. Jahrhunderts um den Secretary of State for War John Profumo und das Callgirl Christine Keeler mit dem vollen Programm von Sex, Spionen und Politikerlügen komme ich zurück. Man braucht eine Vorgeschichte, um zu verstehen, warum der Profumo-Skandal *kein* Presseskandal war. Und wie eine Medienlandschaft ganz ohne Zensur so schweigsam gemacht werden konnte, dass es statt ihrer die Gerüchte waren, die vom öffentlichen Leben Besitz ergriffen. In der britischen Metropole watete man im Sommer 1963, wie der Jahresrückblick der *Times* (mit einem dankbaren Schlenker auf die heilende Wirkung der Beatles) später feststellen würde, »through a bog of suspicion, rumour, and innuendo. The buzz of these events and imaginings, deserving to be called the ›metropolitan sound‹, filled the ear for long stretches of the year, until mercifully drowned by more agreeable noises from Liverpool.«¹

Herausgeber der *Times* war seit 1952 William Haley, ein erfahrener und engagierter Journalist, der sich vor dem Zweiten Weltkrieg einen Namen als leitender Redakteur bei den *Manchester Evening News* gemacht hatte; während des Krieges war er einer der Direktoren der Nachrichtenagentur *Reuters* und 1944–1952 Generaldirektor der BBC gewesen. Schon bei der BBC war er für das Pochen auf redaktionelle Unabhängigkeit bekannt. Die »Weisheitsreserve«, wie er das die BBC

1 »Year of Disillusion and Change«, *The Times* (London), 31. 12. 1963, S. 13, *The Times Digital Archive* [11. 4. 2017].

kontrollierende Board of Governors bezeichnete, betrachtete er wie die Goldreserven der Bank of England: als am nützlichsten, wenn auf sie nicht zurückgegriffen werde.² Auch bei der *Times* nahm er die redaktionelle Unabhängigkeit, die das Statut des britischen Traditionsblatts dem Herausgeber verlieh, wörtlicher, als vielen Regierungspolitikern lieb war.

Ende September 1962 bilanzierte der 61-jährige Herausgeber anlässlich seines zehnjährigen Dienstjubiläums bei der *Times*, was in seinen Augen erreicht worden war: Nachrichten hätten einen höheren Stellenwert als früher und würden nicht mehr unter dem Gesichtspunkt politischer Opportunität ausgewählt; es gebe jetzt mehr Berichterstattung über Kunst, Medizin oder Wissenschaft; und die Zeitung sei lesbarer geworden, richte ihren Schreibstil nicht mehr an der Handvoll Eingeweihter in Westminster und Whitehall, also in Parlament und Regierung, aus.³ Haley resümierte in seinem Tagebucheintrag auch die Kritik, die die *Times* dadurch auf sich gezogen hatte: dass sie zu stark popularisiert worden sei und an Einfluss verloren habe, weil sie ihre Verbindung zur Elite gelockert hatte. Letzteres traf auch nach Haleys eigener Meinung durchaus zu, war jedoch genau so beabsichtigt. Er verstand sich als für die Erziehung seiner Leser verantwortlich, ganz in der speziellen Mischung von viktorianischem Paternalismus und demokratischer Aufklärungsemphase, die ihn auszeichnete. Ohne eine aufgeklärte Bevölkerungsmehrheit, die ihre Stimme in wichtigen politischen Fragen geltend machen konnte, sei die politische Führung eine von Blinden für Blinde.

So sehr die größere Distanz der *Times* gegenüber den regierenden Konservativen dieser Philosophie ihres Herausgebers und ebenso Haleys zurückgezogenem Lebenswandel entsprach, so unverkennbar war sie gleichzeitig Teil eines allgemeinen Zeitgeist-Phänomens. Seit 1951 waren die Konservativen an der Regierung; da waren Abnutzungserscheinungen unvermeidbar. Der wirtschaftliche Nachkriegsboom hatte dem Eindruck Platz gemacht, dass die britische Wirtschaft mehr und mehr ins Hintertreffen geriet. Erstmals seit Jahren stiegen die Arbeitslosenzahlen wieder an, das Pfund schwächelte, und die Außen-

2 Williams, *Nothing so Strange*, S. 271.

3 William Haley, Tagebucheintrag vom 30. September 1962; Churchill Archives Centre, Cambridge (im Folgenden: CAC), HALY 13/13: Diaries 1962–64.

handelsbilanz war negativ. Die Reste des britischen Empire in Afrika verflüchtigten sich. Erste Versuche der Regierung Macmillan, dem wirtschaftlichen Abschwung durch Niedriglohnpolitik und Einfrieren der Gehälter im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken, hatten – nicht zuletzt, weil flankierende Maßnahmen, die die besserverdienenden Kreise traf, ausblieben – Opposition und Gewerkschaften auf Gegenkurs gebracht. Der Beitritt zum kontinentalen Gemeinsamen Markt zog sich hin (und würde mit dem Veto des französischen Präsidenten Charles de Gaulle Mitte Januar 1963 bis auf Weiteres von der Agenda genommen werden). Macmillans atomare Aufrüstungspolitik rief die erste große politische Massenbewegung der Nachkriegszeit hervor, die Campaign for Nuclear Disarmament, die die politische Landschaft weitaus stärker radikalisierte als die oppositionelle Labour-Partei.

Es fiel der Regierung immer schwerer, von ihren Schwierigkeiten abzulenken. Durchbrüche waren an keiner politischen Front zu vermeiden. Und so wurden die kritischen Stimmen in der Presse immer dominanter. Selbst ansonsten den Tories nahestehende Blätter öffneten ihnen ihre Spalten. Und auch die Rundfunkanstalten wurden für die Regierung zum Problem – nicht nur, weil der Premierminister selbst in den Augen seiner Parteifreunde im Fernsehen notorisch eine schlechte Figur machte.⁴ Im Fernsehen durfte nämlich seit Beginn der 1960er, als die Politsatire auch hier das Laufen lernte, über Politiker und ihr Verhalten hemmungslos gelacht werden. Die BBC-Sendung *That Was The Week That Was* nahm wöchentlich auf die Schippe, was in der vorangegangenen Woche Schlagzeilen gemacht hatte. *Beyond the Fringe*, eine sehr erfolgreiche Bühnenshow im Londoner Westend und später auch am New Yorker Broadway, hatte ihr als Anregung gedient. Die Printmedien trugen zum allgemeinen Satireboom bei. Ende Oktober 1961 erschien erstmals die Satirezeitschrift *Private Eye* und graste im Folgenden ebenfalls die fetten Weiden einer Übergangszeit ab, in der die neue Respektlosigkeit und Spottlust, die weltweit in den 1960er Jahren und ihren sozialen Bewegungen um sich greifen würde, denkbar schlecht vorbereitete Politiker der alten Schule ins Visier

⁴ William Haley, Tagebucheintrag vom 23. April 1963, CAC, HALY 15/3: Diaries relating to Haley's editorship of *The Times*. Es war Innenminister Richard »Rab« Butler, der Haley gegenüber diese Meinung äußerte.

nahm. Die selbstentlarvenden medialen Missgriffe, die aus dieser Diskrepanz entstanden, können als klassische Beispiele für Realsatire gelten. Beispielhaft hierfür wurde im Jahr 1960 der juristische Vertreter der Anklage im Prozess um D. H. Lawrences Roman *Lady Chatterley's Lover*, Mervyn Griffith-Jones, der die Mitglieder der Jury fragte, ob sie dieses Buch ihrer Ehefrau oder ihren Dienstboten zu lesen geben würden. Es muss dahingestellt bleiben, was damals komischer gewirkt hat – die patriarchalischen Ehevorstellungen oder die Unterstellung, es könne niemanden geben, der ohne Dienstboten lebe; jedenfalls gab es ab jetzt eine zitierfähige Episode für alle, die definieren wollten, was sie unter Konservativen oder unter dem Establishment – dem seit Mitte der 1950er Jahre gängigen Begriff für »die da oben« – verstanden.

Der Spion und das Tribunal

Eine spezifische Begleiterscheinung des Kalten Krieges hatte unter diesen Bedingungen für die Regierung Macmillan fatale Konsequenzen: die Figur des Spions. Sie hatte den britischen Sicherheitsdienst und dessen politische Verantwortliche seit den beginnenden 1950er Jahren in unterschiedlichen Verkörperungen heimgesucht. In frischer Erinnerung war 1962 der Fall des Portland-Spionagerings, der Anfang 1961 aufgedeckt worden war. Zur Untersuchung der Sicherheitslücken, die die Aktivitäten russischer Spione in der geheimen Waffenwerkstatt der Marine möglich gemacht hatten, war eigens eine Untersuchungskommission eingesetzt worden. Der Trubel um diesen Fall bestärkte den gewieften politischen Taktiker Macmillan in seiner Auffassung, dass das Publikum es als Versagen und nicht als Erfolg wertete, wenn ein Spion gefangen wurde.⁵ Es waren nicht die daraufhin überarbeiteten Sicherheitsbestimmungen, sondern Informationen eines russischen Überläufers,⁶ die Mitte September 1962 den Zugriff auf John Vassall, einen Angestellten der Admiralty, des Marineministeriums, ermöglichten. Er hatte seit 1954 geheime Informationen an den russischen Spionagedienst weitergegeben, erst als Angehöriger der britischen Bot-

5 Horne, Macmillan, S. 462.

6 Aktennotiz betr. eine Besprechung zur Vorbereitung des Vassall-Tribunals am 2. November 1962, Aussage des Director General des Security Service, Sir Roger Hollis; The National Archives, London (im Folgenden TNA), TS 58/658.

schaft in Moskau, dann als untere Charge in der Admiralty. Anfangs war man in der Regierung angenehm überrascht über das relativ zahme Presseecho, das auf die Verurteilung Vassalls am 22. Oktober folgte;⁷ da am selben Tag die Kubakrise begann, dürften die Redaktionen nachhaltig abgelenkt gewesen sein. Mit dem Ende der Kubakrise eine Woche später war allerdings auch die innenpolitische Schonfrist für die britische Regierung vorbei, und die Zeitungen stürzten sich auf den Spion. Wie durch die Verhandlung bekannt geworden war, war Vassall homosexuell.

Homosexualität stand in Großbritannien wie in den meisten anderen Ländern unter Strafe. Sie war ein öffentliches Thema seit den 1950er Jahren, als eine Untersuchungskommission sich mit der Londoner Homosexuellenszene und der Prostitution befasst hatte. In ihrem Abschlussbericht, dem sogenannten Wolfenden-Report von 1957, war empfohlen worden, einvernehmlichen Geschlechtsverkehr unter erwachsenen Männern zu entkriminalisieren. Das war 1962 noch nicht geschehen – erst 1967 würde die Labour-Regierung diese Empfehlung umsetzen –, doch war die Berichterstattung betreffend Vassall weitgehend frei von homophoben Untertönen. Zum gefundenen Fressen wurde die sexuelle Orientierung des Spions für einen Teil der Presse aus einem anderen Grund: Sie eröffnete Spielraum für Andeutungen möglicher Beziehungen Vassalls mit höhergestellten Angehörigen der Administration, die ihn geschützt und befördert haben könnten. Denn erklärungsbedürftig war das jahrelange unentdeckte Treiben des jungen Mannes durchaus. Er hatte einen Lebensstil gepflegt, der – teure Londoner Wohnung, Mitgliedschaft im noblen Bath Club und regelmäßige Auslandsreisen inklusive – seiner Gehaltsstufe nicht entsprach; und weder das noch seine Homosexualität, die den Sicherheitsbestimmungen zufolge als Risikofaktor galt, weil sie erpressbar machte, waren bei den routinemäßigen Überprüfungen aufgefallen.

Regierung und Administration fühlten sich angreifbar, denn die kitzligen Fragen nach Sicherheitslücken konnten sie schwerlich ausräumen, ohne gravierende Fehler einzugestehen.⁸ Zu diesen Fehlern

7 Internes Memorandum der Admiralty »Observations from the Press 23rd October 1962«, TNA, ADM 116/6385.

8 John Hobson, Attorney General, an Lord Carrington, First Lord der Admiralty, 22. Oktober 1962, TNA, ADM 116/6385.

gehörte, wie intern bereits Anfang November bekannt war, unter anderem die grobe Nachlässigkeit, dass Hinweise des Moskauer Botschaftspersonals betreffend Vassalls sexueller Orientierung keinen Eingang in die Personalakte gefunden hatten.⁹ Unterbinden ließen sich die Presse Spekulationen nicht: Es gab zwar die sogenannten Defence Notices (D-Notices), mittels derer sicherheitsrelevante Informationen vom Services, Press and Broadcasting Committee – einer seit 1912 bestehenden Koordinationsstelle zwischen Streitkräften, Sicherheitsdiensten und Presse – geheim gehalten werden konnten. Wie die Behörden jedoch feststellen mussten, konnte dieses Mittel nicht genutzt werden, um Zeitungsspekulationen rein peinlicher Art zu unterdrücken.¹⁰

Wie sich herausstellte, war unter diesen Bedingungen Angriff die beste Verteidigung. Unter dem Druck der Opposition und der Presse ließ Macmillan die ursprüngliche Idee eines kleinen Untersuchungskomitees, das ausschließlich aus Angehörigen des Civil Service bestand, fallen. Nachdem der Sonntagszeitung *Sunday Pictorial* Briefe zugespielt worden waren, die zwischen Vassall und seinem ehemaligen Vorgesetzten in der Admiralty, Thomas Galbraith, gewechselt worden waren, genügte dieses Instrument nicht mehr, um das Problem einzuhegen. Die Briefe dienten einigen Zeitungen als Aufhänger, eine erotische Beziehung zwischen Vassall und Galbraith anzudeuten. Der *Sunday Pictorial* hatte sie auch der Labour-Opposition zugestellt. Der Premierminister reagierte zweigleisig: Er ließ diese sehr freundlichen, aber unverfänglichen Briefe als Interimsbericht des Untersuchungskomitees veröffentlichen; und er zwang Galbraith am 7./8. November zum Rücktritt.¹¹ Galbraith, zu diesem Zeitpunkt Under-Secretary of State for Scotland in der Regierung Macmillans, wurde damit zum ersten und einzigen Bauernopfer der Vassall-Episode. Macmillan hatte später offenkundig ein schlechtes Gewissen wegen der Behandlung

9 Aktennotiz betr. eine Besprechung zur Vorbereitung des Vassall-Tribunals am 2. November 1962, Aussage des Director General des Security Service, Sir Roger Hollis, TNA, TS 58/658.

10 Stellungnahme von Colonel Leslie Gordon Lohan, Mitarbeiter des Ministry of Defence als Deputy Director of Public Relations und Acting Secretary of the Services, Press and Broadcasting Committee, vom 18. Januar 1963 für den Treasury Solicitor, S. 4, TNA, TS 58/639.

11 Aktennotiz der Admiralty »Events of 7th/8th November, 1962« (»secret«), TNA, ADM 116/6385.

Galbraiths. Dessen Karriere war beendet, auch wenn er nach Abschluss der Untersuchung vorübergehend wieder auf einem unauffälligen Posten Verwendung fand. Vieles spricht dafür, dass Macmillans schlechtes Gewissen in die unmittelbare Vorgeschichte des nächsten Skandals gehört. Er versuchte, am ungeeigneten Objekt – dem Secretary of State for War John Profumo – wiedergutzumachen, was er gegenüber Galbraith an Solidarität hatte vermissen lassen.

Statt der parlamentarischen Untersuchungskommission, die die Labour-Abgeordneten wollten, richtete Macmillan ein gerichtsartiges Tribunal ein, das den Meldungen und Gerüchten nachgehen sollte, die die Presse über Galbraith, Sicherheitslücken und Versäumnisse in Umlauf setzte. Dieses Instrument gab es in der britischen Rechtspraxis seit 1921. Der damals verabschiedete Tribunals of Inquiry (Evidence) Act schuf einen Quasi-Gerichtshof der eigenen Art. Anlass waren Vorwürfe über Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe des Munitionsministeriums gewesen. Das auf der neuen Gesetzesgrundlage eingerichtete Tribunal konnte unter richterlichem Vorsitz auch Gerüchten nachgehen und Zeugen unter Eid darüber vernehmen, was sie von nicht anwesenden Dritten gehört hatten – eine vor Gericht normalerweise nicht zugelassene Form der Beweisaufnahme. Ein solches Tribunal war ein ebenso scharfes wie problematisches Instrument – in den Worten William Haleys »like a powerful locomotive running without rails«. ¹² Macmillan rechtfertigte dessen Einrichtung vor dem Unterhaus am 14. November mit dem – nicht zuletzt gegen die Presse gerichteten – Argument, nur so könne eine Flut von Denunziationen und Gerüchten im Stil des amerikanischen McCarthyismus verhindert werden. Michael Foot von der Opposition hielt dagegen, die Regierung sei es, die mit einem solchen Tribunal McCarthyismus betreibe. ¹³

Der Analogieschluss war in beiden Richtungen nicht wirklich schlagend. Es gab in Großbritannien kein mediales Kesseltreiben gegen die Regierung (und die sie angeblich unterwandernden Kommunis-

12 Leitartikel »The Lessons of Vassall«, *The Times* (London), 26. 4. 1963, S. 15, *The Times Digital Archive* [11. 4. 2017].

13 Der Labour-Abgeordnete Michael Foot im Unterhaus am 14. November 1962, Hansard, Bd. 667, Unterhaussitzung vom 14. November 1962, Sp. 480. Macmillans Analogie der Presseberichterstattung zum McCarthyismus findet sich auch bei Horne, Macmillan, S. 463.

ten), wie es Anfang der 1950er Jahre in den Vereinigten Staaten Senator Joseph McCarthy ausgelöst hatte. Auch vonseiten der Opposition war der Vorwurf überzogen. Das Tribunal war zwar ein problematisches, aber ein rechtsstaatliches Instrument, dessen Sitzungen vom vorsitzenden Richter, Lord Radcliffe, mit perfekter Höflichkeit geleitet wurden, »which involves recognition that the person addressed may have an immortal soul, however strong the indications to the contrary may seem«. ¹⁴ Sehr viel weniger höflich war allerdings der Attorney General, John Hobson, der als Rechtsvertreter der Krone und der Regierung »a confusing number of hats« ¹⁵ trug – in einem Verfahren, das der Untersuchung genau derjenigen Regierung nachgehen sollte, der er als oberster Law Officer diente. Die Protokolle ¹⁶ spiegeln den mit erkennbarem Vergnügen gepaarten Verfolgungseifer wider, mit dem Hobson die vorgeladenen Journalisten in den öffentlichen Sitzungen ins Kreuzverhör nahm.

Doch nicht das allein brachte die Tribunalverhandlungen in eine erkennbare Schieflage. Aus Sicherheitsgründen fanden sie mehrfach hinter verschlossenen Türen statt. In den öffentlichen Sitzungen blieb daher oft im Dunkeln, worum es eigentlich ging. Auch die Rechtsvertreter der Vorgeladenen waren dadurch behindert. Sie mussten die Befragung ihrer Mandanten durchführen, ohne zu wissen, worauf der Attorney General mit ihnen hinauswollte. Zwischen dem 15. Januar und 8. Februar 1963 wohnten die Zuschauerinnen und Zuschauer der öffentlichen Sitzungen täglich zwischen halb elf und halb fünf Uhr Verhöre bei, »which constantly appeared as irrelevant, enraged, and even idiotic«. Und die Redakteure, die aus den Mitschriften den Artikel für die kommende Ausgabe zusammenstellen wollten, wussten nicht, welche Teile der tagsüber durchgeführten Verhöre eigentlich relevant waren, geschweige denn wofür. ¹⁷ Um diese Verwirrung nachvollziehen zu können, genügt ein Blick in die 552 Seiten der veröffentlichten Proto-

¹⁴ West, Vassall Affair, S. 63.

¹⁵ Leitartikel »Bridling Behemoth«, *The Times* (London), 3. 12. 1963, S. 13, *The Times Digital Archive* [11. 4. 2017].

¹⁶ Minutes of Evidence Taken At Public Hearings Before the Tribunal Appointed To Inquire into the Vassall Case and Related Matters. Presented to Parliament by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty June 1963 (Cmnd. 2037), London 1963.

¹⁷ West, Vassall Affair, S. 53 f., Zitat S. 53.

kolle des Tribunals.¹⁸ Ihre Lektüre hinterlässt verstörende Zweifel an der eigenen Auffassungsgabe; denn es bleibt durchgängig unerfindlich, warum dem Lesen kein Verständnis folgt, das Sinn in die Abfolge der Wortwechsel bringt. Manchmal dürfte auch dem Attorney General, der bei den nicht öffentlichen Sitzungen dabei war, der rote Faden abhandengekommen sein. Denn der Geheimdienst hatte zwei Zeitungsredaktionen infiltriert und konnte die Möglichkeit nicht ausschließen, dass im Fall der vorgeladenen Journalisten des *Daily Sketch* die Informanten, auf die die publizierten Artikel zurückgingen, die eigenen V-Leute gewesen waren – was die öffentlichen Verhöre aber keinesfalls zutage fördern durften.¹⁹

Der Hauptgrund für die Schieflage war aber, dass das Tribunal drei verschiedene Aufträge hatte, die nur bedingt miteinander vereinbar waren. Der offizielle Auftrag lautete, Mängel in den Sicherheitsvorkehrungen ausfindig zu machen, die Vassalls Tätigkeit ermöglicht hatten, und den Anspielungen auf Fehlverhalten von Verantwortlichen nachzugehen.²⁰ Einen zweiten Auftrag hatte Macmillans Ankündigung des Tribunals im Unterhaus am 14. November erkennen lassen: Der Presse sollte eingeheizt werden.²¹ Der dritte Auftrag war inoffiziell, aber erwartbar: Die attackierten Regierungsmitglieder, Thomas Galbraith und Lord Carrington, der First Lord of the Admiralty, sollten reingewaschen werden. Ob das Tribunal irgend etwas dazu beigetragen hat, Großbritannien spionageresistenter zu machen, muss mangels Quellen dahingestellt bleiben. Es ist allerdings eher unwahrscheinlich. Denn über die meisten Sicherheitslücken, die im Fall Vassalls von Be-

18 Minutes of Evidence Taken at Public Hearings Before the Tribunal Appointed To Inquire into the Vassall Case and Related Matters. Presented to Parliament by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty June 1963 (Cmnd. 2037), London 1963.

19 Lord Radcliffe an den Treasury Solicitor Harold Kent, 9. November 1962, TNA, TS 58/623. Neben dem *Daily Sketch* war auch der *Guardian* infiltriert worden, aus dessen Redaktion jedoch niemand vor das Tribunal geladen worden war.

20 Minutes of Evidence Taken At Public Hearings Before the Tribunal Appointed To Inquire into the Vassall Case and Related Matters. Presented to Parliament by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty June 1963 (Cmnd. 2037), London 1963, S. iii.

21 Premierminister Harold Macmillan vor dem Unterhaus am 14. November 1962, Hansard, Bd. 667, Unterhaussitzung vom 14. November 1962, Sp. 390–401.

deutung gewesen waren, wusste der Geheimdienst ohnehin Bescheid.²² Und die bohrenden Fragen während der öffentlichen Sitzungen ließen vielfach jede erkennbare Beziehung zu sicherheitsrelevanten Aspekten vermissen. War dem Geheimdienst oder den Sicherheitsbeauftragten der Botschaften wirklich damit geholfen, wenn herauskam, wer außerhalb von Botschaft und Admiralty gewusst hatte, dass Vassall homosexuell war? Auf die Beantwortung dieser Frage verwandte der Attorney General zum Verdruss von Anwesenden viel Zeit und Energie. Und es waren viele Journalisten vorgeladen, die mehr oder weniger fundierte Behauptungen darüber gemacht hatten, dass Vassalls sexuelle Orientierung schon seit Langem bekannt gewesen sei, dass man ihn »auntie« genannt habe oder dass er in einschlägigen Clubs und Lokalen verkehrt habe. Neben den journalistischen Vorgeladenen hörte man zu diesem Aspekt auch eine Reihe von Club- und Barbesitzern. All das dürfte das Wissen der richterlichen Jury und des Attorney General über die Vielfalt des Londoner Nachtlebens sicher bereichert, kaum aber sicherheitsrelevante Aspekte beleuchtet haben. Auch die journalistischen Quellen von Informationen über Vassalls relativ gehobenen Lebensstil konnten den Geheimdienst und die Administration nicht wirklich weiterbringen, nahmen jedoch ebenfalls einen erheblichen Teil der öffentlichen Sitzungen ein. Es war bereits durch die Auswahl der vorgeladenen Journalisten sichergestellt, dass die Presseberichterstattung über Vassalls sexuelle Orientierung und seinen relativ aufwendigen Lebensstil im Mittelpunkt des Tribunals stehen würden. Denn aussagen mussten vor allem die Verfasser von Artikeln, die sich mit diesen beiden Themen befasst hatten. Die über 220 Seiten umfassende Zeitungsausschnittsammlung, die bei der Vorbereitung des Tribunals erstellt wurde und den Richtern und der Anklagevertretung vorlag, spiegelte diese Schwerpunktsetzung wider.²³

Sicherheitsrelevant war aber eigentlich nicht die Frage, was allgemein bekannt war beziehungsweise was als Gerücht zirkulierte – sondern die Frage, warum dem Geheimdienst und den Sicherheitsbeauf-

22 Aktennotiz betr. eine Besprechung zur Vorbereitung des Vassall-Tribunals am 2. November 1962, Aussage des Director General des Security Service, Sir Roger Hollis, TNA, TS 58/658.

23 Siehe die Liste der in die Zeitungsausschnittsammlung übernommenen Artikel und ihrer Verfasser, TNA, TS 58/641.

tragten der Admiralty und der Moskauer Botschaft an Vassall und seinem Lebensstil nichts aufgefallen war. Absolut zielführend waren die Verhöre jedoch dafür, die Presseberichterstattung zu diskreditieren. Die bohrenden Fragen des Attorney General nach den Quellen, auf denen die Zeitungsartikel von Oktober und November 1962 basierten, erwischten die vereidigten Journalisten kalt. Ihre Aussagen machten aktenkundig, was die Kritiker der sogenannten Sensationspresse immer schon vorgeworfen hatten: Gerüchte und vage Assoziationen waren als Tatsachen ausgegeben, Interviews teilweise erfunden worden; von anderen Blättern waren Behauptungen ungeprüft als Fakten übernommen worden; und für viele Tatsachenbehauptungen waren Quellen nicht beizubringen. Das galt nicht nur für die sogenannte Sensationspresse; auch beim *Observer* und beim *Sunday Telegraph* waren solche Praktiken nicht gänzlich unbekannt, wie sich herausstellte.²⁴

Die Verhandlungen des Tribunals waren definitiv das größte PR-Desaster, das die britische Presse jemals erlebt hatte. Und es kam noch schlimmer. Mehrere befragte Journalisten machten ein Recht auf Informantenschutz geltend, das ihnen erlaube, ihre Quellen geheim zu halten. Ihre Rechtsbeistände erhielten die Gelegenheit, ausführlich zu begründen, dass der Schutz von journalistischen Quellen einen wesentlichen Bestandteil der Pressefreiheit ausmache. Anschließend folgten die Richter dem Wunsch des Attorney General und überstellten drei Journalisten an den High Court, wo wegen Missachtung des Gerichts gegen sie verhandelt wurde. Das Verfahren gegen einen von ihnen, Desmond Clough vom *Daily Sketch*, wurde eingestellt, nachdem dessen Informant – ein Pressebeauftragter der Admiralty – sich selbst geoutet hatte. Die beiden anderen wurden am 4. Februar 1963 zu Haftstrafen verurteilt: Reginald Foster vom *Daily Sketch* zu drei Monaten, Brendan Mulholland von der *Daily Mail* zu sechs Monaten Gefängnis. Sie mussten ihre Haftstrafe umgehend antreten. Foster hatte die Quelle nicht nennen wollen, die ihm den weltbewegenden Hinweis gegeben hatte, dass Vassall im Londoner West End Damenwäsche gekauft

24 Siehe hierzu neben den Minutes of Evidence Taken At Public Hearings Before the Tribunal Appointed To Inquire into the Vassall Case and Related Matters. Presented to Parliament by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty June 1963 (Cmnd. 2037), London 1963, auch William Haley, Tagebucheintrag vom 24. April 1963, CAC, HALY 13/13; Diaries 1962–64.

hatte.²⁵ Mulholland verweigerte die Nennung seiner Quellen für eine ganze Reihe von Behauptungen, darunter einige, die auf Sicherheitslücken hätten schließen lassen können.²⁶ Beispielsweise hatten seine Artikel auf Förderer Vassalls in der höheren Administration angespielt, die den Spion durch die Sicherheitsüberprüfungen geschleust hätten. Warum allerdings so wichtig war, wer ihm gesteckt hatte, das Vassall angeblich manchmal »auntie« tituliert wurde, bleibt unerfindlich.

Es war das erste und letzte Mal in der britischen Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts, dass Journalisten wegen der Weigerung, ihre Quellen zu nennen, verurteilt wurden. Mehrere parlamentarische Untersuchungskommissionen und ein Tribunal hatten seit den 1880er Jahren journalistische Zeugen nach ihren Quellen gefragt,²⁷ allem Anschein nach, ohne dass in der Folge Gefängnisstrafen verhängt wurden. Foster und Mulholland mussten, nachdem sowohl der Appellationsgerichtshof als auch das House of Lords ihre Anträge auf Revision verworfen hatten, am 7. März ihre Haftstrafen im Londoner Gefängnis von Brixton antreten.

War diese Tatsache als solche schon bemerkenswert, so war es die öffentliche Reaktion darauf noch mehr. Abgesehen von Protesten mehrerer Presse- und Journalistenverbände und seitens der Menschenrechtsorganisation Amnesty International bestand sie – weitgehend aus allgemeiner Häme. William Haley war über die Leserbriefe entsetzt, die ihn erreichten, nachdem er in seinem Leitartikel »A Proper Defiance«²⁸ vom 7. März die Aussageverweigerung Fosters und Mulhollands gerechtfertigt hatte, weil sie im öffentlichen Interesse sei: »The people are being placed more and more at the mercy of authority and of the Executive. The techniques of power, of political manipulation, of the predatoriness of officialdom, become ever more insidiously efficient.« Eine wachsame Presse sei deswegen ein wichtiges Element zur Erhaltung demokratischer Freiheit. Und sie könne ihrer Aufgabe,

25 Obituaries: »Reg Foster«, *The Times* (London), 27. 1. 2000, S. 27, *The Times Digital Archive* [11. 4. 2017].

26 Obituaries: »Brendan Mulholland«, *The Times* (London), 21. 5. 1992, S. 15, *The Times Digital Archive* [11. 4. 2017].

27 John Hobson, Attorney General, an Iain Macleod, Chancellor of the Duchy of Lancaster, 3. Mai 1963 (Kopie), TNA, ADM 1/30090.

28 Leitartikel »A Proper Defiance«, *The Times* (London), 7. 3. 1963, S. 13, *The Times Digital Archive* [11. 4. 2017].

die Menschen zu informieren, nur nachgehen, wenn ihre Quellen ungenannt blieben. Das sei nicht nur dort der Fall, wo es um Sensationelles und Gesellschaftsklatsch gehe, sondern bilde die Grundlage für jede kritische politische Berichterstattung. Die überwiegende Mehrheit der Zuschriften auf diesen Leitartikel hin – auch bei anderen Zeitungen trafen viele Leserbriefe dieser Art ein – hatte kein Problem mit einer Staats- und Regierungsgewalt, die Journalisten einsperrte, weil sie ihre Zusage der Vertraulichkeit nicht brechen wollten. Offensichtlich war die Einstellung – die das Vassall-Tribunal nicht hervorgebracht, aber verstärkt haben dürfte –, dass die Presse nichts Besseres verdient habe, sehr weit verbreitet. Die Tatsache, dass die Presse selbst an dieser Situation nicht unschuldig sei, änderte in Haleys Augen nichts daran, dass sich hier eine gefährliche Schwäche der Pressefreiheit zeigte. »The venom and ignorance the correspondence has revealed is appalling«, vermerkte er in seinem Tagebuch. »The errors on both sides are now great. The newspapers, by offending in things that did not matter, have limited their power to act in those that do.«²⁹

Der *Times*-Herausgeber ließ einen weiteren Leitartikel folgen, »IT IS Happening Here«, der am 18. März erschien³⁰ – drei Tage vor der Unterhausdebatte über die sogenannten »silent reporters«. In ihm machte er die Feindschaft gegenüber der Presse zum Thema: »The bitterness has gone far beyond what could be justified by a reasonable reading of the published proceedings of the Vassall tribunal. [...] What makes the business so grave is the degree of ignorance, complacency, and apathy towards the particular dangers perpetually threatening every free society that now stands revealed.« Denn in der britischen Demokratie stehe keineswegs alles zum Besten; in einem bedrohlichen Ausmaß habe sich die Exekutive der parlamentarischen Kontrolle entzogen; restriktive und auf Geheimhaltung versessene Züge des Rechtssystems erschwerten das Eintreten für Belange des öffentlichen Interesses. »And all these hazards are faced by a middle-class that, either through comparative affluence, weariness, or disgust, has [...] lost sight of its responsibilities.« Sicher, einiges sei geschehen, das gezeigt habe, dass ein

29 Haley, William, Tagebucheintrag vom 17. März 1963, CAC, HALY 13/13: Diaries 1962–64.

30 Leitartikel »IT IS Happening Here«, *The Times* (London), 18. 3. 1963, S. 11, *The Times Digital Archive* [11. 4. 2017].

Teil der Presse krank sei. Aber das ändere nichts daran, dass die größere Gefahr nicht von ihr ausgehe, sondern von der Unfähigkeit vieler Menschen, zu erkennen, dass nur eine Presse, die ihre Informanten schützen könne, auch Schutz gegenüber Übergriffen der Mächtigen gewähre.

Haleys fulminante Diagnose einer unheiligen Allianz von obrigkeitlicher Machtanmaßung und entpolitisierte Mittelschicht, vor deren Hintergrund die aktuelle Bedrohung der Pressefreiheit zu sehen sei, rief eine erneute Flut von teils zustimmenden, teils kritischen Leserbriefen hervor.³¹ Und sie gab, wie Haley es beabsichtigt hatte, einen grundsätzlichen Rahmen für die Unterhausdebatte über die *silent reporters* ab,³² auf den sich drei Tage später mehrere Abgeordnete bezogen. Zwischen 21 Uhr und halb zwei Uhr morgens – eine für das Unterhaus nicht unübliche Sitzungszeit – fand auf Antrag des konservativen Abgeordneten Peter Kirk ein Meinungsaustausch darüber statt, ob die Strafen für Foster und Mulholland angemessen waren. Die Debatte ergibt eine interessante Momentaufnahme zur politischen Interpretation des Falls: Wurde die Inhaftierung von Journalisten, die sich weigerten, ihre Quellen zu nennen, als Problem für die Pressefreiheit gesehen – oder die Presse selbst als Problem und nicht als die Lösung betrachtet?

Kirk, der selbst Journalist war, warnte davor, die beiden verurteilten Reporter stellvertretend für alle Sünden der Presse haftbar zu machen. Ihre Strafen seien unangemessen, hätten sie doch nicht zu ihrem eigenen, sondern zum Schutz ihrer Informanten gehandelt. Anthony Fell, ebenfalls ein Konservativer, unterstützte ihn: »The moment we take the step of forcing journalists to give sources of information, to break their confidence with their sources of information, we destroy the freedom of the Press in Britain.« Das trug ihm von mehreren Abgeordnetensitzen aus den Zwischenruf »Rubbish« ein. Der Liberale Eric Lubbock sprach sich dafür aus, die Reporter freizulassen. Das ganze Verfahren des Tribunals sei politisch fragwürdig, der Leitartikel der *Times* »It IS Happening Here« habe in dieser Beziehung völlig recht. Mehrere Labour-Abgeordnete, unter anderen Dingle Foot, Ha-

31 Sie sind teilweise abgedruckt: »Savage, George et al.: IT IS Happening Here«, *The Times* (London), 22. 3. 1963, S. 13, *The Times Digital Archive*; und ebd.: »Bradley, H. J., Bernard Levin: IT IS Happening Here«, S. 11 [11. 4. 2017].

32 Unterhausdebatte vom 21. März 1963, Hansard, Bd. 674, Sp. 682–771.

rold Lever, Leslie Hale und Barbara Castle, sprachen sich für die Freilassung der Journalisten (oder zumindest für einen Strafnachlass) aus, weil sie richtig gehandelt hätten und weil das Tribunal ein schlecht gewähltes und zweifelhaftes Instrument sei.

Gegen eine politische Strafmilderung für Foster und Mulholland war der konservative Abgeordnete J. A. Leavey. Er fand es scheinheilig, dass die Presse alles aufdecken wolle, nur nicht ihre eigenen Quellen. George Wigg von der Labour-Partei war der Meinung, nicht die Behandlung der beiden Reporter sei das Problem, sondern die Sensationspresse, die er am liebsten gesetzlich kontrollieren würde; sie sei nur darauf aus, Geld zu machen. Der Labour-Abgeordnete Dick Crossman befand, nicht die Gefängnisstrafen für Journalisten seien das eigentliche Problem; damit müssten Zeitungsleute halt rechnen. Er hätte es allerdings lieber gesehen, wenn die Besitzer und Herausgeber der Zeitungen einsitzen müssten statt ihrer Reporter. Die eigentlichen Skandale seien das Tribunal, das der Vertuschung von Fehlverhalten diene, und die gefährliche und nicht unbegründete Feindschaft gegenüber der Presse, die jetzt zum Ausdruck komme. Nicht unähnlich betrachtete der Konservative Ronald Bell die Haftstrafen für Journalisten: Wer Verpflichtungen eingehe, die Quellen geheim zu halten, solle sich nicht beschweren, wenn er dafür Konsequenzen tragen müsse. Das eigentliche Problem sah er aber in der Korruption der öffentlichen Moral, an der allen voran die Presse schuld sei und gegen die etwas getan werden müsse.

Crossman verwies außerdem darauf, dass das ganze System des Lobby-Journalismus auf dem Prinzip beruhe, keine Quellen namhaft zu machen. Und auch sein Parteikollege Harold Lever verband die Extremfälle Fosters und Mulhollands mit dem Alltag der Beziehungen zwischen Presse und Politik: Ohne anonyme Informanten gebe es keine Berichterstattung über die in der Regel geheimen Fraktions- und Parteisitzungen im Unterhaus. Das mache die Presse in bestimmten Kreisen unpopulär. Doch leiste sie der Demokratie damit einen wichtigen Dienst.

Einigkeit herrschte darüber, dass es kein gesetzlich garantiertes Privileg der Journalisten auf Informantenschutz geben könne, weil dieses mehr Probleme schaffen als lösen würde. Der Eindruck, dass das Ansehen der Presse derzeit auf einem Tiefpunkt sei, herrschte ebenfalls allgemein vor, und einige Abgeordnete, insbesondere George Wigg,

machten deutlich, dass sie diese Ansicht teilten. Mehrere Debattenredner unterstrichen, dass die Presse selbst nicht ohne Verantwortung für den Verlust ihres Ansehens sei. Die Journalisten sollten, schlugen sie vor, ihre Fähigkeit zur Selbstkritik steigern und die dafür seit den 1950er Jahren bestehende Einrichtung des Press Council stärken.

Nach der Debatte verkündete Home Secretary Henry Brooke, es bleibe dabei, dass Foster und Mulholland ihre Strafe absitzen müssten. Ende April, als der Bericht des Vassall-Tribunals publik gemacht wurde, waren sie immer noch im Gefängnis (Foster würde am 7. Mai nach zwei Monaten, Mulholland am 5. Juli nach vier Monaten entlassen werden, beiden wurde der übliche Nachlass für gutes Betragen gewährt). Sie durften den Bericht des Tribunals im Gefängnis lesen, der bezüglich der Presse den Ball flach hielt: Ihren Verfehlungen wurden in sachlicher Sprache deutliche, aber nicht viele Worte gewidmet.³³ Die Regierung begrüßte es, dass der Bericht ihr Verhältnis zur Presse, welches die erfolgreiche Reinwaschung ihrer Minister ernsthaft beschädigt hatte, nicht noch stärker belastete; der Premierminister war sich schon seit Längerem der Tatsache bewusst, dass er die tribunalgeschädigten Redaktionen befrieden musste.³⁴ Was die Sicherheitslücken betraf, so wurde im Abschlussbericht ein einziger Verantwortlicher benannt, dem Fehlverhalten vorgeworfen wurde (er hatte Vassalls Entsendung an die Botschaft in Moskau nicht verhindert). Dieser Mann war praktischerweise nicht mehr am Leben. Allen anderen Verantwortlichen wurde ein fleckenfreier Persilschein ausgestellt. Die Isolierung eines einzigen kritisierten Verantwortlichen mittleren Ranges, der sich nicht mehr wehren konnte, fiel allgemein unangenehm auf.³⁵ Alsbald jedoch wurde der Vassall-Fall von den Wogen eines größeren Skandals hinweggeschwemmt.

33 Report of the Tribunal Appointed to Inquire into the Vassall Case and Related Matters. Presented to Parliament by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty April 1963 London 1963 (Cmnd 2009), S. 4f.

34 Protokoll eines Treffens am 22. April 1963 zur Besprechung des Tribunalberichts unter dem Vorsitz von Iain Macleod, dem Chancellor of the Duchy of Lancaster, an dem u. a. Harold Evans, der Pressesprecher Macmillans, Home Secretary Henry Brooke und der Minister without Portfolio, William Deedes, teilnahmen, TNA, T 216/1023; sowie Evans, Downing Street Diary, S. 259 (Eintrag vom 24. März 1963).

35 Vgl. die Protestbriefe an den Premierminister, TNA, PREM 11/4466.

Der Minister und die Presse

Stark gekräuselt hatten sich die politischen Gewässer bereits, als die Abgeordneten Wigg, Crossman und Castle während der Unterhausdebatte vom 21. März Gerüchte thematisierten, die ein Regierungsmitglied betrafen. Im Regierungsviertel und in der Fleet Street wussten nahezu alle Parlamentarier, Regierungsmitglieder und Journalisten, wer und was gemeint war: Seit Anfang des Jahres erzählte man sich die Geschichte über John Profumo, den Secretary of State for War, der 1961 eine mehrmonatige Liaison mit Christine Keeler gehabt hatte – einer jungen Frau, in deren reichhaltigem Beziehungsleben damals auch ein Mitarbeiter der russischen Botschaft eine Rolle gespielt hatte, dessen Tätigkeit für den Moskauer Geheimdienst nicht allzu geheim war. Die Geschichte hatte nicht nur Spionage- und Sexappeal, sondern betraf auch einen Minister, den sein glamouröses Gesellschaftsleben und die Ehe mit einer bekannten Schauspielerin, Valerie Hobson, seit Jahren in den Schlagzeilen der populären Presse gehalten hatte. Und dass ihm Keeler ausgerechnet in Cliveden, dem berühmten berüchtigten Landsitz der Millionärsdynastie Astor, von einem weiteren Mitglied des britischen Jetset vorgestellt worden war – Stephen Ward, einem Osteopathen und Porträtisten der High Society –, machte die Geschichte zu einem Fressen für Presse und Opposition. Auch wenn sie zugegebenermaßen schon länger zurücklag und nicht einmal der Security Service (MI5) sie seinerzeit für ein Sicherheitsrisiko gehalten hatte. Dieses Manko wurde dadurch kompensiert, dass Keeler in einen aktuellen Kriminalfall verwickelt war: Mitte Dezember 1962 hatte einer ihrer Liebhaber vor Wards Wohnung, in der Keeler damals lebte, randaliert und mehrfach auf die Tür geschossen. Im Frühjahr 1963 fand der Prozess in dieser Sache statt, allerdings ohne Keeler, die nach Spanien entschwunden war und, statt als Zeugin auszusagen, auf einem Maultier namens Pepi den Strand bei Altea entlangritt.³⁶ Vor ihrem Verschwinden hatte sie sich Anfang des Jahres darum bemüht, ihre Geschichte einer Zeitung zu verkaufen. Der *Sunday Pictorial* zeigte sich interessiert, und sie übergab der Redaktion einen Brief von Profumo aus dem Jahr 1961, der mit der Anrede »Darling«

36 Das äußerte Christine Keeler gegenüber den Reportern des *Daily Express*, die sie aufgestöbert hatten; Irving u. a., *Scandal* '63, S. 112.

begann und diese Vertrautheit auch im (unverfänglichen) Text dokumentierte.

Das Interessanteste an dieser Geschichte ist jedoch, was dann passierte: nämlich (fast) nichts. Der *Sunday Pictorial* druckte weder Keelers Geschichte, noch veröffentlichte er den Brief. Der Grund für diese Zurückhaltung hatte einen Namen: »libel« (»Verleumdung«). Die englische Gesetzgebung gegen Verleumdung und üble Nachrede war für die Fleet Street ein erheblicher Risikofaktor. Wer sich von der Presse verleumdet fühlte, konnte vor dem High Court klagen, was das beschuldigte Blatt zwang, nicht nur die Richtigkeit seiner Berichterstattung zu beweisen, sondern auch zu belegen, dass nachweisbare Fakten in der Gestalt, in der sie veröffentlicht worden waren, den Kläger in den Augen durchschnittlicher Leser nicht in seiner Ehre verletzten.³⁷ Gelang der Wahrheitsbeweis und die Entkräftung der von imaginierten Lesern empfundenen Herabsetzung nicht, wurden Entschädigungszahlungen fällig. Sie konnten von den Geschworenen in beliebiger Höhe festgesetzt werden. Zwei Verfahren, die Zeitungen enorme Entschädigungssummen auferlegt hatten, waren gerade wieder in den Schlagzeilen.³⁸ Der Unternehmer John Lewis hatte gegen den *Daily Telegraph* und die *Daily Mail* wegen Verleumdung geklagt, weil sie im Dezember 1958 über Untersuchungen des Betrugsdezernats der Londoner Polizei in seiner Firma Rubber Improvement Ltd. berichtet hatten. Im Juli 1961 ergingen die Urteile: Der *Daily Telegraph* sollte 100 000 Pfund, die *Daily Mail* 117 000 Pfund bezahlen. Das waren aufsehenerregend hohe Summen. Seither hingen diese Entscheidungen wie ein Damoklesschwert über allen, nicht nur den unmittelbar betroffenen Londoner Zeitungsunternehmen.

Jetzt, im März 1963, behandelte gerade das House of Lords die Fälle, nachdem die beiden Zeitungen gegen das Urteil Einspruch eingelegt hatten und daraufhin 1962 der Appellationsgerichtshof wegen der als zu hoch empfundenen Entschädigungssummen den Fall zur

37 Zum Zeitpunkt des Profumo-Skandals galt der Defamation Act in der Fassung von 1952; er ist abgedruckt im Anhang von Lloyd, *The Legal Limits of Journalism*.

38 Das Folgende nach der Berichterstattung der *Times* 1961–64 und der Todesnachricht für John Lewis: Obituaries: »Mr John Lewis«, *Times* (London), 16. 6. 1969, S. 10, *The Times Digital Archive* [11. 4. 2017]; s. darüber hinaus: Thurlow, Profumo, S. 85 ff., 185; und Irving u. a., *Scandal '63*, S. 45 f.

Neuverhandlung angesetzt hatte; dagegen hatte wiederum John Lewis Einspruch eingelegt. Dieser Einspruch war es, den das Oberhaus nun verhandelte. Es entschied am 26. März ebenfalls, dass der Fall neu aufgerollt werden müsse. Das zog sich über eineinhalb Jahre hin. Erst im Dezember 1964 würde es zu einer Einigung kommen, die die Gesamtsumme der Entschädigungen für John Lewis auf 22 000 Pfund, zuzüglich Gerichtskosten von um die 10 000 Pfund, reduzierte.

Während des ganzen Jahres 1963 beunruhigten diese Verleumdungsprozesse mit ungewissem Ausgang die Fleet Street. William Haley hatte sie wahrscheinlich im Hinterkopf, als er, nachdem die Profumo-Keeler-Geschichte Mitte März auch in der Redaktion der *Times* angekommen war, meinte, es gebe zwar kaum Zweifel an ihrer Wahrheit, doch werde das Land wahrscheinlich nie etwas darüber erfahren, weil ruinöse Kosten durch eine Verleumdungsklage drohten.³⁹ Es war dann auch genau diese Keule, die geschwungen wurde. Nachdem die drei Labour-Abgeordneten in der Unterhausdebatte vom 21. März über die »silent reporters« das parlamentarische Privileg der Immunität gegenüber Verleumdungsklagen genutzt und auf die Gerüchte um den Kriegsminister angespielt hatten, trat die Führung der Tory-Partei in Aktion. Während im Unterhaus weiter über die Pressefreiheit debattiert wurde, nahmen sich führende Vertreter der Partei den Kollegen zu mitternächtlicher Stunde vor und inquirierten ihn. Als Profumo dabei blieb, er habe mit Keeler nie eine sexuelle Beziehung gehabt, setzte man gemeinsam eine persönliche Erklärung auf, die er am nächsten Tag im Unterhaus abgab. Sie besagte, dass er Christine Keeler kenne, aber schon lange nicht mehr gesehen und nie eine sexuelle Beziehung mit ihr gehabt habe. Profumo beendete seine Erklärung am 22. März mit der Drohung, dass jeder, der einschlägige Gerüchte über ihn verbreite, wegen Verleumdung verklagt werden würde.

Die Drohung wirkte – standen doch in den Redaktionen die hohen Entschädigungssummen, die die Jurys der Lewis-Prozesse festgesetzt hatten, als Menetekel an der Wand. Es war außerdem ernsthaft damit zu rechnen, dass Galbraith und Lord Carrington Verfahren anstrengen würden, sobald der Bericht des Vassall-Tribunals vorlag

39 Haley, William, Tagebucheintrag vom 12. März 1963, CAC, HALY 13/13: Diaries 1962–1964.

(beide taten es später auch und hatten Erfolg).⁴⁰ Frisch in Erinnerung waren den Presseleuten darüber hinaus die Demütigungen, die ihnen das Vassall-Tribunal eingebracht hatte. Und die Gefängnisstrafen für Foster und Mulholland waren ebenso wie der mangelnde Widerstand dagegen im Unterhaus und in der allgemeinen Öffentlichkeit alarmierend. Die sogenannte Vierte Gewalt wirkte plötzlich, als sei sie auf Sand gebaut. Zwar war kaum zu erwarten, dass ab jetzt Journalisten die britischen Gefängnisse bevölkern würden, es war jedoch noch nie so erkennbar geworden, wie angreifbar die Presse auch in einer demokratisch verfassten Gesellschaft war. Vertrauliche Informationen waren ihre wichtigste Ressource und ihr täglich Brot – und gleichzeitig, wie jetzt deutlich wurde, ihre jederzeit attackierbare Achillesferse. Die kleinlaute Art, in der sich Journalisten beim *Times*-Herausgeber Haley für seine Unterstützung bedankten, sprach Bände, was die niedergeschlagene Stimmung in der Fleet Street betraf.⁴¹

Und so geschah es, dass die Profumo-Keeler-Affäre kein Presse-skandal wurde – wenn man unter einem Presseskandal ein in den Spalten der Presse skandalisiertes Thema versteht, das anders nicht bekannt geworden wäre. Bis Anfang Juni, als Profumo gestand, vor dem Unterhaus gelogen zu haben, fand in den nationalen Zeitungen keine Berichterstattung über ihn mehr statt. Keine jedenfalls, von der außer den ohnehin Eingeweihten – ein zugegebenermaßen in London mittlerweile nicht mehr ganz kleiner Personenkreis – jemand etwas mitbekam.⁴² Am 8. März, also noch vor Profumos persönlicher Erklärung, war im *Westminster Confidential*, einem wöchentlich erscheinenden Subskriptionsblatt, das etwa 200 Abgeordnete, politische Korrespondenten und Botschaftsangehörige bezogen, unter dem Titel »That was

40 Carrington und Galbraith akzeptierten vor dem High Court die Entschuldigungen der jeweiligen Zeitungen und beschränkten ihre finanziellen Forderungen auf die Erstattung ihrer Anwaltskosten; *The Times* (London), *The Times Digital Archive*, 14. Mai 1963, S. 12; 15. Mai 1963, S. 12; 25. Juli 1963, S. 16; 22. Juli 1965, S. 21 [11. 4. 2017].

41 Haley, William, Tagebucheinträge vom 6. und 8. Juni 1963, CAC, HALY 13/13, Diaries 1962–1964.

42 Colin Seymour-Ure hat für die Zeit bis zu Profumos persönlicher Erklärung vom 22. März die Frage danach, was ein Insider und was das allgemeine Publikum aus der Presseberichterstattung ersehen konnte, untersucht; siehe Seymour-Ure, *The Press, Politics and the Public*, S. 266–276.

the Government that was!« eine Übersicht über die gängigen Gerüchte erschienen. Die dort gegebenen Hinweise auf ein Callgirl, einen Brief, der auf dem Briefpapier des War Office geschrieben war, und einen Minister, der eine berühmte Schauspielerin zur Frau hatte, waren leicht zu entziffern. Das Blatt war so unbedeutend, dass ein Prozess ihm mehr Vorteile eingebracht hätte als dem Kläger.⁴³ Der *Daily Express* kam am 15. März mit einer Titelseite heraus, die einen Artikel über die verschwundene Keeler mit Foto und unverbunden daneben einen anderen über Minister Profumo brachte, dessen aus persönlichen Gründen angebotener Rücktritt nicht angenommen worden sei. Der ständig alkoholisierte Reporter Mr Lunchtime O'Booze, ein Running Gag der Satirezeitschrift *Private Eye*, griff diese Parallelberichterstattung im Heft auf, das am Tag von Profumos persönlicher Erklärung im Unterhaus erschien. Unter der Überschrift »Idle Talk« berichteten die durch Überschriften voneinander getrennten Bestandteile der Rubrik die Geschichte von der fehlenden Zeugin, die hier »Gaye Funloving« heißt; von deren Freunden »Dr. Spook of Harley Street« und »Vladimir Bolokhov, the well-known Soviet spy«; und vom bekannten Kabinettsmitglied James Montesi, »[who, U. D.] today denied the allegations that he had ever allegedly offered his alleged ›resignation‹ to the alleged ›Prime Minister‹«. ⁴⁴ Die Satiriker stichelten – frech, aber die Grenze zur Belangbarkeit erkennbar im Auge – weiter. Anfang April bildeten sie Profumo auf dem Titelblatt ab, in einer Fotomontage, die ihn mit dem konservativen Unterhausabgeordneten Geoffrey Rippon auf der Bettkante sitzend zeigt, wie er sagt: »And if Private Eye prints a picture of me on a bed – I'LL SUE THEM!« ⁴⁵ Innen bot das Heft einen illustrierten »Auszug« aus »The decline and fall of the British Empire« with no apologies to Mr Edward Gibbon«, also eine ironische Adaption von Gibbons im 18. Jahrhundert erschienener berühmter *History of the decline and fall of the Roman Empire*. Hier gibt ein gewisser Sextus Profano vor dem Senat zu, eine gewisse Christina zu kennen, deren Liebhaber, ein »negro slave«, gerade wegen Mordversuchs verurteilt worden sei. Titel der Doppelseite war, mit einer »latinisierten« Anspie-

43 Irving u. a., Scandal '63, S. 85f.; Crawford, Profumo Affair, S. 15f.

44 *Private Eye*, Nr. 33, 22. 3. 1963, S. 14.

45 *Private Eye*, Nr. 34, 5. 4.1963 (Titelblatt)(Hervorhebungen im Original).

lung auf den Namen des Premierministers, »The last days of Macmillian«,⁴⁶

Ansonsten herrschte Schweigen im britischen Blätterwald. Kein einziges britisches Blatt wagte sich so weit vor, dass Profumo es vor Gericht ziehen konnte. Unübersehbare Anspielungen auf eine Beziehung zwischen ihm und Keeler erschienen nur in ausländischen Veröffentlichungen. Wegen eines Artikels im italienischen Magazin *Tempo Illustrato* reichte der Minister im April eine Klage gegen den britischen Verreiber des Blattes ein; sie wurde durch eine Entschuldigung des Unternehmens und eine symbolische Zahlung von 50 britischen Pfund an eine Wohltätigkeitseinrichtung der Armee beigelegt. Gegen *Paris Match* kündigte Profumo im selben Monat eine Klage an; doch scheint das Verfahren abgebrochen worden zu sein.⁴⁷

Ende Mai trat die Nicht-Berichterstattung in ihre skurrilste und letzte Phase ein. Ursache dafür war Stephen Ward, der Osteopath und Porträtist der High Society. Für ihn hatte sich die Gerüchteküche der letzten Monate als katastrophal erwiesen. Seine Patienten hatten ihn zu meiden begonnen, keiner wollte mehr von ihm gemalt werden; das galt besonders, seit die Polizei ihn ins Visier genommen hatte und seinen Bekanntenkreis intensiven Befragungen unterzog. Der Grund für diese lang anhaltende polizeiliche Untersuchung ist bis heute nicht völlig geklärt; vieles spricht für die Annahme, dass sie auf den mehr oder weniger expliziten Wunsch des Home Secretary Henry Brooke hin stattfand.⁴⁸ Sollte es seine Absicht gewesen sein, etwas gegen den Mann in die Hand zu bekommen, der – in die Profumo-Keeler-Geschichte involviert, seit er in Cliveden beide miteinander bekannt gemacht hatte – seit Monaten mit Politikern der Opposition, Journalisten und vielen anderen gesprochen hatte, dann ging das nach hinten los. Denn Ward, der, um aus der Sache herauszukommen, unermüdlich behauptet hatte, Profumo und Keeler hätten keine sexuelle Beziehung miteinander gehabt, schaltete im Mai um. Er begann, Politikern von Regierung und Opposition zu erzählen, dass Profumo vor dem Unterhaus gelo-

46 Ebd., S. 8f.

47 *The Times* (London), *The Times Digital Archive*, 5. April 1963, S. 14; ebd., 11. April 1963, S. 16; ebd., 7. Juni 1963, S. 12; ebd., 13. Juli 1963, S. 4 [12. 4. 2017]; vgl. auch: Irving u. a., *Scandal '63*, S. 125; und Crawford, *Profumo Affair*, S. 22f.

48 Knightley/Kennedy, *An Affair of State*, S. 162–167.

gen habe, und wandte sich schließlich am 19. Mai mit einem Brief an Brooke, den direkten Vorgesetzten der Polizei.⁴⁹ Um Brooke zu zwingen, die polizeilichen Ermittlungen zu stoppen, gab Ward wenige Tage darauf eine Presseerklärung ab. In ihr scheint er gesagt zu haben, er habe Brooke einige Fakten zur Beziehung zwischen Keeler und Profumo gegeben; denn es sei nunmehr klar, dass seine, Wards, bisherigen Bemühungen, die Angelegenheit zu vertuschen, den Eindruck erzeugt hätten, er habe etwas zu verbergen. Deswegen werde er jetzt verfolgt und das werde er nicht länger hinnehmen.⁵⁰

Ob es tatsächlich das war, was Ward der Presse mitgeteilt hatte, ist schwer festzustellen. Denn was die Zeitungen daraufhin veröffentlichten, klang so: »Dr. Ward writes to Brooke. Dr. Stephen Ward, the osteopath and portrait artist, has written to Mr Henry Brooke, the Home Secretary, on an undisclosed matter. He said at his Devonshirestreet surgery in Marylebone yesterday: ›I do not want to make any comment at the moment. I would sooner leave it as it stands.‹ At the Home Office it was stated: ›We have received a communication from Dr. Ward.‹«⁵¹ *Private Eye* brachte am 31. Mai einen Ausriss dieser Meldung, schlussfolgerte, Gegenstand des Briefs seien vermutlich Gehaltsfragen von Assistenz-Osteopathen in ländlichen Gegenden, und beglückwünschte ironisch die Presse, die so tue, als wüsste sie nicht, worum es tatsächlich gehe.⁵² Auch der *Daily Mirror*, der der Labour-Partei nahestand, tat so, berichtete aber gleichzeitig von zwei Unterhausabgeordneten der Opposition, Ben Parkin und James Chuter Ede, die parlamentarische Anfragen an den Home Secretary zum Inhalt des Ward-Briefes ankündigten.⁵³

Anfang Juni gestand der Kriegsminister, gelogen zu haben, und trat zurück. Über die Gründe, die ihn dazu bewogen haben, wurde bereits damals und wird bis heute viel spekuliert. Offensichtlich bereitete Profumo bereits in den letzten Maitagen seinen Rückzug aus der Politik vor, ohne von der internen Untersuchung, mit der Macmillan den Lord Chancellor Dilhorne zu diesem Zeitpunkt beauftragte, zu wis-

49 Der Brief ist abgedruckt in: ebd., S. 179 f.

50 Crawford, Profumo Affair, S. 25.

51 *Daily Express*, 23. 5. 1963, S. 10.

52 *Private Eye*, Nr. 38, 31. 5. 1963, S. 14.

53 *Daily Mirror*, 24. 5. 1963, S. 3; 25. 5. 1963, S. 2; 31. 5. 1963, S. 5.

sen.⁵⁴ Möglicherweise waren es die von Stephen Ward ausgelösten erneuten Aktivitäten der Labour-Abgeordneten, die den Ausschlag gaben. Sie ließen erkennen, dass die parlamentarische Opposition am Ball blieb. An der Presseberichterstattung jedenfalls kann es eindeutig nicht gelegen haben. Die drei Journalisten, deren Insiderwissen und solider Recherche sich eines der besten zeitgenössischen Bücher über die Affäre Profumo verdankt, stellten deswegen mit gutem Grund die alles andere als rhetorische Frage: »[H]ad Mr Profumo not been forced into the open by other pressures, would *any* newspaper have exposed him?«⁵⁵ Folgerichtig ließ *Private Eye* seinen Reporter O'Booze Mitte Juni einen Rücktrittsbrief schreiben, in dem er erklärte, er könne seinen Beruf nicht weiter ausüben, da er sich als knieweicher Feigling entpuppt habe. Seit Profumo dem Unterhaus seine Lügen vorgesetzt habe, habe er, O'Booze, die Wahrheit gewusst, auch über den Inhalt von Wards ominösem Brief an Brooke. Er habe sie aber aus Angst vor der Regierung nicht publik gemacht und alles auf die Gefahr einer Verleumdungsklage geschoben.⁵⁶

Außer Mr Lunchtime O'Booze und Profumo trat vorerst niemand zurück, weder in Fleet Street noch in Whitehall. Der Pressesturm, der durch Profumos Geständnis freigesetzt wurde, erschütterte die konservative Regierung heftig und trug sicherlich zu ihrem Absturz in den Meinungsumfragen bei. War Macmillan schon vorher kritisiert worden, weil er den Draht zum gegenwärtigen Zustand des Landes und zur jungen Generation verloren habe, so stand er jetzt als Premierminister da, der die Kontrolle verloren und nicht einmal mehr seine Minister im Griff hatte.⁵⁷ William Haleys berühmter Leitartikel »IT IS A Moral Issue« mit der viel zitierten Aussage, »that eleven years of Conservative rule have brought the nation psychologically and spiritually to a low ebb«, sah den Fall Profumo als Indiz dafür, dass es der Regierung Macmillan um nichts anderes mehr gehe als den schieren Machterhalt. Nicht die ministerielle Bettgeschichte stellte für Haley die Frage nach

54 William Haley, Tagebucheintrag vom 10. Juni 1963, CAC, HALY 15/3: Diaries relating to Haleys editorship of The Times.

55 Irving u. a., Scandal '63, S. 151 (Hervorhebung im Original).

56 *Private Eye*, Nr. 39, 14. 6. 1963, S. 4.

57 William Haley, Tagebucheintrag vom 8. Juli 1963, CAC, HALY 15/3: Diaries relating to Haleys editorship of The Times.

der Moral, sondern die Tatsache, dass kein einziges Kabinettsmitglied zurückgetreten sei, nachdem ihr Kollege seine bekanntermaßen unzutreffende Erklärung vor dem Unterhaus abgegeben hatte, anstatt seinen Hut zu nehmen.⁵⁸ Macmillan beauftragte nach Radcliffe und Dilhorne den nächsten Lord, Richter Alfred Denning, mit einer Untersuchung und wartete ab, bis die Presse anderweitig beschäftigt war und sich seine Umfragewerte wieder erholten. Zu Fall bringen würden ihn im Oktober die Tory-Abgeordneten, die auf keinen Fall mit Macmillan in die nächste Wahl ziehen wollten, und gesundheitliche Probleme.

Nachspiele

Anderweitig beschäftigt war die Presse bald. Zuerst kam Ende Juli das Verfahren gegen Stephen Ward, der beschuldigt wurde, von den Einkünften von Prostituierten gelebt zu haben. Bis zu sieben Jahren Gefängnis drohten ihm bei einem Schuldspruch, denn das Gesetz, das die Prostitution aus dem Londoner Straßenbild vertreiben sollte, der Street Offences Act von 1959, hatte die Strafen für Zuhälterei empfindlich verschärft. Der Prozess war ein Höhepunkt nationaler wie internationaler Aufmerksamkeit und ein Tiefpunkt der englischen Rechtsprechung. Der Vertreter der Anklage, Mervyn Griffith-Jones, der im Obszönitätsprozess gegen den Roman *Lady Chatterley's Lover* kein Verbot hatte durchsetzen können, war dieses Mal erfolgreich – obwohl die Beweislage alles andere als schlüssig und die Belastbarkeit der Zeugenaussagen begrenzt war. Kurz bevor die Jury – belehrt durch einen Richter, der erkennbar der Meinung der Anklagevertretung zuneigte – ihr Urteil abgab, schluckte Ward eine Überdosis Nembutal. Er starb am 3. August. Die Farce war in eine Tragödie umgeschlagen, auf Kosten des Mannes, ohne den die Affäre um Profumo möglicherweise im Sommer des Jahres 1963 keine Auflösung gefunden hätte.

Publizistische Entlastung brachte der Regierung darüber hinaus das Moskauer Atomteststopp-Abkommen zwischen der Sowjetunion,

58 Leitartikel »IT IS A Moral Issue«, *The Times* (London), 11. 6. 1963, S. 13, *The Times Digital Archive* [12. 4. 2017]. Vgl. zu Haleys Entrüstung darüber, dass kein Kabinettsmitglied zurückgetreten war, statt Profumos Lüge mitzutragen, auch seinen Tagebucheintrag vom 17. März 1963, CAC, HALY 13/13: Diaries 1962–1964.

den Vereinigten Staaten und Großbritannien, das Anfang August 1963 unterzeichnet wurde. Und vor allem die 15 Männer, die erst einmal alles andere aus den Schlagzeilen vertrieben: Sie überfielen am 8. August den Postzug auf der Strecke von Glasgow nach London und stahlen gut 2,6 Millionen Pfund. Die (erfolglose) Jagd nach der Beute und die (weitgehend erfolgreiche) Suche nach den Tätern lieferten monatelang verlässlichen Nachrichtenstoff. Am 26. September erschien schließlich der Bericht von Lord Denning zum Profumo-Fall und bescherte der Regierungsdruckerei ihren ersten und einzigen Bestseller (der umgehend ins Deutsche, Russische, Chinesische, Französische und in weitere Sprachen übersetzt wurde). Wie nicht anders zu erwarten, sprach der Bericht die Regierung in jeder Hinsicht von Verantwortung frei und lud alle Schuld bei Ward ab, dessen Lebenswandel allen Normen der Mittelstandsgesellschaft Hohn sprach. Lord Denning hatte nach Anhörung zahlreicher Personen ein Kalendarium der Profumo-Affäre erstellt und war gleichzeitig – das dürfte seinen Auftraggeber Macmillan und die Leserschaft am meisten interessiert haben – einigen der zahllosen Gerüchte nachgegangen, die seit Monaten über die sexuellen Praktiken von Regierungsmitgliedern in Umlauf waren. Gab es in Großbritannien jemals einen Anflug von McCarthyismus, dann hier – als ein Premierminister das Privatleben der eigenen Minister von einer Ein-Mann-Untersuchungskommission durchforsten ließ, gegen deren Prozeduren und Resultate keine Rechtsmittel geltend gemacht werden konnten und deren Zeugen nie genannt wurden. Jahrzehnte später grub ein Historiker in Dennings Nachlass den Brief aus, der nicht Teil des veröffentlichten Berichts gewesen war und der den Premierminister über das Ergebnis informierte, das die Durchforstung des Privatlebens seiner Minister erbracht hatte: Einer von ihnen hatte Umgang mit einer Prostituierten, ein anderer verkehrte in der Schwulenszene.⁵⁹

William Haleys Berufsalltag wurde ebenso wie der seiner Kollegen in Fleet Street wieder vom normalen journalistischen Geschäft bestimmt. In seinem Fall bedeutete das, die Quittung für seine Tory- und regierungskritische Berichterstattung präsentiert zu bekommen. Die Einflugschneise für diese alltäglicheren und, verglichen mit Gefängnisstrafen für Journalisten, unsichtbareren Gefährdungen der Pressefrei-

59 Howard, Anthony, Lord Hutton's Report Is Unlikely To Rival Lord Denning's Of Forty Years Ago As a Bestseller, *The Times*, 9. 9. 2003, S. 3.

heit war die Person des Besitzers. Die *Times* gehörte der Millionärsdynastie Astor. Sie hatte sich bislang kaum in redaktionelle Belange eingemischt. Seit John Jacob Astor sich nach und nach zurückzog und seinem Sohn Gavin die Verantwortung übertrug, änderte sich das. Mit schöner Regelmäßigkeit wiederholte sich in Haleys Büro seit Sommer 1963 ein fast schon ritueller Dialog zwischen dem Herausgeber und dem Besitzer der *Times*, bei dem es um wechselnde Inhalte, aber immer dasselbe Problem ging.⁶⁰ Astor, munitioniert mit Klagen seines konservativen Freundeskreises über die Berichterstattung der *Times*, eröffnete das Gespräch. Haley erklärte ihm, die Zeitung diene nicht der Tory-Partei, sondern der Nation, und auf dieser Unabhängigkeit beruhe ihr Renommee. Astor erwiderte, er sehe es ein, und ging – um alsbald mit der nächsten Beschwerde vorstellig zu werden. Das eine Mal ging es um die allgemeine Klage, die Berichterstattung der *Times* sei den Konservativen gegenüber feindselig. Ein anderes Mal fühlten sich Astors Freunde durch angeblich ungünstige Fotos herabgesetzt. Dann wieder ging es um unerwünschte Artikel über die Sitzungen der einflussreichen konservativen Hinterbänkler-Vereinigung, des 1922 Committee. Die Artikel basierten auf gezielten *leaks* von Mitgliedern und warfen daher erneut das Problem der vertraulichen Informationen auf, auf denen die alltägliche politische Berichterstattung beruhte. Und nicht zuletzt ging es um Haleys Leitartikel. Besonderen Zorn rief der Anfang Juli 1963 erschienene Leitartikel »After Affluence«⁶¹ hervor, in dem Haley gegen die Selbstbereicherungsmentalität zu Felde zog, die seiner Meinung nach derzeit die Konservative Partei bestimmte: »the pursuit of money for its own sake, the acquisition of wealth with the least effort and by whatever means are handiest, the jealous protection of capital gains at a time of the firm control of wages«. Statt dieses hemmungslosen und zynischen Materialismus sollten sich die Tories, mahnte er, wieder auf echte konservative Werte besinnen und sich um eine gerechtere Verteilung des Reichtums und um ein besseres Bildungssystem bemühen. Alsbald tauchte Astor daraufhin bei Haley auf

60 Hier und im Folgenden nach William Haley, Tagebucheinträge vom 23., 24. und 31. Juli, 1. Oktober, 5. Dezember 1963, 12. Januar 1964, CAC, HALY 13/13: Diaries 1962–1964.

61 Leitartikel »After Affluence«, *The Times* (London), 4. 7. 1963, S. 13, *The Times Digital Archive* [12. 4. 2017].

und teilte ihm mit, dass er und seine konservativen Freunde es völlig in Ordnung fänden, wenn die Reichen reicher würden. Was daran falsch sei? Haley entgegnete, dagegen sei nichts zu sagen, solange alle anderen auch reicher würden. Das sei derzeit jedoch nicht der Fall, ganz im Gegenteil würden die Löhne niedrig gehalten, während die Gewinne aus Kapital frei blieben. Gegen dieses Klassensystem der Reichtumsverteilung trete die *Times* ein. Gavin Astor erklärte, so verstand es Haley zumindest, er stimme dem zu.⁶² Auch dieses Mal war es eine Zustimmung von ziemlich kurzer Dauer.

Letztlich ging es darum, dass, wie Astor wenige Monate später seine vielzitierten Freunde wiedergab, schlechterdings nicht einzusehen war, warum die Zeitung, wenn sie ihm schon gehörte, nicht druckte, was er richtig fand.⁶³ Haley belehrte ihn ein weiteres Mal darüber, dass die *Times* unabhängig bleiben müsse, weil sie als Verlautbarungsorgan ihres Besitzers jeden Einfluss verlieren würde. In gewohnter Manier erwiderte der Besitzer, er sehe das ein. Doch Haley zweifelte inzwischen daran, Astor umerziehen zu können.⁶⁴ Wenige Jahre später, 1968/69, verließ der 68-Jährige die *Times*, die zwischenzeitlich den Besitzer gewechselt hatte, um die Herausgabe der *Encyclopædia Britannica* zu übernehmen.

62 William Haley, Tagebucheintrag vom 23. Juli 1963, CAC, HALY 13/13: Diaries 1962–1964.

63 William Haley, Tagebucheintrag vom 12. Januar 1964, CAC, HALY 13/13: Diaries 1962–1964.

64 Ebd.

Das Rauschen im Walde. Warum die *Spiegel*-Affäre ein Presseskandal war

»Die Gerüchte schwirren, verwandeln sich, verändern sich, nehmen von Stunde zu Stunde neue, groteske Formen an. Eine Hydra mit immer neuen Köpfen. [...] Wer hat die Verhaftung des ›Spiegel‹-Redakteurs Ahlers erwirkt? [...] Dass es der militärische Geheimdienst war, wird vom Verteidigungsministerium erbittert bestritten. Aber auch das Dementi kann nicht verhindern, dass die Gerüchte weiter quellen, durch Türen und Ritzen. [...] Der Zweifel geht plötzlich um. Das Misstrauen. In dieser Nachtstunde, so scheint es, hat fast jeder gegen jeden irgendeinen Verdacht.«⁶⁵ Was der Korrespondent der Tageszeitung *Die Welt*, Hans-Werner Graf Finck von Finckenstein, Anfang November 1962 so beschrieb, war die Stimmung in der ersten Woche der *Spiegel*-Affäre – des ersten großen politischen Skandals der Bundesrepublik. Rund eine Woche zuvor, am 26. Oktober, war gegen 21 Uhr ein rund 50 Mann starkes Polizeikommando in die Räume des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* im Hamburger Pressehaus eingerückt. Die 117 Räume der *Spiegel*-Redaktion wurden besetzt, Telefone und Fernschreiber stillgelegt und Redaktion und Archiv durchsucht. Dabei wurden auch die Druckfahnen der nächsten *Spiegel*-Ausgabe beschlagnahmt. Etwa zeitgleich tauchten ein Vertreter der Bundesanwaltschaft und Beamte der Bonner Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts in der Bonner Redaktion des *Spiegel* auf und beschlagnahmten Unterlagen. Zwei leitende Redakteure des Magazins wurden vorübergehend festgenommen; sein Verleger, Rudolf Augstein, wurde erfolglos gesucht und erst am Tag darauf, nachdem er von sich aus im Hamburger Polizeipräsidium vorstellig geworden war, verhaftet.

Einige Stunden zuvor, um 3 Uhr früh am Morgen des 27. Oktober, waren im spanischen Torremolinos der *Spiegel*-Redakteur Conrad Ahlers und seine Frau in Gewahrsam genommen worden. Sie landeten am

65 Hans-Werner Graf von Finckenstein, Gerüchte, Intrigen, Empörung. In Bonn geht das Misstrauen um, *Die Welt*, Nr. 257, 2. 11. 1962, S. 3.

Abend des folgenden Tages auf dem Frankfurter Flughafen, wo Ahlers umgehend verhaftet wurde. Er war der Autor des Artikels, um den es bei der ganzen Aktion ging: der *Spiegel*-Titelgeschichte »Bedingt abwehrbereit«, die am Montag, den 8. Oktober, in den Handel gekommen war und das NATO-Manöver Fallex 62 zum Gegenstand hatte. Wegen dieses Artikels waren am 23. Oktober vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs – dem für Staatsschutzdelikte zuständigen Gericht – Haft- und Durchsuchungsbefehle gegen Rudolf Augstein und Conrad Ahlers erlassen worden. Begründung: dringender Verdacht des Landesverrats und der aktiven Bestechung innerbehördlicher Informanten.

Beispiellos in der 13-jährigen Geschichte der Bundesrepublik war ein so schwerer Vorwurf gegen ein Presseorgan ebenso wie das harsche Vorgehen von Justiz und Polizei. Die Redaktionsräume des *Spiegel* blieben vier Wochen beschlagnahmt; ohne die Unterstützung der Redaktionen der Wochenzeitung *Die Zeit* und der Illustrierten *Stern* – beide logierten ebenfalls im Hamburger Pressehaus – wäre sehr fraglich gewesen, ob der *Spiegel* diese extreme Behinderung der Redaktionsarbeit überstanden hätte oder aber durch ausgefallene Ausgaben des Blattes wirtschaftlich ins Trudeln geraten wäre. Insgesamt wurden im Verlauf der ganzen Affäre 11 Personen inhaftiert; Rudolf Augstein, der erst nach 103 Tagen wieder freikam, saß am längsten in Untersuchungshaft. Beispiellos war auch, was auf die Aktion gegen den *Spiegel* folgte: nämlich mehrere Wochen, in denen alles möglich zu sein, vor allem alles wahr zu werden schien, was man seit Langem befürchtet hatte. Finckensteins quellende Gerüchte, umgehende Zweifel und Verdächtigungen aller gegen alle, die oben zitiert wurden, geben dem Gefühl, sich plötzlich in einer Zone des Unwägbaren, Unbestimmbaren, Bedrohlichen wiederzufinden, sprechenden Ausdruck.

Worum ging es für die Zeitgenossen? Nur zum Teil um das, was bis heute im Mittelpunkt der Erinnerungen an die *Spiegel*-Affäre anlässlich ihrer Jubiläen steht, nämlich die große Erzählung vom Kampf um die Pressefreiheit, die heute quasi Legendenstatus hat. An diesem Skandal, so geht die Erzählung, sei die junge westdeutsche Demokratie gesundet, sprich: partizipations- und kritikfähig geworden. Das Thema der Pressefreiheit, ihrer Gefährdung und ihrer Grenzen klang besonders stark in den ersten Tagen nach der Aktion gegen das Magazin an, in Kommentaren der Presse und des Fernsehens ebenso wie in kleineren und größeren Kundgebungen und Veranstaltungen. Vor der Frankfur-

ter Hauptwache beispielsweise demonstrierten am 30. Oktober um die 150 Studentinnen und Studenten mit Plakaten, auf denen es hieß »Sie schlagen den Spiegel und meinen die Demokratie« oder »Ohne Pressefreiheit keine Demokratie«. Ein anderes Plakat gab der Zentralperson der Finckenstein'schen Gerüchteküche einen Namen: »Befiehlt Strauss der Justiz?« wurde dort gefragt.⁶⁶ Und nicht nur dort. Ob Straßenpassanten, die für die Ausstrahlung des TV-Magazins *Panorama* am 4. November befragt worden waren,⁶⁷ ob ausländische Zeitungen oder das politische Bonn – den Verdacht, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß stecke hinter der Aktion, äußerte und kolportierte man allgemein. Auf die Frage des Allensbacher Instituts für Demoskopie, wer die Verhaftung der *Spiegel*-Redakteure angeordnet habe, antwortete im Dezember 1962 die größte Gruppe, nämlich 36 Prozent der Befragten, das sei Strauß gewesen (die zweitgrößte Gruppe von 30 Prozent antwortete »Weiß nicht«, die drittgrößte von 12 Prozent nannte korrekt »Bundesanwaltschaft, Bundesgerichtshof«).⁶⁸

Auch dem bayerischen Politiker Gewogene schenken diesem Gerücht durchaus Glauben. »Wohlgemerkt«, hieß es in der Wochenzeitung *Die Zeit*, »es gab da nicht nur die vielen, die für den ›Spiegel‹ und gegen Strauß Partei ergriffen, es gab auch solche, die frohlockend meinten, der Minister habe es den Burschen aber ganz schön gegeben.«⁶⁹ War doch die Fehde, die Verteidigungsminister Strauß mit Augsteins *Spiegel* austrug – nicht nur publizistisch, sondern auch in diversen Gerichtsverfahren –, seit Jahren ein Dauerbrenner öffentlicher Aufmerksamkeit. Das Hamburger Nachrichtenmagazin hatte immer wieder Skandale um Strauß losgetreten. Einer der bekanntesten war die Fibag-Affäre um die gleichnamige Baufirma, an welcher politische Vertraute des Verteidigungsministers beteiligt waren und die Strauß beim Bau von Wohnungen für die US-Armee ins Spiel zu bringen versucht hatte. Der zur Aufklärung der Hintergründe eingerichtete parla-

66 Online findet sich das Foto in: Spiegel-Affäre und Protest. Die Zivilgesellschaft geht auf die Straße. Eine Chronologie aller Protestaktionen, in: dokzentrum ans tageslicht, Einträge zum 30. Oktober 1962: <http://www.anstageslicht.de/themen/history/spiegel-affe-1962/spiegel-affe-und-protest-zivilgesellschaft-demonstriert/> [12. 4. 2017].

67 Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 409.

68 Die Spiegel-Affäre, in: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, S. 99.

69 Hans Gresmann, Spiegel-Affäre, Staats-Affäre, *Die Zeit*, Nr. 44, 2. 11. 1962, S. 1.

mentarische Untersuchungsausschuss schloss seine Verhandlungen justament einen Tag vor der Aktion gegen den *Spiegel* – mit dem (knappen) Abstimmungsergebnis, dass Strauß keine Vorteilsnahme im Amt vorzuwerfen sei. Weiter gehörte der *Spiegel* zu den lautstärksten Kritikern der Strauß'schen Verteidigungskonzeption, insbesondere der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. In diesem Zusammenhang stand auch die Titelgeschichte »Bedingt abwehrbereit«; sie listete nicht nur Schwachstellen der Bundeswehr auf, sondern griff den Verteidigungsminister an, weil Fallex 62 gezeigt habe, dass Atomwaffen keine wirksame Abschreckung garantierten. Eng mit diesem Dissens in verteidigungspolitischen Fragen verbunden waren intern und öffentlich ausgetragene Differenzen darüber, ob weitere Rüstungsanstrengungen die angemessene Antwort auf die bedrohliche Konfrontation zwischen West und Ost waren – oder eine auf Entspannung abzielende Politik, wie sie die Regierung des neuen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy anzubahnen begann. Und ob das eine oder das andere besser geeignet war, den Dauerkrisenherd Berlin zu entschärfen und die deutsche Teilung zu überwinden. Adenauer und Strauß setzten darauf, die militärische Eskalation fortzusetzen und dafür auch Meinungsverschiedenheiten mit der amerikanischen Regierung hinzunehmen, während die kritischen Stimmen gegen eine solche Außen- und Militärpolitik in allen Parteien und in der veröffentlichten Meinung aller politischen Richtungen, nicht zuletzt im *Spiegel*, immer unüberhörbarer wurden. Nach Beginn der *Spiegel*-Affäre würden auch diese Differenzen die anschwellende Regierungskritik befeuern.

Und allen voran hatten *Spiegel*-Artikel immer wieder in düstersten Farben die Gefahren ausgemalt, die von der Strauß'schen Kombination von Ehrgeiz, Intelligenz und Unbeherrschtheit ausgingen. In der Titelgeschichte »Der Endkampf« hatte das Magazin im Frühjahr 1961, wenige Monate vor der Bundestagswahl, die höchste Alarmstufe ausgerufen: Falls sich Strauß' Aspirationen auf das Amt des Außenministers und mittelfristig auf die Nachfolge Adenauers als Bundeskanzler realisierten, werde er sich unabsetzbar und den atomaren Endkampf wahrscheinlich machen. »Wichtig erscheint allein, ob Franz-Josef Strauß ein Stück weiter auf jenes Amt zumarschieren kann, das er ohne Krieg und Umsturz schwerlich wieder verlassen müsste.«⁷⁰ Der so ge-

70 Der Endkampf, *Der Spiegel*, Nr. 15, 5. 4. 1961, S. 14–30, Zitat S. 30.

spiegelte Politiker verkörperte mehr und mehr die größten Gefahren, die der Bundesrepublik drohen konnten: von außen das atomare Inferno, von innen die Gefährdung der jungen westdeutschen Demokratie. Interessanterweise waren führende Politiker in CDU und CSU in dieser Hinsicht einmal einer Meinung mit dem wenig goutierten »Dreck->Spiegel«.⁷¹ Auch in ihren Szenarien vom absehbaren Ende der Ära Adenauer – der Bundeskanzler war 1962 schon 86 Jahre alt – figurierte der Kanzleraspirant Strauß als Angstfigur. Vor dessen Unberechenbarkeit warnte unter vier Augen selbst der CSU-Vorsitzende Hanns Seidel.⁷² Adenauer seinerseits hielt es nicht einmal für unmöglich, dass Strauß sich mithilfe der Bundeswehr an die Macht putschen könne.⁷³ Im eigenen Haus war dem Minister ebenfalls eine Fronde an Kritikern erwachsen, die im Gegensatz zu Strauß auf die neue Verteidigungskonzeption des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy setzten und damit weniger auf Atomwaffen als auf stärkere konventionelle Rüstung. Nicht zuletzt aus diesen Kreisen konnten Journalisten, unter anderem des *Spiegel*, kritische Informationen erhalten. Solche Informanten dingfest machen zu wollen, war die wichtigste offizielle Begründung des harschen Vorgehens gegen die *Spiegel*-Redaktion.

Dass Gerüchte und Verdächtigungen in den ersten Tagen nach der Aktion gegen den *Spiegel* so viel stärker erschienen als offizielle Stellungnahmen, lag also zum einen daran, dass einer, dem diese Aktion zugetraut wurde, bereits identifiziert war – wenn er auch in den der Regierung beziehungsweise der CDU/CSU nahestehenden Veröffentlichungen vorerst nicht genannt wurde. Zum anderen allerdings tat die Adenauer-Regierung unfreiwillig alles, um der Gerüchte-Hydra mehr und mehr Köpfe wachsen zu lassen. Das würde alsbald zu den nachgerade sprichwörtlich werdenden »Begleiterscheinungen« (wahlweise »Begleitumstände«) der Affäre gehören: das eigentümliche Missverhältnis einer großen Polizeiaktion erst gut zwei Wochen nach der Veröffentlichung der *Spiegel*-Geschichte, dann jedoch inklusive Beschlagnahme der Druckfahnen der nächsten Ausgabe; die Frage, warum der freidemokratische Justizminister Wolfgang Stammberger uninfor-

71 So Bundeskanzler Adenauer gegenüber Journalisten während des Presse-Tees am 11. Juli 1952; Küsters, (Bearb.), Adenauer: Teegespräche 1950–1954, S. 324.

72 Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 474 (Eintrag vom 19. März 1961).

73 Ebd., S. 435 (Eintrag vom 18. Juli 1960).

miert blieb; das Rätsel, wer denn nun eigentlich auf welchem Wege die Festnahme des Spanienurlaubers Conrad Ahlers veranlasst hatte und ob Strauß etwas damit zu tun hatte; die ungeschickte, die Gerüchteküche anheizende Informationspolitik, die »so kläglich [war, U. D.], dass selbst, wenn ein Mann vom Mars heruntergekommen wäre, dieser gesagt hätte: Hier ist etwas faul«.74 Und schließlich diejenige »Begleiterscheinung«, die ein besonders heftiges Rauschen im Blätterwald erzeugte: Adenauers Auftreten während der Fragestunden im Bundestag im November. Diese Verhaltensweisen der Regierung verdrängten den Anlass des Skandals immer mehr aus den Schlagzeilen. Auf sie würde sich die Kritik der politisch meinungsführenden Zeitungen nahezu einstimmig einschließen – und zwar unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Neigung, was ein absolutes Novum in der bundesdeutschen Geschichte darstellte.

Dieser mediale Gleichklang der Kritik war nicht nur neu, er war auch ungewohnt schrill, da er allseits in hochgradig alarmierter Weise intoniert wurde. Grund dafür war die fundamentalste aller »Begleiterscheinungen« der *Spiegel*-Affäre. Was in ihr zum Ausdruck kam, war etwas für die Zeitgenossen – diejenigen der journalistischen Zunft eingeschlossen – sehr viel Grundsätzlicheres als der Wertekonflikt zwischen Geheimniswahrung und Pressefreiheit oder das kritikable Verhalten der Regierungsmitglieder: nämlich die kollektive Unbehaustheit politischer Art im westdeutschen Teilstaat. Materiell und wirtschaftlich war es in Westdeutschland stetig bergauf gegangen; die meisten Menschen wohnten und ernährten sich gut, hatten Arbeit und berufliche und familiäre Perspektiven. Das hatte der CDU und ihrem Dauerkanzler Adenauer Stimmen und Wahlsiege eingetragen. War aber die Bundesrepublik auch eine *politische* Erfolgsgeschichte? Da waren sich die Zeitgenossen, von »oben« bis »unten«, von links bis rechts, weniger sicher. Deutlich wird das unter anderem daran, dass einige Essentials der politischen Ausgestaltung Westdeutschlands heftig umstritten waren. So die Priorität Adenauers auf der Westbindung der Bundesrepublik – zu Lasten, wie es von vielen in allen Parteien empfunden wurde, der deutschen Wiedervereinigung. So die Wiederbe-

74 Klaus Scheufelen, der Vorsitzende der CDU Nordwürttemberg, am 22. November 1962 im CDU-Bundesvorstand; Buchstab (Bearb.), Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, S. 312.

waffnung – die in den 1950er Jahren aus pazifistischen wie nationalen Gründen (weil die Bundeswehr keine nationale Armee war) abgelehnt wurde, und zwar zeitweise von einer Mehrheit der Bevölkerung. So die von Adenauer und seinem Verteidigungsminister Strauß angestrebte Einbeziehung der Bundeswehr in die atomare Bewaffnung des Westens, wodurch eine Massenbewegung auf den Plan gerufen wurde, deren Protestaktionen der Jahre 1957–1959 quantitativ erst wieder in der Anti-AKW- und der Friedensbewegung der 1970/80er Jahre ihresgleichen fanden.

Schließlich und vor allem aber war da die Frage nach der Stabilität der westdeutschen Demokratie, die allseits immer wieder bang gestellt wurde. Je nach politischer Couleur standen hinter dieser Frage unterschiedliche Bedrohungsszenarien. Würde die zweite deutsche Demokratie wie die erste mit dem Machtantritt eines Diktators im Willkür- und Polizeistaat enden? Das waren die linken und linksliberalen Befürchtungen in den Jahren um 1960. Im Jahre zwölf der Bundesrepublik, 1961, erschien kurz vor der Bundestagswahl ein von Martin Walser herausgegebener Sammelband mit Beiträgen von Schriftstellern zur Lage der Demokratie in Westdeutschland, der von dieser besorgten Grundströmung durchzogen war. »Wie soll man zur Demokratie eines Volkes Vertrauen haben können, das einem zwölfjährigen Führerstaat einen zwölfjährigen Vaterstaat hat folgen lassen?«, formulierte hier der Schriftsteller Paul Schallück eine Frage, die sich offensichtlich viele der Beiträger stellten.⁷⁵ Oder würde die Demokratie als solche sich erneut als Weg in die Katastrophe erweisen? Das war die Befürchtung des konservativen Lagers. Heinrich Krone, einer der engsten Vertrauten Adenauers und 1955–1961 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, räsonierte 1960 in seinem Tagebuch: »Wenn ich könnte, würde ich überall wieder die Monarchie aufrichten. Nicht der Monarchen wegen und ihrer Familien, die immer mehr versagen. Auch der Adel versagt. Warum ich so denke? Weil die Monarchie ein Element der Ordnung ist und wir nicht Faktoren der Ordnung genug haben kön-

75 Schallück, *Versteinerungen*, S. 59. Ein von ähnlichem Unbehagen an der westdeutschen Demokratie geprägter weiterer Sammelband wurde im Jahr darauf, nicht lange vor der *Spiegel*-Affäre, vom führenden Kopf des losen Zusammenschlusses gegenwartskritischer Literaten namens Gruppe 47 herausgebracht, Richter (Hg.), *Bestandsaufnahme*.

nen. Ich bin kein Reaktionär und kein Restaurateur. Aber die Demokratie wird es nicht schaffen. [...] Demokratie: das Regime, das unmittelbar vor dem Abgrund kommt.«⁷⁶

Den befürchteten Weg der Demokratie in Richtung Abgrund säumte, wie es viele Zeitgenossen sahen, die »Masse« – die als leicht manipulierbar betrachtete Bevölkerung in ihrer anonymen Gesamtheit, die sich, wie man glaubte, jederzeit wieder als anfällig für starke Männer und deren machtergreifungslüsteren Ehrgeiz erweisen könnte. Die Angst vor der »Masse« und die gefühlte Schwäche der demokratischen Staatsform waren zwei Seiten derselben Medaille, wie eine weit verbreitete Lesart der jüngeren Geschichte zu beweisen schien: Dass Demokratien schwach, starke Männer gefährlich und die »Masse« irgendwie schuld an beidem war, bildete eine Erklärungseinheit schon für den Machtantritt der Nationalsozialisten, der die erste deutsche Demokratie zerschlagen hatte. Von dieser stark verkürzten Erklärungsweise, die weitgehend aussparte, dass Adolf Hitler im Januar 1933 nur mithilfe der politischen und militärischen Eliten hatte Kanzler werden können, war die westdeutsche Nachkriegsgeschichte zutiefst geprägt. Vor diesem Hintergrund sprach wenig dagegen, dass sich ein Machtergreifungsszenario mit neuer, nämlich bayerischer Besetzung in der Hauptrolle wiederholte. Denn habe etwa das Volk, so Augsteins rhetorische Frage in einem Brief an die Leser, der eine Woche nach der *Spiegel*-Titelgeschichte »Der Endkampf« erschien, seit es »die Taten Eichmanns in unserer, in der feldgrauen Uniform verteidigt hatte«, dazugelernt? Seine verneinende Antwort auf diese Frage war in weitere rhetorische Fragen gekleidet: Ob dieses Volk dem Frieden diene, nackte Machtausübung verabscheue und einen friedenswilligen Kanzler-Nachfolger aussuchen werde? Deswegen, so Augstein, sei der *Spiegel* so wichtig – und die, die ihn machten, seit sie sich nach Kriegsende »unter dem unausgesprochenen Fahنشwur ›Dies nicht wieder!‹ zusammentaten [...]: Rebellen von der Art des Gerhart Hauptmannschen ›Hamlet‹, gefallene Engel, verlorene Kinder Gottes, die gezwungen sind, die grausame Wahrheit der menschlichen Blindheit aufzudecken«.⁷⁷

76 Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 426, 433 (Einträge vom 14. Juni und 12. Juli 1960).

77 Rudolf Augstein, Lieber Spiegel-Leser!, *Der Spiegel*, Nr. 16, 12. 4. 1961, S. 12.

Dieses mitunter an Panik grenzende Gefühl der Abgrundnähe, mit dem die Zeitgenossen inklusive der Medienleute die Zukunft der Bonner Demokratie betrachteten – und aus dem der Herausgeber des *Spiegel* ein bühnenfähiges Sendungsbewusstsein generierte –, war es, was den Bereich des Möglichen, den Erwartungshorizont plötzlich so bedrohlich erweiterte. Das kam während der Wochen nach dem 26. Oktober 1962 in den öffentlichen Reaktionen an die Oberfläche. Und zwar in einer scharfen Regierungskritik aus allen politischen Richtungen, in deren Zentrum immer mehr der Kanzler selbst rückte. Dass die politischen Leitmedien sich unisono über dasselbe echauffierten, war neu und machte das ganze Durcheinander erst zu der bemerkenswerten Medienaffäre, als die die *Spiegel*-Affäre in Erinnerung ist. Allerdings einte die mediale Kritik nur dies: Kritik zu sein. Denn die politische Stoßrichtung der kritischen Zeitungskommentare hätte widersprüchlicher kaum sein können: Legten die inkriminierten »Begleitumstände« für die einen offen, dass sich ein Umschlag der westdeutschen Politik ins Autoritäre ankündigte, erkannten die anderen an ihnen die Führungsschwäche der Demokratie. Die Wochenzeitung *Christ und Welt* fand später für diesen Gleichklang konträr argumentierender Kritik die perfekte Schlagzeile: »Pantoffelstaat im Tyrannenverdacht«. ⁷⁸

Dass in der anschwellenden Regierungskritik zusammenwuchs, was nicht zusammengehörte, ist der bemerkenswerteste Aspekt der Affäre und ihrer Medien- und Politikgeschichte. Und erst dadurch wurden die Wochen nach dem 26. Oktober 1962 für die Zeitgenossen jedweder politischen Ausrichtung zu einer Krise im vollen Sinn des Wortes: nämlich zum Entscheidungspunkt einer gefährlichen Entwicklung, einer Art gesellschaftlichen Krankheitsprozesses, dessen Verlauf über kaum weniger als Leben und Tod zu entscheiden schien. Die Krise habe sich, so Max Güde, CDU-Mitglied und ehemaliger Generalbundesanwalt, »an etwas fast Atmosphärischem, kaum Definierbarem entzündet als ein [sic] ›Malaise‹ von ungeahntem Ausmaß, das ausbrach wie ein Fieber und ablief wie eine Krankheit, die sich jeder Therapie entzog«. ⁷⁹

78 Wolfgang Höpker, Der grauslichen »Spiegel«-Historie dritter Teil. Pantoffelstaat im Tyrannenverdacht, *Christ und Welt*, Nr. 46, 16. 11. 1962, S. 5.

79 Max Güde, Politische Verantwortung und öffentliche Meinung. Die Proportionen der »Spiegel«-Affäre, in: *Die politische Meinung*, Nr. 79, Dezember 1962, S. 23–28, Zitat S. 23.

Dass im Verlauf der *Spiegel*-Affäre etwas ausgeschwitzt wurde, ist keine schlechte Metapher für das, was passierte. Der Anlass für die »Krankheit, das Atmosphärische, kaum Definierbare«, war mitnichten das Schicksal des Hamburger Magazins und der Pressefreiheit. Sondern vielmehr der Anblick einer Regierung, deren erratisches Verhalten zentrale, bislang politisch säuberlich getrennte Zukunftsängste hinsichtlich der westdeutschen Demokratie gleichzeitig auf den Plan rief. Das zeigte sich an den Kommentaren der politischen Leitmedien besonders deutlich. Dem Verlauf ihrer Argumentationsweisen ist in den bisherigen Darstellungen der *Spiegel*-Affäre eigentümlicherweise nur eine sehr selektive Aufmerksamkeit zuteil geworden. Das ist umso merkwürdiger, als die Kommentare in den überregionalen politischen Blättern ein wichtiger Teil des kritischen Echos waren, das der Regierung entgegenschallte und wesentlich dazu beitrug, dass die Affäre mehr und mehr als fundamentale Staatskrise und nicht nur als mehr oder weniger normale Krise der Regierung wahrgenommen wurde. Die Lektüre der Kommentarspalten zeigt jedoch, nimmt man sie als zeitgenössische Quellen ernst, noch etwas ganz Anderes. Das gilt insbesondere für das konservative Spektrum, hinsichtlich dessen Kommentarverlaufs Güdes medizinische Krisenmetapher den Nagel auf den Kopf trifft. Die steigende Fieberkurve der konservativen Kommentare drückt nämlich sehr viel mehr aus als verschärfte Kritik. In Worte gefasst wurden hier – erstmals an der prominenten Stelle tagespolitischer Kommentierung auf den vorderen Seiten – politische Urängste namhafter Journalisten, Kommentatoren und Herausgeber vor der Demokratie. Die Krise war offenkundig auch eine solche der medialen Beobachter, nicht nur der amtierenden Politiker. Und war vielleicht, zumindest in einigen Fällen, von kathartischer Wirkung. Die Krankheit wurde, um in Güdes Bild zu bleiben, ausgeschwitzt, als die Ängste ausgesprochen, aber nicht Realität geworden waren. Die Fieberkurve sank, nachdem eine Regierungsumbildung und der Abgang des Verteidigungsministers sowie die Ankündigung von Adenauers Rücktritt für das kommende Jahr Ruhe einkehren ließen. Letzteres war das Fundament der neuen Realität in den konservativen Kommentarspalten: Eine Zukunft ohne Bundeskanzler Adenauer war (fast) Konsens und wünschenswert geworden – womit die konservativen Blätter ausdrückten, was in den Führungskreisen der CDU seit Längerem schwelte, nämlich den Wechsel im Bundeskanzleramt gegen das Widerstreben des Amtsinhabers zu bewerkstelligen.

Die Kommentarspalten der überregionalen politischen Leitmedien sind das Quellenmaterial, anhand dessen der Verlauf der *Spiegel*-Affäre im Folgenden nachgezeichnet wird. Die Bedeutung dieser Blätter beruhte weniger auf hohen Auflagenzahlen als darauf, dass sie die Berichterstattung über die Bonner Regierungspolitik prägten und von Politikern und Journalisten als wichtige Stimmungsbarometer eingeschätzt wurden. Der Schwerpunkt wird dabei auf den konservativen Kommentaren liegen, welche, wie gesagt, die entscheidende Zuspitzung zur voll entbrannten Kanzlerkrise herbeiführten. Denn das allseitige kritische Crescendo, das der Adenauer-Regierung schließlich entgegenschallte, entstand erst, nachdem die Blätter unterschiedlichster Couleur unisono kritisierten. Die genaue Lektüre der konservativen Kommentarspalten macht allerdings deutlich, dass diese neue Einheit in der Kritik paradoxerweise auf der alten Gegensätzlichkeit konservativer und linker beziehungsweise liberaler Weltdeutungen beruhte – und nicht auf etwaigen politischen Annäherungen der politischen Lager.

Die Tonlagen der Kommentare in den linksliberalen Blättern werden nur als Kontrast angeschlagen werden, um die Breite des Meinungsspektrums erkennbar zu machen. Für diesen Teil des Spektrums stehen in der folgenden Auswahl die beiden Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* (SZ) (Auflage gut 230 000 Exemplare⁸⁰) und die *Frankfurter Rundschau* (FR) (Auflage knapp 121 000 Exemplare). Im engeren Sinn waren beides keine überregionalen Blätter, doch hatten sie eine Ausstrahlung über ihre jeweilige Region hinaus. Der konservative Teil des publizistischen Meinungsspektrums wird in der folgenden Auswahl von den Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und *Die Welt* sowie von den Wochenzeitungen *Christ und Welt* und *Rheinischer Merkur* abgedeckt. *Die Welt* war unter den überregionalen Qualitäts-Tageszeitungen die auflagenstärkste (Auflage knapp 279 000 Exemplare), bis sie 1965 von der FAZ überholt wurde (Auflage 1962 gut 274 000 Exemplare). Die Wochenzeitung *Christ und Welt* (Auflage gut

80 Genannt werden hier und im Folgenden, wenn nicht anders angegeben, die Zahlen der Druckauflage für die Monate Oktober bis Dezember 1962, zit. nach Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (Hg.), Auflagenmeldung 4. Vierteljahr 1962, Bad Godesberg, 25. Januar 1963, S. 55f., 71, 95, 162.

163 000 Exemplare) war so etwas wie das konservative Leitmedium der Bundesrepublik (und des protestantischen CDU-Milieus) und Marktführerin unter den Wochenzeitungen, bis sie in den Monaten der *Spiegel*-Affäre erstmals (und ab dann dauerhaft) von der liberaleren Wochenzeitung *Die Zeit* (Auflage knapp 169 000 Exemplare) überholt wurde. Der CDU-Politiker Eugen Gerstenmaier, zur Zeit der *Spiegel*-Affäre Bundestagspräsident, besaß 30 Prozent der Anteile an *Christ und Welt*. Keines der drei Blätter war parteipolitisch eindeutig der CDU zuzuordnen; alle artikulierten ihre konservative Prägung in von Fall zu Fall unterschiedlicher Nähe beziehungsweise Ferne zu dieser Partei und zur Adenauer-Regierung. Der *Rheinische Merkur* (Auflage gut 67 000 Exemplare) stand der katholischen Kirche – die in den 1960er Jahren 13 Prozent der Anteile hielt – und dem katholischen CDU-Milieu nahe. Konfessionell, aber auch mit seiner wirtschaftsliberalen Ausrichtung und seiner antikommunistischen Abendland-Philosophie lag das Blatt weitgehend auf der Linie Adenauers. Was die Auflage des *Spiegel* betrifft, so lag sie vor der Aktion gegen das Magazin bei knapp 483 000 Exemplaren und stieg in den Monaten der Affäre auf knapp 594 000 an.⁸¹

Erste Phase: Von der Aktion gegen den *Spiegel* bis zu den Fragestunden im Bundestag (26. Oktober bis 7. November 1962)

Nur in diesem Zeitraum ging es innerhalb wie außerhalb der Medien allen voran um die Fragen der Pressefreiheit, ihrer Gefährdung und ihrer Grenzen. Sie wurden auf kleineren und größeren Podien diskutiert, die in einigen Fällen vom Fernsehen übertragen wurden (mit großer Resonanz die *Panorama*-Sendung vom 4. November). Studentinnen und Studenten demonstrierten für den *Spiegel* und gegen Franz Josef Strauß. Erste öffentliche Stellungnahmen wurden veröffentlicht – unter anderem von Mitgliedern des Literatenzirkels Gruppe 47, die es als »sittliche Pflicht« bezeichneten, über »sogenannte militärische Ge-

81 Ebd., S. 5 (Auflage des 4. Quartals 1962); und Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (Hg.), Auflagenmeldung 3. Vierteljahr 1962, Bad Godesberg, 25. Oktober 1962, S. 5 (Auflage des 3. Quartals 1962).

heimnisse« zu berichten.⁸² Auf zwei Bundespressekonferenzen zum Thema – am 2. und 5. November – brachen tumultuarische Zustände aus. Die Unruhe unter den anwesenden Journalisten wurde durch Auskünfte des Regierungssprechers, wie die, er könne nicht sagen, ob ein Journalist sich strafbar mache, wenn er beispielsweise einen Artikel der Londoner *Times* wiedergebe, der seinerseits den *Spiegel*-Artikel zum Fallex-Manöver wiedergab, nicht gerade besänftigt.⁸³ Zwei Staatssekretäre traten zurück, einer aus dem Verteidigungsministerium, einer aus dem Justizministerium; zur Beruhigung der Lage trugen auch diese Rücktritte nicht bei.

Was die Presse betraf, verlief während dieser Phase ihre Kommentierung in den erwartbaren Geleisen der Nähe beziehungsweise Ferne zur Regierung: hier Regierungs- und Justizkritik und Solidarität mit dem *Spiegel*; dort *Spiegel*-Kritik und Unterstützung von Regierung und Justiz. Aus der linken und linksliberalen Perspektive stand die Aktion gegen das Hamburger Magazin von Anfang an für sehr grundsätzliche Probleme von Rechtsstaat und Demokratie. Mit einem Paukenschlag eröffnete in der FR Karl-Hermann Flach, ein Linksliberaler aus den Reihen der FDP und nunmehriges Redaktionsmitglied der FR. »Bei Nacht und Nebel« war sein Kommentar betitelt, der am Montag nach der freitäglichen Aktion gegen den *Spiegel* erschien. Sicher sei, »dass es heute und hier in diesem Lande ernsthaft um die Frage geht, wie lange die Deutschen die Freiheit, die ihnen geschenkt wurde, vertragen können. Man könne sich des Gefühls nicht erwehren, dass in der Nacht vom Freitag zum Samstag das Kapitel ›Zweite Nachkriegsdemokratie‹ der neuesten deutschen Geschichte im festen Griff einer zackigen deutschen Polizeiaktion zugeknallt werden sollte. [...] Wenn es also morgens in aller Frühe bei uns klingelt, können wir uns nicht weiterhin in dem beruhigenden Gefühl strecken, dass es nur der Milchmann oder der Junge mit den Brötchen sein kann; wenn um Mitternacht jemand an unsere Tür schlägt, wissen wir nicht mehr genau, dass es sich

82 Abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 383.

83 Regierungssprecher Karl-Günther von Hase auf der Bundespressekonferenz vom 5. November 1962, abgedruckt in: Grosser/Seifert, Die Staatsmacht und ihre Kontrolle, S. 473. Siehe zur Frage der möglichen Strafbarkeit von journalistischen Beiträgen, die bereits veröffentlichte geheimhaltungsbedürftige Sachverhalte referierten, auch die Bundespressekonferenz vom 2. November 1962, abgedruckt ebd., S. 448f.

schlimmstenfalls um einen Telegrammboten [...] handeln kann [...]. Wir müssen damit rechnen, dass es die politische Polizei ist, die bei Nacht und Nebel nach Landesverrätern sucht.«⁸⁴

In derselben Ausgabe der FR benannte Volkmar Hoffmann, wer hinter der Aktion vermutet wurde: »Zu dem vom Nachrichtenmagazin ›Der Spiegel‹ am 5. April 1961 angekündigten ›Endkampf‹ des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, so denken heute viele Leute in Bonn, scheint der Hausherr der Ermekeilkaserne zu Bonn [dem Sitz des Verteidigungsministeriums, U. D.] nun endgültig angetreten zu sein. Zwar hatten die ›Spiegel‹-Redakteure als Ziel der parteipolitischen Großoffensive von Strauß damals den Kanzlerstuhl gemeint, indessen scheint – so glauben viele Beobachter zumindest seit Freitag Abend in der Bundeshauptstadt – sein Endkampf sich jetzt auf ein anderes Objekt zu richten: auf den ›Spiegel‹ und des Ministers ärgsten Widersacher, den Herausgeber des Magazins, Rudolf Augstein.«⁸⁵

Die Kommentare in der SZ betonten von Anfang an schwerpunktmäßig die Frage der »Methoden«⁸⁶ und »der zu höchstem Misstrauen einladenden Merkwürdigkeiten«⁸⁷ des staatsanwaltlichen Vorgehens. »Die Art, in der diese Aktion ausgeführt wurde, droht wie ein schleichendes Gift in unserem öffentlichen Leben zu wirken«,⁸⁸ hieß es am 2. November. Ernst Müller-Meiningen jr. lieferte Ende Oktober eine Auflistung offener Fragen: Warum erfolgte der Zugriff erst Wochen nach Erscheinen des inkriminierten Artikels? Warum unmittelbar nach der parlamentarischen Rehabilitierung des Verteidigungsministers in Sachen Fibag-Affäre? Warum wurde der eigentlich zuständige Justizminister Wolfgang Stammberger nicht vom geplanten Vorgehen gegen den *Spiegel* unterrichtet? Wodurch rechtfertigt sich die extreme Behinderung der Redaktionsarbeit durch die andauernde Besetzung

84 Karl-Hermann Flach, Bei Nacht und Nebel, *Frankfurter Rundschau*, 29. Oktober 1962, S. 3, abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 422 ff.

85 Volkmar Hoffmann, Der Schlag in den »Spiegel«, *Frankfurter Rundschau*, 29. 10. 1962, S. 3.

86 Streiflicht, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 259, 29. 10. 1962, S. 1.

87 Müller-Meiningen jr., Ernst, Es geht um die Demokratie, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 261/262, 31. 10./ 1. 11. 1962, S. 4, abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 434–437.

88 Hans Schuster, Verspieltes Vertrauen, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 263, 2. 11. 1962, S. 1 (Hervorhebung im Original).

der Redaktion? Oder die Beschlagnahmung der Druckfahnen der nächsten *Spiegel*-Ausgabe? Und wer hatte die Festnahme des Ehepaars Ahlers in Spanien angeordnet, von der die Bundesanwaltschaft erklärte, sie sei es nicht gewesen?⁸⁹ Die Folge all dieser Merkwürdigkeiten, so Richard Thilenius am 6. November in der SZ, »ist die Vertrauenskrise gegenüber dem Staat, die diese Regierung hervorgerufen und zu vertreten hat. Das Bewusstsein, in einem Rechtsstaat zu leben, ist in der breiten Öffentlichkeit durch die Handlungen und Unterlassungen der Regierung in der Spiegel-Affäre tief erschüttert worden.« Es sei allerdings Franz Josef Strauß, der am meisten an der verfassungsmäßigen Grundlage der aktuellen Form parlamentarischer Demokratie zweifeln lasse: indem er, statt umfassend über seine Rolle in der ganzen Angelegenheit aufzuklären, die Verantwortung auf seinen Staatssekretär schiebe. »Mit dem eigentlichen Inhalt der *Spiegel*-Aktion, dem Verdacht des Landesverrats, hat das alles nichts zu tun«, schloss der Kommentar. »Wenn die Regierung heute beklagt, dass die sogenannten ›Randerscheinungen‹ die Sache selbst im Bewusstsein der Öffentlichkeit völlig in den Hintergrund gedrängt hätten, so hat sie die Schuld allein bei sich selbst zu suchen. Bei ihrem Versuch, zu verdunkeln, zu beschönigen, an der Verantwortung vorbeizukommen.«⁹⁰

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums wurde die Aktion gegen den *Spiegel* in den ersten Tagen gerechtfertigt und die Kritik anderer Presseorgane an den »Begleitumständen« zurückgewiesen. In der protestantischen Wochenzeitung *Christ und Welt* mutmaßte Wolfgang Höpker, es scheine »sich hier eine große politisch-kriminelle Affäre zu entwickeln, die größte vielleicht in der bisherigen Geschichte unseres Staates.« Auch wenn aus der Sicht der *Spiegel*-Redaktion, die sich rühme, aus moralisch wertfreien Journalisten zu bestehen, »Landesverrat als ein Kavaliersdelikt« erscheine, so dürfe »eine arrogant-demagogische Kritik an jedem und allem« nicht durch solchen »Nihilismus« legitimiert werden. »Insofern hat ein großer Teil der Diskussion, die um die ›Spiegel‹-Affäre entstand, erschreckend gezeigt, in

89 Müller-Meinigen jr., Ernst, Es geht um die Demokratie, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 261/262, 31. 10./ 1. 11. 1962, S. 4, abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 434–437.

90 Richard Thilenius, Verantwortliche und Sündenböcke, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 266, 6. 11. 1962, S. 1 (Hervorhebung im Original).

welchem Vakuum wir leben. Nicht über die Frage des Verrats von Staatsgeheimnissen wird gesprochen, sondern um Nebensachen. Wem nützt das?«⁹¹

Auch im *Rheinischen Merkur* wurde nicht die Aktion gegen den *Spiegel*, sondern »die Reaktion der ›veröffentlichten Meinung‹ auf die Affaire« als »ebenso charakteristisch wie beunruhigend empfunden: Da spricht kaum jemand von der Sache selbst, nämlich der Veröffentlichung militärischer Geheimdokumente [...]. Wer die Quersumme der ›veröffentlichten Meinung‹ in unserem Lande zieht, muss zu der Auffassung gelangen, es handle sich um einen monströsen Angriff auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit [...], nicht jedoch um einen Fall von Verdacht des Landesverrats.«⁹²

Die ersten Kommentare in der FAZ argumentierten teils im Sinn von Justiz und Regierung, teils griffen sie die Vorgehensweise gegen den *Spiegel* an. »Wird nun veröffentlicht«, hieß es im Leitartikel von Alfred Rapp am 29. Oktober, »das Manöverspiel habe ergeben, dass trotz des Einsatzes von Atomwaffen ein sowjetischer Vormarsch nicht aufgehalten werden könne, die Bundeswehrverbände nicht voll einsatzbereit seien und dergleichen mehr, so kann man nicht sagen, die Sowjets wüssten diese Dinge, auch ohne den ›Spiegel‹ lesen zu müssen.« Was ein solcher Bericht in Moskau bewirken könne, »ist eine Schicksalsfrage für uns alle. Auf sie kann die Antwort nicht schlicht ›Pressefreiheit‹ heißen. [...] In diesen Tagen höchster Spannung nur nach totaler Pressefreiheit zu rufen wird ebenso falsch sein wie zu versuchen, im Rahmen der totalen Verteidigung die ganze Presse an die Geheimniskandare nehmen zu wollen.« Man müsse das Ergebnis der Ermittlungen abwarten.⁹³

Tags darauf allerdings wurden in der FAZ »Unverhältnismäßigkeiten« angesprochen. Bruno Dechamps forderte, die durch das Vorgehen der Behörden aufgeworfenen Fragen müssten geklärt werden. Das betreffe etwa die Fragen, ob es zwischen dem Verteidigungsminister und

91 Wolfgang Höpker, Ein deutscher Panama-Skandal?, *Christ und Welt*, Nr. 44, 2. 11. 1962, S. 1f.

92 L. P., »Sittliche Pflicht«, *Der Rheinische Merkur*, Nr. 44, 2. 11. 1962, S. 3.

93 Rapp, Alfred, Pressefreiheit und Landesverteidigung, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 252, 29. 10. 1962, S. 1, abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 420 ff.

der Bundesanwaltschaft »ein unzulässiges Zusammenspiel« gegeben habe oder ob man nicht für die Hausdurchsuchungen »eine zivile Tageszeit« hätte abwarten können. Und gemahne nicht der Stil der Durchsuchungen in Hamburg und der Verhaftungen »an gewisse Zeiten, in denen das Ziel solcher Unternehmen war, Terror auszuüben, die Presse unter Druck zu setzen, einzuschüchtern? Ist den Herren, die damit solcher Wollust den Pressebengeln mal gezeigt haben, was eine Harke ist, wenigstens nachträglich [...] klargemacht worden, dass sie sich mit solchem Benehmen für ihren Dienst disqualifizieren?«⁹⁴

In den Spalten der FAZ war der Vergleich der kritikablen »Begleitumstände« mit der nationalsozialistischen Zeit ansonsten rar. Dass er hier am Beispiel eines befürchteten »Terrors«, der ausdrücklich »die Presse unter Druck setzen« solle, gemacht wurde, sagt viel darüber aus, wie die Journalisten der Nachkriegszeit, die in der weit überwiegenden Mehrzahl auch diejenigen des »Dritten Reichs« waren, ihre eigene Vergangenheit sahen: als Opfer des Nationalsozialismus, durch Terror zur Anpassung gezwungen. Dieses Bild entsprach nicht den Tatsachen. Diejenigen, die zwischen 1933 und 1945 ihrem Beruf weiter hatten nachgehen können, waren – von wenigen Ausnahmen abgesehen – weniger Opfer des Terrors als ihrer eigenen Anpassungsleistung. Doch in der Nachkriegszeit gerann das journalistische Selbstbild vom in die innere Emigration getriebenen Journalisten, der zwischen den Zeilen seinen Widerstand bekundete, zu einer Deckerinnerung, die ihr eigenes Leben zu führen begann. Auch das dürfte in die journalistische Empörung über die »Begleiterscheinungen« eingeflossen sein.

In den Kommentaren der *Welt*, des politischen Meinungsblatts des Axel-Springer-Verlags – dessen Chef zu dieser Zeit keineswegs unbedingt auf Regierungslinie lag –, dominierten von Anfang an die »Begleitumstände«. Allerdings in zwei politisch auseinanderstrebenden Lesarten. Bereits am 30. Oktober erschien hier in der Rubrik *Zum Tage* ein Beitrag mit dem Titel »Zensur?«, dessen Inhalt das Fragezeichen hinter Zensur im Grunde desavouierte: Was »die Form des Vorgehens der Behörden« betreffe, sei Kritik »eine demokratische Pflicht«. Die Beschlagnahmung der Korrekturfahnen der im Druck befindlichen

⁹⁴ Bruno Dechamps, Die andere Seite der Spiegelaffäre, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 253, 30. 10. 1962, S. 2, abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 426ff.

nächsten Ausgabe sei »eine Zensur und damit ein schwerer Verstoß gegen die im Grundgesetz ausdrücklich festgelegte Pressefreiheit«. ⁹⁵ Tags darauf wurde in derselben Rubrik, »weil die Sache so grotesk ist«, gefragt, wie die Verhaftung von Ahlers in Spanien zustande gekommen sei, an der die Bundesregierung nicht beteiligt gewesen sein wollte. ⁹⁶ Und wenige Tage später hieß es in der *Welt*, dass die *Spiegel*-Affäre nunmehr »hochpolitisch« werde und es »um die Sauberkeit im Staat« gehe. Anlass war das Rücktrittsgesuch des freidemokratischen Justizministers Stammberger, der sich über die Aktion gegen das Nachrichtenmagazin unzureichend informiert fand. »Der ganze Fall hat, so wie er sich heute darbietet, mit dem Nachrichtenmagazin selbst und auch mit dem Kern des Verfahrens, der Ermittlung wegen des Verdachts des Landesverrats, nur noch wenig zu tun. Das gab zwar den Anstoß. Wegen der äußeren Umstände aber ist der Fall darüber hinausgewachsen, und niemand wird leugnen können, dass dabei auf die Regierung ein Schatten gefallen ist.« ⁹⁷ In derselben Ausgabe findet sich auch der eingangs zitierte Artikel Finckensteins. ⁹⁸

Am folgenden Tag, dem 3. November, schlug Chefredakteur Hans Zehrer in seinem Kommentar Töne an, die den »Begleiterscheinungen« der Affäre eine deutlich andere, genuin konservative Deutung unterlegten. »Die Begleitumstände«, so Zehrer, hätten mittlerweile »zu einer Regierungskrise und darüber hinaus zu einer inneren Krise in der Bundesrepublik geführt, die nicht nur die Labilität der öffentlichen Meinung, sondern auch diejenige des Staates offenbar werden ließen und die innere Schwäche der jungen Demokratie aufdeckten. [...] Die ganze Behandlung der ›Spiegel‹-Affäre zeigt von ihrem Beginn an bis heute einen Mangel an Führung und eine innere Unsicherheit, die eine gefährliche Schwäche des Staates offenbar werden lassen. Mindestens ebenso gefährlich ist die Unsicherheit einer Öffentlichkeit, die sich noch immer mit den Komplexen unserer unseligen Vergangenheit herumschlägt und nur eines für sich mit Leidenschaft in Anspruch nimmt, dass die Freiheit in jedem Falle erhalten bleiben muss. Aber es

95 Gr., Zensur?, *Die Welt*, Nr. 254, 30. 10. 1962, S. 3.

96 v. F., Spanische Verhaftung, *Die Welt*, Nr. 255, 31. 10. 1962, S. 3.

97 Kurt Becker, Die Stunde des Parlaments, *Die Welt*, Nr. 257, 2. 11. 1962, S. 1f.

98 Von Finckenstein, Hans-Werner Graf, Gerüchte, Intrigen, Empörung. In Bonn geht das Misstrauen um, *Die Welt*, Nr. 257, 2. 11. 1962, S. 3.

hat oft den Anschein, als ließe man sich dabei mehr von der heraufbeschworenen Vergangenheit als von der bedrängenden Gegenwart leiten.« Zu hoffen bleibe, dass diese Affäre insofern »eine große historische Affäre« werde, als sie »jene Reinigungskrise in Westdeutschland« einleiten könne, »der eine feste Führung und eine geschlossene Öffentlichkeit entspringen würden«. ⁹⁹

Die »Begleitumstände« konnten also von politisch unvereinbaren Positionen aus kritisiert werden: nicht nur, um den Rechtsstaat und die Pressefreiheit zu schützen, sondern auch, um – wie Zehrer – für eine starke Staatsmacht zu plädieren, die durch öffentliche Akklamation konsolidiert werden solle. Tat sich von der einen Warte das bedrohliche Szenario auf, in dem eine ins Autoritäre umschlagende Staatsmacht die Demokratie bedrohte, so von der anderen Warte das Szenario einer schwachen Staatsmacht, die nach außen – gegen den östlichen Gegner im Kalten Krieg – und nach innen – gegenüber den Verfechtern der »Libertinage«, wie es bei Zehrer heißt – versagte. Dies ist der vielleicht bemerkenswerteste Aspekt der Presseberichterstattung zur *Spiegel*-Affäre, dem es eigentlich geschuldet ist, dass die Medienöffentlichkeit sich im Laufe der Affäre in einem regierungskritischen Gleichklang zusammenfand: Alles schien möglich in dieser gerüchtesgeschwängerten, angstbesetzten und unüberschaubaren Situation, wie sie sich urplötzlich entfaltet hatte – also auch das Gegenteil von allem: Staatsstreich von oben und Unterminierung von unten.

Zweite Phase: Von den Fragestunden bis Dezember 1962

Es bedurfte noch eines symbolkräftigen Auslösers, um die aus so unterschiedlichen Quellen gespeisten Empörungsbekundungen über die »Begleitumstände« endgültig über die Ufer treten und sich zu einem reißenden Strom kritischer, ja: vernichtender Kommentare des Regierungsgebarens vereinigen zu lassen. In seinen Wogen würde zwar nicht die Unvereinbarkeit der politischen Deutungen verschwinden, jedoch die mediale Unterstützung für die Adenauer-Regierung und den Regierungschef selbst. Als dieser Auslöser fungierten die parlamentarischen Fragestunden, die am 7., 8. und 9. November den Bundestag in tumultuarische Zustände versetzten. Ihr Anlass waren Fragen betreffend die

⁹⁹ Hans Zehrer, Zwischen den Krisen, *Die Welt*, Nr. 258, 3. 11. 1962, S. 1f.

»Begleitumstände« der Affäre, welche von Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der FDP an die Regierung gestellt worden waren. Dank der politisch-taktischen Fehlleistungen insbesondere des einigermaßen jenseitig wirkenden Regierungschefs Adenauer mutierte das normalerweise strikte Regular des parlamentarischen Frage- und Antwortspiels zu einem Ersatz für eine vollgültige Parlamentsdebatte (die es zur *Spiegel*-Affäre nicht gab). Die Debatten wurden in der Presse breit dokumentiert und kommentiert und teilweise zeitversetzt im Hörfunk übertragen. Sie gaben den ab jetzt anstößigsten »Begleitumständen« der Affäre Namen: Verteidigungsminister Strauß und Kanzler Adenauer. Strauß gestand, nachdem er zuerst noch einmal auszuweichen versucht hatte, am 9. November ein, mit dem Militärattaché der deutschen Botschaft in Madrid, Achim Oster, über die Verhaftung Conrad Ahlers' telefoniert zu haben. Der CSU-Innenminister Hermann Höcherl, der stellvertretend für Justizminister Stammberger, der sich krank gemeldet hatte, Rede und Antwort stand, steuerte eines der historisch gewordenen Zitate aus dem Zusammenhang der *Spiegel*-Affäre bei, als er erklärte, die Festsetzung Ahlers' in Spanien sei »etwas außerhalb der Legalität« gewesen.¹⁰⁰ Doch es waren die Einlassungen Bundeskanzler Adenauers, welche – ohne Not die Fragemöglichkeiten der Opposition wiederholt erweiternd – diejenigen Zitate lieferten, die ihn auch bei seinen Anhängern in Misskredit brachten: Es handele sich beim *Spiegel* um einen »Abgrund von Landesverrat«; Augstein »verdient [...] am Landesverrat« und werde beim Geldverdienen von denjenigen, die im *Spiegel* annoncierten – »Die Leute stehen nicht sehr hoch in meiner Achtung, die ihm so viel Annoncen gegeben haben« – und das Magazin abonnierten, noch unterstützt. Und was die Festnahme Ahlers in Spanien betreffe, die so viel Wirbel gemacht hatte, befand Adenauer, er rege sich nicht darüber auf, ob jemand »nun in Malaga oder ob er in Hamburg verhaftet wird«.¹⁰¹

Was passierte darüber hinaus bis zum Ende der akuten Phase der *Spiegel*-Affäre im Dezember 1962? Es gab weiterhin in der ganzen Republik Demonstrationen, Diskussionsrunden und, nun mit erheblicher Publizität, öffentliche Stellungnahmen vor allem von Professoren

100 Abgedruckt in: Grosser/Seifert, Die Staatsmacht und ihre Kontrolle, S. 383 (Fragestunde vom 8. November 1962).

101 Abgedruckt in: ebd., S. 333, 348 ff.

westdeutscher Universitäten. Außerdem demonstrierten Vorkommnisse der unterschiedlichsten Art, dass die Affäre eine eigene politische Folklore hervorbrachte. Auf dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald beispielsweise erschien die Aufschrift »Augstein raus – wer ist Strauß?«¹⁰² Und auf dem Bundespresseball, der am 10. November ohne Rudolf Augstein und Franz Josef Strauß in der Bonner Beethovenhalle stattfand, intonierten Peter van Eck und sein Quintett den *Spiegel-Twist*, der noch im selben Monat als Platte erschien. Doch die Idee lag in der Luft: Die Sängerin Trude Herr hatte kurz zuvor ebenfalls einen *Spiegel-Twist* auf den Markt gebracht, der auch in die westdeutschen Kinosäle vordrang. »Tanz mit mir den Spiegel-Twist, auch wenn du von der Kripo bist«, sang Trude Herr im Musikfilm *Sing, aber spiel nicht mit mir*, der ab Februar 1963 in die Kinos kam.¹⁰³ Auf der Bonner politischen Bühne traten am 19. November die FDP-Minister aus dem Kabinett zurück, in dem sie gemeinsam mit Strauß nicht mehr bleiben wollten. Tags darauf stellten alle CDU/CSU-Minister ihre Ämter zur Verfügung. Strauß erklärte am 30. November seinen definitiven Rücktritt, im Dezember gab Adenauer den Herbst 1963 als Datum seines Rücktritts bekannt. Die Ministerliste des neuen Kabinetts wurde am 11. Dezember veröffentlicht; Franz Josef Strauß war nicht mehr dabei.

Das Presseecho zu den parlamentarischen Fragestunden aus dem links- und sozialliberalen Lager war im Tonfall gegenüber Adenauer außerordentlich drastisch. Aus W. E. Süskinds Kommentar in der SZ spricht das Entsetzen über einen Auftritt, den man heute »peinlich« nennen würde. Dass »in summa«, heißt es hier, »ein Eindruck tiefer Beschämung den aufmerksamen Hörer erfüllte, das war Schuld einer einzigen Person. Noch nie hat Adenauer so anhaltend, während er sprach, mit dem Knöchel geklopft. Das totale Missverhältnis dieser Geste zur Sachlichkeit dessen, was er sagte, wirkte beängstigend. Ein Mann, nicht mehr fähig oder nicht willens, im Ablauf einer Diskussion die einfachsten Gesetze der Logik und der Hin- und Widerrede einzu-

102 Schöps, Die SPIEGEL-Affäre des Franz Josef Strauß, S. 21.

103 Trude Herrs *Spiegel-Twist* ist bei *YouTube* zu sehen: <http://www.youtube.com/watch?v=jB5GofVPLeE> [12. 4. 2017]. Regie bei diesem in Wien gedrehten Film führte Kurt Nachmann. Zu Peter van Ecks *Spiegel-Twist* siehe Wälz Studer, Peter van Eck lieferte den Soundtrack zur Spiegel-Affäre: <http://memoryradio.de/memoryforum/viewtopic.php?f=4&t=4257> [12. 4. 2017].

halten, traktierte das Haus abwechselnd mit eigensinnigen Wiederholungen nicht zur Debatte stehender Punkte und mit jener Mischung aus Strenge und Flaxerei, wie sie ein volkstümlicher Schulinspektor in einer Klasse von Waisenkindern anwenden mag.«¹⁰⁴

In der FR hieß es unter dem Titel »Der wirkliche Adenauer«: »In einen Abgrund von Landesverrat schaut unser Kanzler. Wir müssen auch in einen Abgrund starren, an dem Adenauer selbst kräftig mit-schaufelt – einen Abgrund autoritären Denkens schlechtester deutscher Tradition. Der Mann, der mit seiner Politik unsere demokratischen Freiheiten verteidigen soll, geht selbst mit diesen Freiheiten um wie mit einem Fußball. Ob der deutsche Staatsbürger Conrad Ahlers in Malaga oder in Hamburg verhaftet wird, ist Adenauer völlig gleich. [...] Den Herausgeber des ›Spiegel‹ verurteilt Bundesrichter Adenauer vor der obersten Vertretung des deutschen Volkes, dem Bundestag, als Landesverräter aus Gewinnsucht. Nach dem Motto: Das Grundgesetz bin ich.«¹⁰⁵

Wie sah es in den eher konservativen und regierungsnahen Blättern aus? Darauf wird nun ausführlicher einzugehen sein, um zu zeigen, wann und wie sich die kritischen Tonlagen durchsetzten, die nach den Fragestunden auch hier zu den dominanten wurden und damit auch aus konservativer Sicht die *Spiegel*-Affäre zu einer der Regierung, des Kanzlers und des gesamten Staatswesens machten.

In der *Welt*, die weiterhin gleichermaßen Regierungskritik und Verstörung über den Autoritätsverfall der Regierung zum Ausdruck brachte, hieß es am 8. November unter dem Titel »Flucht in die Wahrheit«: Die Vertreter der Regierung, allen voran der Kanzler, würfen immer wieder den Begriff des Landesverrats in die Debatte; doch solle niemand in ein schwebendes Verfahren eingreifen, wozu sich der Bundeskanzler in der Debatte habe hinreißen lassen. Es sei allerdings »unverändert das Bündel von Begleiterscheinungen, das Bonn, und nicht nur Bonn, politisch in Atem hält. [...] Der Zweck heiligt die Mittel? Dieses Wort sollten diejenigen, die es in Bonn in diesen Tagen aussprechen, einmal auf seinen schrillen Klang hin untersuchen. Spüren sie nicht selbst, wie sie im Begriff sind, sich innerlich schon vom

104 W. E. Süskind, Nach der Redeschlacht, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 269, 9. 11. 1962, S. 1, abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 455 ff.

105 hhg, Der wirkliche Adenauer, *Frankfurter Rundschau*, 14. 11. 1962, S. 3.

Rechtsstaat zu entfernen? [...] Politisch stehen selbst maßgebliche Mitglieder der Regierungsparteien vor dem Rätsel, wie es mit der Handlungsfähigkeit der Regierung bestellt sein muss, wenn sie mit dieser Affäre nicht fertig wird. [...] Mit der Neigung zum Verschleiern ist es nicht mehr getan. [...] Hier hilft nur noch die Flucht nach vorn, die Flucht in die Wahrheit – mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.«¹⁰⁶

Adenauer selbst kam in diesem Kommentar noch relativ glimpflich davon, ebenso wie in der folgenden Ausgabe, wo es Höcherls »etwas außerhalb der Legalität« war, das aus der Fragestunde aufgegriffen wurde.¹⁰⁷

Doch dann nahm am 10. und am 17. November Hans Zehrer den Kanzler ins Visier und wünschte sich erneut eine aktive, aber staatstragende Öffentlichkeit, die an die Stelle der erodierten Kanzlerautorität treten solle. Man müsse wissen, so Zehrer, »wann das Ende einer Ära herbeigekommen ist«. Man erlebe gerade »die Affäre und den Skandal eines Systems, das überfällig und überholt ist und in einem im Grunde ridikul drittrangigen Fall die Schwäche der Autorität und die Unsicherheit der Obrigkeit vor aller Augen offenbar macht«. Entweder werde die aktuelle Krise »zu einer profunden Erneuerung unserer Innenpolitik und damit zum Übergang vom autoritären Verwaltungsstaat zur lebendigen Demokratie« führen, »zu der das Volk – das zeigen die leidenschaftlichen Kundgebungen allenortes – reif zu sein scheint«. Oder aber es werde in absehbarer Zeit zu einer noch viel tieferen Krise des Systems kommen.¹⁰⁸ Aber erst mit dem Abtreten Adenauers könne, so Zehrer eine Woche darauf, ein Schlussstrich unter die seinen Namen tragende Ära gesetzt werden. »Es geht heute um den Mann selber, der einmal seine Person wie einen Pfahl in den Sumpf des geschichtlichen Chaos gerammt hat, um den sich dann alle jene Miesmuscheln ansetzen konnten, die heute zum Ärgernis geworden sind.« Für die Zeit nach Adenauer werde es darauf ankommen, »ob jene Form der Autorität und der Führung, die sich heute offensichtlich als zu schwach und als überlebt erweist, dann durch die Mitverantwortung und die Selbstdisziplin einer breiten politischen Schicht ersetzt werden kann, die sich

106 Kurt Becker, Flucht in die Wahrheit, *Die Welt*, Nr. 262, 8. 11. 1962, S. 1f.

107 Be., Illegal, *Die Welt*, Nr. 263, 9. 11. 1962, S. 1.

108 Hans Zehrer, Wie lange warten wir noch?, *Die Welt*, Nr. 264, 10. 11. 1962, S. 1f.

nicht durch einen Kampf aller gegen alle und ein chaotisches Stimmengewirr lahmlegen lässt wie schon einmal.«¹⁰⁹

Die Kolumne Sebastian Haffners, die regelmäßig jeden Dienstag in der *Welt* erschien, warnte am 20. November vor einer latenten Bürgerkriegssituation und damit vor einer etwas anderen Wiederkehr Weimarer Verhältnisse, wie sie sich aus seiner linksliberalen Perspektive abzeichnete: »Wenn nach alledem, was sich in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der ›Spiegel‹-Aktion herausgestellt hat, und dem, was immer noch an bohrenden Fragen unbeantwortet bleibt, die Regierung ohne jede personelle Veränderung weiterregieren würde, als ob nichts geschehen wäre, dann wäre unvermeidlich eine Staatskrise da. Das allgemeine Vertrauen in die Verfassungsgrundsätze der Gewalt- und Kompetenzenteilung, der Bindung der vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht, des Ausschlusses jeder Gewalt- und Willkürherrschaft wäre dann nicht mehr intakt. Die Frage, die der Bürger sich ständig stellen müsste und stellen würde, wäre: ›In was für einem Staat leben wir eigentlich?‹ Und auch wenn ein großer Teil der Bundesbürger, vielleicht gar eine Mehrheit, an der neuen und für den anderen Teil erschreckenden Auslegung der Verfassungsgrundsätze nichts Schlimmes finden sollte, wäre damit nichts gewonnen. Es würde dann, wie in der Anfangs- und Endphase der Weimarer Republik, eine tiefe und unüberbrückbare Spaltung des Volkes im Verhältnis zu seinem Staat eintreten, wobei jede Seite sich selbst als staats- und verfassungstreu, die andere als staats- und verfassungsfeindlich empfinden würde: eine latente Bürgerkriegssituation.«¹¹⁰

Haffner vermutete, dass hinsichtlich der Regierungsumbildung inner- wie außerhalb der CDU die Frage, an der sich die Geister scheiden würden, sei, ob nur der Verteidigungsminister oder auch der Bundeskanzler gewechselt werden sollte. Man könne den Kanzlerwechsel »nicht mit der sentimentalen Erwägung abtun, dass es traurig wäre, einen Mann von den Verdiensten und der historischen Statur Adenauers über die Peinlichkeiten der ›Spiegel‹-Affäre stürzen zu sehen. Der Sturz eines großen Mannes ist immer ein trauriger Anblick; aber die Demokratie kann sich keinen Personenkult leisten.« Der Publizist Sebastian

109 Hans Zehrer, Wie Anno dazumal, *Die Welt*, Nr. 270, 17. 11. 1962, S. 1 f., abgedruckt in: Ellwein u. a., *Die Reaktion der Öffentlichkeit*, S. 472–476.

110 Sebastian Haffner, Das Vertrauen der Bürger, *Die Welt*, Nr. 272, 20. 11. 1962, S. 3.

Haffner hatte nach seiner Rückkehr aus dem britischen Exil mehrfach unter Beweis gestellt, dass er keine Angst vor radikalen Meinungsumschwüngen hatte. Die *Spiegel*-Affäre veranlasste ihn, der seit der Berlin-Krise 1958/59 ins konservative und regierungsnahе Lager umgeschwenkt war, erneut zu einem radikalen Wechsel, nämlich ins linksliberale und regierungskritische Lager. Haffner stellte seine Arbeit für die *Welt* (und für *Christ und Welt*) ein – was bei der *Welt* mit Erleichterung quittiert wurde – und wechselte mit seiner Kolumne zur illustrierten *Stern*.¹¹¹ Er würde der einzige bekannte konservative Kolumnist bleiben, der die Affäre um den *Spiegel* als politisches Damaskus erlebte – die anschwellende Regierungs- und Adenauerkritik anderer konservativer Journalisten war mit ihren politischen Grundeinstellungen gut vereinbar.

Für den »schwere[n] Abschied« von Adenauer plädierte wenige Tage später auch der Kommentar Georg Schröders in der *Welt*. »Dies ist eine Regierungskrise, die nicht eine der Parteien vom Zaun gebrochen hat. Das Volk, die öffentliche Meinung, sie haben zum ersten Male in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Neubildung des Kabinetts erzwungen.« Nicht mehr im neuen Kabinett sein dürfe Strauß, der »immer neuen Stoff für Angriffe gegen sich bot, [...] jede Kontrolle über sich selbst verlor« und »bis auf den heutigen Tag nicht erkannte, warum eine Woge heller Empörung gegen ihn nun nicht etwa nur unter der akademischen Jugend, sondern auch unter besonnenen, gebildeten Menschen aufbrandete.« Was den Kanzler betreffe, so sei er »älter geworden, noch älter. Daher die nachträglich gesehen groben taktischen Fehler Adenauers. Daher hatte er die Dinge nicht im Griff, führte nicht, als Führung zur rechten Zeit die ausbrechende Krise dämpfen und beilegen konnte. [...] Die Deutschen sind nicht über Nacht radikal geworden, auch nicht hysterisch. Aber sie sind gottlob zu einem Teil wieder so selbstbewusst und auch so politisch interessiert, dass das Führungsvakuum sie mit tiefem Unbehagen erfüllt, dass sie als gebrannte Kinder um ihre persönliche Freiheit fürchten und dass sie Lügen nicht mehr ertragen können. Ist das etwa schlecht? Sollten wir nicht vielmehr uns dessen freuen? Denn so schwer Konrad Adenauer der Abschied von der Ära fällt, die seinen Namen trägt und von der wir nun alle ahnen, dass sie unwiderruflich zu Ende ist, der Ab-

111 Schmied, Sebastian Haffner, S. 249–259.

schied muss doch genommen werden. [...] Unsere parlamentarische Demokratie steht erst am Anfang ihrer Bewährung. [...] Der Prozess ihrer Anpassung an die moderne Industriegesellschaft scheint unausweichlich. Noch weiß niemand die endgültige Form. Aber sie muss gefunden werden, wenn die Demokratie selber nicht auf der Strecke bleiben soll. Ein neues Geschlecht von Politikern, eine schon aus dieser modernen Industriegesellschaft heraus geborene [...] politische Führungsschicht steht vor ihrer Bewährungsprobe. Nur wenn sie in dem vor uns liegenden Jahrzehnt bestanden wird, bleiben uns die Staatskrise und das Schicksal der Weimarer Republik erspart.«¹¹²

Hans Zehrer vertiefte Anfang Dezember in seinem Kommentar »Der Mangel an Personen« das Thema Krise der Führungsschicht auf seine Weise. »In der praktischen Politik zählen nicht Ideen und Theorien, sondern lediglich Männer und Personen. Hier kann man nur sagen: dies ist der Mann, und der soll es machen und die Nachfolge antreten. Und hier beginnt das eigentliche Dilemma in der Bundesrepublik; denn dieser Mann ist vorläufig nicht zu sehen. Da zeigt sich plötzlich die ganze Schwäche einer politischen Führungsschicht, die sich unter dem Mantel der Autorität Adenauers etabliert und stabilisiert und von der bisher niemand die Kraft und den Willen gezeigt hat, auf eigenen Füßen, entweder ohne den alten Herrn oder sogar gegen ihn, zu stehen und dem Volk und den Wählern zu sagen: ich will es machen! [...] Man erweist sich erst, wenn man ungedeckt und nur auf sich gestellt, also in gewissem Sinne ›unrealistisch‹, ins Ungewisse und Unbetretene zu gehen und die Frage an das Schicksal zu stellen wagt. [...] Wir stehen heute vor einer Krise der politischen Führungsschicht, und sie wäre von tödlicher Gefahr, wenn sie sich nicht auf einem gesellschaftlichen Boden abspielen würde, der wirtschaftlich und sozial noch niemals in Deutschland so ausgewogen und stabil gewesen ist wie heute. Das ist der Unterschied zwischen Bonn und Weimar.« Doch die Bundesrepublik besitze »noch kein Staatsbewusstsein und nur eine sehr schwache politische Führungsschicht, die sich bisher nicht aus der ersten Garnitur der gesellschaftlichen Kräfte rekrutierte«.¹¹³

112 Georg Schröder, Der schwere Abschied, *Die Welt*, Nr. 275, 24. 11. 1962, S. 1f. Mit gleicher Stoßrichtung: Be., Kernproblem, ebd., Nr. 278, 28. November 1962, S. 1.

113 Hans Zehrer, Der Mangel an Personen, *Die Welt*, Nr. 281, 1. 12. 1962, S. 1f.

Die FAZ hatte bis zu den Fragestunden das Vorgehen gegen den *Spiegel* verständnisvoll kommentiert, gleichzeitig jedoch Aufklärung hinsichtlich der »Begleitumstände« verlangt. Ihr erster – und vorerst einziger – Kommentar zum Geschehen im Bundestag schlug am 8. November kritische Töne an: »Nicht diejenigen greifen den Richtern vor, die die peinliche Beachtung der formalen Prozedur verlangen, wie der Bundeskanzler es darzustellen versuchte, sondern er selbst, wenn er erklärt, der ›Spiegel‹ habe mit Landesverrat Geld zu verdienen versucht. [...] Die Neigung, sich vor den ›Spiegel‹ zu stellen, ist allenthalben gering. Aber die rechte Ordnung zu schützen, in der wir leben wollen, geht alle an.«¹¹⁴

Danach hielt sich die FAZ knapp zwei Wochen lang mit Kommentaren auffällig zurück. Um dann allerdings mit zwei Beiträgen Flagge zu zeigen, die auf regierungskritische Stimmen des In- und Auslands reagierten. Auf Seite 2 der Ausgabe vom 21./22. November brachte sie einen Beitrag des Mitherausgebers Jürgen Tern, der »Das Auslandsecho« betitelt war und warnend darauf verwies, dass die Bundesregierung und, »was schlimmer ist«, die Bundesrepublik seit Beginn der *Spiegel*-Affäre »manches mühsam gewonnene Vertrauenskapital eingebüßt« habe. Die einflussreichen Presseorgane des westlichen Auslands hielten sich nur in wenigen Fällen mit Kritik zurück.¹¹⁵ Auf der ersten Seite dieser Ausgabe der FAZ befand Nikolas Benckiser, es sei eine weit verbreitete Vorstellung, dass die Regierung erneuert und reiner Tisch gemacht werden müsse. Das Rücktrittsgesuch der fünf FDP-Minister könne dazu den Anstoß geben. Was Benckiser dann anschließt, kommt einer Entschuldigung der FAZ für ihre Zurückhaltung mit kritischen Kommentaren zur Performance der Regierung und insbesondere Adenauers in den Fragestunden sehr nahe: »Die Ära Adenauer geht ihrem Ende entgegen. Es mag eben deshalb einem distanzierten Beobachter unserer ›Spiegel‹-Krise merkwürdig erscheinen, dass, zumal nach dem Auftreten des Kanzlers im Bundestag, die Angriffe sich nicht stärker und unmittelbarer, als es geschehen ist, gegen

114 g-n (i. e. Günther Gillessen), Wegen der rechten Ordnung, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 261, 8. 11. 1962, S. 1.

115 J. T. (i. e. Jürgen Tern), Das Auslandsecho, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 272, 21./22. 11. 1962, S. 2, abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 478f.

den Chef der Regierung richteten.« Dabei habe nicht zuletzt das »Gefühl« eine Rolle gespielt, »dass ein Kanzlersturz über die ›Spiegel‹-Affäre [...] der Lage nicht angemessen wäre. Er käme, in diesem Augenblick und unter diesen Umständen, geradezu einem Verdikt über die ganze Geschichte der Bundesrepublik gleich.« Vorzuziehen sei Adenauers Rücktritt im kommenden Jahr und die Fortsetzung der bisherigen Koalition.¹¹⁶

Auch in den Spalten der FAZ war nunmehr die Katze aus dem Sack und Adenauer als Führungsfigur zur Disposition gestellt. In diese Kerbe hieben in den folgenden Ausgaben weitere Kommentare¹¹⁷ und eine Karikatur, die vor des Kanzlers Domizil den Umzugswagen auf-fahren ließ.¹¹⁸ In einer gewissen Spannung dazu standen die Erwartungen, die sich auf Adenauers weiterhin starke Hand bei der Bildung einer neuen, ihrerseits starken Regierung richteten – sei es eine mit der FDP oder eine Große Koalition mit der SPD.¹¹⁹ Offensichtlich überdauerte das Idealbild einer in der Regierung verkörperten und Ordnung garantierenden Führungskraft – die das im Hintergrund lauernernde Schreckbild einer Rückkehr zu Weimarer Verhältnissen verhindern sollte¹²⁰ – die Distanzierung der Kommentatoren von deren Urbild nach 1945: vom Dauerkanzler Adenauer. Wie wenig Vertrauen gestandene politische Kommentatoren des Jahres 1962 in die parteipolitischen Aushandlungsprozesse einer Regierungsbildung haben konnten, offenbart der Hilferuf Jürgen Terns »Ohne Regierung, ohne Führung« vom 7. Dezember. Hier scheint die Bundesrepublik vor dem Kollaps zu stehen: nämlich »in einer selbstmörderischen Auseinandersetzung, in einem Marasmus, der von Düpierungen und Ränken, Selbstbetrug

116 Nikolas Benckiser, Grenzen der Erneuerung, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 272, 21./22. 11. 1962, S. 1.

117 Dolf Sternberger, Die Natur der gegenwärtigen Krise, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 274, 24. 11. 1962, S. 1, abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 480f.; Jürgen Tern, Rasche Entschlüsse sind vonnöten, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 279, 30. 11. 1962, S. 1; J. T. (i. e. Jürgen Tern), Der Termin, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 281, 3. 12. 1962, S. 1.

118 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 277, 28. 11. 1962, S. 3.

119 J. T. (i. e. Jürgen Tern), Keine Zeit vertun, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 280, 1. 12. 1962, S. 1.

120 Alfred Rapp, Die große Koalitionsfrage, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 283, 5. 12. 1962, S. 1; ders., Keine Rückkehr nach Weimar, ebd., Nr. 292, 15. 12. 1962, S. 1.

und Zynismus begleitet wird. Ein schwer gefährdetes Land ohne Regierung, ohne Führung, in dem es kaum noch um sachliche Entscheidungen, sondern vornehmlich um die Machtposition dieser oder jener Person, der einen oder anderen Gruppe zu gehen scheint.« Die *Spiegel*-Affäre sei zu einer »Kanzlerkrise« eskaliert. »In dieser haben wir uns nun verfangen [...]. Person und Position des Bundeskanzlers rücken in den Mittelpunkt der Erschütterung – ein politischer Tatbestand, der in der dreizehnjährigen Geschichte der Bundesrepublik neu ist und aufwühlend und der noch Folgen nach sich ziehen wird.« Angesichts »der Saumseligkeit derer, die dem Land die Führung versagt haben«, richtet der Kommentator seine Hoffnungen auf den Bundespräsidenten, der es irgendwie richten soll.¹²¹

In der auflagenstarken Wochenzeitung *Christ und Welt*, die dem protestantischen CDU-Milieu nahestand, beschrieb Chefredakteur Giselher Wirsing am 9. November eine Staatskrise, deren Kern in einer fundamentalen Schwäche von Institutionen und der Gesellschaft bestehe. »Wie ein schnell wuchernder Krebs hat sich die ›Spiegel‹-Affäre innerhalb kürzester Zeit zu einem schwerwiegenden Symptom für den inneren Zustand der Bundesrepublik ausgewachsen. Leidenschaften sind erweckt worden, wie sie in der Nachkriegszeit noch nie in solcher Schärfe aufeinanderprallten.« Sehe die eine Seite nur die sogenannten »Begleitumstände«, so verweise die andere Seite auf den »schweren Tatbestand des Verdachtes des Landesverrats. Tatsache ist leider, dass die Bundesrepublik mehr als eine Woche führungslos dahintrieb. [...] Und nun die eigentlichen Verursacher der Hysterie. Leute, die Geheimnisverrat als durchaus verzeihliches Kavaliersdelikt ansehen und nicht begreifen wollen, dass es keine Pressefreiheit gibt, die über den allgemeinen Gesetzen rangiert, sind verderblich für die Demokratie. [...] In jenen Kreisen glaubt man immer, man müsse nach einem zweiten Kerl mit einem kleinen Bärtchen unter der Nase suchen, und begreift gar nicht, dass die Gefahren in anderen Zeiten auch in ganz anderer Gestalt daherkommen. [...] Die studentische Jugend, von der nun Teile so passioniert für den totalen Nihilismus eintreten, den der ›Spiegel‹ seit Jahr und Tag gepredigt hat, sie allerdings

121 Jürgen Tern, Ohne Regierung, ohne Führung, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 285, 7. 12. 1962, S. 1.

ist das erschreckendste Symptom der ganzen Affäre. [...] Möchte man doch keine Illusion darüber haben, dass die Affäre ein geradezu furchtbares Vakuum aufdeckt, in das diese zwielichtigen Nihilisten nur deshalb eindringen konnten, weil doch offensichtlich die Überzeugungskraft der unsere Gesellschaft tragenden Institutionen nicht ausreicht. [...] Ein berühmt gewordenes Buch handelte vom ›Hitler in uns selbst‹. Es gibt auch einen ›Augstein in uns selbst‹. Das ist bestimmt kein Massenmörder, er löst nur jedes Gemeinwesen wie ätzende Lauge auf.«¹²²

Derselbe Verfasser gab dann in der nächsten Ausgabe von *Christ und Welt* eine Stellenanzeige auf: »Gesucht: eine neue Mannschaft«.¹²³ Gemeint war nun eindeutig der Mann an der Spitze, Adenauer, der seine eigene Regierungsmannschaft nicht mehr im Griff habe. »Befinden wir uns auf dem Weg in einen autoritären Staat?« Diese Behauptung sei von der »Mehrzahl der um das Krankenbett der Bundesrepublik versammelten publizistischen Ärzte [...] in diesen Tagen mit beschwörenden Verrenkungen in die Welt geschrien« worden. Das sei jedoch »grundfalsch. Nicht auf dem Wege zu einem autoritären Staate befinden wir uns, sondern mitten in einem erschreckenden Zerfall der Staatsautorität und Moral.« Das wäre nicht passiert, wenn Bundeskanzler Adenauer in der vergangenen Woche – während der Bundestagsdebatten – »seine eigenen Minister wirklich in der Hand gehabt« und die Hintergründe öffentlich aufgeklärt hätte. »Wie ein angeschossener Ballon wäre die sogenannte Staatsaffäre in sich zusammengesackt.« Die »eigentliche Gefahr« sei jetzt, dass gar nichts geschehe und »die Staatsautorität immer weiter zerbröckelt«. Eine »neue Mannschaft mit neuer Spitze und mit klarer Kommandogewalt« müsse her. »Nichts von all diesen Schwächezeichen war nötig, fast alles hätte sich die Regierung ersparen können, wenn sie sich rechtzeitig zu einer freien und männlichen Rede entschlossen hätte. Wer das aber nicht vermag, der kann in kritischer Stunde für solche Hemmungen nicht

122 Giselher Wirsing, Im Spiegel des Nihilismus. Die Staatsaffäre, *Christ und Welt*, Nr. 45, 9. 11. 1962, S. 1, abgedruckt in: Ellwein u. a., Die Reaktion der Öffentlichkeit, S. 451ff.

123 Giselher Wirsing, Gesucht: eine neue Mannschaft, *Christ und Welt*, Nr. 46, 16. 11. 1962, S. 1.

entschuldigt werden. Er muss dann wenigstens patriotisch genug sein und die Bank für Nachfolger freimachen, die mehr Zutrauen zu sich selbst und zu ihrer guten Sache besitzen.«

»Der grauslichen ›Spiegel‹-Historie dritter Teil. Pantoffelstaat im Tyrannenverdacht« war Wolfgang Höpkers zusammenfassender Artikel auf Seite 5 derselben Ausgabe von *Christ und Welt* betitelt. Er bringt das Zusammenfließen der beiden verschiedenen Strömungen von Adenauer-Kritik aus christdemokratischer Perspektive auf den Punkt: Eine schwache und übernervöse Staatsführung habe durch ihre Fehler die Hunde einer zügellosen Pressekritik von der Leine gelassen, die der Obrigkeit vorwerfe, aus Machtgier den Rechtsstaat und die Pressefreiheit zu beschädigen. »Bonn ist nicht Weimar, konnten wir bisher selbstbewusst sagen. Ist Bonn doch Weimar? Man fragt sich das heute in Zweifel und Skepsis.« Der Staat sehe sich »von der Rolle des Anklägers auf die Anklagebank« gedrängt. »Es ist ein schwacher, nervöser Staat, der sich diesem Gegenangriff nur matt und miserabel präpariert gestellt hat. Nicht genug damit, gab der Staat sich völlig unnötig Blößen, was ein auf Ablenkung und Verwirrung hin angelegtes Manöver nun erst recht ermutigen und antreiben musste.« In der »unerträgliche[n] Bundestagsdebatte« hätten sich der Kanzler und Strauß völlig unnötig exponiert. »Gerade die mangelhafte Informationspolitik der Bundesregierung mit ihren schwächlichen Ausflüchten und ihrer Scheu, auf einen harten Klotz einen harten Keil zu setzen, hat dazu geführt, dass das Misstrauen bis zum Siedepunkt aufwallte. So wurde durch dieses Versagen in Dingen ›Öffentlichkeitsarbeit‹ dem Kunstgriff oder auch Zaubertrick noch weidlich Vorschub geleistet – eben durch Hochspielen der Begleitumstände das Kernthema ›Landesverrat‹ schließlich so zu überrollen, dass der Beschuldigte die Pose des Anklägers einnehmen und das dummdreiste Wort vom ›Wiederaufleben der Gestapo-Methoden‹ die Runde machen konnte. [...] Ein eher furchtsamer, bis zum äußersten toleranter Staat, der Liberalität zur Libertinage auswuchern lässt und der in die Kalamität dieser Wochen eher hineingeschliddert und hineingestolpert ist, wird als machtgeriger Obrigkeitsstaat dargestellt, dessen Justiz sich zum Büttel eines auf Rache sinnenden Bundesministers herabwürdigen lässt. Den moralischen Verheerungen, die durch zynisch-nihilistischen Missbrauch der Freiheit der ›Spiegel‹ seit anderthalb Jahrzehnten angerichtet hat, wird damit die Krone aufgesetzt. Wer sich in all den Nebelschwaden

noch einen einigermaßen kühlen Kopf bewahrt hat, sieht sich der Frage konfrontiert, ob ein Volk in der Gefahrenlage des deutschen sich auf die Dauer eine Freiheit ohne Zügel und ohne Grenzen erlauben kann.«¹²⁴

Der Redaktionskommentar »Nicht die Wachtmeister sind schuld. Demokratie ohne Demokraten« der folgenden Woche liefert schließlich ein bemerkenswertes Fazit von *Christ und Welt* zur *Spiegel*-Affäre. Der Beitrag stammte von zwei jüngeren Redaktionsmitgliedern, dem 1934 geborenen Peter Jochen Winters und seinem vier Jahre älteren Kollegen Carl Gustaf Ströhm, und war die Folge einer kleinen Revolte innerhalb der Redaktion gegen die bisherige Kommentierung der *Spiegel*-Affäre im eigenen Blatt.¹²⁵ In diesem Kommentar wird dem »Nihilismus« in Medien und Gesellschaft seine tragende Rolle wieder aberkannt, und als Verursacher der Staatskrise werden andere Akteure benannt: allen voran Adenauer, die FDP und Franz Josef Strauß. Die Diagnose vom »Pantoffelstaat im Tyrannenverdacht« des Kommentators Höpker aus der Vorwoche erfährt eine interessante Versöhnung ihrer schwer vereinbaren Bestandteile, indem der »Tyrannenverdacht« für die unteren Ebenen der Verwaltung bestätigt wird: Gerade weil an der Regierungsspitze der »Pantoffelstaat« etabliert sei, so kann man die Argumentation zusammenfassen, ströme in das Machtvakuum ein »Polizeistaat von unten« ein: Denn nur eine Führungsperson mit unangefochtener Autorität an der Spitze der Regierung sei ein Garant gegen autoritäre Tendenzen auf den unteren Ebenen des Staates. Die Einleitung des Verfahrens gegen den *Spiegel* sei, so der Kommentar, nur der Anlass, nicht aber die Ursache der aktuellen Staatskrise. »In einem normal funktionierenden Rechtsstaat würde eine solche Maßnahme keinerlei Erschütterungen hervorrufen. In diesem Fall aber zeigte sich zweierlei: einmal die Labilität des öffentlichen Bewusstseins in der Bundesrepublik – und zum anderen das Unvermögen des Staates, sich im Rahmen der selbstgesetzten Normen gegen eine solche Herausforderung, wie der ›Spiegel‹ sie begangen hatte, zur Wehr zu setzen.«

124 Wolfgang Höpker, Der grauslichen »Spiegel«-Historie dritter Teil. Pantoffelstaat im Tyrannenverdacht, *Christ und Welt*, Nr. 46, 16. 11. 1962, S. 5.

125 Siehe hierzu Glocke, Peter Jochen Winters, S. 77f.

Die größte Verantwortung sieht der Redaktionskommentar bei Adenauer: »Er ist offenbar nicht mehr in der Lage, Kompetenzstreitigkeiten innerhalb seines Kabinetts sachgerecht zu entscheiden. So ist ein Autoritätsschwund des Bundeskanzlers eingetreten. [...] Wie es um die Reaktionen des greisen Kanzlers bestellt ist, hat die ›Spiegel‹-Debatte im Bundestag in erschreckender Deutlichkeit offenbar werden lassen. Adenauer ergriff das Wort, um sich als Regierungschef vor seine Beamten zu stellen. Er begriff aber offenbar nicht mehr, was um ihn herum vorging, und ließ sich [...] zu Äußerungen hinreißen, die für einen Regierungschef in der parlamentarischen Demokratie schlechthin unmöglich sind. Seine Worte über Augstein stellten einen eklatanten Eingriff in ein schwebendes Verfahren dar. Seine Erklärung, Leute, die den ›Spiegel‹ abonnierten oder ihm Anzeigen gäben (also auch das Verteidigungsministerium), ständen nicht sehr hoch in seiner Achtung, ist eines deutschen Bundeskanzlers unwürdig. Wer sich so weit vergisst, erfüllt die Anforderungen des Amtes nicht mehr.« Wenig überzeugend seien auch die Auftritte Höcherls und Strauß' in den Fragestunden des Bundestags gewesen.

Es wäre falsch, so geht der Kommentar in die Schlussgerade, alle diejenigen, die in den letzten Wochen öffentlich demonstriert hätten, unter die »professionellen ›Spiegel‹-Anhänger oder Linksradikalen« zu rechnen. Wichtiger seien diejenigen, die »aus Sorge um die Sauberkeit der demokratischen Institutionen« demonstriert hätten und deren Befürchtungen »im Ansatz keineswegs falsch« seien. Dieser deutschen Jugend gehe es um Rechtsstaat und Demokratie, auch wenn dabei »gefühlsmäßig [...] mancherlei Dinge durcheinandergeraten. Kann man aber die Augen davor schließen, dass es bei uns wenig erfahrene Demokraten gibt? Gerade daraus resultiert die Gefahr, dass autoritäre Tendenzen in das Machtvakuum einströmen, das die vierte Regierung Adenauer darstellt. Nicht diese Regierung ist autoritär, vielmehr verführt der Pluralismus im Kabinett die Verwaltung immer wieder zur Überschreitung ihrer Kompetenzen. An gewissen bedenklichen Ereignissen der letzten Zeit – und wir meinen hier nicht nur die Vorfälle rund um den ›Spiegel‹ – lässt sich die Neigung erkennen, bei uns einen ›Polizeistaat von unten‹ zu etablieren. Wenn die Minister nicht wissen, was Demokratie ist – wie sollen es dann die Wachtmeister wissen?« Vertrauen in die Demokratie könne jetzt nur durch eine neue Regierung wiederhergestellt werden, »die wieder Autorität und Vertrauen

besitzt. Eine Regierung also ohne Adenauer, Strauß und Stammberger«. ¹²⁶

Dem Kanzler weitgehend treu blieb nur der *Rheinische Merkur*, die Wochenzeitung, die dem katholischen CDU-Milieu nahestand. Auf ihren Seiten konnte am 9. November August Freiherr von der Heydte – Staatsrechtsprofessor, Brigadegeneral der Reserve, CSU-Mitglied und Mitbegründer der ultra-konservativen Abendländischen Akademie – erklären, warum er den *Spiegel*-Artikel »Bedingt abwehrbereit« bei der Bundesanwaltschaft angezeigt hatte: weil ausländische Agenten ohne Unkosten und Mühe dort die Staatsgeheimnisse der Bundesrepublik nachlesen konnten. ¹²⁷ Die Bundesanwaltschaft war allerdings bereits vor dieser Anzeige auf den Artikel aufmerksam geworden. Eine Woche später erwähnte Chefredakteur Otto B. Roegele zwar in seinem Leitartikel, dass Adenauer innenpolitisch belastet sei, dass die Regierung, obwohl sie die Wahrheit nicht zu scheuen brauche, sich in den Fragestunden »mit einem blamablen Manöver von Vertuschungen und bruchstückhaften Erklärungen herauszuwinden« gesucht habe und dass es in Bonn an Führung mangle. Doch abgesehen von der »Hilflosigkeit« der Regierung wurde das Problem nicht bei Adenauer gesehen, sondern beim immer noch nicht identifizierten Geheimnisverräter und bei der »Hysterie und Hemmungslosigkeit, die bei der Erörterung dieser Dinge an den Tag gelegt wurden«. ¹²⁸ Und letztlich beim *Spiegel* selbst. In derselben Ausgabe wurde zwei Seiten weiter unter der Überschrift »Eine ›Spiegel‹-Geschichte« der Anfang von Hans Christian Andersens Märchen *Die Schneekönigin* wiedergegeben. ¹²⁹ Diese Erzählung vom Teufel, der einen Spiegel gemacht hatte, in dem alles Schöne verschwand und alles Schlechte und Hässliche hervorgehoben wurde, war so etwas wie das letzte Wort der Zeitung zur ganzen Affäre.

126 Redaktionskommentar, Nicht die Wachtmeister sind schuld. Demokratie ohne Demokraten, *Christ und Welt*, Nr. 47, 23. 11. 1962, S. 3 (Hervorhebungen im Original).

127 August Frhr. von der Heydte, Landesverrat und Pressefreiheit. Warum ich den »Spiegel« angezeigt habe, *Rheinischer Merkur*, Nr. 45, 9. 11. 1962, S. 3.

128 O[tto]B. R[oegele], Licht und Schatten über der Kanzlerreise. Die Außenpolitik bestätigt, die Innenpolitik belastet Adenauer, *Rheinischer Merkur*, Nr. 46, 16. 11. 1962, S. 1.

129 K. St., Eine »Spiegel«-Geschichte, *Rheinischer Merkur*, Nr. 46, 16. 11. 1962, S. 3.

Die Frage nach den Wirkungen

Welche längerfristigen Folgen gingen von der Affäre um das Hamburger Magazin aus? Und welche Schlüsse wurden aus ihr gezogen? Zwei Jahresrückblicke zur Weihnachtszeit 1962 kamen noch einmal auf das zurück, was – nachdem die Regierungskrise behoben war – für die Zeitgenossen aller politischen Richtungen von der Affäre blieb: nämlich die Erfahrung der politisch aktiv gewordenen Bevölkerung. Mit dem Kommentar »Der Rest ist Zweifel. Hat sich Bonn gewandelt?« meldete sich am 22. Dezember der Bonner Korrespondent der *Welt*, Hans-Werner von Finckenstein, mit einem Rückblick auf die Affäre noch einmal zur Sache. »Am Ende dieses Jahres sieht sich Bonn einem Vertrauensschwund gegenüber, der fast niemanden unbetroffen lässt. Der Kanzler ist darin eingeschlossen, die Regierung, die Parteien, das Parlament. An Konrad Adenauers Ansehen wohl hat die Krise am meisten gezehrt. [...] Ist ihm dieser Verfall seiner Autorität verborgen geblieben?« Doch, so Finckenstein, hat sich etwas Zukunftsweisendes getan. »Es wächst ein verändertes Bonn, das über einen großen Kanzler, über eine Epoche, die seinen Namen trägt, schon weit hinauszu greifen scheint. Etwas nämlich hat dieses Jahr mit sich gebracht, etwas hat es unter Schmerzen aus der Krise geboren: ein anderes Staatsgefühl des Bürgers, ein anderes demokratisches Bewusstsein, ein plötzliches und ganz spontan wiederbelebtes Gefühl für Recht und Maß, von dem doch die Pessimisten glaubten, es sei nach 1945 längst wieder verloren gegangen, verschüttet unter Chrom und Lack des deutschen Wohlstandes. [...] Der Zweifel bleibt. Aber die fruchtbare Unruhe, die ihn überwinden kann, ist schon gesät.«¹³⁰

Bundeskanzler Adenauer wiederum, dem qua Amt ein letztes Wort zum abgelaufenen Jahr zustand, fand in seiner Weihnachtsansprache vom 25. Dezember 1962 harsche Worte für das Volk, das Finckenstein und andere Journalisten inzwischen lieben gelernt hatten. »Kritik um der Kritik willen« trage »nihilistische Züge«. Jeder Bürger sei verpflichtet, »für den Staat sich einzusetzen und alles zu tun, damit sein Ansehen und seine Bedeutung weder im Inland noch im Ausland Schaden leidet«. Das Volk hatte also, wie der Kanzler meinte, »noch

130 H.-W. Graf v. Finckenstein, Der Rest ist Zweifel. Hat sich Bonn gewandelt?, *Die Welt*, Nr. 299, 22. 12. 1962, S. 3.

nicht die richtige Einstellung zu unserem Staat gefunden«. ¹³¹ Bestätigt fühlte Adenauer sich durch die *Spiegel*-Affäre jedoch in seiner – 1960 vorläufig gescheiterten – Medienpolitik, wie er am 22. November 1962 im CDU-Bundesvorstand erklärt hatte. »Hätten wir das Zweite Fernsehen des Bundes gehabt, das uns das Bundesverfassungsgericht [durch sein erstes Fernsehurteil 1960, U. D.] kassiert hat, dann hätten wir uns dieses Instruments bedienen können. Es ist ganz sicher, das Fernsehen hat eine große meinungsbildende Kraft, namentlich in solchen Dingen, die an das Emotionale herangehen.« ¹³² Die verstärkte Forderung nach Einführung des Privatfernsehens darf man durchaus unter die konservativen Schlussfolgerungen aus der *Spiegel*-Affäre rechnen. Sie fand 1968 erstmals Eingang in das CDU-Parteiprogramm. Sprecher der Antragskommission war ein gewisser Helmut Kohl, der später als Bundeskanzler die Einführung des Privatrundfunks forcieren würde. ¹³³

Mag also der Kanzler selbst durch die Affäre nicht verändert worden sein, so doch die Journalisten des konservativen Spektrums: Auch sie begrüßten jetzt mehrheitlich öffentlich den angekündigten Rückzug des greisen Adenauers aus dem Kanzleramt. Die Karikatur mit dem Umzugswagen, der vor dem Kanzleramt vorgefahren ist, erschien in der FAZ und nicht im *Spiegel*. Ihre Ängste vor einer schwachen Staatsautorität, die eine Neuauflage Weimarer Verhältnisse nicht verhindern konnte, waren zwar nicht geschwunden. Sie hafteten allerdings nun, nach der schlechten Performance des Kanzlers im Verlauf der *Spiegel*-Affäre, mehr am Patriarchen selbst als an der patriarchenlosen Zukunft. Dasselbe galt für führende CDU-Politiker in Fraktion und Parteiführung: Auch sie sahen Adenauers Performance während der *Spiegel*-Affäre sehr kritisch und ließen ihre Bedenken und Kritik innerhalb der Partei- und Fraktionsgremien sehr viel lauter werden als zuvor. Die adenauerkritischen Kommentare der konservativen Presseorgane lagen völlig auf ihrer Linie, Adenauer zum Rücktritt zu bewegen. Diese Linie wurde jetzt quasi parteioffiziell und klärte die Situation innerhalb der CDU, in deren Führungsrängen bereits seit den

¹³¹ Adenauer, Weihnachtsansprache.

¹³² Buchstab (Hg.), Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, S. 301.

¹³³ CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), 16. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, S. 206.

ausgehenden 1950er Jahren, verstärkt jedoch nach der Wahl 1961 auf Adenauers Ablösung hingearbeitet worden war. Auf dem linken und liberalen Flügel von Politik und Journalismus wiederum sank die Fieberkurve, weil der Sturz des Verteidigungsministers die Befürchtungen vor einem autoritären Umschlag nach Adenauers Abgang relativierte.

Strafrechtlich erwies sich die Aktion gegen den *Spiegel* als buchstäblicher Schlag ins Wasser. Gegen keinen der Beschuldigten wurde ein Gerichtsverfahren eröffnet. Als Folge der Affäre können jedoch wichtige gesetzliche Neuerungen gelten. In mehreren Landespressegesetzen – so 1965 in Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Berlin und im Saarland – wurde das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten verankert. Und das achte Strafrechtsänderungsgesetz der Großen Koalition vom Juni 1968 differenzierte in den Paragrafen 94 und 95 des Strafgesetzbuchs zwischen gemeinem und publizistischem Landesverrat. Was die Verfahren betrifft, die vor den obersten westdeutschen Gerichten anhängig waren, so zog ihre Behandlung sich bis Mitte der 1960er Jahre hin. Der Beschluss des Bundesgerichtshofs, die Angeschuldigten Augstein und Ahlers mangels Beweisen außer Verfolgung zu setzen, da es »mindestens zweifelhaft« sei, ob der Artikel »Bedingt abwehrbereit« als Staatsgeheimnis beurteilt werden könne, erging 1965.¹³⁴ Im Jahr 1966 wies das Bundesverfassungsgericht Augsteins Verfassungsbeschwerde gegen die im Zuge der Aktion gegen den *Spiegel* ergangenen Untersuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse sowie Haftbefehle und vorläufigen Festnahmen zurück. Der zuständige Senat hatte sich in zwei gleich große Gruppen gespalten – eine Sachlage, für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht die Zurückweisung der anhängigen Beschwerde vorgesehen war. Erstmals in der Geschichte dieses Gerichts spiegelte die Begründung wider, worüber die Verfassungsrichter uneins waren. Viel zitiert wird das Votum, dessen Verfasser die Beschwerde hatten annehmen wollen, weil die Erörterung militärischer Fragen zu der freien öffentlichen Diskussion gehöre, die eine Demokra-

134 Beschluss des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofs in der Strafsache gegen Alfred Martin, Conrad Ahlers und Rudolf Augstein wegen Verdachts des Landesverrats u. a. vom 13. Mai 1965, wiedergegeben in: Die Kosten trägt die Bundeskasse, *Der Spiegel*, Nr. 22, 26. Mai 1965, S. 83–86, Zitat S. 85. Der Beschluss zum Oberst im Generalstab Alfred Martin blieb noch vorbehalten; das Verfahren gegen ihn wurde 1966 ohne Urteil eingestellt.

tie ausmachten. Eher selten wird demgegenüber das ablehnende Votum wiedergegeben. In ihm wird dem Staatsverständnis der Adenauer-Zeit noch einmal ein höchstrichterliches Denkmal gesetzt. In militärischen Fragen, so diese Verfassungsrichter, müsse das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit zurücktreten, »einmal weil die Leser mangels zureichender Fachkenntnisse sich ein selbstständiges Urteil ohnehin nicht bilden können, zum anderen weil sie dieser Kenntnisse zu ihrer politischen Urteilsbildung auch nicht bedürfen«. ¹³⁵ Diese zutiefst obrigkeitsstaatliche Auffassung, die die staatlichen Handlungsspielräume zu Lasten der Freiheits- und Informationsrechte extensiv ausdehnte, war das eigentliche Skandalon der Affäre um den *Spiegel*. Auf sie gingen auch die »Begleitumstände« der Affäre zurück, die – wie die zahlreichen Festnahmen, die lange Haftzeit für Rudolf Augstein oder die wochenlange polizeiliche Besetzung der *Spiegel*-Redaktion – Zeugnis von einem ebenso extensiven Obrigkeitsverständnis ablegten. Insofern wirkt rückblickend die Personalisierung dessen, um das es ging, in der Gestalt des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß eher erkenntnisverstellend. Vielleicht war Strauß in die Einleitung des Verfahrens gegen den *Spiegel* eingebunden, vielleicht auch nicht; und an dessen Durchführung war er ausschließlich durch sein Telefonat mit dem Militärattaché Oster beteiligt. Dass er Letzteres zu leugnen versuchte, machte seine Beseitigung aus dem Ministeramt zum Vollzug einer letztlich rein rituellen Reinigung der bundesdeutschen Demokratie.

Der Riss, der durch den Mikrokosmos des Senats des Bundesverfassungsgerichts ging, ist durchaus symptomatisch über Karlsruhe hinaus: für die damalige Bundesrepublik und ihre opponierenden politischen Lagerungen Mitte der 1960er Jahre. Auf jeden Fall ist er symptomatisch für den unauflöselichen Widerspruch zwischen Meinungs- und Pressefreiheit einerseits und andererseits dem Anspruch auf Geheimniswahrung von Staat und Militär, Regierungen und Bürokratie. Die *Spiegel*-Affäre hatte diesen Widerspruch auf die politische Agenda gesetzt. Und da gehöre er hin, sobald er virulent werde, befand der französische Journalist Claude Bourdet auf einer Tagung zu *Landes-*

135 Teilurteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerde des Spiegel-Verlags vom 5. August 1966: <http://sorminiserv.uni-be.ch:8080/tools/ainfo.exe?Command=ShowPrintText&Name=bvo20162> [12. 4. 2017].

verrat und Pressefreiheit, die der Korrespondent des Westdeutschen Rundfunks (WDR), Gerd Ruge, Ende November 1962 veranstaltet hatte. Als Direktor der linken Zeitung *Combat* in Frankreich hatte Bourdet während der 1950er Jahre einschlägige Erfahrungen gesammelt, als sein Blatt unter anderem wegen kritischer Artikel zum Algerienkrieg häufig von Regierung und Militär beschlagnahmt worden war. Anfangs habe die öffentliche Meinung des In- und Auslands auf derartige Attacken gegen die Presse mit lautstarkem Protest reagiert, doch je häufiger die Beschlagnahmungen wurden, umso weniger Menschen hätten sich dafür interessiert. Und »wenn sich die öffentliche Meinung dafür nicht interessiert«, so Bourdet, »sind wir kaputt«. ¹³⁶ Das Vorgehen der Staatsschutzbehörden gegen den Artikel »Bedingt abwehrbereit« hatte eine solche lebhafte öffentliche Bewegung des In- und Auslands und hohe Aufmerksamkeit innerhalb wie außerhalb der Medien hervorgerufen. Nicht zuletzt deswegen war der Verteidigungsminister über den Skandal gestürzt worden, während das Magazin und die Medien als solche gestärkt aus ihm hervorgingen. Der Widerspruch zwischen Geheimniswahrung und dem Anspruch auf öffentliche Diskussion und Kritik blieb und bleibt weiterhin bestehen – wie die heutigen Kontroversen um Whistleblower wie Edward Snowden und andere zeigen.

Vielfalt und Umfang der öffentlichen Reaktionen während der *Spiegel*-Affäre waren bereits für die Zeitgenossen beeindruckend. Selbst konservative Beobachter lernten, nimmt man die Kommentatoren der überregionalen politischen Blätter als Zeitzeugen, im Verlauf der Affäre – nach gewissen Gewöhnungsschmerzen – zu schätzen, was ihnen bislang eher verdächtig gewesen war. Denn bei genauerer Betrachtung war eine kritische und mobilisierte Öffentlichkeit in der Bundesrepublik nicht wirklich neu. Die Protestbewegung gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr lag erst einige Jahre zurück; sie war jedoch weniger als engagierte Öffentlichkeit, sondern vielmehr als – von den Gewerkschaften, der SPD oder dem DDR-Regime ausgenutzte – manipulierbare Masse betrachtet worden, die journalistische Beobachter an das »Dritte Reich« als »klassische« Zeit der »Großkund-

136 Ruge (Hg.), *Landesverrat und Pressefreiheit*, S. 86.

gebungen«¹³⁷ erinnerte. Auch politische Stellungnahmen von Intellektuellen hatte es zuvor schon gegeben, beispielsweise von Naturwissenschaftlern oder von Mitgliedern der Gruppe 47 gegen die atomare Aufrüstung. Und es waren Studenten und Studentinnen, die 1959 durch eine Ausstellung zur nationalsozialistischen Vergangenheit amtierender Juristen dazu beigetragen hatten, dass die personellen Kontinuitäten in der bundesdeutschen Justiz zu einem innenpolitischen Thema wurden. Neu war also 1962 nicht, dass sich die Bevölkerung und auch die Bildungsbürger zu Wort meldeten. Neu war, dass diese Wortmeldungen nicht mehr durchweg ignoriert oder abgewertet wurden, nicht mehr als Einmischung in die Belange der zur Politik Berufenen, also der Politiker und der politischen Journalisten, betrachtet wurden. Neu war, dass Demonstrationen und auf öffentlichen Plätzen intonierte Sprechchöre nicht nur Anlass gaben, an Hitler und Goebbels zu erinnern. Noch aus der Gefängniszelle schrieb Rudolf Augstein am Jahresanfang 1963 einen Dankesbrief an die *Spiegel*-Leser und andere, in dem er der bundesdeutschen Gesellschaft attestierte, dass sich mit ihr »etwas anfangen« ließe; Augstein schloss mit einer für sein ansonsten ausgesprochen patriarchalisches Bild des deutschen Menschen ungewöhnlichen (und auch nicht dauerhaften) Ahnung wechselseitiger Verantwortung: »Und so mag es denn dahin kommen, dass, nachdem wir unsere Leser beeinflusst haben, unsere Leser uns beeinflussen.«¹³⁸

Es gibt gute Gründe dafür, dass es Journalisten 1962 leichter fiel als zuvor, die kritische Öffentlichkeit außerhalb der Zeitungsspalten zu schätzen – dass es somit nicht zuletzt die Journalisten aller Couleur waren, die sich damals demokratisierten. Zum einen, weil es in der *Spiegel*-Affäre um ihre ureigensten Belange ging und die demonstrierenden und diskutierenden Menschen sich für diese Belange einsetzten. Zum anderen, weil um 1960 herum nicht nur die Juristen, sondern auch die Journalisten unsanft daran erinnert wurden, dass sie allerhand Vergangenheit zu bewältigen hatten. Auch in ihren Reihen

137 So, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, Josef Müller-Marein in der *Zeit* über die große Hamburger Anti-Atom-Kundgebung vom 17. April 1958; Josef Müller-Marein, Stelldichein der Hunderttausend, *Die Zeit*, Nr. 17, 24. April 1958, S. 1.

138 Rudolf Augstein, Lieber Spiegel-Leser!, *Der Spiegel*, Nr. 3, 16. 1. 1963, S. 14.

waren viele tätig, deren Karriere im »Dritten Reich« begonnen hatte. Von den zitierten Kommentatoren galt dies unter anderem für Georg Schröder (Jahrgang 1905), 1962 Leiter des Bonner Büros der Zeitung *Die Welt*, der 1936–1945 Redakteur beziehungsweise stellvertretender Chefredakteur des Nachrichtenbüros *Transocean* war; für Alfred Rapp (Jahrgang 1903), 1962 politischer Redakteur bei der FAZ, in der NS-Zeit Schriftleiter der *Dresdner Neuesten Nachrichten*, ab 1941 stellvertretender Hauptschriftleiter der Besatzungszeitung *Pariser Zeitung*; für Jürgen Tern (Jahrgang 1909), 1962 Mitherausgeber der FAZ, 1936–1943 Redakteur bei der Berliner Wirtschaftsredaktion der *Frankfurter Zeitung*; für Nikolas Benckiser (Jahrgang 1903), 1962 bei der FAZ, seit 1933 für die *Frankfurter Zeitung* Korrespondent in Rom und Budapest, in den letzten Kriegsjahren bei der Wochenzeitung *Das Reich*; für Giselher Wirsing (Jahrgang 1907), 1962 Chefredakteur von *Christ und Welt*, in der NS-Zeit Schriftleiter beziehungsweise Hauptschriftleiter der *Münchener Neuesten Nachrichten* und während des Krieges Hauptschriftleiter der Wehrmachtsillustrierten *Signal*, propagandistisch für das Auswärtige Amt und im SS-Offiziersrang berichtend für den Sicherheitsdienst (SD) und das Reichssicherheitshauptamt tätig; für Wolfgang Höpker (Jahrgang 1909), Bonner Korrespondent von *Christ und Welt*, 1934–1945 erst Schriftleiter, dann Hauptschriftleiter der *Münchener Neuesten Nachrichten*; und für Hans Georg von Studnitz (Jahrgang 1907), 1962 stellvertretender Chefredakteur von *Christ und Welt*, NSDAP-Mitglied seit März 1933, Auslandskorrespondent des *Berliner Lokal-Anzeigers* und im Zweiten Weltkrieg Referent in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes. Aber nicht nur in den Mitarbeiterstäben der konservativen Blätter saßen Journalisten, die ihr Handwerk in Zeiten der nationalsozialistischen Presselenkung gelernt und als deren Organ ausgeführt hatten, sondern beispielsweise auch beim *Spiegel*. Ironischerweise war eines der ersten Opfer der Aktion gegen das Magazin ein gewisser Erich Fischer. Er war in Goebbels' Propagandaministerium Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Rang eines Ministerialrats und seit 1927 Mitglied der NSDAP gewesen und nunmehr Verlagsmanager des *Spiegel*-Büros in Düsseldorf. Man hatte ihn in der ersten Hektik für Rudolf Augstein gehalten und vorübergehend festgenommen.

Es war allerdings nicht diese ironische Fußnote zum Zeitgeschehen, die die NS-Vergangenheit der Presse damals präsent machte. Das

taten andere, die damit sehr unterschiedliche Ziele verfolgten. In der Bundesrepublik war es Kurt Ziesel, ein Publizist am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums, der später Geschäftsführer der rechtslastigen Deutschland-Stiftung war. Er attackierte den westdeutschen Journalismus – dem er vorwarf, linkslastig und vaterlandsvergessen zu sein – just an seinem schwachen Punkt: dem kollektiven Beschweigen der eigenen Rolle während des NS-Regimes. Umstands- und wortlos seien sie von rechts nach links gerückt, nach 1945 genauso opportunistisch schreibend wie vorher. Die um 1960 vielfach aufgelegten Publikationen Ziesels stellten einzelne bekannte Journalisten mit Auszügen aus ihren Werken im Dienst des »Dritten Reiches« vor und kommentierten diese höhnisch.¹³⁹ Dass auch er selbst seinerzeit solche Werke verfasst hatte, dies aber nunmehr bekenne, deklarierte Ziesel zu einer Art öffentlicher Buße, aus der er das Recht ableitete, anderen ihre Vergangenheit vorzuhalten und selbst ungehemmt weiter braunes Gedankengut zu verbreiten. Weniger wendehalsbrecherisch argumentierten zeitgleiche Veröffentlichungen aus Ost-Berlin. Das SED-Regime outete damals verstärkt Angehörige westdeutscher Berufseliten, die die in der ostdeutschen Propaganda immer wieder hervorgehobenen personellen Kontinuitäten zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik belegten. Adressat dieser Kampagnen war nicht zuletzt die Bevölkerung der DDR, die ihren Teil Deutschlands als den besseren erkennen sollte. Es ist mehr als fraglich, ob dieses Ziel erreicht wurde. In der Bundesrepublik allerdings hatten die Kampagnen Wirkung, weil es an Personen, die an herausgehobenen Stellen die Kontinuität verkörperten, nicht fehlte – und ebenso wenig an Quellen, um ihre Tätigkeit vor 1945 zu belegen. Im Zentrum der Kampagnen standen die Juristen, was ganz wesentlich dazu beigetragen haben dürfte, dass diesem Berufsstand und seiner NS-Geschichte nun auch in den westdeutschen Medien mehr und mehr Aufmerksamkeit zuteil wurde. Wenige Monate vor der Besetzung der *Spiegel*-Redaktion stürzte einer der westdeutschen Top-Juristen über Informationen aus der DDR: Der gerade ernannte neue Generalbundesanwalt Wolfgang Fränkel, also die oberste Instanz auf dem Gebiet des Staatsschutzes, musste im Juli 1962 gehen, nachdem öffentlich gemacht worden war, dass er als Mitarbei-

139 Ziesel, Das verlorene Gewissen; ders., Die Geister scheiden sich. Vgl. zu Ziesel jetzt auch Schildt, Im Visier.

ter der Reichsanwaltschaft in zahlreichen Fällen die Todesstrafe für Delikte verhängt hatte, für welche die Vorinstanzen zu minder schweren Urteilen gekommen waren. Die Bundesanwaltschaft war deswegen während der *Spiegel*-Affäre ohne Leitung, was zur Vermehrung der inkriminierten »Begleitumstände« beigetragen haben mag. Allerdings blieb der Bundesregierung auf diese Weise erspart, dass die Aktion gegen den *Spiegel* von einem schwer belasteten Generalbundesanwalt geleitet wurde, dem es seinen eigenen Einlassungen zufolge weiterhin deutlich an Unrechtsbewusstsein fehlte.¹⁴⁰ Wäre dies während des eskalierenden Skandals im November oder Dezember herausgekommen, so wäre das zur Mutter aller »Begleiterscheinungen« geworden und hätte das Ansehen des westdeutschen Staates im In- und Ausland schwer beschädigt.

Neben den Juristen waren es damals auch einzelne Journalisten, die in ostdeutschen Publikationen namhaft gemacht und mit Auszügen aus ihren NS-Publikationen zitiert wurden.¹⁴¹ Im westdeutschen Blätterwald schwieg man sich dazu aus, ebenso wie über die Vorwürfe Ziesels (dessen Publikationen »jedoch in Journalistenkreisen gern als Nachschlagewerk benutzt« wurden, »um zu erfahren, wer was in der Nazizeit geschrieben hatte«¹⁴²). Erst zwei Jahrzehnte später, in den 1980er Jahren, würde sich der westdeutsche Journalismus mit seinen eigenen personellen Kontinuitäten auseinanderzusetzen beginnen – nicht zuletzt am Beispiel Werner Höfers, dessen im Sonntagsfernsehen ausgestrahlter *Internationaler Frühschoppen* ihn berühmt gemacht hatte (am 28. Oktober 1962 hatte übrigens Höfer diese Sendung zu kritischen Anmerkungen über die Aktion gegen den *Spiegel* genutzt¹⁴³ und zwei Wochen später, am 11. November, einen ganzen *Internationalen Frühschoppen* der Aktion gegen den *Spiegel* gewidmet, dessen insgesamt regierungs- und justizkritischen Tenor er durch einen nachträg-

140 Vgl. zum Fall Fränkel Miquel, Ahnden oder amnestieren?, S. 99–122.

141 Siehe v.a. Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Goebbels [sic] Journalisten in Bonner Diensten, wo u.a. Hans Zehrer, Werner Höfer, Giselher Wirsing, Friedrich Sieburg, Hans-Georg von Studnitz und Felix von Eckardt, der Leiter des Bundespresse- und Informationsamts, mit ihren Veröffentlichungen der NS-Zeit zitiert werden.

142 Janßen, Die Zeit in der ZEIT, S. 204f.

143 Wiedergegeben in: *Der Spiegel*, Nr. 45, 7. November 1962, S. 75.

lichen Geburtstagsgruß an den inhaftierten Augstein gekrönt hatte¹⁴⁴). Der Fernsehmoderator war bereits in einer DDR-Publikation Anfang der 1960er Jahre mit Artikeln aus der NS-Zeit zitiert worden.¹⁴⁵ Um 1960 herum allerdings war das mediale Echo auf diesen oder andere Kontinuitätsfälle innerhalb des Journalismus sehr viel geringer als auf solche der Juristen. Es ist zu vermuten, dass damals so manchen Mitarbeiter in Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen ein Schwindelgefühl – im doppelten Wortsinn – beschlichen haben dürfte: weil die Einschlüge näher kamen, vielleicht auch, weil der moralische Spagat als anstrengend empfunden wurde, der zwischen dem Aufwerfen der Kontinuitätsfrage bei anderen und dem Beschweigen in eigener Sache erforderlich war. Denn Journalisten teilten mit den Richtern, wie Karl-Hermann Flach feststellte, »die traurige Gemeinsamkeit, dass sie die einzigen Machtgruppen der vergangenen Diktatur sind, die keine ausreichende Selbstreinigung vorgenommen haben, aber dennoch ständig damit beschäftigt sind, das durch Urteile oder Veröffentlichungen bei anderen Berufsgruppen [...] zu bewerkstelligen«.¹⁴⁶

Rückblickend wurde der *Spiegel*-Affäre lange Zeit hindurch eine quasi kathartische Funktion zugeschrieben – nicht zuletzt in den Medien, die regelmäßig an sie erinnerten und das Jahr 1962 nachträglich zum Coming-out der kritischen Öffentlichkeit und der kritischen Intellektuellen und zum zweiten Geburtstag der westdeutschen Demokratie stilisierten. »Als die Deutschen lernten, ihre Demokratie zu lieben« wurde 2012 auf dem Titelblatt des *Spiegel* der Beitrag zum 50-jährigen Jubiläum der Affäre angekündigt.¹⁴⁷ Historisch korrekt war diese Stilisierung, wie gesagt, nicht – weder hatte sich die bundesdeutsche Politik vordem in einer kritikfreien Zone ohne öffentliche Bewegungen abgespielt, noch waren die akademischen und außerakademischen Kritiker der 1950er Jahre nur vordemokratische Manipulationsmasse Moskaus, Pankows oder wessen auch immer gewesen. Und auch die Zeitgenossen des Herbstes 1962 waren noch nicht geneigt, die *Spiegel*-Affäre in säkularen Dimensionen zu sehen – nicht einmal die unmittel-

144 Geisler, *Nazis Into Democrats?*, S. 242f.

145 Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Goebbels [sic] Journalisten in Bonner Diensten.

146 Flach, *Macht und Elend der Presse*, S. 83f.

147 *Der Spiegel*, Nr. 38, 17. 9. 2012.

bar Betroffenen wie Rudolf Augstein. In einem Vortrag, den der *Spiegel*-Herausgeber knapp zweieinhalb Jahre später zum Thema *Chancen des Intellektuellen zu einer Gestaltung der Wirklichkeit* an der Wiener Universität hielt, wurde die Affäre gar nicht erst erwähnt. Den Intellektuellen gab er keine Chancen, der Demokratie aufzuhelfen, und dem deutschen Volk attestierte er, es zeige politischen Gestaltungswillen »fast nur noch in Zeiten der Exaltation und Unvernunft«. Es gleiche »dem Tintenfisch im Berliner Zoo, der sich durch keine andere Speise davon abbringen lässt, seine eigenen Glieder aufzufressen«. Ihm selbst, so Augstein, fehle der Glaube, »dass durch intensive Bildung die Leute so vernünftig werden, dass es kein Glücksspiel mehr ist, wie sie sich dann entscheiden«. ¹⁴⁸

Historisch wirkmächtig war diese die Affäre zum Mythos machende Erinnerung jedoch durchaus. Sie prägte nämlich Journalistinnen und Journalisten, die Anfang der 1960er Jahre Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene waren. Für viele Angehörige der zwischen 1936 und 1950 Geborenen wurde, wie eine im Jahr 2000 erschienene Studie belegt, anders als für ihre älteren Kollegen, die *Spiegel*-Affäre zu einem der Schlüsselereignisse, die ihr politisches Selbstverständnis als kritische Journalisten und Journalistinnen prägten. ¹⁴⁹ Zu einem Ereignis, so lässt sich dieser Befund interpretieren, bei dem die Medien auf der Seite der Guten gewirkt hatten: als Aufklärer, Kritiker und Opfer von

148 Rudolf Augstein, *Chancen des Intellektuellen zu einer Gestaltung der Wirklichkeit* (Vortrag vom 6. Mai 1965), in: *Symposion 600* aus Anlass des 600-jährigen Bestehens der Universität Wien, abgedruckt in: *Der Spiegel*, Nr. 23, 2. 6. 1965 (Dokumentation), S. 7, 20.

149 Ehmig, *Generationswechsel im deutschen Journalismus*, S. 209. Aus dieser Altersgruppe nannten 14 Prozent der Befragten die *Spiegel*-Affäre als eines der Ereignisse, die ihre politische Selbstwahrnehmung geprägt hatten. Weitere für diese Altersgruppe signifikante historische Ereignisse waren der Mauerbau 1961 (29%), die Zerschlagung des Prager Frühlings 1968 (27%), Bundeskanzler Brandts Kniefall in Warschau 1970 (20%) oder der Konflikt um die Notstandsgesetze 1966–1968 (9%). Die *Spiegel*-Affäre gehört zusammen mit Brandts Kniefall und den Notstandsgesetzen zu denjenigen Schlüsselereignissen, durch welche sich die von ihnen geprägt fühlenden Journalisten mehrheitlich nach links bewegt haben. Mauerbau und Prager Frühling rangieren demgegenüber unter denjenigen Schlüsselereignissen, durch die sich die von ihnen geprägt fühlenden Journalisten mehrheitlich nach rechts bewegt haben; ebd., S. 256–260. Auf die Bedeutung auch anderer Skandale der Jahre um 1960 neben der *Spiegel*-Affäre verweist Hodenberg, *Konsens und Krise*, S. 293–360.

Machtmissbrauch, statt, wie die Journalisten in der NS-Zeit, als willige Ausführungs- und Vernebelungsorgane der Diktatur. Aus der unrühmlichen Vergangenheit der deutschen Presse, die zeitgleich in den quellengesättigten Publikationen Ziesels und der DDR-Regierung öffentlich in Erinnerung gebracht wurde, konnten Jüngere Anfang der 1960er Jahre und später nur schwerlich ein professionelles Selbstbewusstsein beziehen. Die Gegenwart des Jahres 1962 befreite in gewisser Weise den deutschen Journalismus von dieser Erblast, auch wenn diese damals nicht selbst zum Thema wurde, indem die Aktion von Staatsmacht und Justiz gegen den *Spiegel* mitsamt ihren Folgen gänzlich ungewollt ein neues, durch und durch positives journalistisches Selbstbild möglich machte. Insofern lässt sich dann doch wieder von einer kathartischen, einer erlösenden Wirkung der Affäre sprechen; nicht für die Bundesrepublik als Ganzes und ihre demokratische Kultur, aber für den in der Demokratie zentralen Berufsstand der Journalisten, dessen Angehörige sich zunehmend anschickten, bewegte Bürgerinnen und Bürger schätzen zu lernen und zu einem professionellen Selbstverständnis als kritische Instanz zu finden.

Fazit

In unserer Gegenwart sorgt die Prominenz von Whistleblowern wie Edward Snowden und Enthüllungsplattformen wie Wikileaks dafür, dass öffentlich präsent ist, wie viele Sachverhalte nur gegen Widerstände publik gemacht werden können. Weniger prominent ist, glücklicherweise, der anonyme Regierungsmitarbeiter in Washington, der den Entwurf von Präsident Donald Trumps Erlass, welcher Ende Januar 2017 ein Einreiseverbot für Bürgerinnen und Bürger aus sieben muslimischen Ländern verfügte, an eine Anwältin weitergab. Es war diese frühzeitige Information, die es möglich machte, dass um die 1600 Anwälte an den amerikanischen Flughäfen standen, als die plötzlich visumslos gewordenen Reisenden amerikanischen Boden betraten, und Rechtshilfe leisten konnten.¹⁵⁰ Denjenigen, die Geheimgehaltenes zugänglich machen, können sehr harte Strafen drohen. Für den Journalismus ist das ein existenzielles Problem. Denn Journalisten, ob sie nun über Politik, Wirtschaft oder die High Society berichten, bekommen ihr Material oft aus Quellen, die nur so lange sprudeln, wie sie geschützt bleiben.

In Rechtsstaaten pflegt es in der einen oder anderen Form gesetzliche Sicherheiten dafür zu geben, dass die Quellen journalistischer Enthüllungen nicht aufgedeckt werden müssen. Diese funktionieren manchmal mehr, manchmal weniger gut – am schlechtesten dann, wenn es um die Arkanbereiche von Geheimdiensten und Militär geht. Der journalistische Informantenschutz war auch ein zentraler Aspekt des Vassall-Profumo-Skandals in Großbritannien und der *Spiegel*-Affäre in der Bundesrepublik. In beiden Ländern saßen Journalisten im Gefängnis, weil sie ihre Quellen nicht nennen wollten. In beiden Ländern fuhren Regierungen und Strafverfolgungsbehörden schweres Geschütz gegen sie auf. Sehr verschieden war jedoch das Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit, das hierdurch erregt wurde: In der Bundesrepublik zogen Regierung und Strafverfolgungsbehörden massive

150 Moritz Aisslinger u. a., Kalter Bürgerkrieg, *Die Zeit*, 9. 2. 2017, S. 13.

Kritik auf sich, während sich in Großbritannien nur wenige Stimmen zur Verteidigung der »silent reporters« erhoben.

Haben schon die Zeitgenossen registriert, dass es in beiden Ländern um dieselbe Grundfrage des Verhältnisses von Presse und Politik ging? Das kann ich hier nur beispielhaft illustrieren. In der *Times* wurde regelmäßig und ausführlich über die *Spiegel*-Affäre berichtet. Parallelen zu den Gefängnisstrafen für die Journalisten Foster und Mulholland wurden jedoch nicht gezogen. Für die deutsche Seite habe ich nur einen Artikel gefunden, der die Koinzidenz thematisiert. Er stammt vom Londoner Korrespondenten des *Rheinischen Merkur*, Stephan W. Pollak.¹⁵¹ Pollaks Artikel vom November 1962 zitiert einen Kommentar der *Daily Mail*, der die britischen Journalisten dazu beglückwünscht, dass es ihnen nicht so ergehen könne wie den *Spiegel*-Kollegen, und verweist dann auf das gerade in London angekündigte Tribunal, das diese Glückwünsche möglicherweise hinfällig machen werde. Der *Spiegel* selbst berichtete einige Male in Kurzform über Vassall und Profumo, über Letzteren ausführlicher nach Profumos Geständnis in einer Titelgeschichte, deren Anfang lautete: »Die Nacht war schwül, das Mädchen nackt.«¹⁵² Dieser *storyline* folgt dann auch der Rest des auf pikante Details fixierten Artikels, die »silent reporters« kamen im Hamburger Nachrichtenmagazin jedoch nicht vor.

Wie es mit dem journalistischen Informantenschutz bestellt ist und ob Regierungen und Strafverfolgungsbehörden sich legitimiert fühlen, ihn aufzuheben, sind zentrale Fragen des Kräfteverhältnisses zwischen Politik und Medien. Die Geschichte des 20. und frühen 21. Jahrhunderts zeigt, dass auch in demokratisch verfassten Staaten das Pendel einmal so, einmal anders ausschlagen kann. Das britische Vassall-Tribunal stellt sicherlich einen extremen Ausschlag dar, doch die Aushebelung des journalistischen Informantenschutzes in weniger auffälliger Form ist regelmäßig wiederkehrende Praxis. Die Jahre seit dem 11. September 2001 und der gegenwärtige globale Rechtsruck lassen, vorsichtig formuliert, nicht erkennen, dass die Medienfreiheit an dieser Stelle gestärkt wird. Ähnliches gilt für das Problem der *libel*-Gesetzgebung, die, wie für den dargestellten britischen Fall deutlich

151 Stephan W. Pollak, Der Fall Vassall und der Fall »Spiegel«. Eine Parallele zwischen beiden Affären drängt sich auf, *Rheinischer Merkur*, Nr. 47, 23. 11. 1962, S. 5.

152 Keeler-Woche, *Der Spiegel*, Nr. 25, 19. 6. 1963, S. 52–60, Zitat S. 52.

wurde, einen starken Hebel darstellt, um Medien in die Schranken zu weisen. In der britischen Mediengeschichte waren die Gesetze gegen Verleumdung seit dem 18. Jahrhundert ein funktionales Äquivalent für die Zensur, die auf dem europäischen Kontinent die Beziehung zwischen Obrigkeit und Presse prägte. Wenn sich Politiker falsch dargestellt oder ungerechtfertigt kritisiert fühlten, konnten sie auf der Grundlage dieser *libel*-Gesetze ebenso wie Privatleute die entsprechende Zeitung oder heute das entsprechende elektronische Medium verklagen. Zwar sind die Entschädigungssummen, die in solchen Rechtsfällen gefordert werden können, in Großbritannien mittlerweile gedeckelt. Sie können also nicht mehr die exorbitanten Höhen erreichen, die den britischen Zeitungen Anfang der 1960er Jahre drohten. Ein Menetekel an der Wand stellen sie jedoch weiterhin dar, insbesondere für weniger kapitalstarke Medien, die sich weder einen rechtskundigen Stab leisten noch höhere Entschädigungssummen aus dem laufenden Betrieb zahlen können.

Kurzum: Auch in demokratischen Staaten verfügen Regierungen, Politiker und Parteien, die den Medien die Instrumente zeigen wollen, über Wege, das zu tun. Ob sie diese Wege erfolgreich beschreiten, hängt vom jeweiligen Kontext, vor allem vom Grad der gesellschaftlichen Mobilisierung und von den Gerichten ab. Man kann sich angesichts der beiden geschilderten Skandale des Eindrucks nicht erwehren, dass das Bewusstsein, Demokratie sei ein gefährdetes Gut, ihr bester Schutz ist und die Vorstellung ihrer selbstverständlichen Verfügbarkeit ihre größte Gefährdung darstellt.

V Fernsehpolitik. Die Dezentrierung des öffentlich- rechtlichen Rundfunks

Die Einführung des kommerziellen Fernsehens war einer der wichtigsten politischen Eingriffe in die Medienlandschaften des 20. Jahrhunderts außerhalb von Kriegen und Diktaturen. Mit diesem Eingriff reagierten konservative Politiker in Großbritannien und in der Bundesrepublik nicht auf ein Bedürfnis von Wählerschaft und Bevölkerung, sondern auf eigene politische Problemlagen.

Als in Großbritannien Anfang der 1950er Jahre der politische Streit über den Rundfunk begann, war das Radio knapp 30 Jahre alt. Die 1922 gegründete British Broadcasting Company war ursprünglich eine Kapitalgesellschaft von Firmen der Elektrogeräteindustrie, die mit einer Lizenz des Postministeriums betrieben wurde. Im Jahr 1926 wurde sie in eine Gesellschaft des öffentlichen Rechts, die British Broadcasting Corporation (BBC), umgewandelt und erhielt eine königliche Charter, die ihr öffentlich-rechtliches Monopol als Rundfunkbetreiber fest schrieb. Ein regelmäßiges Fernsehprogramm begann die BBC 1936 auszustrahlen. Es wurde während des Zweiten Weltkriegs unterbrochen und Mitte 1946 wieder aufgenommen. Die Zahl der Fernseh zuschauer war in den ersten Jahren noch überschaubar; als im Frühjahr 1951 das Sendemonopol der BBC in die Diskussion geriet und die Forderung von konservativen Unterhausabgeordneten nach Einführung kommerziellen Rundfunks laut wurde, lag die Zahl der Fernseh lizenzen bei knapp 764000. Es war nicht das Beispiel anderer Länder, das kommerzielles Fernsehen als wünschenswert erscheinen ließ: Das amerikanische Privatfernsehen war aus britischer Perspektive nicht nachahmenswert, und in Europa gab es zwar in Luxemburg einen kommerziellen Radio-, jedoch nirgends einen kommerziellen Fernsehsender (der erste wurde zeitgleich mit Großbritannien von Luxemburg eingeführt).

Es waren auch nicht die politische Bedeutung des Fernsehens oder das Programm der BBC, die die Befürworter des kommerziellen Rundfunks motivierten. Die Bedeutung des Fernsehens für die politische Berichterstattung war damals noch kaum zu ermessen, weil der Rundfunk keine relevante Größe war, wenn es um Politik ging. Die BBC bot ein Kultur- und Unterhaltungsprogramm sowie Nachrichten. Aktuelle Themen hatte sie zu meiden, Politik zu kommentieren war ihr prinzipiell untersagt. Die Legitimation dieser politischen Domestizierung des Rundfunks lag in der Alleinstellung, die in der britischen politischen Kultur dem Parlament zukam: Nur Unter- und Oberhaus galten als legitimierte Foren für die Austragung politischer Auseinandersetzung. Der Rundfunk sollte damit nicht konkurrieren, und vor allem sollte er der Exekutive, also dem Premierminister und seinen Kabinettsmitgliedern, nicht die Möglichkeit bieten, das Parlament zu umgehen und sich über das Mikrofon direkt an die Wählerschaft zu wenden statt im Unterhaus an die Abgeordneten der Regierungspartei und der Opposition.

Auch in Deutschland begann die regelmäßige Ausstrahlung von Radioprogrammen kurz nach dem Ersten Weltkrieg, im Jahr 1923. In den folgenden drei Jahren wurde eine Rundfunkorganisation errichtet, die im Gegensatz zum britischen Radio eine regionale Basis, jedoch gleichzeitig eine deutlichere Staatsanbindung hatte. Insgesamt neun Rundfunkgesellschaften, die jeweils zu 51 Prozent der Reichspost und zu 49 Prozent privaten Anteilseignern gehörten, lieferten das kulturelle Programm. Nachrichten und sonstige politische Sendungen bezogen die Rundfunkanstalten von der Drahtlosen Dienst AG (Dradag), die zu 51 Prozent dem Reichsinnenministerium gehörte; die restlichen Anteile teilten sich Nachrichtenagenturen, die Verlage Mosse und Scherl sowie der Reichsverband der deutschen Presse. Im letzten Jahr der Weimarer Republik, 1932, verstaatlichte die Reichsregierung unter dem Kanzler Franz von Papen den Rundfunk und unterstellte ihn zwei Staatskommissaren. Die leitende Idee dabei war, den Reichstag, an dem die Regierung bereits mittels Notverordnungen vorbeiregierte, als politisches Forum durch den Rundfunk zu ersetzen und diesen der Regierung vorzubehalten. Die Regierung unter Adolf Hitler entwickelte diese Idee bekanntlich weiter und baute den Rundfunk als strikt top-down gelenktes Verlautbarungs- und Unterhaltungsmedium aus. Ein Fernsehprogramm wurde ab 1935 ausgestrahlt, das jedoch nur in Fern-

sehstellen in und um Berlin herum gesehen werden konnte. Nach dem Krieg, der auch in Deutschland ohne Fernsehen stattfand, begann die größte regionale Rundfunkanstalt, der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR), Ende 1950 mit einem dreimal wöchentlich ausgestrahlten Fernsehprogramm. Selbst für die größte deutsche Anstalt war die Produktion eines Fernsehvollprogramms schlicht zu teuer. Erst das 1953 etablierte Gemeinschaftsprogramm der Arbeitsgemeinschaft deutscher Rundfunkanstalten (ARD) konnte eine tägliche Ausstrahlung von Fernsehprogrammen in den westlichen Besatzungszonen leisten.

Die alliierten Siegermächte, die nach 1945 in ihren jeweiligen Besatzungszonen auch in Rundfunkfragen das letzte Wort hatten, verordneten den Deutschen der britisch, amerikanisch und französisch besetzten Zonen einen staatsfreien Rundfunk – also das Gegenmodell zum NS-Rundfunk. Dem entsprach, dass der Rundfunk gebührenfinanziert und föderal verfasst, also frei von Einfluss seitens der Bundesregierung war; und dass keine Landesregierung unmittelbaren Zugriff auf die entstehenden regionalen Rundfunkanstalten hatte. Dem entsprach weniger, dass die deutschen Politiker – viele von ihnen hatten ihre rundfunkpolitischen Vorstellungen aus der Zeit der Weimarer Republik nicht wesentlich verändert – alsbald darangingen, die Rundfunkanstalten von zwei Seiten her zu durchdringen: zum einen seitens der jeweiligen Landesregierung und zum anderen durch parteipolitische Besetzung der Rundfunkgremien seitens der jeweiligen Landtagsfraktionen. Die entscheidende rundfunkpolitische Ebene war also die der Bundesländer. Die Gründung eines der Bundesregierung nahestehenden Fernsehsenders mit privaten Programmanbietern wurde der Regierung des christdemokratischen Bundeskanzlers Konrad Adenauer 1961 durch das Bundesverfassungsgericht untersagt. An dessen Stelle wurde im selben Jahr das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) als Fernsehsender der Bundesländer gegründet, in dessen Gremien sich alsbald die bekannten politischen Besetzungsprozesse durchsetzten. Die Etablierung eines privat verfassten Fernsehens blieb in den folgenden Jahren ein christdemokratischer Programmpunkt. Als sich nach dem Regierungswechsel in Bonn 1969, der mit Willy Brandt erstmals einen Sozialdemokraten an die Spitze der Exekutive brachte, das innenpolitische Klima erhitzte, nahmen auch die rundfunkpolitischen Kontroversen zwischen CDU und SPD an Schärfe zu. Der aus konservativer Sicht SPD-lastige öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde zum

Zankapfel, und konservative Landesregierungen zunächst Anfang der 1970er Jahre in Bayern, dann in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, gingen von der Kritik zum Angriff auf öffentlich-rechtliche Sendeanstalten über. Letztere Geschichte ist es, die im Folgenden erzählt werden wird.

Die Politikberichterstattung fand in der Bundesrepublik ebenso wie in Großbritannien vor wie nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in den politischen Zeitungen statt. Sie waren die Organe der politischen Meinungsbildung und Kommentierung, die meist einer politischen Partei oder einem politischen Milieu nahestanden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hatte überparteilich zu sein – was hieß, er musste sich von aktuellen politischen Auseinandersetzungen fernhalten, bei parteipolitisch kontroversen Themen Abstand wahren und durfte nicht selbst kommentieren. In beiden Ländern war demzufolge damals der Rundfunk mehr kulturelle Bildungseinrichtung und Unterhaltungsmedium als ein Forum politischer Auseinandersetzung. In Großbritannien änderte sich das erstmals Mitte der 1950er Jahre ein wenig, als die Errichtung eines kommerziellen Fernsehprogramms den Kollateralnutzen mit sich brachte, dass das der BBC auferlegte Verbot der Berichterstattung über aktuelle politische Themen gelockert und für die neuen Privatsender dann ebenso verfahren wurde. In der Bundesrepublik blieb dagegen der Rundfunk bis in die 1960er Jahre überwiegend Vermittlungsinstanz von Kultur und politischer Bildung und Instrument gesellschaftlicher Integration.

Allerdings hielten seit Beginn der 1960er Jahre neue Formate Einzug in das Fernsehprogramm der ARD, die das Fernsehen punktuell politisierten. In Magazinen wie *Panorama* (seit 1961) und in politischen Dokumentationen präsentierten meinungsstarke Journalisten und Journalistinnen kritische Darstellungen und Analysen zu aktuellen politischen Fragen. Viele dieser Redakteure und Kommentatoren waren in die Rundfunkhäuser gekommen, als diese noch durch die Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit geprägt waren. Ihre Sendungen wurden zum Stein des Anstoßes für konservative Politiker, die, an das engere Meinungsspektrum ihrer jeweils präferierten Zeitungen und die Meinungslosigkeit des Rundfunks gewöhnt, diese neue Art des Rundfunkjournalismus als Bedrohung empfanden.

Die These, die der folgenden Darstellung zugrunde liegt, lautet, dass das Ziel in beiden Ländern weniger der kommerzielle Rundfunk

als solcher war, sondern dass es vor allem um die Dezentrierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ging. Allerdings waren die Gründe für dieses politische Ziel konservativer Politiker jeweils andere. Das lag zum einen am Zeitunterschied: Als in der Bundesrepublik die Auseinandersetzungen über privates Fernsehen stattfanden, war dessen Einführung nicht mehr so begründungsbedürftig wie Anfang der 1950er Jahre. Großbritannien und Luxemburg hatten es bereits; seit den 1970er Jahren folgten Italien, Finnland und Griechenland. Und beginnend mit dem Jahr 1984, als in der Bundesrepublik erste kommerzielle Programme ausgestrahlt wurden, verging in Europa kaum ein Jahr, in dem nicht wenigstens ein weiteres Land diesen Beispielen folgte. Der Zeitabstand zwischen den 1950er Jahren und der Zeit um 1980 bedeutete auch, dass bundesdeutsche Politiker bereits Erfahrungen mit dem Fernsehen und dessen Potenzial für die Fokussierung politischer Aufmerksamkeit hatten. Zum anderen und vor allem zeigte sich jedoch, dass es gerade die föderal verfasste Rundfunkorganisation war, die in der Bundesrepublik der 1970er und frühen 1980er Jahre Christdemokraten den Anlass lieferte, auf regionaler Basis mit der Einführung kommerziellen Rundfunks und damit der Einhegung des öffentlich-rechtlichen Modells Ernst zu machen.

Ende eines Fernsehmonopols. Die BBC in der britischen Politik Anfang der 1950er Jahre

Seit Abschaffung der Zensur werden akademische Schriften eher selten zum Gegenstand parlamentarischer Sitzungen. Eine Ausnahme machte das britische Oberhaus, das House of Lords, am 9. Mai 1962; nicht zum Zweck der Zensur, sondern zur Neueröffnung des Schlagabtausches zwischen Kontrahenten, die sich wenige Jahre zuvor heftig über die Einführung des kommerziellen Rundfunks in Großbritannien gestritten hatten. Das Thema war Gegenstand einer der wichtigsten innenpolitischen Gesetzesinitiativen der Churchill-Regierung von 1951–1955 gewesen und hatte in der ersten Hälfte der 1950er Jahre die Gemüter erhitzt – vor allem in der rundfunkpolitisch zutiefst gespaltenen Konservativen Partei. Die Regierung hatte mit dem Television Act von 1954 die gesetzliche Grundlage für den einschneidendsten politischen Eingriff in die britische Medienlandschaft jenseits von Kriegen geschaffen, indem sie der öffentlich-rechtlichen BBC private Fernsehanstalten unter dem Dach der Independent Television Authority (ITA) an die Seite gestellt hatte. Und nun, Anfang der 1960er Jahre, saßen ehemalige Minister, die damals das entscheidende Gesetz durch das Parlament gebracht hatten, gemeinsam mit einigen seiner entschiedensten Gegner im House of Lords. Vorausgegangen war der Verabschiedung des Television Act ein mehrjähriges Hin und Her auf und hinter der politischen Bühne. Angesichts der Tatsache, dass zuvor weder grundsätzliche Kritik am Programm der BBC noch ein gesellschaftliches Bedürfnis nach privatem Fernsehen laut geworden war und dass keine der im Unterhaus vertretenen Parteien – etwa in Wahlkämpfen – programmatisches oder Richtungweisendes zum Rundfunk geäußert hatte, konnten bereits die Zeitgenossen über die Gründe nur rätseln. Unschwer identifizierbar war jedoch für alle Seiten des sich entspinrenden Streits und für dessen Beobachter, von wem der Anstoß ausgegangen war: von einer kleinen Gruppe von Hinterbänklern der konservativen Unterhausfraktion, die für die Abschaffung des Rundfunkmonopols der BBC agitierte. Wie es jedoch dazu kam, dass sich diese – laut Pre-

mierminister Winston Churchill – dumme und interessegeleitete Agitation¹ gegen eine Regierung und eine konservative Parteiführung durchsetzte, für deren Mitglieder in ihrer Mehrheit Werbung im Fernsehen entweder kein Anliegen oder aber ein rotes Tuch darstellte, war eine offene Frage.

Eine Antwort lieferte dann das 1961 erschienene Buch *Pressure Group. The Campaign for Commercial Television*,² über das in der sechsstündigen Debatte diejenigen stritten, die sein Gegenstand waren. Deses Autor war Harper Hubert Wilson, ein Politikwissenschaftler aus Princeton. Ihn interessierte das Thema als Fallstudie darüber, wie die internen Machtverhältnisse der Konservativen Partei Großbritanniens beschaffen waren und in welchem Zusammenhang diese mit äußeren Einflüssen standen.³ Die von ihm zusammengetragenen Quellen – Zeitungen, Parlamentsdebatten und Interviews – legten in seinen Augen den Schluss nahe, dass es einer kleinen, aber gut organisierten Gruppe von Abgeordneten in Verbindung mit wirtschaftlichen Interessengruppen aus der elektronischen Industrie und der Werbebranche gelungen war, stärkeren Einfluss auf Entscheidungen der eigenen Partei zu nehmen als Wähler oder Fraktion.⁴ Diese Abgeordneten repräsentierten, so Wilsons abschließende »Spekulationen«, einen »zynischen Pseudoegalitarismus«, einen neuen Konservatismus, der nicht mehr von der Aufrechterhaltung von Werten und Traditionen geleitet wurde, sondern von der Strategie, die eigene Karriere zu fördern, indem unbegrenzter Konsum und »Freibier« für alle versprochen wurde.⁵ Wie hier anklingt, scheint Wilson, erkennbar selbst konservativ eingestellt, von seinen eigenen Befunden in den Empörungsmodus versetzt worden zu sein. Ein Bekannter von ihm, der britische Journalist Francis Williams – der an den Auseinandersetzungen der frühen 1950er Jahre nicht aktiv teilgenommen hatte, weil ihm als Presseemann der Wettbe-

1 Schreiben Churchills an den Chairman der Konservativen Partei, Frederick Woolton, vom 11. August 1953 (Kopie), Bodleian Library Oxford, Woolton Papers 22, Bl. 53.

2 Wilson, *Pressure Group*.

3 Ebd., S. 9, 15.

4 Ebd., S. 208.

5 Ebd., Kapitel IX: *Speculations*, S. 206–215, insbesondere S. 211–215, Zitate S. 214, 211. Den Vergleich von »free beer« mit kommerziellem Fernsehen hatte ein Delegierter auf der konservativen Parteikonferenz 1953 angestellt.

werb im Medienbereich und die Finanzierung über Werbung selbstverständlich war –, saß 1962 als Lord Francis-Williams im House of Lords. Er bereicherte die Debatte um den Bericht über eine Unterhaltung, die er mit Wilson vor dessen Rückkehr von seinem Forschungsaufenthalt in die Vereinigten Staaten geführt hatte. Der Politikwissenschaftler sei aus Europa so desillusioniert zurückgekehrt, meinte der Lord, wie weiland ein anderer Wilson, der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, 1919 von der Pariser Friedenskonferenz – nämlich mit dem Gefühl, das alte Europa habe ihn im Stich gelassen.⁶

Wilson's Darstellung der Hintergründe, die seines Erachtens für die Einführung des kommerziellen Fernsehens entscheidend waren, war Wasser auf die Mühlen all derer, die diese Neuerung acht Jahre nach ihrer Einführung womöglich noch stärker ablehnten als zuvor. Auf die Tagesordnung des Oberhauses war Wilson's Buch von Lord Reith gesetzt worden, dem berühmten ersten Generaldirektor der BBC von 1927 bis 1938. Sein Widerstand gegen die Beendigung des nationalen Rundfunkmonopols, das die BBC bis 1954 gehabt hatte, war in seinen Augen offensichtlich nach mehreren Jahren, in denen die im Independent Television (ITV) zusammengeschlossenen Anbieter das Land mit Programmen und Werbung versorgt hatten, mehr als gerechtfertigt. Es dürfte kein Zufall gewesen sein, dass Reith Wilson's Analyse des politischen Prozesses, der Großbritannien zum ersten europäischen Land außer Luxemburg gemacht hatte, das privaten Rundfunk – für den Fernsehbereich – einführte, gerade jetzt zum Thema des britischen Oberhauses machte. Seit 1960 arbeitete ein Komitee unter der Leitung von Harry Pilkington an einem Bericht zur Zukunft des Rundfunks in Großbritannien. Die Publikation des Berichts stand unmittelbar bevor. Er würde sich, was den Diskutanten im House of Lords noch nicht bekannt war, als letztes Manifest der ITV-Gegner aus Bildungsbürgertum und Oberschicht entpuppen, die ihre Klagen über zunehmende Gewaltkriminalität und Kinderverwahrlosung auf der Schwelle von ITA und ITV abluden.⁷

6 Lord Francis-Williams im Oberhaus am 9. Mai 1962, Hansard, Bd. 240, Oberhaussitzung vom 9. Mai 1962, Sp. 223–334, hier S. 253.

7 Report of the Committee on Broadcasting, 1960. Presented to Parliament [...] June 1962 (Cmd. 1753), London 1962; Report of the Committee on Broadcasting, 1960, vol. II: Appendix E: Memoranda submitted to the Committee (Papers

In der von Reith losgetretenen Oberhausdebatte allerdings kamen diese Stimmen argumentativ auf keinen grünen Zweig. In ihrem Verlauf meldeten sich nämlich nicht zuletzt diejenigen zu Wort, die als Minister oder Abgeordnete für die Einführung des kommerziellen Fernsehens verantwortlich gezeichnet hatten. Ihnen hatte Reith eine Steilvorlage geliefert, indem er einleitend die »verschwörerischen und unehrenhaften« Methoden⁸ anklagte, mittels derer das Privatfernsehen eingeführt worden sei. Denn das gab den Befürwortern dieser Maßnahme Gelegenheit auszuführen, dass Interessengruppen normaler Bestandteil demokratischer Politik seien und dass jeder berechtigt sei, seine Meinung gegenüber der Regierung stark zu machen.⁹ So der Earl De La Warr, der als Postmaster-General seinerzeit wesentlich zur Vorbereitung des Television Act von 1954 beigetragen hatte. Er und andere erinnerten auch mit erkennbarem Vergnügen daran, dass es zuerst die Verteidiger des Status quo waren, die 1953 eine Interessengruppe – den National Television Council – gebildet hatten, deren Beispiel dann erst Wochen später die Lobbygruppe der Gegenseite – die Popular Television Association – gefolgt war.¹⁰ Und diese Redner vergaßen nicht, darauf hinzuweisen, dass auch der National Television Council von wirtschaftlichen Interessenten, etwa den Kinobesitzern, Geld erhalten hatte. Es fehlte auch nicht der Hinweis auf die, wie Lord Lloyd meinte, fragwürdigen publizistischen Methoden der Lobbyisten für den Erhalt des BBC-Monopols. Der Konservative fand, die Befürworter des kommerziellen Fernsehens hätten sich niemals zu dem »Exzess« der Gegner verstiegen, bei öffentlichen Veranstaltungen einen Pavian auszustellen.¹¹ Das spielte auf den wohl erfolgreichsten PR-Gag der damaligen Kampagnen an, wenn auch mit einem Irrtum hinsichtlich der Spezies: Der Hauptprotagonist war kein Pavian, sondern ein Schimpanse gewesen. Am 2. Juni 1953 war Kronprinzessin Elizabeth zur Königin gekrönt worden. Dieses Ereignis wurde erstmals vom Fernsehen übertragen, auch in den Vereinigten Staaten. Dort wurde in einer Werbepause ein

103–275). Presented to Parliament [...] September 1962 (Cmnd. 1819–1), London 1962.

8 Lord Reith im Oberhaus am 9. Mai 1962, Hansard, Bd. 240, Oberhaus Sitzung vom 9. Mai 1962, Sp. 227.

9 Earl De La Warr, ebd., Sp. 247.

10 Earl De La Warr, ebd., Sp. 248.

11 Lord Lloyd, ebd., Sp. 263.

Running Gag des Senders NBC, der Schimpanse J. Fred Muggs, eingebaut, dem im »Interview« die Frage gestellt wurde, ob man dort, wo er herkäme, ebenfalls Krönungen habe.¹² In den Londoner politischen Kreisen hatte man das nicht lustig gefunden. Die Empörung über die Entweihung einer feierlichen königlichen Zeremonie durch einen kommerziellen Fernsehsender nutzend, war Christopher Mayhew, der Labour-Abgeordnete und führende Kopf des National Television Council, bei einer Diskussionsveranstaltung der Oxford Union Society zum kommerziellen Fernsehen mit einem Schimpansen auf dem Arm aufgetreten.¹³

In der Tat konnte schlechterdings nicht geleugnet werden, dass in der ersten Hälfte der 1950er Jahre von beiden Seiten der damaligen Front erheblicher Druck auf die Regierung ausgeübt worden war, mit oder ohne tierischen Beistand. Lord Milverton, im fraglichen Zeitraum Abgeordneter der Konservativen im Unterhaus und Befürworter des Television Act, nutzte diesen Punktsieg, um Wilson – »a man obsessed with the idea of pressure groups« aus dem Land »of pressure politics, pressure cookers, pressurised air, and pressurised other things« – zu attestieren: »With an outlook like this [...] it would be possible to attribute even the growth of Christianity to a successful pressure group aiming at the spiritual domination of mankind.«¹⁴

Was auch immer die gegen das kommerzielle Fernsehen eingestellten Lords vorbringen mochten, ein auch nur annähernd so erfolgreich zu polemischer Häme und faktischer Richtigstellung einladender Angriffspunkt war für ihre Position nicht zu finden. Der Aufhänger der Diskussion, Wilsons Interpretament der »pressure group« und ihres unziemlichen Einflusses, eröffnete nur die Bresche, die Befürworter des kommerziellen Fernsehens für zu dumm zu erklären, um ihre Manipulation durch interessierte Kräfte zu erkennen, oder für heimtückisch genug, eine solche Manipulation zu nutzen. Die traditionell überhöfliche Diskussionskultur des Oberhauses war mit solchen Invektiven jedoch schwer vereinbar. Noch in einem weiteren wichtigen Punkt der Debatte war es schwer, Wilsons Kritikern beizukommen,

12 Zit. nach Briggs, *Sound and Vision*, S. 472.

13 Mayhew, *Time to Explain*, S. 129.

14 Lord Milverton im Oberhaus am 9. Mai 1962, Hansard, Bd. 240, Oberhaussitzung vom 9. Mai 1962, Sp. 295.

nämlich in der Frage des Rundfunkmonopols. Der Begriff des Monopols war seinerzeit das Fahnenwort der Kämpfer gegen die Alleinstellung der BBC gewesen. Allerdings brauchte dieser Begriff nicht erst durch Lobbyarbeit zum Kampfbegriff gemacht zu werden; das war er auf dem Gebiet der Wirtschaft bereits in früheren Jahren gewesen, auch in Diskussionen über die gesetzlichen Grundlagen der BBC, wie sie bereits in den 1930er und 1940er Jahren aufgeflackert waren. Es war also keine »pressure group« und keine Ranküne hinter den Kulissen nötig, um diese Position in der Partei durchzubringen; die Konservativen waren davon bereits überzeugt, wie der Lord Chancellor Viscount Kilmuir, der in der Churchill-Regierung Innenminister gewesen war und in dieser Funktion den Television Act durch das Unterhaus gebracht hatte, anmerkte.¹⁵ Und auf die Tagesordnung gesetzt hatte den Kampfbegriff letztlich mit nachhaltiger Wirkung der Monopolbefürworter Reith selbst. Vor dem Beveridge-Komitee, das von 1949 bis Ende 1950 einen Bericht darüber erarbeitet hatte, wie die gesetzlichen Grundlagen der BBC zukünftig ausgestaltet werden sollten, hatte er die »brute force of monopoly« gepriesen, die als Grundlage der britischen Rundfunkpolitik unerlässlich sei; könne doch nur sie die heilsamen erzieherischen Wirkungen entfalten, die vom Rundfunk seiner Meinung nach ausgehen sollten.¹⁶ An diese Formulierung erinnerte Lord Lloyd das Oberhaus,¹⁷ was es ihm und Gleichgesinnten erlaubte, ihre entsprechenden Positionen der 1950er Jahre zu wiederholen: dass nämlich ein Monopol, das die freie Meinungsäußerung einschränke oder zu großen Einfluss auf die Menschen ausübe, besonders verwerflich und darüber hinaus eine extreme Form der Patronage sei, weil die BBC diejenigen, die in ihren Programmen zu Wort kamen, selbst aussuchen könne.¹⁸

Eine singuläre Stellung im Verlauf der Oberhausdebatte nahm ein längerer Beitrag Lord Strangs ein. Der ehemalige Diplomat, mit bürgerlichem Namen William Strang, hatte nie im Unterhaus gesessen,

15 Lord Chancellor Viscount Kilmuir, ebd., Sp. 320 ff.

16 Minority Report, submitted by Mr Selwyn Lloyd, in: Report of the Broadcasting Committee, 1949 (Cmd. 8116)[Bd. 1], London 1951, S. 201–210, Zitate S. 203, 205f.

17 Lord Lloyd im Oberhaus am 9. Mai 1962, Hansard, Bd. 240, Oberhaussitzung vom 9. Mai 1962, Sp. 258.

18 Lord Lloyd, ebd., Sp. 259, 282.

war kein Mitglied der Konservativen oder einer anderen Partei und deswegen einer äquidistanten Betrachtung fähig. Er resümierte und kontextualisierte Wilsons Befunde in einer schlüssigen Weise, wie sie dem Autor selbst allem Anschein nach nicht zur Verfügung gestanden hatte. Was immer man von Monopolen halten möge, so Strang, die Einführung des Privatfernsehens sei nicht notwendigerweise eine Antwort auf sie und insofern erklärungsbedürftig. Er sah, wie Wilson, einen Grund dafür, dass diese kleine Revolution stattgefunden habe, in einer sehr geschickten Kampagne einer kleinen Gruppe innerhalb und außerhalb des Parlaments, der es gelang, die Regierung und die Konservative Partei zu einer Maßnahme zu bewegen, die beide zuvor abgelehnt hatten. Einen zweiten Grund sah Strang darin, dass die Zeitumstände günstig gewesen waren, denn die Konservativen waren im Oktober 1951 mit einer eher schwachen Mehrheit von 17 Sitzen an die Regierung gekommen und daher gezwungen, auf Druck von den hinteren Bänken der Fraktion zu reagieren. Und für das Conservative Central Office, das für die Wahlkampfstrategien der Konservativen Partei zuständig war, kam das Thema Privatfernsehen gerade recht, würde es doch genau diejenigen Wählergruppen anziehen, um die es ging, wenn die Partei ihren Stimmenvorsprung ausbauen wollte: zum einen diejenigen Interessen in Industrie, Handel und Werbebranche, die sich von der Einführung werbungsfinanzierten Fernsehens eine Stärkung der Konsumentennachfrage erhofften; zum anderen Wählerinnen und Wähler der Labour-Partei, von denen vermutet wurde, dass sie dem Privatfernsehen und seinen Unterhaltungsprogrammen mehr abgewinnen würden als die Wähler und Wählerinnen der Konservativen. Unter diesen Bedingungen, so Strang, war die Kampagne der Hinterbänkler erfolgreich, auch wenn sie ihre Ziele nicht zur Gänze erreichte. Gesponserte Programme wie in den USA oder Australien wurden nicht eingeführt, und die Aufsichtsbehörde ITA wurde den Programmanbietern als starkes Kontrollorgan übergeordnet. Dieser Erfolg wäre jedoch ausgeblieben, hätte die Kampagne nicht so gut in die konservative Nachkriegspolitik gepasst: Diese Politik »was addressed [...] to the newly-prosperous electors in the lower middle ranges of society. It took credit for that prosperity and promised to continue it and make it secure for the future. Commercial television played in with this appeal by showing how, in practice, the new prosperous life could be lived. In the course of the campaign, the old-style

traditionalists inside and outside the Government and Parliament were routed.«

Die Episode der ersten Hälfte der 1950er Jahre und ihr Ergebnis – von dem Strang selbst eher weniger begeistert war – sei also perfekt erklärbar, ganz ohne korrupte Praktiken zu unterstellen. Sie bilde einen Teil des konservativen Gestaltwandels »away from the respectable principles of the older philosophic conservatism towards the idols of the market place«. ¹⁹

Besser könnte eine historische oder politikwissenschaftliche Analyse auch heute, auf der Grundlage eines reichhaltigeren Quellenmaterials, die wichtigen Umfeldbedingungen nicht auf den Punkt bringen. Abgesehen von kleineren Irrtümern oder Auslassungen – so fehlt etwa bei der Aufzählung der Federn, die die Hinterbänkler-Kampagne lassen musste, auch das der BBC erhalten gebliebene Radiomonopol – hat diese Analyse durchaus etwas für sich.

Nach sechs Stunden lebhafter Diskussion zog Reith seinen Antrag, eine Untersuchung über die Umstände anzustellen, die zur Einführung des kommerziellen Fernsehens geführt hatten, zurück.

Dem Diskussionsverlauf lassen sich drei Themenschwerpunkte entnehmen, die in der Tat zentral sind, um zu verstehen, wie es dazu kam, dass in Großbritannien ab 1955 – zeitgleich mit Luxemburg, wo es zuvor bereits privaten Hörfunk gegeben hatte – werbefinanzierte Fernsehprogramme ausgestrahlt wurden. Alle drei Themen können jedoch heute auf der Basis umfänglicher Quellenbestände erheblich ergänzt und modifiziert werden. Der erste Punkt, den die Debatte im House of Lords zu recht konstatierte, ist die große Bedeutung der »pressure groups« im Plural. Diese konfligierende Ausübung von Druck auf die Regierung war es, die, wie im Folgenden gezeigt werden soll, das Geschehen wesentlich beeinflusste. Die Bedeutung beider »pressure groups« ergab sich allerdings vor allem aus der knappen Mehrheit der Konservativen, die die Regierung zum Lavieren zwang, um eine Abstimmungsniederlage zu vermeiden – also nicht unbedingt aus dem, was diese Gruppen im Einzelnen taten.

Auch der Gestaltwandel konservativer Parteipolitik, der zweite im Oberhaus angeführte Themenschwerpunkt, spielte Anfang der 1950er Jahre in der Tat eine Rolle – allerdings nicht in Gestalt des Masterplans,

¹⁹ Lord Strang, ebd., Sp. 283–288, Zitate S. 287f.

den Lord Strang 1962 so konzise darstellte, auch wenn es ihn in einer so prominenten Rolle nicht gab. Es ging zwar durchaus um die Frage, wie man Wählerinnen und Wähler anziehen konnte, die zuvor Labour gewählt hatten, und um die Möglichkeiten, die in diesem Zusammenhang das Versprechen kostenloser Unterhaltung und die Attacke auf die für diese Schichten nicht besonders attraktive BBC boten – denn viele bevorzugten das nach England hineinsendende Radioprogramm von Radio Luxemburg.

Im politischen Alltagsgeschäft dominierte jedoch im Verlauf des mehrjährigen Zeitraums, in dem verhandelt und gestritten wurde, kein zukunftsorientiertes Design, sondern ein gegenwärtiges Dilemma: Um aus den eben genannten Gründen eine Abstimmungsniederlage zu vermeiden, hätten Regierung und Parteiführung es vorgezogen, dem Drängen auf Einführung privaten Fernsehens nachzugeben, ohne eine Gesetzesvorlage dafür ins Unterhaus zu bringen. Um jedoch die Gegner einer solchen Neuerung bei der Stange zu halten, musste genau eine solche gesetzliche Grundlage her, weil ohne sie keine autoritative Kontrollinstanz eingerichtet werden konnte, die diese Gruppierung besänftigen konnte.

Ein dritter für das Thema zentraler Schwerpunkt zeigt sich in der Debatte der Lords nur als bemerkenswerte Leerstelle. Keiner der Diskutanten ging näher auf die Frage ein, wie seinerzeit das Verhältnis zwischen Politikern und BBC beschaffen war. Letztere wurde fast ausschließlich in ihrer Eigenschaft, ein Monopol zu verkörpern, erwähnt, und davon abgesehen geradezu routinemäßig gelobt. Hatte die rundfunkpolitische Wende der Konservativen Partei etwas mit Differenzen zu tun, die zwischen Politikern und Rundfunkanstalt aufgetreten waren – etwa mit immer wieder einmal auftauchenden Vorwürfen, die BBC sei zu »links« und ihretwegen hätte Churchill die Unterhauswahlen 1945 verloren? War die BBC den Politikern zu kritisch geworden? Wünschte man sich vonseiten der Politik einen Konkurrenzsender, weil man sich davon eine genehmere Berichterstattung versprach? War den Politikern das Fernsehen als politisches Medium so wichtig, dass sie es der BBC nicht allein überlassen wollten? Diese Fragen will ich im Folgenden beantworten und die genannten Themenschwerpunkte zu einer Darstellung verdichten, die das Geschehen auch dann verständlich macht, wenn man nicht an geschichtslenkende Masterpläne der einen oder anderen Art glaubt.

Rundfunk und Politik nach dem Zweiten Weltkrieg

Harold Nicolson war kein Snob. Von anderen Angehörigen der englischen Oberschicht unterschied er sich durch ein alles andere als mainstream-förmiges Privatleben; sein Eheleben mit der ebenso willens- wie ausdrucksstarken Dichterin Vita Sackville-West hatte immer wieder extreme Ausschläge, die in informierten Kreisen nicht unbekannt blieben. Das galt etwa für die frühen 1920er Jahre, als Sackville-West sich mit einer Geliebten nach Frankreich absetzte und Nicolson in einem Doppeldecker hinterherflog, um seine Frau zurückzugewinnen. Auch Nicolson's politische Neigungen waren in seinen gesellschaftlichen Kreisen ungewöhnlich, weil er die Konservative Partei nicht mochte und zweimal für die Labour-Partei kandidierte, obwohl er auch sie nicht mochte. Von anderen Mitgliedern des diplomatischen Dienstes, dem er bis Ende der 1920er Jahre angehört hatte, trennte ihn seine Abneigung gegen Zeremonien und andere Äußerlichkeiten. Seine 1933 erschienene Darstellung der Pariser Friedenskonferenz von 1919,²⁰ an der er als Mitglied der britischen Delegation teilgenommen hatte, macht diese abständige und nicht unironische Einstellung bis heute zu einer lesenswerten Lektüre. Nicolson's über mehrere Jahrzehnte hinweg geführtes Tagebuch gehört gerade wegen der nonkonformen Individualität seines Verfassers zu den aufschlussreichsten Selbstzeugnissen der britischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Als Nicolson als Berichterstatter für die BBC an der Pariser Friedenskonferenz von 1946 teilnahm, war er nicht nur ein besonders geeigneter Berichterstatter, weil er bereits bei der Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg dabei gewesen war, sondern auch wegen seiner Erfahrungen als Kommentator und Beiträger in Radiosendungen der BBC. Seine Aufgabe in Paris machte Nicolson dennoch nervös; denn noch nie zuvor hatte er, wie jetzt, zu einem internationalen Publikum gesprochen, das zu adressieren ihm schwerfiel. Denn, wie er kurz vor Konferenzbeginn schrieb: »The whole secret of broadcasting is to address oneself to a *personal* audience.« Er beschloss, sich für die Zwecke seiner Konferenzberichterstattung ein imaginiertes Publikum vor Augen zu stellen, verkörpert durch eine jüngere Frau (Nicolson selbst war zu diesem Zeitpunkt 60 Jahre alt), sympathisch und uninformiert, de-

20 Nicolson, *Peacemaking* 1919.

ren schweres Schicksal sie bemitleidenswert macht.²¹ Das verrät weniger etwas über Nicolson selbst, der, wie gesagt, nicht zum Snobismus neigte, sondern vielmehr darüber, wie Mitte des 20. Jahrhunderts ein Rundfunkerfahrener Berichterstatter seine Rolle fand, indem er quasi nach unten sprach: der Mann zur Frau, der Wissende zur Uninformierten, der Sympathisierende zur Hilfsbedürftigen. Eine bessere Illustration dafür, was gemeint ist, wenn man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk der damaligen Zeit als paternalistisch bezeichnet, ist kaum vorstellbar. Und paternalistisch war die BBC, ebenso wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Westdeutschland und anderswo. Sie stellte mehr eine Bildungseinrichtung als ein politisches Medium im heutigen Sinn dar: Ihre Aufgabe war, wie die BBC-Mitarbeiter selbst und die politische Klasse Londons es sahen, Kultur zu vermitteln, Werte religiöser und anderer Art zu festigen und Informationen zu liefern – ein Programm also, in dem sich vor allem die gebildete Oberschicht und obere Mittelschicht wiederfanden. Zwar hatte der Zweite Weltkrieg einem Einbruch des Trivialen Vorschub geleistet, weil für die Soldaten ein eigenes Programm mit höherem Unterhaltungswert für Nichtstudierte eingerichtet wurde. Dieses Programm musste seiner großen Beliebtheit wegen nach Kriegsende als Light Programme fortgesetzt werden, zum Leidwesen des Generaldirektors der BBC, William Haley. Wie Haley einmal dem Journalisten Francis Williams erklärte – der 1962 als Lord Francis-Williams im Oberhaus saß, als dort das Buch von Wilson diskutiert wurde –, sah er seine Mission darin, Hörerinnen und Hörer vom Light Programme zum Home Programme zu führen und von dort zum bildungsorientierten Dritten Programm, bis dann später einmal nur noch das Dritte Programm übrig bleiben würde.²² Das Home Programme war das für die britischen Inseln bestimmte Programm, das Dritte Programm war auf Betreiben Haleys nach dem Krieg eingerichtet worden und war mit seinem ausgesuchten Angebot hörbarer Kultur die eigentliche Inkarnation des BBC-Bildungsanspruchs. Die Mehrzahl der Hörerinnen und Hörer hatte jedoch andere Prioritäten: Sie schalteten am zahlreichsten und häufigsten das Light Programme ein, weniger zahlreich und weniger häufig das Home Pro-

21 Nicolson, *Diaries and Letters, 1945–1962*, S. 68 (Eintrag vom 27. Juli 1946).

22 Williams, *Nothing so Strange*, S. 271f.

gramme und gern zwischendurch Radio Luxemburg (vor allem für *Top of the Pops*) – aber ganz selten das Dritte Programm.

Politische Berichterstattung wurde, wie seit dem 19. Jahrhundert üblich, von den politisch maßgeblichen Zeitungen erwartet. Sie galten auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch als die legitimen Sprachrohre von Parteien und Parlamentsfraktionen, waren auch meist parteipolitisch gefärbt. Der Rundfunk hatte insofern ein neues Element in diese Konstellation gebracht, als er, schon aus technischen Gründen, dichter an die Regierung herangerückt war, als es ansonsten für Medien – dieser generalisierende Ausdruck bürgerte sich erst seit den 1960er Jahren in Großbritannien und anderswo ein – üblich war. Die Sendeeinrichtungen und die Frequenzverteilung oblagen dem Postmaster General, dem Postminister, der – und mit ihm die Regierung – seit Errichtung der BBC in ihrer öffentlich-rechtlichen Form 1927 verschieden geartete Rechte des Eingriffs in den Betrieb und das Programm der Rundfunkanstalt hatte.²³ Festgelegt waren diese Rechte in den amtlichen Schriftstücken und Verkündigungen des Postministers, die die Charter, die Gründungsurkunde der Corporation, begleiteten. Sie beinhalteten insbesondere die Verantwortlichkeit des Postministers für die politische Berichterstattung der BBC. Diese Verantwortlichkeit erstreckte sich so weit, dass der Postminister beziehungsweise das Kabinett von der BBC verlangen konnten, bestimmte Sendungen zu machen oder zu unterlassen.²⁴ Die zugrunde liegende Vorstellung war, dass der Postminister seine starken Eingriffsrechte gegenüber der BBC nur ausnahmsweise nutzen würde, im Alltagsgeschäft jedoch das Leitungsgremium der Anstalt, das Board of Governors, die größtmögliche Selbstständigkeit haben sollte. Und so wurde es auch gehandhabt. Für die alltägliche Praxis der BBC waren andere Vorgaben entscheidender, die die politische Berichterstattung der 1920er und 1930er Jahre ebenso prägten, wie sie es im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg taten.

So war es der BBC von Anfang an untersagt, in Gestalt politischer Kommentare eigene Meinungen zu publizieren. Bei parteipolitisch

23 Siehe hierzu: BBC Handbook 1958, S. 11–27. Die *Licence*, das wichtigste dieser begleitenden Schriftstücke, ist in ihrer Fassung vom 12. 6. 1952 abgedruckt, ebd., S. 269–276.

24 Paragraf 15(4) der *Licence* der BBC, in der Fassung der *Licence* von 1952, abgedruckt in: BBC Handbook 1958, S. 272.

kontroversen Themen, also auch allen Gegenständen, die zwischen Regierung und Opposition strittig waren, mussten sich die Redakteure somit sehr zurückhalten. Alles, was politisch kontrovers war, konnte demzufolge in der Rundfunkberichterstattung nur im Nachrichtenteil vorkommen, wo absolute Neutralität gefordert war, oder in Sendungen, in denen Parteivertreter ihre Ansichten über das Mikrofon oder später die Kamera verbreiteten. Und schließlich gab es traditionell eine Berichterstattung über das jährliche Ergebnis der Budgetberatungen, bei der erst der Finanzminister und an einem folgenden Tag der Oppositionsführer von einem Journalisten interviewt wurden. Wahlkampfberichterstattung war, da ebenfalls kontrovers, bis in die 1950er Jahre tabu; das Einzige, was man in Zeiten von Wahlen über den Äther gehen lassen durfte, waren wiederum Beiträge der Parteivertreter und, nach Schließung der Wahllokale, die Wahlergebnisse. Bis dahin mussten auch alle möglicherweise als politisch kontrovers erachteten Sendungen ausfallen. Anlässlich der Unterhauswahl von 1950 beispielsweise traf dieses auf dem Wege der Selbstzensur ergehende Verdikt unter anderem eine Kurzgeschichte von Franz Kafka und den Vorschlag des Oppositionsführers Churchill, die USA, die UdSSR und Großbritannien sollten Gespräche über atomare Rüstung führen. Von diesem Vorschlag erfuhren weltweit nur die Rundfunkhörer und -hörerinnen in der Sowjetunion und diejenigen in Großbritannien nichts. Während des Wahlkampfes waren den Journalisten der BBC keine Interviews auf den Straßen und keine kommentierenden Äußerungen – etwa in Form der Beschreibung einer Menschenmenge oder der Schilderung der Stimmung bei der Verkündung der Wahlergebnisse – erlaubt. Erst nach und nach wurden von der BBC in den Nachkriegsjahren des Zweiten Weltkriegs weitere politische Sendeformate eingeführt. Sie versammelten Diskussionsrunden, in welchen von der BBC eingeladene Politiker, Journalisten und andere Protagonisten im Fernsehstudio über politisch aktuelle und kontroverse Themen diskutierten: *In the News* ab 1950, *Press Conference* ab 1952 und ab 1953 *Panorama*, das anfangs am wenigsten politische dieser Programme.

Jedoch waren auch in diesen Sendeformaten die Möglichkeiten der BBC, über politisch Aktuelles zu berichten, stark eingeschränkt. Dafür sorgte die althergebrachte Prärogative des politischen Systems Großbritanniens, die, zusammengenommen, ein feines Netz spannte, das den Aktionsradius der Politikberichterstattung im Rundfunk be-

schränkte. Zum einen gehörte es zu den Vorrechten des Parlaments, also des Unterhauses wie des Oberhauses, nicht von der Exekutive überspielt zu werden – etwa durch einen privilegierten Zugang der Regierung zum Rundfunk, wie er im Krieg bestanden hatte, was 1944 bereits zu einer Vorform der später *Fortnight Rule* genannten Regelung geführt hatte. Das machte eine Feinjustierung nötig, die regelte, wann die Regierung den Rundfunk für ministerielle Verlautbarungen nutzen konnte und unter welchen Bedingungen der Opposition das Recht zustand, auf diese Verlautbarungen ebenfalls im Rundfunk zu reagieren. Zum zweiten nahmen beide Häuser des Parlaments gemeinsam für sich das Recht in Anspruch, primäres Forum politischer Aushandlungsprozesse zu sein. Dem Rundfunk kam in diesem politischen Weltbild eine passive und sekundäre Rolle als reines Übermittlungsmedium parlamentarischen Handelns und Diskutierens zu. Unter den spezifischen politischen Bedingungen der Nachkriegszeit zog sich dieses feingesponnene Netz um die BBC zu: in Gestalt einer Art Allparteienkoalition mit den gemeinsamen Zielen der wechselseitigen Erschwerung des Zugangs zum Mikrofon und zur Fernsehkamera einerseits und der Ausschließung der BBC vom tagespolitischen Geschäft andererseits. Um der Gefahr vorzubeugen, in diesem Netz stranguliert zu werden, ließen sich der Generaldirektor und das Board of Governors der BBC auf eine Lösung ein, die einige Jahre funktionierte, um dann selbst zum Problem zu werden.

Es war die von der Labour-Partei gebildete Regierung, die, nachdem sie in den Unterhauswahlen von 1945 eine überwältigende Mehrheit der Sitze erobert hatte, daranging, ein »gentlemen's agreement«²⁵ zwischen den Parteien und der BBC zu etablieren. Im Kabinett war das Interesse an einer Regelung der Zugangsberechtigung zu den Mikrofonen der BBC damals groß. Denn es war zu erwarten, dass die politischen Auseinandersetzungen mit den gänzlich unerwartet auf die Oppositionsbänke verwiesenen Konservativen heftig werden würden – plante doch die Labour-Regierung die Nationalisierung von Schlüsselindustrien und den Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen wie des National Health Service, also des britischen Gesundheitssystems. Die konservative Oppositionspartei würde, so befürchtete man in der

25 So der Lord Privy Seal, Arthur Greenwood, in der Kabinettsitzung vom 8. Oktober 1945, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 129/3/14.

Regierung, um ihren Widerstand gegen diese Politik massenwirksam zu verbreiten, vermutlich versuchen, »to storm the position by making demands to be heard over the air«.²⁶ Es müsse also eine Regelung gefunden werden, die es dem Premierminister, den Ministern und parlamentarischen Staatssekretären – das war der Personenkreis, um den es bei den sogenannten Ministerial Broadcasts ging – erlaubte, ihre Positionen öffentlich zu vertreten und zu verteidigen; und die regelte, wann der Opposition das Recht eingeräumt werden müsse, durch eigene Rundfunkansprachen Stellung zu ministeriellen Verlautbarungen zu beziehen, falls diese politisch kontroverse Fragen betreffen.

In den von Herbst 1945 bis Frühjahr 1947 laufenden Verhandlungen über dieses Thema zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien und zwischen Parteien und BBC zeigte sich allerdings, dass es schlechterdings unmöglich war, eine klare Trennung zwischen kontroversen und nicht kontroversen ministeriellen Verlautbarungen vorzunehmen. Diese Grauzone hätte womöglich der BBC einen zu großen Spielraum für eigene Entscheidungen darüber eröffnet, wann sie die Opposition ans Mikrofon ließ – was die Regierung auf keinen Fall wollte.²⁷ Hatte doch der BBC-Generaldirektor Haley immer wieder einmal deutlich gemacht, dass er seine eigenen Vorstellungen davon hatte, was die Regierung der Rundfunkanstalt vorschreiben konnte. So etwa im Fall des wilden Dockarbeiterstreiks im Herbst 1945, als Premierminister Clement Attlee wollte, dass der Vorsitzende der Dockarbeitergewerkschaft, John Donovan, die Arbeiter, die gerade ihre offiziellen Gewerkschaftsführer vor die Tür gesetzt hatten, über den Rundfunk adressieren durfte. Haley erklärte, er sei dann gezwungen, aus Gründen der Unparteilichkeit auch einen Sprecher der Streikenden ans Mikrofon zu lassen. Und das würde vermutlich dazu führen, dass noch mehr Arbeiter sich dem Streik anschließen, was nicht im öffentlichen Interesse sei. Der Premierminister befand, dies sei ein »most extraordinary argument«, und versuchte noch, ebenfalls vergeblich, die Governors der BBC zum Einlenken zu bewegen.²⁸

26 Ebd.

27 Ebd.

28 William Haley, Tagebucheintrag vom 12. Oktober 1945, CAC, HALY 13/5; Diaries 1938–1948; Kabinettsitzung vom 16. Oktober 1945, Tagesordnungspunkt 3, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/1/25.

Während der knapp eineinhalb Jahre, in denen das Thema hin- und hergewendet wurde, versuchte Premierminister Attlee, die Verlautbarungsfreudigkeit seiner Minister zu zügeln, um zu verhindern, dass man im Rundfunkhaus Sprecher der Opposition auf Ministeransprachen folgen ließ. Er erlegte seinen Ministern die Pflicht auf, geplante Ansprachen dem Postminister und dem Premierminister bekannt zu machen und gegebenenfalls den Redetext vorab vorzulegen.²⁹ Dennoch gab es im Zeitraum von Mitte 1945 bis Ende Oktober 1946 insgesamt 47 ministerielle Rundfunkansprachen, denen nur in zwei Fällen ähnlich hochrangige Oppositionspolitiker im selben Medium entgegen durften.³⁰ Der Oppositionsführer Churchill forderte zwar die Wiederaufnahme kontroverser politischer Berichterstattung, also die Zulassung von regierungskritischen Ansprachen der Opposition, musste sich jedoch vorerst damit begnügen, dass seine Partei in die Abfassung der informellen Vereinbarung einbezogen wurde.³¹

Im Frühjahr 1947 lag dann das Aide-Mémoire in einer zwischen Parteien und BBC abgestimmten Form vor. Mitte 1948 wurde es noch einmal konkretisiert und legte die Grenzen fest, die der politischen Berichterstattung des Rundfunks in den Folgejahren gesetzt sein würden.³² Ab jetzt konnte die Opposition, falls sie eine ministerielle Verlautbarung über den Rundfunk als parteipolitisch kontrovers empfand, bei der Fraktionsführung der Regierungspartei beantragen, ihren eigenen Beitrag spätestens drei Tage nach dem ministeriellen senden zu lassen. Sollte im Verlauf dieser drei Tage keine Einigung zwischen den Parteien zustande gekommen sein, entscheide die BBC, ob die Opposition Rederecht bekomme. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass die BBC im Verlauf der 14 Tage vor einer parlamentari-

29 Kabinettsitzung vom 22. Mai 1946: Memorandum Premierminister Attlees für seine Minister: »Questions of Procedure for Ministers«, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 129/9/49.

30 Kabinettsitzung vom 3. Januar 1947: Memorandum Premierminister Attlees, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 129/16/7.

31 Kabinettsitzung vom 4. Juli 1946, Punkt 3 der Tagesordnung, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/6/2.

32 Das Aide Mémoire ist abgedruckt in: Goldie, *Facing the Nation*, Appendix A, S. 341f., Paragraphen 2(i), 6(iv) in der im Juli 1948 überarbeiteten Version. Grace Wyndham Goldie war von den 1940ern bis in die 1960er Jahre eine für die politische Fernsehberichterstattung zentrale BBC-Mitarbeiterin.

schen Debatte in Unter- oder Oberhaus keine kontroverse Berichterstattung darüber bringen und während des gesamten Zeitraums, in dem ein Gegenstand Teil eines laufenden Gesetzgebungsverfahrens war, keine Abgeordneten zu diesem Thema auftreten lassen dürfe. Diese 14-Tage-Regel wurde Fortnight Rule (auch Fourteen Day Rule) genannt. Zwar hatte das Kabinett diese Regelung ursprünglich als zu restriktiv empfunden,³³ doch stimmte die BBC zu, darauf bedacht, selbst aus der politischen Schusslinie zu kommen; Haley und die Governors befürchteten, von den Parteien ansonsten womöglich noch engere Grenzen für ihre politische Berichterstattung gesetzt zu bekommen.³⁴ Ab jetzt gehörte es zum Alltagsgeschäft der Redakteure im Rundfunkhaus, während der Sitzungsperioden des Parlaments die wöchentlichen Bekanntmachungen der Tagesordnungen der Folgewoche zu studieren und, je nachdem, Abgeordnete aus Diskussionsrunden auszuladen, zu denen sie eingeladen gewesen waren, und alle Themen aus dem Programm zu streichen, die Gegenstand der Debatten werden würden. Die Konsequenz war, dass sehr viele aktuelle Themen im Rundfunk nicht stattfanden und mit ihnen befasste Politiker nicht vorkamen – beides Sachverhalte, die die BBC immer wieder in Erklärungsnot brachte, wenn sie ihretwegen öffentlich gerügt wurde.

Der Streit um das Monopol

Zusammengenommen bedeuteten alle diese Beschränkungen, dass die BBC der Nachkriegszeit politisch ein eher zahnloser Tiger war. Unzufriedenheit mit einer etwaigen kritischen Berichterstattung im Rundfunk oder nach und nach auch im Fernsehen war also nicht der Grund dafür, dass die Abschaffung des Monopols der BBC und die Einführung des kommerziellen Fernsehens auf die Agenda gerieten. Auch die regelmäßig auf den jährlichen Treffen der Parteivertreter mit der Leitung des Rundfunks geäußerten Klagen, die BBC zeige »linke« Tenden-

33 Kabinettsitzung vom 20. Dezember 1945, Tagesordnungspunkte 1 und 2, S. 7 des Protokolls, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/2/17.

34 So erklärte BBC-Generaldirektor Ian Jacob 1953 dem Board of Governors rückblickend das Zustandekommen der 14-Tage-Regel; das Papier Jacobs an die Governors wird zusammengefasst bei Goldie, Facing the Nation, S. 123.

zen – so die Konservativen³⁵ – oder lade die falschen Politiker ein – so alle Parteiführungen unisono –, waren nicht der Grund. Alles begann vielmehr damit, dass drei Dinge zusammenkamen: Erstens lief die Charter der BBC Ende 1951 aus; und die Regierung Attlee setzte 1949 den Gepflogenheiten entsprechend ein Komitee ein, das der Regierung einen Bericht zu der Frage vorlegen sollte, ob an der gesetzlichen Grundlage der BBC – und damit an ihrer gegenwärtigen Form – etwas geändert werden sollte. In diesem Komitee dominierte zweitens die Auffassung, es solle im Großen und Ganzen alles bleiben wie bisher, vertreten mit besonderem Nachdruck von dem vor dem Komitee auftretenden ehemaligen Generaldirektor Reith, der hier seine Formulierung von der »brute force of monopoly« vorbrachte, die einen moralisch verantwortlichen Rundfunk ermöglicht habe.³⁶ Das Rundfunkmonopol wurde zwar durchaus kritisch diskutiert, mündete jedoch in die Empfehlung, es trotz aller Bedenken zu erhalten. Und drittens schließlich war in Gestalt von Selwyn Lloyd einer derjenigen konservativen Unterhausabgeordneten Mitglied des Komitees, die mit dem Kurs ihrer Parteiführung haderten, keine frontale Attacke auf die Labour-Regierung zu versuchen. Er verfasste zum – nach dem Vorsitzenden des Komitees benannten – Beveridge-Bericht ein Minderheitsvotum, das entschieden für die Abschaffung des Monopols der BBC plädierte und auf dessen zehn Seiten Reith' Formulierung von der »brute force of monopoly« gleich vier Mal anklagend zitiert wird.³⁷

Damit lieferte Reith in der Tat den Kampfbegriff für eine konservative Fraktion, die ihre Mission suchte. Monopole galten den Konservativen traditionell als Quelle vieler Übel, besonders, wenn es sich um staatsnahe Monopole – wie Labour sie wollte – handelte. Haley vermerkte Mitte 1950 besorgt in seinem Tagebuch, dass sich die Monopolfrage zu einem Problem auszuwachsen begann. Gegenüber dem Vorsitzenden der Governors der BBC, Lord Simon, habe sich Selwyn Lloyd

35 Vgl. für ein Beispiel aus dem Jahr 1950 Goldie, *Facing the Nation*, S. 105f.

36 Der entscheidende Absatz aus Reiths' Ansprache vor dem Komitee wird in der ersten auf dem unveröffentlichten Nachlass Reiths' beruhenden Biografie in der Form zitiert, in der er sich in Reiths' Notizen zu dieser Ansprache findet. McIntyre, *Expense of Glory*, S. 301.

37 *Minority Report*, submitted by Mr Selwyn Lloyd, in: *Report of the Broadcasting Committee, 1949* (Cmd. 8116)[Bd. 1], London 1951, S. 201–210, Zitate S. 203, 205f.

tags zuvor sehr enragiert geäußert: die Macht der BBC sei »monströs«, die BBC habe mehr Macht als das Kabinett. Lloyd schein geradezu besessen zu sein von dieser Machtfrage. Tatsächlich, kommentierte Haley, hätte die BBC deutlich mehr Macht, wenn sie nur eine unter mehreren Rundfunkanstalten wäre. Man brauche sich ja nur anzusehen, wie die Politiker die großen Zeitungen und deren Besitzer umwarben. Der Generaldirektor schloss eine für seine Verhältnisse ungewöhnlich drastische Politikerschelte an: »If it wasn't for the appalling price one would have to pay in standards one would be inclined to tell them [the politicians, U. D.] to go to the devil and to introduce their competition. The way the politicians are ruining everything that is worth while in the country, debasing all values, sapping all initiative, and arrogating to themselves more and more rights is sickening.«³⁸

Die Erkenntnis, dass das Monopol für die BBC auch eine Schwäche und keineswegs nur eine Stärke darstellte, würde Haley auch während der jahrelangen Auseinandersetzung über das Monopol nicht verlassen; was ihn jedoch nicht daran hinderte, sich mit allen Kräften gegen dessen Abschaffung zu wehren, um einen Rundfunk zu erhalten, der Standards wahren konnte, ohne auf Einschaltquoten achten zu müssen.

Selwyn Lloyd, John Profumo und einige andere Abgeordnete der Konservativen Partei bildeten den Nukleus der »pressure group«, die sich nach und nach zusammenfand, als die Unterhauswahlen von Februar 1950 die Mehrheit der Labour-Regierung auf wenige Stimmen reduziert hatte. Und der Einfluss der nach politischen Taten drängenden Hinterbänkler wuchs, als die Konservative Partei bei der vorzeitigen Wahl Ende 1951 eine kleine Mehrheit der Unterhausitze erlangte und die Regierung stellen konnte, weil sie jetzt Angehörige der stark angewachsenen Regierungsfraktion waren, weil sich schnell zeigte, dass mehr und mehr Fraktionskollegen auf den Karren aufsprangen, weil der Kampf gegen das BBC-Monopol dem marktliberalen Mainstream der Partei entsprach und weil die konservative Regierung unter Churchill darauf achten musste, alle ihre Abgeordneten zusammenzuhalten, um keine Abstimmungsniederlage zu erleiden. Die vorgezogene Neuwahl war von Premierminister Attlee angesetzt worden,

38 William Haley, Tagebucheintrag vom 24. Mai 1950, CAC, HALY 13/6: Diaries 1948–1951.

dessen Regierung aus innerparteilichen und anderen Gründen ins Wanken geraten war. Diese Regierung hätte, wie sie bereits klargemacht hatte, das Monopol der BBC verlängert. Das war ihr allerdings kein so wichtiges Anliegen, dass sie die entsprechende Gesetzgebung rechtzeitig in Angriff genommen hätte. Die Regierung und die sie tragende Labour-Partei hatten sehr viel drängendere politische Probleme. Denn mit seinem knappen Spielraum für politische Berichterstattung war der Rundfunk für Regierung und Parteiführung nicht wichtig; und an der Basis der Labour-Partei hielt sich die Anhänglichkeit an die BBC und ihr bildungsfokussiertes Programmangebot in Grenzen. Gegen ein werbungsfinanziertes Fernsehen hätte die Labour-Regierung auch deswegen nichts gehabt, weil der Ausbau des privaten Fernsehens nicht, wie der Ausbau des BBC-Fernsehangebots, öffentliche Investitionen in neue und stärkere Sendeanlagen erforderte.³⁹

Zum Zeitpunkt des Regierungswechsels Ende 1951 hatte sich allerdings der erste Anlauf der Hinterbänklergruppe, die Partei auf Einführung kommerziellen Rundfunks einzuschwören, festgefahren. Zwar waren einige von ihnen Mitglieder in einer Arbeitsgruppe gewesen, die Anfang des Jahres eingesetzt worden war, um eine Vorlage für die konservative Fraktionsführung betreffend Rundfunkpolitik zu machen. Dieses Broadcasting Policy Committee bestand aus neun Mitgliedern der konservativen Unterhausfraktion. Zwei von ihnen hatten wirtschaftliche Interessen in der Werbebranche (John Rodgers) und in der Elektroindustrie (Ian Orr-Ewing); sechs der Mitglieder waren 1950 als Abgeordnete ins Unterhaus gewählt worden (Charles Orr-Ewing, John Rodgers, Lord Dunglass – Alec Douglas-Home –, Geoffrey Lloyd, John Profumo, Duncan Sandys), die vier Letztgenannten hatten zuvor ihren Unterhaussitz verloren, als die Labour-Partei 1945 ihren erdrutschartigen Sieg errungen hatte. Die anderen Mitglieder der Arbeitsgruppe saßen bereits länger im Unterhaus – Ralph Assheton seit 1934, Kenneth Pickthorn seit 1935 und Selwyn Lloyd seit 1945.⁴⁰ Zwei Drittel der Mit-

39 So der Chancellor of the Exchequer, Hugh Gaitskell, gegenüber Haley. William Haley, Tagebucheintrag vom 25. Juli 1951, CAC, HALY 13/7: Diaries 1951–1952.

40 Broadcasting Policy Committee: Composition and Terms of Reference (o.D.), Nachlass Selwyn Lloyd, CAC, SELO 6/40. Brendan Bracken wird hier noch als Mitglied aufgeführt, im Abschlussbericht des Komitees dann nicht mehr als Mitglied, sondern nur noch als Teilnehmer einiger Sitzungen bezeichnet.

glieder waren also frisch gewählte Abgeordnete, und vier von diesen sechs Abgeordneten hatten fünf Jahre ohne Mandat hinter sich. Der Wunsch nach Profilierung und Mandatserhalt dürfte also unter diesen rundfunkpolitisch aktiven Abgeordneten stark gewesen sein, ob sie nun wirtschaftliches Interesse damit verbanden oder nicht. Die mehrheitliche – nicht einheitliche – Empfehlung des Broadcasting Policy Committee lautete, das Monopol der BBC sowohl für Radio- als auch für Fernsehsendungen zu beenden und Wettbewerber sowie werbungsfinanzierte Programme zuzulassen.⁴¹ Wie der immer gut informierte Haley erfuhr, habe jedoch Churchill, an dem in Fraktion und Partei niemand vorbeikam, diese Empfehlung zurückgewiesen – wie es hieß, mit der Bemerkung: »The devil you know is better than the devil you don't know. The BBC is all right. But don't praise it too much.«⁴²

Nach der Regierungsbildung setzte Premierminister Churchill ein Kabinettskomitee ein, das für die Regierung ein Memorandum darüber erstellen sollte, wie mit der zur Erneuerung anstehenden BBC-Charter umzugehen sei. Die Mitglieder des Komitees kamen im Frühjahr 1952 zu dem Schluss, man solle für die Dauer der neuen Charter am Monopol der BBC festhalten. Dafür spreche, dass der Standard des Rundfunks sinken würde, wenn Wettbewerb mit kommerziellen Sendern herrsche; dass fraglich sei, ob die politische Ausgewogenheit des Rundfunks dadurch gestärkt werde; und dass es kein Anzeichen dafür gebe, dass öffentlicher Bedarf an einem veränderten Rundfunksystem bestehe. Es gebe zwar auch Gründe gegen die Beibehaltung des Monopols: Man sah sie in der Macht, die ein solches Monopol über die öffentliche Meinung haben könne; in der Selbstgefälligkeit, zu der es verführe; in der Gefahr, dass eine extremistische Regierung es missbrauchen könne, sowie darin, dass mit den Werbeeinnahmen ein vielfältigeres Programmangebot möglich sei. Dennoch hatten sich die Komiteemitglieder auf die Empfehlung geeinigt, erst einmal darauf zu verzichten, die gegenwärtige Rundfunkordnung zu verändern. Allerdings wies der Vorsitzende des Komitees, Lord Salisbury, darauf hin, dass sich in der Fraktion starke Unruhe bemerkbar mache. Eine Gruppe von Hinterbänklern habe Vorschläge zur Einführung eines

41 Report of the Committee on Broadcasting Policy, 14. Juni 1951, CAC, SELO 6/40.

42 William Haley, Tagebucheintrag vom 19. Juli 1951, CAC, HALY 13/7: Diaries 1951–1952.

werbungsfinanzierten Rundfunks gemacht, die in der Fraktion auf sehr großen Zuspruch stießen. Das Komitee warnte das Kabinett, die Aufhebung des BBC-Monopols sei gefährlich: niemand habe bislang ein entsprechendes Bedürfnis geäußert; der Widerstand gegen eine solche Maßnahme könne außerdem erheblich sein – und zwar in allen Parteien sowie in der Presse, die um ihre Werbeeinnahmen fürchte.⁴³

Innerhalb des Kabinetts wurde die Gefahr, in der eigenen Fraktion durchzufallen, wenn die Empfehlung des eigenen Komitees zur Regierungspolitik gemacht würde, als so akut eingeschätzt, dass man den Komitee-Vorsitzenden Salisbury und den Parteigeschäftsführer, Lord Woolton, Ende Februar 1952 in das 1922 Committee entsandte,⁴⁴ das die konservativen Hinterbänkler der Unterhausfraktion repräsentierte. Dem folgten die beiden Minister gleich am nächsten Tag, und man scheint ihnen dort eine einschneidende Erfahrung beschert zu haben, nachdem sie die Empfehlung des Kabinettskomitees vorgestellt hatten. So wurde es zumindest Haley übermittelt: »When Salisbury said he was convinced the B.B.C. Charter should be renewed with little changed, he was boo-ed! He sat down and would speak no more. Then Woolton got up and said he agreed with Salisbury. Someone called out ›Traitor‹. There were some 82 people at the meeting and a show of hands gave 78:2 against the Ministers.«⁴⁵ Zwei führende konservative Politiker erklärten dem Generaldirektor der BBC im März, was ihrer Meinung nach mit den ungewöhnlich obstinaten Abgeordneten los sei: seit fünf Monaten seien die Konservativen an der Regierung, und die Hinterbänkler seien aufgebracht darüber, wie wenig sie im Allgemeinen hatten ändern können. Das führte zu einer für Haley unangenehmen Konsequenz: »The B.B.C. unluckily happens to be a lone, loose lamb they can slaughter.«⁴⁶

43 Kabinettsitzungen vom 21. Februar 1951, Tagesordnungspunkt 2; sowie das Memorandum vom 23. Februar 1952, hier die Zitate unter Punkt 10 und 11, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/24/21.

44 Kabinettsitzung vom 27. Februar 1952, Tagesordnungspunkt 4, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/24/22.

45 William Haley, Tagebucheintrag vom 16. März 1952, CAC, HALY 13/7: Diaries 1951–1952.

46 Ebd.; vgl. hierzu auch den Bericht von Salisbury über diese Sitzung des 1922er Committees in der Kabinettsitzung vom 29. Februar 1952, Punkt 3 der Tagesordnung, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/24/24.

Der letzte Satz dürfte wohl eher Haleys eigene Formulierung als die seiner Gesprächspartner gewesen sein. Doch das Bild ließe sich vervollständigen, um die Gesamtkonstellation zu beschreiben, wie sie sich im Frühjahr 1952 darstellte und mehr oder weniger durchgehend bis zur Verabschiedung des Television Act im Jahr 1954 bestand: In der Auseinandersetzung über das verirrte Lamm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks standen sich zwei Gruppen zunehmend unversöhnlich gegenüber. Die befürchtete Mobilisierung der Gegner des kommerziellen Rundfunks würde bald manifest werden, und die Gruppe der Befürworter in der konservativen Fraktion des Unterhauses wurde im Kabinett bereits Ende Februar auf so groß geschätzt, dass keine Sicherheit dafür bestehe, einen Antrag auf Verlängerung des Monopols der BBC durchzubringen.⁴⁷ Wenige Wochen später ging die Regierung bereits davon aus, dass eine große Mehrheit der Fraktionsmitglieder für die Beendigung des Monopols eintrete.⁴⁸

Mindestens so gehetzt wie das Lamm fühlte sich unter diesen Bedingungen auch die Regierung. Sie würde in den kommenden knapp zwei Jahren, was die Rundfunkpolitik betraf, auf der Suche nach der Quadratur des Kreises sein, nämlich auf der Suche nach einer Erledigung der in ihren Augen leidigen Angelegenheit, die es ihr ersparte, eine Abstimmungsniederlage erleiden zu müssen – beziehungsweise die eine Abstimmung im Unterhaus vermied, die sie nur mit den Stimmen der Opposition gewinnen konnte, was genauso schmachvoll gewesen wäre. Vorrangiges Ziel war demzufolge, nichts ins Parlament einzubringen, was zu einer Abstimmung nötigte, und gleichzeitig beide antagonistischen Akteursgruppen irgendwie zu befrieden.

Diese Regierungsstrategie resultierte Mitte Mai 1952 – die Laufzeit der Charter war bis Ende Juni verlängert worden – im White Paper zur BBC-Charter. In ihm wurde angedeutet, dass die Regierung darüber nachdenke, »some element of competition«⁴⁹ im Bereich des Fernsehens einzuführen, doch fehlten sowohl Konkretisierungen als auch Zeitangaben. In den kabinett-internen Diskussionen war zuvor das

47 Kabinettsitzung vom 27. Februar 1952, Tagesordnungspunkt 4, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/24/22.

48 Kabinettsitzung vom 10. April 1952, Tagesordnungspunkt 2, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/24/42.

49 Briggs, *Sound and Vision*, S. 425.

Adjektiv »commercial« vor »competition« gestrichen und das Radio ausgeklammert worden, um die Gegner des kommerziellen Rundfunks ruhigzustellen.⁵⁰ Damit erreichte die Frage, was aus der BBC werden und ob es Privatrundfunk geben sollte, eine sehr viel breitere Öffentlichkeit als die bisher mit ihr beschäftigten Insiderkreise. Und zwar in einer Form, die beide sich formierenden Lager gleichermaßen empörte: Waren die einen unzufrieden über die Vagheit des Versprechens und darüber, dass die Regierung es erkennbar nicht eilig hatte, dem Parlament etwas zu entscheiden zu geben, erregten sich deren Gegner über den Tabubruch einer Relativierung der BBC durch werbungsfinanzierte Konkurrenzsender. Nach den Debatten über das White Paper in beiden Häusern des Parlaments erklärte William Haley, entnervt von deren Qualität und dem Umgang mit der BBC ganz generell, seinen Rücktritt als BBC-Generaldirektor und wechselte als Herausgeber zur *Times*, deren Besitzer – die Familie Astor – ihm schon seit längerem Avancen gemacht hatte.

Zu allem Überfluss enthielt das White Paper auch noch die Vorgabe, eventuelle Privatsender dürften sich nicht mit Politik und Religion befassen – was den Premierminister, dessen Regierung diese Vorlage im Parlament zu verantworten hatte, zu der Frage veranlasste, was dann überhaupt noch übrig bleibe.⁵¹ Churchill war völlig unverständlich, warum das in seinen Augen eher nebensächliche Privatfernsehen die Gemüter so erhitzte. Er mochte auch die »pressure group« nicht. Und er sorgte dafür, dass im folgenden Jahr die einzige größere PR-Aktion seiner Partei für kommerzielles Fernsehen in Gestalt eines Flugblatts gestoppt wurde.⁵² Was der Premierminister wollte, war allen vo-

50 Kabinettsitzung vom 3. April 1952, Tagesordnungspunkt 3, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/24/36; Memorandum zur Kabinettsitzung am 25. April 1952, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 129/51/30; Kabinettsitzung vom 29. April 1952, Tagesordnungspunkt 8, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/24/47.

51 Schreiben Churchills an Frederic Woolton, 15. August 1953, Bodleian Library Oxford, Woolton Papers 22, Bll. 60 f.

52 Churchill anlässlich eines Dinners in Downing Street gegenüber William Haley, dem BBC-Generaldirektor, nach: William Haley, Tagebucheintrag vom 24. Juni 1953, CAC, HALY 13/8: Diaries 1952–1955. Zur Meinung des Premiers über die Befürworter des kommerziellen Fernsehens und ihre Agitation siehe Schreiben Churchills an den Chairman der Konservativen Partei, Frederick Woolton, vom

ran Ruhe in der konservativen Unterhausfraktion und keine riskanten parlamentarischen Abstimmungen. Das sollte ihm jedoch beides nicht beschieden sein. Vielmehr zeigte die Rundfunkfrage nach und nach auch im Kabinett ihr Potenzial, zum Spaltpilz zu werden.

Von der Eskalation ins ruhige Fahrwasser

Anlass dafür, die Fernsehfrage wieder eskalieren zu lassen, gab die Krönung von Kronprinzessin Elizabeth zur Königin am 2. Juni 1953. Sie wurde von der BBC im Fernsehen übertragen und von 56 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Großbritanniens auf diesem Wege gesehen: teils zu Hause am eigenen Fernsehgerät – Ende März 1953 hatte es in britischen Haushalten gut 2,1 Millionen Fernsehapparate gegeben, im April und Mai dürften noch einige hinzugekommen sein –, teils bei Freunden, teils via Public Viewing.⁵³ Zweifellos war die Krönung ein singuläres Medienereignis der frühen Fernsehzeit, das dazu beitrug, Reserven gegenüber dieser technischen Innovation abzubauen. Die kontinuierlich steigende Zahl der Haushalte, in denen ein Fernseher stand – ein Jahr darauf waren es bereits über 3,2 Millionen⁵⁴ –, ließ ebenfalls erwarten, dass das Interesse an einem durch Privatsender verbreiterten Fernsehangebot größer würde; hatte doch eine Gallup-Umfrage vom August 1952 gezeigt, dass jeder zweite Besitzer eines Fernsehgeräts die Einführung des kommerziellen Fernsehens begrüßte, während die Mehrheit aller Befragten immer noch das Monopol der BBC erhalten wollte.⁵⁵ Und Fernsehbesitzer gab es bereits ein Jahr später sehr viel mehr. Allerdings lieferte der Schimpanse J. Fred Muggs gleichzeitig einen Aufreger für die im Oberhaus und im ganzen Land starke Abwehrfronde.

Ein zehn Tage später der Regierung vorgelegtes Memorandum ging davon aus, dass die Fernsehübertragung der Krönungsfeierlich-

11. August 1953 (Kopie), Bodleian Library Oxford, Woolton Papers 22, Bl. 53. Zur von Churchill gestoppten Flugblattaktion siehe Bodleian Library Oxford, Woolton Papers 22, Bll. 53–64.

53 Briggs, *Sound and Vision*, S. 240, 467. Eine Übersicht über die Zahl der Radiolizenzen und der kombinierten Radio- und Fernsehlicenzen bis 1957 findet sich in: *BBC Handbook 1958*, S. 212 (Stichtag: 31. März 1953).

54 *BBC Handbook 1958*, S. 212 (Stichtag: 31. März 1954).

55 Briggs, *Sound and Vision*, S. 888.

keiten in Großbritannien und in den USA die öffentliche Debatte über kommerzielles Fernsehen wieder angefacht hatte. Es wies eigens darauf hin, dass ein Verbot der Politikberichterstattung für zukünftige britische kommerzielle Fernsehsender geeignet wäre zu verhindern, dass solche royalen Kernzeremonien von Privatsendern ausgestrahlt und also womöglich mit Primaten angereichert würden.⁵⁶

Die Abwehrfronde wurde als Erste tätig. Sie ging am 18. Juni mit der Gründung des National Television Council an die Öffentlichkeit, auf welche dann im Folgemonat die Gegenseite mit der Gründung der Popular Television Association reagierte. Das Kabinett wusste inzwischen genauer, wie es um die Stimmungslage in der konservativen Unterhausfraktion stand: Laut einer Umfrage des Chief Whip, also des Fraktionsführers, waren 180 Abgeordnete, darunter auch einige Minister, für die Einführung des kommerziellen Fernsehens; 43 waren dagegen, 15 noch unentschieden. Von 67 Abgeordneten wusste man nicht, wie sie standen, vermutete jedoch unter ihnen keine entschiedenen Gegner des Privatfernsehens. Auch wenn man einige der 43 Gegner und 15 Unentschiedenen noch auf die Unterstützung einer Regierungsvorlage verpflichten könnte, so der Chief Whip, sei eine Abstimmungsniederlage der Regierung nicht auszuschließen, da die Abgeordneten der Liberalen nicht mit der Regierung stimmen würden. In der Kabinettsitzung am 17. Juni 1953 plädierten mehrere Minister für die Einführung des kommerziellen Fernsehens. Wie der Innenminister David Maxwell Fyfe – der 1962 als Viscount Kilmuir im Oberhaus sitzen und über Wilsons Buch diskutieren würde – meinte, sei die Mehrheit der Konservativen in der Unterhausfraktion und im ganzen Land dafür; insbesondere gelte das für die Besitzer von Fernsehgeräten. Das Kabinett beschloss, konkrete Regierungsankündigungen so gut es ging weiter in der Schwebe zu halten, damit sich die öffentliche Aufregung über die Ausstrahlungen der Krönungsfeierlichkeiten legen und darüber nachgedacht werden könne, wie man Sicherungen gegen unziemliche Berichterstattung einbauen könne, die die Gegner des kommerziellen Fernsehens beruhigten. Diese Gegner hatten sich auch dadurch bemerkbar gemacht, wie der Chief Whip

56 Memorandum »Television Policy« des Kabinettssekretärs Norman Brook vom 12. Juni 1953, Punkt 3 und 10, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 129/61/20.

mitteilte, dass sie böse Briefe an konservative Abgeordnete schrieben.⁵⁷

Nach und nach kristallisierten sich nun in den internen Debatten der Regierung diejenigen Einschränkungen heraus, die man dem nicht mehr vermeidbaren Privatfernsehen auferlegen wollte: Zum einen eine übergeordnete Kontrollbehörde, die auch dafür sorgen würde, dass beispielsweise politische oder religiöse Sendungen nicht durch Werbung unterbrochen würden; dadurch wurde das generelle Verbot, über Politik – inklusive königlicher Zeremonien – und Religion zu berichten, überflüssig; und zum zweiten wurde klargestellt, dass kein Sponsoring ganzer Sender und Programme, wie in den USA üblich, sondern nur eine festzulegende Anzahl von Werbeeinblendungen zwischen, aber nicht innerhalb von Sendungen erlaubt sein sollte. Was die generelle Politikberichterstattung betraf, sollte sie denselben Kautelen unterworfen werden, wie es bei der BBC der Fall war.⁵⁸

All das floss in das White Paper der Regierung ein, das am 13. November 1953 publiziert wurde. In ihm wurde auch klargestellt, dass die kontrollierende Körperschaft – die spätere ITA – als Besitzerin der Sendeanlagen für die Kontrolle von Programmen und Werbung verantwortlich sein würde; das ursprünglich geplante Verbot politischer oder religiöser Berichterstattung erübrige sich also. Alles in allem sei diese Kombination von effektiver Kontrolle und größerer Freiheit beim Umgang mit dem neuen Medium, so schloss das Papier, ein typisch britischer Ansatz; womit gemeint war, dass keine amerikanischen Zustände im kommerziellen Fernsehen einreißen würden.⁵⁹ Ende November und Mitte Dezember passierten diese Regierungsvorschläge sowohl das Ober- als auch das Unterhaus; in den Redebeiträgen wurden von beiden Seiten des Kampfplatzes aus starke Register gezogen, die Abstimmungen erbrachten jedoch in beiden Häusern eine gesichtswahrende Mehrheit für die Regierungsvorlage. Die Regierung Churchills hatte die Quadratur des Kreises ganz offensichtlich gefunden, und der

57 Kabinettsitzung vom 17. Juni 1953, Tagesordnungspunkt 4, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/26/35.

58 Vgl. hierzu u. a. die Kabinetts-Memoranden vom 19. Juni 1953, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 129/61/27; vom 11. September 1953, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 129/63/2; sowie vom 6. November 1953, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 129/64/11.

59 Broadcasting: Memorandum on Television Policy (Cmd. 9005).

Weg zur Verabschiedung des Television Act war, mit einigen Holperstrecken im Verlauf der Parlamentsdebatten von 1954, frei.

Ein gutes Jahr später, am Abend des 22. September 1955, wurde das ITV mit einem Festakt in der Londoner Guildhall eröffnet. Churchill war mittlerweile zurückgetreten, als Premierminister war ihm Anthony Eden gefolgt, dessen Regierung durch die Unterhauswahlen im Mai bestätigt worden war. Unter den 500 Gästen war auch die BBC vertreten, in Gestalt ihres Generaldirektors und des Vorsitzenden des Board of Governors. Beide scheinen nur ungern gekommen zu sein. Anschließend ging ITV auf Sendung, mit einer Fernsehshow und drei Werbeinschaltungen, die Zahnpasta, Trinkschokolade und Margarine anpriesen.⁶⁰ Die Schlagzeilen des folgenden Tages musste sich dieser historische Akt der Fernsehgeschichte allerdings mit einem perfekt platzierten Aufreger der britischen Radiogeschichte teilen. Zeitgleich hatte es nämlich im Light Programme der BBC eine Folge von *The Archers*, der Hörspielserie über eine Familie in den Midlands, gegeben. Die Serie versammelte seit 1951 fünf Mal wöchentlich bis zu 9,5 Millionen Zuhörer und Zuhörerinnen für jeweils 15 Minuten vor dem Radio (und läuft noch heute auf Radio 4). Am Abend des 22. September hatten acht Millionen Hörerinnen und Hörer mitanhören müssen, wie einer der Hauptcharaktere, Grace Archer, bei der Rettung ihres Pferdes aus einem brennenden Stall umkam. Dieser virtuelle Todesfall motivierte derartig viele Fans der *Archers* dazu, zum Telefon zu greifen, dass die Telefonanlage der BBC für längere Zeit zusammenbrach. Er dominierte tags darauf auch die Nachrichten stärker als die Premiere der Fernsehwerbung und die ITV-Gala. Es ist bis heute kein belastbarer Nachweis dafür aufgetaucht, dass das bereits seit Längerem geplante Ableben von Grace absichtlich auf dieses Datum gelegt worden war. Doch eines war eindeutig: Noch war das Radio mit seinen zu diesem Zeitpunkt knapp 13 Millionen lizenzierten Geräten – gegenüber gut 4,5 Millionen Fernsehlizenzien – das wichtigste elektronische Medium im Land.⁶¹

60 Sendall, *Independent Television in Britain*, 1, S. 127 ff.

61 Briggs, *Sound and Vision*, S. 108, 1013–1016; Rebecca Gonsalves, 60 Things You Never Knew You Wanted to Know About The Archers, *The Independent*, 1. 1. 2011 (<http://www.independent.co.uk/arts-entertainment/tv/features/60-things-you-never-knew-you-wanted-to-know-about-the-archers-2173365.html>) [12. 4. 2017]. Die Anzahl der Radio- und Fernsehlicenzen nach BBC Handbook 1958, S. 212 (Stichtag: 31. März 1955).

Das Ende des Aktualitätsverbots

Und was wurde nun, angesichts der Tatsache, dass die BBC nicht mehr die einzige Rundfunkanstalt im Land war, aus den Grenzen, die der politischen Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen gesetzt waren – Grenzen, die, wenn es nach der Regierung ging, die ITA auch für die Privatsender zu beachten haben würde? Was wurde aus dem Aide-Mémoire von 1947/48, das immer noch in Geltung war und die heikle Frage der Ministerial Broadcasts und ein eventuelles Recht der Opposition, sie zu kommentieren, regelte beziehungsweise der BBC die Regelung zuschob, falls die Parteien sich nicht einigen konnten? Und dessen 14-Tage-Regel es der BBC nach wie vor untersagte, über aktuelle Themen zu berichten, die gerade im Parlament anhängig waren oder im Verlauf der kommenden zwei Wochen anhängig werden würden? Die Auseinandersetzungen über die Ausstrahlung von Regierungserklärungen würden die BBC noch lange begleiten. Die 14-Tage-Regel jedoch wurde von Parteien, Parlament und Regierung 1956/57 suspendiert. Die konservativen Politiker in Regierung und Parteiführung hätten mehrheitlich wohl lieber an ihr festgehalten. Doch die Umstände machten es unmöglich. Was waren diese Umstände?

Es war die BBC, die im Jahr 1953 anfang, am Aktualitätsverbot ihrer politischen Berichterstattung zu rütteln. Der Generaldirektor, Ian Jacob, und die Governors versuchten zuerst, in internen Verhandlungen mit den Parteien zu erreichen, dass die 14-Tage-Regelung gelockert wurde. Sie taten dies nicht zuletzt, weil zu erwarten war, dass in absehbarer Zukunft eine private Konkurrenz auf Sendung gehen würde.⁶² Die BBC würde sich also nicht nur, wie schon bislang, mit ungehaltenen Zuschauerinnen und Zuschauern konfrontiert sehen, die sich über unerklärliche Programm- und Themenänderungen und den Mangel an aktuell bedeutsamem politischen Personal in den Diskussionsrunden von Radio und Fernsehen beschwerten, sondern auch mit einer Konkurrenz, die politisch möglicherweise an einer längeren Leine gehalten werden und deswegen aktuellere Berichte zum politischen Geschehen bringen würde. Die Parteiführungen mauerten jedoch, weil sie das Vor-

62 So der Vorsitzende des Board of Governors, Alexander Cadogan, anlässlich eines Treffens mit der Labour-Partei und der Konservativen Partei am 4. März 1954, zit. nach Briggs, *Sound and Vision*, S. 607.

recht des Parlaments, das wichtigste Forum politischer Auseinandersetzungen zu sein, ungeschmälert erhalten wollten.⁶³ Dass die einzige Rechtfertigung der 14-Tage-Regel in der Wahrung der Prerogative des Parlaments bestehe, war noch im Oktober 1956 – als die Kritik an der Regel längst auch öffentlich laut geworden war – die Meinung des Select Committee von Parteivertretern, das im Auftrag des Kabinetts von Anthony Eden über die 14-Tage-Regel Bericht erstatten sollte.⁶⁴

Die Partei- und Fraktionsführungen der Konservativen und der Labour-Partei wollten der Forderung des Senders, die Einschränkungen öffentlich und amtlich zu machen, indem sie in die Lizenz der BBC integriert wurden, ebenso wenig nachkommen. Diese internen Querelen zogen sich bis ins Jahr 1955 hin. Nach und nach jedoch erreichte die Sache eine größere Öffentlichkeit. In einer Ausstrahlung von *In the News* vom Februar 1955 schimpfte die im Fernsehstudio versammelte Runde von vier Unterhausabgeordneten über die »lunatic restriction« der 14-Tage-Regel. Es war ihnen gerade versagt worden, über die Wasserstoffbombe zu diskutieren, weil das Parlament darüber innerhalb der kommenden 14 Tage debattieren würde.⁶⁵ Ein halbes Jahr später, Mitte August, publizierte die BBC in den Radio- und Fernsehnachrichten ihren Widerstand gegen diese Regel. Das brachte ihr eine Rüge des Postministers ein, weil es gegen das Gebot verstieße, dass die BBC keine eigene Meinung senden dürfe.⁶⁶ Auch Vertreter von ITA und ITV stimmten in die Kritik an der nunmehr öffentlich bekannten 14-Tage-Regel ein und monierten, dass die Regierung und Opposition für sich das Recht reklamierten, die Meinungsfreiheit in einem Ausmaß einzuschränken, »which has never been tolerated in this country since the days of the Stuarts«.⁶⁷

Mittlerweile war deutlich geworden, dass die Regierung und die beiden großen Parteien die 14-Tage-Regel fortbestehen lassen wollten.

63 Entsprechende Briefwechsel zwischen Cadogan und Vertretern der beiden großen Parteien werden zitiert bei Briggs, *Sound and Vision*, S. 606, FN 4.

64 Memorandum zur Fortnight Rule des Lord Privy Seal vom 24. Oktober 1956, Appendix: Bericht des Select Committee on Broadcasting, Punkt 3, TNA Website: *Discovery: Cabinet Papers*, CAB 129/83/48.

65 Briggs, *Sound and Vision*, S. 608f.

66 Ebd., S. 611f. Die Ausstrahlung dieser Nachricht erfolgte am 17. August 1955.

67 Ebd., S. 612f., FN 5. Das Zitat vom 3. August 1955 stammt von Aidan Crawley, dem Chefredakteur von *Independent Television News*.

Denn Ende Juli hatte der Postminister vor dem Unterhaus erklärt, die BBC sei von ihm aufgefordert worden, die Fortnight Rule weiterhin zu beachten.⁶⁸ Schließlich jedoch fanden Parteien und BBC einen Kompromiss: Die 14-Tage-Regel wurde zwar nicht in die Lizenz des Senders aufgenommen, ihre Existenz jedoch regierungsamtlich bekräftigt. Das Einverständnis der Labour-Partei zu dieser Vereinbarung, die der politischen Berichterstattung in Radio und Fernsehen auferlegt war, hatte das Kabinett vor der offiziellen Verkündung des Postministers eingeholt; die Liberalen allerdings waren nicht mit im Boot.⁶⁹ Dann jedoch ging die Labour-Partei von der Fahne und verlangte, das Thema vor das Unterhaus zu bringen und ein Komitee einzusetzen, das die Frage der 14-Tage-Regel erörtern sollte.⁷⁰ Die hochinteressante Unterhausdebatte fand Ende November 1955 statt und kam mit 271 zu 126 Stimmen zu dem Schluss, dass es im nationalen Interesse sei, wenn die Rundfunkberichterstattung zu Themen, die im Parlament behandelt werden sollten, eingeschränkt würde. Das Parlament würde geschwächt, wenn es nicht mehr die einzige Instanz sei, die die politischen Themen setze, und nicht mehr der wichtigste Ort für Abgeordnete, ihre Reputation zu gewinnen – so begründete der Labour-Abgeordnete Patrick Gordon Walker in besonders erhellender Weise, warum er an der 14-Tage-Regel festhalten wolle.⁷¹ Das Select Committee wurde eingesetzt, um die weitere Handhabung der 14-Tage-Regel zu erörtern. Es beratschlagte vom Frühjahr bis Mitte 1956 und erklärte in seinem Abschlussbericht, das Primat des Parlaments rechtfertige es, die politische Berichterstattung des Rundfunks einzuschränken; doch sollten sich die Einschränkungen nur auf die sieben Tage vor einer Parlamentsdebatte beziehen.⁷² Konsul-

68 Antwort des Postministers auf eine parlamentarische Anfrage im Unterhaus am 27. Juli 1955, Hansard, Unterhausdebatte vom 27. Juli 1955, Bd. 544, Sp. 144W.

69 Kabinettsitzung vom 21. Juni 1955, Tagesordnungspunkt 7, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/29/16; Kabinettsitzung vom 15. September 1955, Tagesordnungspunkt 8, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/29/31.

70 Kabinettsitzung vom 10. November 1955, Tagesordnungspunkt 3, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/29/40.

71 Unterhausdebatte vom 30. November 1955, Hansard, Bd. 546, Sp. 2315–2445. Der Beitrag Gordon Walkers findet sich in Sp. 2351f.

72 Die Empfehlungen des Select Committee finden sich als Appendix am Memorandum des Lord Privy Seal zur Fortnight Rule vom 24. Oktober 1956, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 129/83/48.

tationen zwischen Regierung, Opposition, BBC und ITA erbrachten anschließend das Ergebnis, dass die BBC ebenso wie die ITA im Falle einer vollständigen Suspendierung der 14-Tage-Regelung selbst darauf zu achten versprochen, die Vorrechte des Parlaments zu gewährleisten. Daraufhin suspendierte die Regierung die 14-Tage-Regel für eine Testphase von sechs Monaten, und der Postminister nahm im Dezember 1956 seine offizielle Anweisung an die BBC vom Juli 1955, die Regel einzuhalten, zurück. Die Suspendierung wurde im folgenden Jahr auf unbestimmte Zeit verlängert.⁷³ Die Regierung hätte lieber aus der 14-Tage-Regel eine 7-Tage-Regel gemacht, statt sie zu suspendieren;⁷⁴ sie scheiterte jedoch am Widerstand von Labour.⁷⁵

Als das Kabinett sich im Dezember 1956 entschloss, seinen Hoffnungen zu entsagen, wenigstens ein auf sieben Tage geschrumpftes Aktualitätsverbot für die Rundfunkanstalten aufrechtzuerhalten, lag die Suezkrise wenige Wochen zurück. Sie war – neben dem wachsenden Widerstand der BBC, sich der »medieval theology« zu fügen, wie der konservative Politiker Richard Austen »Rab« Butler das Regelwerk des Aide-Mémoire einmal genannt hat⁷⁶ – der zweite Umstand, der es der Regierung unmöglich machte, an der bisherigen Praxis festzuhalten. Der britisch-französische Einmarsch in Ägypten, mit dem die Regierung unter Anthony Eden auf die Nationalisierung des Suezkanals durch den ägyptischen Präsidenten Nasser reagierte, spaltete das Land zutiefst. Die Spaltung ging mitten durch die Konservative Partei und die von ihr getragene Regierung. Die Labour-Partei opponierte vehement und setzte gegen den Willen der Konservativen durch, dass ihr Parteiführer, Hugh Gaitskell, im BBC-Fernsehen auf die Regierungserklärung Edens vom 3. November reagieren konnte, in der der Premierminister die Militäraktion rechtfertigte. Angesichts der heftigen Ausei-

73 BBC Handbook 1958, S. 18f.

74 Der Vorschlag einer 7-Tage-Regelung war dem Select Committee für seine Arbeit von der Regierung mit auf den Weg gegeben worden; siehe Kabinettsitzung vom 13. März 1956, Tagesordnungspunkt 4, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/30/22.

75 Kabinettsitzung vom 11. Dezember 1956, Tagesordnungspunkt 6, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/30/98; Kabinettsitzung vom 17. Dezember 1956, Tagesordnungspunkt 2, TNA Website: Discovery: Cabinet Papers, CAB 128/30/102.

76 Der Ausspruch ist überliefert von Grisewood, *One Thing at a Time*, S. 202.

nersetzungen in Politik und Medienlandschaft über die Suezpolitik der Regierung handelte es sich eindeutig um einen kontroversen Ministerial Broadcast, wenn auch in einer nationalen Angelegenheit. Die BBC – zu diesem Zeitpunkt repräsentiert durch Harman Grisewood, den Chief Assistant des Generaldirektors, der außer Landes war, und das Board of Governors – entschied daher, der Opposition Senderecht zu gewähren.⁷⁷ Gaitskell forderte in seiner Fernsehansprache vom 4. November den Rücktritt des Premierministers – ein noch nie dagewesenes Ereignis, weil diese Rücktrittsforderung nicht im Unterhaus, sondern über den Rundfunk gestellt wurde.

Was die 14-Tage-Regel betraf, so war sie während des Suezkonflikts noch uneingeschränkt in Geltung, wenn sie auch in der Berichterstattung sowohl der BBC als auch von ITV weniger Spuren hinterließ, als der Wortlaut der Regel unter normalen Umständen zur Folge gehabt hätte. Dieser Konflikt, dessen Eskalationsstufen in der Presse die Schlagzeilen beherrschten und über den im ganzen Land so heftig gestritten wurde wie 1938 über das Münchner Abkommen, konnte schlechterdings in Radio und Fernsehen nicht nur im neutralen Nachrichtenmodus vorkommen. Noch nie hatte das Verbot aktueller Politikberichterstattung im Rundfunk lächerlicher gewirkt. Das demonstrierte eine Folge der Radiosendung *Any Questions?*, die am 2. November vom Light Programme der BBC ausgestrahlt wurde.⁷⁸ Die Diskutanten im Studio, die auf Hörerfragen reagierten, waren ein konservativer und ein der Labour-Partei angehörender Unterhausabgeordneter – Stephen McCadden und Francis Noel-Baker – sowie zwei Nicht-Politiker: Henry Fairlie, ein bekannter politischer Journalist von der *Daily Mail*, und die Frauenrechtlerin und Sozialreformerin Mary Stocks. Moderator war, schon seit Beginn der Sendereihe 1948, Freddie Grisewood, ein Cousin des Chief Assistant Harman Grisewood. Gesendet wurde aus der ältesten Teppichfabrik Großbritanniens in Wilton. In seinen einleitenden Bemerkungen hatte Grisewood erklärt, einige der eingereichten Publikumsfragen könnten nicht beantwortet werden, weil die 14-Tage-Regel dem entgegenstehe. Daraufhin protestierten die beiden Abgeordneten so stark, dass Grisewood kaum in der Lage war, die Fra-

77 Siehe zur Vorgeschichte dieser Entscheidung ebd., S. 195–204; und Benn, *Years of Hope*, S. 199–202.

78 Das Folgende nach Briggs, *Competition*, S. 114f.

gerunde zu beginnen. Die erste Frage lautete dann, ob die Anwesenden Teppiche als Luxus oder als Notwendigkeit betrachteten. Fairlie antwortete darauf, es wäre jetzt sehr schlau von ihm, die 14-Tage-Regel zu verletzen, indem er feststellen würde: »Carpets are in the home in order to put the Opposition on for their ridiculous attitude to Suez.« Auf eine spätere Frage danach, ob Parlamentsdebatten im Radio übertragen werden sollten, reagierte Fairlie mit dem Hinweis, da gebe es ein Problem: Würden die Debatten tatsächlich übertragen, würde das wegen der 14-Tage-Regel verboten werden. Das Programm wurde daraufhin für kurze Zeit unterbrochen. Wieder auf Sendung, war es dann Mary Stocks, die die Veralberung fortsetzte, als sie auf die Frage, was die Versammelten tun würden, wenn sie einmal in ganz besonders schlechter Laune seien und diese vertreiben wollten, antwortete: »Uniting against the Fourteen Day Rule.«

Letztlich verhielt es sich also mit der ominösen Regel wie weiland mit dem Grafen Dracula: Tageslicht bekam ihr gar nicht.

»Cuius regio, eius radio«. ⁷⁹ Die christdemokratische Politik und der Norddeutsche Rundfunk um 1980

Dass Politiker mit den Medien nicht zufrieden sind, ist für sich genommen ebenso wenig bemerkenswert wie der umgekehrte Fall. Interessant wird es allerdings, wenn der Ärger so groß wird, dass Politiker oder Parteien sich die Mühe machen, zu spezifizieren, was es genau ist, worüber sie sich ärgern. Denn dann werden Einblicke in die Feinstruktur der Beziehung von Politikern und Journalisten möglich, die über den jeweiligen Anlass hinausreichen.

Einen solchen Anlass gab der Baubeginn des Atomkraftwerks Brokdorf Ende Oktober 1976. Er machte den Bauplatz in der schleswig-holsteinischen Wilstermarsch zum Austragungsort heftiger Auseinandersetzungen zwischen der Anti-AKW-Bewegung und den vor Ort versammelten Polizeikräften. Diese Auseinandersetzungen wiederum wurden zum politisch-medialen Brennpunkt der Bundesrepublik und der schleswig-holsteinischen Landespolitik. Dabei rückte die Berichterstattung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) über Brokdorf in den Fokus der christdemokratischen Landesregierung Schleswig-Holsteins unter Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg. Die öffentlich-rechtliche Dreiländeranstalt – zu deren Sendegebiet neben Schleswig-Holstein auch Niedersachsen und Hamburg gehören – wurde im Oktober und November 1976 zwar nicht zum ersten Mal zum Stein des Anstoßes für konservative Politiker, ganz im Gegenteil: Seit der Regierungswechsel in Bonn 1969 die CDU auf Bundesebene in die Oppositionsrolle verwiesen hatte, waren die Klagen über die, wie es hieß, »unausgewogene« Berichterstattung der großen norddeutschen Sendeanstalten

79 Diese Abwandlung des nachreformatorisches Rechtsprinzips »cuius regio, eius religio« (wessen Gebiet, dessen Religion) in »wessen Gebiet, dessen Radio« stammt vom SPD-Abgeordneten Ernst Gottfried Mahrenholz, der sie am 27. November 1979 im Niedersächsischen Landtag anbrachte, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/26, 27. November 1979, Sp. 3195.

Westdeutscher Rundfunk (WDR) und NDR zum allgegenwärtigen Grundrauschen konservativer Politik in Bund und Ländern geworden. Doch noch nie waren seit Bestehen der Bundesrepublik auf schleswig-holsteinischem Boden so harte Auseinandersetzungen ausgetragen worden, Auseinandersetzungen, an denen darüber hinaus mit den Bürgerinitiativen der Anti-AKW-Bewegung eine für die Landespolitik völlig neue Akteursgruppe beteiligt war. In einer politischen Kultur, die bis dahin vom geregelten und ritualisierten Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition im Kieler Landtag geprägt war, warf das völlig neue Fragen für die politische Berichterstattung der Medien auf. Das galt aus christdemokratischer Sicht vor allem für die Rundfunkanstalten. Bei der Zeitungslektüre pflegten (und pflegen weiterhin) seltener kognitive Dissonanzen zwischen erwarteter und gelieferter politischer Information und Meinung aufzutreten, denn insbesondere die überregionalen, politisch meinungsführenden Blätter, die wichtigste politische Lektüre professioneller Politiker, sind (partei-)politisch profiliert und werden nach diesem Profil ausgewählt. Im Radio und im Fernsehen, wo seit Anfang der 1960er Jahre die Politikberichterstattung auch jenseits der *Tagesschau* Einzug gehalten hatte, war demgegenüber die Korrespondenz zwischen politischen Grundeinstellungen einerseits und Nachrichtenauswahl und -kommentierung andererseits geringer. Das war einer der Gründe dafür, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk regelmäßig Kritik aus konservativen Kreisen auf sich zog – Kritik, die aus naheliegenden Gründen nach dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt in Bonn an Schärfe zunahm. So sah der CDU-Vorsitzende Rainer Barzel während der heftigen Auseinandersetzungen um die sozialliberale Ostpolitik 1972 in Hörfunk und Fernsehen »Tendenzen« am Werk, »die immer offener nur noch für die Politik der Bundesregierung werben«. ⁸⁰ Und im selben Jahr titulierte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Heinrich Köppler, den WDR als »Haus Maos«. ⁸¹

80 Telegramm des CDU-Vorsitzenden Rainer Barzel an die CDU/CSU-Mitglieder in den Rundfunkgremien vom 14. April 1972, zit. nach NDR-Mitteilungen für Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Programmbeirat, hrsg. vom NDR, HA Information, Nr. 8, 26. April 1972, S. 7 (Wiedergabe einer *dpa*-Meldung).

81 *Kölner Stadt-Anzeiger*, 23. 6. 1972, zit. nach SPD-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen (Hg.), Ausschuss für Medienpolitik beim SPD-Landesvorstand. Do-

Das gesellschaftlich hochexplosive Thema der Atomenergie erreichte im Herbst 1976 erstmals den deutschen Norden und damit das Sendegebiet des NDR. Die turbulenten ersten Wochen auf dem Bau- platz des AKW Brokdorf nahmen in dessen Berichterstattung viel Raum ein, in der sowohl Befürworter als auch Gegner zu Wort kamen, Interviews mit dem Kieler Ministerpräsidenten und Kritikern geführt sowie zahlreiche Reportagen vom Geschehen am Bauzaun gesendet wurden. Dieses Mischungsverhältnis erregte bei der Landesregierung und in der CDU Schleswig-Holsteins so viel Empörung, dass die CDU-Mitglieder des NDR-Verwaltungsrats den Intendanten, Martin Neuffer, Ende 1976 aufforderten, Sendeprotokolle aller Brokdorf be- treffenden Sendungen des Zeitraums vom 25. Oktober bis 26. Novem- ber 1976 vorzulegen⁸² – in der Absicht, nachzuweisen, dass der Sender gegen die Verpflichtung verstieß, wahrheitsgemäß, objektiv und über- parteilich zu informieren.⁸³ Aus der über tausend Seiten umfassenden Textsammlung, die Neuffer vorlegte, fertigten die Christdemokraten eine gut 30-seitige Dokumentation an, die die ihrer Ansicht nach rele- vanten Sendungen (allerdings ohne die Nachrichten) und deren Be- wertungen aus CDU-Sicht enthielt.⁸⁴ Auf dieser Grundlage bewertete der CDU-dominierte Verwaltungsrat des NDR Mitte April 1977 die Brokdorf-Berichterstattung des Senders als einseitig. Im selben Monat leitete die schleswig-holsteinische Landesregierung ein Rechtsauf- sichtsverfahren gegen den NDR wegen dessen Brokdorf-Berichterstat- tung ein, das jedoch im Sande verlief, da die drei Bundesländer sich nicht einigen konnten.⁸⁵

kumentation. CDU-Kampagne Westdeutscher Rundfunk (Köln), Düsseldorf, November 1978, S. 8.

82 Dauert 'ne Weile, *Der Spiegel*, Nr. 18, 25. 4. 1977, S. 86–92, hier S. 90.

83 Jürgen Echternach, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürger- schaft, an Christian Schwarz-Schilling, 5. Mai 1977, Anschreiben und Anlage: Verletzung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk/Auszug aus der Begründung, Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin (im Folgenden ACDP), 01-824/098/2.

84 Ebd., Anlage: Die Darstellung und Kommentierung der Kontroverse um das Kernkraftwerk Brokdorf in Hörfunk und Fernsehen des Norddeutschen Rund- funks in der Zeit vom 25. Oktober bis 26. November 1976. Eine Dokumentation.

85 Vgl. hierzu Hauptstaatsarchiv (im Folgenden HStA) Hannover, Bestand Staats- kanzlei Nds. 50, Acc. 2010/089 Nr. 183, Bll. 161–206.

In mehrerlei Hinsicht ergibt diese Dokumentation eine eindrucksvolle Momentaufnahme nicht nur des öffentlich-rechtlichen Senders, sondern auch der gesellschaftlichen Hintergründe für die politische Berichterstattung in den 1970er Jahren und des daraus resultierenden konfliktträchtigen Verhältnisses zwischen Politik und Rundfunk. Zum einen demonstriert sie – eher ungewollt – die Vielfalt der Stimmen, die Hörfunk und Fernsehen zum kontroversen Thema Atomkraft einfließen, sowie die konservativen Probleme mit dieser Vielfalt. Von den in der CDU-Dokumentation insgesamt 120 untersuchten Sendungen – zwölf davon Fernsehbeiträge – wurden zwar seitens der Parteianalysten gut die Hälfte als »A« eingestuft, was bedeutete: »Beitrag wendet sich gegen Brokdorf und/oder den Ausbau der Kernenergie«. ⁸⁶ Und bei den zwölf Fernsehbeiträgen gab es bis auf ein Interview mit Ministerpräsident Stoltenberg (das als »D« = »Bericht mit Präferenz für Brokdorf bzw. Kernenergie« eingestuft ist) überhaupt nur »A«-Sendungen. Doch unter »A« fielen beispielsweise auch Interviews mit dem atomkraftkritischen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl, mit dem Sprecher der Bürgerinitiativen am Bauplatz ⁸⁷ oder ein *Panorama*-Beitrag zur Gegendemonstration der Belegschaft des Brokdorfbetreibers Nordwestdeutsche Kraftwerke (NWK), in welchem die Motivation der Demonstranten mit dem Satz beschrieben wurde: »Aus freien Stücken, wenn auch bei vollem Lohnausgleich.« ⁸⁸ Dass die Fernsehbeiträge fast ausschließlich als »gegen Brokdorf und/oder den Ausbau der Kernenergie« gerichtet eingestuft wurden, dürfte vor allem daran gelegen haben, dass in den gesendeten Filmaufnahmen die Polizeikräfte, die Schutzanlagen der Baustelle, die in der Luft befindlichen Hubschrauber und andere Bilder von hoch aufgerüsteten Sicherheitsmaßnahmen zu sehen waren, deren Erwähnung auch in Hörfunkbeiträgen

86 Darstellung und Kommentierung in: Jürgen Echternach, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, an Christian Schwarz-Schilling, 5. Mai 1977, Anschreiben und Anlage: Verletzung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk/Auszug aus der Begründung, ACDP, 01-824/098/2. Anlage: Die Darstellung und Kommentierung der Kontroverse um das Kernkraftwerk Brokdorf in Hörfunk und Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks in der Zeit vom 25. Oktober bis 26. November 1976. Eine Dokumentation, S. 2.

87 Ebd., S. 16f.

88 Ebd., S. 23.

allem Anschein nach regelmäßig den Grund für ein »A« darstellte. Waren somit zahlreiche Beiträge der »A«-Klasse solche, die real vorhandene Stimmen und Aspekte wiedergaben, ohne selbst gegen Brokdorf Stellung zu beziehen, so gilt dies noch stärker für die unter »B« als »sachlicher Beitrag mit überwiegender Tendenz gegen Brokdorf bzw. Kernenergie« eingestuften Beiträge. Hier finden sich etwa ein Interview mit dem Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft, der einen Bau-stopp fordert, weil politische »Fehlentscheidungen« nicht auf dem Rücken der Polizisten ausgetragen werden dürften,⁸⁹ oder ein Bericht über die Vorbereitungen der Bürgerinitiativen auf den nächsten Tag am Bauzaun und über die Distanzierung der AKW-Gegner von Mitgliedern kommunistischer Gruppierungen.⁹⁰ Das Prädikat »C« = »Bericht ohne erkennbare Präferenz«, erhält demgegenüber etwa eine Pressekonferenz mit Ministerpräsident Stoltenberg, die »zahlreiche Informationen« über die Beteiligung kommunistischer Gruppen an Demonstrationen in der Wilstermarsch enthielt.⁹¹

Ganz offensichtlich, diese Tendenz zieht sich durch die gesamte Dokumentation, war ein besonderer Stein des Anstoßes die Tatsache, dass über die Bürgerinitiativen und Demonstranten und Demonstrantinnen ebenso selbstverständlich berichtet wurde wie über die Stellungen politischer Parteien und insbesondere der Landesregierung, dass Demonstranten gleichermaßen häufig zu Wort kamen wie der Ministerpräsident – ohne dass der Ministerpräsident, wie Stoltenberg in einer Landtagsdebatte 1977 als korrekte Erfüllung der »Wahrheits- und Sorgfaltspflicht« verlangte, jeweils in derselben Sendung seine Meinung dagegen setzen konnte⁹² – und dass sie nicht grundsätzlich als kommunistisch unterwandert präsentiert wurden. Das ist der zweite Aspekt der Beziehung zwischen (nicht nur, aber vor allem konservativer) Politik und Medien, den die Dokumentation einfängt: Vonseiten der schleswig-holsteinischen CDU wurde als korrekte Berichterstattung über diese neuartigen Vertreter politisch-gesellschaftlicher Inte-

89 Ebd., S. 17.

90 Ebd., S. 6.

91 Ebd., S. 17.

92 Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 14. Juli 1977, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/44, 14. Juli 1977, S. 2964.

ressen neben den Parteien ganz offensichtlich eine solche erwartet, die deren Berechtigung infrage stellte, überhaupt als Akteur aufzutreten, überhaupt zu demonstrieren, überhaupt das staatliche Gewaltmonopol infrage zu stellen. »Kein einziger Beitrag im Untersuchungszeitraum befasst sich mit der Frage der Legitimation der Bürgerinitiativen«, wurde zusammenfassend kritisiert.⁹³

An dieser Stelle wird ein gesellschaftlicher Wertekonflikt deutlich, der über den Anlass der Dokumentation weit hinausging. Er war erstmals 1975 im bundesdeutschen Südwesten, anlässlich der Auseinandersetzungen um den Bau des Atomkraftwerks Wyhl am Kaiserstuhl, virulent geworden. Seither standen sich zwei konträre Deutungen der bundesdeutschen Gesellschafts- und Verfassungsordnung gegenüber: eine, die Bürgerproteste gegen Vorhaben der Regierungen auch dann für legitim hielt, wenn diese zu Großdemonstrationen führten, aus welchen heraus gewalttätiges Handeln möglich wurde; und die andere, die kein Recht auf derartige Demonstrationen anerkennen wollte, wenn sie sich gegen durch ordnungsgemäße Verfahren legitimierte Entscheidungen der Autoritäten richteten. Erst im Jahr 1985 hat das Bundesverfassungsgericht in seinem berühmten Brokdorf-Beschluss, der durch Verfassungsbeschwerden gegen das Verbot der Großdemonstration in Brokdorf im Frühjahr 1981 ausgelöst wurde, diesen Konflikt entschieden: zugunsten des Demonstrationsrechts und eines erweiterten Demokratieverständnisses. Der Beschluss betont, dass in einer Demokratie »die Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen und nicht umgekehrt verlaufen« müsse. »Demonstrativer Protest« gegen politisch-administrative Entscheidungen könne »notwendig werden, wenn die Repräsentativorgane mögliche Missstände und Fehlentwicklungen nicht oder nicht rechtzeitig erkennen oder aus Rücksichtnahme auf andere Interessen hinnehmen«. Dieser Grundrechtsschutz entfalle auch dann nicht, wenn einzelne Demonstranten zu gewalttätigen Mit-

93 Darstellung und Kommentierung in: Jürgen Echternach, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, an Christian Schwarz-Schilling, 5. Mai 1977, Anschreiben und Anlage: Verletzung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk/Auszug aus der Begründung, ACDP, 01-824/098/2. Anlage: Die Darstellung und Kommentierung der Kontroverse um das Kernkraftwerk Brokdorf in Hörfunk und Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks in der Zeit vom 25. Oktober bis 26. November 1976. Eine Dokumentation, S. 23.

teln greifen, weil sonst »praktisch [...] jede Großdemonstration verboten werden« könne.⁹⁴

Im Jahr 1976 war diese verfassungsrichterliche Klarstellung allerdings noch neun konfliktreiche Jahre entfernt; in der konservativen Weltsicht war es noch selbstverständlich, dass bürgerliche Unbotmäßigkeit und Berichte über sie nicht statthaft waren. Wie es der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Hans Feindt 1979 in einer der zahlreichen Parlamentsdebatten im deutschen Norden über den NDR formulierte: »[D]ie Flut der Nachrichten über Demonstrationen und Aktionen gegen die staatliche Ordnung [...] trägt in hohem Maße zur Aushöhlung der Demokratie bei.«⁹⁵ Das bedeutete, dass sich jegliche Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu Großdemonstrationen in einer Art Niemandsland zwischen zwei unvereinbaren Gesellschaftsbildern und Rechtsvorstellungen vollzog. Ein probates journalistisches Mittel, aus diesem Niemandsland zu berichten, wurde von Redaktionen und Reportern des NDR vielfach angewandt – was die CDU-Dokumentation festhält, allerdings nicht würdigt: nämlich möglichst viele konträre Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Ein anderes Mittel wählten einige der berichtenden und kommentierenden Journalisten, die sich implizit oder explizit auf eine der beiden Seiten schlugen. Sofern dies die Regierungsseite war, verbuchte die Dokumentation das als »C« = »Bericht ohne erkennbare Präferenz« oder »D« = »Bericht mit Präferenz für Brokdorf bzw. Kernenergie«. Unter »A« = »Beitrag wendet sich gegen Brokdorf und/oder den Ausbau der Kernenergie« fielen demgegenüber sämtliche Sendungen, die als für die Demonstrantinnen und Demonstranten Partei nehmend eingestuft wurden. Manche Ausstrahlungen erhielten, wie gesagt, dieses Prädikat deswegen, weil Demonstranten interviewt oder die Polizeikräfte mitsamt ihrer martialisch wirkenden Ausrüstung ins Bild gesetzt wurden. Daneben fanden sich unter »A« auch Journalisten, die in der Tat für das Anliegen der Bürgerbewegung Partei ergriffen. Besonders bekannt dafür war der Hörfunkreporter Gerd Wasmund, der, wie der *Spiegel* errechnet hat,

94 Zit. nach Doering-Manteuffel u.a., Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985, S. 41f., 55.

95 Der CDU-Abgeordnete Hans Feindt im Niedersächsischen Landtag am 28. Juni 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/19, 28. Juni 1979, Sp. 2307.

um die hundert Mal vom Bauplatz berichtete und dann vorübergehend vom NDR aus Brokdorf abgezogen wurde, nachdem er einen Protest gegen das harte Vorgehen der Polizei mit unterschrieben hatte.⁹⁶ Das leitet zu einem dritten wichtigen Zusammenhang über, der in der Dokumentation aufscheint und über den Anlass hinaus auf einen wichtigen Hintergrund der Beziehung zwischen Politik und Medien in den 1970er Jahren verweist, nämlich die politisch engagierten Journalistinnen und Journalisten, die überwiegend den nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals in die Funkhäuser einziehenden jüngeren Altersgruppen angehörten. Ihr professionelles Selbstverständnis war dem Typus des kritischen Intellektuellen verwandt, schloss also bewusste gesellschaftliche Parteinahme und den Willen zur kritischen Aufklärung ein. Ebenso wie der personifizierte Inbegriff dieser Spezies, der das Sendegebiet des NDR und die ganze Republik jahrelang zuverlässig mit Diskussionsstoff versiehende Peter Merseburger, hatten viele von ihnen studiert. Wie der Chefredakteur der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*, Wolfgang Wagner, in einer im Dezember 1979 vom NDR ausgestrahlten Gesprächsrunde Vorwürfen des CDU-Mediensprechers Christian Schwarz-Schilling entgegenhielt, waren diese Journalisten nicht parteipolitisch, sondern durch eine intellektuelle Mission motiviert. Ihrem Ideal entspreche »der Vorkämpfer einer Gesellschaftsordnung, die durch äußerste Liberalität und durch möglichst vollkommene Gleichheit aller Bürger charakterisiert ist«. Das sei, so Wagner in einer interessanten Mischung von Empathie und leichter Häme weiter, nicht einer Verschwörung, sondern dem Wunsch geschuldet, »an der Spitze der Marschkolonnen des Fortschritts [zu] marschieren. [...] Als fortschrittlich gilt heute, zumindest unter Intellektuellen, äußerst liberal und äußerst sozial zu sein. Die Zukunft, so glaubt man, gehört einer Gesellschaft ohne Tabus und ohne soziale Unterschiede. [...] Viele Jahre hindurch haben die konservativeren Kräfte in unserem Lande der Intelligenz keine attraktiven Ideen geboren. Vielfach sind sie ihr sogar mit Verachtung begegnet. Wie in den Wald hineingerufen wurde, so schallt es nun heraus. Dazu bedarf es keiner Verschwörung, keiner Verabredung und keiner Anordnung von oben. Die Welle trägt sich selbst.«⁹⁷

96 Dauert 'ne Weile, *Der Spiegel*, Nr. 18, 25. 4. 1977, S. 86–92.

97 Manuskript der Sendung »Der NDR und seine Hörer. Vielfalt statt Monopol«. Eine Sendung von Wolfgang Rieger im Zweiten Hörfunkprogramm des NDR,

Aus christdemokratischer Perspektive allerdings handelte es sich bei diesen Journalisten um »Meinungsmogule«,⁹⁸ die die »nahezu zwangsweise Anwesenheit der Zuschauer« missbrauchten und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung »zu einem einseitigen Verbreitungsprivileg weniger Journalisten« pervertierten.⁹⁹

In der CDU-Dokumentation zur Brokdorf-Berichterstattung finden sich Beispiele für dieses aufklärerische Sendungsbewusstsein in Beiträgen unterschiedlichster Art, nicht zuletzt in spielerischer Form. So etwa, wenn Wolfgang Hahn in einer – für ein jugendliches Publikum gedachten – Musiksendung unter »Tips für das Wochenende« einen »Abenteuerurlaub in der schönen Wilstermarsch« empfahl: »Das folgende Spiel heisst ›Wilsterslalom‹. Wir laufen möglichst in Dreiergruppen über die Felder zum Bus zurück und versuchen dabei, vielen Tränengasbomben und Nebelkerzen auszuweichen. Wer als Erster am Bus ist, wird auch zuerst verhaftet. Der zweite Urlaubstag beginnt mit einem [sic] ausgedehnten Frühstück im Kreisgefängnis und endet mit der Feststellung der Personalien.«¹⁰⁰

Aber auch im Freitags-Magazin des NDR-Fernsehens spielten Redakteure mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Repertoire für Disanzierung und Kritik, wenn sie zur Untermalung der Aufnahmen von Polizisten, Schäferhunden und Stacheldraht auf die Filmmusik aus dem amerikanischen Film *Dr. Strangelove or how I learned to stop worrying and love the bomb* von 1964 zurückgriffen und im Anschluss Mi-

13. Dezember 1979, 20–21 Uhr, S. 14ff., ACDP, 01-824/101/2. Für eine geschichtswissenschaftliche Analyse der »engagierten« Journalistengeneration siehe Hohenberg, Konsens und Krise, S. 420–427 und passim.

98 Der CDU-Abgeordnete Rudolf Wedekind in der Debatte des Niedersächsischen Landtags am 28. Juni 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/19, 28. Juni 1979, Sp. 2282.

99 Der CDU-Abgeordnete Werner Grübmeier in der Debatte des Niedersächsischen Landtags am 12. März 1980, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/35, 12. März 1980, Sp. 4508.

100 Darstellung und Kommentierung in: Jürgen Echternach, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, an Christian Schwarz-Schilling, 5. Mai 1977, Anschreiben und Anlage: Verletzung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk/Auszug aus der Begründung, ACDP, 01-824/098/2. Anlage: Die Darstellung und Kommentierung der Kontroverse um das Kernkraftwerk Brokdorf in Hörfunk und Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks in der Zeit vom 25. Oktober bis 26. November 1976. Eine Dokumentation, S. 18.

nisterpräsident Stoltenbergs Äußerungen »zur Rechtsförmigkeit des Verfahrens und der Ordnungsmäßigkeit des Baubeginns« brachten.¹⁰¹ Andere Beiträge zogen etwa polemische Parallelen zwischen den Befestigungen, die den Bauplatz schützen sollten, mit den Grenzbefestigungen der DDR¹⁰² oder zeigten deutliche Sympathie für evangelische Pastoren, die sich – im Konflikt mit ihrer kirchlichen Obrigkeit – für die AKW-Gegner einsetzten.¹⁰³

Staatsvertragskündigung: Die Hintergründe

Es waren allerdings nicht nur die Erfahrungen mit der Brokdorf-Berichterstattung, die den Kieler Ministerpräsidenten Stoltenberg dazu motivierten, den Staatsvertrag über den NDR 1978 zu kündigen. Und es waren auch nicht allein die konservativen Schwierigkeiten mit der Medienpräsenz neuer sozialer Bewegungen und engagierten Journalisten. Stoltenberg und sein niedersächsischer Amtskollege Ernst Albrecht hatten weitere Gründe dafür, die Rechtsgrundlage des norddeutschen Senders neu gestalten zu wollen. Der erste waren die Grenzen, an welche die – in allen Rundfunkhäusern gängige – landespolitische Durchdringung der Drei-Länder-Anstalt stieß: Abgesehen vom Südwestfunk war der NDR die einzige ARD-Anstalt, bei der sich mehrere Landesregierungen den Einfluss auf Personalentscheidungen – vor allem bei der Intendantenwahl, aber auch bei weiteren herausgehobenen Stellenbesetzungen – und auf die Programmgestaltung teilen mussten. Das konnte zu einem parteipolitischen Zankapfel werden, wenn diese Regierungen – was meistens der Fall war – teils von der SPD, teils von der CDU geführt wurden. Es war deswegen kein Widerspruch, dass die Landesregierungen, die sich den NDR teilten, besonders unzufrieden waren, obwohl die parteipolitische Durchdringung der NDR-Gremien überdurchschnittlich intensiv war. Im Bundesdurchschnitt gehörten 1972 gut 35 Prozent der Rundfunk- und Fernsehräte und etwa 55 Prozent der Verwaltungsratsmitglieder der Exekutive oder der Legislative an; beim NDR bestand im selben Jahr der Rundfunkrat zu zwei Dritteln

101 Ebd., S. 4. Der Film wird hier »Love Joy's Atomkrieg« genannt.

102 Ebd., S. 14, 23, 25.

103 Ebd., S. 21f.

aus Parlamentsabgeordneten (16 von 24) und der Verwaltungsrat zur Hälfte (4 von 8), hinzu kam ein Landesminister.¹⁰⁴

Stoltenberg hatte sich seit seinem ersten Amtsantritt als Ministerpräsident Schleswig-Holsteins 1971 im Verwaltungsrat des NDR den Vertretern zweier SPD-geführter Länder gegenübergesehen. Lagen in diesem Gremium Entscheidungen an, die parteipolitisch kontrovers waren – was nach dem Regierungswechsel in Bonn 1969, der die Bundesrepublik in ein jahrelanges Dauerwahlkampfklima versetzte, häufiger wurde –, zog die Kieler Landesregierung beziehungsweise die CDU hier oft den Kürzeren. Denn ihren zwei Mitgliedern im Verwaltungsrat saßen zwei weitere aus Hamburg und vier aus Niedersachsen gegenüber. Als im Jahr 1974 die Vertragsverlängerung für Peter Merseburger, den Chefredakteur des NDR-Fernsehens und profilierten Moderator des Fernsehmagazins *Panorama*, anstand, eskalierte die parteipolitische Konfrontation. Über mehrere Monate hinweg legten die CDU-Vertreter im NDR-Verwaltungsrat dieses Gremium lahm, indem sie es durch Nichterscheinen oder vorzeitigen Auszug beschlussunfähig machten. »Wir konnten ja manchmal gar nicht schnell genug unsere Tasche mitnehmen, damit wir das Gremium beschlussunfähig machen konnten«, würde der CDU-Abgeordnete Werner Remmers das später beschreiben.¹⁰⁵ Intendant Neuffer verlängerte Merseburgers Vertrag schließlich ohne Zustimmung des Verwaltungsrats. Dagegen wiederum klagte das Land Schleswig-Holstein vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), das ihm in seinem Urteil vom 6. Mai 1977 bescheinigte, objektiv pflichtwidrig gehandelt zu haben, indem es die dauerhafte Beschlussunfähigkeit des Verwaltungsrats herbeigeführt habe.

Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich die parteipolitische Situation gewendet und der CDU ganz andere Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet als die Anrufung der Verwaltungsgerichte oder Rechtsaufsichtsverfahren. Seit Januar 1977 regierte in Niedersachsen der Christdemokrat Ernst Albrecht, erst mit einer CDU/FDP-Koalition, ab Mitte 1978 mit einer reinen CDU-Regierung; in der rundfunkpolitischen Minderhei-

104 Starck, Zusammensetzung der Rundfunkgremien und Rundfunkfreiheit, S. 30, 42 (Tabelle 2).

105 Der CDU-Abgeordnete Werner Remmers in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags vom 25. Januar 1983, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 10/11, 25. Januar 1983, S. 931.

tenfalle in Sachen NDR befand sich ab jetzt die Hamburger SPD-Regierung unter Hans-Ulrich Klose.

Ein wesentlicher Teil des politischen Unbehagens am NDR entsprach also der gefühlten Benachteiligung der Regierungschefs im bundesdeutschen Norden, die auf »ihre« Drei-Länder-Anstalt weniger Einfluss ausüben konnten als ihnen, wie sie meinten, zustand. Wie es Ernst Albrecht einmal vor dem medienpolitischen Beirat der Unionsparteien ausdrückte: »Ich möchte, dass der Landesgesetzgeber seine Rundfunkhoheit zurückgewinnt. Ich bin es leid, auf Hamburger SPD-Parteitage Rücksicht zu nehmen.«¹⁰⁶ Der niedersächsische Ministerpräsident teilte mit seinem Amtskollegen Stoltenberg und einer Reihe weiterer Unionspolitiker – unter ihnen der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU, Christian Schwarzschilding – die Ansicht, zur Herstellung konservativer »Rundfunkhoheit« in Land und Bund sei neben der gängigen parteipolitischen Einflussnahme auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auch deren Einhegung durch privatwirtschaftliche Konkurrenz erforderlich. Die erwartbare Folge, »dass die Bürger weniger Politik sehen«, sobald sie auf private Anbieter umschalten können, hielt Albrecht »für nicht wichtig« – und setzte darauf, dass die Prioritäten der Zuschauer und Zuschauerinnen ohnehin anderswo liegen als diejenigen der Redakteure in den Funkhäusern. »Der mündige Bürger soll selbst entscheiden. Ich halte es für unerträglich, dass irgendwer vorschreiben oder bestimmen kann, was der Bürger sehen soll, darf, kann. Rundfunk ist keine pädagogische Veranstaltung von Redakteuren für Menschen.«¹⁰⁷

106 Rubrik »Für Sie gelesen«: »Das wird durchgezogen«, *Frankfurter Rundschau*, 15. 10. 1979, Nr. 240, S. 4. Das Gedächtnisprotokoll dieser nichtöffentlichen Sitzung des medienpolitischen Beirats der Unionsparteien in Bonn am 20. September 1979 wurde vom CDU-Mitglied Walter Fischer angefertigt, der die Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU), die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Rundfunkjournalisten, über die Albrecht'schen Rundfunkpläne informieren wollte; vgl. das Schreiben Walter Fischers an Wolfgang Fischer vom medienpolitischen Referat der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 15. Oktober 1979, ACDP 01-824, 103/1. Das Gedächtnisprotokoll wurde nicht dementiert.

107 Rubrik »Für Sie gelesen«: »Das wird durchgezogen«, *Frankfurter Rundschau*, 15. 10. 1979, Nr. 240, S. 4.

Mit der Forderung nach Privatrundfunk, die der zweite Grund für die Kündigung des NDR-Staatsvertrags war, sollte jedoch nicht nur die Politikberichterstattung ihres Publikums beraubt werden, sondern auch die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ihrer Mitarbeiter beziehungsweise deren Loyalität. Wie ein vertrauliches Positionspapier der Abteilung Medienpolitik der Bundes-CDU von 1978 verdeutlicht, ging die Führung der Christdemokraten davon aus, dass durchschnittlich 70 Prozent aller deutschen Rundfunk- und Fernsehredakteure sowie Programmverantwortlichen der regierenden SPD/FDP-Koalition zugeneigt seien. Im Fall des WDR, dessen Einfluss auf das Ergebnis der im Jahr 1980 anstehenden Bundes- und NRW-Landtagswahl wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse besonders gefürchtet wurde, sei der Prozentsatz noch höher. Wolle man unter diesen Bedingungen insbesondere liberale Redakteure für die CDU aktivieren, müsse stärker auf private Alternativen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk hingewiesen werden – Alternativen, die von der CDU aktiv gefördert würden. Es gehe darum, »den Rundfunk- und Fernsehmitarbeitern alternative Ausweichmöglichkeiten aufzuzeigen, um dem ›goldenen Polit-Gefängnis‹ zu entfliehen«. ¹⁰⁸ Auch im Fall des »goldenen Polit-Gefängnisses« NDR kam der Forderung nach Zulassung privater Rundfunkanbieter eine zentrale Rolle zu. Sie war ein weiteres Motiv für die Kündigung des NDR-Staatsvertrags. Denn dieser sprach dem NDR das alleinige Recht zu, im Sendegebiet Rundfunkprogramme auszustrahlen. Eine Zulassung privater Rundfunkveranstalter in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg war auf dieser Rechtsgrundlage also ausgeschlossen.

Nun waren konservative Wünsche nach einem kommerziellen Rundfunk fast so alt wie die Bundesrepublik. Auf gesamtstaatlicher Ebene hatte um 1960 Bundeskanzler Adenauer versucht, eine regierungsnahе zweite Fernsehanstalt unter Einbeziehung privater Anbieter zu errichten. Damit war er am Bundesverfassungsgericht gescheitert, das in seinem ersten Fernsehurteil 1961 entschied, dass privater Rundfunk zwar prinzipiell verfassungskonform, jedoch erst dann realisierbar sei, wenn genügend Frequenzen zur Verfügung ständen; und vor allem definierte dieses Urteil die bundesdeutsche Rundfunklandschaft

108 Abteilung Medienpolitik der CDU-Bundespartei, 1. Juni 1978: Vertrauliches Positionspapier zum WDR vor der Bundestagswahl 1980, ACDP 07-001, 12246.

als primär föderale, mit welcher eine an die Zentralregierung angebundene Rundfunkanstalt nicht kompatibel sei. Das aus diesem Fehlversuch heraus entstandene ZDF war denn auch ein bundesweiter Landesfürstensender mit Bundesanteilen.

Auf Länderebene war es dann die CSU in Bayern, die Anfang der 1970er Jahre versuchte, den Bayerischen Rundfunk (BR) gleichzeitig an die kurze Leine zu legen und durch die Einführung kommerziellen Rundfunks einzuhegen. Das Beispiel verlockte seinerzeit nicht zur Nachahmung. Denn es scheiterte noch viel spektakulärer als Adenauers Fernsehprojekt – nicht zuletzt daran, dass selbst CSU-Mitglieder sich von dieser handstreichartigen Attacke auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk distanzieren. Die Landtagsfraktion der CSU hatte im Februar 1972, eine satte absolute Mehrheit im Rücken, das bayerische Rundfunkgesetz in einem entscheidenden Punkt geändert: Die Zahl der Landtagsabgeordneten im Rundfunkrat wurde von 9 auf 21 erhöht. Das hatte zur Folge, dass sich die Zahl der CSU-Abgeordneten von 5 auf 13 erhöhte und die Entsandten der Fraktionen gemeinsam mit den Vertretern von Regierung und Senat über 42 Prozent der Stimmen im Rundfunkrat verfügten.¹⁰⁹ Die Zweifel der zweiten bayerischen Kammer, des Senats, an der Verfassungsmäßigkeit der Parlamentariervermehrung im Rundfunkrat wurden von der CSU-Mehrheit im Landtag zurückgewiesen. Außerdem kündigten Vertreter der CSU-Fraktion an, die Einführung kommerziellen Rundfunks sei in Planung. Die Reaktionen waren bemerkenswert. Nicht nur die Oppositionsparteien SPD und FDP schalteten auf Konfrontationskurs, sondern mit ihnen neben den Gewerkschaften viele Personen und Gruppen, die keiner sozialliberalen Neigungen verdächtigt werden konnten: CSU-Mitglieder und die bayerische Bischofskonferenz, Bildungsbürger und Journalistenverbände sowie, besonders bemerkenswert, mehr oder weniger alle bayerischen Zeitungen mit Ausnahme des CSU-Hausblatts *Bayern-Kurier*. »Ganz Bayern wird radio-aktiv« titelten die *Stuttgarter Nachrichten* im März 1972.¹¹⁰

Auch die konservativen Presseorgane jenseits der bayerischen Landesgrenzen unter Einschluss von *FAZ* und *Welt* kommentierten das

109 Maaßen, Kampf um den Rundfunk in Bayern, S. 122.

110 *Stuttgarter Nachrichten*, 24. 3. 1972, zit. nach Maaßen, Kampf um den Rundfunk in Bayern, S. 108.

Vorgehen der CSU bestenfalls abständig, überwiegend jedoch kritisch. Zwar habe sich in den letzten Jahren, so Bruno Dechamps in der FAZ, in Funk und Fernsehen »immer häufiger in einzelnen Sendungen extrem linker Missionseifer austoben dürfen«, doch der von der CSU dominierte Rundfunkrat werde »sich gründlicher lächerlich machen [...] als seine Vorgänger, weniger statt mehr Autorität haben [...]. Freilich mehr Macht. Mehltau mag er über die Funkhäuser Münchens breiten können. [...] Ohne gerades, unverkrümmtes Rückgrat lässt sich keine journalistische Arbeit tun.«¹¹¹ Mit dem Landesbürgerkomitee Rundfunkfreiheit entstand Mitte März 1972 eine schlagkräftige Bürgerinitiative aus Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonlichkeiten – unter diesen der Schriftsteller Erich Kästner, der Fernsehpfarrer Adolf Sommerauer, der Schauspieler Maxl Graf, der Politologe Kurt Sontheimer, der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Volkmar Gabert, die FDP-Fraktionsvorsitzende Hildegard Hamm-Brücher und der Senator und Journalist Ernst Müller-Meiningen jr. Ihre erfolgreiche Kampagne für die Durchführung eines Volksbegehrens konnte im Juli die Unterschriften von über einer Million Wahlberechtigten vorweisen. Damit war der Weg zum Volksentscheid über die vorgeschlagene Verfassungsänderung offen. Diese sah vor, dass ein neuer Artikel 111a in die bayerische Verfassung aufgenommen werden sollte, der bestimmte, dass Hörfunk und Fernsehen »ausschließlich von öffentlich-rechtlichen Anstalten« zu betreiben seien, die von einem Rundfunkrat kontrolliert werden sollten, in dem die Vertreter der Staatsregierung, des Senats und des Landtags höchstens ein Drittel der Sitze einnehmen sollten. Außerdem sei die Zahl der von den Fraktionen des Landtags entsandten Rundfunkratsmitglieder zu reduzieren.¹¹² Es folgten im weiteren Jahresverlauf stürmische Debatten in Ausschuss- und Plenarsitzungen des Landtags, die im Dezember 1972 darin kulminierten, dass sowohl der Landtag als auch die SPD das bayerische Verfassungsgericht einschalten wollten.

An dieser Stelle griff der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ein, der einen Kompromiss suchte, um den Gang zum Verfassungsgericht

111 Bruno Dechamps, Rundfunkreform auf bayerisch, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 42, 19. 2. 1972, S. 1.

112 Landesbürgerkomitee Rundfunkfreiheit (Hg.), *Freiheit für Funk und Fernsehen in Bayern*, S. 6.

zu vermeiden. Er handelte im Januar 1973 mit Vertretern des Bürgerkomitees, der SPD, der FDP und des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) eine Lösung aus, die deren Vorschläge weitgehend übernahm und die CSU-Fraktion düpierte: Die Vertreter von Regierung, Landtag und Senat sollten qua Verfassungsänderung höchstens ein Drittel der Rundfunkratsitze innehaben dürfen und die öffentlich-rechtliche Trägerschaft des Rundfunks solle in die Verfassung aufgenommen werden.¹¹³ Durch den im Juli 1973 durchgeführten Volksentscheid wurde dieser Verfassungszusatz als Artikel 111a beschlossen. In der neuen Fassung des bayerischen Rundfunkgesetzes von 1973 wurde anschließend die Zahl der Rundfunkratsmitglieder, die aus den Landtagsfraktionen stammten, wieder reduziert. Damit sank verglichen mit dem Rundfunkgesetz von 1972 der Anteil der Landtagsabgeordneten von 35,5 auf 24 Prozent und der Anteil der staatsnahen Mitglieder – Landtagsabgeordnete, Senatsmitglieder und Regierungsvertreter – zusammen von 42 auf gut 33 Prozent.¹¹⁴

Richtig staatsfern war der Bayerische Rundfunk dadurch nicht geworden, wie Ernst Müller-Meinigen jr., Mitglied des Senats und des Bürgerkomitees, 1973 feststellte: Nach wie vor schütze die gegenwärtige Struktur des deutschen Rundfunks »unsere Gesellschaft keineswegs verlässlich vor einem Staatsrundfunk, noch weniger vor einem Parteien- oder Verbände-Rundfunk«. ¹¹⁵ Doch bot die bayerische »radioaktive« Massenmobilisierung von 1972 Anschauungsmaterial dafür, wie brisant Rundfunkpolitik werden konnte. Das Beispiel dürfte dämpfend auf einen eventuellen rundfunkpolitischen Aktivitätsdrang anderer Landesregierungen gewirkt haben. Bis sich dann Anfang 1977 im Norden der Republik mit der Ablösung der SPD-Regierung in Niedersachsen durch Albrechts CDU/FDP-Koalitionsregierung neue politische Handlungsmöglichkeiten auftaten, um den landesväterlichen Leidensdruck an den Einschränkungen der Drei-Länder-Anstalt NDR zu beenden und Schlüsse aus der konservativen Kritik am empfundenen Linksdrall der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und an der

113 Maaßen, Kampf um den Rundfunk in Bayern, S. 116 f.

114 Ebd., S. 123.

115 Ernst Müller-Meinigen jr. auf der Kundgebung des Landesbürgerkomitees Rundfunkfreiheit in München am 25. Juni 1973, zit. nach Crone, Freiheit und Kontrolle, S. 439–461.

Medienpräsenz neuer politischer Akteure (wie der Demonstrantinnen und Demonstranten in Brokdorf) zu ziehen. Fünf Jahre nach den bayerischen Turbulenzen traten konservative Landespolitiker erneut an, um das in ihren Augen schädliche, überholte und missbrauchte Sendemonopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu beenden und – so sahen es die politischen Gegner – die Axt an das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem und damit an eine Grundfeste der bundesdeutschen Demokratie zu legen.

Am 14. Juli 1977 erklärte Stoltenberg vor dem Landtag seine Absicht, den NDR-Staatsvertrag im folgenden Jahr zu kündigen. Das löste bereits ein knappes Jahr vor der Kündigung selbst, die im Juni 1978 (mit Wirkung zum 31. Dezember 1980) offiziell erfolgte, eine heftige Debatte aus, die weit über das Sendegebiet des NDR hinausreichte. Vor dem Landtag nannte der Ministerpräsident 1978 als Kündigungsgründe die Finanzprobleme des NDR, die mangelnde Ausgewogenheit seiner Berichterstattung, die vernachlässigte Regionalberichterstattung, die Beseitigung des Sendemonopols sowie die Absicht, die bedeutsamen politischen und gesellschaftlichen Gruppen zu berücksichtigen und die Zahl der Staats- und Parteivertreter in den Gremien der Anstalt zu reduzieren.¹¹⁶

Die Neuregelung der Rechtsgrundlage des NDR beschäftigte in den Folgejahren drei Landesparlamente, diverse Gerichte und drei Staatskanzleien, Letztere zeitweise bis an die Grenze ihrer Arbeitsfähigkeit. Das Ende kam erst Mitte 1980 auf eine für die CDU-Landesherren Stoltenberg und Albrecht unerwartete und vor allem unerwünschte Art. Es wurde nicht, wie einige Jahre zuvor in Bayern, durch eine Bürgerinitiative und eine mobilisierte Bevölkerung herbeigeführt, sondern, wie im Fall von Adenauers Fernsehplänen 1961, durch ein Gerichtsurteil. Das BVerwG in Berlin befand nämlich, Stoltenbergs Kündigung sei nur eine Austritts-, jedoch keine Auflösungskündigung gewesen. Der NDR bestehe also weiter, als gemeinsame Anstalt Niedersachsens und Hamburgs; Schleswig-Holstein müsse ab jetzt einen eigenen Sender betreiben. Dieses Ergebnis war für alle drei Kontrahenten, milde ausgedrückt, suboptimal und führte dazu, dass, nachdem

116 Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 12. Juli 1978, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/63, 12. Juli 1978, S. 4222f., 4227.

die drei Landesregierungen jahrelang zu keiner Einigung hatten kommen können und nachdem zwischenzeitlich die CDU-Regierungen in Kiel und Hannover einen Zwei-Länder-Staatsvertrag vorgelegt hatten, nun gezwungenermaßen und in bemerkenswerter Geschwindigkeit ein neuer Drei-Länder-Staatsvertrag erarbeitet und durch die Parlamente gebracht wurde.

Warum eine Geschichte erzählen, die ausging wie das Hornberger Schießen? Eine Geschichte noch dazu, deren handelnde Personen, agierende Gruppen und involvierte Institutionen so zahlreich sind wie in einem Roman von Leo Tolstoi? Und wo alle diese Akteure – Ministerpräsidenten, Parteien und Fraktionen; Journalisten, Intendanten und Mitglieder von Rundfunkgremien; Anwälte, Gutachter und Gerichte; Staatskanzleien und Kirchenämter und viele andere mehr – teils miteinander, teils gegeneinander und teils auf unvorhergesehenen Neben Bühnen jahrelang verwickelte und nur selten zum Ziel führende Handlungsfäden knüpften? Eine Geschichte, die zu allem Überflus auch noch in der deutschen Provinz spielt, in die sich selten verirrt, wer an Politik- und/oder Mediengeschichte interessiert ist. Die Antwort: Weil diese Geschichte der Beinahe-Auflösung des NDR, der Verteidiger des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und dessen Kritiker, der Konflikte zwischen Christdemokraten, die – wie Stoltenberg – einen konservativeren NDR wollten, und solchen, die – wie Albrecht – letztlich wohl am liebsten gar keinen öffentlich-rechtlichen Sender übrig gelassen hätten, eine Momentaufnahme der Beziehungen zwischen Politik und (elektronischen) Medien ergibt, wie man sie nur selten zu Gesicht bekommt.

Ich werde diese Geschichte sehr gerafft auf zwei Ebenen erzählen: zum einen das, was sich auf offener Bühne abspielte, also das öffentliche Getöse um die westdeutsche Rundfunkordnung im Allgemeinen und insbesondere im deutschen Norden (ohne die bereits angesprochenen konservativen Klagen über die gefühlte Linkslastigkeit des Rundfunks); und zum anderen das, was sich in den Verhandlungen der erst drei, dann zwei Regierungschefs und ihrer Staatskanzleien vollzog. Nur auf dieser zweiten Ebene hat die Geschichte eine narrative Struktur, also Inhalte, deren Entwicklungen in chronologischer Abfolge erzählbar sind. Denn der öffentliche Schlagabtausch vollzog sich über die Jahre hinweg in immer denselben Begriffen, evozierten Schreckbildern und Vorwürfen.

Der medienpolitische Kulturkampf

Der regelrechte Kulturkampf, der seit 1977 um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Einführung des kommerziellen Fernsehens entbrannte, mutet, von heute aus betrachtet, nicht selten bizarr an. Sozial- und Christdemokraten standen sich an einer Front gegenüber, an der, wie es schien, ein Kampf um die höchsten Werte ausgefochten wurde. Dass sich die Werte, um die es jeweils ging, in eher unüblicher Weise auf die Parteilinien von SPD und CDU verteilten – indem die SPD strukturkonservativ und die CDU für Modernisierung argumentierte –, tat der Heftigkeit beider Seiten keinen Abbruch. Es waren Sozialdemokraten, die wie Hamburgs Erster Bürgermeister Hans-Ulrich Klose befürchteten, Fernsehen im Übermaß könne sich »familienfeindlich oder desintegrierend auf die Gesellschaft« auswirken.¹¹⁷ Oder der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt, der vor den Gefahren eines übermäßigen TV-Konsums »für das Zusammenleben der Menschen in der Familie und für die politische Kultur der repräsentativen Demokratie« warnte,¹¹⁸ der niedersächsische Landtagsabgeordnete der SPD, Ernst Gottfried Mahrenholz, der der CDU vorwarf, alles zu tun, »um zur Auflösung der Familie als einer lebendigen Gruppe beizutragen«,¹¹⁹ und der SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, der befürchtete, dass durch »das Füllen von Bauch, Auge und Ohr bis zur Übersättigung [...] das bequeme Ende der Demokratie« herbeigeführt werde.¹²⁰ Und es waren Christdemokraten, die sich als Vorkämpfer einer technischen Moderne sahen, deren Errungenschaften von dumpfen Kräften des Beharrens blockiert wurden. In einer hitzigen Debatte im Landtagsgebäude von Hannover charakterisierte der niedersächsische CDU-Abgeordnete Rudolf Wedekind das Festhalten der Sozialdemokraten an der öffentlich-rechtlichen Rundfunkordnung mit Ausdrücken, die konservative Beschimpfungen des politi-

117 Zit. nach Privatfernsehen: Nur noch Volksverdummung?, *Der Spiegel*, Nr. 51, 17. 12. 1979, S. 55.

118 Schmidt, Die Verantwortung des Politikers, S. 94.

119 Der SPD-Abgeordnete Ernst Gottfried Mahrenholz im Niedersächsischen Landtag am 27. November 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/26, 27. November 1979, Sp. 3201.

120 Egon Bahr auf dem SPD-Kongress »Medien von morgen« im November 1979 in Bonn, zit. nach Privatfernsehen: Nur noch Volksverdummung?, *Der Spiegel*, Nr. 51, 17. 12. 1979, S. 44.

schen Gegners sonst eher selten enthielten. Es sei, so Wedekind, »unerträglich, wenn Sie mit [...] kleinbürgerlicher Miefigkeit und Spießigkeit auftreten und aus Ihrer steinzeitlichen Medienunterkunft herauskriechen«. ¹²¹

Zeitweilig – als es nämlich einen sozialdemokratischen Postminister mit Zugriff auf die kommunikationstechnische Infrastruktur gab – spielten sozialdemokratische Medienexperten sogar Szenarien durch, wie die neuen Medien durch technische Mittel wie etwa Richtfunk an der Nutzung von Satellitenübertragungen gehindert werden könnten. ¹²² Selbst die höchste Macht erschien auf dem Kriegsschauplatz – mal auf der einen, mal auf der anderen Seite der Front: Stellte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, Uwe Barschel, in der NDR-Debatte des Landtags vom 14. Juli 1977 fest, der NDR sei »alles andere als gottgewollt«, ¹²³ so ließ der Hamburger Rundfunkpfarrer Hans-Jürgen Quest nach dem Urteil des BVerwG von 1980, das die Kündigung partiell hinfällig machte, ein Dankgebet an diejenige höhere Macht über den Äther gehen, die er als Retter des NDR noch über dem obersten bundesdeutschen Verwaltungsgericht am Werke sah. ¹²⁴

Sehr viel irdischer ging es zu, wenn über die politische Durchdringung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkhäuser gestritten wurde und darüber, inwiefern auch die Frage der Organisationsform des Rundfunks letztlich vor diesem Hintergrund parteipolitischer Ermächtigung zu sehen sei. In diesen Fragen war die argumentative Schlachtordnung wieder begründet, da nicht mit spiegelverkehrt verteiltem Werte-Vokabular gefochten wurde. Worum ging es, wenn man die handelnden Politiker beim Wort nimmt? Das zeigt der Blick in die Protokolle der Landtagsdebatten in Kiel und Hannover, wo sich die beiden großen Volksparteien derjenigen Bundesländer, von denen der Streit um den NDR ausgegangen war, jahrelang in ungewöhnlich hitziger

121 Der CDU-Abgeordnete Rudolf Wedekind in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 27. November 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/26, 27. November 1979, Sp. 3204.

122 Glotz, *Kampagne in Deutschland*, S. 31 (Eintrag vom 19. März 1981).

123 Der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Barschel im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 14. Juli 1977, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/44, 14. Juli 1977, S. 2963.

124 Galgenfrist für den NDR, *Die Zeit*, Nr. 24, 6. 6. 1980, S. 9f., hier S. 9.

Weise beharkten. Auch Abgeordnete von FDP und Grünen lieferten zum immer wiederkehrenden, fast schon rituell anmutenden Schlagabtausch Beiträge, die jedoch den Tenor der Debatten nicht prägen konnten. Der CDU-Abgeordnete Bruno Brandes, für den diese wiederkehrenden Debatten nach einiger Zeit »buchstäblich quälend zu werden« begannen,¹²⁵ stand wahrscheinlich mit diesem Gefühl auch über die Parteigrenzen hinaus nicht allein da. Denn so, wie die Debatten geführt wurden, ergaben sie im Grunde nur, dass beide Seiten immer recht hatten: Sozial- und Christdemokraten warfen sich wechselseitig vor, den Rundfunk parteipolitisch zu instrumentalisieren. Insofern erinnern die parlamentarischen Debatten an den jüdischen Witz, in dem Rabbi Löw einen Ehestreit schlichten soll und erst der Frau, dann dem Mann und schließlich seiner eigenen Frau recht gibt, die findet, dass er nicht beiden Seiten recht geben kann.

Die Endlosschleife dieser Vorwurfsroutine ergab sich daraus, dass diese ständig um eine Leerstelle kreiste, die im parteipolitischen Schlagabtausch wie die sprichwörtliche heiße Kartoffel zwischen den Fraktionen hin- und hergeworfen, aber kaum jemals selbst zum Thema wurde: nämlich die Tatsache, dass der föderal verfasste Rundfunk schon seit Langem weitgehend dem Prinzip »cuius regio, eius radio«¹²⁶ unterworfen war (Mahrenholz meinte mit dieser Formulierung typischerweise jedoch nur die CDU). Die 1982 erstmals in den niedersächsischen Landtag eingezogenen Abgeordneten der Grünen ließen diese Leerstelle der parlamentarischen Debatten kurz aufblitzen, als ihr Abgeordneter Helmut Neddermeyer ganz allgemein darauf hinwies, »was die Parteien [...] in den Anstalten schon an Gängelung, Einschüchterung, Gefährdung eines aufklärenden und aufregenden Journalismus angerichtet haben«.¹²⁷

125 Der CDU-Abgeordnete Bruno Brandes im Niedersächsischen Landtag am 12. März 1980, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/35, 12. März 1980, Sp. 4464f.

126 Der SPD-Abgeordnete Ernst Gottfried Mahrenholz im Niedersächsischen Landtag am 27. November 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/26, 27. November 1979, Sp. 3195.

127 Der Grünen-Abgeordnete Helmut Neddermeyer im Niedersächsischen Landtag am 18. Mai 1983, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 10/23, 18. Mai 1983, S. 2085.

Dieser Grundtenor der Landtagsdebatten, sich mehr der Desavouierung des politischen Gegners zu widmen als der Erhellung der problematischen Strukturen, um die es ging, entspricht den Gepflogenheiten der parlamentarischen Demokratie. Im Falle der bundesdeutschen Debatten über die Rundfunkpolitik zeitigte diese Form der Debatten den in der Tat »quälenden« Eindruck, dass es genau diese Gepflogenheiten des Schlagabtausches waren, die verdeckten, dass hinter ihnen eine parteiübergreifende Gemeinsamkeit steckte: nämlich das Interesse daran, dass es mit der parteipolitischen Durchdringung des Rundfunks eigentlich so weiter gehen sollte wie bisher, mit den jeweils bestmöglichen Karten für die eigene Partei. Dieses Interesse war nur als Kritik an der gegnerischen Seite, nicht jedoch als gesellschaftlich legitimierbare Rundfunkpolitik formulierbar (auf die Ausnahme, die diese Regel bestätigt, werde ich noch zurückkommen).

Das galt zuallererst dort, wo es um die politische Durchdringung der Sendeanstalten durch Staats- und Parteivertreter und die Zugriffsfreudigkeit der Landesregierungen auf »ihre« Sendeanstalten ging. Der Rundfunk, so warf der SPD-Abgeordnete Gert Börnsen im schleswig-holsteinischen Landtag Ministerpräsident Stoltenberg vor, wird »von Ihnen nicht als autonomer Partner der Politik, sondern als Werkzeug zur Durchsetzung parteipolitischer Machtansprüche gesehen«.¹²⁸ Es gehe dem Ministerpräsidenten, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Matthiesen in derselben Debatte, in Wahrheit »um die Einrichtung eines Senders [...], auf den Sie mehr direkten Zugriff haben«.¹²⁹ Und in Hannover beschuldigte der Oppositionsführer Karl Ravens den niedersächsischen Ministerpräsidenten, es gehe ihm »ausschließlich um einen Sender, den er fest in der Hand hat, um ein medienpolitisches Machtinstrument!«¹³⁰ Diese Vorwürfe konterte der CDU-Abgeordnete Rudolf Wedekind mit dem Verweis auf den SPD-dominierten

128 Der SPD-Abgeordnete Gert Börnsen in der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 14. Juli 1977, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/44, 14. Juli 1977, S. 3003.

129 Der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Matthiesen in der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 14. Juli 1977, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/44, 14. Juli 1977, S. 2981.

130 Der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Ravens in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 27. November 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/26, 27. November 1979, Sp. 3129.

Sender Radio Bremen: »Führen Sie sich mit Radio Bremen im Hintergrund nicht als die Säulenscheinheiligen der Rundfunkfreiheit auf!«¹³¹ Ernst Albrecht klagte im niedersächsischen Landtag die Sozialdemokraten an, es gehe ihnen ausschließlich darum, »Ihre Politik zu verkaufen mit dem Herrschaftsinstrument [Rundfunk-]Monopol.«¹³²

Auf die Verhältnisse im sozialliberal regierten Nordrhein-Westfalen verwies Gerhard Stoltenberg. Er meinte im Kieler Landtag, SPD und FDP hätten angesichts der Gremien des WDR – die gerade in einem vom WDR selbst eingeholten Rechtsgutachten als grundgesetzwidrig, da zu staats- und parteinah besetzt, bezeichnet worden waren¹³³ – »wirklich Veranlassung, einmal vom hohen Roß der Selbstgerechtigkeit herabzusteigen.«¹³⁴ Stoltenberg hielt außerdem der SPD (und der FDP) vor, dass die sozialliberale Bundesregierung auch gern schon einmal bei den Sendeanstalten politisch interveniere, und führte den eine Woche zuvor bekannt gewordenen Fall einer Intervention des Sprechers der Bundesregierung, Klaus Bölling, beim NDR an. Bölling hatte telegrafisch bei Intendant Neuffer über einen Beitrag der *Tageschau* Klage geführt, in dem den Anwälten der inhaftierten Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) Gelegenheit zur Stellungnahme außerhalb des Gerichtssaals gegeben worden war. Bölling war der Meinung, dazu hätte es bestenfalls Wortberichterstattung geben dürfen, nicht jedoch den gesendeten Filmausschnitt. Neuffer war demgegenüber der Meinung, dass ihm der Regierungssprecher nicht in die Sendungen hineinzureden hätte.¹³⁵

131 Der CDU-Abgeordnete Rudolf Wedekind in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 27. November 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, Plenarprotokoll 9/26, 27. November 1979, Sp. 3206.

132 Ministerpräsident Ernst Albrecht in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 28. Juni 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 9. Wahlperiode, Plenarprotokoll 9/19, 28. Juni 1979, Sp. 2245.

133 Schwarz, blau, rot, *Der Spiegel*, H. 11, 10. 3. 1980, S. 34ff. Verfasser des Gutachtens war der Bonner Jurist Jürgen Salzwedel.

134 Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg in der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 11. März 1980, Schleswig-holsteinischer Landtag, 9. Wahlperiode, Plenarprotokoll 9/19, 11. März 1980, S. 972.

135 Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg in der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 4. Mai 1977, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/40, 4. Mai 1977, S. 2690. Die Intervention Böllings bei

Dass es debattentaktisch angreifbar machte, Selbstkritik zu üben, statt Attacken zu reiten, zeigte sich, als der SPD-Abgeordnete Börnsen im Kieler Landtag zugab, dass auch Sozialdemokraten es bislang selbstverständlich gefunden hätten, wenn Regierungsmitglieder in den Rundfunkorganen saßen, er dies jedoch mittlerweile falsch finde. Daraufhin wurde er von CDU-Seite daran erinnert, dass die SPD-Fraktion bislang keine Anstalten gemacht habe, die Politisierung des NDR rückgängig zu machen, sondern weiter regelmäßig ihre Abgeordneten in den Rundfunkrat geschickt habe.¹³⁶

Das leitet über zum nächsten Punkt, in welchem beide großen Parteien in ihrer wechselseitigen Kritik nur zu recht hatten, nämlich zur Besetzung der Rundfunkgremien. Beim NDR ebenso wie beim WDR wurde der Rundfunkrat, wie gesagt, durchweg von den Fraktionen gewählt. Der NDR-Staatsvertrag von 1955 sah keine Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen vor, wie sie in anderen Rundfunkgesetzen üblich war. Dass auf diesem Wege die parteipolitische Durchdringung der Rundfunkanstalten aber gar nicht verhindert werden konnte, hatten seit den 1960er Jahren besonders die Verhältnisse im ZDF demonstriert, wo sich aus den Reihen der gesellschaftlichen Gruppierungen die berüchtigten »Freundeskreise« gebildet hatten, die entlang der Parteilinien Rundfunkpolitik betrieben. Es gab also gute Gründe dafür, dass die norddeutschen Sozialdemokraten diesen Weg ablehnten. »Das System der von den Parlamenten gewählten Rundfunkgremien bei NDR und WDR ist nach unserer Meinung nicht schlechter als das System der gesellschaftlich relevanten Gruppen, wie es in anderen Sendern vorhanden ist«, erklärte Börnsen im Kieler Landtag. »Im Gegenteil: Die gesellschaftspolitische Willensbildung findet im NDR ehrlicher und offener statt als in den ›Freundeskreisen‹ zum Beispiel des ZDF. Hier weiß jeder, woran er ist. Es wird hier nicht mit verdecktem Etikett gearbeitet. [...] Wir glauben, dass gesellschaftlich relevante Gruppen den Rundfunk nicht bürgernäher machen, als

Neuffer und dessen ablehnende Antwort finden sich in HStA Hannover, Bestand Staatskanzlei, Nds. 50/ Acc. 2010/089 Nr. 183, Bll. 164ff.

136 Der SPD-Abgeordnete Gert Börnsen und der CDU-Abgeordnete Egon Schübler auf der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 14. Juli 1977, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/44, 14. 7. 77, S. 3006, 3017.

es unterschiedliche Vertreter der parlamentarischen Parteien vermögen.«¹³⁷

Allerdings gab es ebenso gute Gründe für die norddeutschen Christdemokraten, für die Teilhabe gesellschaftlich relevanter Gruppierungen zu plädieren, die sie – wie es auch in anderen Bundesländern üblich war – durch die Parlamente bestimmen lassen wollten. Da derzeit alle Rundfunkratsmitglieder des NDR von den Fraktionen des jeweiligen Parlaments gewählt würden, so der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht, und dieser Rundfunkrat seinerseits den Verwaltungsrat wähle, seien »zur Zeit alle Gremien der Anstalt, die eigene Entscheidungsrechte besitzen, unmittelbar oder mittelbar in ihrer Zusammensetzung von den politischen Parteien abhängig. [Zwischenruf des Abgeordneten Hoch (SPD): Na und!] Die Parteipolitik wirkt daher direkt in die Anstalt hinein und überlagert den eigentlichen Auftrag, ein gutes Programm zu machen.«¹³⁸

Und schließlich und letztens ging es auch im Streit um die Zulassung privater Rundfunkanbieter vor allem darum, der jeweils anderen Seite die parteipolitische Indienstnahme dieser Frage zu unterstellen; und auch hier kann man, wie seinerzeit der Rabbi Löw, beiden Seiten gleichermaßen recht geben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Ravens behauptete zum von christdemokratischer Seite erklärten Ziel, mit der Einführung des kommerziellen Rundfunks die Programmvielfalt zu fördern: »Ihnen geht es nicht um Vielfalt, sondern um eine bequeme, Ihre Kreise nicht störende Einfalt.«¹³⁹ Und der CDU-Abgeordnete Werner Grübmeier erklärte den Sozialdemokraten ihr Festhalten an der private Anbieter ausschließenden Monopolklausel des NDR-Staatsvertrags so: »Ihr Wehgeschrei [...] um die Aufhebung der Monopolklausel [...] lässt [erkennen], warum einige von Ihnen so

137 Der SPD-Abgeordnete Gert Börnsen in der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 12. Juli 1978, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/63, 12. Juli 1978, S. 4254f.

138 Ministerpräsident Ernst Albrecht in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 12. März 1980, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 9. Wahlperiode, Plenarprotokoll 9/35, 12. März 1980, Sp. 4442.

139 Der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Ravens in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 28. Juni 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 9. Wahlperiode, Plenarprotokoll 9/19, 28. Juni 1979, Sp. 2236.

besorgt sind, ihre Pfründe und ihren extremen parteipolitischen Einfluss auf ganze Medienbereiche zu verlieren.«¹⁴⁰

Jenseits des parlamentarischen Schlagabtausches in den Landtagen des NDR-Sendegebiets allerdings erwiesen sich die Reihen der beiden Volksparteien, ganz zu schweigen von ihrer jeweiligen Wählerschaft, als keineswegs geschlossen, was die Einführung des Privatfernsehens betraf. Im Sendegebiet des NDR gab der SPD-Abgeordnete Peter von Oertzen 1979, mitten in der heißen Phase des Kampfes um den Sender, zu erkennen, dass die SPD, wenn es bereits Kabel- und Satellitenempfang gäbe, nicht darauf bestünde, alles durch eine Drei-Länder-Anstalt verwalten zu lassen.¹⁴¹ Und der Hamburger SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose bestand in seinen Verhandlungen keineswegs auf der Beibehaltung des NDR-Sendemonopols. Auf Bundesebene vollzog die Medienkommission der SPD dann Anfang 1984 ein »medienpolitisches Godesberg«,¹⁴² als sie in ihrem medienpolitischen Aktionsprogramm das Festhalten an einem ausschließlich öffentlich-rechtlichen Rundfunk für nicht mehr realistisch erklärte.¹⁴³ Bei der CDU war sich der Kieler Presse-Staatssekretär Arthur Rathke sicher, dass der »erbittert geführte Kampf« für private Rundfunkanbieter seine Partei in Schleswig-Holstein viele Stimmen gekostet habe.¹⁴⁴ Und der CDU-Fraktionschef in Hannover, Werner Remmers, stellte 1984 im Koordinierungsausschuss für Medienpolitik der CDU/CSU, dessen Vorsitzender er nach Schwarz-Schilling war, »eine Rückbesinnung auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie eine zunehmende Skepsis fest, ob die in den [Kabel-]Pilotprojekten sich abzeichnende künftige Vielfalt

140 Der CDU-Abgeordnete Werner Grübmeier in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 12. März 1980, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 9. Wahlperiode, Plenarprotokoll 9/35, 12. März 80, Sp. 4506.

141 Der SPD-Abgeordnete Peter von Oertzen auf der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 26. Juni 1979, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 9. Wahlperiode, Plenarprotokoll 9/19, 28. Juni 1979, Sp. 2319.

142 Den Ausdruck verwendete der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Remmers auf der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 15. Mai 1984, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 10. Wahlperiode, Plenarprotokoll 10/52, 15. Mai 1984, S. 4710.

143 Schütz (Hg.), Medienpolitik, S. 330f. (Eintrag 1984/5 vom 16. Februar 1984).

144 Staatssekretär Dr. Arthur Rathke, Kiel, an Winfried Zimmermann, 26. August 1980 (Durchschrift), ACDP, 01-824, 097/1.

wirklich die gewünschte Qualitätskonkurrenz [...] und nicht vielmehr eine Nivellierungskonkurrenz« sei.¹⁴⁵

Jenseits des Kulturkampfes

Der aus dem Emsland stammende praktizierende Katholik und promovierte Volkswirt Remmers tat übrigens Mitte der 1980er Jahre, als er die Leitung des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU und damit eine Schlüsselposition in der christdemokratischen Medienpolitik innehatte, etwas völlig aus dem Rahmen Fallendes. Es war immer noch eine Zeit intensiver rundfunkpolitischer Debatten – jetzt nicht mehr anlässlich des NDR, der längst schon wieder in ruhigem Fahrwasser war, sondern in Zusammenhang mit den entstehenden Rundfunkgesetzen auf Bundes- und Landesebene, die die duale Rundfunkordnung regulieren sollten. Remmers bemühte sich in diesem Zeitraum erkennbar darum, die konservative Medienpolitik gesellschaftstheoretisch zu fundieren, also den parteipolitischen Schlagabtausch zu überwinden und an seine Stelle eine Art Medienphilosophie zu setzen, die sich nicht in Attacken auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Lob des kommerziellen Fernsehens erschöpfte. In der CDU stieß er damit aus verschiedenen Gründen auf wenig Gegenliebe.

Interessant sind Remmers' medientheoretische Fingerübungen nicht, weil von ihnen Folgen ausgingen, sondern weil sie zeigen, dass so etwas wie eine konservative Medien- und Gesellschaftstheorie der 1980er Jahre durchaus formulierbar war. Ausgangspunkt für Remmers' Gedankenführung war seine Lektüre von Daniel Bells Buch zur postindustriellen Gesellschaft.¹⁴⁶ Ihm entnahm er die Vorstellung einer Epoche des Industrialismus, in der es darum gegangen sei, die Gesellschaft zu homogenisieren und zusammenzuhalten. Dieser Epoche sei ein Rundfunk adäquat gewesen, der seine hohen Einschaltquoten nutzen konnte, um Menschenmassen mit einheitlichen Botschaften zu versehen – seien diese volkspädagogisch wertvoll oder aber totalitär instrumentalisierender Art. Über dieses Zeitalter sei man, so Remmers,

145 Werner Remmers an Christian Schwarz-Schilling, 21. August 1984, S. 1 (Kopie), Kreisarchiv Emsland, Meppen, Nachlass Werner Remmers, N1/155.

146 Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft.

jedoch hinaus und im Informationszeitalter angekommen. In der bundesdeutschen Gegenwart gehe es um die Ermöglichung der Vielfalt – also nicht um Integrationsfunk, sondern um mediale Pluralisierung.

Diese Überlegungen passten gut zu den konservativen Angriffen auf den meinungsstarken politischen Fernsehjournalismus. Wie Remmers es im niedersächsischen Landtag formulierte: »Wir sind nicht für eine Entpolitisierung, aber wir sind gegen diese Pose der Vierten Gewalt und gegen diese säkularisierte Form von Priestergesellschaft, die sich in manchen Journalistenkreisen breitgemacht hat, die die Politik in dieser rechthaberischen Pose bestimmen, als ob nur sie wüssten, wie es geht.«¹⁴⁷ Der CDU gehe es deswegen darum, »dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht mehr diese Exklusivität mit den an manchen Abenden unvorstellbar hohen Einschaltquoten hat, mit dem, was das auch für die – sagen wir ruhig – einseitige, wenn nicht sogar manipulative Beeinflussung der Gesellschaft bedeutet.«¹⁴⁸ Sehr viel weniger gut passten die Ideen Remmers' zur christdemokratischen Forderung, der Rundfunk und vor allem das Fernsehen habe die Aufgabe, zu integrieren, und dürfe deswegen keine Konfliktberichterstattung machen. Genau das jedoch forderte nicht zuletzt der Koordinierungsausschuss für Medienpolitik der CDU/CSU, dessen Vorsitzender Remmers war. In dessen programmatischer Publikation *Medien von morgen* von Oktober 1984 hieß es: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk solle »seinen Beitrag für die Integration aller Meinungen in einer freiheitlichen Gesellschaft leisten und so den Grundkonsens der Bürger in besonderer Weise mitgestalten. Dieser besondere Auftrag schließt einseitige Konfliktorientierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus.«¹⁴⁹

147 Der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Remmers in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 18. Mai 1983, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 10. Wahlperiode, Plenarprotokoll 10/23, 18. Mai 1983, S. 2096.

148 Der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Remmers in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 15. Mai 1984, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 10. Wahlperiode, Plenarprotokoll 10/52, 15. Mai 1984, S. 4710.

149 *Medien von morgen*. Programm der CDU/CSU für eine freiheitliche Informationspolitik und Kommunikationspolitik – verabschiedet vom Koordinierungsausschuss für Medienpolitik der CDU/CSU am 5. Oktober 1984 in Bonn, S. 18, Kreisarchiv Emsland, Meppen, Nachlass Werner Remmers, N1/155.

Remmers wollte demgegenüber den Rundfunk nicht entpolitisieren, sondern entautorisieren, also des »Verlautbarungscharakters«¹⁵⁰ entkleiden, der ihm durch den Mangel an Konkurrenz zugewachsen sei. Kritik jedoch dürften die Rundfunkjournalisten durchaus üben: »Unsere Gesellschaft braucht Kritik, um nicht zu verfetten und nicht zu verdummen und um Machtmissbrauch aufzudecken. Diese Aufgabe aber erfüllt ein Rundfunk gerade dann nicht, wenn die Opportunität und Zulässigkeit von Kritik überwiegend nach parteipolitischen Opportunitäten in den Redaktionen sortiert wird.«¹⁵¹ Und Remmers wollte außerdem die hohen Einschaltquoten unmöglich machen. »Mehr als die halbe Nation sitzt oft vor einem einzigen Programm. Hier wird öffentlicher Rundfunk und Fernsehen zu einer Ersatzöffentlichkeit und zu einem Wirklichkeitsersatz, die der wirklichen Öffentlichkeit, aber auch dem privaten Eigenleben in unseren Familien nicht gut tun können.«¹⁵² Derart hohe Einschaltquoten seien im Grunde »Gleichschaltquoten«, welche auch im Falle reiner Unterhaltungssendungen der »elektronischen Ersatzwirklichkeit totalitäre Qualität« verliehen.¹⁵³

Das wiederum passte auf den ersten Blick zur christdemokratischen Forderung nach privatwirtschaftlicher Konkurrenz im Rundfunksektor. Remmers meinte damit jedoch nicht nur eine »durch Wettbewerb erreichbare Vielfalt, sondern das Ende der industriezeitalterbedingten Massenkommunikation, die ja manche noch immer als ›Rundfunk für alle‹ und wegen ihrer Integrationsfunktion feiern, die man aber im Interesse der Mündigkeit des Einzelnen und im Interesse der Originalität und Authentizität der Meinungen in der Gesellschaft und ihren Gruppierungen nicht unbedingt für der Weisheit letzten Schluss halten muss. Ich gebe zu, dass das Kabelmenue von München oder Ludwigshafen nicht unbedingt schon den Übergang in ein auf-

150 Werner Remmers, Medienpolitik auf dem Weg ins Informationszeitalter, Manuskript o.D. (vermutlich aus dem Umfeld des Mainzer Medienkongresses der CDU/CSU am 27./28. Februar 1985), S. 3, Kreisarchiv Emsland, Meppen, Nachlass Werner Remmers, N1/156.

151 Ebd., S. 14.

152 Ebd., S. 3.

153 Werner Remmers, Nivellierung? – Isolation? Die Wirkungen der internationalen Kommunikation auf Politik, Kultur und Gesellschaft. Schlussveranstaltung des Intermedia-Kongresses in Hamburg am 30. November 1985, Kreisarchiv Emsland, Meppen, Nachlass Werner Remmers, N1/159, S. 2.

geklärteres, differenzierteres und anspruchsvolleres Medienzeitalter sichtbar macht.«¹⁵⁴ »Unterhaltungsterror«, so Remmers, sei bei einer zu erwartenden »Nivellierungskonkurrenz« zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern zu befürchten.¹⁵⁵

Und darüber hinaus wurde Remmers klar, dass die neuen Medien, insbesondere Privatrundfunk plus Verkabelung, wie sie damals von Christian Schwarz-Schilling für die CDU proklamiert wurden, ebenso einbahnstraßenförmig sein würden wie die alten. Seine Vorstellung war offensichtlich ursprünglich, die Verkabelung könne das bringen, was man heute interaktive Medien nennt, nämlich die Möglichkeit für Zuschauerinnen und Zuhörer, sich selbst zu Wort melden zu können. Doch dann merkte er, dass es sich bei den vom Bundespostministerium verlegten Kupferkoaxialkabel um reine Verteilkabel handelte, die nicht interaktiv nutzbar waren.¹⁵⁶

Weitere medientheoretische Fingerübungen aus Remmers' Feder gibt es nicht – sei es, weil er 1986 in Hannover Umweltminister wurde, sei es, weil seine Überlegungen auf wenig Resonanz stießen. Sie waren wohl ein wenig zu intellektuell, und sicherlich waren sie ungeeignet für den politischen Tageskampf. Denn Remmers ging es darum, das Fernsehen durch ein vielfältiges »Überangebot«¹⁵⁷ zu relativieren – nicht aber zu kontrollieren, was ansonsten nicht nur bei Konservativen der wichtigste Punkt jeder rundfunkbezogenen Partei- oder Staatskanzlei-politik war und sich sehr viel besser über Personalpolitik als via Gesellschaftstheorie realisieren ließ. Kontrolle und Besitzstandswahrung waren für Remmers kein Thema. Wie er seinen Glaubensbruder, den Rottenburger Bischof Georg Moser, wissen ließ, glaube er »als Christ und Politiker [...] in aller Einfalt, der Beitrag der katholischen Kirche

154 Werner Remmers an Christian Schwarz-Schilling, 21. August 1984, S. 1 (Kopie), Kreisarchiv Emsland, Meppen, Nachlass Werner Remmers, N1/155. S. 5.

155 Werner Remmers, Medienpolitik auf dem Weg ins Informationszeitalter, Manuskript o.D. (vermutlich aus dem Umfeld des Mainzer Medienkongresses der CDU/CSU am 27./28. Februar 1985), S. 13, Kreisarchiv Emsland, Meppen, Nachlass Werner Remmers, N1/156.

156 Werner Remmers an Christian Schwarz-Schilling, 21. August 1984, S. 4 (Kopie), Kreisarchiv Emsland, Meppen, Nachlass Werner Remmers, N1/155.

157 Werner Remmers an Bischof Georg Moser, Rottenburg, 9. Oktober 1985, S. 3 (Kopie) (Anführungszeichen im Original), Kreisarchiv Emsland, Meppen, Nachlass Remmers, N1/159.

für die Gesellschaft und den weiteren Weg dieser Gesellschaft dürfe sich nicht in der Wahrung ihrer Besitzstände in den Medien erschöpfen, sondern müsse in einer spürbare[n] und überzeugende[n] Gegenwärtigkeit der Kirche [...] in dieser Welt und ihren Fragen und Problemen« bestehen.¹⁵⁸ Wolle die Kirche in den Medien präsent sein, solle sie das durch ihr Tun außerhalb der Medien erreichen.

Der Verhandlungsmarathon

Von 1978 bis 1980 wurde über neue Rundfunkstaatsverträge für den NDR verhandelt. Von 1978 bis Anfang des Jahres 1980 ging es um einen neuen Drei-Länder-Staatsvertrag und in den teilweise parallel laufenden Verhandlungen von Ende 1979 bis Frühjahr 1980 um einen Zwei-Länder-Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein. In der ersten Verhandlungsphase dominierten die Gegensätze zwischen dem Hamburger Bürgermeister Klose (beziehungsweise der SPD) einerseits und den Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg (beziehungsweise der CDU), andererseits. Bereits gegen Ende des ersten Verhandlungszeitraums, als das Scheitern der Verhandlungen absehbar wurde, zeigte sich, wie unterschiedlich auch die Vorstellungen Albrechts und Stoltenbergs waren. Diese binnenkonservativen Unterschiede würden dann die zweite Phase prägen.

Einen ersten offiziellen Stand erreichten die Drei-Länder-Verhandlungen in den Monaten Mai und Juni 1979. Als Resultat des ersten »Gipfeltreffens« der drei Regierungschefs in Hamburg ergab sich, dass Meinungsverschiedenheiten zum einen in der Frage des NDR-Sendemonopols und zum anderen hinsichtlich Albrechts Forderung bestanden, der NDR müsse Frequenzen für andere – private – Veranstalter abgeben.¹⁵⁹ Albrecht, der bislang als Einziger noch keinen eigenen Staatsvertragsentwurf vorgelegt hatte, konkretisierte seine Forderungen in einem (später zur »Ideenskizze« herabgestuften) Schreiben an den Hamburger Senat, in welchem er erklärte, worum es ihm ging: Der NDR solle nur mehr ein Hörfunk- und ein Fernsehprogramm senden (anstelle der bisherigen drei Hörfunk- und zwei Fernsehprogramme);

158 Ebd., S. 7.

159 Staatskanzlei Kiel, Vermerk vom 27. August 1979, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/7054.

die übrigen bislang vom NDR betriebenen Programme in Niedersachsen sollten von anderen – privaten – Trägern veranstaltet werden; das niedersächsische Rundfunkgebührenaufkommen solle zwischen dem NDR und den neuen Trägern aufgeteilt werden und Werbung vom NDR dürfe nur noch im Fernsehen, jedoch nicht mehr im Radio geschaltet werden.¹⁶⁰ Das wäre darauf hinausgelaufen, dass der NDR zu einem finanziell ausgebluteten Rumpfsender geworden wäre, dessen Einnahmen aus Hörfunkwerbung entfallen wären, während gleichzeitig aus dem Gebührenaufkommen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk neben dem NDR auch private Anbieter in Niedersachsen finanziert worden wären. Die Ernsthaftigkeit dieser Ideen zeigte sich nicht nur daran, dass sie in der einen oder anderen Form im weiteren Verhandlungsverlauf immer wieder auftauchten, sondern auch daran, dass Albrecht wenige Tage nach dem Treffen der drei Regierungschefs auf einer Veranstaltung im niedersächsischen Westerstede hinsichtlich seines »Kriegsschauplatzes«¹⁶¹ NDR erklärte: »Dies ist eine Sache, die fast so groß ist wie Gorleben. Wir werden über den NDR das ganze Rundfunkwesen in Deutschland neu gestalten.«¹⁶²

Das war ein weit hallender Paukenschlag gleich zu Beginn der offiziellen Verhandlungen, weil Albrechts Einlassungen den vielfach von der SPD-Seite geäußerten Verdacht nährten, der NDR solle zerschlagen werden. Und weil selbst loyale Parteifreunde Albrechts wie sein Finanzminister Walther Leisler Kiep von dieser und ähnlichen Äußerungen seines Regierungschefs »keinen guten Eindruck« hatten, »was die Fundiertheit und Seriosität des Unternehmens anbetrifft«.¹⁶³ Es war jedoch nicht der einzige Paukenschlag: Bereits auf dem Treffen der Regierungschefs in Hamburg war zur Sprache gekommen, dass die Ham-

160 Zit. nach Herres/Plog, *Die Jahre der Krise*, S. 280. Albrechts Schreiben an den Senat vom 21. Juni 1979 war am folgenden Tag von Klose auf den Hamburger Medientagungen publik gemacht worden. Der Ausdruck »Ideenskizze« stammte vom niedersächsischen Regierungssprecher Hilmar von Poser.

161 Kiep, *Was bleibt*, S. 240 (Eintrag vom 26. Juni 1979) und S. 241 (Eintrag vom 2. Juli 1979).

162 Zit. nach Herres/Plog, *Jahre der Krise*, S. 280. Gorleben – das war gewissermaßen das niedersächsische Brokdorf, nämlich der Ort jahrelanger heftiger Konflikte um die Atommüll-Endlagerstätte, deren Errichtung Ministerpräsident Albrecht 1977 angekündigt hatte.

163 Kiep, *Was bleibt*, S. 240 (Eintrag vom 26. Juni 1979).

burger Regierung daran ging, die Wirksamkeit der Kündigung des NDR-Staatsvertrags infrage zu stellen.¹⁶⁴ Das kam für Kiel und Hannover unvermutet. Wie sich zeigte, waren drei Rechtsgutachten erstellt worden, die die Rechtmäßigkeit von Stoltenbergs Kündigung in Zweifel zogen. Die zentralen Argumente der Gutachter waren, es habe sich lediglich um eine Austrittskündigung Schleswig-Holsteins gehandelt, nicht jedoch um eine Kündigung, die die Auflösung des gesamten Vertrags zur Folge gehabt habe; und erforderlich gewesen wäre die nicht eingeholte Zustimmung des Kieler Landtags.¹⁶⁵ Auf der Grundlage dieser Gutachten erhob der NDR-Intendant Martin Neuffer Ende Juni 1979 Feststellungsklage vor den Verwaltungsgerichten Hannover und Schleswig, die Staatsvertragskündigung für unwirksam zu erklären. Albrecht seinerseits sah sich nun am 3. Juli 1979 – gut sechs Monate nach Ablauf der Kündigungsfrist – dazu veranlasst, seine Anschlusskündigung auszusprechen. Und zwei Tage später ging beim BVerwG Albrechts Feststellungsklage ein, die Rechtswirksamkeit der Stoltenberg'schen Kündigung für den gesamten Umfang des Staatsvertrags feststellen zu lassen. Ihr würde am 9. August Hamburgs Klage beim BVerwG folgen, festzustellen, dass für den Fall der Wirksamkeit der Kündigung nur das Land Schleswig-Holstein aus dem Staatsvertrag ausscheide, der Vertrag jedoch im Übrigen fortbestehe.¹⁶⁶

Angesichts der neuen Eskalationsstufe wurde fraglich, ob es überhaupt noch zu ernsthaften Verhandlungen über einen Drei-Länder-Staatsvertrag kommen würde. Vorsorglich projizierte die Kieler Staatskanzlei im Juli 1979 einmal Ablauf und Kosten einer strittigen Auseinandersetzung, bei der eine schiedsgerichtliche Aufteilung die Drei-Länder-Anstalt NDR in bundesländerbezogene Nachfolgeanstalten auflösen würde. Das Ergebnis war nicht ermutigend: Eine Abwicklung des NDR würde mindestens bis 1985 dauern und zu Nachfolgeanstal-

164 Staatskanzlei Kiel, Vermerk vom 27. August 1979, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/7054.

165 Gutachter waren die Rechtswissenschaftler Thilo Ramm (Fernuniversität Hagen) im Auftrag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) sowie Wolfgang Hoffmann-Riem (Universität Hamburg) und Ingo von Münch (Universität Hamburg) im Auftrag des NDR; die Gutachten sind abgedruckt in: Hoffmann-Riem u. a., Die Kündigung des NDR-Staatsvertrages.

166 Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, verkündet am 28. Mai 1980 (BVerwG 7 A 2.79), S. 6f., Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/7052.

ten führen, die nur durch ein über das Bundesniveau erhöhtes Gebührenaufkommen finanzierbar wären.¹⁶⁷ In Kiel, wo auch bisher schon der Ball flachgehalten worden und kaum eine Stimme laut geworden war, die Ernst Albrechts Aufladung des Konflikts sekundierte, setzte man wohl nicht zuletzt vor diesem Hintergrund weiter auf Verhandlungen.

Verhandelt wurde in der Tat weiter, doch konnten die Beteiligten sich manches Mal nicht einmal darauf einigen, was ihr Verhandlungsergebnis war. Deswegen ist es wenig sinnvoll, das Hin und Her bis Jahresanfang 1980 en détail nachzuzeichnen. Aufschlussreich ist allerdings der Endstand, mit dem von Hamburger Seite Anfang Februar 1980 die Verhandlungen für gescheitert erklärt wurden – Klose gab bekannt, dass man nun auf die Entscheidung des BVerwG warten wolle.¹⁶⁸ Was nannten die Hauptkontrahenten, Klose und Albrecht, als Gründe für das Scheitern? Nach den letzten hektischen Treffen und Memos waren dies, so beide separat, jedoch einvernehmlich,¹⁶⁹ die folgenden:

- Die Auffassungen darüber, bis zu welchem Grad der Sender einer inhaltlichen Kontrolle unterworfen werden sollte, unterschieden sich erheblich: Niedersachsen wollte sehr detaillierte Programmgrundsätze und -richtlinien und eine staatliche Rechtsaufsicht, die sich bis auf die Sendeinhalte erstreckte. Zwar war Albrecht in letzter Minute von seiner Forderung abgerückt, dass Kritisierte – gemeint waren nicht zuletzt kritisierte Politiker – in derselben Sendung, in der diese Kritik geäußert wurde, das Recht auf Stellungnahme erhalten sollten. Doch die im niedersächsischen Entwurf eines Staatsvertrags, der im Dezember 1979 erstmals vorgelegt worden war, formulierten detaillierten Bestimmungen zu Programmauftrag, -bindung und -ausgewogenheit sowie zur Gestaltung der Sen-

167 Kieler Staatskanzlei, Vermerk vom 2. Juli 1979, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/7054.

168 Staatliche Pressestelle Hamburg, 5. Februar 1980, S. 4, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/6452.

169 Die Hamburger Sicht siehe ebd.; die niedersächsische Sicht gab der Ministerpräsident am 12. März 1980 im Landtag bekannt, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 9. Wahlperiode, Plenarprotokoll 9/35, 12. März 1980, Sp. 4434ff. Wenn nicht anders angegeben, stammen die folgenden Angaben zu beiden Positionen aus diesen Quellen.

dungen¹⁷⁰ waren nicht verhandelbar. Diese Bestimmungen waren zwar eher schwammig, indem sie etwa wie in § 7, Abs. 1, forderten, es sei sicherzustellen, dass »die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen im Sendegebiet im Gesamtprogramm des NDR angemessen zu Wort kommen können«. ¹⁷¹ Doch gerade die Vagheit solcher Formulierungen eröffnete in der Tat ein weites Feld für Reklamationen.

- In Fragen der staatlichen Programmkontrolle dürfte nicht nur ein persönlicher Gegensatz zwischen den Regierungschefs, sondern auch ein grundsätzlicher Unterschied sozialdemokratischer und christdemokratischer Medienphilosophie vorgelegen haben. Diesen Eindruck unterstreicht quasi blitzlichtartig der Zwischenruf »Narrenfreiheit!« aus den Reihen der CDU-Fraktion des schleswig-holsteinischen Landtags, den sich der SPD-Abgeordnete Gert Börnsen 1977 einhandelte, als er ausführte, seine Partei wolle für den NDR »regierungsamtliche Zurückhaltung bei der Kommentierung des Programms, Verzicht auf jede direkte oder indirekte Intervention, Beschränkung der Rechtsaufsicht auf programmunabhängige Betriebsangelegenheiten«. ¹⁷²
- Strittig war die Frage, wie viele staatsnahe Mitglieder der Verwaltungsrat aufweisen sollte. Klose wollte deren Zahl niedriger halten, als die Vorschläge aus Kiel und Hannover vorsahen, hätte sich jedoch, wie die Vorbesprechungen ergeben hatten, auf den Kompromiss eingelassen, dass die Landesregierungen vier Mitglieder des Verwaltungsrats selbst wählen könnten und nur die übrigen acht Mitglieder vom Rundfunkrat gewählt worden wären. ¹⁷³ Doch Al-

170 Staatliche Pressestelle Hamburg, 7. Februar 1980: Niedersächsischer Staatsvertrag – Entwurf vom 19. Dezember 1979, §§ 5–8. Die Hamburger Regierung veröffentlichte diese und andere Unterlagen der letzten Verhandlungsrunden am 7. Februar, um ihre Kritik an den Vorschlägen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins zu belegen, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/6451.

171 Ebd., § 7, Abs. 1.

172 Zwischenruf des CDU-Abgeordneten Hans-Joachim Zimmermann während der Rede des SPD-Abgeordneten Gert Börnsen am 14. Juli 1977, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/44, 14. Juli 1977, S. 3006.

173 Staatliche Pressestelle Hamburg, 7. Februar 1980: Protokoll von Staatsrat Werner Hackmann, Chef der Hamburger Senatskanzlei, über das Sondierungsgespräch am 31. Januar 1980 in Ramelsloh (auch diese Unterlage wurde von der Hamburger Regierung zum Beleg ihrer Kritik an den Vorschlägen Niedersach-

brecht beharrte auf dem Modell, in welchem der Verwaltungsrat aus den drei Parlamentspräsidenten und je einem Vertreter der drei Regierungen sowie acht vom Rundfunkrat zu wählenden Mitgliedern bestehen sollte.¹⁷⁴

- Was die Wahl des Intendanten durch den Verwaltungsrat betraf, wollte Klose hierfür eine Zweidrittelmehrheit, um den Zwang zum Konsens zu erhöhen; Albrecht wollte für die Intendantenwahl nur eine einfache Mehrheit vorsehen.
- Dass der neue Staatsvertrag die Monopolklausel nicht mehr enthalten sollte, die es allein dem NDR vorbehielt, im Sendegebiet Programme auszustrahlen, war nicht strittig. Die Konsequenzen daraus jedoch sehr wohl: Albrecht wollte zuerst, wie in der »Ideen-skizze« vom Juni 1979 angekündigt, ganze Hörfrequenzen vom NDR auf neue Anbieter übertragen, fand sich dann jedoch zu dem Kompromiss bereit, unter dem von ihm gewünschten Dach eines eigenen öffentlich-rechtlichen Senders Niedersachsens in bestimmten Sendefenstern Programme privater Veranstalter zuzulassen. Klose lehnte das ab, weil es bedeutet hätte, niedersächsischen Zeitungsverlegern Sendezeiten mit eigener Programmverantwortung einzuräumen, in welchen ohne jede eigene Investition auf Kosten der Gebührenzahler kommerzieller Rundfunk betrieben werden konnte. Er war grundsätzlich dagegen, mit sofortiger Wirkung privaten Rundfunk aus dem publizistischen Bestand des NDR zu ermöglichen. Implizit bedeutete das, dass er nichts dagegen gehabt hätte, dies auf zukünftig neu zugeteilten Frequenzen zu ermöglichen.

Damit ging der Vorhang am Ende der Aufführung Drei-Länder-Staatsvertrag nieder, bis das BVerwG im Mai des Jahres, wie Klose gehofft

sens und Schleswig-Holsteins publiziert), Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/6451.

174 Im Protokoll des Niedersächsischen Landtags (Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 9. Wahlperiode, Plenarprotokoll 9/35, 12. März 1980, Sp. 4435) ist fälschlicherweise von »dem« Parlamentspräsidenten im Singular die Rede; das macht aber inhaltlich keinen Sinn und entspricht auch nicht dem Protokoll der Unterredung in Ramelsloh (Staatliche Pressestelle Hamburg, 7. Februar 1980: Protokoll von Staatsrat Werner Hackmann, Chef der Hamburger Senatskanzlei, über das Sondierungsgespräch am 31. Januar 1980 in Ramelsloh, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/6451, S. 4).

hatte, einen weiteren Akt auf den Spielplan brachte. Bis dahin gehörte die Bühne dem Zwei-Länder-Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Und diese Aufführung zeigte sehr schnell, dass die Frontstellung CDU versus SPD nur eine von mehreren möglichen im NDR-Drama war. Das hatte sich bereits vor dem offiziellen Ende des Drei-Länder-Verhandlungsmarathons abgezeichnet. War Stoltenberg schon im November des Vorjahres über Albrechts Marschrichtung in Sachen NDR »recht unglücklich« gewesen, weil er dessen Vorgehen »als über das Ziel weit hinausgehend« empfand,¹⁷⁵ so dürften ihn die Verhandlungen mit seinem niedersächsischen Amtskollegen über einen Staatsvertrag unter Ausschluss Hamburgs kaum glücklicher gemacht haben. Erste interne Überlegungen und Sondierungen für einen Zwei-Länder-Staatsvertrag begannen, nachdem im November erstmals die Verhandlungen der drei Länder für gescheitert erklärt worden waren. Im weiteren Verlauf zeigte sich sehr schnell, dass die Konflikte zwischen den beiden konservativen Ministerpräsidenten nicht nur ebenso ausgeprägt waren wie zuvor diejenigen beider mit Hamburg, sondern auch die gleichen Punkte betrafen. Hinsichtlich der Aspekte der Verhandlungen, die Hamburg Anfang 1980 zum Abbruch der Verhandlungen bewegen würden, gab es völliges Einvernehmen zwischen Stoltenberg und Albrecht nur in einem Punkt: nämlich dem Wunsch nach starken Eingriffsmöglichkeiten der Regierungen via Programmgrundsätze und extensiv ausgelegter Rechtsaufsicht. Beides würde im Entwurf des Zwei-Länder-Staatsvertrags, der im Frühjahr 1980 den Parlamenten in Kiel und Hannover zugeleitet wurden, viel Raum einnehmen. Hier wurden nicht nur, wie in allen Rundfunkgesetzen und -staatsverträgen der Bundesrepublik, allgemeine Verpflichtungen auf Ausgewogenheit oder Verfassungsmäßigkeit festgehalten, sondern hier wurde für diese Vorgaben ebenso wie für später zu erlassende Programmrichtlinien auch eine unmittelbare Bindungswirkung formuliert, die es der staatlichen Rechtsaufsicht erlaubt hätte, empfundene Verstöße etwa gegen das Gebot der Ausgewogenheit bis auf die Ebene der einzelnen Redakteure und ihrer Sendungen zu ahnden.¹⁷⁶

175 So Walther Leisler Kiep's Wiedergabe eines Gesprächs mit Stoltenberg in: Kiep, Was bleibt, S. 254 (Eintrag vom 5. November 1979).

176 Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über eine gemeinsame Rundfunkanstalt der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein, 20. Februar 1980, §§ 7

Damit endete die Einigkeit in denjenigen Punkten allerdings, die das Ende der Verhandlungen mit Hamburg herbeigeführt hatten:

- Bezüglich der Zusammensetzung und Wahl des Verwaltungsrats stießen sich Stoltenberg und seine Staatskanzlei – im Gegensatz zu Klose – an dem von Albrecht gewünschten Wahlmodus. Diesem zufolge sollte der Rundfunkrat sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats aufgrund von Vorschlägen der Fraktionen des Landtags wählen. Das wäre der einzigartige Fall gewesen, wo Personalentscheidungen der Fraktionen unmittelbar auf außerparlamentarische Gremien durchgeschlagen wären. In Kiel war man sich der verfassungsrechtlichen Fragwürdigkeit einer solchen Regelung im Unterschied zu Albrecht bewusst.¹⁷⁷ Hier musste der niedersächsische Regierungschef nachgeben.
- Leidenschaftsloser als Albrecht waren Stoltenberg und seine Mitarbeiter hinsichtlich des Nutzens von staatsnahen Mitgliedern des Verwaltungsrats, also solchen, die aus den Regierungen und Landtagen entsandt wurden. Albrecht wollte mit den drei Parlamentspräsidenten und drei weiteren von der Regierung zu benennenden Mitgliedern sechs von vierzehn Verwaltungsratsmitgliedern entsenden und nur acht vom Rundfunkrat wählen lassen. In Kiel war man sich demgegenüber der Tatsache bewusst, dass es angesichts der langen Laufzeit des Staatsvertrags – als erster Kündigungstermin war das Jahresende 1997 vorgesehen – vielleicht doch nicht auszuschließen war, dass Landtagswahlen zwischenzeitlich anders gefärbte Regierungen hervorbringen könnten.¹⁷⁸ Doch setzte Albrecht sich in diesem Punkt durch.

»Allgemeine Programmgrundsätze«, 8 »Programmausgewogenheit«, 9 »Gestaltung der Sendungen«, 10 »Programmrichtlinien«, 11 »Bindungswirkung«, 42 »Rechtsaufsicht«, Niedersächsischer Landtag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1400.

177 Staatskanzlei Kiel, 29. November 1979: Abschluss eines neuen Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk, hier: Gespräch der Regierungschefs von Schleswig-Holstein und Niedersachsen am 14. November 1979 in Celle, S. 6, Staatskanzlei Kiel, 10. Dezember 1979: Staatsvertrag der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen über den NDR, hier: Wichtige offene Probleme, S. 5, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/6453.

178 Staatskanzlei Kiel, 12. November 1979: Besprechungspunkte für einen Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein über den NDR, S. 6, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/6453.

- Auch die Intendantenwahl stellte man sich in Kiel und Hannover unterschiedlich vor. Die Kieler Position war ursprünglich, den Intendanten auf Vorschlag des Verwaltungsrats durch den Rundfunkrat wählen zu lassen. Albrecht beharrte jedoch auf der Wahl durch den Verwaltungsrat, und zwar, wie schon in der Auseinandersetzung mit Klose, mit einfacher Mehrheit.¹⁷⁹ In einem Zweiländer-NDR hätte das bedeutet, dass die im Staatsvertragsentwurf vorgesehenen sechs niedersächsischen Verwaltungsratsmitglieder die vier schleswig-holsteinischen in jedem Fall hätten überstimmen können. Das Übergewicht Niedersachsens mit seinem vergleichsweise hohen Aufkommen an Rundfunkgebühren, das nicht nur an dieser Stelle durchschlug, dürfte eine zentrale Quelle des Kieler Unbehagens an dem Tandem Kiel-Hannover gewesen sein, das immer wieder anklang.
- Hauptstreitpunkt allerdings war, wie schon in den Diskussionen mit Hamburg, Albrechts Steckenpferd: seine eigene niedersächsische Rundfunkanstalt, die auch private Veranstalter zulassen können sollte. Das war aus Kieler Sicht schlicht ein zu teures Spielzeug, und zwar sowohl finanziell als auch politisch. Albrechts Absicht war, den NDR eine weitere Hörfrequenz – zusätzlich zu der UKW-Frequenz, für die der NDR keine eigene Programmeinbuße gehabt hätte, weil auf die Mittelwelle ausgewichen werden konnte – an ein künftiges Radio Niedersachsen abtreten zu lassen. Dem widersetzte sich nicht nur Klose, sondern auch Stoltenberg. Er wollte jeden Anschein vermeiden, es gehe den beiden konservativen Regierungschefs entgegen ihrer Zusagen, den Sender erhalten zu wollen, um eine Zerschlagung des NDR.¹⁸⁰ Und er wollte die ohnehin prekäre Finanzsituation des NDR nicht noch verschlimmern, weil sonst der Ausbau des Regionalfunks, den beide Länder wollten, für Schleswig-Holstein nicht finanzierbar gewesen wäre.¹⁸¹ Letzteres

179 Ebd., S. 7.

180 Staatskanzlei Kiel 17. Dezember 1979: Ergänzende Aufzeichnung zur Kabinettsvorlage: Stand der Verhandlungen über einen neuen NDR-Staatsvertrag, S. 10 ff., Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/6453.

181 Staatskanzlei Kiel, 29. November 1979: Abschluss eines neuen Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk, hier: Gespräch der Regierungschefs von Schleswig-Holstein und Niedersachsen am 14. November 1979 in Celle, S. 3; Staatskanzlei Kiel, 10. Dezember 1979: Staatsvertrag der Länder Schleswig-Hol-

wäre um so mehr der Fall gewesen, wäre dem öffentlich-rechtlichen Sender die Hörfunkwerbung untersagt worden, wie Albrecht es wollte. Die Einkünfte aus Hörfunkwerbung sollten, so der niedersächsische Ministerpräsident, den neuen privaten Anbietern zukommen. Dieses Lockmittel war, wie der christdemokratische Medienpolitiker Christian Schwarz-Schilling Albrecht hatte wissen lassen, die entscheidende Einflugschneise in den Privatrundfunk.¹⁸² Seine Forderung nach Abtretung einer weiteren Frequenz ließ Albrecht dann bereits in der letzten Verhandlungsphase mit Hamburg fallen. Hinsichtlich der Hörfunkwerbung jedoch blieb er hart: Der Entwurf des Zwei-Länder-Staatsvertrags sah vor, dass der NDR zukünftig nur mit Zustimmung der beiden Regierungen Hörfunkwerbung betreiben durfte.¹⁸³

Wäre der Zwei-Länder-Staatsvertrag in Kraft getreten, hätte man in Kiel somit gravierende Probleme gehabt, den »eigenen« Sender zu finanzieren. Was Hannover betrifft, hat es den Anschein, als habe Albrecht die Möglichkeit, den öffentlich-rechtlichen Sender durch dessen Kannibalisierung in den Konkurs zu treiben und durch das Wegbrechen der großen norddeutschen Anstalt auch die ARD ins Wanken zu bringen, weniger als Gefahr denn als Chance gesehen. Das wäre dann womöglich in der Tat »fast so groß [...] wie Gorleben« gewesen und hätte »über den NDR das ganze Rundfunkwesen in Deutschland neu gestalte[t]«. ¹⁸⁴

Das unerwartete Ende

Der *deus ex machina* der bundesdeutschen Medienpolitik, die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, hat es jedoch nicht so gewollt. Ende Mai 1980 verkündete das BVerwG sein Urteil zur Rechtswirksam-

stein und Niedersachsen über den NDR, hier: Wichtige offene Probleme, S. 1f.; Staatskanzlei Kiel, 17. Dezember 1979: Ergänzende Aufzeichnung zur Kabinettsvorlage: Stand der Verhandlungen über einen neuen NDR-Staatsvertrag, *passim*, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/6453.

182 Christian Schwarz-Schilling an Ernst Albrecht, 18. Juni 1979, ACDP 01-824, 101/2.

183 Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über eine gemeinsame Rundfunkanstalt der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein, 20. Februar 1980, § 41,2, Niedersächsischer Landtag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1400.

184 Zit. nach Herres/Plog, *Jahre der Krise*, S. 280.

keit der Staatsvertragskündigung durch Stoltenberg. Das BVerwG entschied, es handele sich bei der Kündigung um eine Austritts-, nicht jedoch um eine Auflösungskündigung; der NDR bleibe also als gemeinsame Anstalt von Hamburg und Niedersachsen bestehen, und Schleswig-Holstein sei jetzt allein für die Rundfunkversorgung zuständig.¹⁸⁵ Dieses Ergebnis wollte keiner der drei Kontrahenten, was dazu führte, dass diese sich erneut zusammensetzten und – angesichts des drohenden Auslaufens des bestehenden Staatsvertrags zum Ende des Jahres – in bemerkenswerter Geschwindigkeit einen gemeinsamen Entwurf für einen neuen Drei-Länder-Staatsvertrag zustande brachten, am 20. August unterzeichneten und den drei Landesparlamenten zuleiteten. Am 1. Januar 1981 trat der neue Vertrag in Kraft.¹⁸⁶

Dieser Staatsvertrag war zwar keineswegs »ein Dokument der Rundfunkfreiheit«,¹⁸⁷ wie der niedersächsische SPD-Abgeordnete Ernst Gottfried Mahrenholz meinte. Doch mit ihm mündete der in seinem Bestand gesicherte NDR nach mehreren turbulenten Jahren, in denen sein Fortbestehen als Drei-Länder-Anstalt infrage stand, und nach einem Vierteljahrhundert, in welchem die beiden großen Parteien des Sendegebiets seine Gremien als ihren alleinigen Erbhof betrachtet hatten, in den Mainstream der bundesdeutschen Rundfunkwirklichkeit ein. Er machte, was ursprünglich keineswegs beabsichtigt war, den NDR etwas weniger durchlässig für Einflüsse aus den Landtagsparteien und den Staatskanzleien, als er es unter den alten Verhältnissen gewesen war und unter denjenigen des Zwei-Länder-Staatsvertrags geworden wäre. Das lag zum einen an den Regelungen, welche für die 1979/80 strittigen Fragen plötzlich gefunden wurden, und zum anderen daran, dass die Landtagsfraktionen respektive die Regierungen der drei Bundesländer nicht mehr allein über die Zusammensetzung der entscheidenden Gremien des NDR, des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats, verfügen konnten.

185 Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, verkündet am 28. Mai 1980 (BVerwG 7 A 2.79), Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/7052.

186 Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) vom 10. Dezember 1980, in: Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 34. Jg., Nr. 52, 15. Dezember 1980, S. 481–489.

187 Der SPD-Abgeordnete Ernst Gottfried Mahrenholz im Niedersächsischen Landtag am 3. Dezember 1980, Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags, 9. Wahlperiode, Plenarprotokoll 9/51, 3. Dezember 1980, Sp. 6618.

Was die bislang strittigen Fragen betraf, ließ der neue Vertrag, wie zu erwarten war, das Sendemonopol des NDR zum 1. Januar 1983 auslaufen. Der Sender sollte im bisherigen Umfang weiterbestehen. Von einem Radio Niedersachsen war nicht mehr die Rede. Im ersten Fernsehprogramm und in einem Hörfunkprogramm durfte Werbung geschaltet werden. Der neunköpfige Verwaltungsrat war zur Gänze vom Rundfunkrat zu wählen, eine Benennung einzelner Mitglieder durch die Regierung oder das Parlament war nicht vorgesehen; ebenso wenig eine Direktwahl von Mitgliedern durch die Landtagsfraktionen. Was die Intendantenwahl betraf, wählte der Rundfunkrat auf Vorschlag des Verwaltungsrats (für beide Gremien war in diesem Fall eine Zweidrittelmehrheit erforderlich). Die Rahmengesetzgebung für die Programmgestaltung war gegenüber dem Zwei-Länder-Staatsvertragsentwurf etwas zusammengeschnürt. Die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in das Programm via Rechtsaufsicht wurden explizit ausgeschlossen. Eine Bindungsklausel, die die Einhaltung dieser Rahmenbestimmungen bis auf die Einzelfallebene mit der staatlichen Rechtsaufsicht verknüpfte, gab es nicht mehr.¹⁸⁸ Dies war einer der sehr seltenen Punkte, an welchen in den Verhandlungen noch einmal ein Grundkonflikt aufgetaucht war: Albrecht hatte es inakzeptabel gefunden, ein staatliches Weisungsrecht in Programmangelegenheiten auszuschließen; Klose hatte ein solches staatliches Eingriffsrecht via Rechtsaufsicht vehement abgelehnt¹⁸⁹ und sich damit durchgesetzt.

Der große NDR-Show-Down von 1977 bis 1980 implodierte also nach dem für Albrecht und Stoltenberg unerwarteten Urteil des BVerwG schlagartig – und heraus kam ein gesichtswahrender Kompromiss, den SPD wie CDU als ihren Erfolg interpretieren konnten.

Es gab noch einen weiteren Grund dafür, dass der neue Staatsvertrag von 1980 sich positiv von seinem Vorläufer von 1955 abhob. Das hatte sich bereits mit den Gründen angekündigt, die Stoltenberg für seine Kündigung des Staatsvertrags genannt hatte; und es zeichnete

188 Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) vom 10. Dezember 1980, in: Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 34. Jg., Nr. 52, 15. Dezember 1980., §§ 4–7, 18, 21, 23, 24, 35, 36, 38.

189 Staatskanzlei Kiel o.D.: Ergebnisse der Besprechung der Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein am 30. Juni 1980 in Quickborn über einen NDR-Staatsvertrag, S. 4, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/6451.

sich auch in den Verhandlungen 1979/80 ab, in welchen die Christdemokraten für eine neue Zusammensetzung des Rundfunkrats plädierten. Sie wollten Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen in dieses Gremium aufnehmen – und waren in dieser Hinsicht eindeutiger als die Sozialdemokraten, die es vorgezogen hätten, es bei den Wahlentscheidungen der Landesparlamente allein zu belassen. Es war jedoch ein durchaus erklärungsbedürftiges Novum, dass die beiden konservativen Landesregierungen im Gegensatz zur früheren Praxis beim NDR nun für die Erweiterung des Zugangs zum Rundfunkrat eintraten. Dieser Aspekt ist bislang unerwähnt geblieben – nicht etwa, weil er unwichtig war, sondern vielmehr, weil er zu einer eigenen kleinen Geschichte gehört.

Eine kleine Kirchengeschichte

Der Einfluss der jeweiligen Mehrheitsverhältnisse im Land auf diejenigen im Rundfunk war im Fall des NDR von Anfang an besonders groß. Laut Staatsvertrag von 1955¹⁹⁰ wählten die gesetzgebenden Körperschaften die Rundfunkratsmitglieder, die ihrerseits die Mitglieder des Verwaltungsrats wählten. Die großen Fraktionen hatten also bestimmen Einfluss auf die Zusammensetzung der Gremien und damit auch auf die Wahl des Intendanten. Diese starke Stellung der Fraktionen wurde auch nicht dadurch geschwächt, dass Vertreter der sogenannten gesellschaftlich relevanten Gruppen als Mitglieder in die Rundfunkgremien entsendet werden konnten. Im Gegensatz zu allen anderen Rundfunkanstalten mit Ausnahme des WDR fehlte nämlich in den gesetzlichen Grundlagen des NDR jeder Hinweis auf zu berücksichtigende Vertreter von Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften, Arbeitgebern oder anderen gesellschaftlichen Gruppen. Der WDR und NDR waren als Nachfolger des NWDR erst 1954/55 eingerichtet worden, als der Druck der Besatzungsmächte auf eine möglichst breite demokratische Basis der Rundfunkanstalten im gleichen Maße schwächer geworden war, in dem die Selbstverständlichkeit landesherrlichen Durchregierens in die Rundfunkhäuser hinein zugenommen hatte.

190 Gesetz betreffend den Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk vom 19. April 1955; Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 9. Jg., Nr. 16, 27. April 1955, S. 167–171.

Bis weit in die 1970er Jahre sah sich keine der beiden großen Parteien im Sendegebiet des NDR veranlasst, ihre Behandlung der Rundfunkgremien als Kondominium, das beide teils mit-, teils gegeneinander regierten, ernsthaft infrage zu stellen. Warum auch – ermöglichte es ihnen doch, die Gesetzesgrundlage in einer Weise überzustrapazieren, die nicht einmal mit dem Staatsvertrag und auch nicht mit dem grundgesetzlichen Verbot zu großen Staatseinflusses auf den Rundfunk vereinbar war. Sie überschritten nämlich regelmäßig die im Staatsvertrag gezogene Grenze, dass höchstens acht von insgesamt 24 Rundfunkratsmitgliedern den Landesparlamenten oder dem Bundestag angehören durften.¹⁹¹ In den 1970ern Jahren war das schon so etwas wie ein durch Tradition geheiligter Brauch, hatte man doch schon bei den ersten Wahlen zu den NDR-Gremien 1955 diese Höchstbestimmung nicht eingehalten.¹⁹² Die Landesregierungen, die eigentlich als Rechtsinstanz für die Einhaltung der Vertragsbestimmungen zuständig gewesen wären, sahen diesem Treiben damals und in den Folgejahren gelassen zu. Teils rührten diese gesetzeswidrigen Praktiken aus der komplizierten parteipolitischen Arithmetik her, die erforderlich war, um Länder- und Parteienproporz gleichermaßen zu berücksichtigen. Auch der erhöhte Einfluss, der den großen Parteien dadurch im Rundfunk zukam, war sicherlich nicht unerwünscht. Die exorbitanten Aufwandsentschädigungen und Reisekostenerstattungen dürften schließlich ebenfalls dafür verantwortlich gewesen sein, die Rundfunk- und Verwaltungsratsmitgliedschaft als eine lohnende Pfründe zu betrachten. Im Jahr 1972 erhielt ein Mitglied des Rundfunkrats jährlich 8700 DM, der Vorsitzende dieses Gremiums 15900 DM Aufwandsentschädigungen; ein Verwaltungsratsmitglied konnte mit 14100 DM Aufwandsentschädigung pro Jahr rechnen, der Verwaltungsratsvorsitzende mit 25800 DM. Hinzu kamen noch Tagegelder und Reisekostenerstattungen.¹⁹³

191 Ebd., § 8, Abs. 2.

192 Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über die 6. Sitzung des niedersächsischen Landesministeriums am 5. Juli 1955, HStA Hannover, Nds. 50, Acc. 2001/007, Nr. 167, Bl. 8. In diesem Ordner finden sich entsprechende Stellungnahmen der Staatskanzlei, den beobachteten Verstoß nicht ahnden zu wollen, auch anlässlich späterer Wahlen zu den Rundfunkgremien.

193 Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg an die Vorsitzenden von NDR-Rundfunk- und Verwaltungsrat, 7. September 1972, HStA Hannover, Nds. 50, Acc. 2001/007, Nr. 175, Bll. 40–61. Vgl. auch Rechnungshof der Freien und

Im damals sozialdemokratisch regierten Niedersachsen holte die Staatskanzlei dann 1973 ein Rechtsgutachten beim Münchner Verfassungsrechtler Peter Lerche ein.¹⁹⁴ Seit dessen Eingang im September 1974 wusste man in Hannover, dass die Praxis der Gremienbildung gesetzes- und verfassungswidrig war. Eilig hatte man es in der Staatskanzlei allerdings nicht, andere an diesem Wissen teilhaben zu lassen. Erst im Mai 1975, also etwa acht Monate nach seinem Eingang in der Staatskanzlei, ging das Lerche-Gutachten nach Hamburg und Kiel sowie an den Justitiar des NDR.¹⁹⁵

Bei den Wahlen zu den NDR-Gremien, die 1975 stattfanden, wurden 14 Parlamentarier in den Rundfunkrat gewählt. Das entsprach den Gepflogenheiten seit 1970, also seit dem Regierungswechsel in Bonn, der die politische Durchdringung der Medien zu einem Kriegsschauplatz gemacht hatte. Seit 1970 waren immer über die Hälfte der 24 Rundfunkratsmitglieder Parlamentarier, während deren Zahl in den 1960er Jahren – mit steigender Tendenz – anfangs noch bei vier gelegen hatte, doch dann schon bis zwölf angestiegen war.¹⁹⁶ Nun allerdings trat in Gestalt der protestantischen Kirchen Norddeutschlands eine Institution auf, die gemeinsam mit den Gerichten eine Fortsetzung dieser Praxis unmöglich machen würde. Am 20. Mai 1976 reichte die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Landeskirche, zuständig für Schleswig-Holstein, Hamburg und Teile Niedersachsens, beim Verwal-

Hansestadt Hamburg an die drei Staatskanzleien Hamburg, Hannover und Kiel, 22. Januar 1974: Prüfungen des Rechnungshofs beim NDR, HStA Hannover, Nds. 50, Acc. 2001/007, Nr. 164, Bll. 129–135.

- 194 Rechtsgutachten zur Zusammensetzung der Aufsichtsgremien des Norddeutschen Rundfunks, erstellt im Auftrag der Staatskanzlei Niedersachsen von Prof. Dr. Peter Lerche, München, 20. September 1974 (Kopie), HStA Hannover, Nds. 50, Acc. 2001/007, Nr. 165, Bll. 14–118. Vgl. hierzu weitere Gutachten mit ähnlichem Tenor, die der Hauptausschuss Hörfunk/Fernsehen im Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik e.V. in Auftrag gegeben hat, abgedruckt in: Schneider (Red.), Herrschaft und Kritik, und Evangelischer Pressedienst (epd) (Hg.), Probleme der äußeren Rundfunkfreiheit.
- 195 Staatskanzlei Hannover, undatierte Notiz, HStA Hannover, Nds. 50, Acc. 2001/007, Nr. 165, Bl. 11.
- 196 Berechnet auf der Grundlage der ARD-Jahrbücher im Rechtsgutachten zur Zusammensetzung der Aufsichtsgremien des Norddeutschen Rundfunks, erstellt im Auftrag der Staatskanzlei Niedersachsen von Prof. Dr. Peter Lerche, München, 20. September 1974 (Kopie), HStA Hannover, Nds. 50, Acc. 2001/007, Nr. 165, Bl. 185.

tungsgericht Schleswig Klage gegen die NDR-Gremienwahlen von 1975 ein. Damit war geschehen, worauf Verfassungsrechtler nicht nur im Fall des NDR schon seit Längerem gewartet hatten: dass nämlich eine klageberechtigte Institution das Schweigekartell der – theoretisch ebenfalls klageberechtigten, jedoch alles andere als klagelustigen – Parteien durchbrach.¹⁹⁷

Zwar wurde die Klage vom Verwaltungsgericht Schleswig abschlägig beschieden. Doch legte die Kirche beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg Berufung ein, das dann 1978 die Wahlen zum Rundfunkrat von 1975 wegen der zu großen Zahl von Mitgliedern aus den Parlamenten für rechtswidrig und die Zulassung von gesellschaftlich relevanten Gruppierungen für geboten erklärte.¹⁹⁸ Da der schleswig-holsteinische Landtag Revision beim BVerwG in Berlin einlegte, wurde dieses Urteil erst 1980 rechtskräftig. Doch es war das Menetekel an der Wand, vor dessen Hintergrund die Verhandlungen über den NDR geführt und um Vorschläge angereichert wurden, wie man es mit der Zulassung gesellschaftlich relevanter Gruppen halten wollte. Warum klagten die Kirchen erst jetzt – nach vielen Jahren, in denen öffentliche Debatten um die Übergriffigkeit der Parteien in den Rundfunkanstalten geführt worden und noch mehr Jahren, in welchen die Gremien des NDR in schöner Regelmäßigkeit rechtswidrig zustande gekommen waren?

Zurück ins Jahr 1970, das Jahr, ab welchem die staatsvertragswidrige Praxis, mehr als die zulässige Höchstzahl von acht Parlamentariern in den Rundfunkrat des NDR zu entsenden, eine weitere Kammlinie überschritt. Ab jetzt wurde regelmäßig über die Hälfte der insgesamt 24 Rundfunkratsmitglieder aus den Reihen der Parlamentsfraktionen benannt. Bei den Wahlen zu den Rundfunkgremien 1970 waren es 15.¹⁹⁹ Dieses Mal jedoch gab es erstmals Kritik, allerdings nicht seitens der staatlichen Rechtsaufsicht, sondern seitens der Kirchen. Die protestan-

197 Der Jurist Christian Starck aus Göttingen, der später der Prozessbevollmächtigte der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche im Verfahren zur NDR-Rundfunkratswahl sein würde, über seine Erfahrungen anlässlich einer Tagung im Taunus, in: Starck, Rundfunkfreiheit als Organisationsproblem, S. 5 f.

198 Hering u. a. (Hg.), Entscheidungen in Kirchensachen, S. 29–46.

199 Rechtsgutachten zur Zusammensetzung der Aufsichtsgremien des Norddeutschen Rundfunks, erstellt im Auftrag der Staatskanzlei Niedersachsen von Prof. Dr. Peter Lerche, München, 20. September 1974 (Kopie), HStA Hannover, Nds. 50, Acc. 2001/007, Nr. 165, Bl. 185.

tische und die katholische Kirchenführung im deutschen Norden beklagten sich, dass die bisher gültige Absprache mit der CDU, je einen kirchlichen Vertreter aus Niedersachsen (katholisch) und Hamburg (protestantisch) in den Rundfunkrat zu entsenden, nicht mehr eingehalten worden sei.²⁰⁰ Offensichtlich war im Jahr eins nach dem Bonner Regierungswechsel die frühere Bereitschaft der christdemokratischen Parlamentarier, zwei »ihrer« Rundfunkratsitze an die Kirchen abzutreten, geschwunden. Angesichts des erbitterten Kampfes zwischen beiden großen Parteien – nicht zuletzt angeheizt von der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition – galt es wohl, jede Chance zur Beeinflussung der Medien für die eigene Partei zu nutzen. Rücksicht auf das große C im Parteinamen konnte nicht mehr genommen werden.

Das informelle Abkommen, auf das sich die Kirchen beriefen, existierte tatsächlich – und zwar seit 1955. Schon damals waren die Kirchen außerordentlich ungehalten, weil sie als – wie man das später nennen würde – gesellschaftlich relevante Gruppe im NDR-Staatsvertrag ebenso wenig berücksichtigt wurden wie andere Verbände oder Interessengruppen. Als »Ordnungs- und Erziehungsmächte« seien die Kirchen, wie es in einer der zahlreichen Erklärungen hieß, zu »verantwortlicher Aufsicht« in den Rundfunkanstalten berufen. Eine gesetzliche Neuregelung ohne Berücksichtigung der Kirchen scheinete »nicht denkbar«.²⁰¹ Diese ungewohnt deutliche Kritik der Kirchen muss der Kieler CDU-Regierung unter Kai-Uwe von Hassel angesichts des meinungsbildenden Potenzials, über welches die Kirchen in der frühen Bundesrepublik verfügten, als bedenklich erschienen sein. Denn der Chef der Kieler Staatskanzlei, Ernst Kracht, führte im April 1955, kurz vor dem Inkrafttreten des Staatsvertrags, ein Gespräch mit einem Vertreter der protestantischen Kirche und gab zu bedenken, es sei doch besser, statt »der vielen Protestschreiben« kirchliche Kandidaten vorzuschlagen und die CDU-Fraktionen im Sendegebiet des NDR zu bewegen, diese auf ihre Listen zu setzen.²⁰² Und so geschah es wohl auch –

200 Interner Informationsdienst der Pressestelle der niedersächsischen Landesregierung, 13. Juli 1970, HStA Hannover, Nds. 50, Acc. 2001/007, Nr. 167, Bl. 137.

201 Die Kirche zur Rundfunk-Neuordnung, *Kirchliche Informationen für Schleswig-Holstein*, Nr. 1955, Nr. 1, Ausgabe A, Kiel, 5. 1. 1955.

202 Kieler Staatskanzlei, Vermerk vom 20. April 1955 über das Gespräch mit Dr. Wilhelm Kasch, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 605/422.

denn bis 1970 gab es von kirchlicher Seite keine öffentliche Kritik mehr an der Zusammensetzung des Rundfunkrats.

Hätten die Christdemokraten geahnt, was sie lostraten, als sie dieses informelle Abkommen 1970 aufkündigten, hätten sie die Kirchenvertreter – die, wie es scheint, vorab nicht einmal informiert worden waren, dass sie kein Eintrittsbillett in den Rundfunkrat mehr hatten – vielleicht lieber weiter in ihrem Kandidatenpool belassen. Denn nun verlagerten die Kirchen das Problem auf eine grundsätzliche Ebene, indem sie, statt auf ihre seit 1955 weniger selbstverständlich gewordene Aufgabe als »Ordnungs- und Erziehungsmächte« zu rekurrieren, das Recht der gesellschaftlich relevanten Gruppen betonten, die in die Rundfunkgremien Eingang finden müssten. Als Erstes wurden Rechtsgutachten eingeholt, mit deren Ergebnissen man 1974 an die Öffentlichkeit ging.²⁰³ Wie sich zeigte, waren auch sozialdemokratische Parlamentarier nicht glücklich darüber, dass nunmehr schwarz auf weiß feststand, wie fragwürdig die Praxis der Gremienbesetzung verfassungsrechtlich eingeschätzt wurde. Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein, Günther Jansen, selbst Mitglied des NDR-Verwaltungsrats, warf den Kirchen »Arroganz« vor, weil ihre Funktionäre glaubten, kirchliche Interessen oder Anliegen der Bevölkerung besser vertreten zu können als die jetzigen Gremienmitglieder. »Wer ist hier eigentlich arrogant?!«, vermerkte man in der ebenfalls sozialdemokratisch geleiteten Staatskanzlei Hannover am Rande dieses Artikels.²⁰⁴

Ähnlich verständnislos begegneten dem neuen Stand der Diskussion die Abgeordneten im Rechtsausschuss des niedersächsischen Landtags, die die Lage zwei Jahre später erörterten. Mittlerweile hatten im Jahr 1975 erneut Wahlen zum Rundfunkrat des NDR stattgefunden – und wieder hatte man eine über der Höchstgrenze liegende Zahl von Abgeordneten, nämlich 14, in diesem Gremium untergebracht. Anlass der Befassung mit dem Thema war ein Schreiben beider Kirchen an die drei norddeutschen Parlamentspräsidenten: Sie fragten an, was man zu tun gedenke, um die Zahl der Parlamentarier auf das gesetzlich vorgegebene Maß zu reduzieren und gesellschaftlich relevante

203 Schneider (Red.), Herrschaft und Kritik, und Evangelischer Pressedienst (epd) (Hg.), Probleme der äußeren Rundfunkfreiheit.

204 Die Antwort der Politiker: »Gremien sind ordnungsgemäß gewählt«, *Süddeutsche Zeitung*, 21. 11. 1974, Nr. 269, S. 8.

Gruppen zuzulassen. Der Präsident der Hamburger Bürgerschaft hatte sich bereits dazu geäußert: In Hamburg konnte man hier kein verfassungsrechtliches Problem und somit keinen Handlungsbedarf erkennen.²⁰⁵ Der anwesende Vertreter des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes des niedersächsischen Landtags sah dies jedoch anders und teilte den Mitgliedern des Rechtsausschusses mit, die im Staatsvertrag genannte Höchstgrenze »sei nicht bloß eine freundliche Aufforderung an den Landtag, sondern eine zwingende Vorschrift, die zu befolgen sei.«²⁰⁶ Der Ausschussvorsitzende Bruno Brandes allerdings meinte, in der Vergangenheit hätten sowohl die Parlamente der vertragschließenden Länder als auch der Rundfunkrat des NDR immer wieder den Standpunkt vertreten, es handle sich nicht um eine Muss-, sondern nur um eine Soll-Vorschrift, und fragte: »Wer könne [...] unter diesen Umständen den Staatsvertrag anders auslegen, und welches Gericht hätte eine Aktivlegitimation, aus dem Staatsvertrag Rechte herzuleiten oder jemandem Rechte zuzuerkennen, der an dem Vertrag gar nicht beteiligt sei?«²⁰⁷ Mit anderen Worten: Die Auslegung des Landesrechts sei Sache der Parlamentarier und gehe die Rechtsprechung nichts an. Angesichts dieser bemerkenswerten Aussage, die über das Verfassungsverständnis eines namhaften niedersächsischen Parlamentariers Bände spricht, wies der Vertreter des Rechtsdienstes darauf hin, dass die Frage bereits ein Gericht beschäftigte. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche habe zwei Wochen zuvor beim Verwaltungsgericht Schleswig Klage eingereicht.

Der Ausschuss sah sich daraufhin zu keiner Stellungnahme in der Lage. Die Gerichte sehr wohl. Die Berufungsinstanz, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, gab 1978, wie gesagt, der Klage statt.²⁰⁸ Das Urteil, das 1980 rechtskräftig wurde, warf seine Schatten auf die Verhandlungen um den NDR-Staatsvertrag und ließ dort die gesellschaftlich relevanten Gruppierungen Einzug halten.

• • •

205 Auszug aus der Niederschrift über die 86. Sitzung des Landtagsausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen am 3. Juni 1976, HStA Hannover, Nds. 50, Acc. 2001/007, Nr. 166, Bl. 279–282, hier S. 279 (R).

206 Ebd., Bl. 280 (V).

207 Ebd., Bl. 281 (V).

208 Hering u. a. (Hg.), Entscheidungen in Kirchensachen, S. 29–46.

Zu Beginn des Jahres 1984 gingen als erste kommerzielle Fernsehanbieter in der Bundesrepublik die Vorläufergesellschaft von Sat.1 sowie RTL plus auf Sendung, erst mit nur regionaler Reichweite, bis Anfang 1985 dann bundesweit. Das kommerzielle Fernsehen hielt also nicht in Gestalt von Ernst Albrechts imaginiertem landesherrlichen Haussender Einzug, sondern auf Bundesebene. Gesetzlich wurde das neue duale System von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk durch Landesmediengesetze sowie den Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens von 1987 geregelt. In diesem Zusammenhang versuchte Albrecht ein letztes Mal, den qua Gesetz festgeschriebenen Regierungseinfluss zu etablieren, den er vermisse. Das niedersächsische Landesrundfunkgesetz von 1984 sah vor, dass der staatlichen Erlaubnisbehörde bei der Zulassung von Rundfunkanbietern ein eigener Bewertungsspielraum eröffnet wurde, der die Bewertung von Programminhalten ohne Bindung an gesetzlich fixierte Kriterien ermöglichte. In seinem vierten Rundfunkurteil von 1986 erklärte zwar das Bundesverfassungsgericht das niedersächsische Landesrundfunkgesetz als erstes Gesetz zur »Privatisierung« des Rundfunks für verfassungsmäßig, jedoch den unregulierten Ermessungsspielraum der staatlichen Instanzen für nicht verfassungskonform, weil er gegen den Grundsatz der Staatsfreiheit des Rundfunks verstoße.²⁰⁹ Für Albrecht war es offensichtlich dieses Kontrollbegehren, um das es ihm ging – völlig unabhängig davon, ob öffentlich-rechtlicher oder privatwirtschaftlich organisierter Rundfunk zu regeln war. Die Staatsferne des Rundfunks ist also, wie die *Süddeutsche Zeitung* es 1980 formuliert hatte, immer »nur so stabil [...] wie das Nervenkostüm der Regierungspolitiker«.²¹⁰ Und, wäre noch hinzuzufügen, wie die Rechtsprechung der oberen Gerichte.

209 Das niedersächsische Landesrundfunkgesetz von 1984 und das BVerfG-Urteil von 1986 sind zusammen mit den darauf bezogenen Schriftsätzen abgedruckt in: Hoffmann-Riem/Starck (Hg.), *Das Niedersächsische Rundfunkgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht*; die entscheidenden Passagen des BVerfG-Urteils finden sich in Abschnitt C/V, S. 686–696.

210 cob, Bayerische Glückwünsche für die ARD, *Süddeutsche Zeitung*, 30. 6. 1980, Nr. 148, S. 4.

Fazit

Es ist ein glücklicher Zufall, dass die Dezentrierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beziehungsweise Fernsehens in den beiden von mir untersuchten Ländern im Abstand eines guten Vierteljahrhunderts erfolgte. Denn dadurch wird – mit dem britischen Beispiel – noch der Ausklang der Epoche erfasst, in welcher die politischen Repräsentanten des parlamentarischen Systems den Vorrang des Parlaments als Artikulationsraum von Politik gegenüber den elektronischen Massenmedien beanspruchten. Und mit dem deutschen Beispiel kommt der Übergang in diejenige Phase der Beziehung zwischen Politik und Medien in den Blick, in der wir heute leben: Sie ist durch die immer weiter zunehmende Vielfalt elektronischer Medien gekennzeichnet, die die Alleinstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Übergangsphänomen erkennbar werden lässt. Und in welcher die Berichterstattung über Politik gleichzeitig mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in dem sie bis heute von Bedeutung ist, marginalisiert wird. Die privaten Fernsehanstalten, deren Programme die Mehrheit der Zuschauer und Zuschauerinnen einschaltet, sind in Deutschland und Großbritannien vergleichsweise politikabstinent. Die neuen sozialen Medien sind zwar mittlerweile alles andere als das, jedoch liegt ihr spezifischer politischer *impact* darin, dass sie eine neue Bühne jenseits der klassischen Massenmedien aufmachen – eine Bühne, auf der jeder als Kommentator der Politik auftreten und jeder Politiker sein eigener Kommentator und Kommunikator sein kann.

Mit Einführung des kommerziellen Fernsehens hat sich für die klassischen Massenmedien im Grunde eine Situation hergestellt, die derjenigen der Presse seit der Wende zum 20. Jahrhundert gleicht: Seit damals hat sich die große Mehrheit der Zeitungsleser auf die neuen Massenblätter verteilt, die erschwinglich sind, viel Unterhaltendes und vor allem Sport bringen und – je nach politischen Aspirationen ihrer Besitzer – Politisches hin und wieder einstreuen, soweit es personalisierbar und skandalisierbar ist – ganz so wie es die Privatsender heute tun. Der Unterschied zur Presse ist allerdings, dass das politische Leit-

medium, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, aus Gebühren finanziert wird. Das sichert sein Überleben und macht ihn gleichzeitig jederzeit angreifbar, insbesondere wegen der steigenden Kosten, die aufgebracht werden müssen, um mit dem Produktionsaufwand einiger Privatsender einigermaßen mithalten zu können. Weswegen die kritischen Fragen nach der Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in regelmäßigen Abständen immer wieder laut werden und die Sinnhaftigkeit des dualen Systems, in welchem sich kommerzielles und öffentlich-rechtliches Fernsehen komplementär ergänzen, Befürworter finden muss.

Ob sich im Ernstfall Politiker oder politische Parteien (und in Deutschland: Landesregierungen) unter den Befürwortern fänden, wird erst der nächste Konflikt zeigen. Die Frage ist entscheidend, da der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein hochgradig politikgesteuertes System ist – auch wenn er nicht, wie im Deutschland der Zwischenkriegszeit, staatsnah ausgestaltet oder ganz verstaatlicht ist. Die Geschichte der Einführung des kommerziellen Fernsehens zeigt, wie hochgradig kontextabhängig die Einstellungen der Parteien und Regierungen sowie einzelner politischer Akteure zum Rundfunk sein können. Und wie vielfältig und unvorhersehbar die Bedingungen des jeweiligen politischen Umfelds sind, die auf diese Einstellungen einwirken. Rundfunk und Fernsehen sind zweifellos wichtig für politische Akteure – und dennoch im politischen Betrieb wohl eher eine abhängige Variable.

Vergleichendes zum Schluss

Was lässt sich abschließend den exemplarischen Episoden entnehmen, wenn man danach fragt, wie ähnlich oder verschieden sich die Beziehungen zwischen Politik und Medien in Deutschland und in Großbritannien vom frühen 20. Jahrhundert bis in die 1980er Jahre gestalteten? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die in den Kapiteln dieses Buchs beim Kontrastieren beider Länder deutlich geworden sind, halte ich für so bedeutsam, dass sie als Vergleichsresultate für den gesamten Untersuchungszeitraum hervorgehoben werden sollten? Ich beschränke mich bei den Antworten auf diese Fragen auf zwei meiner Meinung nach prägende und in diesem Sinn strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede: erstens das, was ich das Vertraulichkeitskartell zwischen Politikern und politischen Journalistinnen genannt habe, und zweitens die stärkere Prägekraft des politischen Bereichs für die Ausgestaltung der politisch-medialen Beziehungen.

Beides stellt meines Erachtens je nach Perspektive einen strukturellen Unterschied oder eine strukturelle Gemeinsamkeit dar: Gemeinsam ist, was in beiden Ländern vorhanden und prägend ist, jedoch sind die Formen, in denen beides sich geltend macht, verschieden. Und diese unterschiedlichen Formen, die ich im Folgenden noch um einige ergänzt habe, die in den Kapiteln keinen Platz fanden, sind den Beziehungen zwischen Politik und Medien nicht äußerlich, sondern, wie die erzählten Episoden zeigen, bedeutungsvoll und folgenreich auf der strukturellen Ebene der Interaktionsweisen zwischen beiden Institutionen oder Gruppen. Strukturelles und Akzidenzielles bedingt sich also gegenseitig. Die Strukturen der Beziehungsgeschichte zwischen Medien und Politik sind abhängig von ihren jeweiligen Konkretisierungen, konkrete Ausprägungen dieser Geschichte vollziehen sich in Strukturen, die ihnen vorgelagert sind.

Das Vertraulichkeitskartell

Zu Beginn der Einleitung wurde der britische Premierminister Clement Attlee zitiert, der – trotz seiner negativen Einstellung gegenüber dem Journalismus – einen Journalisten zu seinem Presseverbindungsman machte. Der Journalist, Francis Williams, sollte die Presse allerdings eher auf Abstand halten. Williams beschrieb später Attlees Einstellung gegenüber der Presse mit den Worten, Attlee habe die Gesellschaft von Journalisten nicht gesucht und nicht die Absicht gehabt, »to bribe them with confidences. He took the old-fashioned view that politicians and journalists were likely to do their best work if they were not in each other's pockets.«¹ Was dem Politiker der Labour-Partei offensichtlich missfiel, ist in Williams' Wiedergabe ziemlich genau das, was ich Vertraulichkeitskartell nenne: eine Beziehung wechselseitiger Abhängigkeit zwischen Politikern und Journalisten, in die von politischer Seite vertrauliche Informationen eingebracht werden, auf welche der politische Journalismus angewiesen ist, was umgekehrt eine mehr oder weniger explizite Verpflichtung impliziert, sich erkenntlich zu zeigen. Wie Attlees Beispiel zeigt, können sich Politiker – und Journalisten ebenso, sonst hätte Francis Williams den Posten nicht übernommen – dieser Beziehung oder ihren Konsequenzen verweigern. Das zeigt auch das Beispiel des Journalisten William Haley, der als Generaldirektor der BBC und als Herausgeber der Londoner *Times* prominenter Teil dieses Vertraulichkeitskartells war, wie man es seinen hinterlassenen Tagebüchern detailliert entnehmen kann, der sich allerdings dennoch als fähig erwies, sich gegenüber den ihm politisch nahestehenden Politikern zu distanzieren. Die Beziehungsform des Vertraulichkeitskartells ist nicht zwingend, sie ist nur aus nachvollziehbaren Gründen üblich, sei es in der Periode der klassischen Massenmedien oder heute. In die medienwissenschaftliche Forschung hat das Phänomen bereits Eingang gefunden,² doch seine strukturelle Bedeutung für Geschichte und Gegenwart politisch-medialer Interaktion ist noch herauszuarbeiten.

1 Williams, *Nothing so Strange*, S. 215.

2 Siehe hierzu z. B. Baugut/Grundler, *Politische (Nicht-)Öffentlichkeit*; und Bennett, *The Semi-Independent Press*.

Gegenwärtig ist genau dieses, den Interaktionsmodus zwischen Politikern und Medienleuten prägende Moment in die öffentliche Kritik gekommen und hat teilweise auch in die Selbstkritik politischer Leitmedien Eingang gefunden. Das Vertraulichkeitskartell ist eine strukturelle Gemeinsamkeit beider Länder und ist gleichzeitig ein strukturelles Dilemma, das auch nicht dadurch verschwindet, dass man es selbstkritisch reflektiert, denn ohne vertrauliche Informationen und Hintergrundgespräche zwischen Journalisten und Politikerinnen gäbe es keinen nennenswerten Politjournalismus. Durch das Kartell von vertraulichen Beziehungen, das dadurch ausgebildet wird, gerät der Journalismus allerdings in die Gefahr der zu großen Nähe zum politischen Betrieb; und gleichzeitig macht ihn die Abhängigkeit von vertraulichen Informationen selbst wiederum angreifbar, wenn Politiker oder Strafverfolgungsbehörden gegen die Weitergabe vertraulichen Wissens vorgehen wollen oder wenn die Nähe zur Politik verschwörungstheoretisch aufgeladen zum medien- und demokratiekritischen Argument wird. Das ist die dilemmatische Grundstruktur des Vertraulichkeitskartells.

Der Begriff des Vertraulichkeitskartells dient mir im Zusammenhang dieses Buches zur Beschreibung der Beziehungsform, die das Verhältnis von Politik und Journalismus nicht nur in der Periode der klassischen Massenmedien strukturell prägt.³ Der Begriff des Kartells findet dabei in verallgemeinerter Form Verwendung: als Bezeichnung für eine strategische Beziehung innerhalb eines ambivalenten Freund-Feind-Verhältnisses, die die Zusammenarbeit potenzieller Rivalen zum beiderseitigen Vorteil konfliktarm und exklusiv gestaltet.⁴ Anhand von Quellen belegen und nachzeichnen lässt sich diese Beziehung naturgemäß nur selten. Aufgrund der Fülle britischer journalistischer Quellen wird dieses Kartell besonders in den auf Großbritannien bezogenen Kapiteln sichtbar. Für Deutschland existieren allerdings durchaus Quellen, um etwa – was aus Platzgründen in diesem Buch nicht geschehen konnte – die Beziehungen zwischen Parlamentsfraktionen

3 Die Geschichte der Londoner *Times* während des Krimkriegs liefert ein anschauliches Beispiel für das 19. Jahrhundert, siehe Daniel, *Der Krimkrieg 1853–1856*, S. 60 f.

4 Diese Definition ist in leicht modifizierter Form entlehnt von Leonhardt, *Kartelltheorie*, S. 65–68.

und den ihnen politisch nahestehenden Journalisten zu untersuchen. Im Fall der CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag beispielsweise ist dokumentiert, dass politisch affine Pressevertreter zumindest bis Mitte der 1960er Jahre an den Fraktionssitzungen der CDU/CSU teilnahmen.⁵ Dass auch unter den Bedingungen der NS-Diktatur dem Vertraulichkeitskartell eine wichtige Funktion in den politisch-mediale Beziehungen zukommt, lässt auf die Selbstverständlichkeit, wenn nicht Unvermeidbarkeit dieser Interaktionsform schließen. Die Pressezaren der Zwischenkriegszeit haben zwar Unruhe und Unberechenbarkeiten in diesen Beziehungsmodus gebracht, weil ihre Positionierungen im parteipolitischen Feld vagierender Art waren, doch sie haben das Bild nicht grundlegend verändert.

Die konkreten Ausgestaltungen des Vertraulichkeitskartells in Deutschland und in Großbritannien differierten allerdings erheblich. Das seit dem 19. Jahrhundert in London eingebürgerte enge personelle Beziehungsgeflecht zwischen Herausgebern oder Besitzern von politischen Zeitungen und ihnen politisch nahestehenden Politikern verband gesellschaftlich gleichrangig miteinander verkehrende Männer (Frauen gab es unter amtierenden Politikern und im politischen Journalismus während der Periode der klassischen Massenmedien nur sehr selten) auf beruflicher und nicht selten auch privater Ebene. In Deutschland waren solche personellen Vernetzungen nicht denkbar, weil es an der entsprechenden Gleichrangigkeit fehlte: Journalisten hatten keinen hohen sozialen Status. Allerdings gab es seitens des Auswärtigen Amts in Berlin vor 1914 erste Ansätze dazu, ausgewählten Journalisten Einblicke in das diplomatische Geschehen zu gewähren, um der Außenpolitik die erwünschte Art der Resonanz zu verschaffen.

5 Vgl. hierzu: Franz (Bearb.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966, erster Teilband, S. XXIII. Hier ist auch der interessante Fall eines innerfraktionellen Streits um die Anwesenheit der Journalisten dokumentiert, der zu einem vorübergehenden Ausschluss der Presse geführt hat, siehe ebd., Dokument 112: Protokoll der Fraktionssitzung vom 28. November 1962, S. 440–443. Eduard Ackermann, der langjährige Mitarbeiter und Pressesprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, berichtet in seinen Erinnerungen, der Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano habe sich anschließend bei den empörten Journalisten entschuldigt. Ackermann nennt den Beginn der Großen Koalition im November 1966 als Schlusspunkt der Praxis, Pressevertreter an den Fraktionssitzungen teilnehmen zu lassen; Ackermann, Mit feinem Gehör, S. 33.

Erst die Kriegsjahre 1914 bis 1918 intensivierten die Beziehungsdichte zwischen politischen und journalistischen Akteuren und förderten deren regelmäßige Begegnung. Foren für diese Vernetzung waren die Kriegsgesellschaften insbesondere in Berlin, die wie die *Deutsche Gesellschaft 1914* ihren Mitgliedern einen Versammlungsort, Mahlzeiten – in der zweiten Kriegshälfte keine unwichtige Attraktion –, Vorträge und Gelegenheit zu individuellen Gesprächen boten.

Charakteristisch für die deutsche Ausprägung vertraulicher Beziehungen war vor allem die Institution der Pressekonferenz, also organisierte und regelmäßig stattfindende Zusammenkünfte von politischen oder gegebenenfalls militärischen Akteuren mit einem Kreis von akkreditierten Journalisten. 1914 nach Kriegsbeginn vom Militär eingeführt, diente sie neben der Übermittlung von zum Druck Bestimmtem zunehmend der Übermittlung von nur für die ausgewählten anwesenden Hauptstadtjournalisten Bestimmtem, das nicht zur Veröffentlichung freigegeben war. Sie war also, im Kriegsverlauf in zunehmendem Maß, eine institutionalisierte Version des Vertraulichkeitskartells. In dieser Form – nur nicht mehr unter militärischer Leitung – wurde sie 1918 bis 1945 fortgesetzt. Die Bonner Journalisten und Journalistinnen waren im Gegensatz zu ihren Vorgängern eigenverantwortliche Organisatoren der Pressekonferenz. Diese Praxis der vertraulichen Einbindung seitens der Politiker setzte sich in der frühen Bundesrepublik noch fort, verlor jedoch an Bedeutung gegenüber informelleren Gelegenheiten für Gespräche »unter eins«, das heißt mit frei verwendbaren Inhalten, »unter zwei« mit Inhalten, die nur ohne Nennung des Gesprächspartners aus der Politik veröffentlicht werden durften, oder »unter drei«, das heißt reinen Hintergrundgesprächen, aus denen nichts Zurechenbares den Weg in die Medien finden durfte. Das ist die noch heute gängige Praxis.

In Westminster hielten regelmäßig stattfindende Pressekonferenzen erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts Einzug. Der erste Premierminister, der dieses Format für sich einführte, war Tony Blair im Jahr 2002.⁶ In der politischen Kultur Großbritanniens hätten sie einen Fremdkörper dargestellt, solange die Prärogative des Parlaments, primäres Forum für die Präsentation der Regierungspolitik zu sein, noch

6 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Seymour-Ure, *Prime Ministers and Press Conferences*.

aufrechterhalten wurde. Auch die britische Tradition, die Regierung als Kabinettskollegium zu sehen, in dem der Premierminister, wie der Name sagt, nur der Erste unter seinen Ministern war, sprach gegen Pressekonferenzen, soweit es die jeweiligen Regierungschefs betraf. Während die großen Medienbesitzer und Herausgeber meinungsführender Zeitungen ihre Beziehungen in den politischen Betrieb hinein jenseits der Lobby gestalten konnten, trafen sich Politiker und Lobby-Korrespondenten mehr oder weniger regelmäßig in Westminster.⁷ Dieses »Fußvolk« des hauptstädtischen Politjournalismus erhielt so immer wieder Insiderinformationen von Bedeutung, mitunter in Form kleiner Pressekonferenzen auf den Fluren Westminsters. Da die Lobby-Journalisten diese Informationen jedoch prinzipiell nur anonym verwenden und die Politiker sie offiziell ebenso wenig von Vorgängen des politischen Betriebs unterrichten durften, wie das ganze Lobby-System bis in die 1960er Jahre offiziell gar nicht existierte, stellte diese Einrichtung kein funktionales Äquivalent für Pressekonferenzen dar. Sie war jedoch von den 1920er Jahren bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ein wesentlicher Aspekt der Londoner politisch-medialen Interaktion. Der offiziell genannte Grund dafür, dass die hier weitergegebenen Informationen in den Artikeln der Journalisten nur ohne Namensnennung der jeweiligen Politiker angeführt werden durften, war das traditionelle Recht des Parlaments, vorrangiger Empfänger ministerieller Verlautbarungen zu sein. Der beidseitige Nutzen liegt auf der Hand: Die Politiker konnten ihre jeweiligen Positionen und Ansichten anonym publik machen, und die Journalisten wurden regelmäßig mit Interna versorgt.

Die starke Stellung der Politik

Als zweite strukturelle Gemeinsamkeit beider Länder soll die deutlich stärkere Stellung der politischen Akteure hervorgehoben werden, wenn es zwischen ihnen und den Medien ans Kräfteressen geht. Regierungen und Parlamentsfraktionen regulieren rechtliche Rahmenbedingungen und beeinflussen die wirtschaftlichen Kontexte der Medien. Die jeweilige politische Exekutive und die Strafverfolgungsbe-

7 Vgl. zum britischen Lobby-Journalismus Tunstall, Westminster Lobby Correspondents; und Sparrow, *Obscure Scribblers*.

hören können gegen Zeitungen und Sendeanstalten vorgehen, wenn diese sich in einer justitiablen Weise missliebiger machen. Sie können, wenn es die politische Großwetterlage erlaubt, Zensur ausüben, die Pressefreiheit gleichermaßen einführen wie abschaffen oder Rundfunksender ver- oder entstaatlichen. Der öffentlich-rechtliche wie auch der kommerzielle Rundfunk kann eingeführt werden, Letzteres im Fall meiner Beispiele auch mit dem Ziel, den Einfluss des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu beschneiden. Und auch jenseits dieser großflächigen oder polizeilichen Handlungsmöglichkeiten können politische Akteure Journalisten und Journalistinnen, Zeitungen und elektronische Medien von der Liste derjenigen streichen, die Zugang zu (internen) Informationen bekommen; der Schutz journalistischer Informanten und Informantinnen, ohne den die wichtigste Quelle brisanter Interna des politischen Betriebs zu versiegen droht, kann generell oder in einzelnen Fällen aufgehoben und Journalisten, die ihre Quellen nicht nennen, können inhaftiert werden – wie in Großbritannien und in der Bundesrepublik 1962/63. Aktenkundig gewordenen Informanten drohen, wie die Beispiele Chelsea Manning und Edward Snowden heute demonstrieren, lange Haftstrafen oder das »freiwillige« Exil. Hinsichtlich der öffentlich-rechtlich verfassten elektronischen Medien besteht darüber hinaus die Möglichkeit, ihre wichtigste Finanzquelle, die Rundfunkgebühren, herunterzuregeln. Die heutigen Online-Medien sind auf andere Weise verwundbar: Apps können blockiert, Nutzer verhaftet, unliebsame Inhalte gesperrt oder, wie während der Unruhen Anfang des Jahres 2011 die ägyptische Regierung demonstrierte, im Extremfall ganze Länder vom Netz genommen werden.⁸

8 Einige neuere medienwissenschaftliche Studien zu Strukturen des Verhältnisses zwischen Medien und Politik betonen ebenfalls die starke Stellung des Politischen im Umgang mit den Medien; vgl. z.B. Street, *Mass Media, Politics and Democracy*, S. 330, wo empfohlen wird, die Bedeutung des Staates und der politischen Werthorizonte für das Verhältnis von Medien und Politik hoch anzusetzen; und Koch-Baumgarten/Voltmer, *The Interplay of Mass Communication and Political Decision Making*, S. 224f., wo die Bedeutung der Politik im Kräfteverhältnis zwischen Medien und Politik hervorgehoben wird. Systematische Untersuchungen zu dieser Frage für heute oder für die Geschichte der Medien-Politik-Beziehungen stellen nach wie vor ein Desiderat dar.

Mehr Aufsehen erregen regelmäßig die Extrempositionen, die keine Interaktion zwischen Medien und Politik mehr zu untersuchen brauchen, weil sie die Medien als durch die Politik kannibalisiert sehen oder umgekehrt: also diejeni-

Dass ungeachtet dieses Arsenal potenziell gegen Journalisten und Journalistinnen, Zeitungen und Sendeanstalten einsetzbarer Mittel immer noch vielstimmige Medienlandschaften existieren, ist nicht selbstverständlich. Ein wichtiger struktureller Grund dafür – neben kontingenten Faktoren wie etwa der Stärke des Rechtsstaats, den politischen Werten der jeweiligen Regierung oder dem Grad des gesellschaftlichen Engagements – ist die Tatsache, dass es sehr schwer ist, ohne unabhängige Medien Politik zu machen, oder anders herum formuliert: mit von der Politik abhängigen Medien Politik zu machen. Goebbels' Erfahrung während des Zweiten Weltkriegs oder die Folgen der deutschen Zensur im Ersten Weltkrieg für die Innenpolitik scheinen mir generalisierbar zu sein. Die beiden Beispiele demonstrieren, dass, sind die Medien durch die Anwendung der scharfen Instrumente, die der Politik zur Verfügung stehen, erst einmal an die Leine gelegt, auch die Handlungsmöglichkeiten der politischen Akteure eingeschränkt sind. Denn auch wenn in Kriegszeiten und Diktaturen der politische Streit über Inhalte und die Konkurrenz um Einfluss und Positionen in den Hintergrund treten oder verboten sind, verschwindet weder das eine noch das andere. Beides beschränkt sich nur auf den jeweils verbliebenen Kreis politischer (je nachdem auch militärischer) Akteure. Medienlandschaften, in denen nichts gedruckt oder gesendet werden kann, was die verordnete Einheitlichkeit der veröffentlichten Meinungen stört, eignen sich nicht dazu, Meinungs- und Machtkämpfe innerhalb der politischen Eliten auszutragen, indem Gegner desavouiert oder an potenzielle Verbündete appelliert wird. Der deutsche Propagandaminister verfiel als Ausweg auf die Inszenierung eines Medienevents *avant la lettre*, musste jedoch feststellen, dass er nur die Inszenierung, nicht jedoch deren Folgen kontrollieren konnte. In Deutschland konnte in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs die Militärführung – nicht nur, aber auch – deswegen zum entscheidenden politischen Akteur werden, weil kein über Bande gespielter innenpoli-

gen medien- und politikwissenschaftlichen Publikationen, die, mit oder ohne Fragezeichen im Titel, seit Jahrzehnten die »Übermacht der Medien« beschwören; vgl. u. a. Oberreuter, *Übermacht der Medien*; Dörner, *Politainment*; Meyer, *Mediokratie*; oder diejenigen mit umgekehrter Stoßrichtung, die die Kolonisierung der Medien durch gouvernementale und ökonomische Interessen postulieren, wie beispielsweise der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch in seiner *Postdemokratie*.

tischer Streit über die Kriegspolitik und ihre Führungsfigur stattfinden konnte. Wie das britische Beispiel zeigt, ermöglichten die dort teilweise mithilfe der Presse ausgetragenen partei- und kriegspolitischen Auseinandersetzungen einen politischen Führungswechsel zu einem Premierminister, der in der Lage war, die Sinnhaftigkeit der Kriegsanstrengungen bis zum Sieg über Deutschland ebenso erfolgreich zu verkörpern wie ein ziviles Gegengewicht gegen die Militärs. Die deutsche Kriegsgesellschaft zerfiel dagegen angesichts der immer weniger zu vermittelnden Fortsetzung des Krieges, weil die Dritte Oberste Heeresleitung nur den bedingungslosen Willen verkörperte, den Krieg bis zur Erreichung bestimmter Kriegsziele fortzusetzen, die jedoch nicht die Ziele aller waren.

Angesichts der Eindeutigkeit eines strukturell ungleichgewichtigen Kräfteverhältnisses zwischen Medien und Politik ganz generell sind für den deutsch-britischen Vergleich die Unterschiede aufschlussreicher, in denen sich dieses Kräfteungleichgewicht in meinem Untersuchungszeitraum manifestierte.

Da sich die höchste Intensität politischer Durchdringung der Medienlandschaften in Kriegszeiten und Diktaturen zu manifestieren pflegt, müssen als spezifisch deutsche Phänomene hier die Zeit des Ersten Weltkriegs mit der seitens des Militärs exekutierte extensiven Zensur und die NS-Diktatur mit ihrem top-down strukturierten Medienensemble genannt werden. Des Weiteren ist es die föderale Struktur, die vor allem seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 für eine spezifische Ausprägung starker politischer Prärogative in Rundfunkfragen sorgte. Landesregierungen, Landesparteien und Landtagsfraktionen waren und sind die wichtigsten Akteursgruppen bei der erfolgreichen parteipolitischen Durchdringung der Rundfunkhäuser. Ein allzu forscher Vorstoß in dieser Hinsicht rief Anfang der 1970er Jahre in Bayern zwar eine massive Gegenbewegung hervor, der es gelang, die durch ein neues Rundfunkgesetz erhöhte Zahl der staats- und parteinahen Gremienmitglieder wieder zu reduzieren und die Prärogative des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der bayerischen Verfassung zu verankern. In der Regel waren es jedoch, auch dies ein deutsches Spezifikum, die Gerichte, die die Eingriffstiefe politischer Aspirationen auf Rundfunkkontrolle beschränkten.

Auch die Festsetzung der Rundfunkgebühren, ein Prozess, mit dem nicht selten mehr oder weniger subtile Versuche der Einfluss-

nahme auf die Sendeanstalten verbunden waren, oblag in der Bundesrepublik den Landtagen. Da die Höhe dieser Gebühren immer schon ein politisch heikler Punkt war, wenn sie zum Gegenstand kontroverser parteipolitischer Profilierung wurde, und das in regelmäßiger Wiederkehr in allen bundesdeutschen Landtagen, gab vielleicht die föderale Verfasstheit des Rundfunks selbst den Anstoß dafür, 1975 eine unabhängige Kommission einzusetzen, die den Finanzbedarf der Rundfunkanstalten ermitteln und eine Empfehlung für die Höhe der Gebühren erarbeiten sollte. Doch erst nach einem weiteren Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994, dem achten seiner Art, wurden die Vorschläge der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) so verbindlich, dass das Verfahren dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf Staatsferne genügte.

Demgegenüber obliegt die Gebührenfestsetzung für die BBC seit jeher und bis heute dem Parlament, das in regelmäßigen Abständen die Royal Charter erneuert, die mitsamt ihren Anlagen das Gesamtkonstrukt der Rundfunkanstalt und sämtliche Details inklusive der Gebühren festlegt. Nicht immer sind die Debatten anlässlich der Erneuerung der Charter von so heftigen politischen Auseinandersetzungen begleitet wie in den 1950er Jahren, als es um die Einführung des kommerziellen Fernsehens ging. Doch jedes Mal bietet die Erneuerung der Charter eine Einflugschneise für politische Interessen aus den Parteien, dem Parlament und der Regierung sowie die Möglichkeit, Druck auf die Anstalt auszuüben. Da der BBC untersagt ist, Werbung auszustrahlen, ist sie allein von den Einnahmen aus Gebühren und damit von Regierung und Parlament abhängig; der kommerzielle Annex des Senders, der heute unter der Bezeichnung BBC Worldwide operiert, erwirtschaftet mit seinen Ko-Produktionen und dem Lizenzhandel nur ein Zubrot.

Der große Einfluss, der vom Unterhaus und der Regierung auf die BBC ausging, zeigte sich auch an dem politischen Maulkorb, den die Rundfunkanstalt bis in die Nachkriegszeit tragen musste, nämlich dem Verbot, über aktuelle politische Fragen zu berichten. Die berühmte 14-Tage-Regel untersagte es ihr, Themen zu erörtern, die in den kommenden zwei Wochen im Parlament verhandelt werden würden. Gesetzesvorhaben, die mehrere Lesungen zu haben pflegen, konnten demzufolge monatelang keinen Eingang in die Berichterstattung finden. Hintergrund dieses Verbots war, wie gesagt, der traditio-

nell sakrosankte Anspruch des Parlaments, einziger Ort der politischen Auseinandersetzung zu sein. Erst im Zuge der Einführung des kommerziellen Fernsehens fiel dieses Verbot, das zunehmend Hohn und Spott auf sich zog. Man könnte sich vorstellen, dass die politischen Akteure – denen es damals erkennbar schwer fiel, ihre Prerogative aufzugeben – sich auch deswegen dazu verstanden, weil die neuen Möglichkeiten, die das Fernsehen nun in einer öffentlich-rechtlichen und einer kommerziellen Version für Auftritte von Politikern in allen möglichen Sendeformaten bot, zu verlockend war, um diese Auftritte auf nicht aktuelle Themen und Anlässe zu beschränken.

Zwei weitere Spezifika der politisch-medialen Interaktion in Großbritannien, die im Kapitel über Skandale deutlich werden, betonen ebenfalls die Stärke der Handlungsoptionen, die politischen Akteuren zur Verfügung standen und stehen, um im Konfliktfall eingesetzt zu werden. Zum einen war es das Vassall-Tribunal, das Premierminister Macmillan erfolgreich einsetzte, um die Journalisten zur Raison zu bringen, die seine Regierung im Fall des im Marineministerium entdeckten Spions bedrängten, und sie zur Aufdeckung ihrer Quellen zu zwingen. Die für die britische Presse außerordentlich peinliche Prozedur trug das Ihre dazu bei, dem investigativen Journalismus so lange die Zähne zu ziehen, wie sich dann in den Folgemonaten die Affäre um den Kriegsminister John Profumo hinzog. Kein Blatt wagte es, das mediale Schweigen darüber, dass er vor dem Unterhaus gelogen hatte, zu brechen.

Zum zweiten war und ist es die Gesetzgebung gegen *libel* («Verleumdung»), die nicht nur, jedoch auch der Politik eine scharfe Waffe gegen Zeitungen und Sendeanstalten in die Hand gibt. Seit dem 18. Jahrhundert stellte sie ein funktionales Äquivalent zur kontinentalen Zensurpraxis dar, denn nicht nur Privatleute, sondern jeder Politiker, der sich verleumdet fühlte, konnte Klage erheben. Da es nicht um die Richtigkeit etwa von Korruptionsvorwürfen ging, sondern nur darum, ob das Gedruckte – später dann auch das Gesendete – geeignet war, den Kläger in den Augen der Leserinnen oder Zuschauer herabzusetzen, und die Beklagten nachweisen mussten, dass das nicht der Fall war, verschwammen die Unterschiede zwischen herabsetzenden und kritischen Artikeln. Kleinere Blätter wurden durch die hohen Strafzahlungen, die im Fall der Verurteilung drohten, nicht selten in den Ruin getrieben. Die Angst vor einer solchen Klage, die Profumo bereits an-

gedroht hatte, war der zweite Grund dafür, dass die Profumo-Affäre kein Presseskandal wurde. Seit 2014 ist der Defamation Act in Kraft, der den Beklagten die Verteidigung erleichtert, weil sie die Wahrheitsgemäßheit des Gesagten und ihren guten Glauben ins Feld führen können. Allerdings liegt die Beweislast weiterhin bei ihnen.

• • •

Habe ich eine Antwort auf die Mutter aller Gretchenfragen unter Historikerinnen und Historikern, nämlich die Frage nach dem Verhältnis von Wandel und Kontinuitäten in meiner Beziehungsgeschichte von Journalistinnen und Politikerinnen in der Zeit der klassischen Massenmedien? Meine Antwort steckt bereits implizit in der Unterscheidung zwischen strukturellen Gemeinsamkeiten der beiden untersuchten Länder einerseits und ihrerseits strukturellen Unterschieden in den Formen andererseits. So betrachtet liegt der Unterschied zwischen Kontinuität und Wandel im Auge des Betrachters: Der Blick auf die strukturellen Gemeinsamkeiten betont das Kontinuierliche in beiden Ländern; schaut man auf die Verschiedenheit der Formen, in denen sich diese Gemeinsamkeiten manifestieren, geraten nicht nur Unterschiede zwischen Deutschland und Großbritannien in den Blick, sondern auch Veränderungsprozesse verschiedenster Art in der Wechselwirkungsgeschichte von Politik und Medien in jedem der beiden Länder für sich genommen. Der Wandel im Sinn einer säkularen Tendenz oder die Kontinuität im Sinne einer historischen Konstante – heute gängiger: einer Pfadabhängigkeit – findet sich aus naheliegenden Gründen bei einer auf Wechselwirkung fokussierten Betrachtung nicht. Denn wenn schon die Geschichte des Politischen für sich genommen ebenso wie die Geschichte der Medien für sich genommen nur unter erheblichen Schwierigkeiten diachron »auf Linie zu bringen« sind, wie soll das dann mit den höchst komplexen Zonen der Wechselwirkung zwischen beiden Geschichten gelingen? Die Art und Weise, in der Journalistinnen und Politiker miteinander umgehen, das, wofür sie sich brauchen, die Konfliktsituationen, die sich ergeben, und die Vorstellungen, die sie voneinander haben, hängen viel zu sehr von den jeweiligen Zusammenhängen, von den zeitgenössischen Kontexten ab. Deswegen gibt es kein wirkliches Verständnis, solange diese Kontexte als bewirkende Kräfte nicht ernst genug genommen werden. Das war der Grund für die gesamte Anlage dieses Buches und wäre

auch ein guter Grund, skeptischer als bislang mit der historiografischen Gewohnheit umzugehen, die Dinge sich »entwickeln« zu lassen, ihnen also mehr oder weniger explizit eine ihnen innewohnende Beharrungs- oder Verstetigungslogik zu unterstellen. Nicht nur Wechselwirkungsgeschichten, alle Geschichten zeigen sehr viel stärker als eine Entwicklung die Tendenz, sich zu verwickeln – in das, was zeitgleich ist, in das, von dem kontingente Wirkungen ausgehen, in das, was die jeweiligen Zeitgenossen umtreibt, indem es sie trennt oder verbindet, sie ängstlich oder hoffnungsvoll macht. An der Annahme, unübersichtlich sei nur die jeweilige eigene Gegenwart, ist die Geschichtsschreibung nicht ganz unschuldig, lässt sie doch, besonders in den sogenannten Überblickswerken und in ihren Lehrbüchern für Schule und Studium, den Eindruck entstehen, frühere Zeiten unterschieden sich von heute dadurch, dass sie so viel leichter zu verstehen seien. Dass dieser Eindruck dadurch entsteht, dass wir, die Historikerinnen und Historiker, viele Kontextbedingungen, vieles Kontingente und Unerwartete, fortlassen, was sich nicht in eine sich »entwickelnde« Geschichte⁹ fügen will, sagen wir zu selten; und zeigen zu selten, dass wir auch anders können.

9 Vgl. zur Begriffsgeschichte des Terminus »Entwicklung« Wieland, Art. »Entwicklung, Evolution«, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*.

Quellen und Literatur

Die folgenden Hinweise auf Quellen und Literatur, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sind nach Kapiteln unterteilt. Vor den länderbezogenen Literatur- und Quellenangaben finden sich zum einen Hinweise auf vergleichende und übergreifende Literatur und zum anderen kurze Anmerkungen zum Forschungsstand und zu meiner Einordnung in diesen. Da die Literatur zu den politikgeschichtlichen Aspekten der behandelten Themen sehr viel reichhaltiger und nuancierter ist als diejenige zur Mediengeschichte, diskutiere ich meine Positionen vor allem vor ihrem Hintergrund.

Die Literaturübersichten führen mehr Titel auf als in den einzelnen Kapiteln zitiert werden, da die Fußnoten weitgehend auf Quellenangaben beschränkt worden sind.

Inhalt des Quellen- und Literaturverzeichnisses

Einleitung	395
I Die Presse des 19. Jahrhunderts im Ersten Weltkrieg	396
Vergleichendes und Übergreifendes	399
Politik im Krieg. Politiker, Militärs und Journalisten	
in Großbritannien 1914–1918	401
Unveröffentlichte Quellen	401
Veröffentlichte Quellen	401
Literatur	402
Politik des Krieges. Militärs, Politiker und Journalisten	
in Deutschland 1914–1918	404
Unveröffentlichte Quellen	404
Veröffentlichte Quellen	405
Literatur	406
II Pressezaren in der Politik der Zwischenkriegszeit	410
Alfred Hugenberg, Kuno Graf von Westarp und	
die Deutschnationale Volkspartei	412
Unveröffentlichte Quellen	412
Veröffentlichte Quellen	412
Literatur	413

Die »Bösen Onkel«, Stanley Baldwin und die britischen Konservativen	418
Veröffentlichte Quellen	418
Literatur	419
III Die Medienlogik des »Dritten Reichs« und Goebbels'	
Sportpalastrede vom 18. Februar 1943	421
Veröffentlichte Quellen	423
Literatur	425
IV Vierte Gewalt hinter Gittern. Presse und Politik im Skandal (1962/63)	429
Vergleichendes und Übergreifendes	431
Das Schweigen im Walde. Warum der Profumo-Skandal kein Presseskandal war	432
Unveröffentlichte Quellen	432
Veröffentlichte Quellen	432
Literatur	433
Das Rauschen im Walde. Warum die <i>Spiegel</i> -Affäre ein Presseskandal war	434
Veröffentlichte Quellen	434
Literatur	436
V Fernsehpolitik. Die Dezentrierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	441
Vergleichendes und Übergreifendes	443
Ende eines Fernsehmonopols. Die BBC in der britischen Politik Anfang der 1950er Jahre	444
Unveröffentlichte Quellen	444
Veröffentlichte Quellen	444
Literatur	445
»Cuius regio, eius radio«. Die christdemokratische Politik und der Norddeutsche Rundfunk um 1980	448
Unveröffentlichte Quellen	448
Veröffentlichte Quellen	448
Literatur	450
Vergleichendes zum Schluss	455

Einleitung

- Arnold, Klaus u. a. (Hg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, Leipzig 2010.
- Baugut, Philip/Maria-Theresa Grundler, Politische (Nicht-)Öffentlichkeit in der Mediendemokratie. Eine Analyse der Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten in Berlin, Baden-Baden 2009.
- Bieler, Denise, Public Relations und Massenkommunikation. Einrichtung von Pressestellen um die Wende des 20. Jahrhundert, Baden-Baden 2010.
- Bösch, Frank, Medienumbrüche und politische Zäsuren im 20. Jahrhundert, in: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiß (Hg.), Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters, Göttingen 2017, S. 179–198.
- Ders., Mediengeschichte der Moderne. Zugänge, Befunde und deutsche Perspektiven, in: *Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder* 51 (2011), H. 1, S. 21–40.
- Ders./Norbert Frei (Hg.), Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.
- Ders./Peter Hoeres (Hg.), Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2013.
- Bonte, Achim, Werben für Weimar? Öffentlichkeitsarbeit von Großstadtverwaltungen in der Weimarer Republik, Mannheim 1997.
- Crofts, William, Coercion or Persuasion? Propaganda in Britain after 1945, London u. a. 1989.
- Daniel, Ute/Axel Schildt (Hg.), Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln u. a. 2010.
- Döring-Manteuffel, Anselm/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.
- Gibbs, Philip, Now It Can Be Told, New York, London 1920.
- Gossel, Daniel, Medien und Politik in Deutschland und den USA. Kontrolle, Konflikt und Kooperation vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert, Stuttgart 2010.
- Grant, Mariel, Towards a Central Office of Information. Continuity and Change in British Government Information Policy, 1939–51, in: *Journal of Contemporary History* 34 (1999), H. 1, S. 49–67.
- Dies., Propaganda and the Role of the State in Interwar Britain, Oxford 1994.
- Hallin, Daniel C./Paolo Mancini, Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics, Cambridge u. a. 2004.
- Dies., Drei Modelle von Medien, Journalismus und politischer Kultur in Europa: Grundlegende Überlegungen zu einer komparativen europäischen Journalismusforschung, in: Gerd G. Kopper/Paolo Mancini (Hg.), Kulturen des Journalismus und politische Systeme. Probleme internationaler

- Vergleichbarkeit des Journalismus in Europa – verbunden mit Fallstudien zu Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland, Berlin 2003, S. 11–27.
- Herbert, Ulrich, Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century, in: *Journal of Modern European History* 5 (2007), H. 1, S. 5–21.
- Kaelble, Hartmut, Historischer Vergleich, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 14. 8. 2012. DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.271.v1>.
- Krüger, Uwe, *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*, München 2016.
- Lau, Matthias, *Pressepolitik als Chance. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern der Weimarer Republik*, Stuttgart 2003.
- Maartens, Brendan, From Propaganda to »Information«. Reforming Government Communications in Britain, in: *Contemporary British History* 30 (2016), H. 4, S. 542–562.
- Moore, Martin, *The Origins of Modern Spin. Democratic Government and the Media in Britain, 1945–51*, London 2006.
- Ponsonby, Arthur, *Falsehood in Wartime. Containing an Assortment of Lies Circulated Throughout the Nations During the Great War*, London 1928.
- Raphael, Lutz, »Ordnungsmuster der Hochmoderne«? Die Theorie der Moderne und die Geschichte der europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert, in: Ute Schneider/Lutz Raphael (Hg.), *Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper*, Frankfurt am Main u. a. 2008, S. 73–91.
- Schildt, Axel, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 177–206.
- Seidler, John David, *Die Verschwörung der Massenmedien. Eine Kulturgeschichte vom Buchhändler-Komplott bis zur Lügenpresse*, Bielefeld 2016.
- Seymour-Ure, Colin, The Rise of the Downing Street Press Secretary, in: ders., *Prime Ministers and the Media. Issues of Power and Control*, Oxford u. a. 2003, S. 123–142.
- Tulloch, John, Policing the Public Sphere – The British Machinery of News Management, in: *Media, Culture & Society* 15 (1993), H. 3, S. 363–384.
- Williams, Francis, *Nothing so Strange. An Autobiography*, London 1970.

I Die Presse des 19. Jahrhunderts im Ersten Weltkrieg

Die wissenschaftliche Literatur zur Presse-, Medien- und Propagandageschichte des Ersten Weltkriegs ist mittlerweile nahezu unüberschaubar. Dennoch ist der Forschungsstand zur Geschichte der Beziehungen von politischem Journalismus und Politik insbesondere für Deutschland weiterhin unbefriedigend. Das liegt allen voran daran, dass häufig die Spezifika der Be-

ziehungen zwischen Politikern und nachrichtengebenden Zeitungen hinter der verallgemeinernden Redeweise von »Propaganda« und der Fokussierung auf Institutionen, Strategien und Maßnahmen der Presselenkung und Zensur verschwinden. Zeitungsmacher und ihre Produkte werden dann vorwiegend als Gegenstände obrigkeitlicher Lenkung und Übermittler vorformulierter obrigkeitlicher Sprachregelungen sichtbar. Nicht minder wird der Blick auf die Beziehungen zwischen Politik und Presse verstellt, wenn Zeitungsartikel und -kommentare einer »Öffentlichkeit« mit eigener Dynamik zugerechnet und dann inhalts- oder diskursanalytisch untersucht werden, wodurch die intensive Verflechtung der Zeitungen und Journalisten mit jeweils spezifischen politischen Milieus unsichtbar wird. Demgegenüber betone ich die enge Verbundenheit politischer Milieus mit den ihnen kongenialen Periodika als Hintergrund für journalistisches Verhalten während der Kriegsjahre. Journalisten betrachteten sich nicht nur als politische Akteure, sie waren es auch. Das ist im Übrigen einer der Gründe dafür, dass im deutschen Beispiel die erbitterte Auseinandersetzung über die Frage der Kriegsziele im Vordergrund steht, die im britischen keine wesentliche Rolle spielt. Politik und Gesellschaft waren in dieser Frage – die gleichzeitig die Frage danach war, ob ein Verhandlungsfrieden möglich war – in Deutschland tief gespalten, und mit ihnen die Presse; will man das damalige Verhältnis zwischen Journalismus und Politik verstehen, muss diese entscheidende politische Frage also in den Vordergrund gerückt werden. In der britischen Politik- und Medienlandschaft gab es keinen auch nur annähernd vergleichbaren Grundsatzkonflikt über die Frage, ob die Kriegsziele eine Fortsetzung des Krieges rechtfertigten. Hier entspann sich stattdessen in der zweiten Kriegshälfte eine heftige Diskussion über die Frage, wie stark sich die Politik in die Strategie der Kriegführung einmischen durfte. Auch in ihrem Zusammenhang agierten die politischen und militärischen Akteure im Verbund mit den ihnen kongenialen Zeitungen.

Eine jüngere Studie zur Presse in den Auseinandersetzungen über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in Deutschland (Marcus König, *Agitation – Zensur – Propaganda*; gleichlautend König/Neitzel, *Propaganda, Zensur und Medien*) verbindet beide Fehlzuschreibungen: Die untersuchten Zeitungen werden einer Diskursöffentlichkeit mit eigener Dynamik und eigenen Folgen zugerechnet, und diese diskursive Öffentlichkeit wird dann generell als »Propaganda« titulierte. Mein Ansatz geht im Gegensatz dazu davon aus, dass wie in Großbritannien auch in Deutschland die politischen Journalisten und Zeitungen noch dieselben waren wie im 19. Jahrhundert, dass sie also politischen Parteien und Milieus oder aber bestimmten Interessengruppen nahestanden und die Deutungen und Zielsetzungen dieser Parteien, Milieus und Interessengruppen teilten und ausdrückten. Der politische Journalismus war also, soweit ihn die einseitig wirksam werdende Zensur zuließ, Akteur in den zentralen

Konflikten der Kriegspolitik und -gesellschaft des Deutschen Reichs, die sich vor allem an den Fragen der Kriegsziele und des uneingeschränkten U-Boot-Krieges entzündeten, und lässt sich nur vor dem Hintergrund dieser zentralen Konflikte verstehen. Zu den Studien, die die Rolle des Journalismus als politischer Akteur im Einklang mit den kongenialen Parteien und Interessengruppen 1914–1917 stärker herausarbeiten, gehören die immer noch gewinnbringenden älteren Aufsätze von Wolfgang Mommsen (die allerdings nicht immer genügend zwischen der veröffentlichten Meinung und der Volksstimmung unterscheiden), der kleine Sammelband von Bösch/Geppert (Hg.), *Journalists as Political Actors*, sowie Jürgen Wilkes Studie zur Geschichte der Presseanweisungen.

Ein weiteres Problem des Forschungsstandes ist eine gewisse Tendenz, die starke Medienwirkungsannahme zu übernehmen, die im und nach dem Ersten Weltkrieg aufkam (den zeitgenössischen Glauben an die Wirkmächtigkeit von Propaganda insbesondere in Deutschland untersuchen u. a. Bussemer, *Propaganda. Konzepte und Theorien*, und Ross, *Politics and the Techniques of Leadership*). Angesichts der damaligen Ubiquität des Rufes nach immer mehr Propaganda in allen kriegführenden Ländern und der Einrichtung von immer mehr Institutionen der Medienlenkung und -kontrolle wird die Frage danach, wie gelenkt, propagandistisch beeinflusst und zensiert welche Medien denn nun tatsächlich waren und wer die Adressaten all dieser Lenkungsabsichten und -einrichtungen waren, oft gar nicht mehr gestellt (siehe u. a. Creutz, *Die Pressepolitik der kaiserlichen Regierung*; Bremm, *Propaganda im Ersten Weltkrieg*, und Welch, *Germany, Propaganda and Total War*, zu Deutschland und Sanders/Taylor, *Britische Propaganda im Ersten Weltkrieg* zu Großbritannien). Detailstudien zu einzelnen Zeitungen, die praxisnähere Erkenntnisse liefern können, liegen für die Kriegsjahre kaum vor (eine der seltenen Ausnahmen: Böning/Nagel, *Erster Weltkrieg und Bremer Presse*).

Unter den neueren Gesamtdarstellungen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs sticht besonders Jörn Leonhards *Büchse der Pandora* durch eine nicht mehr auf Institutionen und Lenkungsabsichten fixierte Darstellung der Medien hervor. Mit der jüngst erschienenen Arbeit von Christian Götter zur *Macht der Wirkungsannahmen* ist für die Medienarbeit des britischen und deutschen Militärs erstmals ein gegenläufiger Ansatz Grundlage einer quellenintensiven Studie geworden, der die Propagandaaffinität des deutschen wie britischen Militärs 1914–1918 als Ausfluss der Suche nach Handlungsmächtigkeit in militärisch festgefahrenen Situationen deutet. Hier wird die Wirkmächtigkeit propagandistischer Tuns ausdrücklich nicht unterstellt beziehungsweise anders als bislang mehr in der autosuggestiven Wirkung auf die Propagandisten selbst gesehen.

Götters Arbeit ist Teil einer Tendenz der neueren Weltkriegs- und Medienforschung zu vergleichendem Vorgehen. Einschlägige Publikationen werden

unter der anschließenden Rubrik »Vergleichendes und Übergreifendes« genannt, zusammen mit Arbeiten zur Geschichte des Journalismus und der Presse vor 1914 – eine Geschichte, die, so meine These, die Strukturen und Praktiken auch noch für die Pressegeschichte des Ersten Weltkriegs verdeutlicht. Länderbezogene Titel finden sich in den Literaturlisten zum deutschen und zum britischen Kapitel, ebenso wie die für die vorliegende Darstellung wichtigste Literatur zur Politikgeschichte beider Länder. Als besonders wichtige und ergiebige Grundlagen des Kapitels zur deutschen Geschichte seien abschließend noch die von Wilhelm Deist bearbeitete Quellenedition *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918* und die Tagebücher des Chefredakteurs des *Berliner Tageblatts* Theodor Wolff, herausgegeben von Bernd Sösemann, genannt.

Vergleichendes und Übergreifendes

- Altenhöner, Florian, Kommunikation und Kontrolle. Gerüchte und städtische Öffentlichkeiten in Berlin und London 1914/1918, München 2008.
- Becker, Jean-Jacques/Stéphane Audoin-Rouzeau (Hg.), *Les Sociétés européennes et la guerre de 1914–1918*, Paris 1990.
- Bösch, Frank, Katalysator der Demokratisierung? Presse, Politik und Gesellschaft vor 1914, in: ders./Norbert Frei (Hg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 25–47.
- Ders./Dominik Geppert (Hg.), *Journalists as Political Actors. Transfers and Interactions between Britain and Germany Since the Late 19th Century*, Augsburg 2008.
- Chalaby, Jean K., Journalism as an Anglo-American Invention. A Comparison of the Development of French and Anglo-American Journalism 1830–1920, in: *European Journal of Communication* 11 (1996), H. 3, S. 303–326.
- Demm, Eberhard, Art. »Censorship« (Version 2.0), in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, hrsg. von Ute Daniel/Peter Gatrell/Oliver Janz/Heather Jones/Jennifer Keene/Alan Kramer/Bill Nasson, veröffentlicht durch Freie Universität Berlin, Berlin 2017-03-29. DOI: 10.15463/ie1418.10725/2.0.
- Geppert, Dominik, »The Foul-Visaged Anti-Christ of Journalism«? The Popular Press between Warmongering and International Cooperation, in: ders./Robert Gerwarth (Hg.), *Wilhelmine Germany and Edwardian Britain. Essays on Cultural Affinity*, Oxford u. a. 2008, S. 369–389.
- Ders., The Public Challenge to Diplomacy. German and British Ways of Dealing with the Press, 1890–1914, in: Markus Mößlang/Torsten Riotte (Hg.), *The Diplomats' World. The Cultural History of Diplomacy, 1815–1914*, Oxford 2008, S. 133–164.
- Ders., *Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912)*, München 2007.

- Götter, Christian, Die Macht der Wirkungsannahmen. Medienarbeit des britischen und deutschen Militärs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2016.
- Horne, John, Remobilizing for »Total War«. France and Britain, 1917–1918, in: ders. (Hg.), State, Society and Mobilization in Europe During the First World War, Cambridge 1997, S. 195–211.
- Keisinger, Florian, Art. »Press/Journalism«, in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, hrsg. von Ute Daniel/Peter Gatrell/Oliver Janz/Heather Jones/Jennifer Keene/Alan Kramer/Bill Nasson, veröffentlicht durch Freie Universität Berlin, Berlin 2017-03-29. DOI: 10.15463/ie1418.10725/2.0.
- Kohlrausch, Martin, Die Politik der Medien. Der Aufstieg der Massenmedien und das politische System in Deutschland und Großbritannien um 1900, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hg.), Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln u. a. 2010, S. 305–330.
- Koss, Stephen, The Rise and Fall of the Political Press in Britain, Bd. 1: The Nineteenth Century, London 1981.
- Leonhard, Jörn, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014.
- Marquis, Alice Goldfarb, Words as Weapons. Propaganda in Britain and Germany During the First World War, in: *Journal of Contemporary History* 13 (1978), S. 467–498.
- Mommsen, Wolfgang, Lenkung und Selbstzensur der deutschen Presse im Kaiserreich, in: Michal Anděl u. a. (Hg.), Propaganda, (Selbst-)Zensur, Sensation. Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1871, Düsseldorf 2005, S. 15–31.
- Requate, Jörg, Politischer Massenmarkt und nationale Öffentlichkeiten – Die Entstehung einer »Vierten Gewalt«? Deutschland, England und Frankreich im Vergleich, in: Martin Kirsch u. a. (Hg.), Der Verfassungsstaat vor der Herausforderung der Massengesellschaft. Konstitutionalismus um 1900 im europäischen Vergleich, Berlin 2002, S. 145–168.
- Ders., Medienmacht und Politik. Die politischen Ambitionen großer Zeitungsunternehmer – Hearst, Northcliffe, Beaverbrook und Hugenberg im Vergleich, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 79–95.
- Ders., Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995.
- Schmidt-Gernig, Alexander, Die Presse als »vierte Gewalt«? Politischer Skandal und die Macht der Öffentlichkeit um 1900 in Deutschland, Frankreich und den USA, in: Martin Kirsch u. a. (Hg.), Der Verfassungsstaat vor der Herausforderung der Massengesellschaft. Konstitutionalismus um 1900 im europäischen Vergleich, Berlin 2002, S. 169–193.

Zimmermann, Clemens (Hg.), *Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert*, Ostfildern 2006.

Politik im Krieg. Politiker, Militärs und Journalisten in Großbritannien 1914–1918

Unveröffentlichte Quellen

Parliamentary Archives, London: Lloyd George Papers (LG), Robert Donald Papers (DON), Beaverbrook Papers (BBK).

Rylands Library, Universität Manchester: Tagebuch von C. P. Scott.

Veröffentlichte Quellen

Addison, Christopher, *Four and a Half Years*, Bd. 2, London 1934.

Ders., *Politics from Within 1911–1918, Including Some Records of a Great National Effort*, 2 Bde., London 1924.

Barnes, John/David Nicholson (Hg.), *The Leo Amery Diaries*, Bd. 1: 1896–1929, London u. a. 1980.

Cook, Edward, *The Press in War-Time. With Some Account of the Official Press Bureau. An Essay*, London 1920.

The Daily Chronicle 1916–1918.

Hansard 1803–2005. *Parliamentary Debates*, London, UK, <http://hansard.millbanksystems.com> [16. 6. 2017].

Jones, Kennedy, *Fleet Street & Downing Street*, London o. J. [1919].

Jones, Thomas, *Whitehall Diary*, hrsg. von Keith Middlemas, Bd. I. 1916–1925, London u. a. 1969.

Lytton, Neville, *The Press and the General Staff*, Glasgow u. a. 1920.

Maurice, Nancy, *The Maurice Case. From the Papers of Sir Frederick Maurice*, London 1972.

McEwen, John M. (Hg.), *The Riddell Diaries 1908–1923*, London/Atlantic Highlands, NJ 1986.

Sheffield, Gary/John Bourne (Hg.), *Douglas Haig. War Diaries and Letters 1914–1918*, London 2005.

Spender, J[ohn] A[lfred], *Life, Journalism and Politics*, 2 Bde., New York o. J. [1927].

Taylor, A. J. P. (Hg.), *Lloyd George. A Diary by Frances Stevenson*, London 1971.

Williamson, Philip (Hg.), *The Modernisation of Conservative Politics. The Diaries and Letters of William Bridgeman 1904–1935*, London 1988.

Wilson, Trevor (Hg.), *The Political Diaries of C. P. Scott 1911–1928*, London 1970.

Literatur

- Badsey, Stephen, Haig and the Press, in: Bond/Cave (Hg.), Haig, S. 176–195.
 Ders./Philip Taylor, Images of Battle. The Press, Propaganda and Passchendaele, in: Peter H. Liddle (Hg.), Passchendaele in Perspective. The Third Battle of Ypres, London 1997, S. 371–389.
- Bond, Brian/Nigel Cave (Hg.), Haig. A Reappraisal 70 Years On, Barnsley 1999.
- Bourne, Richard, Lords of Fleet Street. The Harmsworth Dynasty, London u. a. 1990.
- Cassar, George H., Lloyd George at War 1916–1918, London u. a. 2009.
- Ders., Asquith as War Leader, London u. a. 1994.
- Catterall, Peter u. a. (Hg.), Northcliffe's Legacy. Aspects of the British Popular Press, 1896–1996, New York u. a. 2000.
- Chalaby, Jean K., No Ordinary Press Owners. Press Barons as a Weberian Ideal Type, in: *Media, Culture & Society* 19 (1997), H. 4, S. 621–641.
- Fry, Michael Graham, And Fortune Fled. David Lloyd George, the First Democratic Statesman, 1916–1922, New York u. a. 2011.
- Gebele, Hubert, Großbritannien und der Große Krieg. Die Auseinandersetzung über Kriegs- und Friedensziele vom Kriegsausbruch 1914 bis zu den Friedensschlüssen von 1919/1920, Regensburg 2009 [erstmalig erschienen u. d. T.: Die Probleme von Krieg und Frieden in Großbritannien während des Ersten Weltkriegs. Regierung, Parteien und Öffentliche Meinung in der Auseinandersetzung über Kriegs- und Friedensziele, Frankfurt am Main u. a. 1987].
- Gooch, John, The Maurice Debate 1918, in: *Journal of Contemporary History* 3 (1968), H. 4, S. 211–228.
- Götter, Christian, Die Macht der Wirkungsannahmen. Medienarbeit des britischen und deutschen Militärs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2016.
- Grigg, John, Lloyd George. War Leader, 1916–1918, London u. a. 2002.
- Ders., Lloyd George. From Peace to War, 1912–1916, London 1985.
- Hattersley, Roy, David Lloyd George. The Great Outsider, London 2010.
- Hiley, Nicholas, Making War. The British News Media and Government Control 1914–1916, Diss. Open University, Milton Keynes 1984.
- Hopkin, Deian, Domestic Censorship in the First World War, in: *Journal of Contemporary History* 5 (1970), S. 151–169.
- Horne, John, Remobilizing for »Total War«. France and Britain, 1917–1918, in: ders. (Hg.), State, Society and Mobilization in Europe During the First World War, Cambridge u. a. 1997, S. 195–211.
- Lehnert, Detlef, Die geschichtlichen Schattenbilder von Tannenberg. Vom Hindenburg-Mythos im Ersten Weltkrieg zum ersatzmonarchischen Identifikationssymbol in der Weimarer Republik, in: Kurt Imhof/Peter Schulz (Hg.), Medien und Krieg – Krieg in den Medien, Zürich 1995, S. 37–73.

- Lovelace, Colin John, *Control and Censorship of the Press during the First World War*, Diss. London University 1982.
- Ders., *British Press Censorship during the First World War*, in: George Boyce u.a. (Hg.), *Newspaper History. From the 17th Century to the Present Day*, London/Beverly Hills 1978, S. 307–319.
- McEwen, John, »Brass-Hats« and the British Press during the First World War, in: *Canadian Journal of History* 18 (1983), H. 1, S. 43–67.
- Ders., *The National Press during the First World War. Ownership and Circulation*, in: *Journal of Contemporary History* 17 (1982), H. 3, S. 459–486.
- Ders., *Lloyd George's Acquisition of the Daily Chronicle in 1918*, in: *Journal of British Studies* 22 (1982), H. 1, S. 127–144.
- Ders., *Northcliffe and Lloyd George at War, 1914–1918*, in: *The Historical Journal* 24 (1981), H. 3, S. 651–672.
- Ders., *The Press and the Fall of Asquith*, in: *The Historical Journal* 21 (1978), H. 4, S. 863–883.
- Messinger, Gary S., *British Propaganda and the State in the First World War*, Manchester/New York 1992.
- Millman, Brock, *Pessimism and British War Policy 1916–1918*, London/Portland, OR 2001.
- Ders., *Managing Domestic Dissent in First World War Britain*, London 2000.
- Monger, David, Art. »Press/Journalism (Great Britain and Ireland)«, in: 1914–1918-online. *International Encyclopedia of the First World War*, hrsg. von Ute Daniel/Peter Gatrell/Oliver Janz/Heather Jones/Jennifer Keene/Alan Kramer/Bill Nasson, veröffentlicht durch Freie Universität Berlin, Berlin 2017-03-29. DOI: 10.15463/ie1418.10725/2.0.
- Ders., *Transcending the Nation. Domestic Propaganda and Supranational Patriotism in Britain, 1917–18*, in: Troy R. E. Paddock (Hg.), *World War I and Propaganda*, Leiden 2014, S. 21–41.
- Ders., *Patriotism and Propaganda in First World War Britain. The National War Aims Committee and Civilian Morale*, Liverpool 2012.
- Morris, A. J. Anthony, *Reporting the First World War. Charles Repington, The Times and the Great War, 1914–1918*, Cambridge 2015.
- Neilson, Keith, *The Foundations of British War Aims in the First World War*, in: Andreas Gestrich/Hartmut Pogge von Strandmann (Hg.), *Bid for World Power? New Research on the Outbreak of the First World War*, Oxford/New York 2017, S. 313–334.
- Pugh, Martin, *Lloyd George*, London/New York 1988.
- Robbins, Keith, *The Welsh Wizard Who Won the War. David Lloyd George as War Leader*, in: Brendan Simms/Karina Urbach (Hg.), *Die Rückkehr der »Großen Männer«. Staatsmänner im Krieg. Ein deutsch-britischer Vergleich*, Berlin u.a. 2010, S. 97–107.
- Sanders, M. L./Philip M. Taylor, *Britische Propaganda im Ersten Weltkrieg 1914–1918*, Berlin 1990.

- Schramm, Martin, *British Journalism in the Great War*, in: Frank Bösch/Dominik Geppert (Hg.), *Journalists as Political Actors. Transfers and Interactions between Britain and Germany Since the Late 19th Century*, Augsburg 2008, S. 56–73.
- Searle, G[eoffrey] R., *Corruption in British Politics 1895–1930*, Oxford 1987.
- Seymour-Ure, Colin, *Harlots Revisited. Media Barons, Politics and Prime Ministers*, in: ders., *Prime Ministers and the Media. Issues of Power and Control*, Oxford u. a. 2003, S. 97–122.
- Squires, J., *British Propaganda at Home and in the United States 1914–1917*, Cambridge, MA 1986.
- Suttie, Andrew, *Rewriting the First World War. Lloyd George, Politics and Strategy 1914–1918*, Houndmills, Basingstoke/New York 2005.
- Taylor, Henry Archibald, Robert Donald. *Being the Authorized Biography of Sir Robert Donald, G.B.E., LL.D., Journalist, Editor and Friend of Statesmen, mit einem Vorwort von J. Ramsay MacDonald*, London o.J. [1934].
- Taylor, Sally J., *The Great Outsiders. Northcliffe, Rothermere and the Daily Mail*, London 1996.
- Thompson, J. Lee, *Fleet Street Colossus. The Rise and Fall of Northcliffe, 1896–1922*, in: *Parliamentary History* 25 (2006), H. 1, S. 115–138.
- Ders., *Northcliffe. Press Baron in Politics, 1865–1922*, London 2000.
- Ders., *Politicians, the Press, and Propaganda. Lord Northcliffe and the Great War, 1914–1919*, Kent, Ohio/London 1990.
- Turner, John, *British Politics and the Great War. Coalition and Conflict 1915–1918*, New Haven, CT, u. a. 1992.
- Walker, John, *The Queen Has Been Pleased. The British Honours System at Work*, London 1986.
- Wilkinson, Nicholas, *Secrecy and the Media. The Official History of the United Kingdom's D-Notice System*, London u. a. 2009.
- Wilson, Trevor, *The Downfall of the Liberal Party 1914–1935*, London 1966.
- Ders./Robin Prior, Art. »Maurice, Sir Frederick Barton (1871–1951)«, in: *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford University Press, 2004, Onlineausgabe Jan. 2011. Doi:10.1093/ref:odnb/34948.
- Wittek, Thomas, *Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg*, München 2005.
- Woodward, David R., *Lloyd George and the Generals*, Newark u. a. 1983.

Politik des Krieges. Militärs, Politiker und Journalisten in Deutschland 1914 – 1918

Unveröffentlichte Quellen

Institut für Zeitgeschichte, München: Walter Schwerdtfeger, *Zuchthausjahre 1935–1945* (Manuskript 361).

Institut für Zeitungsforschung, Dortmund: Erhard Deutelmoser, Politisches Tagebuch (F 13373).

Veröffentlichte Quellen

Berliner Tageblatt 1914–1918.

Bethmann Hollweg, Theobald von, Betrachtungen zum Weltkriege, Teil 2: Während des Krieges, Berlin 1921.

Bihl, Wolfdieter (Hg.), Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges, Darmstadt 1991.

Bredt, Johannes Viktor, Erinnerungen und Dokumente 1914 bis 1933, bearb. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1970.

Czernin, Ottokar, Im Weltkriege, Berlin/Wien 1919.

Deist, Wilhelm (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, 2 Teile, Düsseldorf 1970.

Dittmann, Wilhelm, Erinnerungen, Bd. 2 und 3, bearb. von Jürgen Rojahn, Frankfurt am Main/New York 1995.

Görlitz, Walter (Hg.), Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914–1918, Göttingen u. a. 1959.

Hanssen, Hans Peter, *Diary of a Dying Empire*, hrsg. von Ralph H. Lutz u. a., Bloomington 1955 [= gekürzte Übersetzung der dänischen Originalausgabe 1924].

Kessler, Harry Graf, Das Tagebuch, Bd. 5: 1914–1916, hrsg. von Günter Riederer und Ulrich Ott, Stuttgart 2008.

Ders., Das Tagebuch, Bd. 6: 1916–1918, hrsg. von Günter Riederer, Stuttgart 2006.

The London Censorship 1914–1919, London 1919.

Materna, Ingo/Hans-Joachim Schreckenbach (Bearb.), Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918 (Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4), Weimar 1987.

Meinecke, Friedrich, Politische Schriften und Reden, hrsg. von Georg Kotowski, Darmstadt 1958.

Ders., Straßburg/Freiburg/Berlin 1901–1919. Erinnerungen, Stuttgart 1949.

Miller, Susanne (Bearb.), Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, Düsseldorf 1966.

Mühsam, Kurt, Wie wir belogen wurden. Die amtliche Irreführung des deutschen Volkes, München 1918.

Nicolai, Walter, Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg, Berlin 1920.

Payer, Friedrich, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt am Main 1923.

- Reichstagsprotokolle 1914–1918, <http://www.reichstagsprotokolle.de/> [16. 6. 2017].
- Riezler, Kurt, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972.
- Schiffers, Reinhard/Manfred Koch (Bearb.), Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags 1915–1918, Bd. 3, Düsseldorf 1981.
- Seldes, Georges, *You Can't Print That! The Truth Behind the News 1918–1928*, New York 1929.
- Tönnies, Ferdinand, *Kritik der öffentlichen Meinung* (Gesamtausgabe, Bd. 14: 1922), hrsg. von Alexander Drechsel u. a., Berlin/ New York 2002.
- Toepser-Ziegert, Gabriele, *NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation*, Bd. 3/I: 1935, München u. a. 1987.
- Westarp, [Kuno] Graf, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Bd. 2: Von 1914 bis 1918, Berlin 1935.
- Wolff, Theodor, *Die Wilhelminische Epoche. Fürst Bülow am Fenster und andere Begegnungen*, hrsg. von Bernd Söseman, Frankfurt am Main 1989 [= erw. Neudruck von ders., *Der Marsch durch zwei Jahrzehnte*, Amsterdam 1936].
- Ders., *Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am Berliner Tageblatt und Mitbegründers der Deutschen Demokratischen Partei*, hrsg. von Bernd Söseman, 2 Teile, Boppard 1984.

Literatur

- Afflerbach, Holger, *Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich*, München 1996.
- Altenhöner, Florian, Art. »Press/Journalism (Germany)«, in: *1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War*, hrsg. von Ute Daniel/Peter Gatrell/Oliver Janz/Heather Jones/Jennifer Keene/Alan Kramer/Bill Nasson, veröffentlicht durch Freie Universität Berlin, Berlin 2017-03-29. DOI: 10.15463/ie1418.10725/2.0.
- Althaus, Marco, *Die Berliner Pressekonferenz 1918–1933. Regierungskommunikation und Hauptstadtjournalismus im »Nebenparlament« der Weimarer Republik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2015), H. 3, S. 494–530.
- Barth, Boris, *Dolchstoßlegende und Novemberrevolution*, in: Alexander Galus (Hg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010, S. 117–139.
- Ders., *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933*, Düsseldorf 2003.
- Böning, Holger/Michael Nagel, *Erster Weltkrieg und Bremer Presse. Impressionen und Schlaglichter auf das Kriegserlebnis in der Hansestadt. Mit einer Bibliographie zur Bremer Presse 1914–1918 und einem Beitrag von Simon Sax zum Bremer Feldrabbiner Dr. Leopold Rosenak*, Bremen 2014.

- Bonte, Achim, Werben für Weimar? Öffentlichkeitsarbeit von Großstadtverwaltungen in der Weimarer Republik, Mannheim 1997.
- Bremm, Klaus-Jürgen, Propaganda im Ersten Weltkrieg, Darmstadt 2013.
- Bussemer, Thymian, Propaganda. Konzepte und Theorien, Wiesbaden 2005.
- Chickering, Roger, Strategy, Politics, and the Quest for a Negotiated Peace. The German Case, 1914–1918, in: Holger Afflerbach (Hg.), The Purpose of the First World War. War Aims and Military Strategies, Berlin/Boston 2015, S. 97–115.
- Ders., Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914–1918, Paderborn u. a. 2009.
- Ders., We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League 1886–1914, Boston u. a. 1984.
- Cornelißen, Christoph, Militärzensur der Presse im Deutschen Kaiserreich während des Ersten Weltkriegs, in: Michal Anděl u. a. (Hg.), Propaganda, (Selbst-)Zensur, Sensation. Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1871, Düsseldorf 2005, S. 33–50.
- Creutz, Martin, Die Pressepolitik der kaiserlichen Regierung während des Ersten Weltkriegs. Die Exekutive, die Journalisten und der Teufelskreis der Berichterstattung, Frankfurt am Main u. a. 1996.
- Daniel, Ute, Die Geburt der Medientheorie aus dem Geist der Propaganda. Entstehungskontexte der Medienforschung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Jürgen Reulecke/Volker Roelcke (Hg.), Wissenschaften im 20. Jahrhundert. Universitäten in der modernen Wissenschaftsgesellschaft, Stuttgart 2008, S. 55–77.
- Dies., Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft 1914–1918. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1989.
- Dies./Axel Schildt (Hg.), Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln u. a. 2010.
- Dowe, Christopher, Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, Stuttgart 2011.
- Eisermann, Thilo, Pressephotographie und Informationskontrolle im Ersten Weltkrieg in Deutschland und Frankreich im Vergleich, Hamburg 2000.
- Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin u. a. 1962.
- Fechner, Rolf u. a. (Hg.), Öffentliche Meinung zwischen neuer Wissenschaft und neuer Religion. Ferdinand Tonnies' »Kritik der öffentlichen Meinung« in der internationalen Diskussion, München/Wien 2005.
- Fischer, Doris, Die Münchner Zensurstelle während des Ersten Weltkriegs. Alfons Falkner von Sonnenburg als Pressereferent im Bayerischen Kriegsministerium in den Jahren 1914–1918/19, München 1974.
- Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Kronberg/Ts. 1977.

- Fischer, Heinz-Dietrich, *Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480–1980*, Düsseldorf 1981.
- Flemming, Jens u. a. (Hg.), *Lebenswelten im Ausnahmezustand. Die Deutschen, der Alltag und der Krieg 1914–1918*, Frankfurt am Main u. a. 2011.
- Götter, Christian, *Die Macht der Wirkungsannahmen. Medienarbeit des britischen und deutschen Militärs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Berlin/Boston 2016.
- Goltz, Anna von der, *Die Macht des Hindenburg-Mythos. Politik, Propaganda und Popularität im Ersten Weltkrieg*, in: Vittoria Borsò u. a. (Hg.), *Die Macht des Populären. Politik und populäre Kultur im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010, S. 31–56.
- Dies., *Hindenburg. Power, Myth, and the Rise of the Nazis*, Oxford/New York 2009.
- Grant, Mariel, *Propaganda and the Role of the State in Interwar Britain*, Oxford 1994.
- Groth, Otto, *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik)*, Bd. 2, Mannheim u. a. 1929.
- Guratzsch, Dankwart, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums*, Düsseldorf 1974.
- Hagenlücke, Heinz, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches*, Düsseldorf 1997.
- Herwig, Holger H., *Total Rhetoric, Limited War. Germany's U-Boat-Campaign, 1917–1918*, in: Roger Chickering/Stig Förster (Hg.), *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, Cambridge u. a. 2000, S. 189–206.
- Hoegen, Jesko von, *Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos*, Köln u. a. 2007.
- Hofmeister, Björn, *Weltanschauung, Mobilisierungsstrukturen und Krisenerfahrungen. Antisemitische Radikalisierung des Alldeutschen Verbandes als Prozess 1912–1920*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 24 (2015), S. 119–153.
- Ders., *Between Monarchy and Dictatorship. Radical Nationalism and Social Mobilization of the Pan-German League, 1914–1939*, Diss. Georgetown University 2012.
- Hoser, Paul, *Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung*, 2 Teile, Frankfurt am Main 1990.
- Jarausch, Konrad H., *The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hubris of Imperial Germany*, New Haven/London 1973.
- Kitchen, Martin, *The Silent Dictatorship. The Politics of the German High Command under Hindenburg and Ludendorff, 1916–1918*, London 1976.
- Köhler, Wolfram, *Der Chefredakteur Theodor Wolff. Ein Leben in Europa 1868–1943*, Düsseldorf 1978.

- König, Marcus, *Agitation – Zensur – Propaganda. Der U-Boot-Krieg und die deutsche Öffentlichkeit im Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 2014.
- Ders./Sönke Neitzel, *Propaganda, Zensur und Medien im Ersten Weltkrieg am Beispiel des U-Boot-Kriegs*, in: Frank Bösch/Peter Hoeres (Hg.), *Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Göttingen 2013, S. 125–145.
- Kohlrausch, Martin, *Die Politik der Medien. Der Aufstieg der Massenmedien und das politische System in Deutschland und Großbritannien um 1900*, in: Daniel/Schildt (Hg.), *Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts*, S. 305–330.
- Koszyk, Kurt, *Erhard Deutelmoser – Offizier und Pressechef (1873–1956)*, in: *Publizistik* 30 (1985), S. 509–534.
- Ders., *Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1968.
- Lange, Karl, *Marneschlacht und deutsche Öffentlichkeit 1914–1939. Eine verdrängte Niederlage und ihre Folgen*, Düsseldorf 1974.
- Lau, Matthias, *Pressepolitik als Chance. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern der Weimarer Republik*, Stuttgart 2003.
- Leicht, Johannes, *Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen*, Paderborn u. a. 2012.
- Mommsen, Wolfgang, *Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914–1917*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 17 (1969), H. 2, S. 117–159.
- Ders., *Die deutsche öffentliche Meinung und der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollwegs im Juli 1917*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 19 (1968), S. 656–671.
- Nebelin, Manfred, *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*, München 2010.
- Pyta, Wolfram, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007.
- Ritter, Gerhard, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland*, Bd. 3: *Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914–1917)*, München 1964.
- Ross, Corey, *Mass Politics and the Techniques of Leadership. The Promise and Perils of Propaganda in Weimar Germany*, in: *German History* 24 (2006), H. 2, S. 184–211.
- Scheck, Raffael, *Der Kampf des Tirpitz-Kreises für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und einen politischen Kurswechsel im deutschen Kaiserreich 1916–1917*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 55 (1996), S. 69–91.
- Schmidt, Anne, *Belehrung – Propaganda – Vertrauensarbeit. Zum Wandel amtlicher Kommunikationspolitik in Deutschland 1914–1918*, Essen 2006.
- Sösemann, Bernd, *Theodor Wolff. Ein Leben mit der Zeitung*, München 2000.
- Ders., *Jenseits von Partei und Parlament. Walther Rathenaus »aufbauende*

- Ideenpolitik« in der Deutschen Gesellschaft 1914, in: Hans Wilderotter (Hg.), *Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922*, Berlin 1993, S. 169–178.
- Ders., Politische Kommunikation im »Reichsbelagerungszustand«. Programm, Struktur und Wirkungen des Klubs »Deutsche Gesellschaft 1914«, in: Manfred Bobrowsky/Wolfgang R. Langenbucher (Hg.), *Wege zur deutschen Kommunikationsgeschichte*, München 1987, S. 630–649.
- Soutou, Georges-Henri, Die Kriegsziele des Deutschen Reiches und der französischen Republik zwischen »deutscher Sendung« und republikanischen Werten, in: Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hg.), *Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933*, München 2011, S. 51–70.
- Stegmann, Dirk, Die deutsche Inlandspropaganda 1917/18. Zum innenpolitischen Machtkampf zwischen OHL und ziviler Reichsleitung in der Endphase des Kaiserreichs, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 12 (1972), H. 2, S. 75–116.
- Stöber, Rudolf, *Deutsche Pressegeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2. überarb. Aufl., Basel u. a. 2005.
- Verhey, Jeffrey, *Der »Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000.
- Welch, David, *Germany, Propaganda and Total War, 1914–1918. The Sins of Omission*, London 2000.
- Wilke, Jürgen, *Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR*, Köln u. a. 2007.
- Zimmer-Wagner, Birgit, *Theodor Wolff und der Erste Weltkrieg 1914–1918. Ein Journalist zwischen Anpassung und Rebellion*, Frankfurt am Main u. a. 2005.

II Pressezaren in der Politik der Zwischenkriegszeit

Es gibt bislang keinen Vergleich für diese deutsch-britische Parallelgeschichte des konfliktträchtigen Verhaltens von Pressezaren gegenüber den jeweiligen konservativen Parteiführungen ihres Landes. Doch liegt eine vergleichende Studie von Jörg Requate (*Medienmacht und Politik*) zu großen Zeitungsunternehmen in der Politik vor, die auch auf die in diesem Kapitel dargestellten Fälle eingeht, sowie Daniel Gossels Fallstudie zu Hugenberg im Vergleich mit dem amerikanischen Pressezaren William Randolph Hearst. Die einschlägige Politik- und Parteiengeschichte der 1920er und frühen 1930er Jahre ist für beide Länder gut untersucht und geht im britischen Fall auch vielfach auf die Beziehungen zwischen konservativen Politikern und Journalismus ein. Für die

Weimarer Republik liegt der ausgezeichnete Überblicksband von Bernhard Fulda zu Presse und Politik vor.

Mit einer der zentralen Thesen, die dieses Kapitel strukturieren, grenze ich mich von einem Teil der auf die deutschen Verhältnisse bezogenen Literatur ab. Diese These postuliert, dass die Spaltung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) in fundamentalistische Antirepublikaner einerseits und pragmatisch agierende Parlamentarier andererseits es nicht erlaubt, die Pragmatiker als potenzielle Republikaner anzusprechen, also als »Moderate«, die sich, vergleichbar den britischen Tories, mit den neuen Verhältnissen nach 1918, insbesondere dem verallgemeinerten Wahlrecht, nach und nach abzufinden geneigt gewesen seien, hätte nicht Hugenberg 1928 die Partei gewissermaßen gekapert. Diese Ansicht vertreten explizit Thomas Mergel (in seinem Aufsatz *Über das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus* und seiner Monographie zum Weimarer Parlamentarismus; siehe zur Kritik an Mergel Kittel, »Steigbügelhalter« *Hitlers oder »stille Republikaner«?*, dem ich mich in Teilen anschließe) und impliziter Jones/Pyta (Hg.), »*Ich bin der letzte Preuße*«. Für mich zeigt sich demgegenüber an Kuno Graf Westarp, der als Fraktionsvorsitzender der DNVP im Reichstag die »pragmatischen« DNVP-Abgeordneten anführte, dass mit diesem Pragmatismus keineswegs eine moderatere Einstellung gegenüber der Weimarer Republik verbunden war. Westarp trug zwar der Tatsache Rechnung, dass seine Partei ihre Anhänger nicht dauerhaft durch erst in einer unbestimmten Zukunft realisierbare fundamentaloppositionelle Ziele an sich binden konnte, und war sich auch der Notwendigkeit bewusst, die finanziellen Unterstützer der DNVP aus Kreisen der Industrie durch eine Vertretung ihrer Interessen im Reichstag zufrieden zu stellen. Doch änderte dies nichts an seiner prinzipiellen Gegnerschaft zum Parlamentarismus, die er mit Hugenberg teilte und die es ihm nicht ermöglichte, den Kampf gegen den Pressezaun um die Parteiführerschaft aufzunehmen, so wie der konservative Parteiführer Baldwin es um 1930 in Großbritannien tat. Westarp hatte keine Botschaft an seine Partei, die sich inhaltlich von derjenigen Hugenbergs unterschied. Mergels Ansatz, dem ich in vielem zustimme, kann diese Weigerung Westarps, den Kampf überhaupt offen aufzunehmen, nicht erklären, denn es widerspricht seiner Annahme eines soliden Grundgerüsts pragmatischer »Tory«-Politik in der DNVP. Dasselbe gilt für den von Larry Eugene Jones und Wolfram Pyta herausgegebenen Sammelband zu Westarp (»*Ich bin der letzte Preuße*«), der in der Gesamttendenz diese Führungsfigur der DNVP zu einem potenziell republiktauglichen Übergangskonservativen weichzeichnet. Demgegenüber zeigt Daniela Gasteiger in ihrer umsichtigen Biografie Westarps, dass dieser Konservative seine prinzipielle Gegnerschaft gegen die Republik zu keinem Zeitpunkt relativierte. In diesem Sinn argumentiert auch Maik Ohnezeit in seiner Arbeit zur DNVP. Was die entscheidende Frage betrifft, wie es 1928 zu Westarps kampflosem Verzicht auf die DNVP-Parteiführung kam, lau-

tet Gasteigers durchaus plausible Antwort, dass die mangelnde Unterstützung konservativer Parteikreise Westarp entmutigt habe. Meine Antwort steht nicht im Widerspruch dazu, liegt aber, angeregt durch den vergleichenden Blick nach Großbritannien, auf einer anderen Ebene.

Unter weitgehender Missachtung des Forschungsstandes wie der Quellenlage argumentiert Philipp Nielsen in seinem Aufsatz *Verantwortung und Kompromiss*, dessen völlig kontextfreie Version einer Diskursanalyse ihn zu der Einschätzung verleitet, dass »die DNVP-Spitze« Mitte der 1920er Jahre versucht habe, »die eigenen Mitglieder zur Akzeptanz der Republik zu bewegen« (S. 303). Die jüngst erschienene Publikation *Conservative Parties and the Birth of Democracy* des amerikanischen Politologen Daniel Ziblatt zeichnet ein ähnliches Bild einer »moderaten« DNVP (S. 299f. und passim). Deren insgesamt demokratiefähige Führungsschicht (S. 316 und passim) sei von einer durch äußere Einflüsse, nicht zuletzt Hugenbergs Medienkampagnen, radikalisierten Parteibasis hinweggefegt worden. Belege für diese entscheidende Einflussnahme der Medien auf die regionalen Parteiorganisationen im Vorfeld von Hugenbergs Wahl zum Parteivorsitzenden werden ebenso wenig genannt wie solche für die sich demokratisierenden Einstellungen des DNVP-Spitzenpersonals. Der Autor braucht für seine Art der Argumentation auch keine Quellenbelege, geht er doch von dem für die Elite der heutigen amerikanischen Republikanischen Partei vermutlich tröstlichen Axiom aus, dass die Gefahr extremer Positionen in »moderaten« konservativen Parteien grundsätzlich von der Basis droht (S. 300 und passim).

Für das Kapitel zu Großbritannien sollen hier aus der ausgezeichneten Quellen- und Literaturlage besonders drei für meine Fragestellungen wichtige Titel hervorgehoben werden, von denen ich sehr profitiert habe: Stuart Balls *Baldwin and the Conservative Party*, eine detaillierte Darstellung der Führungskrise der Konservativen Partei um 1930; Bernhard Dietz' Studie *Neo-Tories* über die konservativen Rechtsaußen der 1920er und 1930er Jahre und Philip Williamsons Baldwin-Biografie.

Alfred Hugenberg, Kuno Graf von Westarp und die Deutschnationale Volkspartei

Unveröffentlichte Quellen

Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln: Bestand Gutehoffnungshütte Aktienverein, Oberhausen, 130-40010124/2.

Veröffentlichte Quellen

Bernhard, Georg, *Die deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik*, Prag 1933.

Bernhard, Ludwig, *Der »Hugenberg-Konzern«. Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse*, Berlin 1928.

- Bredt, Johannes Viktor, *Erinnerungen und Dokumente 1914 bis 1933*, bearb. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1970.
- Feder, Ernst, *Heute sprach ich mit... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932*, hrsg. von Cécile Loewenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971.
- Freytagh-Loringhoven, [Axel] Frhr. von, *Deutschnationale Volkspartei*, Berlin 1931.
- Holl, Karl/Adolf Wild (Hg.), *Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmuth von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York 1922–1930*, Bremen 1973.
- Kessler, Harry Graf, *Das Tagebuch 1880–1937*, Bd. 8: 1923–1926, hrsg. von Angela Reinthal u. a., Stuttgart 2009.
- Schiffer, Eugen, *Ein Leben für den Liberalismus*, Berlin 1951.
- Schmidt-Hannover, Otto, *Umdenken oder Anarchie. Männer – Schicksale – Lehren*, Göttingen 1959.
- Stein, A[dolf], *Hugenberg und die Anderen*, Berlin 1927.
- Weiss, Hermann/Paul Hoser (Hg.), *Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933*, München 1989.
- Die Weltbühne* 1919–1928.
- Westarp, Kuno von, *Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, bearb. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Düsseldorf 2001.
- Ders., *Am Grabe der Parteiherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918–1932*, Berlin 1932.

Literatur

- Adams, Karl-Heinz, *Parteienfinanzierung in Deutschland*, Marburg 2005.
- Beck, Hermann, *The Fateful Alliance. German Conservatives and Nazis in 1933. The »Machtergreifung« in a New Light*, New York/Oxford 2008.
- Chamberlin, Brewster S., *The Enemy on the Right. The Alldeutsche Verband in the Weimar Republic, 1918–1926*, Diss. University of Maryland 1972.
- Chanady, Attila, *The Disintegration of the German National People's Party 1924–1930*, in: *Journal of Modern History* 39 (1967), S. 65–91.
- Chickering, Roger, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League 1886–1914*, Boston u. a. 1984.
- Daniel, Ute u. a. (Hg.), *Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren*, München 2010.
- Dederke, Karlheinz, *Reich und Republik. Deutschland 1917–1933*, Stuttgart 1973.
- Diehl, James M., *Von der »Vaterlandspartei« zur »Nationalen Revolution«*.

- Die »Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD)« 1922–1932, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33 (1985), H. 4, S. 617–639.
- Dietrich, Valeska, Alfred Hugenberg. Ein Manager in der Publizistik, Diss. FU Berlin 1960.
- Dörr, Manfred, Die Deutschnationale Volkspartei 1925–1928, Diss. Marburg 1964.
- Feldman, Gerald D., Right-Wing Politics and the Film Industry. Emil Georg Strauß, Alfred Hugenberg, and the UFA, 1917–1933, in: Jansen u. a. (Hg.), *Von der Aufgabe der Freiheit*, S. 219–230.
- Flemming, Jens, Konservatismus als »nationalrevolutionäre Bewegung«. Konservative Kritik an der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1933, in: Dirk Stegmann u. a. (Hg.), *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum*, Bonn 1983, S. 295–331.
- Frech, Stefan, Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist (1863–1949), Paderborn 2009.
- Führer, Karl-Christian, Politische Kultur und Journalismus. Tageszeitungen als politische Akteure in der Krise der Weimarer Republik 1929–1933, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 10 (2008), S. 26–51.
- Fulda, Bernhard, *Press and Politics in the Weimar Republic*, Oxford u. a. 2009.
- Ders., Die Politik des »Unpolitischen«. Boulevard- und Massenpresse in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Bösch, Frank/Norbert Frei (Hg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 48–72.
- Gasteiger, Daniela, Kuno von Westarp (1864–1945). Suche nach einer Heimat für den politischen Konservatismus [Arbeitstitel], Berlin [im Erscheinen].
- Dies., From Friends to Foes. Count Kuno von Westarp and the Transformation of the German Right, in: Jones (Hg.), *The German Right in the Weimar Republic*, S. 48–78.
- Gossel, Daniel, Der Einfluss von Medienunternehmern auf die Politik. Zwei Fallstudien: Alfred Hugenberg, William Randolph Hearst, in: ders., *Medien und Politik in Deutschland und den USA. Kontrolle, Konflikt und Kooperation vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2010, S. 245–359.
- Grathwol, Robert P., *Stresemann and the DNVP. Reconciliation or Revenge in German Foreign Policy, 1924–1926*, Lawrence, KS 1980.
- Grießmer, Axel, *Massenverbände und Massenparteien im Wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912*, Düsseldorf 2000.
- Guratzsch, Dankwart, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums*, Düsseldorf 1974.
- Hagenlücke, Heinz, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches*, Düsseldorf 1997.

- Hamel, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933, Frankfurt am Main 1967.
- Heinsohn, Kirsten, Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive, Düsseldorf 2010.
- Henning, Friedrich-Wilhelm, Hugenberg als politischer Medienunternehmer, in: Günther Schulz (Hg.), *Geschäft mit Wort und Meinung. Medienunternehmer seit dem 18. Jahrhundert*, München 1999, S. 101–127.
- Hering, Rainer, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939*, Hamburg 2003.
- Herrmann, Wilhelm, *Die Geschichte der Ala. Eine zeitungswissenschaftliche Studie*, Frankfurt am Main 1938.
- Hiller von Gaertringen, Friedrich Frhr. von, Die Deutschnationale Volkspartei in der Weimarer Republik, in: *Historische Mitteilungen* 9 (1996), S. 169–188.
- Ders., Die Deutschnationale Volkspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente*, Düsseldorf 1979, S. 543–652.
- Hoepke, Klaus-Peter, Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen großindustriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei, in: Hans Mommsen u. a. (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Bd. 2, Kronberg, Ts./Düsseldorf 1977, S. 907–919.
- Hofmeister, Björn, Weltanschauung, Mobilisierungsstrukturen und Krisenerfahrungen. Antisemitische Radikalisierung des Alldeutschen Verbandes als Prozess 1912–1920, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 24 (2015), S. 119–153.
- Ders., *Between Monarchy and Dictatorship. Radical Nationalism and Social Mobilization of the Pan-German League, 1914–1939*, Diss. Georgetown University 2012.
- Holzbach, Heidrun, *Das »System Hugenberg«. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP 1918–1928*, Stuttgart 1981.
- Hoser, Paul, *Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung*, 2 Teile, Frankfurt am Main 1990.
- Jansen, Christian u. a. (Hg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 65. Geburtstag*, Berlin 1995.
- Jones, Larry Eugene (Hg.), *The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism*, New York/Oxford 2014.
- Ders., German Conservatism at the Crossroads. Count Kuno von Westarp and the Struggle for Control of the DNVP, 1928–30, in: *Contemporary European History* 18 (2009), H. 2, S. 147–177.

- Ders./Wolfram Pyta (Hg.), »Ich bin der letzte Preuße«. Der politische Lebensweg des konservativen Politikers Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Köln u. a. 2006.
- Ders., Kuno Graf von Westarp und die Krise des deutschen Konservatismus in der Weimarer Republik, in: ders./Pyta (Hg.), »Ich bin der letzte Preuße«, S. 109–146.
- Ders., Carl Friedrich von Siemens and the Industrial Financing of Political Parties in the Weimar Republic, in: Jansen u. a. (Hg.), Von der Aufgabe der Freiheit, S. 231–246.
- Jungcurt, Uta, Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik. Denken und Handeln einer einflussreichen bürgerlichen Minderheit, Berlin/Boston 2016.
- Kaupert, Walter, Die deutsche Tagespresse als Politicum, Diss. Heidelberg 1932.
- Kittel, Manfred, »Steigbügelhalter« Hitlers oder »stille Republikaner«? Die Deutschnationalen in neuerer politikgeschichtlicher und kulturalistischer Perspektive, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hg.), Geschichte der Politik. Alte und neue Wege (*Historische Zeitschrift*, Beihefte N. F., 44), München 2007, S. 201–235.
- Ders., Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik. DNVP-Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen Deutschnationalen 1918–1933, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 59 (1996), S. 849–901.
- Klein, Michael, Georg Bernhard. Die politische Haltung des Chefredakteurs der *Vossischen Zeitung* 1918–1930, Frankfurt am Main 1999.
- Koszyk, Kurt, Paul Reusch und die *Münchener Neuesten Nachrichten*. Zum Problem Industrie und Presse in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972), H. 1, S. 75–103.
- Kreimeier, Klaus, Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns, München/Wien 1992.
- Langer, Peter, Paul Reusch und die Gleichschaltung der *Münchener Neuesten Nachrichten* 1933, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005), H. 2, S. 203–240.
- Lawrence, Jon, The Transformation of British Public Politics after the First World War, in: *Past & Present* 190 (2006), H. 1, S. 185–216.
- Leicht, Johannes, Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn u. a. 2012.
- Leopold, John A., Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven/London 1977.
- Ders., The Election of Alfred Hugenberg as Chairman of the German National People's Party, in: *Canadian Journal of History* 7 (1972), H. 2, S. 149–171.
- Mergel, Thomas, Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932, in: *Historische Zeitschrift* 276 (2003), S. 323–368.

- Ders., *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.
- Neumann, Sigmund, *Die Parteien der Weimarer Republik, mit einer Einführung von Karl-Dietrich Bracher*, Stuttgart u. a. 1977 [Originalausgabe: *Die politischen Parteien in Deutschland*, Berlin 1932].
- Nielsen, Philipp, Verantwortung und Kompromiss. Die Deutschnationalen auf der Suche nach einer konservativen Demokratie, in: Tim B. Müller/Adam Tooze (Hg.), *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 294–314.
- Ohnezeit, Maik, Zwischen »schärfster Opposition« und dem »Willen zur Macht«. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928, Düsseldorf 2011.
- Pyta, Wolfram, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007.
- Requate, Jörg, Medienmacht und Politik. Die politischen Ambitionen großer Zeitungsunternehmer – Hearst, Northcliffe, Beaverbrook und Hugenberg im Vergleich, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 79–95.
- Ders., Zwischen Profit und Politik. Deutsche Zeitungsverleger im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Dieter Ziegler (Hg.), *Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2000, S. 167–186.
- Ruge, Wolfgang, *Die Deutsche Allgemeine Zeitung und die Brüning-Regierung. Zur Rolle der Großbourgeoisie bei der Vorbereitung des Faschismus*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 16 (1968), Nr. 1, S. 19–53.
- Saldern, Adelheid von, Abwehr, Steuerung, Gestaltung. Medien und Politik in der Weimarer Republik, in: Klaus Arnold u. a. (Hg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik im 20. Jahrhundert*, Leipzig 2010, S. 417–440.
- Scheurig, Bodo, *Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler*, Oldenburg/Hamburg 1968.
- Schildt, Axel, Der Putsch der »Prätorianer, Junker und Alldeutschen«. Anmerkungen zu Adel und Bürgertum in den Anfangswirren der Weimarer Republik, in: Heinz Reif (Hg.), *Adel und Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 2001, S. 295–312.
- Ders., *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1998.
- Stegmann, Dirk, Hugenberg contra Stresemann. Die Politik der Industriebünde am Ende des Kaiserreichs, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 24 (1976), H. 4, S. 329–378.
- Stöber, Rudolf, *Deutsche Pressegeschichte*, 2. überarb. Aufl., Konstanz 2005.

- Terhalle, Maximilian, *Deutschnational in Weimar. Die politische Biographie des Reichstagsabgeordneten Otto Schmidt(-Hannover) 1888–1971*, Köln u. a. 2009.
- Thimme, Anneliese, *Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918*, Göttingen 1969.
- Trittell, Günter J., Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der »ersten Stunde«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 35 (1987), H. 1, S. 25–63.
- Walker, D. P., *The German National People's Party. The Conservative Dilemma in the Weimar Republic*, in: *Journal of Contemporary History* 14 (1979), H. 4, S. 627–647.
- Weisbrod, Bernd, *Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*, Wuppertal 1978.
- Wernecke, Klaus/Peter Heller, *Der vergessene Führer Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus*, Hamburg 1982.
- Ziblatt, Daniel, *Conservative Parties and the Birth of Democracy*, Cambridge u. a. 2017.
- Zwiers, André, *Friedrich Hussong – die dunkle Seite des Weimarer Journalismus*, in: Ulrich P. Schäfer u. a. (Hg.), *Journalismus in Theorie und Praxis. Beiträge zur universitären Journalistenausbildung. Festschrift für Kurt Koszyk*, Konstanz 1999, S. 39–60.

Die »Bösen Onkel«, Stanley Baldwin und die britischen Konservativen

Veröffentlichte Quellen

- Ball, Stuart (Hg.), *Parliament and Politics in the Age of Baldwin and MacDonald. The Headlam Diaries 1923–1935*, London 1992.
- Barnes, John/David Nicholson (Hg.), *The Empire at Bay. The Leo Amery Diaries*, Bd. 2, 1929–1945, London u. a. 1988.
- Beaverbrook, William Maxwell Aitken, *Politicians and the War 1914–1916*, London 1960.
- Ders., *Men and Power 1917–1918*, London 1956.
- Burke, Edmund, *An Appeal from the New to the Old Whigs, In Consequence of Some Late Discussions in Parliament, Relative to the Reflections on the French Revolution*, London 1791.
- Cooper, Duff, *Old Men Forget. The Autobiography of Duff Cooper (Viscount Norwich)*, London 1953.
- Driberg, Tom, *Beaverbrook. A Study in Power and Frustration*, London 1956.
- James, Robert Rhodes, *Memoirs of a Conservative. J. C. C. Davidson's Memoirs and Papers, 1910–37*, London 1969.
- Jones, Thomas, *Whitehall Diary*, hrsg. von Keith Middlemas, Bd. 1: 1916–1925, London u. a. 1969.

- Keynes, John Maynard, Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles, Berlin 2006 [gekürzte Übersetzung der Originalausgabe: *The Economic Consequences of the Peace*, London 1919].
- Norwich, John Julius (Hg.), *The Duff Cooper Diaries: 1915–1951*, London 2005.
- Self, Robert C. (Hg.), *The Austen Chamberlain Diary Letters. The Correspondence of Sir Austen Chamberlain with His Sisters Hilda and Ida, 1916–1937*, Cambridge u. a. 1995.
- Williamson, Philip/Edward Baldwin (Hg.), *Baldwin Papers. A Conservative Statesman 1908–1947*, Cambridge u. a. 2004.

Literatur

- Addison, Paul, Patriotism under Pressure. Lord Rothermere and British Foreign Policy, in: Peele/Cook (Hg.), *Politics of Reappraisal*, S. 189–208.
- Ball, Stuart, Baldwin and the Conservative Party. The Crisis of 1929–1931, New Haven, CT/London 1988.
- Ders., Failure of an Opposition? The Conservative Party in Parliament 1929–1931, in: *Parliamentary History* 5 (1986), S. 83–98.
- Ders., The Conservative Party and the Formation of the National Government. August 1931, in: *The Historical Journal* 29 (1986), H. 1, S. 159–182.
- Bingham, Adrian, »Stop the Flapper Vote Folly«. Lord Rothermere, the Daily Mail, and the Equalization of the Franchise, 1927–28, in: *20th Century British History* 13 (2002), H. 1, S. 17–37.
- Boyce, D. George, Art. »Aitken, William Maxwell, first Baron Beaverbrook (1879–1964)«, in: *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford University Press, 2004; Onlineausgabe Jan. 2011. DOI: 10.1093/ref:odnb/54730.
- Ders., Crusaders without Chains. Power and the Press Barons, 1896–1951, in: James Curran u. a. (Hg.), *Impacts and Influences. Essays on Media Power in the Twentieth Century*, London/New York 1987, S. 97–112.
- Cannadine, David, Emollience. Stanley Baldwin and Francis Brett Young, in: ders., *In Churchill's Shadow. Confronting the Past in Modern Britain*, London u. a. 2002, S. 159–185.
- Chisholm, Anne/Michael Davie (Hg.), *Beaverbrook. A Life*, London 1993.
- Close, David H., The Collapse of Resistance to Democracy. Conservatives, Adult Suffrage, and Second Chamber Reform, 1911–1928, in: *The Historical Journal* 20 (1977), H. 4, S. 893–918.
- Cooper, Chris, Heir Not Apparent. Douglas Hailsham, the Role of the House of Lords, and the Succession to the Conservative Leadership 1928–31, in: *Parliamentary History* 31 (2012), H. 2, S. 206–229.
- Craig, Fred W. S. (Hg.), *Minor Parties at British Parliamentary Elections 1885–1974*, London 1975.
- Dietz, Bernhard, Neo-Tories. Britische Konservative im Aufstand gegen Demokratie und politische Moderne (1929–1939), München 2012.

- Dutton, David, Austen Chamberlain. Gentleman in Politics, Bolton 1985.
- Francis, Martin/Ina Zweiniger-Bargielowski (Hg.), *The Conservatives and British Society, 1880–1990*, Cardiff 1996.
- Fraser, Peter, Lord Beaverbrook's Fabrications in *Politicians and the War, 1914–1916*, in: *The Historical Journal* 25 (1982), H. 1, S. 147–166.
- Gossel, Daniel, The Impact of Mass Media. British Foreign Economic Policy, Lord Beaverbrook, and his Empire Crusade, in: Christian Haase (Hg.), *Debating Foreign Affairs. The Public and British Foreign Policy Since 1867*, Berlin 2003, S. 63–77.
- Grünbeck, Max, *Die Presse Großbritanniens, Teil II*, Leipzig 1936.
- Jarvis, David, British Conservatism and Class Politics in the 1920s, in: *English Historical Review* 111 (1996), H. 440, S. 59–84.
- Ders., Stanley Baldwin and the Ideology of the Conservative Response to Socialism, 1918–31, PhD, University of Lancaster 1991.
- Lawrence, Jon, Forging a Peaceable Kingdom. War, Violence, and Fear of Brutalization in Post-First World War Britain, in: *Journal of Modern History* 75 (2003), H. 3, S. 557–589.
- McCarthy, Helen, Das »Making« und »Re-Making« der demokratischen Kultur in Großbritannien, in: Tim B. Müller/Adam Tooze (Hg.), *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 201–217.
- McCrillis, Neal R., *The British Conservative Party in the Age of Universal Suffrage. Popular Conservatism, 1918–1929*, Columbus, OH 1998.
- Ders., Taming Democracy? The Conservative Party and House of Lords Reform, 1916–1929, in: *Parliamentary History* 12 (1993), H. 3, S. 259–280.
- Middlemas, Keith/John Barnes, *Baldwin. A Biography*, London 1969.
- Nicholas, Siân, The Construction of a National Identity. Stanley Baldwin, »Englishness« and the Mass Media in Inter-War Britain, in: Francis/Zweiniger-Bargielowski (Hg.), *The Conservatives and British Society*, S. 127–146.
- Peele, Gillian, St. George's and the Empire Crusade, in: Chris Cook/John Ramsden (Hg.), *By-Elections in British Politics*, London u.a. 1973, S. 79–108.
- Dies./Chris Cook (Hg.), *The Politics of Reappraisal 1918–1939*, London u.a. 1975.
- Pugh, Martin, »Hurrah for the Blackshirts!« Fascists and Fascism in Britain Between the Wars, London 2006.
- Ramsden, John, *An Appetite for Power. A History of the Conservative Party since 1830*, London 1998.
- Ders., *The Age of Balfour and Baldwin, 1902–1940 (A History of the Conservative Party, Bd. 3)*, London 1978.
- Seymour-Ure, Colin, *Harlots Revisited. Media Barons, Politics and Prime Mi-*

- nisters, in: ders., *Prime Ministers and the Media. Issues of Power and Control*, Oxford u. a. 2003, S. 97–122.
- Ders., *The Press and the Party System Between the Wars*, in: Peele/Cook (Hg.), *Politics of Reappraisal*, S. 232–257.
- Ders./Jim Schoff, David Low, London 1985.
- Stubbs, John O., *Beaverbrook as Historian. Politicians and the War, 1914–1916 reconsidered*, in: *Albion. A Quarterly Journal concerned with British Studies* 14 (1982), H. 3/4, S. 235–253.
- Taylor, A. J. P., *Beaverbrook*, London 1972.
- Taylor, Andrew, *Speaking to Democracy. The Conservative Party and Mass Opinion from the 1920s to the 1950s*, in: Stuart Ball (Hg.), *Mass Conservatism. The Conservatives and the Public Since the 1880s*, London/Portland, OR 2002, S. 78–99.
- Taylor, Sally J., *The Great Outsiders. Northcliffe, Rothermere and the Daily Mail*, London 1996.
- Walker, John, *The Queen Has Been Pleased. The British Honours System at Work*, London 1986.
- Williamson, Philip, *Baldwin's Reputation. Politics and History, 1937–1967*, in: *The Historical Journal* 47 (2004), H. 1, S. 127–168.
- Ders., *Stanley Baldwin. Conservative Leadership and National Values*, Cambridge u. a. 1999.
- Ders., *National Crisis and National Government. British Politics, the Economy and Empire, 1926–1932*, Cambridge 1992.

III Die Medienlogik des »Dritten Reichs« und Goebbels' Sportpalastrede vom 18. Februar 1943

Die ältere Geschichtsschreibung zur Geschichte des Nationalsozialismus und des »Dritten Reichs« war nicht selten von einer starken Überschätzung der Rolle gekennzeichnet, die Propaganda und Medien beim Aufstieg der NSDAP und bei der Stabilisierung ihres Regimes 1933–1945 spielten. Zurechtgerückt wurde diese Sicht für die Zeit vor 1933 dann in den 1990er Jahren von Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder*, und Dieter Ohr, *Nationalsozialistische Propaganda*. Aus der Erinnerungskultur wird diese Fehlwahrnehmung, die jetzt jedoch den apologetischen Charakter weitgehend verloren hat, der ihr früher anhaftete, wohl nie ganz verschwinden (und wird auch durch Publikationen wie die des Kommunikationswissenschaftlers Nicholas O'Shaughnessy, *Selling Hitler*, der das NS-Regime aus Propagandatechniken heraus entstehen und zwölf Jahre lang bestehen lässt, gerade wieder erneut untermauert). Doch die historische Forschung der letzten Jahrzehnte hat sich von der erkenntnisverstellenden Deutung des »Dritten Reichs« als einer dem Sender-Empfänger-

Modell analog imaginierten Gesellschaft persuasiv entmündigter Rezipienten nationalsozialistischer Propaganda weit entfernt. Ihre aktuellen Deutungen kreisen um andere Konzepte zur Erklärung dessen, was Journalisten taten (oder nicht taten) und was die Gesellschaft 1933–1945 zusammenhielt und dem politischen System und seinen Akteuren Legitimation verlieh. Diskutiert werden seit einigen Jahren als geeignete Termini für die Charakterisierung von Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland vor allem solche, die gleichermaßen den repressiven Charakter des Systems wie die Quellen und Motive der Zustimmung zu ihm betonen. Zentrale Begriffe sind »Zustimmungs- und Gefälligkeitsdiktatur« (Schaarschmidt, »*Dictatorship-by-Consent*«; Aly, *Hitlers Volksstaat*; Bajohr, *Die Zustimmungsdiktatur*; Bajohr/Pohl, *Der Holocaust als offenes Geheimnis*) oder ein analytisch neutralisierter Begriff von »Volksgemeinschaft« (Schmiechen-Ackermann [Hg.], »*Volksgemeinschaft*« und dessen Einführung in den Band; Kershaw, »*Volksgemeinschaft*«; Steber/Gotto [Hg.], *Visions of Community*; Steber u. a., »*Volksgemeinschaft*«; Steber/Gotto, »*Volksgemeinschaft*«). Ein Ende der Debatten ist noch nicht in Sicht.

Auch die Mediengeschichte des »Dritten Reichs« hat mittlerweile ein sehr viel differenzierteres Bild von der journalistischen Praxis und deren Wirkmächtigkeit gezeichnet als das einer geknebelten Medienlandschaft mit unhinterfragter Wirkung. Die Interpretation der Wirkmächtigkeit von Propaganda, Presse und Rundfunk ist inzwischen auf ein realistisches Maß zurückgeschraubt (siehe u. a. Kershaw, *How effective was Nazi Propaganda*; Gellately, *Hingeschaut und weggesehen*; Mühlendorf, *Zur Bedeutung der NS-Propaganda*; Marszolek, »*Nur keine Öde*« und deren gemeinsame Publikationen mit Adelheid von Saldern, sowie Schütz, *Das Dritte Reich als Mediendiktatur*). Auch die berufliche Praxis und das politische Verhalten von Journalisten sind in ihrer ganzen Spannweite von Identifikation mit dem NS-System, karriereförderlichem Verhalten und Passivität bis zum zähneknirschenden Einwilligen sichtbar geworden (etwa bei Bösch, *Medien im Nationalsozialismus*; Dussel, *Wie erfolgreich war die nationalsozialistische Presselenkung?*; Frei/Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*; Oddey, *Unter Druck gesetzt*; Sösemann, *Zeitungen in der NS-Diktatur*; Stöber, *Presse im Nationalsozialismus*; Studt, »*Diener des Staates*«; Toepser-Ziegert, *Die Existenz der Journalisten*; Wilke, *Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert*). Wesentlich beigetragen haben zum heutigen facettenreichen Bild der Journalisten und Medien in den Jahren von 1933 bis 1945 auch Quellenpublikationen wie die Edition der Goebbels'schen Tagebücher oder der von Gabriele Toepser-Ziegert bearbeiteten *NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit* sowie aufschlussreiche Selbstzeugnisse, wie das umfangreiche Tagebuch von Paulheinz Wantzen, einem Münsteraner Redakteur, aus der Kriegszeit.

Wenn man sich, nachdem die propagandafixierte Deutung des »Dritten

Reichs« nicht mehr den Blick verstellt, erneut der berühmt-berüchtigten Stalingrad-Rede des Propagandaministers Joseph Goebbels vom 18. Februar 1943 zuwendet – die in der kollektiven Erinnerung ein emblematischer Ausdruck des persuasiven nationalsozialistischen Herrschafts- und Mobilisierungssystems geworden ist –, können neue Zusammenhänge sichtbar werden. Die Thesen dieses Kapitels stellen die Rede vor den Hintergrund des top-down strukturierten nationalsozialistischen Mediensystems, in dem keine Botschaften verkündet werden können, die nicht den Lenkern dieses Systems zugeordnet werden. Das wurde für Goebbels seit 1942/43 zum Problem. Er, dessen Machtbereich sich (außerhalb des »Gaus« Berlin) auf die Medien beschränkte, kämpfte in den obersten Rängen der NS-Hierarchie um mehr Einfluss auf die Intensivierung der Kriegsanstrengungen. Wollte er »seine« Medien für diesen Kampf gegen Konkurrenten und NS-Potentaten, die seiner Meinung nach der rücksichtslosen Ressourcenmobilisierung im Wege standen, einsetzen, ging das nicht auf dem üblichen Weg medienpolitischer Befehlswirtschaft. In dieser Situation inszenierte er, so meine Lesart der Stalingrad-Rede, etwas, was man heute ein Medienevent nennen würde. Der locus classicus dieses Begriffs ist Daniel Boorstins *The Image. A Guide to Pseudo-Events in America* von 1961. Im Gegensatz zum heute sehr weit gefassten Begriff des Medienevents (vgl. hierzu Bösch, *Europäische Medienereignisse*, Bösch/Schmidt [Hg.], *Medialisierte Ereignisse*; Lenger/Nünning [Hg.], *Medienereignisse der Moderne*; und den Abschlussbericht des Projekts *Transnationale Medienereignisse von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*) verstehe ich darunter wie Boorstin allem voran »Pseudoereignisse«, die gezielt zur Erzeugung medialer Aufmerksamkeit inszeniert werden – die also weniger für die Anwesenden als für die Abwesenden gedacht sind. Das eigentliche Publikum der Rede, wie ich sie verstehe, saß nicht im Saal, sondern in den höchsten Funktionen des »Dritten Reichs« und nicht zuletzt im Führerbunker.

Veröffentlichte Quellen

- Aretin, Erwein von, Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes, hrsg. von Karl Buchheim und Karl Otmar von Aretin, München 1955.
- Bernhard, Georg, Die deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik, Prag 1933.
- Blücher von Wahlstatt, Evelyn, Tagebuch, München 1924.
- Boberach, Heinz (Hg.), Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Bd. 12: Meldungen aus dem Reich Nr. 332 vom 5. November 1942 – Nr. 362 vom 25. Februar 1943, Herrsching 1984.
- Boelcke, Willi A. (Hg.), Wollt ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943, München 1969.

- Ders. (Hg.), *Kriegspropaganda 1939–1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium*, Stuttgart 1966.
- Bohrmann, Hans (Hg.), *NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit: Edition und Dokumentation*, bearb. von Gabriele Toepser-Ziegert, 7 Bde., München 1984–2001.
- Goebbels, Joseph, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente*, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: *Aufzeichnungen 1924–1941*, Bd. 4: 1. 1. 1940–8. 7. 1941, München u. a. 1987.
- Ders., *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil II: *Diktate 1941–1945*, Bd. 1: *Juli–September 1941*, München u. a. 1996.
- Ders., *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil II: *Diktate 1941–1945*, Bd. 7: *Januar–März 1943*, München u. a. 1993.
- Ders., *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil II: *Diktate 1941–1945*, Bd. 8: *April–Juni 1943*, München u. a. 1993.
- Heiber, Helmut (Hg.), *Goebbels-Reden*, Bd. 2: *1939–1945*, Düsseldorf 1972.
- Hitler, Adolf, *Mein Kampf*, München 1934.
- Hofmann, Josef, *Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit: Erinnerungen 1916–1947*, Mainz 1977.
- Huber, Ernst Rudolf, *Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches*, Hamburg 1939.
- Jäckel, Eberhard/Axel Kuhn (Hg.), *Adolf Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, Stuttgart 1980.
- Kardorff, Ursula von, *Berliner Aufzeichnungen aus den Jahren 1942 bis 1945*, München 1962.
- Kellner, Friedrich, »Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne«. *Tagebücher 1939–1945*, 2 Bde., hrsg. von Sascha Feuchert u. a., Göttingen 2011.
- Kessler, Harry Graf, *Das Tagebuch*, Bd. 9: *1926–1937*, hrsg. von Sabine Gruber und Ulrich Ott, Stuttgart 2010.
- Ders., *Das Tagebuch*, Bd. 6: *1916–1918*, hrsg. von Günter Riederer, Stuttgart 2006.
- Ludendorff, Erich, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918 [1919]*, Berlin, 9. durchges. Aufl. 1926.
- Minetti, Bernhard, *Erinnerungen eines Schauspielers*, hrsg. von Günther Rühle, Stuttgart 1985.
- Preuschhoff, Hans, *Journalist im Dritten Reich*, Osnabrück 1987.
- Sänger, Fritz, *Politik der Täuschungen. Missbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933–1939*, Wien 1975.
- Semmler, Rudolf, *Goebbels – the Man Next to Hitler*, London 1947.
- Silex, Karl, *Mit Kommentar. Lebensbericht eines Journalisten*, Frankfurt am Main 1968.
- Sösemann, Bernd (Hg.), *Propaganda. Medien und Öffentlichkeit in der NS-Diktatur. Eine Dokumentation und Edition von Gesetzen, Führerbefehlen*

und sonstigen Anordnungen sowie propagandistischen Bild- und Textüberlieferungen im kommunikationshistorischen Kontext und in der Wahrnehmung des Publikums, 2 Bde., Stuttgart 2011.

Toepser-Ziegert, Gabriele (Bearb.), NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, 7 Bde. in 19 Teilen, München 1984–2001.

Wantzen, Paulheinz, Das Leben im Krieg 1939–1946. Ein Tagebuch. Aufgezeichnet in der damaligen Gegenwart, Bad Homburg 2000.

Literatur

Abel, Karl Dietrich, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1990.

Aly, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkriege und nationaler Sozialismus, Bonn 2014.

Bajohr, Frank, Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Hamburg im »Dritten Reich«, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, S. 69–121.

Ders./Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006.

Barth, Boris, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003.

Bergien, Rüdiger, Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und »Wehrhaftmachung« in Deutschland 1918–1933, München 2012.

Boelcke, Willi A., Goebbels und die Kundgebung im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1943. Vorgeschichte und Verlauf, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 19 (1970), S. 234–255.

Bösch, Frank, Medien im Nationalsozialismus. Transnationale Perspektiven, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 62 (2011), H. 9/10, S. 517–529.

Ders., Europäische Medienereignisse, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hrsg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010-12-03. URL: <http://www.ieg-ego.eu/boeschf-2010-de>; URN: urn:nbn:de:0159-20100921115 [23. 4. 2017].

Ders./Patrick Schmidt (Hg.), Medialisierte Ereignisse. Performanz, Inszenierung und Medien seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2010.

Bonacker, Max, Goebbels' Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hans Fritzsche (1900–1953), München 2007.

Boorstin, Daniel J., The Image. A Guide to Pseudo-Events in America [1961], New York 2004.

Daniel, Ute, Gender and Work. The Impact of War (1914–1918 and 1939–1945) in Germany, in: Erik Aerts u. a. (Hg.), Women in the Labour Force. Comparative Studies on Labour Market and Organization of Work Since the 18th Century. Proceedings Tenth International Economic History Congress Leuven, August 1990, Leuven 1990, S. 90–98.

- Diller, Ansgar, Rundfunkpolitik im Dritten Reich (Rundfunk in Deutschland, hrsg. von Hans Bausch, Bd. 2), München 1980.
- Dussel, Konrad, Wie erfolgreich war die nationalsozialistische Presselenkung?, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 58 (2010), H. 4, S. 543–561.
- Faustmann, Uwe Julius, Die Reichskulturkammer. Aufbau, Funktion und Grundlagen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts im nationalsozialistischen Regime, Aachen 1995.
- Fetscher, Iring, Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast 1943. »Wollt ihr den totalen Krieg?«, Hamburg 1998.
- Frei, Norbert/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, München 2014.
- Führer, Karl-Christian, Die deutsche Tagespresse im Zweiten Weltkrieg. Fakten und Fragen zu einem unerforschten Abschnitt der NS-Mediengeschichte, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 60 (2012), H. 5, S. 417–440.
- Gellately, Robert, Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, Stuttgart/München 2002.
- Görtemaker, Heike B., Ein »deutsches« Leben. Die Geschichte der Margret Boveri 1900–1975, München 2005.
- Hachmeister, Lutz/Michael Kloft (Hg.), Das Goebbels-Experiment. Propaganda und Politik, Stuttgart 2005.
- Härtel, Christian, Stromlinien. Wilfrid Bade – Eine Karriere im Dritten Reich, Berlin 2004.
- Heidenreich, Bernd/Sönke Neitzel (Hg.), Medien im Nationalsozialismus, Paderborn u. a. 2010.
- Herbert, Ulrich, Was haben die Nationalsozialisten aus dem Ersten Weltkrieg gelernt?, in: Krumeich (Hg.), Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, S. 21–32.
- Hürter, Johannes, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932), München 1993.
- Kegel, Jens, »Wollt ihr den totalen Krieg?« Eine semiotische und linguistische Gesamtanalyse der Rede Goebbels' im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943, Tübingen 2006.
- Kershaw, Ian, »Volksgemeinschaft«. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), H. 1, S. 1–17.
- Ders., How Effective was Nazi Propaganda?, in: David Welch (Hg.), Nazi Propaganda. The Power and the Limitations, London u. a. 1983, S. 180–205.
- Kohlmann-Viand, Doris, NS-Presspolitik im Zweiten Weltkrieg. Die »vertraulichen Informationen« als Mittel der Presselenkung, München 1991.
- Krings, Stefan, Hitlers Pressechef. Otto Dietrich (1897–1952). Eine Biografie, Göttingen 2010.

- Kroener, Bernhard R., »Nun, Volk, steh auf ...!« Stalingrad und der »totale« Krieg 1942–1943, in: ders., Kriegerische Gewalt und militärische Präsenz in der Neuzeit. Ausgewählte Schriften, hrsg. von Ralf Pröve und Bruno Thoß, Paderborn u. a. 2008, S. 257–272.
- Krumeich, Gerd (Hg.), Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010.
- Kutz, Martin, Fantasy, Reality, and Modes of Perception in Ludendorff's and Goebbels's Concepts of »Total War«, in: Roger Chickering u. a. (Hg.), A World at Total War. Global Conflict and the Politics of Destruction, 1937–1945, Cambridge u. a. 2005, S. 189–206.
- Lenger, Friedrich/Ansgar Nünning (Hg.), Medienereignisse der Moderne, Darmstadt 2008.
- Lerg, Winfried B., Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik (Rundfunk in Deutschland, hrsg. von Hans Bausch, Bd. 1), München 1980.
- Longerich, Peter, Goebbels. Biographie, München 2010.
- Marszolek, Inge, »Nur keine Öde«. Radio im Nationalsozialismus, in: Klaus Arnold u. a. (Hg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik im 20. Jahrhundert, Leipzig 2010, S. 161–182.
- Dies./Adelheid von Saldern, Mediale Durchdringung des deutschen Alltags. Radio in drei politischen Systemen (1930er bis 1960er Jahre), in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hg.), Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln u. a. 2010, S. 84–120.
- Dies./Adelheid von Saldern (Hg.), Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft (1924–1960), Potsdam 1999.
- Dies./Adelheid von Saldern (Hg.), Zuhören und Gehörtwerden, Bd. 1: Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung, Tübingen 1998.
- Mauersberger, Volker, »Zwischen den Zeilen«? – Rudolf Pechel und sein publizistischer Kampf für Freiheit und Recht, in: Studt (Hg.), »Diener des Staates«, S. 175–181.
- Moltmann, Günter, Goebbels' Rede zum totalen Krieg am 18. Februar 1943, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 12 (1964), S. 13–43.
- Mühlenfeld, Daniel, Was heißt und zu welchem Ende studiert man NS-Propaganda? Neuere Forschungen zur Geschichte von Medien, Kommunikation und Kultur während des »Dritten Reiches«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), S. 527–559.
- Ders., Zur Bedeutung der NS-Propaganda für die Eroberung staatlicher Macht und die Sicherung politischer Loyalität, in: Christian A. Braun u. a. (Hg.), Deformation der Gesellschaft? Neue Forschungen zum Nationalsozialismus, Berlin 2008, S. 93–118.
- Ders., Joseph Goebbels und die Grundlagen der NS-Rundfunkpolitik, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 54 (2006), S. 442–467.

- Oddey, Marcus, *Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur – Wahrnehmung – Herrschaftsakzeptanz*, Eutin 2006.
- Ohr, Dieter, *Nationalsozialistische Propaganda und Weimarer Wahlen. Empirische Analysen zur Wirkung von NSDAP-Versammlungen*, Opladen 1997.
- O’Shaughnessy, Nicholas, *Selling Hitler. Propaganda and the Nazi Brand*, London 2016.
- Patch, William L., *Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic*, Cambridge u. a. 1998.
- Paul, Gerhard, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990.
- Riecker, Joachim, *Hitlers 9. November. Wie der Erste Weltkrieg zum Holocaust führte*, Berlin 2009.
- Rössler, Patrick/Sebastian Pohl, *Wie gleichgeschaltet war die Tagespresse? Eine Fallstudie zur Themenvielfalt in Thüringer Zeitungen 1936–1938*, in: Carsten Reinemann/Rudolf Stöber (Hg.), *Wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft. Festschrift für Jürgen Wilke*, Köln 2010, S. 162–194.
- Sammet, Rainer, *Judenmord als Mittel der Kriegführung. Die mörderische »Lehre« aus der Niederlage im Ersten Weltkrieg*, in: *Historische Mitteilungen* 23 (2011), S. 201–233.
- Schaarschmidt, Thomas, *»Dictatorship-by-Consent« and »Mobilization Dictatorship«. Approaches for Explaining the Social Dynamics of National Socialism*, in: Thomas Lindenberger/Martin Sabrow (Hg.), *German Zeitgeschichte. Konturen eines Forschungsfeldes. Konrad H. Jarausch zum 75. Geburtstag*, Göttingen 2016, S. 109–127.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), *»Volksgemeinschaft«. Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im »Dritten Reich«? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte*, Paderborn u. a. 2012.
- Ders., *Einführung*, in: ders., *»Volksgemeinschaft«. Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im »Dritten Reich«?*, S. 13–53.
- Schütz, Erhard, *Das Dritte Reich als Mediendiktatur. Medienpolitik und Modernisierung in Deutschland 1933 bis 1945*, in: *Monatshefte* 87 (1995), H. 2, S. 129–150.
- Sösemann, Bernd, *Der Erste Weltkrieg im propagandistischen Kalkül von Joseph Goebbels*, in: Krumeich (Hg.), *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, S. 53–75.
- Ders., *Zeitungen in der NS-Diktatur. Entstehung und Scheitern medienpolitischer und propagandistischer Konzepte*, in: Astrid Blome/Holger Böning (Hg.), *Presse und Geschichte. Leistungen und Perspektiven der historischen Presseforschung*, Bremen 2008, S. 327–347.
- Ders., *»Ein tiefer geschichtlicher Sinn aus dem Wahnsinn«. Die Goebbels-Tagebuchaufzeichnungen als Quelle für das Verständnis des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und seiner Propaganda*, in: Thomas Nipperdey

- u.a. (Hg.), Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geb., Frankfurt am Main/Berlin 1993, S. 136–174.
- Steber, Martina/Bernhard Gotto (Hg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford u.a. 2014.
- Dies./Bernhard Gotto, »Volksgemeinschaft«. Writing the Social History of the Nazi Regime, in: dies./Gotto, »Volksgemeinschaft«, S. 1–25.
- Dies. u.a., »Volksgemeinschaft« und die Gesellschaftsgeschichte des NS-Regimes, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), H. 3, S. 433–467.
- Dies./Bernhard Gotto, »Volksgemeinschaft« im NS-Regime. Wandlungen, Wirkungen und Aneignungen eines Zukunftsversprechens, in: dies., »Volksgemeinschaft«, S. 433–445.
- Stöber, Rudolf, Presse im Nationalsozialismus, in: Heidenreich/Neitzel (Hg.), *Medien im Nationalsozialismus*, S. 275–294.
- Studt, Christoph (Hg.), »Diener des Staates« oder »Widerstand zwischen den Zeilen«? Die Rolle der Presse im »Dritten Reich«, Münster 2007.
- Toepser-Ziegert, Gabriele, Die Existenz der Journalisten unter den Bedingungen der Diktatur 1933–1945, in: Studt (Hg.), »Diener des Staates«, S. 75–88.
- Transnationale Medienereignisse von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. DFG-Graduiertenkolleg Justus-Liebig-Universität Gießen (Abschlussbericht und Publikationen unter: <http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/dfgk/tme>)[23. 4. 2017].
- Welch, David, *The Third Reich. Politics and Propaganda*, London/New York 1993.
- Wilke, Jürgen, *Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR*, Köln u.a. 2007.
- Zelle, Karl-Günter, *Hitlers zweifelnde Elite. Goebbels, Göring, Himmler, Speer*, Paderborn 2010.
- Zimmermann, Clemens, From Propaganda to Modernization. Media Policy and Media Audiences under National Socialism, in: *German History* 24 (2006), H. 3, S. 431–454.

IV Vierte Gewalt hinter Gittern. Presse und Politik im Skandal (1962/63)

Einen Vergleich der Skandale Anfang der 1960er Jahre, die im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen, die *Spiegel*-Affäre in der Bundesrepublik und die Skandale um den Spion John Vassall und den Minister John Profumo in Großbritannien, gibt es nicht – so wie schon die Zeitgenossen interessanterweise kaum registriert zu haben scheinen, dass nahezu zeitgleich in beiden Ländern Journalisten inhaftiert wurden, weil sie sich weigerten, ihre Informations-

quellen preiszugeben. Die vergleichende Studie von Frank Esser (*Die Kräfte hinter den Schlagzeilen*) zum britischen und deutschen Journalismus nach 1945 spricht allerdings einige für den Hintergrund des Kapitels relevante Gesichtspunkte an.

Zur Geschichte und Theorie von (Medien-)Skandalen ist die Literatur reichhaltig. Eine Auswahl für mich wichtiger Titel findet sich unter der Rubrik »Vergleichendes und Übergreifendes«. Meine Verwendungsweise des Skandalbegriffs ist unspezifischer, als Frank Bösch es in seinen dort genannten Publikationen vorschlägt. Er interessiert sich insbesondere für Medienskandale, d. h. für Skandalisierungsfähiges, das ohne Beteiligung der Medien nicht publik geworden wäre. Ich interessiere mich demgegenüber für Skandale welchen Typs auch immer, wenn sie für das Verhältnis zwischen Politik und Medien aussagekräftig sind. Deswegen verwende ich den Begriff Skandal ganz allgemein und als synonym mit Affäre.

Zur *Spiegel*-Affäre ist der Literaturstand besser als zu den Skandalen um den Spion Vassall und Minister Profumo. Neuerscheinungen zu Letzteren sind meist eher am Skandalösen interessiert als an dessen wissenschaftlicher Bearbeitung (Haslam, *Near and Distant Neighbours*; Summers/Dorril; *The Secret Worlds of Stephen Ward*). Das gilt auch für Richard Davenport-Hines' *An English Affair*, die einzige neuere Gesamtdarstellung. Sie geht kurz auch auf den Spionageskandal um John Vassall, das Radcliffe-Tribunal und die beiden verurteilten Reporter ein, die ich als Vorgeschichte der Affäre um Profumo herausarbeite. Allerdings schlussfolgert er im Gegensatz zu meiner Deutung, dass diese Vorgeschichte die britischen Journalisten darauf erpicht gemacht habe, der Regierung Macmillan einen Skandal anhängen zu können (S. 240f.). Warum die Presse dennoch bis zu Profumos Geständnis ihr Wissen, dass er vor dem Unterhaus gelogen hatte, für sich behielt, kann Davenport-Hines allerdings nicht erklären.

Für eine breit kontextualisierte Geschichte des bundesdeutschen Journalismus liegt die hervorragende Arbeit von Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, vor. Im Jahr 2013 ist ein von den *Spiegel*-Mitarbeitern Martin Doerry und Hauke Jansen herausgegebener qualitätvoller Sammelband erschienen (*Die SPIEGEL-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen*), der die Vorträge einer Tagung zum 50. »Jubiläum« des Skandals publiziert. Auch ältere Arbeiten zur Geschichte der *Spiegel*-Affäre liegen vor, vor allem jedoch gibt es die beiden hervorragenden, von Jürgen Seifert herausgegebenen Bände *Die Spiegel-Affäre* (Alfred Grosser und Jürgen Seifert sind die Autoren des ersten, Thomas Ellwein und andere des zweiten Bandes), die zahlreiche Dokumente und gute Analysen präsentieren.

Für das deutsche Kapitel und die hier im Mittelpunkt stehenden Journalisten konservativer Leitmedien ist ein wichtiger Wahrnehmungshorizont die

in den 1950/60er Jahren sehr verbreitete »Massentheorie«. Ausgewählte Titel hierzu finden sich in der Rubrik »Vergleichendes und Übergreifendes«, unter ihnen mit Ehrenstein, *Dämon Masse*, ein Beispiel aus der Fülle zeitgenössischer Veröffentlichungen. Studien zu einzelnen Personen und Periodika finden sich im deutschen Literaturteil.

Vergleichendes und Übergreifendes

- Bartz, Christina, Die Masse allein zu Hause. Alte Funktionen und neue Medien (Massenpsychologie), in: Irmela Schneider/Peter M. Spangenberg (Hg.), *Medienkultur der 50er Jahre (Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Bd. 1)*, Wiesbaden 2002, S. 109–121.
- Bösch, Frank, *Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880–1914*, München 2009.
- Ders., Krupps »Kornwalzer«. Formen und Wahrnehmungen von Korruption im Kaiserreich, in: *Historische Zeitschrift* 281 (2005), S. 337–379.
- Ders., *Öffentliche Geheimnisse. Die verzögerte Renaissance des Medienkandals zwischen Staatsgründung und Ära Brandt*, in: Bernd Weisbrod (Hg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 125–150.
- Borch, Christian, *The Politics of Crowds. An Alternative History of Sociology*, Cambridge u. a. 2012.
- Bulkow, Kristin/Christer Petersen (Hg.), *Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung*, Wiesbaden 2011.
- Burkhardt, Steffen, *Medienkandale. Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse*, 2. überarb. u. erg. Aufl., Köln 2015.
- Carey, John, *Hass auf die Massen. Intellektuelle 1880–1939*, Göttingen 1996.
- Ehrenstein, Walter, *Dämon Masse*, Frankfurt am Main 1952.
- Esser, Frank, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*, Freiburg/München 1998.
- Hondrich, Karl Otto, *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*, Frankfurt am Main 2002.
- Kepplinger, Hans Mathias, *Die Kunst der Skandalierung und die Illusion der Wahrheit*, München 2001.
- König, Helmut, *Zivilisation und Leidenschaften. Die Masse im bürgerlichen Zeitalter*, Reinbek 1992.
- MacClelland, John S., *The Crowd and the Mob. From Plato to Canetti*, New York u. a. 2011.
- Möding, Nori, *Die Angst des Bürgers vor der Masse. Zur politischen Verführbarkeit des deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche*, Berlin 1984.
- Rösgen, Petra, *Die Institutionalisierung der Sozialpsychologie in der Bundes-*

republik Deutschland. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung, Frankfurt am Main u. a. 2008.

Schildt, Axel, »Massengesellschaft« und »Nivellierte Mittelschicht«. Zeitgenössische Deutungen der westdeutschen Gesellschaft im Wiederaufbau der 1950er Jahre, in: Karl Christian Führer/Klaus Saul (Hg.), Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 198–213.

Schmidt-Gernig, Alexander, Die Presse als »vierte Gewalt«? – Politischer Skandal und die Macht der Öffentlichkeit um 1900 in Deutschland, Frankreich und den USA, in: Martin Kirsch u. a. (Hg.), Der Verfassungsstaat vor der Herausforderung der Massengesellschaft. Konstitutionalismus um 1900 im europäischen Vergleich, Berlin 2002, S. 169–193.

Thies, Christian, Die Masse – ein konservativer Topos der Zeitdiagnose?, in: Michael Großheim/Hans Jörg Hennecke (Hg.), Staat und Ordnung im konservativen Denken, Baden-Baden 2013, S. 76–91.

Das Schweigen im Walde. Warum der Profumo-Skandal kein Presseskandal war

Unveröffentlichte Quellen

Churchill Archives Centre, Cambridge (CAC): Nachlass William Haley (HALY): Tagebücher.

The National Archives, London (TNA): Admiralty (ADM); Cabinet Papers (CAB); Lord Chancellor's Office (LCO); Prime Minister's Office (PREM); Treasury (T); Treasury Solicitor (TS).

Parliamentary Archives, London: Beaverbrook Papers (BBK).

Veröffentlichte Quellen

Crawford, Iain, *The Profumo Affair. A Crisis in Contemporary Society*, London 1963.

Daily Express 1962/63.

Daily Mirror 1962/63.

Denning, Alfred Thompson, *Lord Denning's Report. Presented to Parliament by the Prime Minister (Cmnd. 2152)*, London 1963.

Evans, Harold, *Downing Street Diary. The Macmillan Years, 1957–1963*, London u. a. 1981.

Hansard 1803–2005. *Parliamentary Debates*, London, UK, <http://hansard.millbanksystems.com> [16. 6. 2017].

Irving, Clive u. a., *Scandal '63. A Study of the Profumo Affair*, London 1963.

Kennedy, Ludovic, *The Trial of Stephen Ward*, London 1964.

Minutes of Evidence Taken at Public Hearings Before the Tribunal Appointed to Inquire into the Vassall Case and Related Matters. Presented to Parlia-

ment by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty June 1963 (Cmnd. 2037), London 1963.

Private Eye 1963.

Profumo, David, *Bringing the House Down. A Family Memoir*, London 2006.

Report of the Tribunal Appointed to Inquire into the Vassall Case and Related Matters. Presented to Parliament by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty April 1963 (Cmnd. 2009), London 1963.

The Times, London, 1962/63.

TODAY Magazine (Hg.), *The Two-in-One Book: Stephen Ward Speaks. Conversations with Warwick Charlton. Judge Gerald Sparrow Sums Up. The Profumo Affair*, London 1963.

West, Rebecca, *The Vassall Affair*, London 1963.

Williams, Francis, *Nothing so Strange. An Autobiography*, London 1970.

Literatur

Davenport-Hines, Richard, *An English Affair. Sex, Class and Power in the Age of Profumo*, London 2013.

Esser, Frank, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*, Freiburg/München 1998.

Greenslade, Roy, *Press Gang. How Newspapers Make Profits from Propaganda*, London 2003.

Haslam, Jonathan, *Near and Distant Neighbours. A New History of Soviet Intelligence*, New York 2015.

Hooper, David, *Reputations under Fire. Winners and Losers in the Libel Business*, London 2000.

Horne, Alistair, *Macmillan 1957–1986. Volume II of the Official Biography*, London 1991.

Ingrams, Richard (Hg.), *The Life and Times of Private Eye 1961–1971*, Harmondsworth 1971.

Jefferys, Kevin, »Sexual Intercourse Began in 1963«. *The Profumo Affair*, in: ders., *Finest and Darkest Hours. The Decisive Events in British Politics from Churchill to Blair*, London 2002, S. 113–136.

Knightley, Phillip/Caroline Kennedy, *An Affair of State. The Profumo Case and the Framing of Stephen Ward*, London 1987.

Lamb, Richard, *The Macmillan Years 1957–1963. The Emerging Truth*, London 1995.

Lloyd, Herbert, *The Legal Limits of Journalism*, Bath 1968.

Macqueen, Adam, *Private Eye. The first 50 Years. An A–Z*, London 2011.

Mort, Frank, *Mapping Sexual London. The Wolfenden Committee on Homosexual Offences and Prostitution 1954–57*, in: *new formations* 37 (1999), S. 92–113.

- Ramsden, John, *The Winds of Change*. Macmillan to Heath, 1957–1975, London/New York 1996.
- Seymour-Ure, Colin, *Private Eye*. The Politics of the Fool, in: ders., *The Political Impact of the Mass Media*, London u. a. 1974, S. 240–264.
- Ders., *The Press, Politics and the Public*. An Essay on the Role of the National Press in the British Political System, London 1968.
- Shawcross, Hartley William, *The Law and the Press*, London 1965.
- Summers, Anthony/Stephen Dorril, *The Secret Worlds of Stephen Ward*, London 2013.
- Thorpe, D.R., *Supermac*. The Life of Harold Macmillan, London 2010.
- Thurlow, David, *Profumo*. The Hate Factor, London 1992.
- Tweed, Paul, *Privacy and Libel Law*. The Clash with Press Freedom, Haywards Heath 2012.
- Williams, Charles, *Harold Macmillan*, London 2009.

Das Rauschen im Walde. Warum die *Spiegel*-Affäre ein Presseskandal war

Veröffentlichte Quellen

- Adenauer, Konrad, Weihnachtsansprache des Bundeskanzlers über alle deutschen Rundfunksender am 25. Dezember 1962; Konrad Adenauer-Stiftung/Dokumente/Weihnachtsansprachen (<https://www.konrad-adenauer.de/dokumente/weihnachtsansprachen/1962-12-25-weihnachtsansprache>) [12. 4. 2017].
- Ahlers, Conrad, Ein »Abgrund von Landesverrat«, in: Roderich Klett/Wolfgang Pohl (Hg.), *Stationen einer Republik*, Stuttgart 1979, S. 131–147.
- Bericht der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion über die Behandlung der »Spiegel«-Affäre durch die Bundesregierung, hrsg. von der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag, Bonn o. J. [1963].
- Buchstab, Günter (Bearb.), *Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, Düsseldorf 1998.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), 16. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Berlin, 4.–7. November 1968, Bonn 1968.
- Christ und Welt* 1962.
- Diehl, Günter, *Zwischen Politik und Presse*. Bonner Erinnerungen 1949–1969, Frankfurt am Main 1994.
- Ellwein, Thomas u. a., *Die Reaktion der Öffentlichkeit (= Die Spiegel-Affäre, Bd. II, hrsg. von Jürgen Seifert)*, Olten/Freiburg i. Br. 1966.
- Eschenburg, Theodor, *Die Affäre*. Eine Analyse [Vortrag am 13. November 1962]. Protokolle der Spiegel-Debatten des Deutschen Bundestages, Hamburg 1962.
- Flach, Karl-Hermann, *Macht und Elend der Presse*, Mainz 1967.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 1962.

Frankfurter Rundschau 1962.

Franz, Corinna (Bearb.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966, 1. Teilbd: September 1961–Juli 1963, Düsseldorf 2004.

Grosser, Alfred/Jürgen Seifert, Die Staatsmacht und ihre Kontrolle (= Die Spiegel-Affäre, Bd. I, hrsg. von Jürgen Seifert), Olten/Freiburg i. Br. 1966.

Güde, Max, Politische Verantwortung und öffentliche Meinung. Die Proportionen der Spiegel-Affäre, in: *Die politische Meinung* Nr. 79, Dezember 1962, S. 23–28.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (Hg.), Auflagenmeldung 3. Vierteljahr 1962, Bad Godesberg, 25. Oktober 1962.

Dies. (Hg.), Auflagenmeldung 4. Vierteljahr 1962, Bad Godesberg, 25. Januar 1963.

Krone, Heinrich, Tagebücher, bearb. von Hans-Otto Kleinmann, 2 Bde., Düsseldorf 1995.

Mensing, Hans Peter (Bearb.), Adenauer. Teegespräche 1961–1963, Berlin 1992.

Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Goebbels [sic] Journalisten in Bonner Diensten. Eine Dokumentation, O.O, o.J. [Berlin 1962].

Rheinischer Merkur 1962.

Richter, Hans Werner (Hg.), Bestandsaufnahme, München u. a. 1962.

Ruge, Gerd (Hg.), Landesverrat und Pressefreiheit. Ein Protokoll, Berlin 1963.

Schallück, Paul, Versteinerungen, in: Walser (Hg.), *Die Alternative*, S. 55–60.

Die Spiegel-Affäre, in: *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach, Bonn 1965, S. 96–99.

Spiegel-Affäre und Protest. Die Zivilgesellschaft geht auf die Straße. Eine Chronologie aller Protestaktionen, in: dokzentrum ans tageslicht, Einträge zum 30. Oktober 1962: <http://www.anstageslicht.de/themen/history/spiegel-affaere-1962/spiegel-affaere-und-protest-zivilgesellschaft-demonstriert/> [13. 5. 2017].

Süddeutsche Zeitung 1962.

Teilurteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerde des Spiegel-Verlags vom 5. August 1966: <http://sorminiser.v.unibe.ch:8080/tools/ainfo.exe?Command=ShowPrintText&Name=bv020162> [13. 5. 2017].

Walser, Martin (Hg.), *Die Alternative oder: Brauchen wir eine neue Regierung?*, Reinbek 1961.

Die Welt 1962.

- Ziesel, Kurt, *Der deutsche Selbstmord. Diktatur der Meinungsmacher*, Kettwig u. a. 1963.
- Ders., *Das verlorene Gewissen. Hinter den Kulissen der Presse, der Literatur und ihrer Machttträger von heute* [1958], 8. erg. u. umgearb. Aufl., München 1962.
- Ders., *Die Geister scheiden sich. Dokumente zum Echo auf das Buch *Das verlorene Gewissen*. Eine Auswahl aus über 3000 in- und ausländischen Pressestimmen und aus Tausenden von Briefen an den Verfasser. Die Reaktion der Betroffenen*, München 1959.

Literatur

- Asmussen, Nils, Hans-Georg von Studnitz. Ein konservativer Journalist im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), H. 1, S. 75–119.
- Bästlein, Klaus, »Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes«. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte »Selbstreinigung« 1957–1968, in: Helge Grabitz u. a. (Hg.), *Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen*, Berlin 1994, S. 408–443.
- Bering, Dietz, »Ein Abgrund von Landesverrat«. Intellektuelle und die Spiegel-Affäre, in: ders., *Die Epoche der Intellektuellen 1898–2001. Geburt – Begriff – Grabmal*, Berlin 2010, S. 354–380.
- Bickerich, Wolfram, Franz Josef Strauß. *Die Biographie*, Düsseldorf 1996.
- Biermann, Werner, Strauß. *Aufstieg und Fall einer Familie*, aktual. Neuausg. Berlin 2015.
- Bösch, Frank, *Später Protest. Die Intellektuellen und die Pressefreiheit in der frühen Bundesrepublik*, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008, S. 91–112.
- Collings, Justin, *Democracy's Guardians. A History of the German Federal Constitutional Court 1951–2001*, Oxford/New York 2015.
- Demant, Ebbo, *Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als politischer Publizist*, Mainz 1971.
- Doerry, Martin/Hauke Janssen (Hg.), *Die SPIEGEL-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen*, München/Hamburg 2013.
- Ehmig, Simone Christine, *Generationswechsel im deutschen Journalismus. Zum Einfluss historischer Ereignisse auf das journalistische Selbstverständnis*, Freiburg/München 2000.
- Esser, Frank, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*, Freiburg/München 1998.
- Frank-Planitz, Ulrich, *Die Zeit, die wir beschrieben haben. Zur Geschichte der*

- Wochenzeitung *Christ und Welt*, in: Bruno Heck (Hg.), *Widerstand, Kirche, Staat. Eugen Gerstenmaier zum 70. Geb.*, Frankfurt am Main u.a. 1976, S. 146–169.
- Frei, Norbert, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.
- Gassert, Philipp, Zwischen »Beschweigen« und »Bewältigen«. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Ära Adenauer, in: Hochgeschwender (Hg.), *Epoche*, S. 183–205.
- Geisler Michael E., Nazis Into Democrats? *The Internationale Frühschoppen and the Case of Werner Höfer*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 31 (2003), S. 231–252.
- Glienke, Stephan Alexander, *Die Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« (1959–1962). Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen*, Baden-Baden 2008.
- Glocke, Nicole, Peter Jochen Winters. *Ein Leben als politischer Journalist im 20. Jahrhundert*, Berlin 2016.
- Görtemaker, Heike B., *Ein »deutsches« Leben. Die Geschichte der Margret Boveri 1900–1975*, München 2005.
- Görtemaker, Manfred/Christoph Safferling, *Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit*, München 2016.
- Dies. (Hg.), *Die Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme*, Göttingen 2013.
- Haase, Christian/Axel Schildt (Hg.), »DIE ZEIT« und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen 2008.
- Hachmeister, Lutz/Friedemann Siering (Hg.), *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München 2002.
- Hardtwig, Wolfgang, Von der »Vergangenheitsbewältigung« zur Erinnerungskultur. Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland, in: Thomas Hertfelder/Andreas Rödder (Hg.), *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007, S. 171–189.
- Hart, Paul 't, How Adenauer Lost Power. Understanding Leadership Rivalry and Succession Conflict in Political Parties, in: *German Politics* 16 (2007), H. 2, S. 273–291.
- Herbert, Ulrich (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002.
- Hochgeschwender, Michael (Hg.), *Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche der Adenauerzeit*, Bonn 2011.
- Hodenberg, Christina von, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006.
- Dies., Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit in: Herbert (Hg.), *Wandlungsprozesse*, S. 278–311.

- Jankus, Anneke, Franz Josef Strauß und sein Verhältnis zu dem Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, in: *Publizistik* 47 (2002), H. 3, S. 295–308.
- Janßen, Karl-Heinz, *Die Zeit in der ZEIT. 50 Jahre einer Wochenzeitung*, Berlin 1995.
- Köhler, Otto, *Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher*, München 1995.
- Koerfer, Daniel, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987.
- Kraus, Hans-Christof, Als konservativer Intellektueller in der frühen Bundesrepublik – Das Beispiel Friedrich Sieburg, in: Kroll (Hg.), *Die kupierte Alternative*, S. 267–297.
- Kraushaar, Wolfgang, *Die Protestchronik 1949–1959*, Bd. III: 1957–1959, Hamburg 1996.
- Kroll, Frank-Lothar (Hg.), *Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945*, Berlin 2005.
- Lamprecht, Rolf, *Ich gehe bis nach Karlsruhe. Eine Geschichte des Bundesverfassungsgerichts*, München 2011.
- Lemke, Michael, Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), H. 2, S. 153–174.
- Lenhard, Christof, Die Marketing-Strategien des Rheinischen Merkur und des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes. Eine ökonomische und historische Betrachtung, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 6 (1993), H. 2, S. 467–496.
- Liehr, Dorothee, *Von der Aktion gegen den SPIEGEL zur SPIEGEL-Affäre. Zur gesellschaftspolitischen Rolle der Intellektuellen*, Frankfurt am Main 2002.
- Mayer, Tilman (Hg.), *Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 23)*, Bonn 2009.
- Mergel, Thomas, Politischer Journalismus und Politik in der Bundesrepublik, in: Clemens Zimmermann (Hg.), *Politischer Journalismus, Öffentlichkeit und Medien im 19. und 20. Jahrhundert*, Ostfildern 2006, S. 193–212.
- Merseburger, Peter, *Rudolf Augstein. Biographie*, München 2007.
- Miquel, Marc von, *Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren*, Göttingen 2004.
- Möding, Nori/Alexander von Plato, *Nachkriegspublizisten. Eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung*, in: Peter Alheit/Erika M. Hoerning (Hg.), *Biographisches Wissen. Beiträge zu einer Theorie lebensgeschichtlicher Erfahrung*, Frankfurt am Main/New York 1989, S. 38–69.
- Müller, Guido, *Der Kreis um Franz A. Kramer und die Gründung des Rheinischen Merkur*, in: Claus-Dieter Krohn/Axel Schildt (Hg.), *Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit*, Hamburg 2002, S. 316–342.

- Münkel, Daniela, Willy Brandt und die »Vierte Gewalt«. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt am Main/New York 2005.
- Dies., Die Medienpolitik von Konrad Adenauer und Willy Brandt, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 297–316.
- Payk, Marcus M., Opportunismus, Kritik und Selbstbehauptung. Der Journalist Karl Korn zwischen den dreißiger und den sechziger Jahren, in: Alexander Gallus/Axel Schildt (Hg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930, Göttingen 2011, S. 147–163.
- Ders., »... Die Herren fügen sich nicht; sie sind schwierig«. Gemeinschaftsdenken, Generationenkonflikte und die Dynamisierung des Politischen in der konservativen Presse der 1950er und 1960er Jahre, in: Franz-Werner Kersting u. a. (Hg.), Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975, Stuttgart 2010, S. 43–67.
- Ders., Der Geist der Demokratie. Intellektuelle Orientierungsversuche im Feuilleton der frühen Bundesrepublik. Karl Korn und Peter de Mendelssohn, München 2008.
- Pressel, Alfred, Der *Rheinische Merkur* und *Die Zeit*. Vergleichende Inhaltsanalyse zweier Wochenzeitungen von verschiedener weltanschaulicher Orientierung, Berlin 1968.
- Requate, Jörg, Der Kampf um die Demokratisierung der Justiz. Richter, Politiker und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2008.
- Rupp, Hans Karl, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1984.
- Schäfer, Rosemarie, Rudolf Pechel und die *Deutsche Rundschau* 1946–1961. Zeitgeschehen und Zeitgeschichte im Spiegel einer konservativen politischen Zeitschrift. Eine Studie zur konservativen Publizistik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1975.
- Scheibe, Moritz, Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft, in: Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse, S. 245–277.
- Schildt, Axel, Im Visier. Die NS-Vergangenheit westdeutscher Intellektueller. Die Enthüllungskampagne von Kurt Ziesel in der Ära Adenauer, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 64 (2016,) H. 1, S. 37–68.
- Ders., Von der Kampagne »Kampf dem Atomtod« zur »Spiegel-Affäre«. Protestbewegungen in der ausgehenden Ära Adenauer, in: Hochgeschwender (Hg.), Epoche, S. 125–140.
- Ders., »Atomzeitalter« – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der 50er Jahre, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), »Kampf dem Atomtod!«. Die

- Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, München/Hamburg 2009, S. 39–56.
- Ders., »Schlafende Höllenhunde«. Reaktionen auf die antisemitische Schmierwelle 1959/60, in: Andreas Brämer u. a. (Hg.), *Aus den Quellen. Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte. Festschrift für Ina Lorenz zum 65. Geburtstag*, Hamburg 2005, S. 313–321.
- Ders., Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, in: Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hg.), *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt am Main 1998, S. 19–54.
- Schmid, Josef, Intendant Klaus von Bismarck und die Kampagne gegen den »Rotfunk« WDR, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 349–381.
- Schmidt, Regina/Egon Becker, Spiegel-Affäre, in: dies., *Reaktionen auf politische Vorgänge. Drei Meinungsstudien aus der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1967, S. 25–66.
- Schmied, Jürgen Peter, Sebastian Haffner. Eine Biographie, München 2010.
- Schöps, Joachim, Die SPIEGEL-Affäre des Franz Josef Strauß, Reinbek 1983.
- Schütz, Walter J. (Hg.), *Medienpolitik. Dokumentation der Kommunikationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945–1990*, Konstanz 1999.
- Schwarz, Hans-Peter, Adenauer, Bd. 2: Der Staatsmann 1952–1967, München 1994.
- Seifert, Jürgen, Die Spiegel-Affäre, in: Georg M. Hafner/Edmund Jacoby (Hg.), *Die Skandale der Republik*, Hamburg 1990, S. 69–84.
- Siebenmorgen, Peter, Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß, München 2015.
- Sieling, Jantje Marie, »Im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie«? Mediale Darstellung der Kampagne »Kampf dem Atomtod«, Magisterarbeit Lüneburg: Leuphana Universität 2012.
- Søe, Christian, Politische Kontrolle und Verantwortlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland am Ende der Adenauer-Ära. Eine Verlaufsanalyse der Spiegel-Affäre, 2 Bde., Berlin 1972.
- Solchany, Jean, Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus. Konservative Interpretationen des Nationalsozialismus in Deutschland 1945–1949, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 44 (1996), H. 3, S. 373–394.
- Sothen, Hans B. von, Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945, in: Kroll (Hg.), *Die kupierte Alternative*, S. 125–178.
- Ullrich, Sebastian, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.
- Weiß, Matthias, Journalisten. Worte als Taten, in: Norbert Frei (Hg.), *Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt am Main 2001, S. 241–299.

- Wesel, Uwe, *Der Gang nach Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht in der Geschichte der Bundesrepublik*, München 2004.
- Wilke, Jürgen (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln u. a. 1999.
- Ders., *Leitmedien und Zielgruppenorgane*, in: ders. (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 302–329.
- Wolfrum, Edgar, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

V Fernsehpolitik. Die Dezentrierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Eine vergleichende Darstellung der Dezentrierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch die Einführung des kommerziellen Fernsehens in der Bundesrepublik und in Großbritannien gibt es nicht. Doch für einige relevante Aspekte dieses Kapitels liegen vergleichende Analysen vor, die für mich lehrreich waren. Martina Steber hat die Geschichte konservativer Ordnungsbegriffe bei Christdemokraten und Tories nach 1945 untersucht (*Die Hüter der Begriffe* und *A Better Tomorrow*), Christian Potschka (*Towards a Market in Broadcasting*) vergleicht deutsche und britische Kommunikationspolitik im Zeichen der Kommodifizierung, Peter J. Humphreys (*Massenmedien und Medienpolitik in Westeuropa*) und Friedrich Kübler (*Zwischen Markt und Demokratie*) stellen das Medienrecht großer europäischer Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichend gegenüber.

Speziell zur Einführung des kommerziellen Fernsehens liegen für Großbritannien die einschlägigen Bände aus Asa Briggs *Œuvre* zur Rundfunkgeschichte vor, die die Geschichte der BBC und die Anfänge von ITV quellennah und erschöpfend behandeln. Eine zentrale Quelle für die frühe britische Fernsehgeschichte ist die Darstellung von Grace Wyndham Goldie (*Facing the Nation*), von der die frühen Fernsehformate der BBC-Politikberichterstattung geprägt wurden.

Mark Jarvis und Michael David Kandiah haben in ihren Darstellungen und Erklärungen der Einführung des kommerziellen Fernsehens den Fokus auf die Conservative Party gelegt (Jarvis, *Conservative Governments*, S. 126 und passim; Kandiah, *Television enters British Politics*, S. 269 und passim). Ihren Positionen folge ich dort nicht, wo sie – mit jeweils unterschiedlichen Nuancierungen – dem konservativen Handeln und den konservativen Positionsbeziehungen eine Logik des sich wandelnden Parteikonservatismus unterlegen. Meine These ist demgegenüber, dass es kontingente Zeitumstände waren, die innerhalb der Tory-Partei heftige Friktionen verursachten, welche dann ihrerseits die Regierung und die Parteiführung zwangen, einen Kompromiss zu su-

chen. Der Kompromiss, den diese fanden, ist heute als duales System bekannt – etwas, was damals weder die Befürworter noch die Gegner gewollt hatten. Die neue Studie von Anthony Ridge-Newmann (*The Tories and Television*), die mit Beständen des konservativen Parteiarchivs, aber so oberflächlich erarbeitet ist, dass dem Verfasser nicht einmal Sinn und Inhalt der 14-Tage-Regel für die politische Berichterstattung der BBC klargeworden ist (S. 4 und 66), hat eine stupende Form konservativer Parteilogik bei der Brechung des BBC-Monopols entdeckt: »It seems some Conservative elites had a prod from within, which helped them to find their way.« (S. 54). Ein tatsächlich durch politische Strategien bestimmter konservativer Angriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk folgte erst in der Regierungszeit Margaret Thatchers (vgl. Holland, *Broadcasting and the NHS*, und Tracey, *Thatcher, Thatcherism and British Broadcasting Policy*).

Für die Bundesrepublik gibt es zur Einführung des Privatfernsehens, wie der im Deutschen meist bevorzugte Ausdruck lautet, zwei substantiellere Beiträge für die Ebene der Bundespolitik (der Dissertation des ehemaligen Leiters der Abteilung Medienpolitik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Alfred-Joachim Hermanni, *Medienpolitik in den 80er Jahren*, fehlt es an einem erkennbaren roten Faden): die Aufsätze von Rüdiger Steinmetz (*Initiativen und Durchsetzung privat-kommerziellen Rundfunks*) und Frank Bösch (*Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung*). Böschs gehaltvoller Beitrag ist meines Wissens der erste, der sich nicht nur auf veröffentlichte, sondern auch auf archivalische Quellen – insbesondere den vom CDU-Medienpolitiker Christian Schwarz-Schilling im Archiv für christlich-demokratische Politik hinterlegten Aktenbestand – stützt. An einer zentralen Stelle gewichte ich die christdemokratische Medienpolitik allerdings völlig anders als Böschs sehr lesenswerte Studie es tut: Während dort der Kampf der CDU gegen den als unausgewogen geltenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk als legitimatisches Mittel erscheint, um das Privatfernsehen als Alternative zu legitimieren (S. 198), ist meines Erachtens die Einführung des kommerziellen Fernsehens anfangs primär ein Droh- und Kampfmittel gegen den unliebsamen Rundfunk gewesen – und als solches auch für diejenigen CDU-Politiker und -mitglieder attraktiv, die sich nicht allzu viel Gutes von der schönen neuen Fernsehvielfalt versprochen.

Die divergierenden Gewichtungen dürften nicht zuletzt dadurch zustande kommen, dass ich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus der Landesperspektive betrachte. Von dort aus nimmt sich das Verhältnis zwischen Politikern und Rundfunkjournalismus etwas anders aus als auf der Bundesebene. Für Länderchefs und regierende Landesparteien gehörte (und gehört?) die Landesrundfunkanstalt zum Inventar des Landesregiments. Kritik und gefühlte Zurücksetzung seitens des »eigenen« Rundfunks war aus dieser Perspektive nicht hinnehmbar. Dass es primär um die landesherrliche Durch-

dringung der Rundfunkhäuser ging, zeigte sich im niedersächsischen Fall spätestens, als Ministerpräsident Ernst Albrecht auch gegenüber den neuen, von ihm gewollten Privatsendern landesherrliche Prerogative bei der Prüfung der Programmausrichtung durchzusetzen versuchte. Auch hier war es, wie so oft, die oberste Gerichtsbarkeit, die den landesherrlichen Aspirationen einen Riegel vorschob, indem sie Änderungen am Landesrundfunkgesetz von 1984 vorschrieb (vgl. zur Rolle der obersten Gerichtsbarkeit für die Rundfunkgeschichte u. a. Wolfgang Hoffmann-Riem, *Stadien des Rundfunk-Richterrechts*). Doch prägten diese Aspirationen auch bereits die Auseinandersetzungen um den NDR, die im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen.

Über die für die deutsche Rundfunkgeschichte so bedeutsame Ebene der Länder ist der Forschungsstand übersichtlich. Guido Hitze hat einen sehr aufschlussreichen Aufsatz zur nordrhein-westfälischen Medienpolitik publiziert (Hitze, *Medienpolitik à la NRW*). Für den niedersächsischen Fall waren für mich die ergiebigen Veröffentlichungen zur Geschichte des NDR nützlich, die jedoch die Interaktion zwischen Rundfunk und Politik nicht erkennbar werden lassen, weil ihr Verfasser beziehungsweise Herausgeber, Wolfram Köhler, dem NDR näher ist als der hannoverschen Staatskanzlei. Christian Werwaths Monografie über den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (*Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht*) widmet dessen Politik gegenüber dem NDR ein Kapitel, das jedoch nur auf den nicht allzu aussagekräftigen veröffentlichten Quellen beruht. Für die Geschichte des bundesdeutschen Journalismus bis in die 1970er Jahre hinein ist Christina von Hodenbergs wichtige Studie *Konsens und Krise* hervorzuheben.

Vergleichendes und Übergreifendes

- Humphreys, Peter J., *Mass Media and Media Policy in Western Europe*, Manchester/New York 1996.
- Kübler, Friedrich, Zwischen Markt und Demokratie. Zur Entfaltung des Medienrechts nach 1945, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hg.), *Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts*, Köln u. a. 2010, S. 255–276.
- Potschka, Christian, *Towards a Market in Broadcasting. Communications Policy in the UK and Germany*, Houndmills, Basingstoke 2012.
- Steber, Martina, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Berlin [im Erscheinen].
- Dies., A Better Tomorrow. Making Sense of Time in the Conservative Party and the CDU/CSU in the 1960s and 1970s, in: *Journal of Modern European History* 13 (2015), H. 3, S. 317–337.

Ende eines Fernsehmonopols. Die BBC in der britischen Politik Anfang der 1950er Jahre

Unveröffentlichte Quellen

Churchill Archives Centre, Cambridge (CAC): Nachlass William Haley (HALY):
Tagebücher; Nachlass Selwyn Lloyd (SELO).

Bodleian Library, Oxford: MS Woolton.

The National Archives, London (TNA): TNA Website: Discovery: Cabinet Papers (CAB).

Veröffentlichte Quellen

BBC Handbook 1958, London o. J.

Benn, Tony, *Years of Hope. Diaries, Papers and Letters 1940–1962*, hrsg. von Ruth Winstone, London u. a. 1995.

Broadcasting: Memorandum on the Report of the Broadcasting Committee, 1949. Presented to Parliament by the Secretary of State for Commonwealth Relations and the Postmaster-General [...] July 1951 (Cmd. 8291), London 1951.

Broadcasting: Memorandum on the Report of the Broadcasting Committee, 1949. Presented by the Postmaster-General to the Parliament May 1952 (Cmd. 8550), London 1952.

Broadcasting: Memorandum on Television Policy. Presented by the Postmaster-General to Parliament [...] November 1953 (Cmd. 9005), London 1953.

Fyfe, David Patrick Maxwell, *Political Adventure. The Memoirs of the Earl of Kilmuir*, London 1964.

Goldie, Grace Wyndham, *Facing the Nation. Television and Politics, 1936–1976*, London u. a. 1977.

Grisewood, Harman, *One Thing at a Time. An Autobiography*, London 1968.

Hansard 1803–2005. *Parliamentary Debates*, London, UK, <http://hansard.millbanksystems.com> [16. 6. 2017].

Hill, Lord, *Behind the Screen. The Broadcasting Memoirs of Lord Hill of Luton*, London 1974.

Mayhew, Christopher, *Time to Explain*, London u. a. 1987.

Nicolson, Harold, *Diaries and Letters, 1945–1962*, hrsg. von Nigel Nicolson, London 1968.

Ders., *Peacemaking 1919*, London 1933 [deutsche Übersetzung u. d. T. *Friedensmacher 1919*, Berlin 1933].

Report of the Broadcasting Committee, 1949, and Appendix H: Memoranda Submitted to the Committee. Presented to Parliament [...] January 1951 (Cmd. 8116, 8117), London 1951 [»Beveridge Report«].

Report of the Committee on Broadcasting, 1960. Presented to Parliament [...] June 1962 (Cmd. 1753), London 1962 [»Pilkington Report«].

- Report of the Committee on Broadcasting, 1960, Bd. 2: Appendix E: Memoranda Submitted to the Committee (Papers 103–275). Presented to Parliament [...] September 1962 (Cmnd. 1819–1), London 1962 [»Pilkington Report«].
- Simon of Wythenshawe, Lord, *The B.B.C. from Within*, London 1953.
- Wigg, Lord, *George Wigg*, London 1972.
- Williams, Francis, *Nothing so Strange. An Autobiography*, London 1970.
- Wilson, H[arper] H[ubert], *Pressure Group*, London 1961.
- Woolton, Earl of, *The Memoirs of the Rt. Hon. the Earl of Woolton*, London 1959.

Literatur

- Bale, Tim, *The Conservatives Since 1945. The Drivers of Party Change*, Oxford 2012.
- Briggs, Asa, *Competition (The History of Broadcasting in the United Kingdom, Volume V)*, Oxford/New York 1995.
- Ders., *The BBC – The First Fifty Years*, Oxford/New York 1985.
- Ders., *Sound and Vision (The History of Broadcasting in the United Kingdom, vol. IV)*, Oxford u. a. 1979.
- Coase, Ronald Harry, *British Broadcasting. A Study in Monopoly*, London 1950.
- Cockerell, Michael, *Live from Number 10. The Inside Story of Prime Ministers and Television*, London/Boston 1989.
- Cockett, Richard, *The Party, Publicity and the Media*, in: Anthony Seldon/Stuart Ball (Hg.), *Conservative Century. The Conservative Party Since 1900*, Oxford u. a. 1994, S. 547–578.
- Curran, James, Jean Seaton, *Power Without Responsibility. The Press, Broadcasting, and New Media in Britain*, London/New York 2003.
- Fickers, Andreas, *The Emergence of Television as a Conservative Media Revolution. Historicising a Process of Remediation in the Post-War Western European Mass Media Ensemble*, in: *Journal of Modern European History* 10 (2012), H. 1, S. 49–75.
- Francis, Martin, »Set the People Free?« *Conservatives and the State, 1920–1960*, in: ders./Zweiniger-Bargielowski (Hg.), *The Conservatives and British Society*, S. 58–77.
- Ders./Ina Zweiniger-Bargielowski (Hg.), *The Conservatives and British Society, 1880–1990*, Cardiff 1996.
- Frankland, Mark, *Radio Man. The Remarkable Rise and Fall of C. O. Stanley*, London 2002.
- Fraser, Peter, *Lord Beaverbrook's Fabrications in *Politicians and the War*, 1914–1916*, in: *Historical Journal* 25 (1982), S. 147–166.
- Freedman, Des, *Television Policies of the Labour Party 1951–2001*, London/Portland, OR 2003.

- Gallagher, Jock, *Twenty-Five Years of The Archers. A Who's Who of Ambridge*, London 1975.
- Gonsalves, Rebecca, 60 Things You Never Knew You Wanted to Know About *The Archers*, *The Independent*, 1. 1. 2011 (<http://www.independent.co.uk/arts-entertainment/tv/features/60-things-you-never-knew-you-wanted-to-know-about-the-archers-2173365.html>) [29. 4. 2017].
- Goodhart, Philip/Ursula Branston, *The 1922. The Story of the Conservative Backbenchers' Parliamentary Committee*, London 1973.
- Gorst, Anthony, Lewis Johnman, *The Suez Crisis*, London/New York 1997.
- Grant, Mariel, Towards a Central Office of Information. Continuity and Change in British Government Information Policy, 1939–51, in: *Journal of Contemporary History* 34 (1999), H. 1, S. 49–67.
- Hallam, Julia, Introduction: The Development of Commercial TV in Britain, in: John Finch (Hg.), *Granada Television. The First Generation*, Manchester 2003, S. 1–24.
- Hanretty, Chris, *Public Broadcasting and Political Interference*, London/New York 2011.
- Holland, Patricia, *Broadcasting and the NHS in the Thatcherite 1980s. The Challenge to Public Service*, Houndmills, Basingstoke u.a. 2013.
- Horne, Alistair, *Macmillan 1957–1986. Volume II of the Official Biography*, London 1991.
- Humphreys, Peter J., *Mass Media and Media Policy in Western Europe*, Manchester, New York 1996.
- Jarvis, Mark, *Conservative Governments, Morality and Social Change in Affluent Britain, 1957–64*, Manchester/New York 2005.
- Jones, Harriet, The Illusion of Conservative Support for the Welfare State, 1942–59, in: Antoine Capet (Hg.), *Pauvreté et inégalités en Grande-Bretagne, 1942–1990*, Rouen 2001, S. 109–119.
- Dies., »New Conservatism«? *The Industrial Charter*, Modernity and the Reconstruction of British Conservatism After the War, in: Becky Conekin u.a. (Hg.), *Moments of Modernity. Reconstructing Britain 1945–1964*, London/New York 1999, S. 171–188.
- Dies., The Cold War and the Santa Claus Syndrom. Dilemmas in Conservative Social Policy-Making, 1945–1957, in: Francis/Zweiniger-Bargielowski (Hg.), *The Conservatives and British Society*, S. 240–254.
- Dies., A Bloodless Counter-Revolution. The Conservative Party and the Defence of Inequality, 1945–51, in: dies./Michael Kandiah (Hg.), *The Myth of Consensus. New Views on British History, 1945–64*, Houndmills, Basingstoke 1996, S. 1–16.
- Kandiah, Michael David, Television Enters British Politics. The Conservative Party's Central Office and Political Broadcasting, 1945–55, in: *Historical Journal of Film, Radio and Television* 15 (1995), H. 2, S. 265–284.

- Maartens, Brendan, From Propaganda to »Information«. Reforming Government Communications in Britain, in: *Contemporary British History* 30 (2016), H. 4, S. 542–562.
- McIntyre, Ian, *The Expense of Glory, A Life of John Reith*, London 1993.
- Milland, Jeffrey, *Paternalists, Populists and Pilkington. The Struggle for the Soul of British Television, 1958–1963*, Diss. University of Bristol 2005.
- Ders., Courting Malvolio. The Background to the Pilkington Committee on Broadcasting, 1960–62, in: *Contemporary British History* 18 (2004), H. 2, S. 76–102.
- Moore, Martin, *The Origins of Modern Spin. Democratic Government and the Media in Britain, 1945–51*, Houndmills, Basingstoke/New York 2006.
- Örnebring, Henrik, Writing the History of Television Audiences. The Coronation in the Mass-Observation Archive, in: Helen Wheatley (Hg.), *Re-Viewing Television History. Critical Issues in Television Historiography*, London/New York 2007, S. 170–183.
- Paulu, Burton, *Television and Radio in the United Kingdom*, London u.a. 1981.
- Ders., *Radio and Television Broadcasting on the European Continent*, Minneapolis 1967.
- Potschka, Christian, *Towards a Market in Broadcasting. Communications Policy in the UK and Germany*, Houndmills, Basingstoke 2012.
- Reiter, Hans-Peter, *Die Struktur des britischen Rundfunks. Folgerungen für die Medienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland*, Pfaffenweiler 1986.
- Ridge-Newman, Anthony, *The Tories and Television, 1951–1964. Broadcasting an Elite*, London 2017.
- Seldon, Anthony, *Churchill's Indian Summer. The Conservative Government, 1951–1955*, London 1981.
- Sendall, Bernard, *Independent Television in Britain*, Bd. 1: Origin and Foundation, 1946–62, London/Basingstoke 1982; Bd. 2: Expansion and Change, 1958–68, London/Basingstoke 1983.
- Seymour-Ure, Colin, The Rise of the Downing Street Press Secretary, in: ders., *Prime Ministers and the Media. Issues of Power and Control*, Oxford u.a. 2003, S. 123–142.
- Ders., *The British Press and Broadcasting since 1945*, Oxford 1996.
- Shaw, Tony, Cadogan's Last Fling. Sir Alexander Cadogan, Chairman of the Board of Governors of the BBC, in: Saul Kelly/Anthony Gorst (Hg.), *Whitehall and the Suez Crisis*, London/Portland, OR 2000, S. 126–145.
- Ders., *Eden, Suez and the Mass Media. Propaganda and Persuasion During the Suez Crisis*, London/New York 1996.
- Smethurst, William, *The Archers. The True Story. The History of Radio's Most Famous Programme*, London 1996.

- Taylor, A. J. P., Beaverbrook, London 1972.
- Thorpe, D. R., Selwyn Lloyd, London 1989.
- Tracey, Michael, Thatcher, Thatcherism and British Broadcasting Policy, in: *Rundfunk und Geschichte* 40 (2014), H. 1/2, S. 63–76.
- Tulloch, John, Policing the Public Sphere – The British Machinery of News Management, in: *Media, Culture & Society* 15 (1993), H. 3, S. 363–384.
- Whittaker, Christine, How the BBC Pictured Itself, in: Graham Roberts/Philip M. Taylor (Hg.), *The Historian, Television and Television History*, Luton 2001, S. 145–156.

»Cuius regio, eius radio«. Die christdemokratische Politik und der Norddeutsche Rundfunk um 1980

Unveröffentlichte Quellen

- Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin (ACDP)*: Bestand Christian Schwarz-Schilling (01-824); Walther Leisler Kiep: Tagebuch (01-867-00413); Bestand CDU-Bundespartei (07-001).
- Hauptstaatsarchiv (HStA) Hannover*: Bestand Staatskanzlei Niedersachsens (Nds. 50).
- Kreisarchiv Emsland, Meppen*: Nachlass Werner Remmers (N 1).
- Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig*: Abteilung Ministerpräsident und Staatskanzlei (605).

Veröffentlichte Quellen

- Albrecht, Ernst, *Erinnerungen, Erkenntnisse, Entscheidungen. Politik für Europa, Deutschland und Niedersachsen*, Göttingen 1999.
- Bethge, Herbert, Probleme der Staatsaufsicht über Gemeinschaftseinrichtungen der Länder. Zur Rechtsaufsicht über den Norddeutschen Rundfunk, in: *Rundfunk und Fernsehen* 25 (1977), H. 1/2, S. 41–55.
- Bürger für freien Rundfunk e.V., *Der Vertrag. Vom selbstlosen Kampf »unserer« Politiker um unseren Rundfunk. Eine Dokumentation*, Hamburg 1979.
- CDU Hamburg, *Die Wahrheit über den NDR. Materialien zur Diskussion über die Zukunft des NDR*, Hamburg 1979.
- CDU Schleswig-Holstein, *Für einen besseren Rundfunk. Die Auseinandersetzung um den NDR und ihre Folgen*, Kiel 1980.
- cob, Bayerische Glückwünsche für die ARD, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 148, 30. 6. 1980, S. 4.
- Dechamps, Bruno, Rundfunkreform auf bayerisch, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 42, 19. 2. 1972, S. 1.
- Evangelischer Pressedienst (epd) (Hg.), *Probleme der äußeren Rundfunkfreiheit. Dokumentation 46/74 und 47/74*, 2 Bde., Frankfurt am Main, 14. Oktober 1974.

- Glötz, Peter, Kampagne in Deutschland. Politisches Tagebuch 1981–1983, Hamburg 1986.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang u. a., Die Kündigung des NDR-Staatsvertrages. Voraussetzungen und Folgen, Berlin 1980.
- Ders., Programmgrundsätze – Programmverantwortung – Programmkontrolle. Überlegungen zur Neufassung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk, in: *Rundfunk und Fernsehen* 26 (1978), H. 2, S. 111–140.
- Ders./Christian Starck (Hg.), Das niedersächsische Rundfunkgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht. Dokumentation der Schriftsätze und des Urteils vom 4. November 1986, Baden-Baden 1987.
- Jungsozialisten Niedersachsen, CDU-Angriffe auf den NDR. Dokumentation und Stellungnahmen, Hannover 1979.
- Kiep, Walther Leisler, Was bleibt ist große Zuversicht. Erfahrungen eines Unabhängigen. Ein politisches Tagebuch, Berlin/Wien 1999.
- Klose, Hans-Ulrich, Es geht nicht nur um den NDR. Rede von Hans-Ulrich Klose zur Eröffnung der Hamburger Medientage 79 und Pressestimmen zur Diskussion über die Zukunft des Rundfunks, Hamburg 1979.
- Landesbürgerkomitee Rundfunkfreiheit (Hg.), Freiheit für Funk und Fernsehen in Bayern, München 1972.
- Medien von morgen. Für Bürgerfreiheit und Meinungsvielfalt. CDU/CSU 27./28. Februar 1985 in Mainz, Bonn 1985.
- NDR-Mitteilungen für Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Programmbeirat, hrsg. vom NDR, HA Information, Nr. 8, 26. April 1972.
- Norddeutscher Rundfunk, Feststellungsklagen des NDR gegen die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu Fragen der Wirksamkeit und Wirkungen der Staatsvertragskündigung, Hamburg 1979.
- Ders. (Hg.), Thema: NDR. Beiträge zur Kündigung des NDR-Staatsvertrages und ihren Folgen. Dokumentation: Der Kieler Entwurf für einen neuen NDR-Staatsvertrag vom Juli 1978, Berlin 1978.
- Ders., NDR-Materialien zur Staatsvertragskündigung, 1. Folge April 1978, Hamburg 1978.
- Ders., NDR-Materialien zur Staatsvertragskündigung, 2. Folge Juli 1978, Hamburg 1978.
- Ders., Stellungnahme des Norddeutschen Rundfunks zu Äußerungen von Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg über den NDR vor dem schleswig-holsteinischen Landtag am 14. 7. 77 und in Presse und Rundfunk, Hamburg 1977.
- Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 34. Jg., Nr. 52, 15. Dezember 1980, S. 481–489: Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) vom 10. Dezember 1980.
- Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 9. Jg., Nr. 16, 27. April 1955,

S. 167–171: Gesetz betreffend den Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk vom 19. April 1955.

Plenarprotokolle des Schleswig-Holsteinischen Landtags 1979–1984.

Schmidt, Helmut, Die Verantwortung des Politikers für die Entwicklung der Medien und eine humane Gesellschaft, in: Medienpolitische Fachtagung »Medien von morgen. Risiko und Chance für eine humane Gesellschaft« am 22. und 23. November 1979 in Bonn (Forum Zukunft SPD, Dokumente), hrsg. vom Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, Bonn 1980, S. 92–106.

Schneider, Norbert (Red.), Herrschaft und Kritik. Probleme der Rundfunkfreiheit (medium Dokumentation, hrsg. vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Bd. 5), Frankfurt am Main 1974.

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, NDR-Hearing der SPD-Landtagsfraktion 17. und 18. Mai 1979. Protokoll, Hannover 1979.

SPD-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen (Hg.), Ausschuss für Medienpolitik beim SPD-Landesvorstand. Dokumentation. CDU-Kampagne Westdeutscher Rundfunk (Köln), Düsseldorf, November 1978.

Stadt Hamburg, Das NDR-Urteil. Hamburg setzte sich durch, Hamburg 1980.

Dies., Klose: Wir werden alles tun, um den NDR zu erhalten, Hamburg 1980.

Dies., Zum neuen NDR-Vertrag, Hamburg 1980.

Starck, Christian, Zusammensetzung der Rundfunkgremien und Rundfunkfreiheit. Gutachten, in: Evangelischer Pressedienst (epd) (Hg.), Probleme der äußeren Rundfunkfreiheit., Bd. 1: Dokumentation 46/74, Frankfurt am Main, 14. Oktober 1974, S. 10–52.

Ders., Rundfunkfreiheit als Organisationsproblem. Zur Zusammensetzung der Rundfunkgremien, Tübingen 1973.

Ders., Rundfunkfreiheit als Organisationsproblem, in: Wie geduldig ist Medienpapier? Zur Medienpolitik der Parteien. Tagung der Evangelischen Konferenz für Kommunikation und der Evangelischen Akademie Arnoldshain vom 2. bis 3. April 1973, Frankfurt am Main 1973, S. 109–131.

Ders., Rundfunkräte und Rundfunkfreiheit, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 3 (1970), H. 10, S. 217–225.

Stenographische Berichte des Niedersächsischen Landtags 1979–1984.

Stoltenberg, Gerhard, Erinnerungen und Entwicklungen. Deutsche Zeitgeschichte 1945–1999, Flensburg 1999.

Literatur

Arnold, Klaus, Wie Deutschland begann, sich für Politik zu interessieren. Medienrezeption in den 1960er und 1970er Jahren, in: ders. u. a. (Hg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik im 20. Jahrhundert, Leipzig 2010, S. 323–346.

- Aschmann, Birgit, Der Kult um den massenphobischen spanischen Geistesaristokraten Ortega y Gasset in den 1950er Jahren, in: Schildt (Hg.), Von draußen, S. 28–55.
- Bausch, Hans, Rundfunkpolitik nach 1945, 2 Bde. (Rundfunk in Deutschland, hrsg. von Hans Bausch, Bd. 3 und 4), München 1980.
- Bell, Daniel, Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York 1975 [= gekürzte deutsche Übersetzung der amerikanischen Originalausgabe: *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*, New York 1973].
- Benda, Ernst, Die Verfassung vor den Herausforderungen moderner Technologien (am Beispiel der Rundfunkfreiheit), in: Schneider/Steinberg (Hg.), Verfassungsrecht zwischen Wissenschaft und Richterkunst, S. 3–11.
- Bethge, Herbert, Rundfunkgesetzgebung. Thematik, Trends, Tendenzen, in: *Zeitschrift für Gesetzgebung* 10 (1995), H. 2, S. 101–131.
- Ders., Probleme der Staatsaufsicht über Gemeinschaftseinrichtungen der Länder. Zur Rechtsaufsicht über den Norddeutschen Rundfunk, in: *Rundfunk und Fernsehen* 9 (1977), H. 1–2, S. 41–55.
- Bösch, Frank, Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung. Wege zur Einführung des privaten Rundfunks in den 1970/80er Jahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 191–210.
- Collings, Justin, *Democracy's Guardians. A History of the German Federal Constitutional Court 1951–2001*, Oxford/New York 2015.
- Crone, Michael, Freiheit oder Kontrolle. Der Kampf um die Rundfunkfreiheit in Bayern 1972/73, in: Winfried B. Lerg/Rolf Steininger (Hg.), *Rundfunk und Politik 1923 bis 1973*, Berlin 1975, S. 439–461.
- Diller, Ansgar, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, in: Wilke (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 146–166.
- Doering-Manteuffel, Anselm u. a., *Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985*, Tübingen 2015.
- Dussel, Konrad, *Deutsche Rundfunkgeschichte*, 2. überarb. Aufl., Konstanz 2004.
- Ders., Die Politiker und das öffentlich-rechtliche Fernsehen. NDR und SWF in den fünfziger und sechziger Jahren, in: *Rundfunk und Fernsehen* 44 (1996), H. 1, S. 86–101.
- Fickers, Andreas, The Emergence of Television as a Conservative Media Revolution. Historicising a Process of Remediation in the Post-War Western European Mass Media Ensemble, in: *Journal of Modern European History* 10 (2012), H. 1, S. 49–75.
- Frei, Norbert/Dietmar Süß (Hg.), *Privatisierungen. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen 2012.
- Grünewald, Robert, *Medienordnung und Bundesstaat. Zur Medienpolitik der CDU in der Konstituierungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1949–1969*, Berlin 2005.

- Halefeldt, Horst O., Vom Besatzungs- zum Parteienrundfunk. Rundfunkkontrolle in Westdeutschland nach 1945, in: *Rundfunk und Geschichte* 6 (1980), H. 4, S. 171–195.
- Hering, Carl Joseph u. a. (Hg.), Entscheidungen in Kirchensachen seit 1946, Bd. 17 (1. 7. 1978–31. 12. 1979), Berlin/New York 1984.
- Hermanni, Alfred-Joachim, Medienpolitik in den 80er Jahren. Machtpolitische Strategien der Parteien im Zuge der Einführung des dualen Rundfunksystems, Wiesbaden 2008.
- Herres, Volker/Jobst Plog, Die Jahre der Krise. Der Staatsvertrag wird gekündigt, in: Köhler (Hg.), *Der NDR*, S. 257–306.
- Hickethier, Knut, Early TV. Imagining and Realizing Television, in: Jonathan Bignell/Andreas Fickers (Hg.), *A European Television History*, Oxford u. a. 2008, S. 55–78.
- Ders., *Geschichte des deutschen Fernsehens*, Stuttgart u. a. 1998.
- Hitze, Guido, Medienpolitik à la NRW in den 1980er Jahren. Politische Reform zwischen Anpassungsdruck, Gestaltungswillen und Machtkalkül, in: *Geschichte im Westen* 21 (2006), S. 81–124.
- Hochgeschwender, Michael, Der Verlust des konservativen Denkens. Eine Facette der bundesdeutschen Westernisierung 1950–1980, in: Schildt (Hg.), *Von draußen*, S. 149–190.
- Hodenberg, Christina von, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006.
- Dies., Politische Generationen und massenmediale Öffentlichkeit. Die Fünf- undvierziger in der Bundesrepublik, in: Ulrike Jureit/Michael Wildt (Hg.), *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, Hamburg 2005, S. 266–294.
- Dies., Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit in: Ulrich Herbert (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 278–311.
- Hoffmann, Hans-Joachim, *Journalismus und Kontrolle. Eine Studie zum Konflikt um die politischen Fernsehmagazine der ARD: Panorama, Report Baden-Baden, Report München, Monitor, Kontraste*, München 1990.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang, Stadien des Rundfunk-Richterrechts, in: Otfried Jarren (Hg.), *Medienwandel – Gesellschaftswandel? 10 Jahre dualer Rundfunk in Deutschland. Eine Bilanz*, Berlin 1994, S. 17–33.
- Humphreys, Peter J., *Mass Media and Media Policy in Western Europe*, Manchester/New York 1996.
- Ders., *Media and Media Policy in West Germany. The Press and Broadcasting Since 1945*, New York u. a. 1990.
- Jarren, Otfried/Patrick Donges, Medienpolitik zwischen Politikverzicht, parteipolitischer Interessenwahrung und transnationalen Einflüssen, in: Manfred G. Schmidt/Reimut Zohlnhöfer (Hg.), *Regieren in der Bundesre-*

- publik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden 2006, S. 385–403.
- Kahlenberg, Friedrich P., Rundfunkfreiheit im Verständnis der politischen Parteien während der Nachkriegszeit – ein schwieriger Lernprozess, in: Lothar Albertin/Werner Link (Hg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1981, S. 325–344.
- Kleinsteuber, Hans J., Das Ende verfassungsgerichtlicher Medienpolitik? Zur Wandlung der deutschen Rundfunkordnung unter dem Einfluss der Kommerzialisierung, in: *Kritische Justiz* 26 (1993), H. 1, S. 1–20.
- Ders., Rundfunkpolitik in der Bundesrepublik. Der Kampf um die Macht über Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1982.
- Köhler, Wolfram (Hg.), Der NDR. Zwischen Programm und Politik. Beiträge zu seiner Geschichte, Hannover 1991.
- Ders. (Hg.), Das Funkhaus Hannover. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks in Niedersachsen, Hannover 1987.
- Ders., Rundfunkgeschichte als Landesgeschichte am Beispiel Niedersachsen, in: *Rundfunk und Geschichte* 12 (1986), H. 4, S. 267–276.
- König, Klaus/Angelika Benz (Hg.), Privatisierung und staatliche Regulierung. Bahn, Post und Telekommunikation, Rundfunk, Baden-Baden 1997.
- Kübler, Friedrich, Zwischen Markt und Demokratie. Zur Entfaltung des Medienrechts nach 1945, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hg.), Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln u. a. 2010, S. 255–276.
- Lampe, Gerhard, Panorama, Report und Monitor. Geschichte der politischen Fernsehmagazine 1957–1990, Konstanz 2000.
- Ders./Heidemarie Schumacher, Das »Panorama« der 60er Jahre. Zur Geschichte des ersten politischen Fernsehmagazins der BRD, Berlin 1991.
- Lamprecht, Rolf, Ich gehe bis nach Karlsruhe. Eine Geschichte des Bundesverfassungsgerichts, München 2011.
- Lehn, Marcel vom, Geschichte eines »Sachzwangs«. Privatisierung als historischer Prozess, in: *Neue Politische Literatur* 58 (2013), S. 59–76.
- Lersch, Edgar, Regional Television in Germany, in: Andreas Fickers/Catherine Johnson (Hg.), *Transnational Television History. A Comparative Approach*, London/New York 2012, S. 140–145.
- Ludes, Peter u. a. (Hg.), Informations- und Dokumentarsendungen (Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, hrsg. von Helmut Kreuzer u. Christian W. Thomsen), München 1994.
- Maaßen, Ludwig, Der Kampf um den Rundfunk in Bayern. Rundfunkpolitik in Bayern 1945–1973 (Rundfunkforschung, Bd. 7), Berlin 1979.
- Mergel, Thomas, Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts, in: Michael Wildt (Hg.), *Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute*, Göttingen 2014, S. 224–243.

- Negrine, Ralph (Hg.), *Satellite Broadcasting and Politics*, London 1988.
- Nehring, Holger, *Debatten in der medialisierten Gesellschaft. Bundesdeutsche Massenmedien in den globalen Transformationsprozessen der siebziger und achtziger Jahre*, in: Thomas Raithel u. a. (Hg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009, S. 45–65.
- Potschka, Christian, *Towards a Market in Broadcasting. Communications Policy in the UK and Germany*, Houndmills, Basingstoke 2012.
- Rauchhaus, Alexandra, *Rundfunk und Staat. Das Gebot der Staatsferne des Rundfunks vor neuen Herausforderungen*, Berlin 2014.
- Reschke, Anja, *Die Unbequemen. Wie Panorama die Republik verändert hat*, München 2011.
- Rundfunkpolitik und Rundfunkentwicklung in Bayern: Das »Schlüsseljahr« 1972, in: Markus Behmer/Bettina Hasselbring (Hg.), *Radiotage, Fernsehjahre. Studien zur Rundfunkgeschichte nach 1945*, Münster 2006, S. 27–61.
- Schabacher, Gabriele, »Tele-Demokratie«. Der Widerstreit von Pluralismus und Partizipation im medienpolitischen Diskurs der 70er Jahre, in: Schneider u. a. (Hg.), *Medienkultur der 70er Jahre*, S. 141–180.
- Schildt, Axel (Hg.), *Von draußen. Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik bis 1990*, Göttingen 2016.
- Ders., *Anpassung und Lernprozesse. Wiederaufstieg und Erneuerung des deutschen Konservatismus nach 1945*, in: Michael Großheim/Hans Jörg Hennecke (Hg.), *Staat und Ordnung im konservativen Denken*, Baden-Baden 2013, S. 189–209.
- Ders., *Annäherungen an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik*, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Göttingen 2011.
- Schletter, Christian, »Grabgesang der Demokratie«. Die Debatten über das Scheitern der bundesdeutschen Demokratie von 1965 bis 1985, Göttingen 2015.
- Schneider, Hans-Peter/Rudolf Steinberg (Hg.), *Verfassungsrecht zwischen Wissenschaft und Richterkunst. Konrad Hesse zum 70. Geburtstag*, Heidelberg 1990.
- Schneider, Irmela u. a. (Hg.), *Medienkultur der 70er Jahre (Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Bd. 3)*, Wiesbaden 2004.
- Schütz, Walter J. (Hg.), *Medienpolitik. Dokumentation der Kommunikationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990*, Konstanz 1999.
- Schulz, Winfried, *Die Transformation des Mediensystems in den Achtzigern. Epochale Trends und modifizierende Bedingungen*, in: Arnulf Kutsch u. a. (Hg.), *Rundfunk im Wandel. Beiträge zur Medienforschung. Festschrift für Winfried Lerg*, Berlin 1993, S. 155–172.

- Schulz, Wolfgang (Hg.), Staatsferne der Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten. Materialien zur Diskussion um eine Reform (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts Nr. 12), Juni 2002, Hamburg 2002.
- Spangenberg, Peter M., Der unaufhaltbare Aufstieg zum dualen System?. Diskursbeiträge zur Technikinnovation und Rundfunkorganisation, in: Schneider u. a. (Hg.), Medienkultur der 70er Jahre, S. 21–39.
- Steinmetz, Rüdiger, Initiativen und Durchsetzung privat-kommerziellen Rundfunks, in: Wilke (Hg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 167–191.
- Vogel, Meike, Unruhe im Fernsehen. Protestbewegung und öffentlich-rechtliche Berichterstattung in den 1960er Jahren, Göttingen 2010.
- Werwath, Christian, Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (1976–1990). Annäherung an einen Unnahbaren. Politische Führung in Niedersachsen, Stuttgart 2014.
- Ders., Ernst Albrecht. Wenn aus Lehrjahren Herrenjahre werden, in: Teresa Nentwig u. a. (Hg.), Die Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen. Landesväter und Landesmanager, Hannover 2012, S. 148–175.
- Wienholtz, Ekkehard, Rundfunkurteile und Rundfunkgesetzgebung, in: Schneider/Steinberg (Hg.), Verfassungsrecht zwischen Wissenschaft und Richterkunst, S. 13–31.
- Wilke, Jürgen (Hg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln u. a. 1999.
- Wittkämper, Gerhard (Hg.), Medien und Politik, Darmstadt 1992.

Vergleichendes zum Schluss

- Ackermann, Eduard, Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Politik, Bergisch-Gladbach 1994.
- Baugut, Philip/Maria-Theresa Grundler, Politische (Nicht-)Öffentlichkeit in der Mediendemokratie. Eine Analyse der Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten in Berlin, Baden-Baden 2009.
- Bennett, W. Lance u. a., The Semi-Independent Press. A Theory of News and Democracy, in: dies., When the Press Fails. Political Power and the News Media from Iraq to Katrina, Chicago u. a. 2007, S. 46–71.
- Crouch, Colin, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.
- Daniel, Ute, Der Krimkrieg 1853–1856 und die Entstehungskontexte medialer Kriegsberichterstattung, in: dies. (Hg.), Augenzeugen. Kriegsberichterstattung vom 18. zum 21. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 40–67.
- Dörner, Andreas, Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main 2001.
- Franz, Corinna (Bearb.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

- Sitzungsprotokolle 1961–1966, erster Teilband: September 1961–Juli 1963, Düsseldorf 2004.
- Koch-Baumgarten, Sigrid/Katrin Voltmer, Conclusion. The Interplay of Mass Communication and Political Decision Making – Policy Matters!, in: dies. (Hg.), *Public Policy and Mass Media. The Interplay of Mass Communication and Political Decision Making*, London/New York 2010, S. 215–227.
- Leonhardt, Holm Arno, *Kartelltheorie und Internationale Beziehungen. Theoriegeschichtliche Studien*, Hildesheim u. a. 2013.
- Meyer, Thomas, *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Frankfurt am Main 2001.
- Oberreuter, Heinrich, *Übermacht der Medien. Erstickt die demokratische Kommunikation?*, Zürich/Osnabrück 1982.
- Seymour-Ure, Colin, Prime Ministers and Press Conferences, in: ders., *Prime Ministers and the Media. Issues of Power and Control*, Oxford u. a. 2003, S. 169–202.
- Sparrow, Andrew, *Obscure Scribblers. A History of Parliamentary Journalism*, London 2003.
- Street, John, *Mass Media, Politics and Democracy*, Houndmills, Basingstoke/ New York 2011.
- Tunstall, Jeremy, *The Westminster Lobby Correspondents*, London 1970.
- Wieland, Wolfgang, Art. »Entwicklung, Evolution«, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 199–228.
- Williams, Francis, *Nothing so Strange. An Autobiography*, London 1970.

Dank

Das stärkste Gefühl bei der Drucklegung dieses Buches, von dem ich jahrelang in Beschlag genommen worden bin, ist neben Erleichterung eine große Dankbarkeit. Denn viele Menschen und Institutionen haben mir die Konzentration auf dieses Projekt ermöglicht, bei der Quellen- und Literaturrecherche geholfen und das Entstehen der einzelnen Kapitel mit hilfreicher Kritik, aufmerksamer Lektüre erster Fassungen und geduldigem Zuhören gefördert. Der VolkswagenStiftung und der Fritz Thyssen Stiftung danke ich für die zweijährige Förderung im Rahmen des Opus-magnum-Programms und der Gerda Henkel Stiftung für die Finanzierung einer einjährigen Gastprofessur am Deutschen Historischen Institut London und an der London School of Economics and Political Science. Die Kolleginnen und Mitarbeiterinnen beider Einrichtungen haben mir nicht nur wunderbare Arbeitsbedingungen verschafft, sondern mein Londoner Jahr durch ihre Freundlichkeit, ihr Interesse an meinem Tun und vielerlei Hilfestellungen buchstäblich verzaubert. Das gilt auch für Dominic Lieven, der mir seine Dachwohnung zur Verfügung stellte und in seiner Küche wunderbare Gespräche über Buchprojekte und die Weltgeschichte mit mir führte.

Meinen Braunschweiger Kollegen und Kolleginnen des Instituts für Geschichtswissenschaft, der Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften und der TU Braunschweig bin ich dankbar, weil sie meine langen Abwesenheiten mitgetragen und meine hervorragenden Vertreterinnen freundlich aufgenommen haben. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Archive und Bibliotheken in Großbritannien und Deutschland, denen ich viel Arbeit gemacht habe, die mir aber mit gleichbleibender Freundlichkeit und Effizienz ein zügiges Vorkommen bei der Durchforstung von Quellen und Literatur ermöglicht haben, bin ich ebenfalls sehr zu Dank verpflichtet.

Mehrere Personen haben mir, was bekanntlich nicht selbstverständlich ist, dankenswerterweise ihre Manuskripte zugänglich ge-

macht: Daniela Gasteiger das ihrer Dissertation über Kuno von Westarp, Björn Hofmeister seine Dissertation über den Alldeutschen Verband, Hauke Janssen vom *Spiegel*-Archiv das Manuskript des 2013 erschienenen Sammelbandes zur *Spiegel*-Affäre, Jantje Marie Sieling ihre Masterarbeit zur Kampagne *Kampf dem Atomtod* (Leuphana Universität Lüneburg 2012) und Martina Steber das Manuskript ihrer Habilitationsschrift *Die Hüter der Begriffe*.

Walther Leisler Kiep danke ich für ein ebenso interessantes wie angenehmes Gespräch über seine Zeit als Wirtschafts- und Finanzminister in Niedersachsen.

Bei der Recherche und dem Kopieren von Zeitungsartikeln waren Anna Buchroth, Helena Iwasinski, Jascha Makulik, Jessica Martensen und Regina Petrich eine große Hilfe. Immens wertvoll waren mir Kritiken und Kommentare zu einzelnen Kapiteln oder Aspekten des Buchs und Hilfe beim Ausmerzen von Fehlern, die ich vor allem von Annelie Buntenbach, Helmut Castritius, Hartmut Daniel, Carola Dietze, Thomas A. Kohut, Angela Kühnen, Karl-Reinhard und Linde Kummer, Klaus Latzel, Hanns Püllen, Thomas Scharff, Axel Schildt, Hermann Schulz, Norbert Schwarte, Doro Temme und Clemens Zimmermann erhalten habe. Christian Götter und Lennart Bohnenkamp haben in vielfacher Weise zu diesem Buch beigetragen, durch intensive Materialrecherchen und -auswertungen, durch ihre engagierte und unermüdliche Hilfe bei der Überarbeitung des Manuskripts und durch stundenlange anregende Diskussionen über Spezifika der Medien- und Politikgeschichte, über Sinn und Unsinn bestimmter wissenschaftlicher Kategorien oder über die Frage, was das Tangotanz mit der Beziehung zwischen Politik und Medien zu tun hat.

Birgit Otte von der Hamburger Edition gilt mein herzlicher Dank für das sorgfältige Lektorat und die klugen Vorschläge zu vielen Details. Dass sie ihre Liebe zum Buch auch meinem Text hat angedeihen lassen, hat mir nicht nur interessante Einblicke in die verlegerische Buchgestaltung ermöglicht, sondern mir auch dabei geholfen zu genießen, dass ein quasi zum Lebensabschnittsbegleiter gewordenes Projekt in seine endgültige Form gebracht und mir damit entfremdet wird – auch wenn noch so viel Interessantes daran zu ergänzen wäre ...

Personenregister

- Adenauer, Konrad 29, 206, 240–243, 245–248, 255–264, 266–274, 289, 338f., 342
- Ahlers, Conrad, 237f., 242, 251, 254, 256, 258, 273
- Aitken, William Maxwell (»Max«),
Baron Beaverbrook 25, 63, 71f., 80, 127, 152 ff., 162–166, 168f., 171–176, 178
- Albrecht, Ernst 35 ff., 335 ff., 341 ff., 347f., 350, 356–367, 375
- Amery, Leopold (»Leo«) 159, 170
- Andersen, Hans Christian 270
- Asquith, Herbert Henry, Earl of Oxford and Asquith 55, 57, 60–64, 69, 74f., 162
- Assheton, Ralph, Baron Clitheroe 311
- Astor, Gavin, Baron Astor of Hever 235f.
- Astor, John Jacob, Baron Astor of Hever 235
- Attlee, Clement, Earl Attlee 9, 306f., 309f., 380
- Augstein, Rudolf 29, 237 ff., 244, 250, 256f., 266, 269, 273f., 276f., 280f.
- Bahr, Egon 344
- Baldwin, Stanley, Earl Baldwin of Bewdley 25f., 129, 152–174
- Ballin, Albert 99
- Barschel, Uwe 345
- Barzel, Rainer 327
- Beaverbrook, Lord → Aitken, William Maxwell
- Bell, Daniel 352
- Bell, Ronald 223
- Benckiser, Nikolas 263, 277
- Berlusconi, Silvio 179
- Bernhard, Georg 188
- Bernhard, Ludwig 139–142
- Bethmann Hollweg, Theobald von 82, 84 ff., 88, 93 ff., 97 ff., 103f., 106f., 112f., 116, 119
- Blair, Tony 383
- Blücher von Wahlstatt, Gebhard Fürst 187
- Blücher von Wahlstatt, Evelyn Fürstin 187f.
- Bölling, Klaus 348
- Bonar Law, Andrew 57, 63, 157f., 163f.
- Börnsen, Gert 347, 349, 360
- Bourdet, Claude 275
- Brandes, Bruno 346, 374
- Brandt, Willy 289, 327
- Bredt, Johann Viktor 110, 114, 130
- Briand, Aristide 67
- Brooke, Henry, Baron Brooke of Cumnor 224, 230 ff.
- Bülow, Bernhard Fürst von 98
- Burke, Edmund 174ff.
- Butler, Richard Austen (»Rab«),
Baron Butler of Saffron Walden 323
- Cadbury, George 54
- Carington, Peter, Baron Carrington 217, 227f.
- Carrington, Lord → Carington, Peter

- Carson, Edward, Baron Carson 63
 Castle, Barbara, Baroness Castle of
 Blackburn 223, 225
 Cazalet, Thelma 170
 Chamberlain, Austen 73, 159, 173
 Chamberlain, Neville 159, 170, 173
 Churchill, Randolph 159
 Churchill, Winston 34, 55, 111, 159,
 161, 169, 195, 293, 300, 304, 307,
 310, 312, 315, 318f.
 Chuter Ede, James, Baron Chuter-
 Ede 231
 Claß, Heinrich 137f.
 Clough, Desmond 219
 Cook, Edward T. 54
 Cooper, Alfred (»Duff«), Viscount
 Norwich 171ff.
 Crossman, Richard (»Dick«) 223,
 225
 Czernin von und zu Chudenitz,
 Ottokar Graf 110, 112
 Dalziel, Henry, Baron Dalziel of
 Kirkcaldy 77
 David, Eduard 81f., 84
 Dawson, Geoffrey 63, 72
 De La Warr, Earl → Sackville,
 Herbrand
 Dechamps, Bruno 252, 340
 Delbrück, Hans 93
 Denning, Alfred, Baron Denning
 233f.
 Deutelmoser, Erhard 101, 116
 Dilhorne, Lord Chancellor →
 Manningham-Buller, Reginald
 Donald, Robert 46, 54–58, 61ff., 65,
 68ff., 74–77, 79
 Donovan, John 306
 Douglas-Home, Alexander (»Alec«),
 Baron Home of the Hirsell 311
 Dunglass, Lord → Douglas-Home,
 Alexander
 Driberg, Tom, Baron Bradwell 174
 Eck, Peter van (recte: Felix Josef
 Schwarz) 257
 Eden, Anthony, Earl of Avon 319, 321,
 323f.
 Eichmann, Adolf 244
 Eisenstein, Sergei 142
 Elizabeth II., Königin von Groß-
 britannien 295, 316
 Erzberger, Matthias 110ff.
 Escherich, Georg 130f.
 Fairlie, Henry 324f.
 Feindt, Hans 332
 Fell, Anthony 222
 Finck von Finckenstein, Hans-
 Werner Graf 237ff., 254, 271
 Fischbeck, Otto 96
 Fischer, Erich 277
 Flach, Karl-Hermann 249, 280
 Foch, Ferdinand 76
 Foot, Dingle 222
 Foot, Michael 215
 Foster, Reginald 208, 219f., 222ff.,
 228, 284
 Francis-Williams, Lord → Williams,
 Francis
 Fränkel, Wolfgang 278
 French, John, Earl of Ypres 60
 Funk, Walther 124
 Fyfe, David Maxwell, Viscount
 Kilmuir 297, 317
 Gabert, Volkmar 340
 Gaitskell, Hugh 323f.
 Galbraith, Thomas, Baron Strath-
 clyde 214f., 217, 227f.
 Gandhi, Mohandas Karamchand
 (»Mahatma«) 172
 Gardiner, Alfred G. 54, 61f.
 Gascoyne-Cecil, Robert, Marquess of
 Salisbury 312f.
 Gaulle, Charles de 211
 George V., König von Groß-
 britannien 47, 80

- George VI., König von Groß-
britannien 80
- George, Heinrich 199
- Gerlach, Hellmut von 144
- Gerstenmaier, Eugen 248
- Gibbon, Edward 229
- Gibbs, Philip 21, 67
- Goebbels, Joseph 9, 21, 27f., 183,
188–202, 276f., 386
- Goebbels, Magda 191
- Goethe, Johann Wolfgang von 61,
103
- Göring, Hermann 190, 195f.
- Graf, Maximilian (»Maxl«) 340
- Grey, Edward, Viscount Grey of
Fallodon 55
- Griffith-Jones, Mervyn 212, 233
- Grisewood, Frederick (»Freddie«)
324
- Grisewood, Harman 324
- Grübmeyer, Werner 350
- Gruhl, Herbert 329
- Güde, Max 245f.
- Gwynne, H[owell] A[rthur] 63, 68,
71
- Haffner, Sebastian 260f.
- Hahn, Wolfgang 334
- Haig, Douglas, Earl Haig 66, 68f., 76
- Hale, Leslie, Baron Hale 223
- Haley, William 209f., 215, 220ff.,
227f., 232, 234ff., 302, 305f.,
308ff., 312–315, 380
- Hamm-Brücher, Hildegard 340
- Hanssen, Hans Peter 83
- Harmsworth, Alfred, Viscount
Northcliffe 22f., 44, 50, 58–62,
65f., 68–72, 79f., 116, 127f., 162,
166
- Harmsworth, Harold, Viscount
Rothermere 25, 72, 127, 152ff.,
163, 166ff., 171ff., 178
- Hasse, Ernst 137
- Hassel, Kai-Uwe von 372
- Hatzfeldt, Hermann Fürst von 98
- Hauptmann, Gerhart 244
- Hearst, William Randolph 163
- Hergt, Oskar 136, 147
- Herr, Trude 257
- Hertling, Georg Graf von 107, 116
- Heydte, August Freiherr von der
270
- Hindenburg, Paul von 73, 86–89,
102, 107, 116, 119, 137, 142, 149, 185
- Hitler, Adolf 28, 124, 149f., 167, 182,
184–193, 195f., 244, 266, 276, 288
- Hoare, Samuel, Viscount Temple-
wood 168
- Hobson, John 216–219
- Hobson, Valerie 225
- Hoch, Oswald 350
- Höcherl, Hermann 256, 259, 269
- Höfer, Werner 279f.
- Hoffmann, Max 87
- Hoffmann, Volkmar 250
- Holtzendorff, Arndt von 99
- Höpker, Wolfgang 251, 267f., 277
- Horne, Robert, Viscount Horne of
Slamannan 168f.
- Huber, Ernst Rudolf 189
- Hugenberg, Alfred 25f., 92, 128,
136–144, 146–151, 178f.
- Irwin, Lord → Wood, Edward
- Jacob, Ian 319f., 324
- Jansen, Günther 373
- Kafka, Franz 304
- Kapp, Wolfgang 114f., 132
- Kästner, Erich 340
- Keeler, Christine 30ff., 205, 209,
225–231
- Kennedy, John F. 240f.
- Kessel, Gustav von 99
- Kessler, Harry Graf von 116, 134, 187
- Keynes, John Maynard, Baron
Keynes 152

- Kiep, Walther Leisler 357
 Kilmuir, Viscount → Fyfe, David
 Maxwell
 Kirk, Peter 222
 Kitchener, Herbert, Earl Kitchener of
 Khartoum 60
 Kleist-Schmenzin, Ewald von 134
 Klose, Hans-Ulrich 35, 337,
 344, 351, 356, 359 ff., 363 f.,
 367
 Kohl, Helmut 272
 Köppler, Heinrich 327
 Kracht, Ernst 372
 Krone, Heinrich 243 f.
 Lambach, Walter 145 f.
 Lawrence, D[avid] H[erbert] 212
 Leavey, John Anthony 223
 Lerche, Peter 370
 Lettow-Vorbeck, Kurt von 97 ff.
 Lever, Harold, Baron Lever of
 Manchester 222 f.
 Lewald, Theodor 103
 Lewis, John 226 f.
 Lippmann, Walter 50
 Lloyd, Alexander, Baron Lloyd 295,
 297
 Lloyd, Frank 55, 74 ff.
 Lloyd, Geoffrey, Baron Geoffrey-
 Lloyd 311
 Lloyd, Selwyn, Baron Selwyn-Lloyd
 309 ff.
 Lloyd George, David, Earl Lloyd-
 George of Dwyfor 9, 12, 22,
 44, 46, 48, 50 ff., 54–58, 60 ff.,
 64–80, 155, 157, 162 ff., 166, 175,
 387
 Low, David 153 f., 164
 Lubbock, Eric, Baron Avebury 222
 Ludendorff, Erich 73, 86–89, 102,
 107, 116 f., 119 f., 137, 185, 187
 Lüttwitz, Walther Freiherr von 132
 Lyncker, Moriz Freiherr von 86
 MacDonald, Ramsay 165, 174
 Macmillan, Harold, Earl of Stock-
 ton 31, 206 f., 211 f., 214 f., 217,
 224, 230–234, 389
 Mahrenholz, Ernst Gottfried 344,
 346, 366
 Manning, Chelsea (geb. Bradley
 Manning) 385
 Manningham-Buller, Reginald,
 Viscount Dilhorne 231, 233
 Marquis, Frederick, Earl of Woolton
 313
 Marx, Paul 98 f.
 Marx, Wilhelm 143
 Matthiesen, Klaus 347
 Maurice, Frederick 74 ff.
 Maxse, Leopold (»Leo«) 71
 Mayhew, Christopher, Baron
 Mayhew 296
 McCadden, Stephen 324
 McCarthy, Joseph 216
 Meinecke, Friedrich 118, 120
 Merseburger, Peter 37, 333, 336
 Michaelis, Georg 107, 116
 Milner, Alfred, Viscount Milner 63
 Milverton, Lord → Richards, Arthur
 Minetti, Bernhard 202
 Miquel, Walther von 133
 Moltke, Helmuth Graf von 85
 Moser, Georg 355
 Mosse, Rudolf 98
 Mulholland, Brendan 208, 219 f.,
 222 ff., 228, 284
 Müller, Georg Alexander von 106
 Müller, Hermann 144
 Müller-Meiningen, Ernst 103
 Müller-Meiningen, Ernst jr. 250,
 340 f.
 Murdoch, Rupert 179
 Mussolini, Benito 156, 161
 Nasser, Gamal Abdel 323
 Neddermeyer, Helmut 346

- Neuffer, Martin 328, 336, 348, 358
 Neumann, Johann 137
 Neumann, Sigmund 177
 Nicolai, Walter 90, 104
 Nicolson, Harold 301f.
 Noel-Baker, Francis 324
 Northcliffe, Lord → Harmsworth,
 Alfred
 Oertzen, Peter von 351
 Olberg, Alfred von 97
 Orr-Ewing, Charles Ian, Baron
 Orr-Ewing 311
 Orr-Ewing, Ian Leslie 311
 Oster, Achim 256, 274
 Papen, Franz von 288
 Parkin, Benjamin (»Ben«) 231
 Payer, Friedrich von 116f.
 Petter, Ernest 171
 Pickthorn, Kenneth 311
 Pilkington, William Henry
 (»Harry«) 294
 Pollak, Stephan W. 284
 Ponsonby, Arthur, Baron Ponsonby
 of Shulbrede 21
 Profumo, John 30ff., 205, 209, 215,
 225, 227–233, 284, 310f., 389
 Quest, Hans-Jürgen 345
 Radcliffe, Cyril, Viscount Radcliffe
 216, 233
 Raiffeisen, Friedrich Wilhelm 139
 Rapp, Alfred 252, 277
 Rathke, Arthur 351
 Ravens, Karl 347, 350
 Reith, John, Baron Reith 294f., 297,
 299, 309
 Remmers, Werner 336, 351–355
 Repington, Charles à Court 60
 Reusch, Paul 133
 Reventlow, Ernst Graf von 92, 97,
 101
 Richards, Arthur, Baron Milverton
 296
 Riddell, George Allardice, Baron
 Riddell 50f., 56ff., 61, 75ff., 80,
 162
 Riezler, Kurt 88
 Rippon, Geoffrey, Baron Rippon of
 Hexham 229
 Robertson, William 63, 68, 72ff.
 Robinson, Geoffrey → Dawson,
 Geoffrey
 Rodgers, John 311
 Roegele, Otto B. 270
 Roosevelt, Franklin D. 160
 Rothermere, Lord → Harmsworth,
 Harold
 Ruge, Gerd 275
 Rummel, Baron von 95
 Sackville, Herbrand, Earl De La
 Warr 295
 Sackville-West, Victoria Mary
 (»Vita«) 302
 Salisbury, Lord → Gascoyne-Cecil,
 Robert
 Salm-Horstmar, Otto Fürst zu 95
 Sandys, Duncan, Baron Duncan-
 Sandys 311
 Schallück, Paul 243
 Schiffer, Eugen 132
 Schlange-Schöningen, Hans 131
 Schmidt, Helmut 9, 344
 Schröder, Georg 261, 277
 Schwarz-Schilling, Christian 333, 351,
 355, 365
 Schwerdtfeger, Walter 124f.
 Scott, C[harles] P[restwich] 22, 50,
 54f., 57, 61, 67, 70f., 80
 Seidel, Hanns 241
 Seldes, George 119
 Simon, Jocelyn, Baron Simon of
 Glaisdale 309
 Snowden, Edward 275, 283, 385
 Sommerauer, Adolf 340
 Sontheimer, Kurt 340

- Spender, John Alfred 60, 64, 122
Springer, Axel 179, 253
Stammberger, Wolfgang 241, 250,
254, 256, 270
Stein, Adolf 138
Stevenson, Frances 57
Stocks, Mary, Baroness Stocks 324f.
Stoltenberg, Gerhard 35 ff., 326,
328 ff., 334–337, 342 f., 347 f.,
356 ff., 362 ff., 366 f.
Strang, William, Baron Strang
297–300
Strauß, Franz Josef 29 f., 206 f.,
239–243, 246, 248, 250 ff., 256 f.,
260 f., 267–270, 273 ff., 340 f.
Stresemann, Gustav 142
Ströhm, Carl Gustaf 268
Studnitz, Hans Georg von 277
Süskind, W[ilhelm] E[manuel] 257
Sutherland, William 51
Tern, Jürgen 263 f., 277
Thilenius, Richard 251
Thyssen, August 82
Tirpitz, Alfred von 114
Tolstoi, Leo Graf 343
Tönnies, Ferdinand 122
Trump, Donald 10, 12, 283
Valentini, Rudolf von 98, 106
Vassall, John 31, 205 f., 208, 212 ff.,
217–220, 224, 284
Wagner, Wolfgang 333
Wahnschaffe, Arnold 97 ff.
Walker, Patrick Gordon, Baron
Gordon-Walker 322
Walser, Martin 243
Wantzen, Paulheinz 201
Ward, Stephen 31, 225, 230–234
Wasmund, Gerd 332 f.
Wedekind, Rudolf 344 f., 347
Westarp, Kuno Graf von 26, 83, 129,
132, 136, 138, 144, 146–149, 151
Wigg, George, Baron Wigg 223, 225
Wilhelm II., Deutscher Kaiser und
König von Preußen 23, 83, 86,
88 f., 91, 106, 114, 137, 144 f., 187
Williams, Francis, Baron Francis-
Williams 9, 293 f., 302, 380
Williamson, Philip 155
Wilson, Harper Hubert 293 f., 296,
298, 302, 317
Wilson, Woodrow 160, 294
Winters, Peter Jochen 268
Wirsing, Giselher 265, 277
Wolff, Theodor 82 f., 94–101, 108, 115,
119
Wood, Edward, Baron Irwin of Kirby
Underdale, Earl of Halifax 165
Woolton, Lord → Marquis, Frederick
Zech-Burkersroda, Julius Graf von
99
Zehrer, Hans 254 f., 259, 262
Ziesel, Kurt 278 f., 282

Zur Autorin

Ute Daniel, Professorin für Neuere Geschichte an der TU Braunschweig, forscht zur Mediengeschichte, Geschlechtergeschichte, Sozial- und Kulturgeschichte der Kriege, Geschichte der Höfe und Hoftheater sowie zu Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft.